

**Europäische Sicherheitspolitik und amerikanische Verteidigungs-
konzeptionen**

**Vom Fachbereich
Gesellschaftswissenschaften
der Universität Duisburg-Essen
zur Erlangung des akademischen Grades**

Dr. phil

genehmigte Dissertation

von

Rainer Filipiak

aus

Gelsenkirchen

Referent: Prof. Dr. Othmar Haberl

Korreferent: Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt

Tag der mündlichen Prüfung: 13. Januar 2006

Europäische Sicherheitspolitik und amerikanische Verteidigungskonzeptionen

Gliederung

1. Einleitung

1.1. Einleitende Zusammenfassung	1
1.2. Untersuchungsrahmen und Fragestellungen	11
1.3. Forschungsstand	13

2. „Europäische Verteidigungsidentität“ bei Ende des Ost-West-Konfliktes

2.1. Konfliktlinien und Problemfelder europäischer Sicherheitspolitik	34
2.2. Raketenabwehr-Konzeptionen als Antwort auf sowjetische ICBM-Bedrohungen	
2.2.1. Erste Entwicklungen strategischer Raketenabwehr	40
2.2.2. Die unklare Raketenabwehr-Politik der Reagan-Administration	45
2.2.3. Die SDI-Verteidigungskonzeption: Amerikanisches Überlegenheitsstreben	54
2.3. Europäische Sicherheitspolitik unter dem Einfluss von SDI	
2.3.1. Reaktionen auf Reagans SDI-Rede	61
2.3.2. Europäische rüstungskontrollpolitische und militärstrategische Interessen	65
2.3.3. Amerikanisch-europäische Konsultationen mit Forschungs-Angeboten	78

2.4. Europäische Antworten auf die amerikanische Verteidigungskonzeption

2.4.1. Nationale Partizipationen an SDI	92
2.4.2. Unrealistische und undurchdachte militärstrategische Initiative: EVI	111
2.4.3. Verteidigungspolitischer Grundstein im zivilwirtschaftlichen Gewand: EUREKA	121

3. Die Entwicklung der „Europäischen Verteidigungsidentität“ unter gewandelten politisch-strategischen Rahmenbedingungen

3.1. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU 131

3.2. Der Versuch der Emanzipierung der europäischen Sicherheitspolitik von den USA

3.2.1. Die ersten Militäroperationen der EU	142
3.2.2. Die Transformation der transatlantischen Beziehungen	153
3.2.3. Das gescheiterte Krisen- und Kriegsmanagement der EG/EU im ehemaligen Jugoslawien	161

3.3. Raketenabwehr-Konzeptionen als Antwort auf das Proliferations- und „Schurkenstaaten“-Problem

3.3.1. Die neuen sicherheitspolitischen Konfliktpotentiale	181
3.3.2. Der Wandel in der Raketenabwehr-Politik der Clinton-Administration	192
3.3.3. Die Forcierung der Raketenabwehr-Pläne der Bush-Administration	204
3.3.4. Raketenabwehr als Teil des neuen amerikanischen Strategiekonzeptes: Absicherung des amerikanischen Überlegenheitsstrebens	217

3.4. Europäische Sicherheitspolitik unter dem Einfluss der neuen amerikanischen Verteidigungskonzeption	
3.4.1. Der Riss durch Europa durch die militärische Intervention im Irak	236
3.4.2. Strategische Implikationen verschiedener Raketenabwehr-Szenarien für Europa	249
3.4.3. Rüstungspolitische Implikationen: Ausbau der hegemonialen Stellung Amerikas durch Rüstungskooperationen	259
3.4.4. Der Wandel der deutschen Haltung in der Raketenabwehr-Debatte	271
4. Zusammenfassung: Kontinuitätslinien amerikanischer Verteidigungskonzeptionen und Perspektiven für die Europäische Sicherheitspolitik	286
5. Literatur	295
6. Abkürzungsverzeichnis	347

1. Einleitung

1.1. Einleitende Zusammenfassung

Nach dem Zweiten Weltkrieg beeinflussten die Vereinigten Staaten die Sicherheitspolitik in Europa entscheidend. Auf der einen Seite waren der nukleare Schutzschild und die amerikanischen Interessen in Europa während der Jahrzehnte des Ost-West-Konfliktes eine unabdingbare Voraussetzung für die Bewahrung des Friedens; auf der anderen Seite blieb Europa von den sicherheitsstrategischen Entscheidungen und den militärischen Kapazitäten der Führungsnation abhängig. Ein Beispiel dafür sind die Verteidigungskonzeptionen der Raketenabwehrpläne (Ballistic Missile Defense, BMD) der Reagan-, Clinton- und Bush-Administrationen. Sie hatten durch technologie- und industriepolitische, aber auch durch außen- und verteidigungspolitische sowie durch militärstrategische und rüstungskontrollpolitische Implikationen einen direkten Einfluss auf die Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität.

Am 28. März 1983 äußerte der damalige US-Präsident Ronald Reagan in einer Rede, die Abschreckung auf der Ebene der interkontinentalstrategischen Systeme beruhe nicht wie bei den konventionellen Kräften auf der Fähigkeit zur Verteidigung, sondern diene der Vergeltung.¹ Daher rief er ein Forschungsprogramm zur Entwicklung eines neuartigen strategischen Defensivsystems gegen ballistische Raketen aus, welches wenig später den Namen „Strategic Defense Initiative“ (SDI) erhielt. Das geplante Raketenabwehrsystem sollte das Territorium der USA vor sowjetischen Interkontinentalraketen (intercontinental ballistic missile, ICBM) schützen. Es war vorgesehen, die dafür notwendige Militärtechnologie überwiegend im Weltraum zu dislozieren, weshalb SDI den nach einem Kinofilm benannten Beinamen „Star Wars“ erhielt.

Die europäischen NATO-Verbündeten reagierten spontan mit Kritik auf die Pläne der Reagan-Administration. Sie befürchteten die Herausbildung von Zonen unterschiedlicher Sicherheit innerhalb des Bündnisses, da SDI lediglich zum Schutz des amerikanischen Territoriums vorgesehen war. Die in Reagans „Sternenkriegsrede“ geäußerte Vision einer Beseitigung der strategischen Nuklearraketen stand zudem im Widerspruch zu der 1967 eingeführten NATO-Abschreckungsdoktrin der flexiblen Reaktion (flexible response; NATO-Dokument

¹ vergl.: Rede des US-Präsidenten Ronald Reagan vom 23. März 1983, in: Graf von Rothenburg, Armin; Wäsche, Rolf: SDI: Aufbruch zu einer neuen Dimension der Sicherheit?, Bonn 1986, S. 169-172

MC 14/3), da die interkontinental-strategischen Nuklearsysteme neben den nuklearen Kurz- und Mittelstrecken- sowie den konventionellen Verteidigungssystemen die Umsetzung der Strategie der abgestuften Reaktionsmöglichkeiten gewährleisten sollten. Damit berührte SDI die Grundprinzipien des westlichen Verteidigungsbündnisses und das Fundament der westeuropäischen Sicherheitsstrategie.

Die Haltung der Europäer änderte sich, da sich erstens die Überzeugung durchsetzte, die nukleare Unverwundbarkeit der USA beeinträchtige nicht die Bereitschaft der Amerikaner, ihre Atomwaffen gegen die Sowjetunion einzusetzen. Zweitens hatten die Verbündeten keine Möglichkeit, das amerikanische Vorhaben zu beeinflussen, und drittens machten die Vereinigten Staaten den Europäern SDI mit Angeboten zur Forschungsbeteiligung schmackhaft. Die Reagan-Administration eröffnete Kooperationsangebote an die westeuropäischen Bündnisländer, an der SDI-Forschung teilzuhaben, und es ergingen bilaterale Verhandlungsangebote an die westeuropäischen Verbündeten. Ende März 1985 unterbreitete der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger eine Einladung der USA an alle NATO-Staaten sowie an Australien, Israel, Japan und Südkorea, sich an SDI zu beteiligen.²

Die nachfolgenden Verhandlungen wurden bilateral geführt, was die amerikanische Verhandlungsposition stärkte und die Entwicklung einer kollektiven Position der westeuropäischen NATO-Mitglieder schwächte. Nachdem die britische Premierministerin Margaret Thatcher dem amerikanischen Präsidenten Reagan in einem frühen Stadium der Verhandlungen eine Forschungsbeteiligung zugesagt hatte, wollten die anderen europäischen Nationen nicht nachstehen und ebenfalls „etwas vom Kuchen abhaben“. Selbst Frankreich, das eine offizielle politische Unterstützung von SDI ablehnte, befürwortete eine Beteiligung französischer Unternehmen an der SDI-Forschung.

Die führenden westeuropäischen Industrienationen waren nicht fähig, eine gemeinsame SDI-Position zu entwickeln. Trotz der Forderung mancher Politiker, wie der des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl, sich nur an einer SDI-Forschung zu beteiligen, wenn es eine gemeinsame europäische Forschung gebe, konnte keine gemeinsame Haltung entwickelt werden. Die nationalstaatlichen Interessen überwogen, und jede europäische Regierung versuchte, in bilateralen Gesprächen mit den Amerikanern entsprechende Vereinbarungen zu erzielen.

² vergl.: Schreiben des US-Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985, in: ebd., S. 180

Mit EUREKA (European Research Koordination Agency) versuchten Frankreich und Deutschland, eine alternative europäische Antwort auf SDI zu finden.³ Offiziell wurde das Projekt zivilwirtschaftlich begründet, obwohl es einen eindeutigen verteidigungspolitischen Hintergrund hatte. EUREKA sollte

1. als Kongruenzprojekt das amerikanische Vorhaben erschweren, mit dem SDI-Forschungsprogramm westeuropäische Kapazitäten abzuziehen und
2. Grundstein einer europäischen Verteidigungsidentität werden.

Forschungen auf dem Gebiet modernster Technologien sollten dazu führen, dass Europa ein Gegengewicht zu den USA und Japan auf dem Gebiet der Hochtechnologieforschung bilden konnte. Aus europäischer Sicht barg die SDI-Forschung die Gefahr, dass der Abstand der europäischen Volkswirtschaften im internationalen technologischen Wettbewerb von den Vereinigten Staaten weiter ausgebaut würde. EUREKA hatte die Funktion, einer solchen Entwicklung gegenzusteuern.

Andererseits fürchtete Frankreich durch die Entwicklung von defensiven Raketenabwehrarchitekturen um die Grundlage seiner nuklearen Abschreckungsdoctrin (Dissuasion). Der französische Verteidigungsminister kündigte im Zusammenhang mit EUREKA den Bau von Aufklärungs- und Beobachtungssatelliten an und lud die Europäer zur Mitarbeit bei einem als „Sternenfrieden“ (paix aux étoiles) bezeichneten militärischen Weltraumvorhaben ein.⁴ EUREKA sollte der Beginn einer eigenständigen europäischen Verteidigungspolitik unter französischer Führung sein.

Frankreich verfolgte somit eine Doppelstrategie: Einerseits wollte man die Beteiligung französischer Unternehmen an SDI sichern und andererseits versuchen, mit EUREKA den Grundstein für eine eigene europäische Verteidigungsidentität zu schaffen.

Eine von Deutschland initiierte militärische SDI-Alternative EVI (Europäische Verteidigungsinitiative) hatte zum Ziel, eine eigenständige

³ Die französische Schreibweise für European Research Coordination Agency-*EURECA* wurde nicht benutzt, weil sie mit dem „European Retrievable Carrier“ EURECA verwechselt werden konnte. Dies war ein bereits geplantes Projekt der Europäischen Weltraumagentur (ESA), welches von Messerschmidt-Bölk-Blohm (MBB) realisiert werden sollte. Vergl.: Benien, Theodor: Der SDI-Entscheidungsprozeß in der Regierung Kohl/Genscher (1983-1986). Eine Fallstudie über Einflußfaktoren sicherheitspolitischer Entscheidungsfindung unter den Bedingungen strategischer Abhängigkeit, München 1991, S. 92
vergl.: Schütze, Walter: SDI oder EUREKA?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (nachfolgend zitiert als ApuZ), Nr. 44, 1985, S. 36

westeuropäische Raketenabwehr innerhalb der NATO aufzubauen.⁵ Der befürchteten militärstrategischen Abkopplung Westeuropas von den USA sollte auf diese Weise entgegengesteuert werden. Das Bedrohungsspektrum Westeuropas war im Vergleich zu dem der USA breiter. Geschützt werden sollten die westeuropäischen NATO-Staaten vor sowjetischen nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen (Short-Range Nuclear Forces, SNF; Short-Range Intermediate Nuclear Forces, SRINF; Long-Range Intermediate Nuclear Forces, LRINF) sowie vor atomar bestückten Marschflugkörpern und Flugzeugen.

Während Deutschland eine Abkopplung der westeuropäischen Sicherheit von der Amerikas zu verhindern suchte, hatte Frankreich genau das Gegenteil im Sinn: Eine Abkehr von der amerikanischen Hegemonie hin zu einer europäischen Verteidigungsidentität unter französischer Führung. Die Gemeinsamkeit der beiden Initiativen lag in dem Versuch, die westeuropäische Verteidigungsidentität zu stärken. Die strategisch-politischen Konzeptionen, die hinter den Initiativen standen, waren dagegen völlig unterschiedlich.

Bereits in den fünfziger Jahren waren Pläne für eine gemeinsame, von den USA unabhängige europäische Verteidigungsinitiative gescheitert. Die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wurde in der französischen Nationalversammlung abgelehnt.⁶ Erst anderthalb Jahrzehnte später griffen die EG-Staaten diesen Faden wieder auf und verständigten sich 1970 auf eine – allerdings weitgehend unverbindliche - Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ). Wiederum mehr als zwanzig Jahre später, mit dem EU-Vertrag von Maastricht 1992, wurde die EPZ in die scheinbar verbindlichere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) übergeleitet. Mit dieser zweiten EU-Säule sollte ein umfangreicherer und stabilerer Fundus an realer außenpolitischer Gemeinsamkeit dokumentiert werden. Mit dem 1997 geschlossenen Vertrag von Amsterdam wurde die GASP deutlich weiter konkretisiert.

Zusätzlich zu der nichtmilitärischen GASP entschieden sich die Mitglieder der EU, ein eigenes militärisches Machtpotenzial aufzubauen. Die Meilensteine, die zur Gründung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) führten, waren die Vereinbarung in Saint-Malo (Dezember 1998), die EU-Gipfel in Köln (Juni 1999) und Helsinki (Dezember 1999) sowie die Ankündigung im November 2000 in Brüssel, im Zuge der Erfüllung des in Helsinki beschlossenen

⁵ vergl.: von Hassel, Kai Uwe: Adress at a Symposium of EIS an High Frontier, in: EIS-Journal, Nr. 4-5, 1985, S. 66-67

⁶ vergl.: Noack, Paul: Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Düsseldorf 1977

Vertrages eine 60.000-Mann starke Schnelleingreiftruppe zu schaffen. In der Vereinbarung von Saint-Malo stimmte der britische Premierminister Blair der Idee einer in Europa selbst verankerten europäischen Sicherheitspolitik zu. Auf dem EU-Gipfel in Köln wurden Javier Solana zum Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik („Mr. GASP“) benannt und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) fortgeführt. Schließlich verpflichteten sich die EU-Mitgliedstaaten in Helsinki zu der Weiterentwicklung der europäischen militärischen Fähigkeiten im Krisenmanagement.

Die Staats- und Regierungschefs der EU einigten sich auf dem Gipfel in Thessaloniki im Juni 2003, bis spätestens Ende 2004 eine europäische Rüstungsagentur einzurichten. Die EU-Außen- und Verteidigungsminister beauftragten im November 2003 eine Arbeitsgruppe, welche bis spätestens Dezember 2004 eine europäische Rüstungsagentur aufbauen sollte. Ein erstes Grundsatzdokument zu Struktur, Aufgaben und institutionellen Rahmen einer zwischenstaatlichen Agentur ist bereits unterzeichnet worden.⁷ Darin koordinieren die europäischen Staaten in Zukunft die Beschaffungspolitik für militärische Kapazitäten. Mit dieser Rüstungsagentur werden die verteidigungstechnische Forschung sowie die industrielle und technologische Grundlage des Verteidigungssektors gefördert. Darüber hinaus wurde der Aufbau der Rüstungsagentur bereits in der EU-Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ vom Dezember 2003 gefordert.⁸ Die Sicherheitsstrategie ist ein weiterer Beweis für die Bemühungen, im Bereich einer gemeinsamen Verteidigungsidentität mehr Kohärenz unter den europäischen Staaten schaffen zu wollen.

Rüstungsagentur und Sicherheitsstrategie sind in dem Vertrag über eine Verfassung in Europa vorgesehen, entwickeln sich jedoch völlig unabhängig von diesem, also auch dann, wenn der Ratifikationsprozess das Inkrafttreten der Verfassung verzögert. In der Verfassung erklärt sich die EU zuständig für alle Bereiche der Außenpolitik sowie für „sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Union einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung

⁷ vergl.: Rat der EU: Council Joint Action on the establishment of the European Defence Agency, 17. Juli 2004: http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/1_24520040717en00170028.pdf

⁸ vergl.: Rat der EU: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12. Dezember 2003: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>

führen kann“.⁹ Der Vertrag ist somit ein wichtiger institutioneller Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik.

Ein wesentlicher Grund für die Einsicht in die Notwendigkeit des Aufbaus eigener militärischer europäischer Strukturen sind die Lehren, die aus den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien gezogen wurden. Anfang der neunziger Jahre reagierte die EG im Rahmen der EPZ hilflos auf die Kampfhandlungen in Slowenien und die Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Ihr stand kein militärisches Druckmittel zu Verfügung, mit dem den angedrohten politischen Sanktionen hätte Nachdruck verliehen werden können. Ebenso wie die EG erwies sich die EU als unfähig, auf dem Balkan ein entscheidendes Konfliktmanagement oder gar einen Beitrag zur Beendigung der Kriege leisten zu können. Anspruch und Wirklichkeit klappten weit auseinander, Europa versagte an der Aufgabe, innereuropäische Gewaltausbrüche zu kontrollieren.

Noch zu Beginn der Kampfhandlungen glaubte man, die Stunde Europas sei gekommen und man könne die Konflikte ohne Hilfe der USA lösen. Doch die Entwicklungen in Südosteuropa führten Europa die Abhängigkeit von der Militärmacht USA vor Augen. Erst durch deren Engagement auf dem alten Kontinent konnten die Kriege beendet, die Situation beruhigt und den neu entstehenden Staaten Schutz und Sicherheit gewährleistet werden.

Selbst Jahre nach dem Ende der Kampfhandlungen in Bosnien-Herzegowina musste Europa 1998 wiederum amerikanische militärische Hilfe und die NATO in Anspruch nehmen, um erneute Konflikteskalationen zwischen den ethnischen Gruppen um das Kosovo vorübergehend beenden zu können. Nach dem Ende der Kampfhandlungen sind es wieder einmal die USA, die als militärische Macht den entscheidenden Ordnungsfaktor in Europa darstellen und die Situation kontrollieren müssen.

Selbst die ersten eigenständigen EU-Militäroperationen im Jahr 2003 in Mazedonien (Concordia) und im Kongo (Artemis) können an der weiterhin bestehenden Abhängigkeit Europas von den USA nicht hinwegtäuschen. Die Operationen Concordia und Artemis wurden zwar erfolgreich durchgeführt, können aber nicht als Beginn einer neuen Ära gesehen werden. Dafür waren sie militärisch zu unbedeutend und fanden zudem unter der Voraussetzung statt, dass sich die USA nicht engagieren wollten. Folglich haben die USA ein Mitspracherecht bei „eigenständigen“ europäischen Aktionen, denn die

⁹ siehe: Amtsblatt der Europäischen Union: Vertrag über eine Verfassung für Europa, 16. Dezember 2004: Art. I-16,1 (nachfolgend zitiert als Verfassung für Europa): <http://europa.eu.int>

Amerikaner entscheiden, wer letztendlich die Initiative ergreifen darf, sie selbst, die NATO, oder doch die EU.

Obwohl die weltpolitische Rolle Europas auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik bisher unbedeutend ist, so ergibt sich aufgrund

- des institutionellen Zusammenwachsens der EU auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik,
- neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen und
- neuer amerikanischer Sicherheitskonzepte

ein Transformationsprozess in den transatlantischen Beziehungen. In dieser dynamischen Phase in den Beziehungen spielen eine Vielzahl von Faktoren eine entscheidende Rolle. Besonders das nach wie vor einzig sicherheitspolitisch relevante Militärbündnis, die NATO, befindet sich in einem Transformationsprozess. Das Bündnis wird auf amerikanische Initiative hin umstrukturiert und soll Fähigkeiten einer modernen Interventionsstreitmacht erlangen. Doch die Neustrukturierung der militärischen Kapazitäten ist bezeichnend für die Neuausrichtung der sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Europa steht nicht mehr im Zentrum amerikanischer sicherheitspolitischer Überlegungen, woraus ein Umdenken in den Prioritäten Amerikas resultiert und in der Umstrukturierung des Bündnisses sichtbar wird. Die potentiellen Gefahrenherde sieht Amerika nicht mehr in der Bedrohung der westeuropäischen Verbündeten aus dem Osten, sondern durch terroristische Aktivitäten und irrational handelnde Akteure in „gescheiterten Staaten“ (failed states) oder „Schurkenstaaten“ (rogue states), welche regionale Konflikte mit globaler Wirkung hervorrufen können. Dementsprechend ist neben Asien der Nahe/Mittlere Osten in das Zentrum amerikanischer sicherheitspolitischer Überlegungen gerückt.

Im März 2003 marschierten amerikanische Truppen in den „Schurkenstaat“ Irak ein. Obwohl Außenminister Powell vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Februar 2003 die Notwendigkeit „ernsthafter Konsequenzen“ für den Irak mit dem Verweis auf schwerwiegende Verstöße in zentralen Bereichen gegen die Auflagen der Vereinten Nationen begründete¹⁰, wandte die Bush-Administration de facto ihre Sicherheitsstrategie der „Präemption“ an. In

¹⁰ vergl.: Powell, Colin: Remarks to the United Nations Security Council, New York City, 05. Februar 2003: <http://www.state.gov/secretary/rm/2003/17300.htm>

ihrer nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 (National Security Strategy, NSS) beanspruchen die USA das Recht, gegen jeden von ihnen identifizierten „Schurkenstaat“ auf der Grundlage einer nationalen Entscheidung an jedem Punkt der Erde präemptiv militärisch vorzugehen.¹¹ Genau dies geschah im Falle des Iraks.

Die europäischen Reaktionen auf die amerikanische Irak-Politik waren unterschiedlich und reichten von uneingeschränkter Unterstützung (Großbritannien) bis zur uneingeschränkten Ablehnung (Deutschland). Innerhalb des UN-Sicherheitsrates verfolgten die Mitglieder ausschließlich nationalstaatliche Interessen. Darüber hinaus brach ein Streit innerhalb der europäischen Regierungen aus, der über die Bewertung des Irak-Konfliktes hinausreichte. Denn der innereuropäische Disput offenbarte die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten der europäischen Regierungen darüber, welche sicherheitspolitische Rolle Europa zugeacht werden kann. Besonders die neuen osteuropäischen EU-Mitglieder ließen die übrigen EU-Staaten spüren, dass sie lediglich die USA als ernstzunehmenden sicherheitspolitischen Akteur akzeptierten, woraus eine bedingungslose Unterstützung von deren Politik resultierte.

Die EU-Staaten diskutierten nicht ernsthaft die Option, mit einer Stimme zu sprechen und Europa somit ein sicherheitspolitisches Profil zu geben und mehr Gewicht zu verleihen. Der Irak-Konflikt bewirkte das genaue Gegenteil: Die Spaltung innerhalb der EU wurde deutlich, und durch einzelne politische Schritte wie dem „Brief der Acht“ vom 30. Januar 2003 oder dem „Vierergipfel“ im April 2003 sogar noch vertieft.¹² Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient hätte, existiert offenbar noch nicht.

Die uneinheitliche Reaktion Europas auf die amerikanische Irak-Politik bildet keine Ausnahme in Bezug auf die Bewertung der Umsetzung amerikanischer Sicherheitskonzeptionen seitens der US-Administrationen. Denn auch auf die Entwicklungen der neuen amerikanischen BMD-Pläne fielen die Antworten der europäischen Regierungen unterschiedlich aus. Zu der gleichen Zeit, in der sich die ESVP zu konkretisieren begann, wurden in den USA erneut

¹¹ vergl.: The National Security Strategy of the United States of America, September 2002: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>

¹² vergl.: „Acht Bush-Freunde gegen Deutschland und Frankreich“, in: Die Welt, 30.01.2003; Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Brüssel, 29. April 2003: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=4385

die Forderungen nach BMD-Systemen laut. 1998 kam die nach dem früheren und späteren Verteidigungsminister Rumsfeld benannte Kommission zu dem Schluß, es sei „Schurkenstaaten“ in wenigen Jahren möglich, ballistische Raketen zu entwickeln, die das amerikanische Territorium erreichen könnten.¹³ Ein wenig später von Nordkorea durchgeführter Raketentest einer mehrstufigen ballistischen Rakete schien die Annahme zu bestätigen. Der damalige Präsident Clinton konnte dem Druck des republikanisch dominierten Kongresses nicht standhalten und ordnete die Entwicklung eines nationalen Raketenabwehrsystems (National Missile Defense, NMD) an.¹⁴ Der ihm folgende und wiedergewählte Präsident Bush erweiterte die Pläne seines Vorgängers noch.

Im Gegensatz zu SDI und zu NMD soll ein zukünftiges Raketenabwehrsystem nicht nur das amerikanische Territorium schützen, sondern auch das Territorium von Verbündeten unter den Raketenschirm integrieren können. „National“ wurde aus der Bezeichnung für die BMD-Konzeption gestrichen. Darüber hinaus ist „Missile Defense“ (MD) Teil einer umfassenden Verteidigungskonzeption, welche in der NSS vom September 2002 sowie der neuen nuklearen Sicherheitsdoktrin vom Dezember 2001 (Nuclear Posture Review, NPR) und dem Abrüstungsvertrag mit Russland vom Mai 2002 (Strategic Offensive Reduction Treaty, SORT) konkretisiert wird.¹⁵ Unter Präsident Bush verfolgen die USA das Ziel der absoluten Überlegenheit. Die USA wollen ein so großes militärisches Machtdifferenzial zu allen übrigen Mächten aufrechterhalten, dass der Versuch eines militärischen Wettbewerbs von vornherein aussichtslos erscheint. Mit der Inanspruchnahme auf ein globales Interventionsrecht werden die strategischen Interessen anderer beeinträchtigt. MD spielt in diesen Überlegungen eine zentrale Rolle. Damit andere Staaten keinen Schaden anrichten können, muss Amerika in der Lage sein, Raketenangriffe auf das eigene Territorium abzuwehren. Um politisch nicht erpressbar zu werden, müssen auch die Verbündeten vor derartigen Attacken geschützt werden.

Nach anfänglicher grundsätzlicher Ablehnung der amerikanischen BMD-Pläne haben führende europäische Politiker ihre Zustimmung zu verschiedenen Formen und Aspekten von Raketenabwehren erkennen lassen. Die Unterschiede

¹³ vergl.: Executive Summary of the Report of the Commission to Assess the Ballistic Missile Threat to the United States, 15. Juli 1998 (Rumsfeld-Report): <http://www.fas.org/irp/threat/bm-threat.htm>

¹⁴ vergl.: Public Law 106-38, 22. Juli 1999: <http://thomas.loc.gov>

¹⁵ vergl.: Nuclear Posture Review, (Excerpts), Submitted to the Congress on 31 December 2001: <http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm>; Text of the Strategic Offensive Reduction Treaty, 24. Mai 2002: <http://www.fas.org/nuke/control/sort/>

ihrer Argumentationen sind jedoch enorm. Der deutsche Bundeskanzler Schröder bekundete das Interesse an einer Forschungsbeteiligung deutscher Unternehmen an der MD-Forschung. Der französische Staatspräsident Chirac forderte für das Gefechtsfeld bestimmte regionale Raketenabwehren (Theater Missile Defense, TMD)-Systeme für im Ausland stationierte französische Truppen, und der britische Premierminister Blair erklärte seine Zustimmung zum Ausbau der für eine amerikanische Raketenabwehr erforderlichen Radarstation in Flyingdales.

Wie kompliziert die Zusammenarbeit und die Partizipation von Europäern an BMD-Systemen sein kann, beweisen indes die Querelen um das taktische Flugkörperabwehrsystem mittlerer Reichweite (Medium Extended Air Defense System, MEADS). Das deutsch-italienisch-amerikanische Projekt wurde mit großen Erwartungen in die Wege geleitet, doch die Hauptstreitpunkte Technologietransfer und Finanzierung sowie weitere „Nebenschauplätze“ zeigen die Grenzen von Kooperationsbereitschaften bei hochsensiblen militärischen Technologieforschungen und –entwicklungen. So stellt sich die Frage, wie die Zusammenarbeit bei strategischen Raketenabwehren funktionieren soll, wenn bereits bei einem vergleichbarem kleineren Projekt ernsthafte Probleme nur schwer gemeistert werden können.

Die amerikanische Administration hat bisher keine detaillierten Pläne für eine BMD-Gesamtkonstruktion bekannt gegeben, sondern lediglich Teilaspekte der strategischen Ausrichtung veröffentlicht. Das hat zur Folge, dass die BMD-Diskussion über mögliche strategische Optionen in und für Europa bisher nicht eingesetzt hat. Pläne und Implikationen für eine europäische strategische Raketenabwehr, vielleicht sogar unter Einbeziehung Russlands, werden nicht diskutiert. Dabei bewies spätestens der von der NATO abgelehnte, wenig ausgearbeitete russische Vorschlag eines gemeinsamen russisch-europäischen BMD-Systems die Notwendigkeit einer ausführlichen Auseinandersetzung mit strategischen Optionen für die Zukunft.¹⁶

¹⁶ russischer Vorschlag einer nicht-strategischen Raketenabwehr im Wortlaut in: FAZ, 24.02.2001

1.2. Untersuchungsrahmen und Fragestellungen

Das Dissertationsvorhaben verfolgt zwei Untersuchungsziele. Das erste gilt der Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität im Zusammenhang mit den oben genannten amerikanischen Verteidigungskonzeptionen. Dabei gehe ich insbesondere folgenden Fragen nach:

- Wie haben sich die europäischen Staaten während der Debatten um die BMD-Verteidigungskonzeptionen verhalten?
- Wie wirkten sich ihre Entscheidungen auf die Bildung einer „gemeinsamen europäischen Verteidigungsidentität“ aus?
- Bietet die Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Grundlage für Europa, als sicherheitspolitischer Akteur ernst genommen zu werden, und
- kann Europa aus den veränderten Bedingungen einen Nutzen ziehen oder bleibt es Juniorpartner der USA auch in Bezug auf eine zukünftige Raketenabwehrarchitektur?

In diesem ersten Teil handelt es sich folglich auch um die Analyse des politischen Umgangs mit einer strategischen Herausforderung unter sich ändernden politisch-strategischen Abhängigkeiten.

Zweitens werden die amerikanischen Verteidigungskonzepte SDI, NMD und MD analysiert, wodurch Parallelen und Unterschiede der Forschungsprogramme aufgezeigt werden. Die Dissertation leistet somit einen Beitrag zur wissenschaftlichen Analyse der desintegrierenden Wirkung der drei amerikanischen Raketenabwehrprogramme auf die (west-)europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität.

Die Arbeit gliedert sich in die Reihe der Untersuchungen ein, welche europäische und amerikanische Sicherheitspolitik analysieren. Die Besonderheit dieser Analyse liegt in der Schwerpunktsetzung. Zwar wird von vielen Autoren der Einfluss der US-Außen- und Sicherheitspolitik der verschiedenen US-Administrationen auf europäische Entscheidungsprozesse und auf das transatlantische Verhältnis untersucht; es gibt aber bisher noch keine Analyse, welche die Auswirkungen der verschiedenen US-Sicherheitskonzeptionen auf „die“ europäische Sicherheitspolitik in das Zentrum der Untersuchung gerückt hat.

Die vorliegende Untersuchung zur europäischen Sicherheitspolitik schliesst die jüngsten Entscheidungen zum institutionellen Ausbau der EU sowie die politischen Entwicklungen in diesem Bereich ein. Gleichzeitig berücksichtigt die Analyse das Abhängigkeitsverhältnis Europas von den USA bis zum Ende des Kalten Krieges. Durch diesen epochenübergreifenden Ansatz werden Entwicklungs- und Evolutionsstufen deutlich, welche Europa vollzogen hat.

Selbst die europäischen EUREKA-Bestrebungen wurden bisher unzureichend unter dem Gesichtspunkt analysiert, dass der Grundstein für eine eigene europäische sicherheitspolitische Identität gelegt werden sollte. Hartnäckig hält sich in der Forschung das Bild von EUREKA als einer zivilwirtschaftlichen SDI-Alternative. Mit anderen Worten: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft war nicht der letzte gescheiterte Versuch zur sicherheitspolitischen Einigung Europas.

Eine weitere Kontinuitätslinie, die durch den Analyseansatz der vorliegenden Arbeit aufgezeigt wird, behandelt den Bereich der Rüstungsk Kooperationen. Durch diese Untersuchung werden Parallelen zwischen den SDI-Kooperationsangeboten und der MEADS-Rüstungsk Kooperation nachgewiesen, welche in der politikwissenschaftlichen Forschung bisher noch nicht herausgearbeitet worden sind.

Die jüngsten Untersuchungen zur europäischen Sicherheitspolitik berücksichtigen die Konfliktregion Südosteuropa kaum. Die Krisen- und Kriegsregionen im Nahen/Mittleren Osten beanspruchen mehr und mehr die öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit, so dass die ungelösten sicherheitspolitischen Fragen in Südosteuropa aus dem Bewusstsein zu verschwinden scheinen. Die vielen ungelösten Minderheiten-Probleme in der Region, der Status des Kosovo, die Zukunft Serbien-Montenegros sowie Bosnien-Herzegowinas bieten Zündstoff für erneute Gewalteskalationen. Es ist zu bezweifeln, ob die EU in der Lage ist, erneute Eskalationen innerhalb Europas ohne atlantische Hilfe zu verhindern. Die Dissertation leistet einen Beitrag, die aus dem wissenschaftlichen und öffentlichen Focus gerückte Krisenregion Südosteuropa in das Blickzentrum zurückzuholen.

Auch in anderen Bereichen der Sicherheitspolitik hat es in der Vergangenheit eine Verschiebung des wissenschaftlichen Interesses gegeben. Während die Bedrohungen durch Terrorismus, Proliferation und radikalen Islamismus immer mehr ins Zentrum des öffentlichen und wissenschaftlichen

Bewusstseins rücken, werden Analysen zu klassischen Themen der Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle vernachlässigt. Die Untersuchungen zu den sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bush-Administration konzentrieren sich deutlich auf die amerikanische Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September. Dass der Präsidentschaftskandidat Bush bereits während des Wahlkampfes 2000 erhebliche Schritte zur Neuorientierung der Nuklear- und Sicherheitsstrategien angekündigt hat, bleibt in den jüngsten Analysen zur US-Sicherheitspolitik oftmals unberücksichtigt. Trotz der zahlreichen Publikationen zur US-Außenpolitik leistet die vorliegende Dissertation daher einen nicht unwichtigen Beitrag zur Beurteilung der sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bush-Administrationen.

1.3. Forschungsstand

Der „Traum“ von einem sicherheitspolitisch eigenständigen Europa wurde bereits während der Konsolidierungsphase des Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg geträumt. Die Motivationen und der Ausgangspunkt der in den fünfziger Jahren gescheiterten Pläne der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft stehen im Zentrum zahlreicher Untersuchungen.¹⁷ Besonders die Intention der Westmächte, das Prinzip der Sicherheit für und durch die Bundesrepublik mit der Sicherheit vor ihr zu verbinden, ist eines der zentralen Forschungsthemen. Ohne die Absicht zu verfolgen, neue Analyseergebnisse zu präsentieren, fasst der derzeit in Kiel lehrende Politikwissenschaftler Johannes Varwick in dem entsprechenden Abschnitt seines 1998 erschienen Buchs „Sicherheit und Integration in Westeuropa“ den EVG-Forschungsstand zusammen.¹⁸ Seinen Schwerpunkt legt der Autor auf die Darstellung, wie und mit welchen Ergebnissen in der bisherigen Forschung die Gründe für das Scheitern der EVG analysiert wurden.

¹⁷ Die EVG war lange Teil von wissenschaftlichen Untersuchungen, unter anderem weil sich die politikwissenschaftliche und historische Forschung intensiv mit allen Aspekten der deutschen Wiederbewaffnung beschäftigte, vergl.: Wettig, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955, München 1967; Noack, Paul: Das Scheitern, a.a.O.; Volkmann, Hans-Erich; Schwengler, Walter: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Boppard am Rhein 1985; Abelshausen, Werner; Schwengler, Walter: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, München 1997

¹⁸ vergl.: Varwick, Johannes: Sicherheit und Integration in Westeuropa. Zur Renaissance der Westeuropäischen Union, Opladen 1998, S. 125-133

Die institutionellen Entwicklungsschritte der GASP werden in der politikwissenschaftlichen Literatur mit einer Fülle von Analysen begleitet.¹⁹ Der militärische Ausbau der EU beginnt zwar erst mit dem Beschluss des EU-Rats in Köln 1999, doch der Beginn des europäischen Einigungsprozesses auf dem Gebiet der Außenpolitik, gekennzeichnet durch die Institutionalisierung der GASP, enthält neben den zivilen auch maßgeblich militärische Aspekte. Die Organisation der Sicherheit und Verteidigung in Europa durchläuft durch den Wegfall des Blockantagonismus und durch die Etablierung neuer Gefahrenpotentiale einen grundlegenden Wandel. Dieser Prozess wird von der wissenschaftlichen Literatur ausführlich verfolgt und analysiert.²⁰ Die Parameter der europäischen Sicherheit, die Machtstruktur, die institutionellen Problemlagen durchlaufen einen dynamischen Prozess, der weiterhin andauert.

Auf geradezu tragische Weise wirkte sich dieser Transformationsprozess mit den Bürgerkriegen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens aus. Der Wegfall der übergeordneten Blockmacht und das folgende sicherheitspolitische Machtvakuum ermöglichten die Eskalation der Gewalt inmitten Europas. Die Unfähigkeit der EG/EU, dieses Machtvakuum in den neunziger Jahren zu schließen und einen sicherheitspolitischen Ordnungsfaktor darzustellen, ist hinlänglich analysiert. Das gescheiterte Konfliktmanagement der EG/EU während der Kriege auf dem Balkan, der große Unterschied zwischen Realität und europäischem Anspruch auf selbstständige Sicherheitspolitik, ist

¹⁹ vergl.: Borkenhagen, Franz: Europa braucht GASP, Bonn 1993; Gottschald, Marc: Die GASP von Maastricht bis Nizza, Baden-Baden 2001; Reiter, Erich (Hrsg.): GASP: Die Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aus europäischer Sicht, Wien 2000; zur Übersicht des aktuellen Forschungsstandes und der Forschungsschwerpunkte: Müller-Brandeck-Bocquet, Giesela (Hrsg.): Europäische Außenpolitik: GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten, Baden-Baden 2002; Wagner, Wolfgang: Die Konstruktion einer europäischen Außenpolitik, Frankfurt a.M. 2002

²⁰ zu Grundlagenanalysen militärischer und strategischer Außen- und Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle sowie Rahmenbedingungen und Perspektiven europäischer Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren vergl.: Fondran, Erhard; Lemke, Dieter: Sicherheitspolitik für Europa zwischen Konsens und Konflikt, Baden-Baden 1995; Schneider, Heinrich: Europäische Sicherheitsarchitektur. Konzeptionen und Realitäten, Frankfurt a.M. 1996; Jaberg, Sabine: Systeme kollektiver Sicherheit in und für Europa in Theorie, Praxis und Entwurf, Baden-Baden 1998; Borchert, Heiko: Europas Sicherheitsarchitektur. Erfolgsfaktoren, Bestandsaufnahme, Handlungsbedarf, Baden-Baden 1999; Volle, Angelika; Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europäische Sicherheitspolitik in der Bewährung, Bielefeld 2000; Steltemeier, Rolf: Utopie oder Realität?: Die Europäische Union auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1998; an Gesamtdarstellungen, welche die Sichtweisen der europäischen Nationen zur ESVP detailliert zusammenfasst, mangelt es bisher. Eine Ausnahme bildet: Erhart, Hans Georg: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Baden-Baden 2002. In der Monographie wird die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus dem Blickwinkel ausgewählter europäischer Länder analysiert. Einen Schwerpunkt auf Arbeiten mittel- und osteuropäischer Wissenschaftler zum doppelten Erweiterungsprozess der NATO und der Europäischen Union legt: Arnold, Hans; Krämer Raimund (Hrsg.): Sicherheit für das größte Europa. Politische Optionen im globalen Spannungsfeld, Berlin 2002

Untersuchungsgegenstand in vielen Einzeldarstellungen.²¹ Erst in jüngster Zeit werden Gesamtdarstellungen publiziert, welche die Entwicklungen in Jugoslawien und die Rolle des Westens von 1990 bis 1999 berücksichtigen.²²

Die zentrale Frage, ob der militärische Ausbau der EU überhaupt erstrebenswert ist oder ob die EU eine reine Zivilmacht bleiben soll, wird in der Politikwissenschaft äußerst kontrovers diskutiert. Die Autoren von „Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung. Gemeinsam sind wir sicher“ des Herausgebers Karl von Wogau, Mitglied des Europäischen Parlaments als Abgeordneter der CDU, führen die Unfähigkeit Europas zur Konfliktbewältigung in dem ehemaligen Jugoslawien an und konstatieren die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.²³ Um die bei der Gründung der EU übergreifende Zielsetzung „Sicherung des Friedens“ zu erreichen, sei die Weiterentwicklung der GASP unumgänglich. Diese stehe freilich noch am Anfang und sei stark verbesserungswürdig, da sie derzeit durch Heterogenität gekennzeichnet sei.

Lutz Unterseher hingegen, Organisationswissenschaftler und Militärsoziologe der „Studiengruppe Alternative Sicherheit“ in Bonn, bezeichnet das Vorhaben eines Ausbaus der Europäischen Union zu einer Militärmacht als

²¹ Die Friedensgutachten setzen sich in den Ausgaben von 1999 und 2000 ausführlich mit den Balkankriegen und der Rolle Europas in der Konfliktbewältigung auseinander. Die Ausgabe von 1999 wurde unter dem Eindruck des Kosovo-Krieges verfasst. Dementsprechend steht der NATO-Luftkrieg, der Einsatz der Bundeswehr und die Implikationen, die sich daraus für die deutsche und westeuropäische Außen- und Sicherheitspolitik ergeben, im Zentrum der Untersuchungen. Die Ausgabe von 2000 analysiert die Rolle Europas als Friedensmacht. Die Konflikte auf dem Balkan und der Kosovo-Krieg hätten gezeigt, dass Europa die Rolle eines friedenspolitischen Akteurs erst noch lernen müsse. Vergl.: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten 1999f., Münster 1999f. (nachfolgend zitiert als Friedensgutachten mit Angabe des jeweiligen Jahres)
Daniel Eisermann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wissenschaft der Politik und Zeitgeschichte der Universität Bonn, analysiert in „Der lange Weg nach Dayton“ die westliche Politik während der ersten Kriege in Jugoslawien bis 1995. Eindrucksvoll wird das Scheitern der zahllosen „reaktiven und unentschlossenen“ diplomatischen Vermittlungsversuche dargestellt: Eisermann, Daniel: Der lange Weg nach Dayton, Baden-Baden 2000. Ein ebensolches vernichtendes Urteil fällt Arabelle Bernecker: „Es ist erstaunlich, wie viele Grundregeln der präventiven Diplomatie und des Krisenmanagements verletzt wurden.“ Siehe: Bernecker, Arabelle: Internationales Konfliktmanagement am Beispiel des Krieges um Bosnien, 1992-1995, Frankfurt a.M. 2001. Des Weiteren: Wellhausen, Malte: Humanitäre Intervention. Probleme der Anerkennung des Rechtsinstituts unter besonderer Berücksichtigung des Kosovo-Konflikts, Baden-Baden 2002; Loquai, Heinz: Weichenstellungen für einen Krieg. Internationales Krisenmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt, Baden-Baden 2003; Schwegmann, Christoph: Die Jugoslawien-Kontaktgruppe in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2003

²² Hannes Hofbauer berücksichtigt alle Konflikte der neunziger Jahre in Jugoslawien und legt den Fokus seiner Untersuchungen auf die ökonomischen Gründe für das westliche Engagement und der NATO in Jugoslawien, vergl.: Hofbauer, Hannes: Balkankrieg. Zehn Jahre Zerstörung Jugoslawiens, Wien 2001; des Weiteren: Biermann, Rafael (Hrsg.): Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan. Erfahrungen und Lehren aus dem Einsatz, Baden-Baden 2002

²³ vergl.: Wogau, Karl von (Hrsg.): Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung. Gemeinsam sind wir sicher, Freiburg i. Br., Basel 2003.

„groben Unfug“. Die verteidigungspolitische Identität Europas sei eher eine Beschwörungsformel als eine realistische Perspektive.²⁴

Die Autorinnen und Autoren in dem Band „Europa-Macht-Frieden? Zur Politik der „Zivilmacht Europa““ von Herausgeber Peter Schlotter, Projektleiter an der HSFK, stehen den Entscheidungen zum Aufbau einer europäischen Militärmacht ebenfalls skeptisch gegenüber.²⁵ Ihr Hauptargument lautet, es bestehe die Gefahr, dass sich aufgrund der Eigendynamik in der Entwicklung der ESVP das außenpolitische Selbstverständnis Europas verändern werde. Diese Veränderung wird ebenso negativ beurteilt wie das mögliche Entstehen einer europäischen Gegenmacht zu den Vereinigten Staaten.

Die britischen Wissenschaftler Trevor Salmon und Alistair Shepherd stellen in „Toward a European Army“ eine Verbindung zwischen den politischen Grundkonzeptionen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und den verteidigungspolitischen Notwendigkeiten her.²⁶ Diese Notwendigkeiten ergeben sich erstens durch den Unilateralismus der USA und zweitens durch die neuen Bedrohungen Massenvernichtungswaffen und Terrorismus. Den Institutionen der EU und den militärischen Fähigkeiten sind die Hauptanalysen gewidmet, deren gegenwärtige Entwicklung negativ beurteilt wird. Das Buch erhebt den Anspruch, den Integrationsprozess der Europäer auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Zusammenhang mit einem umfassenderen geopolitischen Gestaltungsprozess zu setzen.

Eine detaillierte Analyse, welche die jüngsten Entwicklungen des Jahres 2003 auf dem Gebiet der ESVP berücksichtigt, fehlt bisher. Dabei bieten der Beschluss zum Aufbau einer europäischen Rüstungsagentur, die Verabschiedung der EU-Sicherheitsstrategie sowie die entsprechenden sicherheitspolitischen Bestimmungen in dem Verfassungsentwurf eine breite Grundlage, die Rückschlüsse auf die Entwicklung der ESVP bieten. Darüber hinaus muss weitere Forschungsarbeit in der Aufarbeitung der ersten Militäreinsätze der EU geleistet werden. Eine Analyse der Missionen in Mazedonien (Concordia), die unter Rückgriff auf NATO-Strukturen verlief und im Kongo (Artemis), der ersten

²⁴ vergl.: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktforschung (Hrsg.): Wie sicher ist Europa? Perspektiven einer zukunftsfähigen Sicherheitspolitik nach der Jahrtausendwende, Münster 2001

²⁵ vergl.: Schlotter, Peter (Hrsg.): Europa-Macht-Frieden? Zur Politik der „Zivilmacht Europa“, Baden-Baden 2003

²⁶ vergl.: Salmon, Trevor; Shepard, Alistair: Toward a European Army. A military power in the making, London 2003

Mission ohne NATO-Unterstützung, ist bisher nicht in Angriff genommen worden. Die Aufarbeitung der europäischen Streitigkeiten im Zuge der amerikanisch geführten Irak-Intervention im März 2003 und dessen Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Sicherheitspolitik steht erst am Anfang.²⁷

Durch den Ausbau der europäischen sicherheitspolitischen Strukturen und Institutionen wird die Debatte um die Qualität der transatlantischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zusätzlich angeheizt. Die Diskussion wird nicht erst seit den europäischen Bestrebungen, eine größere Eigenständigkeit zu gewinnen, geführt, vielmehr wird die transatlantische sicherheitspolitische Zusammenarbeit seit ihrem Bestehen analysiert und kommentiert. Eine Zusammenfassung der Problemfelder und eine aktuelle Bestandsaufnahme der transatlantischen (Sicherheits-)Beziehungen am Ende der neunziger Jahre enthält der Band „Amerika und Europa“. Die Herausgeber Armin Laschet, EU-Abgeordneter der CDU, und Friedbert Pflügler, Sicherheitsexperte der CDU im Bundestag, haben für die Monographie gewichtige Politiker gefunden wie Christopher Patten oder Madeleine Albright. Einen Schwerpunkt der Beiträge liegt in der Analyse der Außenpolitik der Clinton-Administrationen und den Auswirkungen dieser Politik auf das europäisch-amerikanische Verhältnis.²⁸

Die Reden der Teilnehmer der Münchener Sicherheitskonferenz informieren über die Agenda, welche die sicherheitspolitische transatlantische Diskussion bestimmt. Eine Kontinuitätslinie, welche sich wie ein roter Faden durch die Diskussionsbeiträge zieht, lässt sich unschwer erkennen: Seit Ende der neunziger Jahre sind die Diskussionen durch die Sorge des Auseinanderdriftens der Europäischen Union und Amerika gekennzeichnet.²⁹

²⁷ Ein Buch stellt die Analyse der durch den Irak-Krieg ausgelösten transatlantischen Streitigkeiten in den Mittelpunkt der Untersuchungen, vergl.: Gordon, Philip; Shairo, Jeremy: *Allies at War. America, Europe and the Crisis Over Iraq*, New York 2004. Eine weitere Veröffentlichung behandelt zwar die Rolle Europas, stellt aber die Krisenregion Irak und die Politik des „amerikanischen Hegemon“ in den Mittelpunkt, vergl.: Kubbig, Bernd (Hrsg.): *Brandherd Irak, US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Frankfurt a.M. 2003; Das Friedensgutachten 2003 setzt mit der Rolle Europas im Zeichen des Irak-Krieges einen Schwerpunkt. Die Autorinnen und Autoren plädieren für eine Zivilisierung der internationalen Politik und kritisieren gleichzeitig die neue Sicherheitsstrategie der USA: *Friedensgutachten 2003*, a.a.O.

²⁸ vergl.: Laschet, Armin; Pflügler, Friedbert (Hrsg.): *Amerika und Europa*. Karlspreis 2000 an Bill Clinton, Aachen 2000

²⁹ Die Münchener Sicherheitskonferenz ist einerseits auf der eigenen Homepage dokumentiert (<http://www.securityconference.de>) und andererseits in jährlich veröffentlichten Zusammenfassungen wie beispielsweise: Teltschik, Horst (Hrsg.): *Euro-Atlantic Partnership and Global Challenges in the New Century*. February 2-4, 2001, Berlin 2001

Die Diskussion um die transatlantischen Beziehungen wird maßgeblich durch Politiker und Politikwissenschaftler geprägt.³⁰ In der bundesrepublikanischen Forschung ist die Zahl der Beiträge zu dem Thema seit der Transformation der sicherheitspolitischen Beziehungen stark angestiegen. Doch während die Diskussion in der Bundesrepublik vornehmlich in Fachzeitschriften und Beiträgen in Monographien stattfindet³¹, publizieren amerikanische Wissenschaftler Bücher zu diesem Thema und etablieren so eine strategische Diskussionskultur, welche in der Bundesrepublik so nicht stattfindet.³²

In der Bundesrepublik stimmen die Autoren in der Beurteilung überein, dass sich das transatlantische Verhältnis in einer neuen Phase befindet. Es wird eine breite Debatte darüber geführt, wohin der Weg geht, wie sich das Verhältnis in Zukunft gestalten könnte und wie die Ziele erreicht werden sollen. Optimistischen Einschätzungen zufolge hat Europa durchaus die Möglichkeit, als gleichwertiger sicherheitspolitischer Partner neben der Weltmacht Amerika zu existieren, wohingegen pessimistischere Analysen das genaue Gegenteil feststellen.³³ Demnach werden die Europäer nicht in der Lage sein, sich zu emanzipieren, und aufgrund ihres Unwillens, souveräne Rechte an die EU abzutreten, immer nur ein schwacher Juniorpartner der USA bleiben.

³⁰ Als Einstieg in die Thematik eignet sich Trommler, Frank; Shore, Elliott (Hrsg.): *Deutsch-amerikanische Begegnungen. Konflikt und Kooperation im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart, München 2001; Meier-Walser, Reinhard; Luther, Susanne (Hrsg.): *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, München 2002; Mayer, Peter; Rittberger, Volker; Zelli, Fariborz: *Risse im Westen? Betrachtungen zum transatlantischen Verhältnis heute*, Tübingen 2003; May, Bernhard; Hönigke Moore, Michaela (Hrsg.): *The Uncertain Superpower*, Opladen 2003

³¹ In den für die Dissertation ausgewählten Fachzeitschriften publizierten Ernst-Otto Czempiel, Joachim Krause, Tilman Mayer, Michael Rühle, Hans Schauer, Jochen Thies, Werner Weidenfeld und Carsten Voigt für das Thema relevante Aufsätze.

³² Robert Kagan formulierte in einem vorab veröffentlichten Aufsatz, der die Grundthesen seines Buches zusammenfasste, die pointierte und in der Öffentlichkeit vielbeachtete These „Die Amerikaner stammen vom Mars, während die Nachkriegs-Europäer Geschöpfe der Venus sind.“ Vergl.: Kagan, Robert: *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003; Nye, Joseph: *Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht*, Hamburg 2003; Kupchan, Charles: *Die europäische Herausforderung. Vom Ende der Vorherrschaft Amerikas*, Berlin 2003; Kissinger, Henry: *Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, Berlin 2002

³³ vergl.: Weidenfeld, Werner: *Kühles Kalkül: Die neue Ära der transatlantischen Beziehungen*, in: *Internationale Politik*, Nr. 6, 2001, S. 1; ders.: *Erneuerung der transatlantischen Bindungen*, in: *Internationale Politik*, Nr. 3, 2000, S. 1; Rühle, Michael: *Transatlantische Dissonanzen. Sieben Thesen zu den Sicherheitsbeziehungen*, in: *Internationale Politik*, Nr. 4, 2000, S. 43; Schweigler, Gebhard: *Driftet die atlantische Gemeinschaft auseinander?*, in: *Internationale Beziehungen*, Nr. 6, 1996, S. 53; Thies, Jochen: *das Ringen um die neue Weltordnung. Zum Verhältnis zwischen Europa und Amerika*, in: *ApuZ*, Nr. 25, 2002, S. 3; Krause, Joachim: *Streit um Raketenabwehr. Ursachen der neuen transatlantischen Krise*, in: *Internationale Politik*, Nr. 3, 2000, S. 37; Czempiel, Ernst-Otto: *Europa und die Atlantische Gemeinschaft*, in: *APuZ*, Nr. 1-2, 1999, S. 12

Ein bestimmender Faktor des transatlantischen Verhältnisses ist seit jeher die NATO gewesen. Seit ihrem Bestehen wird das Bündnis durch eine unüberschaubare Fülle von Literatur begleitet, welche unter verschiedenen Blickwinkeln alle auf die NATO bezogenen Themenfelder analysiert.³⁴ Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt verschwand auch der Gegner der NATO des Kalten Krieges. Aus diesem Verlust resultierte eine Grundsatzdiskussion darüber, welche Bedeutung und welche Aufgaben die NATO als das wichtigste europäische Verteidigungsbündnis überhaupt noch haben kann, da eine militärische Bedrohung aus dem Osten sehr unwahrscheinlich geworden ist. Zusammen mit Johannes Varwick veröffentlichte Wichard Woyke 2000 die zweite überarbeitete Auflage von „Die Zukunft der NATO“.³⁵ Ein Bedeutungsverlust der NATO, hervorgerufen durch die veränderten Umstände, lässt sich nach deren Ansicht nicht konstatieren, vielmehr sei die Allianz auch auf längere Sicht unentbehrlich.³⁶ Eine weniger optimistische Einschätzung und damit stellvertretend für die „andere Seite“ in der Diskussion um die Zukunft der NATO publizierte der Mitarbeiter des Centre for Defence Studies in London Paul Cornish 1997. In „Partnership in Crisis“ vermutete er, das Bündnis könne obsolet werden: „The analysis proceeds from the premise that, ... without a sound partnership and a vision shared by the United States and its long-standing west European allies, the alliance which proved so durable during the Cold War will soon become obsolete...“³⁷

Diese Grundsatzdiskussion um die Überlebenschancen des Bündnisses dauert in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung bis heute an. Diesem Thema „untergeordnet“ sind die weiteren Punkte der NATO-Agenda, wie die

³⁴ Besonders anlässlich von runden Jahrestagen werden in den Publikationen die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungsschritte der NATO rekapituliert, ohne dabei neueste Forschungsergebnisse zu präsentieren. Dennoch eignen sich die Aufsätze als Einstieg in die Thematik, vergl.: Kaplan, Lawrence: NATO's first fifty years: <http://www.nato.int/docu/review/50th-ann/skaplan-e.shtml>; Das Parlament, 17.02.1989, Themenausgabe: 40 Jahre NATO; IAP-Dienst, Publizistische Gesellschaft für Politik und Zeitgeschehen (Hrsg.): Sicherheitspolitik, Sonderheft: 50 Jahre NATO, Bonn 1999

³⁵ Der Wandel der NATO in den neunziger Jahren wird als „Verteidigungsbündnis zum Instrument kollektiver Sicherheit“ dargestellt. Vergl.: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard: Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel, Opladen 2000.

³⁶ vergl.: Sloan, Stanley: NATO, The European Union, And The Atlantic Community. The Transatlantic Bargain Reconsidered, New York, Oxford 2003; Siedschlag, Alexander: NATO Meets the Post-strategic Condition. Political Vicissitudes and Theoretical Puzzles in the Alliance's First Wave of Adaption 1990-1997, Münster 1998

³⁷ siehe: Cornish, Paul: Partnership in Crisis. The US, Europe and the Fall and Rise of NATO, London 1997, S. 112.

Diskussionen um die Bedeutung von NATO-Strategie, NATO-Osterweiterung, Out-of-Area-Einsätze, die Kampfeinsätze der NATO in Jugoslawien, die Rolle der NATO im Anti-Terror-Kampf, die Bedeutung der NATO für die europäische Integration, das Verhältnis der NATO zur ESVP.³⁸

Die amerikanische Verteidigungskonzeption SDI entwickelte sich zu Beginn der achtziger Jahre zu einem zentralen sicherheitspolitischen Thema und wurde dementsprechend intensiv von der wissenschaftlichen Literatur begleitet. Sowohl in der englisch- als auch in der deutschsprachigen Literatur wurde seit Mitte der achtziger Jahre eine fast unüberschaubare Menge an Beiträgen publiziert. Die Beiträge beleuchten die breite Palette an militärstrategischen, rüstungskontrollpolitischen, innen-, außen- und verteidigungspolitischen sowie technologie-, forschungs- und industriepolitischen Themen, welche durch SDI verursacht wurden.³⁹

³⁸ vergl.: Theiler, Olaf: Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen, Baden-Baden 2003; Sloan, Stanley: NATO, The European Union, a.a.O.; Schimmelpfennig, Frank: The EU, NATO and the Integration of Europe. Rules and Rhetoric, Cambridge 2004; Kaplan, Lawrence: NATO United, NATO Divided: The Evolution of an Alliance, Westport 2004; Howorth, Lolyon; Keeler, John (Hrsg.): Defending Europe: The EU, NATO and the Quest for European Autonomy, New York 2003; Timmermann, Heiner; Pradetto, August (Hrsg.): Die NATO auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Münster 2002.

³⁹ Zur Einführung in das Thema vergl.: Jasani, Bhupendra: The military use of outer space, in: Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): SIPRI Yearbook 1984. Armaments, Disarmament and International Security, London 1984 (nachfolgend zitiert als SIPRI Yearbook mit Angabe des jeweiligen Jahres), S. 351-359; Jasani, Bhupendra; Lee, Christopher: Waffen im Weltraum. Countdown zum Krieg der Sterne. Ein SIPRI-Report, Hamburg 1985; Stockton, Paul: Strategic Stability between the Super-powers, The International Institute for Strategic Studies, Adelphi Papers 213, London Winter 1985; Bertram, Christoph: US-Soviet nuclear arms control, in: SIPRI Yearbook 1987, a.a.O., S. 324-336; Kubbig, Bernd (Hrsg.): Die militärische Eroberung des Weltraums. Band 1 und 2, Frankfurt a.M. 1990; ders.: Die SDI-Debatte in der Reagan-Administration und im Kongreß ab 1983, Hessische Forschung zur Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a.M. 1988; Tirman, John (Hrsg.): SDI. Der Krieg im Weltraum. Grundlagenstudie prominenter Wissenschaftler der Union of Concerned Scientists (UCS) zur Bewaffnung des Weltraums, 2. Auflage, Bern 1986; Talbot, Strobe: Raketenschach, München 1984; Czempiel, Ernst-Otto; Schweitzer, Carl-Christoph: Weltpolitik der USA nach 1945, Einführung und Dokumente, Bonn 1987; Hubatschek, Gerhard (Hrsg.): Strategie für den Frieden, Herford 1986; Bühl, Hartmut (Hrsg.): Strategiediskussion. NATO-Strategie im Wandel. Alternative Sicherheitskonzepte. Strategische Defensive, Herford 1987; Weisser, Ulrich: Strategie im Umbruch. Europas Sicherheit und die Supermächte, Herford 1987; zu den technologischen Aspekten von SDI vergl.: Haug, James (Hrsg.): The Strategic Defense Initiative: An international Perspective, New York 1987; noch im Jahr 2000 wurde das Thema von zwei Autoren erneut aufgegriffen. Gregg Herken veröffentlichte „Cardinal Choices“ und Frances Fitzgerald das an amerikanischen Universitäten vieldiskutierte Buch „Way Out There in the Blue: Reagan, Star Wars and the End of the Cold War“: Herken, Gregg: Cardinal Choices. Presidential Science Advising from the Atomic Bomb to SDI, Stanford 2000; Fitzgerald, Frances: Way Out There in the Blue. Reagan, Star Wars and the End of the Cold War, New York u.a. 2000. Trotz ihres „saloppen Journalistenschreibstils“ liefert letztgenannte eine fundierte Analyse nicht nur der SDI-Hintergründe, sondern auch der außenpolitisch relevanten Themen der Reagan-Administration. Mit „Cardinal Choices“ untersucht Autor Gregg Herken die Beziehungen und den Einfluss naturwissenschaftlicher Berater auf die amerikanischen Präsidenten von 1938 bis in die Präsidentschaft Reagans bei politisch-technologisch-strategischen Herausforderungen. Obwohl das Thema „SDI“ nur in einem Kapitel unter mehreren behandelt wird, bietet „Cardinal Choices“ naturwissenschaftliche Hintergründe von technologischen Herausforderungen. Herken charakterisiert Reagan ebenso wie Fitzgerald als einen Präsidenten, der sich weniger um die technische Machbarkeit des SDI-Projektes kümmerte, als vielmehr um die politischen Konsequenzen einer angenommenen funktionierenden strategischen Rake-

Es gibt unterschiedliche Bewertungen von SDI in der wissenschaftlichen Literatur, wobei ein breites Spektrum an Argumenten sowohl der Befürworter von Raketenabwehren als auch deren Gegnern zu finden ist. An dieser Stelle erfolgt eine Auswahl des zentralen Argumentationsspektrums:

In ihrem Buch „SDI: Aufbruch zu einer neuen Dimension der Sicherheit?“, analysieren Armin Graf von Rothenburg und Rolf Wäsche das SDI-Forschungsprogramm und das Argumentationsspektrum sicherheits- und bündnispolitischer Aspekte, militärstrategische, rüstungskontrollpolitische sowie forschungspolitische und technologische Aspekte. Anschließend wird SDI aus amerikanischer, europäischer und deutscher Sicht beurteilt. Die Autoren befürworten das amerikanische Raketenabwehrprojekt, da die nukleare Bedrohung zwar nicht überwunden, aber gemildert werden könne. Auf dem europäischen Kontinent müsse jedoch ebenfalls eine wirksame Raketenabwehr, zum Schutz vor der sowjetischen nuklearen und konventionellen Bedrohung, aufgebaut werden.⁴⁰

Der amerikanische Physiker und Gründungsdirektor von NASA Goddard Institute for Space Studies, Robert Jastrow, gehört zu den uneingeschränkten Bewürworthern von SDI, in „SDI. So werden Atomwaffen überflüssig“ aus dem Jahr 1983 verfolgt er den Leitgedanken Präsident Reagans. Der Autor sieht in einer funktionstüchtigen Raketenabwehr die Möglichkeit zur Beschreitung eines Weges, an deren Ende eine atomwaffenfreie Welt stehen könne. Seine Argumentation lautet, eine umfassende Defensivarchitektur würde Interkontinentalraketen obsolet machen und letztendlich könnten die Supermächte auf die Dislozierung derartiger Waffen verzichten. Zwar handele es sich dabei um ein langfristiges Ziel, was nur schrittweise erreicht werden könne. Das Vorantreiben des Forschungsprogramms sei aber der erste Schritt in die atomwaffenfreie Welt.⁴¹

Eine zentrale Argumentation der westlichen wie auch der östlichen Gegner von SDI lautet, SDI sei nicht nur eine strategische Waffe zur Verteidigung, sondern vielmehr eine offensive Waffe, da sie neue Angriffsoptionen bereitstelle. Anton-Andreas Guha hinterfragt in „Schild oder Waffe?“ von 1986, ob es sich bei

tenabwehr. Ebenfalls den Einfluss von Naturwissenschaftlern auf die Raketenabwehrdebatte in den USA untersucht Bernd Kubbig, dessen Buch im Oktober 2004 veröffentlicht wird: Kubbig, Bernd: Wissen als Machtfaktor im Kalten Krieg. Naturwissenschaftler als Machtfaktor im Kalten Krieg, Frankfurt a.M. 2004;

⁴⁰ vergl.: Graf von Rothenburg, Armin; Wäsche, Rolf: SDI, a.a.O.

⁴¹ vergl.: Jastrow, Robert: SDI. So werden Atomwaffen überflüssig, Boston, Herford 1986

dem SDI-Projekt um eine reine Defensivarchitektur handele, oder ob eine funktionstüchtige Raketenabwehr nicht das Prinzip der Abschreckung unterminiere und sogar die Wahrscheinlichkeit eines Erstschlages erhöhe: „Daher begünstigt SDI einen Erstschlag, weil sie ihn kalkulierbar macht und das Risiko, trotz allem von Vergeltungsschlägen des Gegners getroffen zu werden, auf ein militärisch rationales Maß verhindert.“⁴² Dementsprechend destabilisiere SDI die Sicherheitsarchitektur, auch wenn es unzulässig sei, den USA zu unterstellen, sie würden die Option eines Erstschlages nutzen, wenn sie die Möglichkeit hätten. Schärfere Kritiker unterlassen diese „Unterstellung“ nicht, sondern analysieren die sich aus einer funktionierenden Systemarchitektur ergebenden strategischen Konsequenzen genauer. Dementsprechend kommen sie zu dem Schluss, dass es sich bei SDI tatsächlich um eine Offensivwaffe handele.⁴³

Hervorzuheben sei an dieser Stelle der Abschnitt „Militärstrategische Bewertung strategischer Defensivsysteme“ aus dem Buch „SDI-Chance, Wunschtraum, Gefahr?“ von Hans Rühle, früherer Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, und Michael Rühle, mittlerweile Direktor des Politischen Planungsstabes der NATO. Das Buch hebt sich von vielen ab, da es klar und sachgerecht geschrieben ist. Die beiden Autoren analysieren sorgfältig und objektiv, woraus ein differenziertes Bild der Strategie und der Diskussion darüber resultiert.⁴⁴

In der Fachliteratur werden nicht nur die Entscheidungsprozesse in der Bundesregierung aufgearbeitet, sondern auch die Motive für das Handeln der anderen europäischen Nationen. Das „Versagen Europas“, eine einheitliche Position zu entwickeln, und darüber hinaus den nationalstaatlichen Interessen den Vorzug zu geben, wird ausführlich analysiert.⁴⁵ Zwei umfassende Analysen der SDI-Entscheidungsprozesse in der Regierung Kohl haben Theodor Benien 1991 und Bernd Hölzenbein 1990 erstellt. Letztgenannter sah in „Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) als Problem bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik“ Defizite im Entscheidungsprozeß der Bundesregierung.

⁴² siehe: Guha, Anton-Andreas: Schild oder Waffe? Die Strategische Verteidigungsinitiative SDI und die Folgen für Europa, München 1986

⁴³ vergl.: Gießman, Hans-Joachim: SDI und strategische Stabilität, in: Wissenschaft und Frieden. Wissenschaftliches Symposium „Militarisierung oder friedliche Nutzung des Weltraums“, Wien 19.-20. Oktober 1985; Sagdeew, Roald; Prilutzkii, Oleg: Strategische Verteidigung und strategische Stabilität, in: ebd.

⁴⁴ vergl.: Rühle, Hans; Rühle, Michael: SDI. Chance, Wunschtraum, Gefahr?, Frankfurt a.M. 1990, S. 203-241

⁴⁵ zu den mit der Bundesrepublik geschlossenen Rahmenabkommen vergl.: Kubbig, Bernd: Die SDI-Rahmenvereinbarung zwischen Bonn und Washington: Eine Bilanz nach zwei Jahren, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a.M. 1988

Theodor Benien verwies in „Der SDI-Entscheidungsprozeß in der Regierung Kohl/Genscher (1983-1986)“ auf beschränkte Handlungs- und Einflussmöglichkeiten der Regierung.⁴⁶

Auf das amerikanische SDI-Projekt reagierte Europa mit zwei eigenen Initiativen, EUREKA und EVI.⁴⁷ Die Europäische Verteidigungsinitiative war eine von Deutschland ins Spiel gebrachte militärstrategische Antwort auf SDI. Die Initiatoren dachten dabei an eine Raketenabwehr für Europa unter der Schirmherrschaft der USA. Deutschland suchte damit eine Abkopplung der westeuropäischen Sicherheit von der Amerikas zu verhindern. Frankreich hatte mit EUREKA genau das Gegenteil im Sinn: Eine Abkehr von der amerikanischen Hegemonie hin zu einer europäischen Verteidigungsidentität unter französischer Führung. In der politikwissenschaftlichen Literatur wird EUREKA als die zivil-technologische Antwort auf das amerikanische SDI-Projekt dargestellt und verstanden.⁴⁸

Es mangelt in der EUREKA-Forschung an Analysen zu den strategischen Konsequenzen dieser Initiative. Obwohl EUREKA offiziell den Focus auf Erforschung ziviler Technologien legen sollte, war es das Ziel des Projektes, für militärische Zwecke verwertbare Technologien zu gewinnen. Mit anderen Worten: EUREKA war kein zivilwirtschaftliches Projekt, sondern sollte langfristig die militärtechnologische Basis für Europa schaffen, unabhängig von den USA, eigene Rüstungsprojekte zu garantieren, und sich damit von der technologischen Abhängigkeit von Amerika zu befreien, um sich von der amerikanischen sicherheitspolitischen Vorherrschaft in Europa zu trennen.

⁴⁶ vergl.: Benien, a.a.O.; Hölzenbein, Bernd: Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) als Problem bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Analyse des Entscheidungsprozesses der Bundesregierung, Berlin 1990; zu demselben Thema vergl.: Au, Hans-Erich: Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Zur politischen Diskussion in der BR Deutschland, Frankfurt a.M. 1988; Zhan, Xun-Zhi: Die deutsche Außenpolitik in der Anfangsphase der nationalen und internationalen Kontroverse über SDI, München 1990

⁴⁷ zur EVI-Forschung vergl.: Benien, a.a.O.; Hölzenbein a.a.O., Hassel, Kai-Uwe von: Address at a Symposium of EIS and High Frontier, in: EIS-Journal, Nr. 4-5, 1985; Schierholz, Henning: SDI und die „Europäische Verteidigungsinitiative“, in: Tatz, Jürgen (Hrsg.): Ist der Frieden noch zu retten? Die Abschreckung und ihre Alternativen, Frankfurt a.M. 1986; Köpke, Jörg; Ohlshausen, Klaus: Flugkörperabwehr in NATO-Europa. Notwendige Ergänzung der integrierten Luftverteidigung, in: Wehrtechnik, Nr. 10, 1986; Geyso, Peter von: Strategic Defenses and ATBM: An European View, in: Gottstein, Klaus (Hrsg.): SDI and Stability. The Role of Assumptions and Perceptions, Baden-Baden 1986; Wörner, Manfred: A Missile Defense for NATO-Europe, in: Strategic Review, Nr. 1, 1986; ders.: Flugkörperabwehr der NATO-eine Notwendigkeit!, in: Truppenpraxis, Nr. 6, 1986; Rühle, Michael: Perserving the Deterrent. A Missile Defence for Europe, London 1986

⁴⁸ zur Eureka-Forschung vergl.: Schütze, Walter: SDI oder EUREKA?, a.a.O.; Deubner, Christian: Kritische Überlegungen zu „EUREKA“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1985; Carton, Alain: EUREKA: A West European Response to the Technological Challenge posed by the SDI Research Programme, in: Brauch, Hans (Hrsg.): Star Wars and European Defence. Implications for Europe: Perceptions and Assessments, New York 1987; Seitz, Konrad: SDI – die technologische Herausforderung für Europa, in: Europa-Archiv, Nr. 13, 1985; Rühle, Michael: Perserving the Deterrent, a.a.O.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Gefahren Europas während des Kalten Krieges waren vielfältig. Während die Gefahr durch klassische Bedrohungspotentiale gesunken ist, entstanden durch die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) und Trägersystemen (Proliferation) sowie dem globalen Terrorismus neue strategische Gefahren. Zahlreiche Bücher liefern einen Überblick über die sicherheitspolitischen Globaltrends, welche die neue Qualität der sicherheitspolitischen Lage widerspiegeln.⁴⁹

Das Thema „Proliferation“ wird seit Anfang der neunziger Jahre in zahlreichen Aufsätzen diskutiert. Es herrscht völliger Konsens darüber, dass es ein Proliferationsproblem gibt. Allerdings wird in Wissenschaft und Politik darüber gestritten, wie diesem Problem zu begegnen ist. Während die einen diplomatische Mittel und den Abschluss von Regimen als adäquates Mittel betrachten, sehen die anderen den Einsatz von militärischer Gewalt zur Lösung der Probleme als legitim an.⁵⁰

Klassische Themen der Außen- und Sicherheitspolitik, wie Rüstungskontrolle und Abrüstung genießen vor dem Hintergrund der neuen

⁴⁹ vergl.: Reiter, Erich (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, Hamburg, Berlin 2001; Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg, Berlin 2001; zur Bedrohung durch den globalen Terrorismus: Aretin, Felicitas von; Wannenmacher, Bernd (Hrsg.): Weltlage. Der 11. September, die Politik und die Kulturen, Opladen 2002; Reiter, Erich (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Band 1 und 2, Hamburg, Berlin 2002; Dave, Christopher; Feske, Susanne; Peters, Ingo (Hrsg.): Internationale Risikopolitik. Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2002; Achar, Gilbert: Der Schock der Barberei. Der 11. September und die „neue Weltordnung“, Köln 2002; Bilek, Anita; Graf, Wilfried; Neumann, Alexander (Hrsg.): Kritik der Gewalt. Friedenspolitik im Zeichen von Krieg und Terror, Wien 2002; Talbott, Strobe; Chanda, Nayan (Hrsg.): Das Zeitalter des Terrors. Amerika und die Welt nach dem 11. September, Berlin, München 2002; Ahmed, Nafeez: Geheimsache 09/11. Hintergründe des 11. September und die Logik amerikanischer Machtpolitik, München 2003; Leidenmühler, Franz (Hrsg.): Krieg gegen den Terror? Konfliktszenarien im 21. Jahrhundert und ihre Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik, Idstein 2003

⁵⁰ zur Proliferationsproblematik sind seit den neunziger Jahren eine unüberschaubare Menge an Aufsätzen in den genannten Fachzeitschriften publiziert worden. Zur Einführung in die Problematik vergl.: Müller, Harald: Die (Nicht-)Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen, Stuttgart 1995, S. 48-62. Der Autor definiert die verschiedenen Arten von Massenvernichtungswaffen (MVW), die zu berücksichtigenden Konfliktregionen, die Motive derjenigen, die nach MVW streben und die sich durch diese Konstellationen ergebenden strategischen Konsequenzen. Aktuelle Analysen werden auf der Internetseite der Center for Nonproliferation Studies (CNS) regelmäßig veröffentlicht, ebenso wie in den Jahrbüchern von SIPRI: <http://www.cns.miis.edu>; Zanders, Jean Pascal; Wahlberg, Maria: Chemical and Biological Weapon and Arms Control, in: SIPRI Yearbook 2000, S. 532; Barnaby, Wendy: Biowaffen. Die unsichtbare Gefahr, München 2002; Bress, Stefan: Vereinte Nationen und kooperative Nichtverbreitungspolitik. Die Herausforderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Trägersystemen für die internationale Kooperation, Berlin: dissertation.de, 2002; Harris, Robert; Paxman, Jeremy: Der lautlose Tod. Die Geschichte der biologischen und chemischen Waffen, München 2002; Miller, Judith; Engelbert, Stephen; Broad, William: Virus. Die lautlose Bedrohung. Biologische Waffen – Die unsichtbare Front, München 2002

Gefahrenpotentiale in der öffentlichen und der politikwissenschaftlichen Diskussion derzeit keine Priorität.⁵¹ Die Fülle der Publikationen zu diesen Themen ist tatsächlich gesunken, obwohl die Bandbreite an Entscheidungen und Ereignissen eigentlich sorgfältigerer Analysen bedürfen. Zwar widmen sich einzelne Aufsätze in den entsprechenden Jahrbüchern diesen Themen, es mangelt jedoch an weitreichenden, tiefergehenden Publikationen.⁵²

Mit dem bilateralen Vertrag zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen (Strategic Offensive Reduction Treaty, SORT) zwischen den USA und Russland vom 24. Mai 2002 und der Kündigung des Vertrags zum Verbot der Dislozierung von Abfangraketen für ballistische Raketen (Anti-Ballistic-Missile, ABM) vom 13. Juni 2002 sind zwei richtungsweisende Entscheidungen getroffen worden. Der zuständige Atomwaffenexperte von SIPRI, Shannon Kile, stellt die Unterschiede von SORT im Vergleich zu früheren bilateralen Abrüstungsabkommen und die Bedeutung für die Umsetzung der Bestimmungen heraus.⁵³ Dabei werden zahlreiche Rückschritte in den Abrüstungsbestimmungen deutlich. So ist beispielsweise durch die praktische Aufhebung des Verbots, Interkontinentalraketen mit atomaren Mehrfachsprengköpfen zu bestücken, eine zentrale Errungenschaft der früheren Abrüstungsverträge (Strategic Arms Reduction Treaty, START) aufgehoben worden. Ebenso wie der amerikanische Rückzug aus dem ABM-Vertrag wird der SORT-Vertrag in Zusammenhang mit einer neuen strategischen Partnerschaft zwischen den USA und Russland gesehen.

Anhand der beiden Entscheidungen ist die neue Qualität der Beziehungen zu erkennen, die letztendlich auf der einen Seite die ideologische Überwindung des Kalten Krieges darstellt. Auf der anderen Seite wird deutlich, dass die USA die

⁵¹ Besonders die Entwicklung in dem Bereich der konventionellen Waffen wird kaum mehr berücksichtigt. Der Vertrag über „Konventionelle Streitkräfte in Europa“ (KSE-Vertrag) vom 19. November 1990 hat für beachtliche Stabilität gesorgt und ist in den neunziger Jahren an die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen angepasst worden. Die beiden ehemaligen Mitglieder der deutschen KSE-Delegation Rüdiger Hartmann und Wolfgang Heydrich rücken das Thema in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Die beiden untersuchen erstens den Anpassungsprozess des KSE-Vertrages an die neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und kommentieren zweitens die einzelnen Vertragspunkte samt deren Zusammenhänge und historischen Hintergründen: Hartmann, Rüdiger; Heydrich, Wolfgang: Die Anpassung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa, Baden-Baden 2002

⁵² vergl.: Bender, Wolfgang; Liebert, Wolfgang (Hrsg.): Wege zu einer nuklearwaffenfreien Welt, Münster 2001; Krause, Joachim; Wenger, Andreas (Hrsg.): Nuclear Weapons into the 21st Century. Current Trends and Future Prospects, Bern 2001. Die beiden folgenden Literaturhinweise werden stellvertretend für die letzten Jahrgänge genannt, da es sich um Jahrbücher handelt: Bonn International Center for Conversion (Hrsg.): Conversion Survey 2001. Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization, Baden-Baden 2001; Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten, a.a.O.

⁵³ vergl.: Kile, Shannon: Nuclear arms control, non-proliferation and ballistic missile defence, in: SIPRI Yearbook 2003, a.a.O.

„Gewinner“ dieser neuen politischen Ausrichtung sind, da sie sich neue militär-strategische und rüstungspolitische Optionen verschafft haben.⁵⁴

Die amerikanischen Pläne, ein strategisches Raketenabwehrsystem für das Territorium der USA unter Einbezug der europäischen Verbündeten zu errichten, sind Teil der neuen strategischen Ausrichtung der USA. Die neuesten BMD-Projekte werden vor allem in Fachzeitschriften diskutiert. Im Gegensatz zum Thema SDI gibt es über NMD und MD bisher nur wenige fachwissenschaftliche Gesamtdarstellungen. Die Bush-Administration verfolgt mit ihren MD-Plänen eine Jahrzehnte alte Kontinuitätslinie. Sie ist nicht der Initiator einer neuen Verteidigungskonzeption. Eine Analyse der Kontinuitätslinie der amerikanischen Bemühungen um Raketenabwehren in Zusammenhang mit den sicherheitspolitischen Konzeptionen fehlt bisher.

Seit der Raketenabwehr-Politik der Clinton-Administration ist die Fülle der Publikationen in Fachzeitschriften stark angestiegen.⁵⁵ Obwohl ein breites Spektrum an Untersuchungsschwerpunkten vorliegt, lassen sich mehrere Forschungsschwerpunkte herausfiltern: Der innenpolitische Kontext der Konzeptionen, die Wirksamkeit von BMD-Systemen auf den zugrunde liegenden Bedrohungsanalysen, die Auswirkungen auf die Rüstungskontrolle, die Auswirkungen von regionalen Raketenabwehren von amerikanischen Verbündeten auf die Stabilität in Südostasien und dem Nahen Osten, die technologische Machbarkeit strategischer Raketenabwehren und die Auswirkungen von strategischen Raketenabwehrkonzeptionen auf die sicherheitspolitischen Beziehungen.

Die „deutsche Debatte“ um die neuesten amerikanischen Konzeptionen ist zwar mit der inneramerikanischen nicht spiegelbildlich. Trotzdem ähneln sich die

⁵⁴ Verschärfte Kritik an dieser amerikanischen Politik übt die australische Medizinerin und Friedensaktivistin Helen Caldicott, welche der USA vorwirft, durch die nukleare Aufrüstung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts das Risiko eines Atomkriegs erhöht zu haben: Caldicott, Helen: *Atomgefahr USA. Die nukleare Aufrüstung der Supermacht*, München 2003

⁵⁵ Zu der BMD-Politik der Clinton-Administration: Wilkening, Dean: *Ballistic Missile Defense and Strategic Stability*, The International Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper 334, Oxford, New York 2000; Scheffran, Jürgen: *Raketenabwehr contra Proliferation. Der Norden tut sich zusammen*, in: *Wissenschaft und Frieden*, Nr.1, 1994, S. 51-56; Cleave, William van: *The Function of Missile Defense*, in: Schumacher, Ulrike; Kaltefleiter, Werner (Hrsg.): *Structure, Order and Disorder in World Politics*, Frankfurt a.M. 1998; Lindsay, James; O'Hanlon, Michael: *Defending America. The Case for Limited National Missile Defense*, Washington D.C. 2001; Kile, Shonnon: *Nuclear arms control and non-proliferation*, in: SIPRI Yearbook 2000, a.a.O.; ders.: *Nuclear arms control and ballistic missile defence*, in: SIPRI Yearbook 2001, a.a.O.; Schild, Georg: *Die bedrohte Supermacht. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem Ende des Kalten Krieges*, Opladen 2002; in Deutschland verfolgt Bernd Kubbig die Raketenabwehrpläne seit SDI kontinuierlich vergl.: Kubbig, Bernd: *Aufrüstung vor Rüstungskontrolle. Amerikanische Raketenabwehrpolitik während der Clinton-Administration*, in: HSFK-Report, Nr.1, 1996; ders.: *Raketenabwehr als angemessene technologische Antwort auf das politische Proliferationsproblem*, in: HSFK-Report, Nr. 9, 1992

Untersuchungsgegenstände, wobei unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden.⁵⁶ Das Interesse, Gesamtdarstellungen zu publizieren ist sowohl in Amerika, als auch in Europa sehr gering. Ein Grund dafür mag sein, dass erstens die Bush-Administration keine detaillierten MD-Pläne veröffentlicht hat und zweitens mit der Möglichkeit gerechnet wird, dass das Thema Raketenabwehr letztendlich wieder von der Tagesordnung verschwinden könnte. Da die militärtechnologische und politische Entwicklung auf dem Gebiet voranschreitet und einige entscheidende Beschlüsse gefasst worden sind, ist weitere Forschungsarbeit vonnöten.

56 Götz Neueneck, Wissenschaftler am Hamburger Institut für Sicherheitspolitik, diskutiert die Frage nach der technischen Machbarkeit von strategischen Raketenabwehren und schlussfolgert, es werde niemals eine funktionstüchtige Raketenabwehr geben: Neueneck, Götz: Von National Missile Defense zu Global Missile Defense? Technische Machbarkeit und Ansätze der Bush-Administration, in: Friedens-Warte, Nr. 4, 2001, S.391-415; In dem „NATO-Brief“ der Ausgabe Winter 2001/2002 diskutieren die beiden Sicherheitsexperten Keith Payne und Joseph Ciricione kontrovers die Frage „An welcher Stelle sollte die Raketenabwehr nach dem 11. September auf der Liste vorrangiger Verteidigungsausgaben stehen?“ Während Ciricione der Raketenabwehr lediglich eine Nebenrolle in den künftigen sicherheitspolitischen Aufgaben zuweist, misst Payne „dem“ Raketenabwehrsystem eine „zentrale Bedeutung“ zu: Payne, Keith; Ciricione, Joseph: An welcher Stelle sollte die Raketenabwehr nach dem 11. September auf der Liste vorrangiger Verteidigungsausgaben stehen?, in: NATO Brief, Winter 2001/2002, S.26-30. Jürgen Scheffran und Regina Hagen haben sich mit der Frage beschäftigt, welche Auswirkungen die neuen BMD-Pläne der Bush-Administration auf Europa haben würden. In ihrem Beitrag bestreiten sie die Gefahren, die durch die Proliferation von Raketen-technologie ausgehen, nicht. Sie urteilen jedoch, das Problem militärisch, sprich mit BMD-Architekturen, lösen zu wollen, entspräche dem Versuch, ein Feuer mit Benzin zu löschen: Hagen, Regina; Scheffran, Jürgen: Was macht Europa? Zwischen Raketenabwehr und Weltraumrüstung, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 2, 2001; Der Friedensforscher Bernd Kubbig plädiert in mehreren Veröffentlichungen, die auf der Internetseite der HSKF publiziert sind sowie in seinen Beiträgen in den Friedensgutachten, für multilaterale rüstungskontroll- und exportpolitische Maßnahmen, um den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen. Dem deutschen Außenminister und dem Auswärtigen Amt schlägt er in einem an diese gerichteten Arbeitspapier eine Strategie des Abwartens und Zeitgewinnens vor. Lediglich diplomatische Mittel seien zur Lösung der zuvor aufgezeigten Probleme geeignet. Darüber hinaus hätten die europäischen Länder sowieso keine Möglichkeiten bei der Gestaltung auf den Politikbereich der globalen „BMD-Bühne“ mitzuwirken: Kubbig, Bernd: Deutsche Optionen und Handlungsspielräume angesichts (un-)bekannter amerikanischer Raketenabwehrpläne: <http://www.hsfk.de/abm-/forum/pdfs/aadeut.pdf>; eine diametral entgegengesetzte Meinung vertritt Joachim Krause. Die neuen BMD-Pläne enthielten das Potential, der Atlantischen Allianz ein Mehr an politischer Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit sowie große Fortschritte im Bereich Abrüstung und Nichtverbreitungspolitik zu ermöglichen: Krause, Joachim: Raketenabwehr-Sprengstoff für die Atlantische Allianz?, in: Spillmann, Kurt: Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte. VIII. Vortragsreihe an der ETH Zürich Sommersemester 2001, Züricher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 60, Zürich 2001, S. 161-173. In „US-Raketenabwehr – was nun?“, räumt Oberst a.D. Klaus Arnhold der Bundesrepublik sowie den anderen europäischen Nationen die zumindest theoretische Möglichkeit ein, dazu beizutragen, dass eine Raketenabwehr für Europa weltweit zu mehr Sicherheit führen kann: Arnhold, Klaus: US-Raketenabwehr – was nun?, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, April 2001; Der russische Vorschlag einer „Euro-ABM“ ist bisher nur in wenigen Beiträgen analysiert worden: Arnhold, Klaus: Rußlands Vorschlag zur nicht-strategischen Raketenabwehr für Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie, Berlin, September 2001; Siebenmorgen, Markus: Partnerschaft oder Widerstand? Russlands Raketenabwehrpolitik seit dem 11. September, in: Osteuropa, Nr.6, 2003; weitere Literatur zum Thema: Rudolf, Peter: Amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush. Eine erste Einschätzung. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell Nr. 5, 2001; Thränert, Oliver: Amerikanische Raketenabwehrpläne: Konsequenzen für die internationale Sicherheit. Analyseinheit Internationale Politik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Bonn 2001; Glebocki, Martina; Jacobowski, Mirko u.a.: Raketenabwehrpläne in historischer Perspektive – Variationen über ein Thema amerikanischer Politik, in: Friedenswarte Nr.4, 2001, S.361-389; Reiter, Erich: Perspektiven einer europäischen Raketenabwehr, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik, Nr. 2, 2002, Wien 2002

Die Zusammenhänge der sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bush-Administration, die Kündigung des ABM-Vertrages, die National Security Strategy, der Nuclear Posture Review sowie die rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen sind in vielen Aufsätzen ausreichend analysiert.⁵⁷

In Deutschland ist zu dieser amerikanischen Verteidigungskonzeption lediglich eine Buchpublikation zu verzeichnen. Eric Chauvistré, der in den neunziger Jahren über die Rüstungsk Kooperation MEADS promovierte, hat sich mit seinem populärwissenschaftlichem Buch „Das atomare Dilemma“ in dem Jahr 2001 des Themas NMD angenommen, behandelt die Auswirkungen von NMD auf Europa jedoch nur am Rande.⁵⁸ Der Autor ist Gegner jeglicher Raketenabwehrsysteme, ob amerikanischer oder der europäischer NATO-Staaten, die für ihn lediglich den naiven Traum der Unverwundbarkeit widerspiegeln. Das „atomare Dilemma“ könne weder durch die Beibehaltung der Abschreckung, noch durch den Aufbau einer Raketenabwehr, sondern nur durch militärische Selbstbeschränkung überwunden werden.

Die Raketenabwehr-Kooperation MEADS ist sowohl aus dem Blickwinkel der Tagespresse als auch aus der Forschung gelangt. Während die Anfänge der Rüstungsk Kooperation noch verfolgt worden sind, ist das Interesse an diesem

⁵⁷ Mehrere Autoren untersuchen den Zusammenhang zwischen den MD-Plänen der Bush-Administration, der National Security Strategy dem Nuclear Posture Review sowie den weiteren Entscheidungen zur Rüstungskontrolle. Der Leiter der Forschungsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der HSK Harald Müller analysiert die neue amerikanische Strategie und deren Auswirkung auf die Abschreckung. Die Raketenabwehr sei der Kernbestandteil einer Abschreckungspolitik, die jedoch nicht auf einer Philosophie des Gleichgewichts, sondern auf einer Überlegenheitsdoktrin beruhe: „Die Raketenabwehr entkräftet die Hoffnung des Gegners, die Vereinigten Staaten mit auf Raketen montierten Massenvernichtungswaffen davon abzuhalten, in der jeweiligen Region ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen.“ Die Funktion beziehe sich vor allen Dingen auf die Eindämmung von „Schurkenstaaten“. Die zweite Hauptaufgabe der Raketenabwehr sei es, Rivalen in der Weltordnung nicht erst aufkommen zu lassen. Nachdem Russland unter dem Präsidenten Putin nicht mehr dazu zähle, richte sich die neue Raketenabwehr gegen China: Müller, Harald: „Defensive Präemption“ und Raketenabwehr: Unilateralismus als Weltordnungspolitik, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 38, Frühjahr 2003: <http://www.hfsk.de/abm/bulletin/pdfs/mueller2.pdf>; scharf formuliert Götz Neueneck den Zusammenhang zwischen der Strategie der Preemption, Raketenabwehr und der Irak-Politik. Die neue nationale Sicherheitsstrategie enthalte „präventive Angriffsoptionen“, „die durch verstärkte Verteidigungsmaßnahmen im Bereich der Raketenabwehr...abgesichert werden (...) Der Irak-Krieg dürfte der Testfall für die neue „Bush-Doktrin“ werden.“: Neueneck, Götz: Hypermacht USA. Von der Abschreckung zur Präventiven Kriegsführung?, in: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 3, 2002, S.141-147; weitere Aufsätze zu diesem Themenbereich in: Rudolf, Peter u.a.: Zwei Jahre Präsident Bush. Beiträge zum Kolloquium der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin am 13. Februar 2003, SWP-Studie, Berlin März 2003

⁵⁸ vergl.: Chauvistré, Eric: Das atomare Dilemma. Die Raketenabwehrpläne der USA, Berlin 2001

Untersuchungsgegenstand merklich gesunken.⁵⁹ Aktuellere Publikationen, welche die amerikanischen MD-Pläne und die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit bei dieser regionalen Raketenabwehr im Zusammenhang analysieren, fehlen vollständig. Die Entscheidung der amerikanischen Administration, keine Unterscheidung mehr bei der Forschung und Entwicklung (F&E) nach Technologien für strategische oder regionale Raketenabwehren zu machen, sollte die politikwissenschaftliche Forschung aufmerksam machen. Denn damit ist auch MEADS, und folglich italienische und deutsche Firmen, (wenn auch nur ein kleiner) Teil der amerikanischen MD-Pläne.

Die Außenpolitik der Bush-Administration ist eines der zentralen Themen der sicherheitspolitischen Untersuchungen. Viele Autoren verknüpfen die Analyse der Außenpolitik der ersten Bush-Amtsperiode mit denen der Vorgängeradministrationen, setzen in ihren Untersuchungen aber unterschiedliche Schwerpunkte. Viele Autoren analysieren die Parallelitäten und Konstanten in der amerikanischen Außenpolitik.⁶⁰ Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass die Bush-Administration entgegen der populären öffentlichen Meinung und Wahrnehmung keineswegs einen völlig neuen außenpolitischen Kurs eingeschlagen hat. Die Autoren erkennen diese Konstanten aber auf völlig verschiedenen und sogar diametral entgegengesetzten Gebieten. Während Peter Pilz, Grünen-Abgeordneter im österreichischen Parlament, eine „imperialistische“ US-Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts konstatiert, analysiert Stephan Bierling die multilateralen Ansätze der Administrationen, welche für den bruchlosen Übergang von der Biopolarität in die US-Unipolarität verantwortlich waren.⁶¹ Dieser multilaterale Kurs, welcher auch von der Bush-Administration verfolgt wurde, endete mit den amerikanischen Reaktionen auf die Terroranschläge des 11. September.

⁵⁹ vergl.: Bischoff, Manfred: Sicherheitspolitik und Wirtschaft: Verteidigungstechnologie und Verteidigungsindustrie, in: Europäische Sicherheit, Nr.3, 1998, S.20-22; Kubbig, Bernd: Problematische Kooperation im Dreieck: Das trilaterale Raketenabwehrprojekt MEADS, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr.18, Herbst 2000; Binder, Horst: MEADS - Ein Erfolgsmodell für die transatlantische Kooperation: http://www.sipotec.net/NEU_Wehrtechnik/Start_WT/meads_11_01.html; zum aktuellen Stand der Kooperation: Hagena, Hermann: The Transatlantic Dimension: Patriot and Meads, Vortrag vor der HSFK am 3.11.2003: <http://www.hsfk.de/abm/ak/coping/pdfs/hagena.pdf>

⁶⁰ vergl.: Junker, Detlef: Power and Mission. Was Amerika antreibt, Freiburg i. Br. 2003; Schley, Nicole; Busse, Sabine: Die Kriege der USA. Chronik einer aggressiven Nation, München 2003; Grobe-Hagel, Karl: Krieg gegen den Terror? El Qaeda, Afghanistan und der „Kreuzzug“ der USA, Köln 2002

⁶¹ vergl.: Bierling, Stephan: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart, München 2003; Pilz, Peter: Mit Gott gegen alle. Amerikas Kampf um die Weltherrschaft, Stuttgart, München 2003; Seller, Hanns-Frank: Der Weg der USA in die Weltpolitik. Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik in ihren Grundlinien, München 2001. Zur Transformation der Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs siehe: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Sicherheitspolitik, a.a.O.

Die US-Außen- und Sicherheitspolitik hat durch die Terroranschläge einen grundlegenden Wandel erfahren, und es herrscht Konsens über die Beurteilung des 11. September: Das Datum steht für einen Wendepunkt der amerikanischen US-Außenpolitik. Eine Reihe von Autoren weist diesen Kurswechsel anhand der Absetzung des Taliban-Regimes in Afghanistan und dem Irak-Krieg nach.⁶²

Einen Bruch der US-Außenpolitik durch die Bush-Administration konstatieren hingegen Ernst-Otto Czempiel und Georg Schild. Czempiel vermutet, der Präsident habe bereits vor den Terroranschlägen des 11. September die Absicht gehabt, das riesige Machtpotential der Vereinigten Staaten zu nutzen und einzusetzen. Die Terroranschläge hätten ihm die Legitimation verschafft, die „selektive Weltherrschaft“ auszubauen.⁶³ Schild bilanziert, der gegenwärtige Präsident habe die Grundposition seines Vorgängers verlassen und beanspruche für Amerika eine der wirtschaftlichen und militärischen Machtentfaltung angemessene politische Rolle.⁶⁴

Einen breiten Konsens gibt es in der Beurteilung über den Status Amerikas innerhalb der internationalen Beziehungen: Die meisten Autoren konstatieren die Herausbildung des Systems der Unipolarität nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes mit Amerika als einzig verbliebene Supermacht. Einige Autoren gehen der Frage nach, ob dieser Status sogar mit dem eines „Imperiums“ gleichzusetzen sei, wobei Vergleiche mit Rom nicht gescheut werden.⁶⁵

Für die Bearbeitung des Themenfeldes „Europäische Sicherheitspolitik“ stehen die notwendigen Dokumente sowie offizielle Stellungnahmen und richtungsweisende Reden und Interviews zur Verfügung. Nicht nur für den Politikwissenschaftler ist die Informationsbeschaffung durch das Internet wesentlich vereinfacht worden. Da auch die Regierungen und Institutionen sich

⁶² vergl.: Müller, Harald: Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September, Frankfurt 2003; Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können, Frankfurt a.M., New York 2003; Johnson, Chalmers: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München 2003; Watrin, Konrad: Shock and Awe. 11. September – Irak-Krieg. Masterplan für die arabische Welt. Renaissance Europas oder US-Hegemonie, München 2003; Biermann, Werner; Klönne, Arno: The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus – Die USA als Weltmacht?, Köln 2003; Sauer- mann, Ekkehard: Neue Welt Kriegs Ordnung. Die Polarisierung nach dem 11. September 2001, Bremen 2002; Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten 2002, Münster 2002; Funke, Hajo: Der Amerikanische Weg. Hegemonialer Nationalismus in der US-Administration, Berlin 2003

⁶³ vergl.: Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München 2002

⁶⁴ vergl.: Schild, Georg: Die bedrohte Supermacht, a.a.O.

⁶⁵ vergl.: Speck, Ulrich; Sznaider, Natan (Hrsg.): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003; Bender, Peter: Weltmacht Amerika – Das neue Rom, Stuttgart 2003; Ignatieff, Michael: Empire lite. Die amerikanische Mission und die Grenzen der Macht, Hamburg 2003

die neuen Informationstechnologien nutzbar gemacht haben, ist der Zugang zu wichtigen veröffentlichten Dokumenten recht einfach.⁶⁶

Auf den Internetseiten der EU, insbesondere des Rates der Europäischen Union, sind Informationen hinterlegt und dokumentiert⁶⁷, angefangen von den institutionellen Entwicklungsschritten Europas, über Tätigkeitsbereiche der GASP, dem gescheiterten Konfliktmanagement der EG/EU auf dem Balkan, bis hin zu den EU-Militäroperationen (Concordia/Artemis). Darüber hinaus sind auch weiterhin Dokumentationen verfügbar.⁶⁸

Ähnlich verhält es sich mit der Verfügbarkeit an Informationen, welche die Bundesregierung und die Ministerien publizieren. Einerseits bieten Kanzleramt, das Auswärtige Amt und das Bundesverteidigungsministerium Informationen und Dokumentationen zur Außen- und Sicherheitspolitik an, andererseits werden diese auf den entsprechenden Internetseiten veröffentlicht.⁶⁹

Die jüngsten wesentlichen amerikanischen sicherheitspolitischen Dokumente wie der Nuclear Posture Review, die National Security Strategy, die Kündigung des ABM-Vertrags oder der SORT-Abrüstungsvertrag sind ebenso online abrufbar, wie die zentralen sicherheitspolitischen Reden von George W. Bush.⁷⁰ Dementsprechend gut sind die amerikanische Sicherheitspolitik und die amerikanischen Sicherheitskonzeptionen dokumentiert. Die legislative BMD-

⁶⁶ So finden sich alle wichtigen auf das NATO-Bündnis bezogene Dokumente unter <http://www.nato.int>.

⁶⁷ siehe: Rat der Europäischen Union: <http://ue.eu.int>; des Weiteren das Einstiegsportal zur EU: <http://europa.eu.int>; Europäisches Parlament, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik: <http://europarl.eu.int>; Kommission/Außenbeziehungen: <http://europa.eu/comm>

⁶⁸ siehe: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP), Dokumentation, 11. überarbeitete Auflage 1998; Europäischer Konvent (Hrsg.): Entwurf. Vertrag über eine Verfassung für Europa, 18. Juli 2003, Luxemburg 2003; Dokumentationen in der Fachzeitschrift „Internationale Politik“, Dokumentationen in Sekundärliteratur: Volle, Angelika; Weidenfeld, Werner: Europäische Sicherheitspolitik in der Bewährung, Bielefeld 2000; Borkenhagen, Franz: Europa braucht GASP. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in und für Europa, Bonn, Berlin 1993

⁶⁹ siehe: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bulletin 2003. Bulletin 1996-2002, CD-Rom-Version, Berlin 2003; ders.: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Berlin; als Beispiel für die jährlichen Ausgaben des Auswärtigen Amtes: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2000, Berlin 2000; als Beispiel für die Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Verteidigung: Bundesministerium für Verteidigung, Presse und Informationsstab, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Neuordnung von Grund auf. Die größte Reform der Bundeswehr in Stichworten, Berlin 2001; die wichtigsten Internetadressen der Bundesregierung und -ministerien: <http://www.bundeswehr.de>; <http://www.auswaertiges-amt.de> <http://www.bundesregierung.de>; <http://www.sicherheitspolitik.bundeswehr.de>

⁷⁰ siehe: National Security Strategy vom September 2002, a.a.O.; der Nuclear Posture Review, a.a.O.; amerikanisches „Innenministerium“: <http://www.state.gov>; U.S. Department of State Information Program: Arms Control and Non-Proliferation: <http://usinfo.state.gov/>; amerikanisches Verteidigungsministerium: <http://www.defenselink.mil>; Die Missile Defence Agency hält über Testprogramme und Neuigkeiten auf dem Laufenden und veröffentlicht detailliert das Budget mit einer genauen Aufschlüsselung für welche einzelnen Programme wieviel Geldmittel bewilligt werden: <http://www.acq.osd.mil/mda/mdalink/html>; Die Abschussbasen für die Interceptoren wie Fort Greely, Alaska oder Vandenberg, Californien haben eigene Internetseiten und veröffentlichen Testergebnisse: <http://www.usarak.army.mil/greely>; <http://www.vandenberg.af.mil>;

Politik der Clinton-Administration, die Verabschiedung des Gesetzes zum Aufbau einer nationalen Raketenabwehr vom 22. Juli 1999 (Public Law 106), ist auf der Online-Bibliothek des amerikanischen Kongresses abrufbar.⁷¹ Die amerikanischen Gefahren- und Geheimdienstanalysen wie der Rumsfeld-Report und die jährlich veröffentlichten National Intelligence Estimates (NIE), deren Bedrohungspereptionen als Begründung für die sicherheitspolitische Notwendigkeit der Raketenabwehrpläne dienen, sind auf den Internetseiten des amerikanischen Verteidigungsministeriums ebenfalls abrufbar.⁷²

Während die technischen BMD-Aspekte anhand der entsprechenden Veröffentlichungen sehr gut nachvollziehbar sind⁷³, ist wenig Quellenmaterial derzeit darüber verfügbar, wie sich die Bush-Administration eine zukünftige strategische BMD-Architektur vorstellt. Die amerikanische Administration hat sich bisher nur vage zu den BMD-Plänen geäußert. Der Rede Donald Rumsfelds auf der Münchener Sicherheitskonferenz sowie die sicherheitspolitischen Grundsatzreden und -entscheidungen von George W. Bush bilden die Quellengrundlage für die Analyse der sicherheitspolitischen BMD-Konzeptionen.⁷⁴ Da sich die Initiatoren dieser neuen Sicherheitskonzeption bisher mit detaillierten Plänen zurückhalten, gibt es auch wenig europäische und deutsche Reaktionen zu den Plänen. Die Grundsatzdebatte vom 15. März 2001 im Bundestag zu den transatlantischen Beziehungen, die Münchener Sicherheitskonferenz sowie öffentliche Stellungnahmen und Interviews von Mitgliedern des Bundestags sind Analysebasis für diesen Untersuchungsabschnitt.⁷⁵

Während die Quellenbeschaffung für diese Untersuchungsgegenstände durch das Internet erheblich vereinfacht worden ist, musste für die Erschließung des SDI-Materials sozusagen „klassisch“ recherchiert werden. Sowohl das amerikanische Verteidigungsministerium als auch der amerikanische Kongress haben zahlreiche auf SDI bezogene Materialien veröffentlicht. Über die Planung, Durchführung und Status des Forschungsprogramms informierte die neu ins Leben gerufene „Strategic Defense Initiative Organisation“ (SDIO) in verschiedenen Berichten. Diese sind wiederum ebenso wie weitere wichtige amerikanische

⁷¹ siehe: The Library of Congress: <http://thomas.loc.gov>

⁷² siehe: <http://www.defenselink.mil>

⁷³ so auch das trilaterale MEADS-Projekt: MDA-Fact-Sheet: <http://www.acq.osd.mil/>

⁷⁴ siehe: <http://www.security-conference.de>; <http://www.whitehouse.gov>.

⁷⁵ Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder und von Außenminister Fischer auf der 37. Münchener Sicherheitskonferenz: <http://www.securityconference.de>; Bundestagsdebatte am 15. März 2001 in: Das Parlament, Nr.13-14, 23/30.3.2001

Quellen wie Gesetzestexte, präsidentielle Verordnungen und Nationale Sicherheitsstrategien, aber auch Reden und Verlautbarungen in deutschen Dokumentensammlungen publiziert. Insbesondere für die rüstungskontrollpolitischen Implikationen sind die in mehreren Bänden herausgegebenen „Dokumentationen zur Abrüstung und Sicherheit“ relevant.⁷⁶ Dort finden sich die von der US-Regierung veröffentlichten Dokumente ebenso wieder wie sowjetische Stellungnahmen oder Mitschriften über Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen. Ebenso detailliert sind die Dokumentation der Fachzeitschrift „Europa-Archiv“, „Internationale Politik“ sowie die von „Amerika Dienst“. Des Weiteren publizieren einige Autoren von Sekundärliteraturen umfangreiche Dokumentenanhänge.⁷⁷

In den genannten Literaturhinweisen finden sich nicht nur die amerikanischen Dokumente und bilaterale Vertragstexte, sondern auch die entscheidenden deutschen Stellungnahmen und Dokumente zu SDI sowie wichtige Dokumente zur EVI/EUREKA-Forschung. Die Bundesregierung und die Ministerien haben mehrere Organe, welche auf dem Laufenden halten. Das Bundesministerium für Verteidigung veröffentlichte umfangreiche Dokumentationen zu SDI und der deutschen Position zu der amerikanischen Initiative.⁷⁸ Die Bundesregierung und das Presse und Informationsamt der Bundesregierung gaben mit dem Thema relevante Berichte heraus.⁷⁹

⁷⁶ siehe: Krause, Joachim; Magiera-Krause, Christiane (Hrsg.): Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Band XXI (1983)-XXIII (1985/1986), (nachfolgend zitiert als Krause), Bonn o.J.

⁷⁷ siehe: Graf von Rothenburg; Armin; Wäsche, Rolf: SDI, a.a.O.; Bühl, Hartmut (Hrsg.): Strategiediskussion, a.a.O.

⁷⁸ siehe: Der Bundesminister der Verteidigung, Informations- und Pressestab Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): SDI. Fakten und Bewertungen, Fragen und Antworten, Dokumentationen, Bonn 1986; ders.: Bericht zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA, Bonn 1985; ders.: Das US-Forschungsprogramm SDI. Militärstrategische Überlegungen zu einer deutschen Forschungsbeteiligung, Bonn 1985

⁷⁹ siehe: Kohl, Helmut: Die Bundesrepublik Deutschland und Europa im Nordatlantischen Bündnis, in: Bulletin Nr.19, 14. Februar 1985; ders.: Erklärung der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Bulletin, Nr. 40, 19. April 1985; ders.: Transatlantische Partnerschaft und Einigung Europas, in: Bulletin, Nr. 76, 29. Juni 1985; ders.: Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, in: Bulletin, Nr. 39, 18. April 1986; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1985, Bonn 1985; ders.: Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1986, Bonn 1986; ders.: Die Strategische Verteidigungsinitiative, Bonn 1986; Jahresbericht der Bundesregierung 1985, Bonn 1985; ders.: Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Bulletin, Nr. 35, 29. März 1985

2. „Europäische Verteidigungsidentität“ bei Ende des Ost-West-Konfliktes

2.1. Konfliktlinien und Problemfelder europäischer Sicherheitspolitik

Innerhalb der internationalen Beziehungen kennzeichneten zahlreiche Konfliktlinien den Ost-West-Konflikt.⁸⁰ Als der historische Ursprung der Ost-West-Beziehungen gelten die Etablierung der Sowjetherrschaft und die Unterstützung der gegenrevolutionären Kräfte durch den Westen (Frankreich, England, USA und auch Japan) vor dem Zweiten Weltkrieg.⁸¹ Neben den dadurch entstandenen wirtschaftlichen Interessenkonflikten erwiesen sich nach dem Ende des Krieges die Umwandlung von dem sowjetischen in das stalinistische Herrschaftssystem und die einhergehenden systematischen Verletzungen elementarer Menschenrechte als für den Westen unakzeptabel.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs im Zentrum der Ost-West-Beziehungen. In den Augen des Westens stellte die Zwangseinführung undemokratischer Herrschaftsformen, die Unterdrückung jeder wirklichen Opposition und die Verweigerung grundlegender Menschen- und Bürgerrechte und Freiheiten in den sowjetisch besetzten Gebieten Osteuropas eine qualitativ neue Bedrohung dar. Im Gegensatz zu den westlichen Demokratien, die ihre Verteidigungsstrukturen abbauten, behielt die UdSSR ihre Streitkräfte auf voller Kriegsstärke.⁸² Die offenkundig auf Expansion ausgerichtete Politik und Strategie der Sowjetunion hatte mehrere direkte Konsequenzen:

- die Auslösung des Kalten Krieges,
- die Herausbildung politischer, militärischer (North Atlantic Treaty Organisation- NATO, Warschauer Vertragsorganisation-WVO) und wirtschaftlicher (Europäische Gemeinschaft-EG) Blöcke,
- die Teilung Deutschlands und Europas.⁸³

⁸⁰ vergl.: Erfinger, Manfred; List, Martin: Ost-West-Beziehungen, in Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 6, Internationale Beziehungen, München 1994, S. 381-396; Steininger, Rolf: Der Kalte Krieg, Frankfurt am Main 2003; Czempel, Ernst-Otto: Weltpolitik der USA nach 1945, a.a.O.; Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg, München 2003; Kahn, Helmut Wolfgang: Der Kalte Krieg, 3 Bände, Köln 1986, 1987, 1988

⁸¹ vergl. anstatt vieler: Bracher, Karl-Dietrich: Die Krise Europas, Propyläen Geschichte Europas, Frankfurt am Main 1992, S. 236ff.

⁸² zur Entwicklung der Militärstrategien von NATO/USA einerseits und WVO/Sowjetunion andererseits vergl.: Nielebock, Thomas; Wetzler, Rainer: Militärstrategie, in: Nohlen, a.a.O., S.292-303

⁸³ vergl.: Erfinger; List, in: Nohlen, a.a.O., S. 387

Nicht nur die Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent beeinflussten die Ost-West-Beziehungen. Auch die sowjetische Unterstützung von kommunistischen, sozialistischen Herrschaftssystemen in Ländern der sogenannten Dritten Welt diente der Sowjetunion in westlichen Augen lediglich für die Aquisition überseeischer Operationsfähigkeit. Mit den Stellvertreterkriegen in Korea, Vietnam und Afghanistan kam es zwischen den Supermächten zu indirekten militärischen Konfrontationen.

Mit dem Aufstieg der USA und der Sowjetunion zu den beiden führenden Mächten nach 1945 begann der Grundsatzkonflikt des „kompetitiven Sicherheitsstrebens“⁸⁴. Beide Staaten versuchten, ihre Sicherheit und Integrität durch unilaterale Rüstungsanstrengungen unter Rückgriff auf die jeweilig dominierten Militärbündnisse zu gewährleisten. Als Konsequenz ergab sich eine ungebremsste Rüstungsdynamik, da beide über die eigentlichen Sicherheitsbedürfnisse hinaus Rüstungsbeschaffungen vornahmen, die von der jeweiligen Gegenpartei als bedrohlich empfunden und mit Aufrüstungsmaßnahmen beantwortet wurden. Aus der Rüstungsdynamik entwickelten sich die drei zentralen Problemfelder

- strategische Atomwaffen,
- atomare Mittelstreckenwaffen und
- konventionelle Rüstung.

In dem Problemfeld der strategischen Atomwaffen herrschte zunächst die Konfliktlinie über die Legitimität des Atomwaffenbesitzes und der Legitimität der Drohung mit Atomwaffen vor. Die sicherheitspolitische Strategie der USA nach dem Zweiten Weltkrieg orientierte sich an dem Konzept der Kriegsverhütung durch Drohung mit atomarer Überlegenheit.⁸⁵ Das schloss sowohl die Legitimität des Atomwaffenbesitzes als auch die Drohung mit Atomwaffen ein. Da die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt noch nicht über Atomwaffen verfügte, stellte sie beides grundsätzlich in Frage. Mit dem ersten Atomwaffentest der Sowjetunion 1949 verschwand die Konfliktlinie über die Legitimität des Atomwaffenbesitzes. Nach sowjetischer Einschätzung blieb jedoch die Drohung mit Atomwaffen

⁸⁴ vergl.: ebd., S. 388

⁸⁵ zur Entwicklung der US-Nuklearstrategie vergl.: O'Connell, Robert: Die inneren Bewegkräfte des großen amerikanisch-sowjetischen Rüstungswettlaufs, in: Rohwer, Jürgen (Hrsg.): Feindbilder und Militärstrategien seit 1945, Bremen 1992; Weisser, a.a.O., S. 32ff.

unzulässig, obwohl sie selbst mit dem Erwerb von Atomwaffen Ende der vierziger Jahre in eine neue strategische Position gelangte.⁸⁶

Der von beiden Seiten als notwendig erachtete Atomwaffenbestand warf Fragen über mit den Atomwaffen einhergehende Optionen auf. Die USA bauten bis zu Beginn der siebziger Jahre ihr Atomwaffenarsenal sowohl qualitativ als auch quantitativ aus, worauf die Sowjetunion verstärkte Anstrengungen unternahm, mit den USA jeweils gleichzuziehen. Als Konsequenz blieb der Interessenkonflikt der atomaren militärischen Optionen ungeregt.⁸⁷ Die in den sechziger Jahren abgeschlossenen bi- und multilateralen Rüstungskontrollverträge im Bereich der Atomwaffen dienten lediglich der Verhinderung eines Ausbruchs von unbeabsichtigten Atomkriegen bzw. der Verhinderung der Weiterverbreitung von strategischen Atomwaffen.

Der Verlust der amerikanischen Hegemonialposition, unter anderem in dem Bereich der strategischen Atomwaffen, veranlasste die USA zu einer Kurskorrektur. Durch ihre Initiative wurde die wechselseitige Zweitschlagsfähigkeit (mutual assured destruction, MAD) ausgehandelt. Mit dem SALT I (Strategic Arms Limitation Talks)- Vertrag von 1972 erzielten beide Supermächte eine Einigung über den quantitativen Umfang der strategischen Atomwaffen.⁸⁸ Die „quantitative kontrollierte Aufrüstung“ bedeutete aber keine tatsächliche Rüstungsbegrenzung, da mit der Einführung von Mehrfachsprengköpfen (Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle, MIRV) die qualitative Aufrüstung verbessert und vorangetrieben wurde.⁸⁹

Die massiven sowjetischen Rüstungsbemühungen in den siebziger und achtziger Jahre veranlassten den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, zum Konzept der strategischen Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion zurückzukehren. Das Konzept der Festlegung relativ hoher gemeinsamer Obergrenzen für strategische Atomwaffen wurde im SALT II-Vertrag von 1979 zwar nochmals vertraglich manifestiert, aber in der Praxis nicht umgesetzt.⁹⁰ Stattdessen beschloss

⁸⁶ vergl.: Stockton, Paul: Strategic Stability between the Super-Powers, in: The International Institut for Strategic Studies (Hrsg.): Adelphi Papers 213, Oxford 1986, S. 25ff.; zur Sowjetstrategie vergl.: Rühl, Lothar: Mittelstreckenwaffen in Europa, Baden-Baden 1987, S. 58ff.; Weisser, a.a.O., S. 127ff.

⁸⁷ vergl.: Erfinger; List, in: Nohlen, a.a.O., S.388

⁸⁸ vergl.: vorläufiges Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken „on certain measures with respect to the limitation of strategic offensive arms“ (SALT I-Abkommen, Inkrafttreten am 03. Oktober 1972): <http://www.fas.org/nuke/control/salt1/text/salt1.htm>

⁸⁹ vergl.: Holst, Johan: Towards a New Political Order in Europe? The Role of Arms Control, in: Frei, Daniel (Hrsg.): Sicherheit durch Gleichgewicht?, Zürich 1982, S. 77-93

⁹⁰ vergl.: Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Begrenzung strategischer Offensivwaffen „together with agreed statements and com-

Reagan neue Aufrüstungsprogramme für strategische Atomwaffen, die innerhalb weniger Jahre die SALT-II Obergrenze überschritten hätten. Außerdem intensivierte die USA ihre Bemühungen um strategische Raketenabwehrsysteme und verfolgte das Programm der strategischen Verteidigung im Weltraum SDI. Parallel dazu forderten die USA eine drastische Reduzierung der strategischen Atomwaffen und verfolgten somit eine Doppelstrategie: Die Sowjetunion sollte gezwungen werden weiter aufzurüsten und durch den zu erwartenden wirtschaftlichen Kollaps an den angebotenen Verhandlungstisch gebracht werden.⁹¹

Mitte der achtziger Jahre wurde durch den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow eine neue Ära in der sowjetischen Außenpolitik eingeleitet. Das Ziel der Amerikaner schien verwirklicht, die Sowjetunion war wirtschaftlich nicht mehr in der Lage, das bisherige Konzept der Hochrüstung beizubehalten. Mit der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft begannen Überlegungen einer kontrollierten Abrüstung und damit die beiderseitig akzeptierte Abkehr von allzu hohen Obergrenzen für strategische Atomwaffen an Realisierungschancen. Das im Juli 1991 geschlossene START I (Strategic Arms Reduction Talks)-Abkommen, war das Resultat der neuen strategischen Sicherheitsbeziehungen im Rahmen der neuen Ost-West-Beziehungen.⁹²

Das Problemfeld der Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen betraf erstens die Legitimität der Stationierung solcher Atomwaffen in Europa bzw. vor der amerikanischen Küste auf Kuba und zweitens den Stationierungsumfang und den damit verbundenen Erwerb zusätzlicher militärischer Optionen. Wegen der relativ geringen Zahl der in Europa dislozierten amerikanischen atomaren Mittelstreckenwaffen (Pershing II-Raketen und Marschflugkörper) stand diese Konfliktlinie bis zur Mitte der siebziger Jahre im Hintergrund der Auseinandersetzungen des Ost-West-Konflikts. Die Tatsache darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sowjetunion in ihrem osteuropäischen Vorfeld mit atomaren ballistischen Raketen intermediärer und mittlerer Reichweite (Intermediate-Range Ballistic Missile, IRBM, Medium-Range Ballistic Missile,

mon understandings regarding the treaty“ (SALT II-Vertrag): <http://www.fas.org/nuke/control/salt2/text/index.html>;

⁹¹ vergl.: Kap. 2.2.3.

⁹² vergl.: Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Reduzierung und Begrenzung von strategischen Offensivwaffen „and associated documents“ (START I-Vertrag): <http://www.fas.org/nuke/control/start1/text/index.html>; zur atomaren Abrüstung vergl.: Dembinski, Matthias; Wilzewski, Jürgen: Rüstungskontrolle/Abrüstung, atomare, in: Nohlen, a.a.O., S. 462-468, dort weiterführende Literatur

MRBM) und Mittelstreckenbomben (Medium-Range Bomber, MRB) ein erhebliches nukleares Angriffspotential disloziert hatte. Zwei Drittel aller sowjetischen Mittelstreckenraketen und –bomber wurden gegenüber Westeuropa permanent bereitgehalten.⁹³

Die Amerikaner trafen Mitte des Jahrzehnts die Entscheidung, Nachfolgemodelle der dislozierten Raketen zu entwickeln. Gleichzeitig begann die Sowjetunion, eine mobile Mittelstreckenrakete vom Typ SS-20 auf dem Territorium der Warschauer Vertragsorganisation in größerem Umfang zu dislozieren. Die NATO-Staaten sahen sich wegen des inzwischen bestehenden strategischen Gleichgewichts in ihren Befürchtungen bezüglich des sowjetischen Überlegenheitsstrebens bestätigt. Das westliche Bündnis reagierte mit dem NATO-Doppelbeschluss, der die Dislozierung weiterer Mittelstreckenwaffen in Europa vorsah, und gleichzeitig ein Verhandlungsangebot an die Sowjetunion über Begrenzung der Mittelstreckenwaffen auf das möglichst niedrige Niveau war.⁹⁴ Nachdem das Verhandlungsangebot vom Dezember 1979 ergebnislos blieb, wurde 1983 von der NATO mit der „Nachrüstung“ begonnen. Neue atomare Mittelstreckenwaffen vom Typ Pershing II sowie Marschflugkörper (Cruise Missiles) wurden in den Niederlanden, Dänemark und Deutschland disloziert.

Die Verhandlungen wurden erst nach dem Amtsantritt des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow wieder aufgenommen, der einen Wandel in der sowjetischen Aussenpolitik eingeleitet hatte. Die UdSSR rückte von ihrer bisherigen Verhandlungsposition ab und knüpfte die Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenwaffen nicht länger an die Rüstungskontrollgespräche der beiden Supermächte.⁹⁵

Mit dem ersten „echten“ Abrüstungsvertrag über nukleare Waffen erzielten die beiden Supermächte 1987 eine dauerhafte Regelung über die landstationierten atomaren Mittelstreckenwaffen. Der bilaterale INF (Intermediate Range Nuclear Forces)-Vertrag verpflichtete die Vertragsparteien zur vollständigen Vernichtung aller landgestützten atomaren Mittelstreckenwaffen.⁹⁶ Da auch entsprechende Verifikationsmaßnahmen vereinbart wurden, konnten beide Parteien den Vertrag implementieren

⁹³ vergl.: Rühl, a.a.O., S. 24

⁹⁴ vergl.: Sloan, Stanley: NATO, The European Union, a.a.O., S.56ff.; zum NATO-Doppelbeschluss im Besonderen: Layritz, Stephan: Der NATO-Doppelbeschluss. Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik, Frankfurt a. M. 1992

⁹⁵ vergl.: Rühl, a.a.O., S. 46ff.

⁹⁶ vergl.: Washingtoner Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen längerer und kürzerer Reichweite vom 08. Dezember 1987, in: Europa-Archiv, Nr. 1, 1988, D 18-D 30

Die dritte zu berücksichtigende Konfliktlinie umfasst die konventionellen Waffen und Streitkräfte.⁹⁷ Dem geringeren Umfang ihrer konventionellen Waffen und Streitkräfte in Europa hatten die USA als Hauptverbündeter nach dem Zweiten Weltkrieg die Drohung mit dem Einsatz von nuklearbestückten Langstreckenraketen gegenübergestellt. Die Frage nach den militärischen Optionen für den Einsatz von den konventionellen Waffen und Streitkräften war zunächst von geringerer Bedeutung. Mit der Neutralisierung der strategischen Atomwaffen der USA durch die sowjetischen Atomwaffen und dem damit verbundenen Wandel der westlichen Militärstrategie der „massive retaliation“ zur „flexible response“ stieg die Relevanz der konventionellen Streitkräfte und Waffen in Europa. Für die westeuropäischen Staaten stellte die Offensivausrichtung der konventionellen Streitkräfte der WVO in Verbindung mit ihrer quantitativen Überlegenheit und dem strategischen Gleichgewicht zunehmend ein ernsthaftes Sicherheitsproblem dar. Die NATO versuchte diesem Problem mit dem Konzept für Verhandlungen mit der WVO über beiderseitigen und ausgewogenen Truppenabbau in Mitteleuropa zu begegnen. Die MBFR (Mutual Balanced Force Reduction)-Verhandlungen begannen 1973 in Wien und schleppten sich bis 1989 erfolglos dahin, da ein substantieller Verhandlungserfolg durch die Militärdoktrinen beider Seiten ausgeschlossen wurde. Unter Gorbatschow änderte die Sowjetunion ihre Militärdoktrin in eine defensive Verteidigungsdoktrin, die einherging mit der Bereitschaft zu massiven Reduzierungen ihrer konventionellen Streitkräfte und Waffen.⁹⁸ Es begannen erfolgversprechende Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa, die nach nur sechzehnmonatiger Verhandlungsdauer im November 1990 zum Abschluss des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) führten, der erhebliche Reduzierungen der Streitkräfte vom Ural bis zum Atlantik vorsieht.⁹⁹

Das strategische Verhältnis der beiden Supermächte war bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes der bestimmende Faktor für die Bedingungen der europäischen Sicherheit. Darüber hinaus definierten außereuropäische Konflikte und die außereuropäischen Interessen der beiden Supermächte die Ost-West-Beziehungen, weswegen diese auch Einwirkungen auf Westeuropa hatten. Die

⁹⁷ zur konventionellen Abrüstung vergl.: Mutz, Reinhard: Rüstungskontrolle/Abrüstung, konventionelle, in: Nohlen, a.a.O., S. 468-472, dort weiterführende Literatur

⁹⁸ vergl.: Nielebock; Wetzler, in: Nohlen, a.a.O., S. 296f.

⁹⁹ vergl.: Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) vom 19. November 1990: <http://www.auswaertiges-amt.de>; Sekundärliteratur zum KSE-Vertrag vergl.: Hartmann, Rüdiger; Heydrich, Wolfgang, a.a.O.

europäische Sicherheit konnte nicht nach Maßstäben der europäischen Geographie und der in Europa bestehenden Kräfteverhältnisse allein bestimmt werden, sondern sie war unlöslich in den weiteren Rahmen des Ost-West-Verhältnisses eingefügt.

2.2. Raketenabwehr-Konzeptionen als Antwort auf sowjetische ICBM-Bedrohungen

2.2.1. Erste Entwicklungen strategischer Raketenabwehren

Bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es in den USA erste Überlegungen zur Erforschung von Abwehrsystemen gegen ballistische Raketen.¹⁰⁰ Derartige Pläne wurden jedoch nicht konkretisiert, da die UdSSR über keine ballistischen Raketen mit einer so großen Reichweite verfügten, die in der Lage gewesen wären, das Staatsgebiet der USA zu erreichen. Die Voraussetzungen änderten sich in den fünfziger Jahren. Es zeichnete sich ab, dass die UdSSR in absehbarer Zeit über die Möglichkeit verfügen würde, das amerikanische Territorium mit ballistischen Raketen zu treffen. 1957 testete die Sowjetunion ihre erste Langstreckenrakete.¹⁰¹ Daraufhin intensivierten die USA die Erforschung von Systemen zur Abwehr von ballistischen Raketen.

1959 begannen die Vereinigten Staaten, ein radargelenktes Abwehrsystem zu testen, welches den Namen „Nike-Zeus“ erhielt. Diese Raketenabwehr basierte auf der Grundlage von ferngelenkten und atomar bestückten Interkontinentalraketen. Die sowjetischen Sprengköpfe sollten noch vor dem Wiedereintritt in die Erdatmosphäre vernichtet werden können. Das System war jedoch relativ „primitiv“, denn das Radar des Systems musste mechanisch justiert werden. Außerdem konnte nur jeweils ein Ziel verfolgt werden, weswegen es keinen Schutz vor einem massiven nuklearen Angriff hätte bieten können. Der damalige Präsident John F. Kennedy entschloss sich 1961 wegen der technischen Unzulänglichkeiten und den hohen Kosten gegen eine weitere Erforschung des Systems.¹⁰²

Ab 1963 wurde versucht, mit dem „Nike-X“-Projekt eine effektivere Abwehrwaffe zu entwickeln. Ein elektronisch gesteuertes Radar sollte mehrere Ziele verfolgen und die feindlichen Sprengköpfe nach ihrem Wiedereintritt in die

¹⁰⁰ vergl.: Herken, a.a.O., S. 135ff.; Witzel, Rudolf: Von ABM zu SDI. Die Raketenabwehrdebatte in den USA ab 1955, in: Kubbig, Bernd (Hrsg.): Die militärische Eroberung des Weltraums, Band 1, Frankfurt a.M., 1990, S. 23-55; Tirman, a.a.O., S. 51ff.

¹⁰¹ vergl.: Herken, a.a.O. S. 99

¹⁰² vergl.: Tirman, a.a.O., S. 22ff.

Erdatmosphäre durch eine nukleare Explosion abfangen können.¹⁰³ Obwohl Fortschritte in der Erforschung der notwendigen Technologien erzielt werden konnten, hätte eine funktionstüchtige Nike-X-Raketenabwehr keinen Schutz vor einem massiven sowjetischen ICBM-Angriff bieten können. Daher wurde die Forschung an der Nike-X-Raketenabwehr in den folgenden Jahren stark eingeschränkt.¹⁰⁴

Mitte der sechziger Jahre widmete sich die Johnson-Administration wieder verstärkt der Anti-Ballistic-Missile-Forschung. Zum einen hatten sich die technologischen Bedingungen weiterhin verbessert. Zum anderen wurde durch außenpolitische Entwicklungen der innenpolitische Druck erhöht. Die UdSSR hatte einen Vorsprung auf dem Gebiet der BMD-Forschung errungen, den es aufzuholen galt. Die Sowjetunion hatte nach jahrelangen Forschungen ein Raketenabwehrsystem um Moskau mit Namen „Galosh“ errichtet. Außerdem testete die VR China Atombomben, und Amerika befürchtete eine neue atomare Bedrohung durch den kommunistischen Staat.¹⁰⁵

Sowohl das Militär als auch der Kongress übten Druck auf den Präsidenten Johnson aus, der 1967 veranlasste, ein System mit dem Namen „Sentinel“ in Auftrag zu geben. Das System beruhte im Wesentlichen auf den Nike-Zeus-Planungen. Es sollte den Vereinigten Staaten als ein Verteidigungsnetz dienen, welches in der Lage sein sollte, einige Interkontinentalraketen abzufangen. Es war geplant, insgesamt 17 Abschussbasen mit „Spartan“-Abfangraketen zu errichten. Die Abfangraketen sollten mit Atomwaffen bestückt werden und einen Interkontinentalraketenangriff außerhalb der Erdatmosphäre stoppen können. Doch auch das Sentinel-Programm kam über die Planungsphase nicht hinaus und wurde eingestellt. Zum einen wurde das sicherheitspolitische BMD-Konzept der Johnson-Administration von Wissenschaftlern und dem Kongreß gleichermaßen heftig kritisiert, zum anderen gab es Massenproteste seitens der Bevölkerung. Diese wehrte sich vehement gegen den Plan, die Abfangraketen neben den Städten zu dislozieren, die sie verteidigen sollten.¹⁰⁶

Nur zwei Jahre später startete unter dem Präsidenten Nixon ein neues Projekt mit dem Namen „Safeguard“. 1969 wurden die ersten Abwehrraketen

¹⁰³ vergl.: Smith, Daniel: A Brief History of Missiles and Ballistic Missile Defense, in: Center for Defense Information (CDI) (Hrsg.): National Missile Defense - What Does it all Mean? September 2000, S. 2-4: <http://www.cdi.org/Hotspots/nmdissuebrief/nmd32.pdf>

¹⁰⁴ vergl.: ebd.

¹⁰⁵ vergl.: Union of Concerned Scientists (Hrsg.): From Nike-Zeus to Safeguard. US Defenses Against ICBM's, 1958-1976, <http://www.ucsusa.org/security/fact.safeguard.html>; Tirman, a.a.O., S. 27

¹⁰⁶ vergl.: ebd.

trotz heftiger Kritik disloziert. Ursprünglich waren zwölf Abschussbasen geplant, doch im Zuge der Verhandlungen um den Vertrag zur Beschränkung ballistischer Raketenabwehrsysteme (Anti Ballistic Missile, ABM-Vertrag) wurden sie um elf reduziert und nur eine geplante Abschussbasis blieb übrig. Das Ziel von Safeguard war nicht der Schutz der eigenen Zivilbevölkerung vor einem Raketenangriff.¹⁰⁷ Vielmehr sollten die amerikanischen ICBM-Silos vor einer Zerstörung geschützt werden, womit die Zweitschlagfähigkeit garantiert werden sollte.

Mit der Unterzeichnung des ABM-Vertrags durch die Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Jahre 1972 wurde die Dislozierung von Raketenabwehrsystemen zur Verteidigung des eigenen Territoriums verboten.¹⁰⁸ Die USA verzichteten daraufhin zunächst auf die Erforschung derartiger Systeme. Des Weiteren wurde die Angriffswaffentechnik „revolutioniert“: Trägerraketen konnten jetzt mit Mehrfachsprengköpfen versehen werden. Eine einzige Rakete konnte eine Vielzahl von atomaren Sprengköpfen transportieren. Eine Raketenabwehr konnte einer solchen Bedrohung nicht wirksam entgegenstehen.¹⁰⁹

Eine limitierte amerikanische Raketenabwehr war am 11. Oktober 1975 einsatzbereit. In North Dakota waren 30 Spartan- und 70 Sprint-Abfangraketen disloziert worden. Die Raketen waren mit Neutronensprengsätzen bestückt und sollten im Ernstfall inneratmosphärisch eingesetzt werden. Nur einen Tag nach der Indienstnahme der Abwehrstellung entschied sich der US-Senat jedoch gegen die Raketenabwehrstellung. Mit der Begründung, Safeguard könne einen massiven sowjetischen Angriff nicht abwehren und der elektromagnetische Impuls der Nuklearexplosionen würde die eigenen Radars blenden, wurde entschieden, Safeguard zu deinstallieren. Im Sommer 1976 wurde die Abwehrstellung in Grand Forks wieder geschlossen.¹¹⁰

Trotzdem hörte die Erforschung von Raketenabwehrsystemen nicht auf. Der ABM-Vertrag verbot zwar die Erprobung und Stationierung derartiger Systeme, in den Labors wurde weiterhin nach Möglichkeiten gesucht, ballistische Raketen abzuwehren.

¹⁰⁷ vergl.: Smith, a.a.O., S. 3

¹⁰⁸ vergl.: Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der ballistischen Raketenabwehrsysteme vom 26. Mai 1972 (ABM-Vertrag, Inkraft getreten am 03. Oktober 1972): <http://www.hsfk.de/abm/back/docs/abm.html>

¹⁰⁹ vergl.: Smith, a.a.O., S. 3

¹¹⁰ vergl.: From Nike-Zeus to Safeguard. US Defenses Against ICBM's, 1958-1976: a.a.O.

Während der Regierungszeit Ronald Reagans wurde die Raketenabwehr zu einem zentralen innen- und außenpolitischen Thema.¹¹¹ Der republikanische Präsidentschaftskandidat hatte während der Wahlkämpfe der Jahre 1976 und 1980 die Notwendigkeit einer Raketenabwehr zur Zivilverteidigung betont und Kritik an einer Nuklearstrategie der wechselseitigen gesicherten Zerstörung (mutual assured destruction, MAD) geäußert. Nach der Wahl Reagans bildete dessen militärischer Berater General a.D. Daniel O. Graham eine Kommission aus Wissenschaftlern, Politikern und ehemaligen Offizieren, die ein Konzept für eine neue nationale Sicherheitsstrategie ausarbeiten sollte. Das Ergebnis wurde 1982 in der Studie „Weltraumfront – eine Strategie für das nationale Überleben“ vorgestellt.¹¹² Dem Konzept lag die Prämisse zugrunde, die MAD-Doktrin durch eine Doktrin des gesicherten Überlebens (mutual assured survival, MAS) abzulösen. Die Studie forderte die Einbeziehung des Weltraums in die Verteidigungsstrategie des Westens und die möglichst rasche Entwicklung eines Abwehrsystems gegen Nuklearraketen. Dieses sollte auf einer kontinuierlichen Abdeckung der sowjetischen Abschussbasen mit 432 die Erde umkreisender Kampfsatelliten beruhen, die startende ICBM's mit Schrapnell-Ladungen hätten vernichten können sollen. Zum Schutz der eigenen ICBM-Silos war ein weiterer aus Strahlenwaffen bestehender Abwehrgürtel vorgesehen.

Innerhalb der „Strategic Community“ verstärkten sich ebenfalls die Diskussionen über Vernichtungsstrategien und die militärische Nutzung des Weltraums.¹¹³ Militärhistoriker und liberale Wissenschaftler dachten mit unterschiedlichen Intentionen über Optionen zur Überwindung der MAD-Doktrin nach.

Für die Militärs rückte die Möglichkeit zur Einbeziehung von futuristischen Technologien wie Laserwaffen in die Waffenarsenale in den Vordergrund. Marine und Air Force verfolgten unterschiedliche BMD-Programme mit Laserwaffen. Anfang der achtziger Jahre startete die US-Army ein neues Forschungsprogramm und untersuchte Möglichkeiten, MX-Raketen

¹¹¹ die neuesten Untersuchungen hierzu vergl.: Herken, a.a.O., S. 199ff.; Fitzgerald, a.a.O.; Trotz des Schwerpunktes auf der neuesten BMD-Forschung liefert eine kurze Übersicht mit weiterführender amerikanischer Literatur: Lindsay, James; O'Hanlon, Michael, a.a.O., S. 3ff., In der deutschen Literatur wurde das Thema ebenfalls erschöpfend behandelt. Anstelle von vielen vergl.: Au, a.a.O., S. 20f.; Hölzenbein, a.a.O., S. 25ff.;

¹¹² vergl.: Graham, Daniel: High Frontier. A New National Strategy, Washington D.C. 1982; Au, a.a.O., S. 20f.

¹¹³ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 25; in einem dortigen Literaturhinweis sind dort die wichtigsten Beiträge der Strategic Community genannt.

(Missiles, experimental) mit Hilfe von Raketenabwehrsystemen zu schützen. Die Marine arbeitete an einem Deuterium-Laser, der auf seine Eignung zur Abwehr von Lenkraketen und Cruise Missiles getestet werden sollte.¹¹⁴

Innerhalb der Administration gab es ebenfalls ein gesteigertes Interesse an BMD-Systemen. Das Pentagon dachte über die Nutzung von Laserwaffen im Weltraum nach, um gegnerische Killersatelliten abzuwehren, oder Atomraketen während der Startphase abzufangen. Edward Rowny, Chefunterhändler bei den START-Verhandlungen in Genf, sprach sich öffentlich für einen Schutz der MX-Raketen nach deren Stationierung aus. Des Weiteren äußerte der Regierungsvertreter Kritik an der Unterzeichnung des ABM-Vertrages. Er vertrat die Meinung, dass die Ausarbeitung des Vertrages ein historischer Fehler der USA gewesen sei.¹¹⁵

Die Zielsetzung des amerikanischen Weltraumprogramms wurde neu definiert. Im August 1981 ordnete Reagan an, der Nationale Sicherheitsrat solle die entsprechenden Zielsetzungen überdenken und Verbesserungsvorschläge machen. In der ein Jahr später folgenden Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrats zur Weltraumpolitik (National Security Decision Directive 42) veranlasste der Präsident erhebliche organisatorische Veränderungen.¹¹⁶ Neben den zivilen sollten die militärischen Belange einer neuen Bedeutung zugeführt werden. Als Folge des politisch-strategischen Richtungswechsels erhielt die Luftwaffe ein Weltraumkommando (Air Force Space Command). Die neue Dienststelle war für die Planung der Weltraumpolitik des Pentagons zuständig. Der Marine wurde im Oktober 1983 ebenfalls ein eigenes Weltraumkommando (NAVSPACECOM) zugewiesen.

In der Luftwaffenstudie „Air Force 2000“ wurde die wachsende Bedeutung des Weltraums nochmals betont. In Zukunft sei eine Kampffähigkeit im All erforderlich, um in einem weltweiten Konflikt die Oberhand behalten zu können. Daher sei die Förderung von Zukunftstechnologien wie Laser, Sensoren und Elektronik äußerst dringlich.¹¹⁷

¹¹⁴ vergl.: Herken, a.a.O., S. 205f.

¹¹⁵ vergl.: Talbot: Raketenschach, a.a.O., S. 525f.

¹¹⁶ vergl.: US Congress, House, Committee on Science and Technology: Hearing before the Subcommittee on Space Science and Applications on National Space Policy. 97th Congress 2nd Session, Washington, 04. August 1982

¹¹⁷ vergl.: Talbot, a.a.O., S. 526; zu dieser Phase des amerikanischen Weltraumprogramms vergl.: Au, a.a.O., S. 22ff.

2.2.2. Die unklare Raketenabwehr-Politik der Reagan-Administration

Anfang des Jahres 1983 rückte das Thema Raketenabwehr in den Mittelpunkt des politischen Interesses. Auf Initiative der engsten Berater Ronald Reagans wurde der Präsident von der Notwendigkeit überzeugt, über Möglichkeiten nachzudenken, wie die Zivilbevölkerung mit Hilfe von BMD-Systemen vor Raketen mit nuklearen Sprengköpfen geschützt werden könnte. Das Thema wurde deshalb politisch relevant, weil die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion auf einem neuen Tiefpunkt angelangt schienen. Die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (Mittelstreckenwaffen größerer, LRINF, und kürzerer Reichweite, SRINF) in Genf waren festgefahren und drohten zu scheitern, Ende des Jahres wurden sie sogar abgebrochen.¹¹⁸ Die UdSSR wurde von einem kranken Generalsekretär Andropow regiert. Die Politik der USA war nicht auf einen diplomatischen Ausgleich ausgerichtet. Das Klima vergiftete sich zunehmend, als Ronald Reagan in einer Rede in Orlando/Florida am 8. März 1983 den Kommunismus und die UdSSR als „das Zentrum des Bösen in der modernen Welt bezeichnete“.¹¹⁹

Am 23. März 1983 hielt der amerikanische Präsident eine Fernseh- und Rundfunkrede. In dieser umriss er seine Vorstellungen von der zukünftigen Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten. Die Basis sollte weiterhin eine Politik der Stärke sein: „Dieser Haushalt ist Teil eines langfristigen Planes, Amerika nach zu vielen Jahren der Nachlässigkeit und der Fehler wieder stark zu machen... Der Haushaltsvorschlag...ist bis an die Grenzen der Sicherheit gestraft worden. Weitere tiefe Einschnitte können nicht gemacht werden, ohne die Sicherheit der Nation ernsthaft zu gefährden.“¹²⁰ Die Öffentlichkeit und der Kongress sollten mit der Rede von der Notwendigkeit der MX-Rakete, des B-1-Bombers und der NATO-Nachrüstung überzeugt werden, und drohende Kürzungen dieser Rüstungsprogramme sollten durch die Überzeugung des Kongresses verhindert werden.

Im weiteren Verlauf des Vortrages schilderte Reagan seine Vision einer Verteidigungsmaßnahme gegen sowjetische Interkontinentalraketen: „Teilen sie

¹¹⁸ zum Stand der Verhandlungen Anfang der achtziger Jahre vergl.: Rühl, Lothar: Fragen der Sicherheit zwischen Ost und West, in: Wagner, Wolfgang; Dönnhoff, Marion Gräfin u.a. (Hrsg.): Die Internationale Politik 1983-1984, München 1986, S. 92

¹¹⁹ Zitat bei: Czempel, Weltpolitik, a.a.O., S. 433

¹²⁰ Rede des US-Präsidenten Ronald Reagan vom 23. März 1983, in: Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 169-172

mit mir eine Vision der Zukunft, die Hoffnung bietet. Sie besteht darin, dass wir ein Programm in die Wege leiten, um der schrecklichen sowjetischen Raketenbedrohung mit Maßnahmen zu begegnen, die defensiv sind...Ich gebe die Anweisung zu einer umfassenden und intensiven Anstrengung, ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm auszuarbeiten, um unserem Endziel näher zu kommen, die Bedrohung durch strategische Nuklearraketen zu beseitigen.“¹²¹

Mit dieser Aussage veränderte er die Grundprämisse der Verteidigungsphilosophie der nuklearen Abschreckung des westlichen Bündnisses, denn die Beseitigung der strategischen Nuklearraketen stand im Gegensatz zur Abschreckungstheorie und der gültigen NATO-Strategie.¹²² Ungeachtet dieses Widerspruchs fuhr Reagan in seiner Rede fort: „Trotzdem wird es weiterhin notwendig sein, sich auf das Schreckgespenst der Abschreckung zu verlassen, auf die gegenseitige Bedrohung, und das ist ein schlimmer Kommentar zum Zustand des Menschen.“¹²³ Am selben Tag unterzeichnete der Präsident die Entscheidungsdirektive zur Nationalen Sicherheit Nr. 85 (National Security Decision Directive, NSDD), in welcher das Ziel der amerikanischen Politik definiert wurde, die Bedrohung durch atomar bestückte Raketen zu beseitigen.

Es blieb zunächst unklar, wie die nationale Sicherheit ohne die MAD-Doktrin gewährleistet werden sollte. Denn in der Folgezeit herrschte auch in der Reagan-Administration Uneinigkeit darüber, ob es tatsächlich gelingen würde, eine flächendeckende Verteidigung zum Schutz der Bevölkerung zu entwickeln, oder ob höchstens ein Schutz der amerikanischen Interkontinentalraketen erreicht werden könnte.¹²⁴ Gegensätzliche Äußerungen von Regierungsmitgliedern und Verantwortlichen führten sowohl in Amerika als auch in Europa für zusätzliche Verwirrung.¹²⁵ Weitere Streitpunkte und Unsicherheiten waren

1. Fragen nach der Höhe der zu erwartenden Kosten,
2. die Auswirkungen von der geplanten Raketenabwehr auf die Rüstungskontrollpolitik beider Supermächte und
3. die Beurteilungen über die Auswirkungen auf die strategische Stabilität.

¹²¹ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 28

¹²² vergl.: Kap. 2.2.3.

¹²³ siehe: Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 170

¹²⁴ zu den strategischen Auswirkungen dieser verschiedenen Möglichkeiten s.u.

¹²⁵ zur Reaktion der Reagan-Rede in der amerikanischen Administration und dem Entscheidungsprozess innerhalb der US-Administration vergl.: Fitzgerald, a.a.O., S. 210ff.; Herken, a.a.O., S. 210ff. Hölzenbein, a.a.O., S. 32

Die „Sternenkriegsrede“ von Ronald Reagan war keineswegs Teil einer klaren politischen Zielsetzung. Vielmehr offenbarten sich seit der offiziellen SDI-Politik im Frühjahr 1984 zahlreiche Widersprüche durch unterschiedliche Äußerungen und Forderungen. Denn die politische Vorgabe des US-Präsidenten, Möglichkeiten zu untersuchen, wie die Menschheit von der nuklearen Geißel befreit werden könnte, hätte den Abschied von dem Prinzip der nuklearen Abschreckung und in letzter Konsequenz die Abschaffung aller Nuklearwaffen bedeutet.

Dieses langfristige Ziel war im März 1983 in der Studiendirektive zur Nationalen Sicherheit (National Security Study Directive, NSSD) 85 festgelegt worden und stand im Gegensatz zu der von der US-Administration jahrelang propagierten einzigen Möglichkeit der nuklearen Abschreckung als Garant der Sicherheit. Im Januar 1984 verließ Ronald Reagan diese eingeschlagene Richtung und mit der Direktive des Präsidenten (Presidential Directive, PD) 119 proklamierte er die Verstärkung der nuklearen Abschreckung als neues Ziel.¹²⁶ Die Einführung von Raketenabwehrsystemen hätte eine Änderung der Nuklearstrategie nach sich gezogen. Denn die USA hätte nicht nur über Offensivwaffen verfügt, sondern auch über eine Defensivwaffe, die ihr Unverwundbarkeit versprach.

Mit der NSSD 683 vom 18. April 1983, erteilte Ronald Reagan den Auftrag an zwei Expertengruppen, nach Wegen zur Erreichung des im NSDD 85 festgelegten Zieles zu suchen. Die beiden Expertengruppen erhielten zwei verschiedene Aufgaben. Die nach dem Vorsitzenden Fletcher benannte Kommission war für die Überprüfung der technischen Möglichkeiten zuständig. Die Hoffmann-Kommission hingegen sollte die strategischen Auswirkungen auf die Beziehungen der beiden Supermächte USA und UdSSR sowie auf deren Verbündete, untersuchen. Beide Abschlussberichte, die dem Präsidenten im Oktober 1983 vorlagen, kamen zu einem positiven Ergebnis. Der veröffentlichte Teil des Fletcher-Berichts bestätigte die technische Machbarkeit (feasibility) einer Raketenabwehr, da neue Technologien entwickelt worden seien. Die Hoffmann-Kommission fand heraus, dass die nationale Sicherheit der USA durch die Erforschung von Möglichkeiten zur Entwicklung von Strategischen Abwehrsystemen verbessert werden könnte.

¹²⁶ vergl.: Kubbig, Die SDI-Debatte, a.a.O.

Mit der Presidential Directive 119, die Ronald Reagan am 6. Januar 1984 unterzeichnete, wurde das weitere administrative Vorgehen festgelegt. Verantwortliche Organisationen wurden gebildet und die Forschungsziele definiert. Mit der PD 119 erhielt das Programm den Namen unter dem es bekannt wurde: Strategic Defense Initiative (SDI). Mit einer Investition von 26 Mrd. Dollar innerhalb der nächsten fünf Jahre sollte das Rüstungsprogramm finanziert werden.¹²⁷

Mit der Planung und Durchführung des Forschungsprogramms wurde die „Strategic Defense Initiative Organisation“ (SDIO) betraut, deren Leiter und Direktor Generalleutnant James A. Abrahamson wurde. Die SDIO formulierte sieben Forschungsziele. Von den Forschungsergebnissen wurde die Realisierung eines BMD-Systems abhängig gemacht. Die Forschungsziele waren:

1. schnelle und zuverlässige Warnung im Falle eines gegnerischen Raketenangriffs,
2. effektives Abfangen und Zerstören der anfliegenden Raketen in der Start- und Nachstartphase (boost und post-boost),
3. effektive Unterscheidung der atomaren Sprengkörper von Ablenkungsflugkörpern,
4. vollständige Abschuss-Ziel-Verfolgung von allen bedrohlichen Flugobjekten,
5. sicheres Abfangen und Zerstören von Flugkörpern vor dem Wiedereintritt in die Erdatmosphäre,
6. Abfangen und Zerstören der bis in die oberen Schichten der Atmosphäre vorgedrungenen Flugkörper,
7. Feuerleitsysteme (Battle-Management), Kommunikations- und Datenverarbeitungssysteme für die oben genannten einzelnen Aufgaben.¹²⁸

Für das Haushaltsjahr 1985 beantragte die Reagan-Administration 1,77 Mrd. Dollar für die Raketenabwehr. In den Jahren davor waren bereits jeweils 1 Mrd. Dollar in die Forschung investiert worden. Nach den durch den Kongress ausgelösten Verzögerungen, bewilligte dieser im Herbst 1984 einen Etat von 1,4 Mrd. Dollar für das erste offizielle SDI-Jahr. Die Forschungsgelder wurden auf 5 Hauptaufgabenbereiche verteilt:

¹²⁷ vergl.: „Washington startet Programm für Defensivwaffen im Weltraum“, in: FAZ, 29.03.1984

¹²⁸ vergl.: Denoon, David: The SDI. Dilemma for Allied Cooperation, Vortrag bei einer Veranstaltung des AEI und der Adenauer Stiftung über deutsch-amerikanische Beziehungen am 22. April 1986, in: Hölzenbein, a.a.O., S. 30

1. Überwachung, Zielerfassung, Zielverfolgung und Zerstörungskontrolle (Surveillance, Acquisition, Tracking, Kill Assessment),
2. Laser- und Teilchenstrahlenwaffen (Directed Energy Weapons),
3. Kinetische Waffen (Kinetic Energy Weapons),
4. Führungs- und Feuerleitsysteme (Systems and Battle Managment),
5. Überlebensfähigkeit, Todeswirkung und Schlüsseltechnologien (Survivability, Lethality, Key Technologies).¹²⁹

SDI sollte nicht nur mit amerikanischer Technologie realisiert werden. Die Reagan-Administration beschloss, auch ausländische Firmen daran teilhaben zu lassen.¹³⁰ Es wurde bereits in diesem frühen Stadium überprüft, wo und welche fortgeschrittenen Technologien im Ausland existierten, die für das SDI-Programm nützlich sein könnten. Es war das Ziel, bereits erforschte Technologien zuzukaufen, anstelle sie selbst entwickeln zu müssen. Auch bundesdeutsche Firmen wurden in einer vom amerikanischen Verteidigungsministerium veröffentlichten Studie genannt, die an SDI-relevanten Technologien beteiligt werden sollten.¹³¹ Zunächst waren jedoch zehn amerikanische Rüstungsfirmen und Forschungseinrichtungen unabhängig voneinander und im Wettbewerb zueinander vom Pentagon beauftragt worden, ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwerfen.¹³²

Bald wurde deutlich, welche Kosten das ehrgeizige Projekt beanspruchen würde. Im Januar 1985 forderte das Verteidigungsministerium in seinem Entwurf für das Haushaltsjahr 1986 3,7 Mrd. Dollar für die SDI-Forschung.¹³³ Damit beantragte das Pentagon fast dreimal soviel Mittel, wie der Kongress ein Jahr zuvor gebilligt hatte. Die Opposition gegen das Programm schien sich auch auf Grund der zu erwartenden Kosten zu verstärken. Sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus mehrten sich die kritischen Stimmen.¹³⁴

Die Reagan-Administration musste eine neue Strategie entwickeln, um die Kritiker umzustimmen. Die Regierung verwies auf die technologischen Folgen,

¹²⁹ vergl.: ebd., S. 4

¹³⁰ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 31

¹³¹ vergl.: Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 26-30

¹³² vergl.: ebd., S. 27

¹³³ vergl.: Rühle, Hans; Rühle, Michael: SDI, a.a.O., S. 121

¹³⁴ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 33; zur Entwicklung der innenpolitischen Debatte vergl.: Fitzgerald, a.a.O., S. 260ff.; Glebocki, Martina; Jacubowski, Mirco u.a.: Variationen des Themas Raketenabwehr im historischen Längsschnitt, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 33, Frühjahr 2002: <http://www.hsfk.de/abm/bulletin/pdfs/gljakuwi.pdf>

die das Militärprojekt für die zivile Technologie haben würde. Die Industrie wurde aufgefordert, sich an SDI zu beteiligen. Durch ein Technologieförderungsprogramm wurde SDI vor höheren Kürzungen zunächst bewahrt.¹³⁵

Neben den inneramerikanischen Widerständen musste sich die Regierung auch gegen europäische Bedenken wehren. Die Verbündeten waren mehrheitlich gegen das amerikanische Projekt eingestellt und befürchteten die Bildung unterschiedlicher Sicherheitszonen oder sogar eine Spaltung der NATO. Die Haltung der Verbündeten nutzten wiederum die amerikanischen Senatoren und Kongressabgeordneten, um gegen SDI zu argumentieren und Kürzungen dieses Haushaltstitels zu fordern.

Der Kongress bewilligte im September 1985 2,76 Mrd. Dollar für den Titel, nachdem im Frühsommer die Ergebnisse der Architekturstudien der SDI-Phase I vorlagen. In diesen urteilte das Pentagon,

1. dass ein BMD-System grundsätzlich realisierbar sei,
2. die anfliegenden Flugkörper in jeder Phase ihres Kurses bekämpft werden müssten und
3. daher nur ein System aus mehreren, unabhängig voneinander operierenden Abwehrgürteln in Frage käme.¹³⁶

Die Erhöhung des entsprechenden Etats blieb rund eine Mrd. Dollar unter der Forderung des Pentagons. Trotzdem stellte die Bewilligung eine Verdopplung der Finanzierung im Vergleich zum Vorjahr dar und kann als ein Erfolg der Reagan'schen SDI-Politik gewertet werden.

Bald darauf begann die nächste Phase. Fünf Generalunternehmer wurden im Herbst 1985 ausgewählt, welche Machbarkeitsstudien erstellen sollten. Dazu gehörten die Konzerne Martin Marietta, Rockwell International, TRW Electronics, Sparta und Science Application International.¹³⁷ Von der SDIO wurde anschließend am Anfang des Jahres 1986 ein Finanzplan für die nächsten fünf Jahre vorgestellt, der ein Volumen von 35 Mrd. US-Dollar umfasste. Für das Haushaltsjahr 1987 sah die Reagan-Administration zunächst einen Etat von

¹³⁵ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 33

¹³⁶ vergl.: Weise, Hans Heinrich: Die strategische Verteidigungsinitiative SDI, in: Hubatscheck, a.a.O., S. 331-332

¹³⁷ vergl.: Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 28

4,3 Mrd. Dollar vor.¹³⁸ Nachdem ein Vermittlungsausschuss eingesetzt worden war, genehmigte der Kongress im Oktober 1986 3,2 Mrd. Dollar für die SDI-Forschung im Haushalt.

Die Kongresswahlen im November 1986 verursachten einen Machtschwung im Senat. Die Demokraten verfügten nun wieder über die absolute Mehrheit und hatten somit die Vorsitze über Haushalts- und Verteidigungsausschuss. Es zeichnete sich ab, dass der demokratische Senat die von Reagan geforderten Mittel nicht bewilligen würde. Verteidigungsminister Weinberger versuchte Anfang 1987 die bisherigen Forschungsergebnisse in ein positives Licht zu rücken. Er suggerierte, bereits Anfang 1988 könne eine Entscheidung über die Stationierung der ersten Phase des Programms gemacht werden.¹³⁹ Mit diesem Argument versuchte er, die demokratische Mehrheit für eine Etatbewilligung zu überzeugen.

Der innenpolitische Konflikt beruhte in dieser Phase besonders auf dem Streit über die Interpretation des ABM-Vertrages. Das geplante Raketenprogramm widersprach den wesentlichen Bestimmungen des Vertrages, und die Raketenabwehrbefürworter suchten nach einer Lücke in den Paragraphen. Die Forschung an einer Raketenabwehr war nach deren Ansicht erlaubt. Durch den Verzicht der Regierung, Versuche im Weltraum durchzuführen, beruhigte sich die Diskussion um diesen Streitpunkt. Nach den Kongresswahlen nutzten die Demokraten den ABM-Vertrag, um gegen SDI zu argumentieren. Sie plädierten für eine enge Auslegung des Vertrages, die Forschungen nur begrenzt erlauben würden.

Das Forschungsprojekt SDI widersprach grundlegenden Bestimmungen des ABM-Abkommens. Offensichtlich gab es keine Koordination in der Administration, wie SDI vor dem Hintergrund dieses Abkommens gerechtfertigt werden sollte. Der nationale Sicherheitsberater Robert Mc Farlane überraschte das Weiße Haus und das State Department in einem NBC-Interview am 6. Oktober 1985. Dort äußerte er die vorher nicht abgesprochene Meinung, der ABM-Vertrag erlaube nicht nur die Erforschung von SDI, sondern sogar die Entwicklung und Erprobung. Es handele sich um ein BMD-System, welches auf neuen physikalischen Prinzipien beruhe. McFarlane nahm mit dieser eigenmächtigen Behauptung eine äußerst offene Interpretation des Vertrages vor. Er rechtfertigte seine Argumentation im Wesentlichen aus der Verknüpfung der

¹³⁸ vergl.: Weise, a.a.O., S. 331

¹³⁹ vergl.: „Weinberger optimistisch über SDI“, in: Die Welt, 24.01.1987

Artikel II, III, IV und V sowie dem „Agreed Statement D“. Er schlussfolgerte: „They make clear that on research involving new physical concepts, that that activity, as well as testing, as well, as development, indeed are approved and authorized by the treaty.(...)The Agreed Statement D, which is compatible with the other terms of the treaty, provides that research on new physical principles or other physical principles is authorized as is testing and development.“¹⁴⁰

Nicht nur MC Farlane dachte in diese Richtung. Bereits im Sommer 1985 hatten die beiden Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums Perle und Ikle den New Yorker Rechtsanwalt Philip Kunsberg damit beauftragt, den ABM-Vertrag hinsichtlich seiner Beschränkung für die SDI-Forschung zu analysieren.¹⁴¹ Der Rechtsanwalt kam zu dem Ergebnis, die Untersuchung der Verhandlungsaufzeichnungen für den ABM-Vertrag rechtfertige eine neue Interpretation. Die Erprobung, Entwicklung und sogar die Stationierung von weltraumgestützten BMD-Systemen sei erlaubt, da sie auf neuen physikalischen Prinzipien beruhten.¹⁴² Nach dieser „unabhängigen“ Analyse beauftragte Außenminister George Schultz den Legal Adviser des State Department Abraham Sofaer, den Bericht von Kunsberg zu überprüfen. Sofaer stimmte den Ergebnissen nur teilweise zu. Die Erprobung und Entwicklung hielt auch er für gerechtfertigt. Die Stationierung von technologisch neuartigen BMD-Systemen sei allerdings mit den Bestimmungen des ABM-Vertrages unvereinbar. Das Verteidigungsministerium übernahm zwar diese Analyseergebnisse, doch eine offizielle Position der US-Administration resultierte nicht aus den Untersuchungen. Es gab nach wie vor einen breiten Interpretationsspielraum, den Mc Farlane in seinem NBC-Interview genutzt hatte.

Die Reagan-Administration hatte mehrfach geäußert, die SDI-Forschung würde die Grenzen des ABM-Vertrages nicht überschreiten. Mc Farlanes Interpretation wich somit von dieser Position ab. Die daraus resultierende Unsicherheit und Unklarheit veranlasste den Präsidenten am 11. Oktober 1985 das NSDD 192 zu unterzeichnen. In diesem wurde die offizielle Haltung der Regierung zu dem ABM-Vertrag festgelegt. Die Administration bekräftigte ihre Meinung, die Vertragsbestimmungen würden grundsätzlich mehr als nur Forschung erlauben. Dennoch wolle sie sich in Zukunft an eine enge Auslegung des Vertrages halten. Dies geschehe auch aus Rücksicht vor den besonderen

¹⁴⁰ Mc Farlane im NBC-Interview: Department of State Bulletin, Nr. 2105, Dezember 1985, S. 32f.

¹⁴¹ vergl.: Benien, a.a.O., S. 33

¹⁴² vergl.: ebd.

Interessen der westeuropäischen Bündnisstaaten, wie Außenminister Schultz erklärte.¹⁴³

Eine nochmalige Erhöhung der Forschungsgelder auf 5,2 Mrd. Dollar wurde für das Haushaltsjahr 1988 beantragt. In dem SDI-Report von 1987 warnte der SDIO-Leiter Abrahamson davor, diesen Etat zu kürzen, da der Erfolg des gesamten Projektes gefährdet sei. Trotz der Warnungen genehmigte der Kongress im Herbst 1987 einen Betrag von 3,7 Mrd. Dollar für die SDI-Forschung für das nächste Jahr. Als Auflage musste auf eine enge Einhaltung des ABM-Vertrages geachtet werden.¹⁴⁴

Die inneramerikanische SDI-Debatte konzentrierte sich immer mehr auf die Frage, ob ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem technologisch möglich und finanziell durchführbar sein werde. Die gewünschten Erfolge in der SDI-Forschung blieben trotz der bisher ausgegeben Milliarden aus. Man sah sich gezwungen, die SDIO umzustrukturieren, die Hauptforschungsrichtungen zu ändern, um doch noch die erhofften Forschungsdurchbrüche zu erreichen. Nur dadurch hätte der Fortbestand der Rüstungsinitiative gesichert werden können. Trotz der Maßnahmen stagnierte das Programm weiterhin. Der neue Verteidigungsminister Frank Carlucci beantragte beim Kongress einen Etat für das Haushaltsjahr 1988 von 4,6 Mrd. Dollar und sicherte eine enge Anbindung an den ABM-Vertrag zu. Im Laufe des Jahres wurden aber mehrere Studien bekannt, die den Erfolg von SDI ernsthaft in Frage stellten. Die Mittel für SDI wurden daraufhin auf dem Stand des Vorjahres eingefroren.

Sowohl die SDI-Befürworter, als auch dessen Gegner schätzten die Chancen für ein Überleben von Raketenabwehrplänen am Ende des Jahrzehnts als schlecht ein. Es konnten keine Forschungsdurchbrüche erzielt werden, das Projekt verschlang Milliarden Dollar und die Änderung der weltpolitischen Situation schien die Aufrechterhaltung des Programms nicht zu rechtfertigen. Erst im Mai 1993 erklärte der damalige Verteidigungsminister Les Aspins die Star Wars-Ära für beendet und SDI für tot.¹⁴⁵ Obwohl das SDI-Programm eingestellt wurde, ging sowohl während der Bush-, wie auch der Clinton-Administration die Forschung an BMD-Systemen weiter.¹⁴⁶

¹⁴³ vergl.: ebd.

¹⁴⁴ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 37

¹⁴⁵ vergl.: Fitzgerald, a.a.O., S. 491

¹⁴⁶ zu den BMD-Programmen dieser Administrationen vergl.: ebd. S. 479-500

2.2.3. Die SDI-Verteidigungskonzeption: Amerikanisches Überlegenheitsstreben

Seit dem Verlust der amerikanischen Hegemonialposition im Bereich der strategischen Atomwaffen, beruht die strategische Stabilität zwischen der USA und der UdSSR auf dem Grundsatz der gegenseitigen nuklearen Abschreckung. Die nukleare Abschreckung widerum gründet sich auf dem Prinzip der gegenseitig gesicherten Zerstörung. Mit diesem Grundsatz hat jede der beiden Supermächte die Gewissheit, dass die jeweils gegnerische Seite als Reaktion auf einen ersten nuklearen Schlag einen vernichtenden nuklearen Vergeltungsschlag führen kann, der unannehmable Folgen für den Angreifer hätte.

Um die strategische Stabilität nach dem Grundsatz der wechselseitigen nuklearen Abschreckung zu gewährleisten, vereinbarten die beiden Supermächte Verträge über die Begrenzung der strategischen Waffen zur Verhinderung eines unbegrenzten Wachstums der Offensivkräfte. Doch trotz dem SALT I-Abkommen von 1972 kam es in den darauffolgenden Jahren zu einer anhaltenden Aufrüstung. Über die Dynamik und Ausmaße gab es sowohl in den USA als auch in der UdSSR keine Gewissheit und viele unterschiedliche kontroverse Interpretationen. Der Sachverhalt der Aufrüstung bei vielen unterschiedlichen Offensivsystemen ist unbestreitbar.¹⁴⁷ Die Reagan-Administration trat 1981 mit der Prämisse an, auf die unterstellte sowjetischen Überrüstung, insbesondere im Bereich der landgebundenen ICBMs, mit forcierten Aufrüstungsmaßnahmen zu reagieren. Daher kam es in den USA seit 1981 zu einem erheblichen Aufrüstungsprozess.

Zusätzlich zu dem SALT I-Vertrag sollte strategische Stabilität zwischen den Supermächten durch den 1972 ratifizierten ABM-Vertrag erreicht werden. Der Vertrag war das politische Zugeständnis jeder Seite an die andere, ein adäquates Maß an Vergeltungsfähigkeit gegen jeden denkbaren nuklearen Angriff zu besitzen. Er legte fest, dass beide Seiten nur über begrenzte Kapazitäten zur Abwehr ballistischer Raketen verfügen dürften. Des Weiteren vereinbarten die USA und die UdSSR in einem Zusatzprotokoll von 1974, in welchem beiden Seiten ABM-Systeme zugestanden wurden, die je 100 Startgeräte in einem mit 300 km Durchmesser festgelegten Gebiet begrenzten. Mit dem ABM-Vertrag verfolgten die beiden Supermächte den folgenden grundlegenden Gedankengang:

¹⁴⁷ vergl.: Senghaas, Dieter: Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) – Ansatzpunkte einer Lagebeurteilung, in: Bühl, a.a.O., S. 269

Keiner der beiden Seiten sollte die Fähigkeit verliehen werden, die strategische Vergeltungsfähigkeit des Gegners obsolet zu machen und ihn als Konsequenz daraus praktisch zu entwaffnen. Aus dem Verhältnis von Offensiv- und Defensivwaffen sollte keine Situation entstehen, in der auf Grund des Einsatzes von Defensivwaffen eine solche Schadensbegrenzung erreicht würde, die einen Nuklearkrieg als geringes, zumindest tragbares Risiko einstufen ließe. Damit wurde den Kernwaffen die Funktion zugewiesen, andere davon abzuhalten, diese jemals einzusetzen.¹⁴⁸

Kombiniert mit der Ankündigung, ein Defensivsystem zur Abwehr strategischer Offensivwaffen erforschen zu wollen, erhob sich der Vorwurf, die USA strebten eine Unterminierung des Prinzips der gegenseitigen nuklearen Abschreckung an. Ziel von SDI sei es, Optionen für verschiedene offensiv einsetzbare nukleare Kriegsführungsstrategien (Counterforce) zu erlangen, wie beispielsweise „begrenzter Nuklearkrieg“, „länger andauernder Nuklearkrieg“ oder „enthauptender Nuklearschlag“.¹⁴⁹ Counterforce-Potentiale sind darauf angelegt, als Ergebnis eines frühzeitigen Einsatzes die entsprechenden Potentiale der Gegenseite präemptiv auszuschalten. Durch den Einsatz wird der auf der eigenen Seite zu befürchtende Schaden eines erwartenden Angriffs verkleinert. Da die militärische Aufgabe von SDI die Abwehr der gegnerischen strategischen Offensivwaffen war, ergab sich daraus die Erlangung von Counterforce-Optionen als strategische Konsequenz. Daher waren die Vorwürfe und Einwände logisch.

Die Moskauer Führung bewertete SDI dementsprechend als einen amerikanischen Versuch, die nukleare Überlegenheit zu erlangen bzw. wiederzugewinnen. Mit SDI erstrebten die USA die Erlangung des einseitigen Vorteils, der es ihnen ermöglichen würde, den Schaden nach einem präemptiven ersten Schlag in Grenzen zu halten. Der sowjetische Generalsekretär Andropov argumentierte in einer ersten Reaktion auf die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten: „Die Absicht, sich selbst unter Abstützung auf ABM-Verteidigungssysteme die Möglichkeit zu geben, die entsprechenden strategischen Kapazitäten der anderen Seite zu zerstören, d.h. sie zur Ausführung eines Gegenschlages unfähig zu machen, ist unter diesen Bedingungen der Versuch, die Sowjetunion angesichts der amerikanischen nuklearen Bedrohung zu

¹⁴⁸ vergl.: Gießman, Hans-Joachim: SDI und strategische Stabilität, in: Wissenschaft und Frieden. Wissenschaftliches Symposium, a.a.O., S. 33

¹⁴⁹ vergl.: Sagdeew, Roald; Prilutzkii, Oleg: Strategische Verteidigung und strategische Stabilität, in: ebd., S. 11

entwaffnen.“¹⁵⁰ Dieser Gedankengang war die zentrale sowjetische Argumentation gegen SDI und wurde sowohl von dem nachfolgenden Generalsekretär Gorbatschow, als auch in sowjetischen wissenschaftlichen Analysen benutzt.¹⁵¹

Da ein funktionstüchtiges BMD-System das Prinzip der gegenseitigen versicherten Zerstörung unterminierte, erhob sich die Frage, ob SDI von der amerikanischen Administration ungeachtet aller politischen Versicherungen als ein konstitutiver Teil der Offensivprogramme und damit für Counterforce-Strategien eingesetzt werden sollte. In der Reagan-Administration kam man zu unterschiedlichen Beurteilungen über die potentielle Zusammensetzung des Abschreckungsdispositivs. Präsident Reagan hatte in seiner „Star Wars“-Rede die Eliminierung sämtlicher Nuklearwaffen befürwortet. Gleichzeitig hatte er vor einer Kombination von Defensiv- und Offensivwaffen gewarnt: „Ich bin mir völlig darüber im Klaren, dass Verteidigungssysteme Grenzen haben und bestimmte Probleme und Unsicherheiten aufwerfen. Wenn sie mit Offensivsystemen gepaart werden, dann können sie als Nährboden einer aggressiven Politik betrachtet werden, und das will niemand.“¹⁵²

Einen Waffenmix von Offensiv- und Defensivwaffen hingegen unterstützte Verteidigungsminister Weinberger, weil Raketenabwehrsysteme zur Verstärkung der Abschreckung dienen würden.¹⁵³ Mit der PD 119 schloss sich Ronald Reagan der Argumentation von Weinberger an, obwohl der Präsident an einer Vision von einer Welt ohne nukleare Bedrohung weiterhin festhielt. Der Verteidigungsminister entwickelte seine strategischen Grundüberzeugungen weiter und plädierte in dem Memorandum „Responding to Soviet Violations Policy (RSVP) Study“ für die Erhöhung nuklearer Offensivsysteme und die Verbesserung ihrer Penetrationsfähigkeit, für den Fall, dass die Sowjets ebenfalls über ein funktionstüchtiges Defensivsystem verfügen sollten.¹⁵⁴

Die Ermöglichung von Erstschlagsfähigkeit wäre nur dann gegeben, wenn lediglich eine Seite über ein BMD-System verfügen und die technischen Systeme von hoher Perfektion sein würden. Beide Prämissen waren nicht gegeben. Nicht nur die USA, auch die UdSSR trieben ihre BMD-Forschungen voran. Der

¹⁵⁰ Prawda, 27.03.1983, zitiert nach: Larrabee, Stephen: SDI: Implikationen für Abrüstung und die Ost-West-Beziehungen, in: Bühl, a.a.O., S. 302

¹⁵¹ vergl.: ebd.

¹⁵² vergl.: Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 171

¹⁵³ vergl.: Benien, a.a.O., S. 29

¹⁵⁴ vergl.: ebd.

amerikanische Präsident unternahm einen politischen Vorstoß: Am 29. März 1983 unterbreitete Ronald Reagan den Sowjets ein Angebot, an hochmoderner SDI-Technologie teilzuhaben, um ein eigenes Raketenabwehrsystem aufbauen zu können.¹⁵⁵ Reagan glaubte, seine Vision der Eliminierung sämtlicher Nuklearwaffen erreichen zu können, wenn die UdSSR ebenfalls über einen Schutzschirm verfügen würde. Den SDI-Kritikern wurde ihr Argument genommen, das Raketenabwehrsystem richte sich gegen die Sowjetunion. Dennoch waren die Vorstellungen über die Absicht des Präsidenten innerhalb der Administration unklar und ambivalent. Für das Verteidigungsministerium basierte das SDI-Programm auf einem kompetitiven Ansatz: Es sollte ausschließlich die technologische Überlegenheit und die militärische Stärke demonstriert werden. Die UdSSR tatsächlich an der Technologie teilhaben zu lassen, stand für das Pentagon außerhalb der Diskussion. SDI sollte die strategische Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten reduzieren. Das kooperative Rüstungsangebot sollte sich für die Sowjets nicht als Chance bieten, über ein mögliches Veto über amerikanische Dislozierungsoptionen verfügen zu können.¹⁵⁶

Des Weiteren stand die restriktive Technologietransferpolitik der Reagan-Administration im Gegensatz zu dem Angebot einer kooperativen Übergangsphase auf dem Weg zu einem aus Offensiv- und Defensivwaffen bestehenden Abschreckungssystem. Einerseits versuchte die USA, den Abfluss von hochentwickelter Technologie und von neuesten Forschungsergebnissen zu unterbinden. Weder die UdSSR noch die weiteren Staaten Osteuropas sollten in Besitz derselben Kenntnisse gelangen. Andererseits bot der Präsident die Partizipation an der modernsten Militärtechnologie an. Es ist zu bezweifeln, dass der UdSSR tatsächlich die Chance gegeben werden sollte, ihr technisches Know-How derartig verbessern zu können. Denn die Kenntnisse über die notwendige Technologie lässt sich nicht nur für die BMD-Systeme verwenden, sondern auch für andere Schlüsselgebiete der militärischen Verwendung einschließlich der Gegenmaßnahmen gegen BMD-Systeme. Gegen die Beteiligung an der Entwicklung der Technologie spricht die Rationalität der außerordentlichen Verletzbarkeit vor allem weltraumgestützter BMD-Systeme ungeachtet ihres Ursprungs.

¹⁵⁵ vergl.: „Reagan bietet der Sowjetunion Übernahme eines SDI-Systems an“, in: SZ, 31.10.1985; Fitzgerald, a.a.O., S. 314ff.

¹⁵⁶ vergl.: Benien, a.a.O., S.31

Wie bereits herausgearbeitet, ist das Ergebnis einer genauen Analyse einer funktionstüchtigen, umfassenden, von den USA einseitig dislozierten Raketenabwehr die strategische Überlegenheit und die Erlangung von Erstschlagsoptionen für die USA gegenüber der UdSSR. Ein derartiges Szenario musste von der UdSSR unbedingt verhindert werden. Für Moskau bot sich lediglich eine reale Option: Man musste versuchen, SDI mit politischen Mitteln zu verhindern. Die USA waren nicht bereit, SDI zum Verhandlungsgegenstand der Genfer Abrüstungsverhandlungen zu machen, was bedeutete, dass die UdSSR nicht in der Lage war, SDI politisch zu verhindern. Eine andere Basis als die Genfer Verhandlungen war schließlich nicht gegeben.

Eine reale rüstungspolitische Option hatte Moskau nicht. Eine Intensivierung der eigenen Forschungen auf dem Gebiet der BMD-Systeme, um ebenfalls über ein strategisches Defensivsystem zu verfügen, welches die strategische Überlegenheit der USA ausgleichen konnte, konnte nicht realisiert werden. Bereits die Hochrüstung im Bereich der Offensivwaffen bedeutete eine Intensivierung der Militärausgaben, die sich die sowjetische Wirtschaft nicht leisten konnte. Kostspielige Rüstungsanstrengungen im Bereich strategischer Defensivsysteme konnte sich die Sowjetunion finanziell nicht leisten.

Die USA nutzten SDI, um die politische Überlegenheit gegenüber der UdSSR zurückzugewinnen. Das war aus Sicht des Westens nötig, da die in den letzten Jahrzehnten verfolgte Strategie gegenüber der Sowjetunion ein Fehlschlag gewesen war. Bei dem Amstantritt Ronald Reagans mussten die Ziele der von den USA initiierten Rüstungskontrollverhandlungen als gescheitert interpretiert werden.¹⁵⁷ Die USA hatten mit den Verhandlungen vergeblich versucht, Rüstungskontrolle als Mittel zur Mäßigung sowjetischer Machtpolitik zu benutzen. Das Verhältnis zur Sowjetunion hatte sich entgegen den Zielen der Rüstungskontrolle dramatisch verschlechtert.

Darüber hinaus waren die UdSSR während der in eineinhalb Jahrzehnten praktizierten Rüstungskontrolle aus der nuklearen Zweitklassigkeit zur gleichrangigen Supermacht emporgestiegen. Die Sowjetunion hatte die quantitative und qualitative Entwicklung an ihren nuklearen Offensivwaffen vorangetrieben. Westliche Militärstrategen mussten von sowjetischen Counterforce-Fähigkeiten ausgehen, bei denen überlebende amerikanische ICBM-

¹⁵⁷ vergl.: Rühle, a.a.O., S. 66ff.

Kapazitäten auf ein Minimum reduziert würden. Während der SALT-Periode hatte die UdSSR das erreicht, was die USA zu verhindern versucht hatten: Sowjetische Counterforce-Fähigkeiten gegenüber den landgestützten amerikanischen strategischen Offensivwaffen. Selbst die Rüstungskontrollbefürworter mussten erkennen, dass der sowjetische Entwicklungsrhythmus anderen Kriterien folgte, als die SALT-Initiatoren für ein durch funktionierende Rüstungskontrolle dauerhaft entspanntes Verhältnis der Supermächte erwartet hatten. Neben der Verbesserung im Bereich der strategischen Offensivwaffen hatte die UdSSR die Entwicklung im Bereich der strategischen Defensivsysteme vorangetrieben. Die Sowjetunion verbesserte ständig den strategischen Verteidigungsring um Moskau (Galosh) und arbeitete zudem an neuen Technologien zur Raketenabwehr. Die USA befürchteten, den technologischen Vorsprung auf diesem Gebiet der Forschung zu verlieren.¹⁵⁸

Im Zusammenhang mit der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik sah der amerikanische Präsident SDI als ein politisches Vehikel, welches langfristig zur Abrüstung und zu einer nuklearwaffenfreien Welt führen sollte.¹⁵⁹ Verteidigungsminister Weinberger hingegen wollte aus dem technologischen Vorsprung strategische Vorteile ziehen. Er versprach sich eine vorteilhafte Hebelwirkung von SDI bei den Genfer Verhandlungen. SDI sollte als Druckmittel benutzt werden können, um die sowjetischen Unterhändler zu Zugeständnissen zu bewegen. Für Assistant Secretary Perle hatte SDI eine „unterstützende Funktion“, da seiner Ansicht nach das Projekt für tiefgreifende Reduzierungen von Offensivwaffen geeignet gewesen sei. Unbestreitbar ist die Tatsache, dass das SDI die UdSSR im November 1985 an den Genfer Verhandlungstisch zurückgezwungen hat, da es einen Anreiz für neue und ernsthafte Rüstungskontrollgespräche gab.

Während des Gipfels im Oktober 1986 in Reykjavik zwischen Reagan und Gorbatschow war der sowjetische Generalsekretär im Gegensatz zu dem amerikanischen Präsidenten mit einem Verhandlungspaket über Rüstungskontrolle ange-reist. Die amerikanische Verhandlungsdelegation war von der Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion überrascht. Allerdings bezog sich die sowjetische Verhandlungsbereitschaft lediglich auf die

¹⁵⁸ Es gab jedoch auch Analytiker, welche behaupteten, SDI sei unter Berücksichtigung vorsätzlich falscher Bedrohungsanalysen gerechtfertigt worden, vergl.: Speyer, Boris: „Star Wars“ – ideologische, militärische und wirtschaftliche Hintergründe in den USA, in: Wissenschaft und Frieden a.a.O., S. 51-61

¹⁵⁹ vergl.: Fitzgerald, a.a.O., S. 315ff.; Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 44ff.

nuklearen Mittelstreckenwaffen (Intermediate Range Nuclear Forces, INF)) und auf die strategischen Offensivarsenale. Das SDI-Projekt hingegen wollte Gorbatschow unter keinen Umständen dulden und zu Fall bringen. Reagan auf der anderen Seite war nicht bereit, SDI zum Verhandlungsgegenstand zu machen.¹⁶⁰

Bis zu dem Jahr 1987 waren die technischen Schwierigkeiten offensichtlich geworden, mit denen das ehrgeizige SDI-Projekt zu kämpfen hatte. Im amerikanischen Kongress mehrten sich die kritischen Stimmen, welche die kostspieligen Pläne der Administration nicht weiter in dem Maße finanzieren wollten. Vor diesem Hintergrund befürchtete die UdSSR zwar nicht die strategischen Auswirkungen eines unmittelbaren amerikanischen funktionstüchtigen territorial einsetzbaren BMD-Systems. Darüber hinaus hatten die sowjetischen Militärs Konzepte zur Überwindung von BMD-Systemen erarbeitet, wie beispielsweise die Maßnahmen zur Zerstörung empfindlicher Systemelemente. Des Weiteren hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass ein massiver Nuklearschlag immer imstande wäre, eine gegnerische Raketenabwehr zu überwinden. Die Sowjetion fürchtete aber, durch die amerikanischen Forschungen an Militärtechnologien abgehängt zu werden. Zudem konnte die Funktionstüchtigkeit eines zukünftigen BMD-Systems nicht vorhergesagt werden. Die im Vergleich zur USA zu erwartende Unterentwicklung der Militärtechnologie musste verhindert werden, weshalb die UdSSR SDI zu verhindern suchte.

Die UdSSR war gegen Ende des Jahrhunderts wirtschaftlich weder dazu in der Lage, die strategischen Offensivarsenale aufrechtzuerhalten, noch zu sie modernisieren, geschweige denn Forschungen auf dem Gebiet modernster Technologien zu betreiben. Die aggressive amerikanische Rüstungspolitik, mit der die UdSSR versucht hatte, mit den USA Schritt zu halten, hatte Erfolg. Nicht nur, dass die UdSSR nach dem Scheitern der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen an den Verhandlungstisch zurück geholt werden konnte, auch die politische Strategie, die sowjetische Wirtschaft ernsthaft in Bedrängnis zu bringen, ging auf.

Wie in dem letzten Abschnitt konstatiert, wären die strategischen Konsequenzen von SDI für die UdSSR verheerend gewesen. Ungeachtet der Realisierbarkeit des Projektes führte die amerikanische Initiative zu dem

¹⁶⁰ zu den Verhandlungen vergl.: Bertram, Cristoph: US-Sovjet nuclear arms control, in: SIPRI Yearbook 1987, a.a.O., S. 323ff;

gewünschten Erfolg. Die UdSSR wurde politisch und militärisch in Bedrängnis gebracht. Der amerikanische Präsident hatte die strategischen Auswirkungen von SDI mit größtem Erfolg politisch instrumentalisiert.

2.3. Europäische Sicherheitspolitik unter dem Einfluss von SDI

2.3.1. Reaktionen auf Reagans SDI-Rede

Nach der Rede Ronald Reagans gab man in europäischen Regierungskreisen zunächst nur allgemeine, zurückhaltende Stellungnahmen zu den amerikanischen Plänen ab. Die Überraschung über die Fernsehansprache des amerikanischen Präsidenten war zu groß. Den europäischen Politikern war unklar, ob es sich bei der Ansprache um eine spontan artikulierte Idee des US-Präsidenten handeln würde, von der er sich schon bald wieder distanzieren würde, oder ob Reagan eine Neuausrichtung der US-Sicherheitspolitik konzipiert haben würde, die Konsequenzen für die bestehende NATO-Strategie haben würde.¹⁶¹

Der deutsche Verteidigungsminister Manfred Wörner bezeichnete in einer ersten offiziellen Reaktion die Pläne zum Aufbau eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems als „absolute Zukunftsmusik“.¹⁶² Die strategische Vision des Präsidenten könne frühestens Ende des 20. Jahrhunderts zur militärischen Realität werden. Für die europäischen Sicherheitsprobleme würden sie für die nahe Zukunft keine Lösung darstellen.¹⁶³ Gegenüber der Nachrichtenagentur dpa äußerte Wörner die Meinung, die sicherheitspolitischen Überlegungen von Reagan bedeuteten keinen Bruch mit der gültigen Abschreckungsstrategie des Westens. Zur Problematik eines möglichen neuen Rüstungswettlaufs äußerte er, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass eine neuer Rüstungswettlauf in Gang gesetzt werden würde. Entscheidend sei allerdings, dass dieser nur auf dem defensiven Sektor vollzogen werden würde. Auf die Frage, ob durch Defensivsysteme später einmal auf Nuklearwaffen verzichtet werden könne, meinte er, dies sei eine gute Wunschvorstellung.¹⁶⁴

¹⁶¹ Um in das Thema einzuführen erfolgt an dieser Stelle eine genauere Analyse der ersten Reaktionen in der Bundesrepublik. Für Reaktionen in den anderen europäischen Nationen vergl.: Taylor, Trevor: SDI-The British Respons, in: Brauch, a.a.O., S. 129-150; Carton, Alain: French Political Reaction to SDI – The Debate on the Nature of Deterrence, in: ebd., S. 150-166; Berloznik, Robert: Perceptions and Reactions to SDI in the Benelux Countries, in: ebd., S. 234-256; zu dem weiteren Entscheidungsprozess in der bundesdeutschen Regierung vergl. Kap. 2.2.3.

¹⁶² Wörner, Manfred: „Zukunftsmusik“, in: FAZ, 26.03.1983

¹⁶³ vergl.: ebd.

¹⁶⁴ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 42

Ebenso wie Wörner unterstrich der Regierungssprecher Sudhoff die Langfristigkeit des Projektes. Außerdem äußerte er sich auf einer Bundespressekonferenz in demselben Sinne wie der Verteidigungsminister: „Dieses ist ein Forschungsprogramm, ist eine langfristige Vision, die sicherlich erst in das Ende dieses Jahrhunderts oder in den Beginn des nächsten Jahrhunderts hineinreicht... Es ist selbstverständlich, dass wir davon ausgehen, dass mit diesem System auch die legitimen Verteidigungsinteressen Europas berücksichtigt werden müssen. Aber ich kann nur noch einmal sagen, das ist ja nun wirklich Zukunftsmusik.“¹⁶⁵ Sudhoff sprach damit die Sorgen der Europäer an. Man erachtete die Einbeziehung der europäischen Sicherheitsinteressen als selbstverständlich.

Obwohl die Bundesregierung überrascht worden war, zeigten das Verteidigungsministerium und der Regierungssprecher eine scheinbar gemeinsame Linie. Das Auswärtige Amt gab zunächst keine Stellungnahme ab. Im Planungsstab des Auswärtigen Amtes gab es Befürchtungen, die futuristische Zielsetzung könne sich unbeabsichtigt zu einer sicherheitspolitischen Horrorvision entwickeln.¹⁶⁶ Diese Schlussfolgerung war in der Sorge vor einem neuen Rüstungswettlauf im Weltraum begründet. Außerdem fürchtete man destabilisierende Auswirkungen für den Fall, dass eine der beiden Supermächte durch den einseitigen Aufbau eines Raketenabwehrschirms die Fähigkeit zu einem strategischen Erstschatz erreichen könnte.

Bereits seit Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre hatte man im Planungsstab des Auswärtigen Amtes die amerikanischen Diskussionen über den ABM-Vertrag und neue BMD-Systeme verfolgt. Die amerikanischen Analysen wie die „High-Frontier Studie“ wurden zwar zur Kenntnis genommen, die Inhalte erschienen aber irrelevant, und man hielt vieles für „Spinnerei“.¹⁶⁷ Grundsätzlich wurden Aktivitäten der Reagan-Administration in diese Richtung für möglich gehalten. Der Zeitpunkt der Rede kam aber auch für sie überraschend und unverhofft.

Das gilt auch für den deutschen Außenminister Hans Dietrich Genscher. Dieser ließ sich als Reaktion auf die Rede vom Planungsstab einen Bericht zu den möglichen strategischen, rüstungskontroll- und entspannungspolitischen

¹⁶⁵ vergl. Bundespresse- und Informationsdienst (Hrsg.): Sudhoff, Jürgen: unkorrigiertes Manuskript der Pressekonferenz, Nr. 37, 25. März 1983

¹⁶⁶ vergl.: Benien, a.a.O., S. 37

¹⁶⁷ vergl.: Hözenbein, a.a.O., S. 43

Auswirkungen eines derartigen Forschungsprogramms anfertigen. In dem Bericht führten die Autoren alle Inkompabilitäten von der SDI-Version mit der bundesdeutschen Position auf. In den darauffolgenden Jahren wurden im Wesentlichen die Argumente genutzt, die in dem Genscher-Bericht aufgeführt worden waren.¹⁶⁸

Eine Woche nach der Rede nahm der Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium für Verteidigung, Ministerialdirektor Hans Rühle, eine erste differenzierte Analyse vor. In einem Artikel im „Rheinischen Merkur“ bewertete er die potentiellen Implikationen einer strategischen Defensivarchitektur. Rühle erkannte sowohl positive als auch negative Konsequenzen. Positiv sei die mögliche Abkehr von der nuklearen Abschreckung: „Die überlegene moralische Qualität einer Position, die darauf verzichtet, einer Bedrohung durch eine Gegendrohung zu begegnen nach dem Motto: Gleiches mit Gleichem zu vergelten, ist insofern unbestreitbar...Das Bewusstsein, gemeinsam für die bessere Sache nun auch mit der moralisch höherwertigen Strategie zu stehen, könnte den Zusammenhalt im Bündnis weiter festigen.“¹⁶⁹ Rühle sah die Vorteile der strategischen Neuorientierung auf ethisch-moralischen und bündnispolitischen Gebieten. Konventionelle Defensivsysteme könnten dazu beitragen, die ethisch-moralischen Bedenken gegenüber der Drohung mit nuklearen Einsatzoptionen abzuschwächen, da eine nicht-atomare Verteidigungsposture über eine überlegene moralische Qualität verfüge.

Rühle erkannte im Wesentlichen vier negative Kriterien: Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an BMD- und Antisatelliten (ASAT) -Systemen würden die Gefahr in sich bergen, einen neuen Rüstungswettlauf in Gang zu setzen. Außerdem habe Ronald Reagan die Legitimation und innenpolitische Akzeptanz des NATO-Doppelbeschlusses erschwert, da er mit seiner Behauptung, Nuklearwaffen hätten einen offensiven und destabilisierenden Charakter, die Argumente der Kritiker von landgestützten nuklearen Mittelstreckensystemen übernommen habe. Des Weiteren wäre selbst im Falle eines amerikanischen sowie sowjetischen Sanktuariums durch eine flächendeckende Raketenabwehr und eines äquivalenten Schutzschirms für Westeuropa dessen Unverwundbarkeit nicht gewährleistet. Denn Marschflugkörper, SS-20-Raketen, nukleare Kurzstreckensysteme und

¹⁶⁸ vergl.: ebd., S. 44

¹⁶⁹ Rühle, Hans: „Löcher im Drahtverhau der Sicherheitsdoktrin. Das Defensivkonzept der Zukunft löst Europas Probleme kaum“, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 01.04.1983

tieffliegende Bomber der UdSSR könnten nicht abgefangen werden. Und letztens wären die Auswirkungen auf die konventionelle Rüstung negativ: Die militärische Bedrohung durch das konventionelle Rüstungspotential der Sowjetunion würde wieder die Qualität erhalten, die es in der Ära vor der nuklearen Abschreckung gehabt habe.¹⁷⁰ Insgesamt überwog bei Rühle die Unsicherheit und daraus resultierend ein Unbehagen gegenüber den SDI-Plänen: „Sollten also, wie zu vermuten ist, beide Supermächte den durch Reagan vorgezeichneten Weg gehen, dann würden ihre Territorien unverwundbar, und das heißt zu Sanktuarien werden, während Europa selbst beim Aufbau eines entsprechenden Defensivsystems nur noch wenige seiner sicherheitspolitischen Sorgen los werden würde...Alles in allem bleiben auch beim gutwilligen europäischen Betrachter von Reagans Vorschlag gemischte Gefühle zurück.“¹⁷¹

In den darauffolgenden Monaten machten die europäischen Nationen das Thema „amerikanische Defensivsysteme“ nicht zum Inhalt der innenpolitischen Diskussion. Erstens wollte man die weitere Entwicklung in den USA abwarten und verfolgen. Man war sich bewusst, dass es sich bei der Reaganschen Vision um ein langfristiges Projekt handeln würde. Das gigantische Projekt würde nicht nur sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, so dass es zu einer Realisierung erst gegen Ende des Jahrhunderts kommen würde. Auch in der inneramerikanischen Politik konnte sich innerhalb dieses Zeitraums vieles ereignen, was das Projekt scheitern lassen konnte. Von der finanziellen und technischen Machbarkeit musste der US-Präsident noch den Senat und die Öffentlichkeit überzeugen. Daher wartete man ab, auf welche inneramerikanischen Widerstände SDI treffen würde. Vielleicht musste man sich mit diesem Projekt gar nicht weiter beschäftigen, wenn sich der Präsident nicht durchsetzen könnte, so die Spekulationen.

Zweitens waren die europäischen Politiker mit einer anderen zentralen sicherheitspolitischen Aufgabe befasst. Die Stationierung der Pershing-II Raketen und die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses beschäftigte die nationalen Regierungen mit der Organisation und Durchführung. In der Öffentlichkeit waren diese Themen aktueller als das amerikanische Star Wars-Programm. Den Regierungen konnte nicht daran gelegen sein, weitere Spannung in die innenpolitischen Diskussionen zu bringen.¹⁷² Daher wurde das Thema noch unbekannter futuristischer Weltraumtechnologien bewusst vermieden. Die

¹⁷⁰ vergl.: ebd.

¹⁷¹ vergl.: ebd.

¹⁷² vergl.: „Ronald Reagans Horror-Vision“, in: SZ, 25.03.1983

Glaubwürdigkeit der Argumente für den NATO-Doppelbeschluss hätte durch die Reagansche Rhethorik gelitten, woraus wiederum die Friedensbewegung Vorteile hätte ziehen können.

2.3.2. Europäische rüstungskontrollpolitische und militärstrategische Interessen

Die Pläne Ronald Reagans zur Verwirklichung eines amerikanischen Raketenschildes hatten unmittelbare Auswirkungen auf die Militärstrategie des Bündnisses. Eine funktionsfähige dislozierte Raketenabwehr hätte eine Neudefinition der bisherigen defensiv orientierten Abschreckungsstrategie erfordert.¹⁷³

Für eine Analyse der amerikanischen SDI-Pläne war es außerordentlich problematisch, dass weder die Entscheidungsträger in Bonn, noch die amerikanische Administration selber, genau abschätzen konnten, was eine Raketenabwehr zu leisten imstande gewesen wäre. Der Bundeskanzler beklagte daher: „Bis zur Stunde ist es so, dass niemand von uns übersieht, was dieses Programm tatsächlich umfasst. Und das ist auch kein Vorwurf gegen die Amerikaner, denn die Amerikaner wissen dies ja selbst noch nicht.“¹⁷⁴ In der inneramerikanischen Debatte kam es ständig zu deklamatorischen Kurskorrekturen, die konzeptionellen Überlegungen zu SDI waren unkonkret und schwammig. Daher konnten die Gedankenspiele der europäischen Strategen nur auf Vermutungen und Spekulationen basieren. Des Weiteren waren nicht nur eine funktionstüchtige amerikanische Raketenabwehr Bestandteil der Überlegungen. Auch ein disloziertes sowjetisches BMD-System musste in den strategischen und rüstungskontrollpolitischen Analysen berücksichtigt werden, da die UdSSR ebenfalls auf diesem Gebiet ihre Forschungen vorantrieb. Die politische Ungewissheit begleitete die Beratungen der damit in den europäischen Nationen betrauten Personen. In der Bundesrepublik waren mit dieser Aufgabe die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) SDI im Kanzleramt sowie die beiden

¹⁷³ vergl.: Benien, a.a.O., S. 58ff.; Hölzenbein, a.a.O., S. 41ff.; Hillenbrand, Martin: The Strategic Defense Initiative: Stabilizing or Destabilizing?, in: Haug, a.a.O., S. 53; Rühle, Hans; Rühle, Michael, a.a.O., S. 203ff.; Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 55ff.; Guha, a.a.O., S. 14ff.

¹⁷⁴ siehe: Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Stichworte zur Sicherheitspolitik, Nr.4, 1985, S. 48; vergl. zum Thema: Teltschik, Horst: Deutsche Überlegungen zu SDI, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte zu SDI in West und Ost, S.67; Benien, a.a.O., S. 58

SDI-Arbeitsgruppen im Auswärtigen Amt und Bundesverteidigungsministerium befasst.¹⁷⁵

Grundlagen für die Überlegungen der sicherheitspolitischen Analytiker über strategische und rüstungskontrollpolitische Konsequenzen waren verschiedene SDI-Szenarien. Der Vorsitzende der SDI-Arbeitsgruppe im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Rühl, differenzierte vier Möglichkeiten:

1. ein amerikanisches Raketenabwehrsystem gegen begrenzte sowjetische Angriffsoptionen,
2. ein BMD-System der UdSSR gegen begrenzte amerikanische Angriffsoptionen (Non-Single Integrated Operational Plan, SIOP -Optionen),
3. ein in Westeuropa disloziertes Abwehrsystem der NATO gegen sowjetische Kurz- und Mittelstreckensysteme (SRINF- und LRINF-Systeme) und
4. ein Schutzschirm der Sowjetunion gegen die in Westeuropa dislozierten LRINF-Systeme der USA.¹⁷⁶

Als die wahrscheinlichste Möglichkeit erachtete der Planungsstab des Bundesverteidigungsministeriums, dass sowohl die USA als auch die UdSSR über Raketenabwehrsysteme verfügen könnten. Ein BMD-Monopol für eine der Supermächte wurde für eher unwahrscheinlich gehalten. Das SDI-Szenario eines beiderseitigen Raketenabwehrsystems bildete daher die Grundannahme für die weiteren Überlegungen.¹⁷⁷ Nicht nur die Dislozierung, auch der beiderseitige Verzicht von BMD- und ASAT-Systemen wurde in Betracht gezogen.

Ausgehend von der Möglichkeit der beiderseitigen Dislozierung, analysierte der Planungsstab fast ausschließlich die Optionen zur Flächenverteidigung (area defense), obwohl zahlreiche amerikanische SDI-

¹⁷⁵ an dieser Stelle erfolgt die genaue Analyse der strategischen Implikationen aus Sicht der Bundesrepublik. Aufgrund ihrer eigenen Atomwaffen hatte SDI sowohl für Frankreich als auch für Großbritannien andere strategische Konsequenzen. Vergl. dazu mit weiterführender Literatur: Stares, Paul: The Implications of BMD for Britain's Nuclear Deterrent, in: Brauch, a.a.O., S. 331-341; Carton, Alain: The Implications of SDI for French Defence Policy, in: ebd., S. 341-352

¹⁷⁶ vergl: Rühl, Lothar: „Eine Raketenabwehr auch für Europa“, in: FAZ, 17.01.1986; Nerlich, Uwe: Folgen aus SDI für Strategie, Rüstungskontrolle und Politik. Zum Entscheidungsbedarf der Bundesrepublik Deutschland, in: Europa Archiv (EA), Nr. 4, 1986, S. 93; ders.: Roles for Theater Ballistic Missile Defense in European Short Preparation Time Attack Scenarios, in: Hoffmann, Fred; Wohlstetter, Albert; Yost, David (Hrsg.): Swords and Shields. NATO, the USSR and New Choices for Long Range Offense and Defense, Lexington, Mass. 1987, S. 240; Benien, a.a.O., S. 59

¹⁷⁷ vergl: Weise, Hans-Heinrich: A Missile Defense for NATO, in: Hoffmann, Wohlstetter, Yost, a.a.O., S. 291; Froman, Michael; Gardener, Anthony; Mixer, Scott; Poensgen, Andreas: Strategic Implications of SDI for France and West Germany, in: Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI)-Journal, Nr. 2, 1987, S. 52; Rühle, Hans; Rühle, Michael, a.a.O., S. 250; Benien, a.a.O., S. 59

Experten bereits an Optionen zur Punktverteidigung (point defense) im Rahmen eines vorgezogenen Dislozierungsstadiums (early deployment options) arbeiteten. Point-defense Optionen hätten zur Stärkung der erweiterten Abschreckung beigetragen, was sich im Einklang mit den deutschen Sicherheitsinteressen befand. Der Planungsstab konzentrierte sich daher auf die Option der Flächenverteidigung, da dies eine strategische Neubewertung nötig gemacht hätte.

Im Planungsstab des Auswärtigen Amtes war für den Leiter Konrad Seitz die Basis seiner Überlegungen erstens das Szenario eines weltraumgestützten, perfekten Raketenabwehrsystem (area defense), in Kombination mit einem bodengestützten Defensivsystem zur Verteidigung militärisch sensibler Punktziele. Die zweite Option bestand für ihn in einem weltraum- sowie bodengestützten Abwehrsystem zur begrenzten Flächenverteidigung (limited area defense).¹⁷⁸ Die Glaubwürdigkeit der westlichen Drohung mit selektiven Nuklearkoptionen sah Seitz in ernsthafter Gefahr. Die Penetrationsfähigkeit selektiver Nuklearschläge könne durch die begrenzte sowjetische Fähigkeit zur Flächenverteidigung in Frage gestellt werden. Daher arbeitete Seitz mit einem dritten SDI-Szenario, das sich mit dieser Option befasste.

Der im Januar 1986 eingesetzte Arbeitsstab Strategiefragen AS 20 verfolgte einen ähnlichen Denkansatz.¹⁷⁹ Die Szenarien einer bodengestützten Punktverteidigung zum Schutz von ICBM-Silos, die graduell gesteigerte Fähigkeit einer bodengestützten Flächenverteidigung, die weltraumgestützte Raketenabwehr mit flächendeckender Wirkung und das Szenarium eines boden- sowie weltraumgestützten Raketenschirmes wurden mit einer Rasteruntersuchung analysiert.

Die Szenarien des Auswärtigen Amtes und des Bundesverteidigungsministeriums unterschieden sich in Details. Es gab jedoch drei Grundszenarien: das mögliche Monopol der USA, das mögliche Monopol der UdSSR und zwei gleichwertige BMD-Systeme, die sich gegenüberstehen. Über die Bewertung der strategischen Implikationen herrschte grundsätzlich Einigkeit.

Die Zweitschlagfähigkeit des landgestützten amerikanischen ICBM-Potentials wäre durch die einseitige Dislozierung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems verbessert worden. Die Glaubwürdigkeit der erweiterten

¹⁷⁸ vergl.: Seitz, Konrad: Die Zukunft von Sicherheit und Abrüstung in Europa, in: EA, Nr. 5, 1986, S. 121f.; Kaltefleiter, Werner: Politische Implikationen strategischer Verteidigung, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), Nr. 1, 1985, S. 21

¹⁷⁹ vergl.: Benien, a.a.O., S. 60

Abschreckung wäre die Folge dessen.¹⁸⁰ Die Erfolgsaussichten sowjetischer Angriffsoptionen gegen das amerikanische ICBM-Potential wären im Sinne der „deterrence by denial“ (Abschreckung durch Zunichtemachen) erheblich reduziert worden. Das Bundesverteidigungsministerium schloss daraus, dass ein Aggressor daher die Masse seiner nuklearen Offensivsysteme nur für counter-city-Optionen (Strategie gegen zivile Ziele) einsetzen könnte, da die counter-force-Schläge wenig Aussicht auf Erfolg gehabt hätten.¹⁸¹ Eine weitere Konsequenz aus der nuklearen Unverwundbarkeit der USA wäre die Verringerung des potentiellen Nutzens des sowjetischen nuklearstrategischen Drohpotentials zum Zweck der politischen Erpressung gewesen.

Durch amerikanische Geheimdienstberichte und russische Publikationen gewannen die Bonner Strategen die Erkenntnis, dass die Sowjetunion auf Grund ihrer BMD-Forschung das technologische Niveau und die Fähigkeit erreicht hätten, „in rund 10 bis 15 Jahren ein wirksames Raketenabwehrsystem auf der Basis bodengestützter Waffen aufzubauen“.¹⁸² Wenn die UdSSR einseitig ein Raketenabwehrsystem disloziert hätte, dann wäre die amerikanische Option eines selektiven Nuklearwaffeneinsatzes als Instrument einer kontrollierten Eskalation mit der politischen Funktion der Kriegsbeendigung gefährdet gewesen. Die daraus resultierende Gefahr wiederum hätte die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Abschreckungspotentials zum Schutz Westeuropas drastisch vermindert.

Die nuklearen Mittelstreckenwaffen der NATO, die in Westeuropa stationiert waren, hätten ebenfalls ihre Abschreckungswirkung verloren, da sie ebenfalls von einem sowjetischem Abwehrschirm hätten abgefangen werden können. Die NATO-Strategie der selektiven Nuklearschläge wäre hinfällig geworden: Der sowjetische Raketenabwehrschirm, der für die Abwehr einer großen Anzahl anfliegender Gefechtsköpfe konzipiert worden wäre, hätte das

¹⁸⁰ vergl.: Der Bundesminister für Verteidigung (Hrsg.): Bericht zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA, Bonn 1985, S. 17; „Eine Raketenabwehr auch für Europa“, in: FAZ, 17.01.1986; des Weiteren: Richter, Claus: Strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Kriegsführung oder Kriegsverhinderung?, in: APuZ, Nr. 14-15, 1985, S. 8; Kaltefleiter, Werner; Schumacher, Ulrike: Deutsche Interessen im Konzept der strategischen Verteidigung, in: APuZ, Nr. 43, 1986, S.30; diess.: Europas Interesse an SDI: Primat der Sicherheitspolitik, in: Europäische Wehrkunde/ WWR, Nr. 6, 1986, S. 324; Kaltefleiter, Werner: The Strategic Defense Initiative. Some Implications for Europe, London 1985, S. 11ff.

¹⁸¹ zur Abschreckungstheorie vergl.: Lutz, Ernst: Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980, S. 16ff.

¹⁸² siehe: Der Bundesminister für Verteidigung (Hrsg.): SDI. Fakten und Bewertungen. Fragen und Antworten. Dokumentation, Bonn 1986, S.7 und 14; Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Bericht zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA, a.a.O., S. 18; vergl. auch: Müller, Harald: Strategic Defences: The End of the Alliance Strategy? Brussels 1987, S. 18; Richter: Strategische Verteidigungsinitiative, a.a.O., S. 8; Kaltefleiter: The Strategic Defense Initiative, a.a.O., S. 14f.

zahlenmäßig geringere Mittelstreckenwaffenpotential Westeuropas umso wirksamer bekämpfen können.

Die Verantwortlichen im Planungsstab des Bundesverteidigungsministeriums kamen zu der Erkenntnis, dass ein sowjetisches Monopol auf dem Gebiet der Raketenabwehr der UdSSR eine strategische Überlegenheit hätte einbringen können. Die UdSSR hätte durch das Zusammenwirken einer unveränderten strategischen Offensiv- und einer zusätzlichen strategischen Defensivfähigkeit diese Position erlangt.

Ein begrenzt wirksamer Abwehrschirm auf beiden Seiten mit einem ungefähr vergleichbaren Wirkungsgrad war das SDI-Szenario, welches im Planungsstab des Bundesverteidigungsministeriums als am wahrscheinlichsten angesehen wurde.¹⁸³ Für diesen Fall galt die Transitionsphase als besonders dramatisch. Unterschiedlich schnelle Dislozierungsschübe hätten auf beiden Seiten Stadien hoher strategischer Instabilität hervorgerufen.

Des Weiteren hätten auch zwei gleichwertige Schutzschirme negative Auswirkungen auf die atlantische Strategie gehabt. Die Fähigkeit des Obersten Alliierten Befehlshaber Europas (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR) zur Implementierung von selektiven strategischen Nuklearkoptionen (Non-SIOP-Optionen) wäre gefährdet gewesen. Außerdem wäre die Fähigkeit der USA zu einem umfassenden Vergeltungsschlag eingeschränkt gewesen. Diese Abschreckungswirkung hätte ebenso nachgelassen, wie die der britischen und französischen Nuklearwaffenarsenale. Ausgehend von einer möglichen Nicht-Integration Westeuropas unter dem amerikanischen Schutzschirm, hätten die sowjetischen Kurz- und Mittelstreckenwaffen eine neue Dimension als Drohpotential erhalten.

Im November 1983 war es zu dem Abbruch der Genfer INF-Verhandlungen gekommen, was zu einem vorübergehenden Stillstand in den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen führte. Am 8. Januar 1985 kam es zu einer Annäherung der beiden Verhandlungsparteien. Die Außenminister Schultz und Gromyko beschlossen, den Rüstungskontrolldialog

¹⁸³ vergl.: Der Bundesminister für Verteidigung (Füs III 2): Das US-Forschungsprogramm SDI-Militärstrategische Überlegungen zu einer deutschen Forschungsbeteiligung, Bonn 1985, S. 5; Der Bundesminister für Verteidigung (Hrsg.): Bericht zur Strategischen Verteidigungsinitiative, a.a.O., S. 16 und 19; Weise: Amerikanische Pläne für ein weltraumgestütztes Raketen-Abwehrsystem, a.a.O., S. 405; Müller: Strategic Defences, a.a.O., S.21; Kaltefleiter; Schumacher: Deutsche Interessen im Konzept der Strategischen Verteidigung, a.a.O., S. 31; Nerlich, Uwe: Roles for Theater Ballistic Missile Defense in European Short Preparation Time Attack Scenarios, in: Hoffman, a.a.O., S. 239; Benien, a.a.O., S. 62

zwischen den USA und der UdSSR wieder aufzunehmen.¹⁸⁴ Die geplante Dislozierung von LRNIF-Systemen in Westeuropa und das SDI-Forschungsprogramm hatten die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zurück gezwungen. Die Außenminister der beiden Supermächte vereinbarten in einer gemeinsamen Erklärung in ihren am 12. März wieder aufgenommenen Gesprächen, den wechselseitigen Zusammenhang von Weltraum- und Nuklearwaffen zu behandeln. Die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und die Beendigung des Rüstungswettlaufs auf der Erde waren die weiteren gemeinsamen Ziele.¹⁸⁵

Das Auswärtige Amt unterstützte den Rüstungskontrolldialog zwischen den beiden Supermächten, da dieser dem Ziel der Entspannungspolitik diene, die allen voran Außenminister Genscher verfolgte. Anlässlich der neu beginnenden Rüstungskontrollgespräche veröffentlichte der Außenminister einen Namensartikel mit dem Titel „Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen“, in dem er eine neue Phase realistischer Entspannungspolitik forderte.¹⁸⁶ Die Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum als Beitrag zur vorbeugenden Rüstungskontrolle entsprach den Zielen der Bundesregierung. Die weiteren Forderungen Genschers waren die Erhaltung der Einheit des Bündnisses, die Vermeidung von strategischen Instabilitäten und die Vermeidung der Abkoppelung von dem technischen Innovationsprozess in den USA. Auf die Bedeutung präventiver Rüstungskontrollvereinbarungen für BMD- und ASAT-Systeme hatte bereits im Frühjahr 1984 das Referat 201 (Atlantisches Bündnis und Verteidigung) aufmerksam gemacht.¹⁸⁷

Die Bundesregierung hatte bereits Anfang März der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) den Auftrag gegeben, eine strategische und rüstungskontrollpolitische Bewertung von SDI vorzunehmen. Nach einer Überarbeitung durch Außenminister Genscher gab die Bundesregierung am

¹⁸⁴ vergl.: Czempel, Ernst-Otto: Der Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, in: APuZ, Nr. 5, 1986, S.10ff.; Adomeit, Hannes: Sowjetisch-Amerikanische Beziehungen unter Gorbatschow, in: APuZ, Nr. 5, 1986, S. 17ff.

¹⁸⁵ vergl.: Wortlaut der gemeinsamen Erklärung in: EA, Nr. 3, 1985, S. D60; des Weiteren: „USA und UdSSR nehmen am 12. März in Genf ihre Rüstungskontrollverhandlungen auf“, in: SZ, 28.01.1985; „Waffen, die Gromyko nach Genf führten“, in: FAZ, 31.01.1985; „Der Durchbruch kommt nach 15 Stunden“, in: SZ, 10.01.1985

¹⁸⁶ vergl.: Der Bundesminister des Auswärtigen (Hrsg.): Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen, in: Mitteilungen für die Presse, Nr. 1031/85, 18.3.1985, S. 1; vergl.: „Kohl, Genscher und die nachgeschobene Exegese“, in: Die Welt, 20.03.1985; „Beim Krieg der Sterne beginnt in Bonn das Zaudern“, in: FR, 22.03.1985; „Einige Unsicherheiten über das Verhalten Genschers“, in: Die Welt, 23.03.1985

¹⁸⁷ vergl.: Benien, a.a.O., S. 64

27. März eine offizielle Stellungnahme ab. Die Wertungen und Urteile über die strategischen Implikationen blieben vage und unpräzise, da man versuchte, einer umfassenden Beurteilung der Strategischen Verteidigungsinitiative aus dem Weg zu gehen. Der Außenminister hatte zudem darauf geachtet, dass in dem Papier keine Zustimmung einer bundesdeutschen Forschungsbeteiligung formuliert war.¹⁸⁸

In zehn Punkten wurde die amerikanische Forschungsinitiative in die aktuellen rüstungskontrollpolitischen, strategischen und technologischen Debatten eingebunden. Die am 12. März begonnenen Genfer Verhandlungen wurden ausdrücklich begrüßt. Konkret wurde gefordert: „einen Rüstungswettlauf im Weltall zu verhindern (...); die nuklearen, strategischen und Mittelstreckenwaffen drastisch zu reduzieren (...); die beiderseitigen Forschungen auf dem Gebiet neuer Raketensysteme und die Probleme der Antisatellitenwaffen in kooperative Lösungen einmünden zu lassen; den ABM-Vertrag zu bekräftigen (...)“ Abschreckung und Kriegsverhinderung hätten im Bündnis oberste Priorität: „Die Bundesregierung begrüßt die Feststellung der US-Regierung, dass mit der Strategischen Verteidigungsinitiative keine Überlegenheit angestrebt wird, die Ereignisse der Forschungsphase abgewartet werden müssen, bevor Entscheidungen gefällt werden können, die über die Forschung hinaus gehen und sie zu kontinuierlichen und intensiven Konsultationen mit ihren Verbündeten bereit ist (...)“

Der Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen (ABM) von 1972 lässt Forschungsarbeiten zu. (...) Forschung im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des amerikanischen Präsidenten ist deshalb gerechtfertigt.“ Im letzten Punkt wurde der technologisch-wirtschaftliche Aspekt behandelt: „Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die ökonomischen und technologischen Aspekte des SDI-Forschungsprogramms kontinuierlich verfolgen und sie bewerten. Sie wird sich auch mit Blick auf die Strategische Verteidigungsinitiative weiterhin bemühen, dass die Europäer eine gemeinsame Haltung in die Konsultationen einbringen.“¹⁸⁹

Das SDI-Projekt war für den Erfolg der beginnenden Gespräche zwischen den Supermächten von entscheidender Bedeutung. Die sowjetische Führung

¹⁸⁸ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 81; Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Bulletin Nr. 35, 29. März 1985, S. 289-290; Inhaltsangabe der alten Fassung: „Washington wünscht Beteiligung der NATO an Erforschung der Weltraum-Verteidigung“, in: SZ, 27.03.1985

¹⁸⁹ siehe: Stellungnahme der Bundesregierung, a.a.O., S. 289ff.

formulierte in ihrer Verhandlungsposition, sämtliche Fortschritte bei den START- und INF-Verhandlungen würden von dem amerikanischen Verzicht auf das SDI-Programm abhängig gemacht. Mit dieser Forderung waren die Aussichten auf einen Erfolg für die beginnenden Rüstungskontrollgespräche von vorneherein gering. Den Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes konnte man entnehmen, dass das SDI-Programm als politischer Bremsklotz des gesamten Rüstungskontrollprozesses angesehen wurde.¹⁹⁰ Die politische Entwicklung der Rüstungskontrollgespräche hatte somit eine Rückwirkung für die Bestimmung der rüstungskontrollpolitischen Interessen der Bundesregierung. Obwohl die Bundesregierung dem SDI-Projekt in rüstungskontrollpolitischer Hinsicht kritisch gegenüberstand, nahm sie nicht die Position der UdSSR ein. Um ihre Position zu definieren, formulierte die Bundesregierung vier rüstungskontrollpolitische Forderungen.¹⁹¹

1. In Genf sollten strategische Defensivsysteme im Zusammenhang mit den nuklearen Offensivsystemen verhandelt werden, ohne jedoch „durch einseitige oder sachfremde Junktims“¹⁹² einen Verhandlungserfolg zu verhindern. Vielmehr sollte es Ziel der Verhandlungen sein, das Verhältnis von Defensiv- und Offensivwaffen zu definieren, um strategische Stabilität auf einem niedrigen Rüstungsniveau gewährleisten zu können. Des Weiteren übernahm man eine Formulierung der Erklärung von Schultz und Gromyko: Der Rüstungswettlauf im Weltraum sollte verhindert und auf der Erde beendet werden. Das war das Leitprinzip, das sich durch mehrere SDI-Erklärungen durchzog. Das Auswärtige Amt warnte vor der potentiellen Entwicklung eines doppelten Rüstungswettlaufes bei den strategischen Defensiv- und Offensivwaffen.

¹⁹⁰ vergl.: Presse und Informationsdienst der Bundesregierung (Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1986, Bonn 1986, S. 23ff.; Presse und Informationsdienst der Bundesregierung (Hrsg.): Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1985, Bonn 1985, S. 17ff.

¹⁹¹ vergl.: Erklärung der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, a.a.O., S. 343; Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): SDI. Fakten und Bewertungen, a.a.O., S. 28ff.; Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Bericht zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA, a.a.O., S. 20ff.; Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative, a.a.O., S. 289

¹⁹² Zitat in: Kohl: Erklärung der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI), a.a.O., S. 289

2. Die Bedrohung durch mögliche sowjetische Gegenmaßnahmen wurde ebenfalls in Betracht gezogen. Zu Gegenmaßnahmen zählte man zum Beispiel die Zerstörung der von hochempfindlichen Sensoren abhängigen Führungs- und Informationssysteme durch kleinere Raumminen, die Härtung von Satelliten oder die Verkürzung der Antriebsphase von startenden ICBM-Systemen.
3. Die SDI-Forschung berührte den ABM-Vertrag der beiden Supermächte. Der ABM-Vertrag hatte für den Außenminister eine herausragende Bedeutung. Inhalt und Bedeutung des Vertragswerkes sollten so lange bekräftigt werden, wie es noch keine endgültige Einigung über die Neubestimmung des Verhältnisses von Offensiv- zu Defensivsystemen gab. Mit der Forderung nach Einhaltung des ABM-Vertrages war indirekt die Hoffnung verbunden, dass das SDI-Programm nicht über die Forschungsphase hinausgehen würde und es nicht zu einer Entwicklungs- oder gar Dislozierungsphase kommen würde.
4. Die Bundesregierung regte an, Amerikaner und Sowjets sollten die beiderseitigen Forschungen nach BMD- und ASAT-Systemen in kooperative Lösungen einmünden lassen. Destabilisierenden Entwicklungstendenzen, die insbesondere während des kritischen Übergangsstadiums einer potentiellen Dislozierung herrschten, sollte so entgegengewirkt werden. Der amerikanische Präsident hatte einen solchen kooperativen Ansatz selbst gefordert und eine Kooperation mit der UdSSR während der Transitionsphase in Aussicht gestellt.

Auf dem 33. CDU-Bundesparteitag in Essen formulierte Helmut Kohl einen rüstungskontrollpolitischen Aspekt, der im diametralen Gegensatz zu den amerikanischen Verhandlungsgesprächen stand. Die Haltung der Bundesregierung im Hinblick auf die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollgespräche definierte er wie folgt: „Je mehr es in Genf gelingen wird, die nuklearen Offensivwaffen in Ost und West einschneidend zu reduzieren, desto überflüssiger könnte es werden, weltraumgestützte Systeme zu stationieren.“¹⁹³ Die Bundesregierung hatte Interesse daran, das SDI-Projekt in den rüstungskontrollpolitischen Entscheidungsprozess einzubeziehen. Damit

¹⁹³ siehe: „Unsere Perspektive für eine sichere Zukunft“, a.a.O., S. 21

widersprachen die deutschen den amerikanischen Interessen. Der Bundeskanzler stellte die potentielle Dislozierung von Defensivwaffen durch die Möglichkeit zu tiefgreifenden Reduzierungen bei den strategischen Offensivsystemen in einen rüstungskontrollpolitischen Kontext und somit zur Disposition. Die Reagan-Administration hingegen lehnte es strikt ab, das SDI-Projekt als Verhandlungssache in die Rüstungskontrollgespräche mit einzubeziehen.¹⁹⁴

Sowohl das Kanzleramt, als auch das Auswärtige Amt forderten die Einbeziehung strategischer Defensivsysteme in den rüstungskontrollpolitischen Kontext. Man differenzierte zwischen der Forschungs-, Entwicklungs-, und Dislozierungsphase des SDI-Projekts. Mit der wiederholten Bekräftigung der Gültigkeit des ABM-Vertrages gab man eindeutig zu erkennen, dass SDI nicht über die Forschungsphase hinaus kommen sollte. Die daraus resultierenden Divergenzen mit den politischen Zielen der Reagan-Administration blieben ungelöst weiterbestehen.¹⁹⁵

Die Amerikaner hatten eine Entscheidung über die Entwicklung und Dislozierung von SDI an die Erfüllung der sogenannten Nitze-Kriterien gebunden.¹⁹⁶ Die Bundesregierung übernahm diese Forderungen. Sie bestanden erstens in der Gewährleistung einer ausreichenden Überlebensfähigkeit eines Raketenabwehrsystems. Zweitens sollte ein strategisches Defensivsystem mit weniger Kosten verbunden sein, als der Gegner für die Verstärkung seiner strategischen Offensivwaffen zum Zweck der Überwindung des gegnerischen Defensivsystems ausgeben müsste.¹⁹⁷

Neben den Nitze-Kriterien stellte die Bundesrepublik vier militärstrategische Sicherheitsbedingungen auf. Von der Einhaltung der Forderungen machte sie ihre politische Unterstützung für das SDI-Programm abhängig.

¹⁹⁴ vergl.: „Reagan: SDI-Forschung kein Tauschobjekt“, in: SZ, 19.09.1985; vergl. zu dem deutsch-amerikanischen Interessengegensatz: Czempiel, Ernst-Otto: SDI and NATO: The Case of the Federal Republic of Germany, in: Lakoff, Sanford; Willoughby, Randy (Hrsg.): Strategic Defense and Western Alliance, Lexington 1987, S. 153; Yost, David: Western Europe and the U.S. Strategic Defense Initiative, in: Journal of International Affairs, Nr. 2, 1988, S. 288

¹⁹⁵ vergl.: Benien, a.a.O., S. 68

¹⁹⁶ vergl.: Grundsatzrede des Sonderberaters des US-Präsidenten für Abrüstungsfragen Paul Nitze über das strategische Konzept für das kommende Jahrzehnt vom 20. Februar 1985, in: Krause; Magiera-Krause, a.a.O., S. 82ff.; Weise, Hans Heinrich: Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Deutsche Ansichten zum Entscheidungsprozeß, in: Beiträge zur Politischen Bildung, Nr.1, 1986, S. 36; ders.: Weltraumgestützte Raketenabwehrsysteme und Antisatelliten-Waffen: Ihre Bedeutung für Sicherheit und Verteidigung, in: Kaiser, Karl; Welck, Stephan Freiherr von (Hrsg.): Weltraum und internationale Politik, München 1987, S. 222

¹⁹⁷ vergl.: Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Bericht zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA, Bonn 1985, S. 5

1. Die zentrale Forderung der Bundesregierung war die Bedingung, dass im Falle einer Dislozierung von BMD-Systemen (weder von der politischen, noch von der militärischen Wirkung) die westeuropäische Sicherheit von der amerikanischen Sicherheit abgekoppelt werden durfte.¹⁹⁸ In der Bundesrepublik herrschte Unklarheit darüber, inwieweit die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung unter den Bedingungen eines erweiterten Raketenabwehrschirms für die USA aufrechterhalten werden konnte. Ob die Dislozierung eines BMD-Systems zu einer An- oder Abkopplung führen würde, war in der Bundesregierung umstritten. Im Bundesverteidigungsministerium bewertete Rühl die nukleare Unverwundbarkeit Amerikas positiv für die deutschen Sicherheitsinteressen. Der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Altenburg äußerte jedoch die Besorgnis, ein stärkerer Schutz für die Amerikaner bedeute auch mehr Schutz für die Bundesrepublik nur so lange, wie dadurch die Risikogemeinschaft des Bündnisses nicht aufgelöst werde und damit die Glaubwürdigkeit der Gesamtstrategie nicht in Frage gestellt werde.¹⁹⁹ Innerhalb des Bündnisgebietes der NATO herrschten bereits Zonen unterschiedlicher Sicherheit. Die Sorge des Generals bezog sich auf die Verschärfung dieser Problematik. Das deutsche Interesse lag darin, die strategische Einheit des Bündnisgebietes zu bewahren, um nicht in eine Zone verminderter Sicherheit zu driften.
2. Die bisher gültige NATO-Strategie der „flexible response“ (Nato-Dokument MC 14/3) sollte nach dem Willen der Bundesregierung so lange wirksam bleiben, bis es keine für das Ziel der Kriegsverhinderung wirksamere Alternative gebe.²⁰⁰ Mit dieser Forderung wurde die Aussage Manfred Wörners auf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) in Cesme

¹⁹⁸ vergl.: Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI), a.a.O., S. 290; Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): SDI. Fakten und Bewertungen, a.a.O., S. 26; weiteres zur Abkopplungsproblematik: Kanter, Arnold: Thinking about the Strategic Defense Initiative, in: International Affairs, Nr. 3, 1985, S. 454; Yost, David: Die Sorgen der Europäer gegenüber den amerikanischen Plänen für eine Raketenabwehr, in: EA, Nr. 14, 1984, S. 434; Hanrieder, Wolfram: Strategic Defense and the German-American Security Connection, in: Journal of International Affairs, Nr. 2, 1986, S. 255; Dean, Jonathan: Will NATO Survive Ballistic Missile Defense?, in: Journal of International Affairs, Nr. 1, 1985, S. 111

¹⁹⁹ vergl.: „Die Risikogemeinschaft darf nicht zerstört werden. Ich habe große Sorgen wegen SDI“, in: FAZ, 29.11.1985; vergl.: Rühle, Hans: Wie kam es zu SDI?, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte zu SDI in West und Ost, Melle 1985, S. 21f.

²⁰⁰ vergl.: Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI), a.a.O., S. 290; Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 1985, Bonn 1986, S. 32; Wörner, Manfred: Security and Defense: Perceptions and Politics of the Federal Republic of Germany, in: RUSI-Journal, Nr. 1, 1986, S. 19

relativiert, als er eine Veränderung der NATO-Strategie grundsätzlich abgelehnt hatte. Die NATO sollte weiterhin fähig sein, trotz des Aufbaus eines flächendeckenden oder partiellen BMD-Schutzschirms einen Gegner mit politisch kontrollierten, selektiven und begrenzten Nuklearwaffeneinsätzen zur Beendigung eines militärischen Konfliktes zu bewegen. Die Beschränkung oder der Verlust der Abschreckungswirkung von selektiven strategischen Einsatzoptionen musste aus westdeutscher Sicht unbedingt verhindert werden. Von diesen Einsatzoptionen - sowohl Non-SIOP-Optionen, als auch selective employment plans (SEP) - hing die Möglichkeit einer strategischen Abkoppelung, bei ungefährer strategischer Parität, ab.²⁰¹

3. Die dritte Forderung der Bundesregierung bezog sich auf die Transitionsphase. Im Falle eines Übergangs zu einer strategischen Defensivarchitektur sollten potentielle Instabilitäten vermieden werden. Außerdem sollte eine neue Form der strategischen Stabilität angestrebt werden. Keiner der beiden Supermächte sollte unter dem Deckmantel eines Raketenabwehrschirmes die Fähigkeit zu einem präventiven Erstschlag erhalten können. Aus dem Begriff der „strategischen Stabilität“ leitete die Bundesregierung fünf Leitprinzipien ab:²⁰²

- der Verzicht beider Supermächte auf strategische Überlegenheit;
- die Gewährleistung eines für die USA und UdSSR untragbaren Risikos im Falle eines nuklearen Erstschlages;
- die Neudefinition des Verhältnisses zwischen Offensiv- und Defensivsystemen;
- die Verbesserung der Kriegsverhütungsfähigkeit unter Einbeziehung von Defensivelementen in der Abschreckungsstrategie und
- die Verbesserung des politischen Krisenmanagements zur Verhinderung eines militärischen Konfliktes²⁰³

²⁰¹ vergl.: Stratmann, Peter: Strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, in: S+F. Vierteljahrszeitschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 1, 1986, S. 33; Nerlich: Roles for Theater Ballistic Missile Defense in European Short Preparation Time Attack Scenarios, in: Hoffmann; Wohlstetter; Yost, a.a.O., S. 240; Kanter, a.a.O., S. 455; Weise: SDI, in: Hubatschek, a.a.O., S. 355; Stratmann, Peter: NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, Stiftung Wissenschaft und Politik, Baden-Baden 1981, S. 60ff.

²⁰² vergl.: Kohl, Helmut: Die Bundesrepublik Deutschland und Europa im Nordatlantischen Bündnis, in: Bulletin, Nr. 19, 14. Februar 1985, S. 159; Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Bericht zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA, a.a.O., S. 25; „Was strategische Stabilität bedeutet“, in: FAZ, 04.02.1985;

²⁰³ vergl.: Benien, a.a.O., S. 70

4. Die konventionelle Strategie wurde durch mögliche Defensivsysteme ebenfalls beeinflusst. Neue Bedrohungsfelder unterhalb der nuklearen Ebene sollten vermieden und bereits existierende konventionelle Disparitäten reduziert werden. Durch eine wirksame Defensivarchitektur hätte die nukleare Bedrohung an Gewicht verlieren können. Gleichzeitig hätte die Bedrohung durch das konventionelle Ungleichgewicht zugenommen. Die westeuropäischen Streitkräfte befanden sich in deutlicher Unterzahl im Vergleich zu den in Europa stationierten Truppen des Warschauer Paktes. Daher war es das besondere Interesse der Bundesregierung, dass die konventionelle Bedrohung nicht zunahm.

Zusätzlich wurde von dem Generalinspekteur der Bundeswehr die Sorge geäußert, aufgrund der Defensivarchitektur könne es zu finanziellen Einsparungen in dem konventionellen Streitkräftedispositiv der NATO kommen. Altenburg erkannte die Gefahr und bemerkte, die unzureichende konventionelle Verteidigungsfähigkeit könne zusätzlich negativ beeinflusst werden.²⁰⁴ Neben diesen negativen Auswirkungen gab es aber vor allem im Bundesverteidigungsministerium die Hoffnung auf positive Effekte auf die konventionellen Streitkräfte. Durch die SDI-Forschung erwartete man technologische Innovationen, von denen man erhoffte, sie für die qualitative Verbesserung der konventionellen Streitkräfte einsetzen zu können. Man rechnete damit, die konventionelle Feuerkraft mit endphasengelenkter Munition verstärken zu können, die durch die Erforschung von Sensortechnologie hergestellt werden können.²⁰⁵

Zusammenfassend lässt sich die bundesdeutsche Haltung zu dem SDI-Projekt wie folgt charakterisieren: Die Zustimmung betraf zunächst einmal nur die Forschungsphase des Projektes. Man erhoffte, dass es nicht zu einer Entwicklungs- oder gar Dislozierungsphase kommen würde. Der Bundeskanzler hatte in einem unbedachten Moment offen ausgesprochen, was viele Entscheidungsträger erhofften. Auf dem EU-Gipfel am 29. März 1985 äußerte Helmut Kohl seine Erwartung, die Erforschung von SDI werde zu einem bestimmten Zeitpunkt gestoppt werden: „Was weiß ich denn, wie 1988 die

²⁰⁴ vergl.: „Die Risikogemeinschaft darf nicht zerstört werden. Ich habe große Sorge wegen SDI“, a.a.O.; „Jenninger sieht mit SDI die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte wachsen“, in: FAZ, 19.12.1985; Schulze, Franz: SDI und die konventionelle Verteidigung Europas, in: Internationale Wehrrevue, Nr. 9, 1986, S. 128

²⁰⁵ vergl.: Benien, a.a.O., S. 71

nächste amerikanische Administration darüber denken wird?“²⁰⁶ Aufgrund von allianzpolitischen Interessen und der laufenden sowjetischen BMD- und ASAT-Forschung gab man die grundsätzliche politische Zustimmung zu dem SDI-Forschungsprojekt. Diese Zustimmung wurde aber an die vier rüstungskontrollpolitischen und die vier militärstrategischen Sicherheitsinteressen gekoppelt. Derartige Überlegungen mussten die deutschen Strategen anstellen, um für den Fall, dass das SDI-Projekt über die Forschungsphase hinaus gehen sollte, bereit zu sein.

2.3.3. Amerikanisch-europäische Konsultationen mit Forschungsangeboten

Obwohl eine amerikanische Raketenabwehr unmittelbare Auswirkungen auf die Strategie des Bündnisses haben würde, sind die Verbündeten vorab nicht konsultiert worden. Vielmehr hatte Amerika seine Führungsrolle innerhalb der NATO ausgespielt und die Initiative ergriffen. Reagan bekundete das Interesse der amerikanischen Administration an der Erforschung, Entwicklung und Dislokalisierung eines neuen Defensivsystems, ohne die Interessen und Bedenken der Verbündeten zu berücksichtigen. Der Administration war bekannt, dass die westeuropäischen NATO-Staaten Bedenken gegen neue BMD- und ASAT-Systeme haben würden.²⁰⁷ Trotzdem wurden sie vor vollendete Tatsachen gestellt. Vage Vorstellungen über den Inhalt der Reagan-Rede vom 23. März 1983 hatte nur die britische Premierministerin Margret Thatcher.²⁰⁸

Am 26. und 27. März fand in der portugiesischen Stadt Vilamoura eine Tagung der NPG der NATO statt, an welcher der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger teilnahm.²⁰⁹ Weinberger kannte den Termin und den Inhalt der Sternenkriegsrede. Er nutzte die Gelegenheit nicht, die westeuropäischen Tagungsteilnehmer über die neuen strategischen Pläne der US-Administration zu informieren.²¹⁰

Den Zeitpunkt der Rede kritisierten die Mitarbeiter des Pentagons: Nach einer vorherigen Absprache mit Weinberger versuchte Richard Perle ohne Erfolg

²⁰⁶ siehe: „Was weiß ich denn“, in: Der Spiegel, Nr. 15, 1985, S. 23

²⁰⁷ vergl.: Scheffran, Jürgen: Ein Einstieg in die westeuropäische SDI-Diskussion, in: Engels, Dieter; Scheffran, Jürgen; Sieker, Ekkehard (Hrsg.): SDI- Falle für Westeuropa. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Schatten der Weltraumrüstung, Köln 1987, S. 13

²⁰⁸ vergl.: Benien, a.a.O., S. 35

²⁰⁹ vergl.: Treffen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO. Communiqué der 37. Ministertagung der NPG vom 26. und 27. März 1985 in Luxemburg, in: Krause, a.a.O., S. 105ff.

²¹⁰ vergl.: Benien, a.a.O., S. 35

von Portugal aus die Rede des Präsidenten zu verzögern und leichte Veränderungen des Inhalts vorzuschlagen.²¹¹

Auf der NPG-Tagung standen Rüstungskontroll- und Modernisierungskomponenten des NATO-Doppelbeschlusses im Mittelpunkt. Erst nach Beendigung der Tagung informierte Weinberger die europäischen Verteidigungsminister telefonisch von dem Konferenzort aus über die Hintergründe der Star Wars-Rede. Er habe zwar von der Rede gewusst, jedoch weder auf der NPG-Tagung noch davor die Verbündeten darüber informieren dürfen. Daher entschuldigte sich Weinberger für das Fehlen jeglicher Konsultationen.²¹² Der stellvertretende US-Außenminister Kenneth W. Dam unterrichtete die Bundesregierung ebenfalls einen Tag nach der Star Wars-Rede über die Initiative von Ronald Reagan.²¹³ Dam stellte heraus, die Pläne würden langfristig auf die Beseitigung des gesamten Nuklearwaffenpotentials beider Supermächte abzielen. Er konnte jedoch keine weiterführenden Informationen geben, da auch in der Administration keine Einigkeit über die erforderlichen Defensivtechnologien für ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem herrschen würde.

Nachdem Ronald Reagan im Januar 1984 mit der Unterzeichnung der PD 119 das Forschungsprogramm zur Abwehr ballistischer Raketen mit dem Namen Strategic Defense Initiative offiziell ins Leben gerufen hatte, bemühten sich die USA, ihre Verbündeten schnell über das Vorhaben zu informieren. Die politischen und militärischen Führungen sollten im Rahmen von bi- und multilateralen Konsultationen über Ursachen, Inhalt und Ziele des SDI-Programms informiert werden. Zunächst wurden Militärattaches der NATO-Staaten sowie von Australien, Neuseeland und Japan zu einem ersten „Briefing“ in das Pentagon eingeladen. Diese konnten ihren Regierungen erste Informationen zukommen lassen.²¹⁴ Danach wurden von dem US-Außenministerium ein Europa- und ein Pazifik-Team zusammengestellt. Diese interministriellen Briefing-Teams setzten sich aus Vertretern des Office of the Secretary of Defense (OSD), Joint Chiefs of Staff, Department of State und der Arms Control and Disarmament Agency (ACDA)

²¹¹ vergl.: ebd., S. 36

²¹² vergl.: ebd.

²¹³ vergl.: „Bonn reagiert zurückhaltend“, in: FAZ, 16.03.1983

²¹⁴ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 46; Benien, a.a.O., S. 42; Department of Defense (Hrsg.): Report to the Congress on the Strategic Defense Initiative, Washington D.C. 1985, S. A-2; Department of Defense (Hrsg.): Report to the Congress on the Strategic Defense Initiative, Washington D.C. 1986, S. B-2; „US-Vertreter verwirrten Europäer“, in: Frankfurter Rundschau, 29.02.1984

zusammen. Das erste umfassende multilaterale Briefing fand Anfang Februar 1984 in Brüssel für die NATO Partner statt. Die Bundesregierung wurde am 7. Februar 1984 in Bonn von dem europäischen Briefing-Team informiert. Auf bundesdeutscher Seite nahmen an diesen Informationsveranstaltungen Referenten, Referatsleiter und Unter- bzw. Abteilungsleiter vom Bundesministerium für Verteidigung, Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt teil.²¹⁵

Die Verbündeten wurden in dreiteiligen Gesprächen

1. über Rüstungsanstrengungen und – möglichkeiten der UdSSR auf dem Gebiet der ABM-Forschung,
2. über die Ergebnisse der Hoffmann-Studie über die strategischen Implikationen von SDI und
3. über die möglichen Dimensionen der zukünftigen SDI-Forschung, im wesentlichen über die Ergebnisse der Fletcher-Studie,

informiert.²¹⁶ Die Teilnehmer waren über die Unterrichtungen enttäuscht. Die amerikanischen Vertreter präsentierten in „Multi-Media-Shows“ Material, welches aus der amerikanischen Presse und aus wissenschaftlichen Publikationen bereits bekannt war. Die deutschen Militärs und Beamten des Bundesverteidigungsministeriums beklagten sich in einem Brief an den Verteidigungsminister über die amerikanische Informationspolitik. Sie stellten fest, von ausreichenden Informationen der USA könne bisher nicht die Rede sein. Es bestünde nach diesem Vortrag keine hinreichende Klarheit über die Konzeptionen der US-Administration. Es müsse daher befürchtet werden, dass sich aus dieser Initiative des amerikanischen Präsidenten nicht nur für die NATO-Staaten, sondern auch für den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und dessen Rüstungskontrollpolitik einschneidende Konsequenzen ergeben könnten. Um diese Fragen zu klären schlugen sie dem Verteidigungsminister vor, auf der bevorstehenden NPG-Tagung in Cesme Anfang April Antworten von dem amerikanischen Amtskollegen zu verlangen.²¹⁷ Der Leiter des Planungsstabes Hans Rühle, Vertrauter von Wörner, überzeugte den Verteidigungsminister, die Gelegenheit in Cesme zu nutzen.

²¹⁵ vergl.: Report to the Congress on the SDI, 1985, a.a.O., S. A2; „Mit beiden Füßen auf der Erde“, in: Der Spiegel, Nr. 19, 1985, S. 20

²¹⁶ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 47

²¹⁷ vergl.: „Bonn besorgt über Weltraumstrategie“, in: SZ, 29.03.1984; Hölzenbein, a.a.O., S. 47

Nicht nur die deutschen Konferenzteilnehmer hatten offene Fragen zu beklagen. Auch die übrigen westeuropäischen Nationen hatten weiteren Informationsbedarf. Im Vordergrund standen Fragen nach Möglichkeiten einer Abwehr von Nuklearraketen kürzerer Reichweite (SNF- und SRINF-Systeme) sowie von luftatmenden Systemen (Marschflugkörper, Bomber).²¹⁸

Die Reise des Bundeskanzlers in die USA vom 3. bis 7. März 1984 wurde genutzt, um das Thema SDI zur Sprache zu bringen. Die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes beschloss mit Zustimmung des Verteidigungsministers sowie in Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt, Kohl einen Sprachzettel anzufertigen, auf dem die wesentlichen Punkte zur Erörterung mit Ronald Reagan zusammengefasst wurden.²¹⁹ Die drei Fragen waren

1. ist die Einbeziehung Europas in die SDI-Forschung geplant und berücksichtigt,
2. wie lauten die amerikanischen Antworten auf die bundesdeutschen strategischen Bedenken gegen SDI,
3. welche Chancen bestehen für die technologische Realisierbarkeit des angestrebten ABM-Systems?²²⁰

Es ist nicht bekannt, ob dem deutschen Bundeskanzler bei dem Treffen mit Ronald Reagan seine Fragen beantwortet wurden und er ausreichende Informationen erhielt. Lediglich die Absicht, die bundesdeutschen Bedenken und Fragen zunächst nicht in der Öffentlichkeit, sondern mit den zuständigen Beamten der Reagan-Administration nichtöffentlich zu erörtern ist dokumentiert.²²¹ Die USA-Reise des Bundeskanzlers wurde nicht unter das Thema SDI gestellt. In der Medienberichterstattung und in der Öffentlichkeit fand SDI dann auch kaum Beachtung.

Am 3. und 4. April 1984 fand in dem türkischen Seebad Cesme die 35. Tagung der NPG der NATO statt. Bisher war es den Ministerialbeamten des Bundesverteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes nicht gelungen, befriedigende amerikanische Antworten auf die deutschen Fragen zu bekommen.

²¹⁸ vergl.: Benien, a.a.O., S. 42

²¹⁹ vergl.: ebd., S. 48; der Autor bezieht sich auf „Hintergrundgespräche“, die er mit mehreren Beamten, bzw. Offizieren im Bundesverteidigungsministerium geführt habe.

²²⁰ vergl.: ebd., S. 48; ebenfalls „Hintergrundgespräche“, des Weiteren vergl.: „Lästig für Rom“, in: Der Spiegel, Nr. 16, 1984, S. 28

²²¹ vergl. „Sprachzettel“, abgedruckt in: „Der Sieg im Weltraum ist möglich“, in: Der Spiegel, Nr. 46, 1984, S. 147

Das Frühjahrstreffen sollte dazu genutzt werden, um Klärung herbeizuführen.²²² Die Teilnehmer der Veranstaltung wurden diesmal nicht enttäuscht. Anhand von sowjetischen Forschungsanstrengungen wurden die politischen und technologischen Aspekte von SDI dargelegt. An dem ersten Tag der Tagung veröffentlichte US-Verteidigungsminister Weinberger bisher geheimgehaltene Satellitenaufnahmen von sowjetischen ABM-Anlagen und stellte die sowjetische ASAT-Forschung vor. Des Weiteren gab Weinberger den Verbündeten die verbindliche Zusage für weitere Konsultationen. Außerdem hielt er eine technologische Beteiligung der Bündnispartner an dem SDI-Programm für sinnvoll. Doch nicht nur auf dem Rüstungssektor kündigte er eine Zusammenarbeit an. Auch Europa würde von einem Schutzschirm profitieren: er versicherte den Anwesenden, dass jedes von den USA entwickelte System auch für die Verteidigung Westeuropas einsetzbar sei.²²³

Ungeachtet dieser Zusicherungen konnte Weinberger die westeuropäischen NPG-Delegationen von der Notwendigkeit einer weltraumgestützten Raketenabwehr nicht überzeugen. Vielmehr nutzten die anwesenden Verteidigungsminister die Gelegenheit und meldeten Kritik an dem amerikanischen Verhalten und dem Forschungsprogramm an.

Als Wortführer der europäischen Bedenken trat während der NPG-Tagung der deutsche Verteidigungsminister Manfred Wörner auf. Unterstützt wurde er dabei von seinem britischen Amtskollegen Michael Heseltine. Auf Grund des sowjetischen Technologievorsprungs auf dem Gebiet der Hochenergielaser und des ABM-Systems um Moskau, zeigte Wörner grundsätzlich Verständnis für die amerikanischen Pläne. Dennoch äußerte er bündnispolitische, strategische und rüstungskontrollpolitische Bedenken gegen das Projekt, da es folgende Konsequenzen nach sich ziehen könnte: Das amerikanische Streben nach nuklearer Unverwundbarkeit könne

1. eine Destabilisierung des politisch-militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West verursachen,
2. berge die Gefahr einer Abkoppelung Westeuropas von den USA in sich und könnte somit die Spaltung der Allianz bewirken,

²²² vergl.: „Die Nukleare Planungsgruppe will Aufklärung über die künftige Strategie“, in: FAZ, 30.03.1984

²²³ vergl.: „Weinberger informiert über Weltraumssysteme“, in: FAZ, 05.04.1984; „Entwicklungen für einen Krieg der Sterne“, in: Der Tagesspiegel, 05.04.1984; Department of Defense (Hrsg.): Report to the Congress on the SDI, 1985, a.a.O., S. A3

3. lasse noch keine Antwort auf die Frage zu, ob ein derartiger Schutzschirm technologisch funktionieren könne,
4. führe in Kombination mit einem sowjetischem Raketenabwehrsystem zu einer Beeinträchtigung der westeuropäischen Sicherheit,
5. gefährde wegen der gewaltigen Kosten die NATO-Forderung nach einer Verstärkung des konventionellen Streitkräftedispositivs und
6. werfe die Überlegungen auf, wie ein doppelter Rüstungswettlauf bei Offensiv- und Defensivsystemen verhindert werden könnte.²²⁴

Wörner betrachtete die langfristigen strategischen Konsequenzen. Ein weltraumgestütztes Abwehrsystem müsse dazu beitragen, langfristig mehr Sicherheit zu gewährleisten. Es sei inakzeptabel, so äußerte er in einem ZDF-Interview nach der NPG-Tagung, wenn nur eine Supermacht über ein solches System verfügen würde. Die Supermacht mit einem derartigen Vorteil hätte eine absolute Überlegenheit und die andere Supermacht müsste sich dem im Prinzip unterordnen. Die sinnvollste Option schien für Wörner, dass beide Supermächte ein Abkommen vereinbaren, welche derartige Waffensysteme im Weltraum verbiete.²²⁵

Wörner berücksichtigte in seiner Beurteilung nicht nur die strategischen Konsequenzen für die Supermächte. Auf der NPG-Tagung vertrat er die fundamentalen europäischen Sicherheitsinteressen. Die westeuropäischen Bedenken resultierten aus der Frage, wie sich die Verbündeten gegen die Bedrohung durch sowjetische Kurz- und Mittelstreckenraketen verteidigen könnten. Auf diese Sicherheitsbedenken reagierte Weinberger mit der Ankündigung, dass es technisch möglich sei, der Flugabwehrrakete „Patriot“ die Fähigkeit zur Raketenabwehr zu verleihen. Diese Rakete könnte durch verschiedene Kampfwertsteigerungsprogramme in Zukunft als Anti-Tactical-Missile (ATM) –System gegen die sowjetische SS-21 und SS-20 und wahrscheinlich auch als Anti-Tactical-Ballistic-Missile (ATBM)- System gegen die SS-20 eingesetzt werden.²²⁶ Trotz dieses Versprechens und der Zusicherung die europäischen Sicherheitsbedenken zu berücksichtigen, konnten die

²²⁴ vergl.: Benien, a.a.O., S 43f.; „Wörner warnt vor Rüstung im Weltraum“, in: SZ, 09.04.1984; „Wörner besorgt über ein neues US-Abwehrsystem“, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 07.04.1984

²²⁵ Aussagen Wörners in dem ZDF-Interview zitiert in: Gallis, Paul; Lowenthal, Mark; Smith, Marcia (Hrsg.): The Strategic Defense Initiative and United States Alliance Strategy, Report Nr. 85-48 F des Congressional Research Service, Washington 1985, S. 25

²²⁶ vergl.: Brauch, Hans-Günther: Angriff aus dem All. Der Rüstungswettlauf im Weltraum, Berlin/Bonn 1984, S. 27

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem deutschen und amerikanischen Außenministern nicht verborgen bleiben.²²⁷

Ende März 1985 fand in Luxemburg die NPG-Frühjahrstagung statt. Die Verteidigungsminister fanden in dem vorab verabredeten Abschlusskommunique deutlich positivere Worte zu dem amerikanischen Forschungsprojekt, als bei ihrer letzten Zusammenkunft. Im Hinblick auf die SDI-Forschung hieß es konkret: „Wir unterstützen das amerikanische Programm zur Erforschung dieser Technologie, deren Ziel es ist, Stabilität und Abschreckung bei reduziertem Umfang offensiver Nuklear-Streitkräfte zu stärken. Diese Forschung, die in Übereinstimmung mit dem ABM-Vertrag durchgeführt wird, liegt im Sicherheitsinteresse der NATO und sollte fortgesetzt werden (...) Das amerikanische Forschungsprogramm zur strategischen Verteidigung ist in Anbetracht dieser sowjetischen Aktivitäten ein Gebot der Vernunft und wird auch durch die Vertragsverletzungen deutlich beeinflusst, über die der Präsident der Vereinigten Staaten berichtet hat.“²²⁸ Mit diesem Bericht vollzogen die Verteidigungsminister eine Kurskorrektur. Bei der letzten Tagung fanden vor allem Frankreich und Großbritannien deutlich kritischere Töne, die keine Zustimmung haben erkennen lassen. Die amerikanische Delegation konnte mit dem neuen Statement zufrieden sein.

Der amerikanische Außenminister Weinberger überraschte am zweiten Tag der Versammlung sowohl seine Amtskollegen als auch die Journalisten mit einem offenen Brief, den er überreichen ließ. Der Brief beinhaltete eine Einladung der USA an alle NATO-Staaten sowie an Australien, Israel, Japan und Südkorea, sich an Forschungsarbeiten für die Strategische Verteidigungsinitiative zu beteiligen. In dem Brief hieß es: „Wenn Ihr Land interessiert ist, mögliche kooperative Anstrengungen und Beiträge zu prüfen, dann möchte ich Sie bitten, mir im Laufe von 60 Tagen einen Hinweis Ihres Interesses an einer Beteiligung an dem SDI-Forschungsprogramm zukommen zu lassen, in denen Ihr Land führend ist und die Sie als die vielversprechendsten für dieses Programm

²²⁷ vergl.: „Spannungen zwischen Washington und Bonn wegen der amerikanischen Weltraumpläne“, in: FAZ, 14.04.1984; „Bonn is Worried by U.S. Arms Research“, in: New York Times, 14.04.1984; „Bonn Worried by U.S. Plans for Space Weaponary“, in: Washington Post, 11.04.1984

²²⁸ Communiqué der Nuklearen Planungsgruppe der NATO vom 26./27.3.1985 in Luxemburg, in: Krause, a.a.O., S. 105ff.

ansehen.“²²⁹ Die von Weinberger formulierte 60-Tage Frist wurde von vielen Adressaten als ein Ultimatum aufgefasst, innerhalb dessen sie sich für oder gegen das SDI-Programm zu entscheiden hätten. Auch in Bonn löste die amerikanische Forderung Befremden aus, obgleich die Einladung zu einer Beteiligung keineswegs überraschend war. Sowohl in der Bundesregierung als auch in der Opposition äußerte man sich kritisch gegenüber Weinbergers Aufforderung. Der sicherheitspolitische Berater Helmut Kohls, Horst Teltschik, nahm Weinberger in Schutz und behauptete, von einer amerikanischen Erpressung könne keine Rede sein.²³⁰ Trotzdem könne der Weinberger-Brief in einem so kurzen Zeitraum nicht beantwortet werden. Die deutsche SDI-Position sei nach wie vor offen: „Wenn wir jetzt bereits sagen, wir machen beim Forschungsprogramm definitiv mit, würden wir uns zu billig verkaufen bei unseren Freunden in den USA.“²³¹

Nachdem die 60-Tage-Frist eine Welle der Empörung ausgelöst hatte, versuchte die amerikanische Seite, die Wogen zu glätten. Weinberger versuchte, nach der NATO- Frühjahrstagung Ende Mai den Eindruck zu verhindern, es habe sich um ein von ihm ausgesprochenes Ultimatum gehandelt. Er ging sogar noch einen Schritt weiter und sagte, die europäischen Regierungen bräuchten seine Einladung überhaupt nicht zu beantworten. Er hoffe auf die direkte Beteiligung privater Wirtschaftsunternehmen.²³²

Eine siebenköpfige Expertenkommission unter der Leitung des amerikanischen Diplomaten Robert Dean, der auch der SDIO-Chef General Abrahamson angehörte, hielt sich zu einem Briefing mit den deutschen IMAG SDI Ende März in Deutschland auf. Die Mitglieder dementierten ebenfalls die Existenz eines Ultimatums. Eine Beteiligung sei vielmehr auch nach der 60-Tage-Frist möglich. Trotzdem mahnte Dean eine rasche Entscheidung an. Schließlich

²²⁹ siehe: Nukleare Planungsgruppe der NATO unterstützt amerikanische SDI-Forschung. Schreiben Weinbergers an die Verbündeten, in: Amerika Dienst, Nr.14, 1985, S. 3; zu der amerikanischen Einladung vergl.: Department of Defense: Report to the Congress on the Strategic Defense Initiative 1986, a.a.O.; Daalder, Ivo: The SDI Challenge to Europe, Cambridge, Mass. 1987, S. 72; Greenwood, David: The SDI and Europe, Aberdeen 1985, S. 33; Deschamps, Louis: The SDI and European Security Interests, London 1987, S. 25f.; Benien, a.a.O., S. 53; „Weinberger lädt offiziell zu Beteiligung an Forschungen über Weltraumwaffen ein“, in: FAZ, 27.03.1985

²³⁰ Teltschik zitiert aus: „Rolle des Nehmenden“ in: Der Spiegel, Nr. 14, 1985

²³¹ Teltschik zitiert aus: „Ein klares Wort ist jetzt gefragt“, in: Die Zeit, 19.04.1985; weitere Reaktionen vergl.: „Bonn will sich nicht dem Zeitdruck der USA beugen“, in: FR, 28.03.1985; „Vorerst keine Entscheidung Bonns über Teilnahme an Weltraumwaffen-Forschung“, in: SZ, 28.03.1985; „Bonn über Weinbergers Brief zu den Weltraumwaffen befremdet“, in: FAZ, 28.03.1985

²³² vergl.: „Weinberger: Kein Ultimatum gestellt“, in: FR: 03.04.1985; „Washington stellt klar: Weinbergers Zeitangabe kein Ultimatum“, in: FAZ, 29.03.1985; „Weinberger setzt auf private Beteiligung“, in: SZ, 25.05.1985

hätten die Europäer auf inoffizielllem Wege nach einer möglichen Beteiligung nachgefragt, und jetzt sei die offizielle Einladung erfolgt.²³³

Die Reagan-Administration hatte verschiedene Motive, die Verbündeten zu einer Kooperation einzuladen.²³⁴ Ohne Zweifel verfolgten die Amerikaner bündnispolitische Interessen: Die Westeuropäer hatten zunächst eine ablehnende Haltung gegenüber dem SDI-Projekt eingenommen. Obwohl in dem Abschlusskommuniké die Verteidigungsminister ein positives Signal gesetzt hatten, gab es innerhalb der NATO eine Opposition gegenüber dem Projekt. Mit der Einladung sollte die allianzinterne Opposition geschwächt werden.²³⁵ Die Amerikaner wollten „Multilateralismus demonstrieren“ und zeigen, dass sie keinen Alleingang vorbereiteten. Die neuen strategischen Ziele sollten zusammen mit den Verbündeten formuliert werden. Dabei handelte es sich aber eher um eine symbolische Geste und bei weitem nicht um eine Art Mitspracherecht. Mit der Einladung wurde den Verbündeten gleichzeitig suggeriert, es bestünde keine Gefahr für sie, innerhalb des Bündnisses in die technologische Zweitklassigkeit abzudriften. Darin findet sich auch der finanziell-technologische Aspekt der amerikanischen Motive. Tatsächlich hätte die Reagan-Administration die technologische Mitarbeit der Westeuropäer nicht benötigt. Die Amerikaner sahen aber die Möglichkeit, kostenintensive und zeitraubende Forschungsarbeiten zu vermeiden und von den neuesten technologischen Know-How der Verbündeten profitieren zu können. Gleichzeitig konnten sie den Verbündeten suggerieren, auf sie angewiesen zu sein.

Die amerikanische Administration hatte aber auch ein innenpolitisches Motiv. Den innenpolitischen Gegnern des SDI-Projektes, vor allen Dingen der Kongress, der über die Bewilligung der Gelder entscheiden musste, sollte Zustimmung der Verbündeten demonstriert werden. Somit erhoffte man sich eine positive Auswirkung auf die Genehmigung der Forschungsgelder.

Mit der Einladung erreichte Weinberger des Weiteren grundsätzlich eine Beschleunigung des Meinungsbildungsprozesses in Europa. Die Europäer wurden gezwungen, sich entweder für oder gegen das amerikanische Projekt zu entscheiden. Mit den bilateralen Angeboten an jede einzelne Nation wurde

²³³ vergl.: „US-Diplomat stellt klar: Kein Ultimatum“, in SZ, 29.03.1985

²³⁴ vergl.: Schapiro, Mark: The Selling of Star Wars to Europe, in: The Nation, 15.01.1988, S. 37; de Santis, Hugh: SDI and the European Allies: Riding the Tiger, in: Arms Control Today, Nr. 2, 1988, S. 10; Benien, a.a.O., S. 55f.

²³⁵ vergl.: Benien, a.a.O., S. 55

außerdem die Bildung einer gemeinsamen europäischen Haltung erschwert. Weinberger konnte kalkulieren, dass sich jede einzelne Nation den Vorteil für die eigene Wirtschaft errechnen würde, was zu Lasten einer einheitlichen europäischen Meinungsfindung führen würde. Vielmehr würde durch einen solchen Schritt die Konkurrenz und das Misstrauen untereinander gefördert werden.

Bereits Anfang März hatte der Planungsstab des Bundesverteidigungsministeriums einen Bericht mit dem Titel: „Strategic Defense Initiative. Feststellung und Bewertung der technologischen und industriellen Möglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland“ erstellt.²³⁶ 30 Vertreter von führenden deutschen technologischen Industrieunternehmen und Instituten hatten sich zu einem Workshop zusammengefunden. Das Ergebnis der Zusammenkunft war die Studie, die die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit deutscher High-Tech-Unternehmen in elf technologischen Bereichen, die für die SDI-Forschung von Belang wären, analysierte. Demnach hätte die Bundesrepublik auf fünf Gebieten eine gute bis sehr gute Position. Zu den Bereichen zählten

1. Systemkomponenten für extrem schnell beschleunigende Hochgeschwindigkeitsraketen,
2. Subsysteme auf dem Gebiet der Weltraumtechnik,
3. verschiedene Bereiche optischer Sensoren,
4. Werkstofftechnik und
5. die Signalverarbeitung auf dem Gebiet der Hochfrequenztechnik (auch Radar).

In zwei Teilbereichen, den optischen Sensoren und den Subsystemen der Weltraumtechnik sei die deutsche Industrie sogar Weltspitze. Auf den weiteren sechs Gebieten, wie zum Beispiel in der Systemtechnik und der künstlichen Intelligenz, sei man jedoch international rückständig. Die Vertreter der Industrie äußerten die Hoffnung, Informationen zu diesen Teilbereichen von den Amerikanern zu erlangen, da man auf einigen Gebieten in der Rolle des

²³⁶ vergl.: Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Bericht zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA, Bonn 1985, S. 27; Weise, Hans Heinrich: Das SDI-Forschungsprogramm. Aspekte deutscher Mitwirkung, in: Wehrtechnik, Nr. 7, 1985, S. 36; „Studie über eine deutsche SDI-Beteiligung, in: FAZ, 28.03.1985; Bartels, Wolfgang: Das SDI-Rahmenabkommen und die Interessen der westdeutschen Rüstungskonzerne, in: Engels; Scheffran; Sieker, a.a.O., S. 230

Gebenden sei. Es gebe in der Bundesrepublik insgesamt ca. 30 Unternehmen, die sich mit Aussicht auf Erfolg an dem amerikanischen Projekt beteiligen könnten. Das Verteidigungsministerium kam zu der Schlussfolgerung: „Alle Argumente sprechen dafür, das US-Interesse an unserer Mitwirkung zu erwidern.“²³⁷ Die Studie gab Antwort auf die Frage, ob die Bundesrepublik in der Lage sei, an dem amerikanischen Projekt mitzuarbeiten. Technologisch war man dazu fähig, über die tatsächliche Zusammenarbeit musste die Politik entscheiden.

Der Bundestag debattierte am 18. April 1985 über das SDI-Projekt und die Konsequenzen, die sich aus der Einladung Weinbergers ergaben. Bundeskanzler Kohl hatte bereits zwei Tage zuvor innerhalb des Bundeskabinetts seine Regierungserklärung vorgestellt, die von allen Ministern getragen wurde.²³⁸ Helmut Kohl fasste in der Regierungserklärung seine bisherigen geäußerten Standpunkte zusammen und schlussfolgerte diesmal deutlicher als zuvor: „Das amerikanische Forschungsprogramm ist daher aus unserer Sicht gerechtfertigt, politisch notwendig und liegt im Sicherheitsinteresse des Westens insgesamt. Folglich unterstützen wir in der Bundesregierung im Grundsatz das amerikanische Programm zur Strategischen Verteidigung.“²³⁹ Gleichzeitig schränkte er jedoch ein: „Die Strategische Verteidigungsinitiative der USA bietet unzweifelhaft für das Nordatlantische Bündnis Chance und Risiko zugleich.“²⁴⁰

Eine eventuelle europäische Beteiligung an dem amerikanischen Projekt charakterisierte der Bundeskanzler wie folgt: „Wir stehen der amerikanischen Anregung, gemeinsam Möglichkeiten einer Beteiligung an dem Forschungsprojekt zu prüfen, aufgeschlossen gegenüber. Eine Beteiligung europäischer Länder böte die historische Gelegenheit für Europa, seine politischen, strategischen und technologischen Interessen im geschlossenen Verband zur Geltung zu bringen.“ Die amerikanische Administration hatte kein Interesse daran, „Europa“ an dem Forschungsprogramm zu beteiligen. Vielmehr setzte man auf bilaterale Beziehungen. Helmut Kohl hingegen äußerte die Vorstellung, Europa habe die Möglichkeit, gemeinsam seine Interessen vertreten und einbringen zu können. Er widersprach bewusst den Vorstellungen des Verbündeten.

²³⁷ Zitiert nach: „Rolle des Nehmenden“, in: Der Spiegel, a.a.O., S. 23

²³⁸ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 93

²³⁹ Die Erklärung der Bundesregierung zu SDI vom 18. April 1985, in: Krause, a.a.O., S. 116ff.

²⁴⁰ siehe ebd.

Der Bundeskanzler stellte nicht die deutschen Interessen in den Vordergrund, er ordnete die nationalen Argumente den europäischen unter. Fraglich ist, ob er an eine Realisierbarkeit eines „geschlossenen Verbandes“ glaubte. Bemerkenswert ist aber die politische Vision, die der Bundeskanzler in der Möglichkeit eines gemeinsamen europäischen Vorgehens erblickte. Er sah das amerikanische Forschungsprojekt als eine Herausforderung, an der Europa wachsen kann.

Des Weiteren schilderte Kohl die Konsequenzen, die sich aus der Größenordnung des Projektes ergaben: „Angesichts der finanziellen Größenordnung von rund 80 Milliarden DM, mit der die amerikanische Regierung ihr Forschungsprogramm aufgelegt hat, ist schon heute für jedermann klar ersichtlich, dass es wichtige und weitreichende Ergebnisse hervorbringen wird, die in ihrer Bedeutung, auch in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, weit über den Anwendungsbereich der strategischen Verteidigung hinausgehen werden. Das Wort vom technischen Innovationsschub auf breiter Basis ist in diesem Zusammenhang ganz bestimmt keine Übertreibung. Wir werden und wir müssen daran interessiert sein, Forschungsergebnisse, die umwälzende Auswirkungen in der zivilen Anwendung haben werden, auch für unsere Wirtschaft nutzbar zu machen. Ich füge hinzu: Dieses wirtschaftlich-technologische Interesse allein wird unsere Entscheidung über eine eventuelle Teilnahme am Forschungsprogramm jedoch nicht bestimmen. Aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa technologisch nicht abgehängt und damit zweitklassig werden.“ Eine mögliche Zusammenarbeit müsse für beide Seiten gewinnbringend sein. Kohl stellte fest, „dass eine zukünftige Zusammenarbeit faire Partnerschaft und freien Austausch der Erkenntnisse gewährleistet, keine technologische Einbahnstraße bleibt, dass uns, soweit dies möglich ist, ein in sich abgeschlossenes Forschungsgebiet sichert und uns damit auch Einfluss auf das Gesamtprojekt erlaubt.“

Kohl stellte die Forderung nach „Einfluss auf das Gesamtprojekt“, weil er sie als Verbündeter stellen musste. Den Amerikanern war es sicherlich nicht daran gelegen, den Westeuropäern ein Mitspracherecht in dem SDI-Projekt zu gewährleisten. Die Gefahr einer „technologischen Einbahnstraße“ wäre bei einer Forschungsbeteiligung latent vorhanden gewesen. Denn es konnte keine Garantie geben, dass man zwar Technologie und Know-how abgab und dafür auch Forschungsergebnisse aus anderen Bereich erlangte. Zudem blieb unklar, wie das

Rüstungsprojekt für den zivilen Sektor nutzbar gemacht werden könnte. Amerikanische Experten hatten sich Anfang April 1985 bei einem Treffen mit Vertretern bundesdeutscher Firmen zu diesem Thema zurückhalten und abweichend geäußert.²⁴¹

Nachdem die deutschen Industrievertreter ihre Einschätzung über die Fähigkeiten zu einer technologischen Beteiligung abgegeben hatten, gab es nun auch seitens der Regierung „grünes Licht“. Die offizielle Einladung des amerikanischen Außenministers wurde mit der Regierungserklärung angenommen. Gleichzeitig sprach aber Helmut Kohl die Bedingungen aus, unter denen eine Beteiligung stattfinden könnte. Der Bundeskanzler befürwortete nochmals eine europäische Beteiligung. Dabei zeigte er sich als Initiator „kooperativer europäischer Ansätze“. Über den Entscheidungsprozess einer möglichen Beteiligung kündigte der Bundeskanzler an: „Die Bundesregierung wird das Interesse und die Möglichkeiten einer Forschungsbeteiligung mit der deutschen Wirtschaft erörtern und dabei insbesondere auch kooperative europäische Ansätze der Zusammenarbeit, auch der Unternehmungen, prüfen. Sie wird mit interessierten europäischen Verbündeten, das sind vor allem Frankreich, Großbritannien und Italien, aber auch andere interessierten europäischen Partnern in Konsultationen über eine gemeinsame Stellungnahme und gegebenenfalls Beteiligung eintreten. Sie wird eine Expertengruppe in die USA entsenden, um die Bedingungen und die Bereiche einer Forschungsbeteiligung vor Ort zu erkunden.(...) selbstverständlich werde ich dieses Thema in einigen Tagen aus Anlass des Besuches von Präsident Reagan bei uns in der Bundesrepublik Deutschland mit ihm ebenfalls erörtern.“²⁴²

Über die Schwierigkeiten, eine gemeinsame europäische Position zu finden, war sich der Bundeskanzler bewusst. Bereits am 29. März 1985 war das Thema SDI auf europäischer Ebene angesprochen worden. Im Rahmen eines EG-Gipfels hatten die Staats- und Regierungschefs die Gelegenheit sich auszutauschen. Bereits zu diesem Zeitpunkt forderte der Kanzler eine gemeinsame europäische Position. Der Bundeskanzler gab seine grundsätzliche Zustimmung zu einer Forschungsbeteiligung bekannt, da eine Nichtbeteiligung zu technologischer Zweitklassigkeit führe. Kohl knüpfte daran zwei Bedingungen: Erstens müssten die USA den Verbündeten faire Bedingungen beim

²⁴¹ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 91

²⁴² Regierungserklärung vom 18. April 1984, a.a.O., S. 120

Technologietransfer zusichern, und zweitens müssten die Europäer eine gemeinsame Position zur Strategischen Verteidigungsinitiative finden.²⁴³

Auf dem Gipfel mussten die deutsche Regierung aber erkennen, dass es keine europäische Haltung der EG-Mitglieder gab. Zwar war es zu einem deutsch-französischen Schulterchluss gekommen, denn der französische Außenminister Dumas sagte aus, Frankreich beurteile SDI ebenso, wie dies in der Stellungnahme der Bundesregierung am 27. März 1985 geschehen sei. Andere EG-Mitglieder lehnten SDI jedoch ab, so dass keine Einigung erzielt werden konnte.²⁴⁴

Auf der Ebene der Westeuropäischen Union (WEU) gelang es ebenfalls nicht, eine gemeinsame Haltung der Mitglieder zu erlangen. Am 22. und 23. April 1985 trafen sich in Bonn die 14 Außen- und Verteidigungsminister, um über die Strategische Verteidigungsinitiative zu beraten.²⁴⁵ Die deutschen Vertreter Wörner und Genscher traten vehement für eine gemeinsame europäische Position ein. Doch die Gegensätze, vor allem hervorgerufen durch die britische Position, waren unüberbrückbar. Denn Großbritannien stellte sich uneingeschränkt auf die Seite der USA. Diese lehnten eine gemeinsame Kursabstimmung der Europäer gegenüber dem transatlantischen Verbündeten ab. Der für Europa zuständige Unterstaatssekretär Richard Burt hatte in einem Brief, welchen er vor der Tagung den WEU-Mitgliedsstaaten sandte, die Haltung der USA in Bezug auf eine gemeinsame Position der Europäer mit Nachdruck deutlich gemacht. In dem Brief hieß es, die USA hielten für die Behandlung der SDI-Frage ebenso wie für Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen die NATO und nicht die WEU für das richtige Gremium.²⁴⁶ Großbritannien beugte sich dem Willen der USA und weigerte sich bereits zu Beginn der Tagung, das Thema SDI im Abschlusskommuniqué überhaupt zu erwähnen, wovon Genscher sie zwar abbringen konnte, aber das Ergebnis der Tagung blieb enttäuschend: „Die Minister untersuchen ferner Fragen in Verbindung mit den Forschungsanstrengungen in Bezug auf Strategische Verteidigung. Sie kamen überein, ihre gemeinsamen Beratungen fortzusetzen, um so weit wie möglich eine

²⁴³ vergl.: „Kohl ist für eine Beteiligung an der SDI-Forschung. Zwei Voraussetzungen“, in: Die Welt, 01.04.1985

²⁴⁴ vergl.: ebd.; „Europäer suchen gemeinsame Position“, in: SZ, 01.04.1985

²⁴⁵ vergl.: „WEU um „koordinierte Reaktion“ bemüht“, in: SZ, 24.04.1985

²⁴⁶ vergl.: „Europäische Wünsche und amerikanische Bedenken vor der WEU-Tagung in Bonn“, in: FAZ, 20.04.1985; Lehner, Kurt: Zwischen Führung und Partnerschaft. Die Entwicklung der WEU und der europäischen Sicherheitsidentität aus Sicht der USA, Bonn 1996, S. 47f.

koordinierte Reaktion ihrer Regierungen auf die Einladung der Vereinigten Staaten zu erreichen.“²⁴⁷

2.4. Europäische Antworten auf die amerikanische Verteidigungskonzeption

2.4.1. Nationale Partizipationen an SDI

Die französische Regierung hatte grundlegende sicherheitspolitische Bedenken gegenüber dem SDI-Projekt.²⁴⁸ In verschiedenen Stellungnahmen machten sowohl Staatspräsident Mitterand, als auch andere Regierungsmitglieder deutlich, dass sie die strategische Zielsetzung des amerikanischen Forschungsprogramms nicht billigten. Die beiden Supermächte sollten dazu bewegt werden, an den Genfer Verhandlungstisch zurückzukehren. Durch SDI fürchtete die französische Regierung eine Militarisierung des Weltalls.

Bereits am 12. Juni 1985 unternahm der französische UNO-Botschafter Françoise de la Gorce einen Vorstoß zur Verhinderung einer unkontrollierten Weltraumrüstung. Vor der Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen stellte er einen Entwurf für ein internationales Abkommen vor. Dieser Entwurf war eine direkte Reaktion auf die Star Wars-Rede des amerikanischen Präsidenten und enthielt im Wesentlichen vier Kernpunkte.²⁴⁹

1. De la Gorce schlug eine weitreichende Begrenzung für ASAT-Systeme gegen Erdsatelliten und ein Verbot für ASAT-Waffen gegen Satelliten in hohen Umlaufbahnen vor.
2. Die Dislozierung von Energiewaffen auf der Erde, in der Atmosphäre und im Weltraum sollte für die Dauer eines fünfjährigen Moratoriums verboten werden.
3. Der Botschafter forderte eine verbesserte Meldepflicht für künstliche Weltraumkörper.

²⁴⁷ siehe: Abschlußkommuniqué der WEU-Tagung in Bonn vom 23.04.1985, in: Krause, a.a.O., S. 122

²⁴⁸ vergl.: Haltung Frankreichs zu SDI. Radiointerview des diplomatischen Beraters, Hubert Vendrine, von Präsident Mitterand, in: Krause, a.a.O., S. 22; des Weiteren: Boyer, Yves: Raketenabwehr im Weltraum: Antwort auf eine moralische Frage oder Reform der Strategie? Eine Beurteilung aus französischer Sicht, in: EA, Nr. 15, 1985, S. 467

²⁴⁹ vergl.: Fenske, John: France and the Strategic Defense Initiative: Speeding up or putting on the brakes?, in: International Affairs, Nr. 2, 1986, S. 233; Schütze, Walter: SDI oder EUREKA? Die Position Frankreichs, in: ApuZ, Nr. 44, S. 32; Frommann; Gardner; Mixer; Poensgen, a.a.O., S. 51; "Paris mißtraut Reagans "Star Wars"-Plänen", in: SZ, 12.07.1984

4. Die USA und die UdSSR sollten ein Abkommen unterzeichnen, dass die Unverwundbarkeit sowohl ihrer eigenen Satelliten als auch die von Drittstaaten garantiere.

Die französische Strategie der Abschreckungswirkung (*force de dissuasion*) beruhte insbesondere auf der Einsatzfähigkeit von der U-Boot-Flotte Frankreichs, die von funktionstüchtigen Satelliten abhängig waren. Der Vertragsentwurf zielte darauf ab, die Strategie aufrecht erhalten und zementieren zu können. Die zukünftige Glaubwürdigkeit des französischen Abschreckungspotentials sollte durch das SDI-Programm keinesfalls gefährdet werden. Der französische Verteidigungsminister Hernu wies auf der Internationalen Wehrkunde-Tagung im Februar 1985 auf die ungewissen Implikationen einer weltraumgestützten Raketenabwehr hin.²⁵⁰ Durch die Dislozierung von strategischen Defensiv- und die Reduzierung von Offensivwaffen lasse sich kein stabiles strategisches Gleichgewicht herstellen. Die strategische Stabilität sei vielmehr gefährdet, da man mit einer Aufrüstung des offensiven Drohpentials rechnen müsse. Neben diesen Argumenten wiederholte Hernu einige Punkte aus dem Entwurf des französischen Botschafters. Er bekräftigte die Forderung nach einem Verbot von ASAT-Systemen zur Zerstörung von Satelliten und von einem Fünfjahres-Memorandum für Laserwaffen.

Charakterisierend für die französische Haltung war des weiteren die befürchtete Gefahr der technologischen Abhängigkeit Westeuropas von den USA. Der französische Staatspräsident Mitterand reagierte am 18. April 1985 mit dem Aufruf an die westeuropäischen Regierungen und Unternehmen, fortgeschrittene Technologie-Programme in Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu fördern.²⁵¹ Das Projekt wurde unter dem Namen EUREKA (European Research Coordination Agency) bekannt. Die Gelder für die Forschungsanstrengungen sollten von den Regierungen, einzelnen Unternehmen und Banken sowie der EG zur Verfügung gestellt werden.²⁵² EUREKA war als eine Antwort auf die zivil-technologische Herausforderungen für die westeuropäische High-Tech-Industrie

²⁵⁰ vergl.: Hernu, Charles: Abschreckung – das Instrument zur Sicherung des Friedens, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr. 3, 1985, S. 154

²⁵¹ vergl.: Sköns, Elisabeth: SDI und internationale Forschungszusammenarbeit, in: SIPRI Yearbook 1986. Dt. Ausgabe hersg. von Freimut Duve, Reinbeck 1986, S. 137

²⁵² vergl.: Frankreich zum EUREKA-Programm. Erläuterungen der französischen Botschaft in Bonn zur Frage einer europäischen Technologie-Initiative: „Warum Eureka? Von der Notwendigkeit einer europäischen Technologie- und Forschungsgemeinschaft“, in: Krause, a.a.O., S. 165ff.

gedacht, vor denen diese durch die Konkurrenz der führenden japanischen und amerikanischen Industriekonzerne gestellt waren. Besonders die französischen Protagonisten befürchteten, den durch das SDI-Programm ausgelösten Technologieschub zu verpassen und in ein technologisches Abseits gedrängt zu werden. Neben den technologischen Aspekten war EUREKA auch als ein politisches Gegenstück zu den SDI-Forschungsanstrengungen geplant. Der französische Staatspräsident traute einer europäischen Weltraumgemeinschaft zu, „Antworten auf militärische Realitäten von morgen“ geben zu können.²⁵³ Die ziviltechnologischen Projekte sollten auch für militärische Anwendungen verwertbar sein können.

Innerhalb der französischen Regierung entwickelten sich im Verlauf der EUREKA-Politik jedoch Ambivalenzen.²⁵⁴ Der französische Staatspräsident war einerseits bemüht, EUREKA nicht als ziviltechnologische Alternative zu SDI zu kennzeichnen. Andererseits äußerte er mehrfach, dass er die europäische Initiative als ein Gegengewicht zu den amerikanischen SDI-Plänen verstand.

Auf der einen Seite lehnte die französische Regierung es ab, SDI zu unterstützen. Andererseits, und auch darin zeigte sich die ambivalente Haltung Frankreichs, prüfte sie als erster westeuropäischer Staat die Einladung Weinbergers zur Kooperation. Es wurde eine Delegation in die USA geschickt, um dort die Möglichkeiten für eine SDI-Kooperation nationaler Industrieunternehmen zu prüfen. Ende November erklärte der französische Premierminister Laurent Fabius gemeinsam mit dem neuen Verteidigungsminister Paul Quilès die französische Regierung werde die heimische High-Tech-Industrie nicht davon abhalten, sich am SDI-Projekt zu beteiligen. Obwohl die Regierung SDI ablehnte, weil Mitterand die von Reagan angebotene Rolle des Unterauftragnehmers ablehnte²⁵⁵, wurden selbst staatliche Industrieunternehmen nicht davon abgehalten, sich an SDI zu beteiligen. Der französische Staat hatte auf das SDI-Projekt politisch keinen Einfluss, versuchte aber gleichzeitig wirtschaftlichen und technologischen Nutzen aus der Beteiligung von Industrieunternehmen zu ziehen. Durch die Beteiligung erhoffte man sich, keine technologische Lücke entstehen lassen zu können.

²⁵³ zu Mitterands Äußerungen vergl.: Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 34

²⁵⁴ vergl.: „Eine Chance für EUREKA“, in: Die Zeit, 31.05.1985; Schütze, a.a.O., S. 35; Fenske, a.a.O., S. 236

²⁵⁵ vergl.: Benien, a.a.O., S. 182

Die britische Regierung gab ihre Zustimmung zu dem SDI-Projekt bereits Ende 1984 bekannt. Premierministerin Margaret Thatcher traf den amerikanischen Präsidenten in Camp David und verhandelte Bedingungen aus, unter denen Großbritannien dem Forschungsprojekt grundsätzlich zustimmen würde. Reagan sicherte der britischen Premierministerin vier Punkte zu, die die USA während der Forschungsphase beachten würden:²⁵⁶

1. Die USA durften mit SDI keine strategische Überlegenheit anstreben. Das Gleichgewicht zwischen Ost und West musste erhalten bleiben.
2. Sollte das SDI-Projekt über die Forschungsphase hinausgehen, sollte die potentielle Dislozierung von BMD-Systemen Gegenstand von Verhandlungen zwischen der USA und der UdSSR sein.
3. Die Forschung musste der Verstärkung der nuklearen Abschreckung dienen.
4. Die Rüstungskontrollverhandlungen der USA mit der UdSSR sollten zur Reduzierung des strategischen Offensivwaffenpotentials beider Supermächte führen.

Die Premierministerin hatte sich mit offiziellen Stellungnahmen zunächst zurückgehalten, da man sich über die strategischen Implikationen bewusst werden wollte. Nicht zuletzt durch die in Camp David ausgehandelten Punkte konnte eine positive Haltung Thatchers SDI gegenüber erkannt werden. Denn die elementaren Sicherheitsinteressen Großbritanniens schienen durch SDI nicht gefährdet zu sein.

Innerhalb der britischen Regierung gab es jedoch, ähnlich wie in den übrigen europäischen Administrationen, unterschiedliche Auffassungen. Am 15. März 1985 hielt der britische Außenminister Howe vor dem Royal United Services Institute in London eine Aufsehen erregende Rede. Als erster britischer Politiker warnte er vor den potentiellen Gefahren der SDI-Forschung.²⁵⁷ Der Außenminister bekräftigte die ausgehandelten Bedingungen von Camp David und wies auf die Entstehung einer neuen Maginot-Linie im Weltraum hin. In seine Argumentation baute Howe mehrere Fragen ein, um auf die Folgewirkungen des SDI-Projektes hinzuweisen. Er stellte die Fragen:

²⁵⁶ vergl.: Taylor, in: Brauch, a.a.O., S. 218; Daadler, a.a.O., S. 13; Deschamps, a.a.O., S. 23

²⁵⁷ vergl. Rede des britischen Außenministers: Sir Geoffrey Howe vor dem Royal United Services Institute in London am 15.03.1985, in: EA, Nr. 8, 1985, S. D219ff.

1. ob eine radikale Änderung der Grundlagen der westlichen Sicherheit unvorhersehbare Risiken implizieren würde,
2. ob die Dislozierung von Defensivsystemen eine kontraproduktive Aufrüstung mit Offensivwaffen bewirken würde,
3. ob hochkomplizierte Raketenabwehrsysteme technisch überhaupt machbar, überlebensfähig und kostenwirksam seien.

Der britische Außenminister hatte eine ähnliche sicherheitspolitische Vision, wie die Helmut Kohls. Howe fokussierte seine Argumentation auf den rüstungskontrollpolitischen Sektor. Seine Kernthese lautete, die radikale Reduzierung von Offensivwaffen würde die Einführung von Defensivsystemen überflüssig machen. Der Bundeskanzler nutzte wenig später auf seiner Rede vor dem CDU-Parteitag in Essen die gleichen Argumente.

In der amerikanischen Administration war man über Howe's Rede dermaßen verärgert, dass man die Haltung des britischen Außenministers öffentlich anprangerte. Auf einer Pressekonferenz in London schimpfte das US-Verteidigungsministerium: „Es war eine Rede, die wieder einmal ein altes Axiom der Geometrie bestätigte: Dass Länge kein Ersatz für Tiefe ist. Denn auf nur 27 Seiten gelang es ihm, die jüngste Geschichte der sowjetisch-amerikanischen strategischen Beziehungen neu zu schreiben, und zwar in einer Weise, die sie für jeden, der ihren Aufbau mitbestimmt hat, unkenntlich macht...“²⁵⁸

Trotz dieser Dissonanzen verhandelten amerikanische und britische Delegationen über ein bilaterales SDI-Rahmenabkommen. Die britische Verhandlungsseite beharrte zunächst auf ihrer Forderung, die US-Administration müsse Großbritannien ein Auftragsvolumen von 1,5 Mrd. Dollar garantieren. Nachdem die Amerikaner ein Aufgeben dieser britischen Forderungen erzwungen hatten, war der Weg für ein Abkommen frei. Am 30. Oktober 1985 verständigten sich der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger und sein Amtskollege Michael Hesselstine am Rande der NPG-Tagung in Brüssel auf den Inhalt einer SDI-Vereinbarung. Darin legten beide Seiten ihre Rahmenbedingungen für ein bilaterale SDI-Kooperation fest.²⁵⁹

Am 6. Dezember unterzeichneten die beiden Verteidigungsminister ein 120 Seiten umfassendes Memorandum of Understanding (MoU). Darin wurde den staatlichen Institutionen, Unternehmen und Forschungsinstituten bei der

²⁵⁸ Zitat Perles aus: „Für die Sowjetunion sind subversive Aktionen ohne Risiko“, in: FR, 15.05.1985

²⁵⁹ vergl.: Drozdjak, William: U.S., „Britain Agree on SDI Participation“, in WP, 31.10.1985

Durchführung von SDI-Aufträgen politischer und rechtlicher Schutz zugesichert. Insgesamt wurden achtzehn Kooperationsgebiete vereinbart. Dazu zählten Radarforschung, Computertechnologie, Sensoren und Teilchenstrahlenwaffen. Die von Großbritannien angestrebte Garantie über eine bestimmte Anzahl von SDI-Aufträgen oder über ein finanzielles Beteiligungsvolumen war nicht Bestandteil des MoU.²⁶⁰

Im Gegensatz zu der französischen Regierung strebte Großbritannien nicht nur eine wirtschaftlich-technologische Zusammenarbeit der einheimischen Industrie mit der amerikanischen SDI-Forschung an. Margaret Thatcher war auch an einer politischen Kooperation mit der amerikanischen Administration gelegen. Durch das MoU sollte eine staatliche Beteiligung an dem SDI-Projekt gewährleistet werden.

Bevor die Bundesregierung über Form und Umfang einer möglichen SDI-Beteiligung deutscher Firmen entscheiden wollte, beschloss sie Anfang Mai 1985, Expertendelegationen in die USA zu schicken. Es sollte geklärt werden, in welchem Umfang in den Vereinigten Staaten Voraussetzungen für eine Beteiligung an SDI vorhanden sei.²⁶¹ Um eine Reise einer größeren Expertenkommission, bestehend aus Industrie,- Wissenschaft,- und Regierungsvertretern, vorzubereiten, reiste eine Vorabdelegation vom 10. bis 13. Juni nach Washington. Leiter der Delegation war der IMAG SDI Vorsitzende Horst Teltschik, den sechs Beamte aus den Ministerien Verteidigung, Wirtschaft, Finanzen, Forschung und dem Auswärtigen Amt begleiteten. Die amerikanischen Gesprächspartner der dreitägigen Reise waren bei verschiedenen Unterredungen Repräsentanten aus dem Weißen Haus, dem Verteidigungsministerium und dem State Department. Es nahmen unter anderem Mc Farlane und Ron Lehmann von dem Nationalen Sicherheitsrat, Richard Perle aus dem Verteidigungsministerium und William Schneider aus dem State Department teil.

Die deutsche Delegation verfolgte bei ihren Unterredungen drei Ziele. Erstens sollte der US-Administration mitgeteilt werden, unter welchen Voraussetzungen die Bundesregierung an einer SDI-Partizipation bereit sei. Dabei verwies sie auf die vom Bundeskanzler am 18. April 1985 geäußerten Punkte. Wesentlich sei, dass eine „faire Partnerschaft in Richtung Zweibahnstraße“ gegeben sei. Zweitens wünschte man Informationen über geplante Form und

²⁶⁰ vergl.: Benien, a.a.O., S.185

²⁶¹ vergl.: „SDI- Bonn sondiert in Washington“, in: Die Welt, 08.06.1985; „Bonn will SDI-Partnerschaft klären“, in: Die Welt, 13.06.1985

Inhalt einer deutschen Beteiligung. Drittens sollten der US-Administration Fragen näher gebracht werden, die von der deutschen Industrie bei der bevorstehenden Informationsreise gestellt werden würden.²⁶²

Durch die Schaffung von rechtlichen Voraussetzungen für eine privatwirtschaftliche Kooperation zwischen deutschen und amerikanischen Unternehmen sollten nur sekundär Erleichterungen oder Verbesserungen für die deutsche Industrie erreicht werden. Primär ging es der Bundesregierung darum, durch die Teilnahme der deutschen Industrie politischen Einfluss auf die SDI-Systemarchitektur zu gewinnen. Sogar auf zu erwartende Veränderungen in der US-Nuklearstrategie erhoffte man Einfluss nehmen zu können. Der Delegationsleiter Teltschik erläuterte öffentlich die bundesdeutsche Zielsetzung: „Maybe in joining such research we can enhance our own influence. If not, I think we are strong enough to leave such a program. (...) We are not willing to separate research and technology from the areas of strategy and foreign policy. It's a package. One of our main reasons for joining the program is to strengthen our influence in these specific areas afterward.”²⁶³ Des Weiteren äußerte Teltschik, es liege nicht im Interesse der Bundesrepublik, wenn einerseits die deutsche Industrie BMD-Systemkomponenten liefere, ohne andererseits zu wissen, wohin SDI führe und ohne mit einem Technologietransfer aus den USA rechnen zu können. Die Bundesregierung sei an einer Zusammenarbeit nicht interessiert, falls es nicht zu einem Austausch von technologischen Erkenntnissen kommen würde.

Die deutsche Forderung nach politischer Einflussnahme auf das SDI-Programm und der Nuklearstrategie entsprach nicht den Interessen der amerikanischen Regierung. Dementsprechend zurückhaltend reagierten die US-Vertreter auf den ersten Besuch der Teltschik-Delegation. Dieser bewertete die Reise: „Die Reaktion der amerikanischen Kollegen auf unsere Gespräche war, dass sie sich bereit erklärt haben, mit uns flexibel über alle möglichen Kooperationsformen und Inhalte zu sprechen. Es gab aber eine zögerliche Reaktion auf Fragen nach einem Regierungsabkommen...”²⁶⁴ Teltschik formulierte diplomatisch, dass die Amerikaner keinerlei Interesse daran hatten, die deutsche Regierung an Entscheidungen über eine SDI-Systemarchitektur teilhaben zu lassen. Seitdem den Amerikanern die deutschen Forderungen

²⁶² vergl.: ebd.

²⁶³ Zitat aus: „We need a lot more Answers“, in: Time, 26.05.1985, zitiert nach Benien, a.a.O., S. 136; des Weiteren vergl.: Teltschik: Deutsche Überlegungen zu SDI, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), a.a.O., S. 65

²⁶⁴ siehe: Teltschik: Deutsche Überlegungen zu SDI, a.a.O., S. 65-66

bewusst waren, erlahmte zunächst das Interesse an einer Beteiligung der deutschen Industrie. Trotzdem wurden die bilateralen deutsch-amerikanischen Konsultationen weitergeführt.²⁶⁵

Vom 15. bis 16. August 1985 trafen sich die Mitglieder der ersten Teltschik-Delegation, Vertreter der Bundesministerien, sowie Vertreter von Forschung und Industrie in Euskirchen zu einem Vorbereitungstreffen für die USA-Reise einer Expertengruppe.²⁶⁶ Auf der Klausurtagung sollte unter anderem abgeklärt werden, welche Interessen die deutsche Industrie durch ein Regierungsabkommen geschützt wissen wollte. Zu diesem Zweck wurden vier Technologiegruppen eingerichtet, die jeweils aus Industrie- und Regierungsvertretern bestanden. Die Gruppen waren aufgeteilt in

1. Optik/Radar
2. Hochenergielaser/Teilchenstrahlenwaffen
3. Waffen/Raketen
4. Informationstechnologie

Um für die Expertendelegation einen Rahmen für die bevorstehenden Unterredungen zu geben, wurde ein 218 Fragen umfassender Katalog vorbereitet. Insgesamt deckte dieser Fragenkatalog vier Bereiche ab:²⁶⁷

1. konzeptioneller Sachstand und zukünftige Entwicklung des SDI-Programms
2. technologische Realisierbarkeit einzelner SDI-Systemkomponenten
3. sicherheitspolitische Implikationen von SDI für die westeuropäischen Staaten
4. Forschungsgebiete einer privatwirtschaftlichen Kooperation

Die zweite SDI-Sondierungsmission fand vom 4. bis zum 13. September 1985 statt. Leiter der deutschen Delegation war wiederum Horst Teltschik. Des Weiteren setzte sich die Gruppe aus 11 Vertretern der Bundesministerien und 16 Vertretern von Industrie und Wissenschaft zusammen. Die Expertengruppe hatte

²⁶⁵ Vizepräsident Bush traf am 24. Juni 1985 in Bonn ein, um sich bei dem Bundeskanzler über die bundesdeutsche SDI-Haltung zu informieren und ihm ein persönliches Schreiben des amerikanischen Präsidenten zu überreichen. Darin warb Reagan für eine Kooperation mit der Bundesrepublik. Des Weiteren trafen sich auf dem Luftwaffenstützpunkt in Köln/Wahn am 27. und 28. Juni 1985 auf Einladung des „Deutschen Strategieforums“ führende deutsche und amerikanische Vertreter aus Politik, Militär, Industrie und Wissenschaft.

²⁶⁶ vergl.: „Teltschik-Kommission stellt 218 Fragen“, in: Die Welt, 05.09.1985

²⁶⁷ vergl.: Teltschik: Deutsche Überlegungen zu SDI, a.a.O., S. 66; „Viele Bedenken und nur bescheidene Angebot“, in: FAZ, 05.09.1986

keine Entscheidungsbefugnis, sondern den Auftrag, weiterführende Informationen für die Entscheidungsfindung der Bundesregierung zu sammeln.²⁶⁸

Die zweite Delegationsreise fand unter günstigeren Voraussetzungen statt. Denn das Pentagon hatte seine grundsätzliche Haltung zu SDI-Rahmenvereinbarungen mit den europäischen Verbündeten Mitte Juli 1985 geändert. Bisher hatte die US-Regierung private Kontakte zwischen SDIO und Firmen präferiert. Inzwischen war man bereit, mit den Regierungen der betreffenden Länder schriftliche Übereinkünfte zu vereinbaren. Zu einer Einigung mit der deutschen Regierung erklärt Perle in einem Interview: „Wir erwarten, dass vielleicht irgendwann im Herbst ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung zustande kommen wird. Dies könnte ein Abkommen sein, das ganz allgemein die Art der Zusammenarbeit definiert. (...) Je früher wir ein Abkommen ausarbeiten können, desto eher können wir auch mit der eigentlichen Arbeit beginnen. Wenn deutsche Firmen interessiert sind an den vielen Kontrakten, die vom SDI-Büro in Washington vergeben werden, so brauchen sie allerdings nicht bis zum Abschluss eines Regierungsabkommens zu warten. Sie können ihre Angebote parallel zu den Regierungsverhandlungen einbringen.“²⁶⁹

Bereits am ersten Tag der Mission wurde die Delegation von einer amerikanischen Abordnung, bestehend aus Vertretern des Pentagons, des State Departments und des Weißen Hauses unter der Leitung von SDIO-Chef Abrahamson empfangen. Während der Gespräche wurde über die Zusammenarbeit der beiden Staaten im Rahmen des SDI-Projektes verhandelt. Die wesentlichen acht Themenkomplexe waren:²⁷⁰

1. Technologietransfer
2. Art und Umfang einer deutschen Beteiligung
3. Konformität mit dem ABM-Vertrag
4. Auftragsvergabe/Preisbildung/Preisprüfung
5. Nutzungs- und Verwertungsrechte
6. Gleichstellung deutscher und amerikanischer Auftragnehmer
7. Verbleib von Rechten und Know-How bei Auftragsforschung
8. Geheimschutz

²⁶⁸ vergl.: Teltschik: Deutsche Überlegungen, a.a.O., S. 66

²⁶⁹ Richard Perle in einem ZDF-Interview vom 10. Juli 1985, zitiert nach Hölzenbein, a.a.O., S. 116

²⁷⁰ vergl. Teltschik: Deutsche Überlegungen, a.a.O., S. 66

Danach teilte sich die deutsche Delegation in ihre vier Technologiegruppen auf. Unter Begleitung von SDIO-Mitgliedern besuchten sie amerikanische Industrieunternehmen und Laboratorien, die an der SDI-Forschung beteiligt waren. Die amerikanische Informationsbereitschaft überraschte die deutsche Delegation. Von ihren Gesprächspartnern erhielten die Deutschen wertvolle Hintergrundinformationen. Nachdem die einzelnen Gruppen wieder in Washington eingetroffen waren, besprach man formale Aspekte einer Zusammenarbeit, wie zum Beispiel die Form und Art von einem Regierungsabkommen mit gemeinsamer Unterschrift, Briefwechsel und Ressortvereinbarungen.

Die deutsche Delegation traf sich nach ihrer Rückkehr aus Washington am 16. September wiederum in Euskirchen. Der Delegationsleiter Teltschik bewertete die Mission positiv und befürwortete eine deutsche SDI-Beteiligung: „Ich bin allerdings davon überzeugt, dass wir vergleichbare Ergebnisse und Informationen nur erhalten werden, wenn eine Kooperation auf Regierungsebene zustande kommt. Ich bin der Meinung, dass es ein vitales Interesse der Bundesregierung ist, diese Informationen zu erhalten, um SDI, um die technologischen und sicherheitspolitischen Auswirkungen dieses Programms und damit auch die außenpolitischen Wirkungen besser einschätzen zu können. Dies ist lebenswichtig für die Bundesrepublik Deutschland.“²⁷¹

Die vier Technologiegruppen fassten ihre Einschätzungen und Antworten auf den 218 Fragen umfassenden Katalog in dem „Erfahrungsbericht der Experten aus Industrie und Forschung über die SDI-Informationsreise in die USA vom 4. bis 13. September 1985“ zusammen. Dieser Katalog wurde in der Folgezeit Teltschik-Bericht genannt. Des Weiteren existieren noch zwei weitere regierungsinterne Berichte über mögliche Gebiete der SDI-Kooperation. Der Teltschik-Bericht ist als „geheim“ eingestuft und später der Öffentlichkeit nur zu Teilen verfügbar gemacht worden. Ein Regierungsabkommen wurde eindeutig befürwortet. Unterhalb dieser Ebene bewertete Teltschik eine Zusammenarbeit negativ. Die amerikanischen Firmen hätten in einem solchen Falle keinen Anreiz, mit der deutschen Industrie zusammenzuarbeiten. Deutschen Unternehmen blieb höchstens die Rolle als Subunternehmer. Als solche hätten sie keinen Einfluss auf die Gesamtarchitektur geplanter amerikanischer BMD-Systeme. Des Weiteren

²⁷¹ siehe: ebd., S. 69

seien deutsche Eigentumsrechte ohne ein Regierungsabkommen nicht geschützt, gerechte Wettbewerbsbedingungen nicht gegeben und Manipulationen der US-Regierung bei Geheimschutz und Preisprüfungsverfahren möglich. Nur durch Rahmenvereinbarungen auf Regierungsebene ließen sich diese Punkte verhindern. Die US-Administration sei offen für eine mögliche Form einer Vereinbarung. Dies könne in einem MoU oder einem Briefwechsel geschehen.²⁷²

Der Teltschik-Report und die Bundestagsdiskussion am 18. Oktober 1985 dienten als Grundlage für den Beschluss des Bundeskabinetts am 18. Dezember 1985, Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung aufzunehmen.²⁷³ Auf der Sitzung des Bundessicherheitsrates wurde der Bericht übergeben. Auf dieser Sitzung besprach man das unmittelbare weitere Vorgehen der Regierung in Bezug auf das SDI-Projekt.²⁷⁴

1. Die Bundesregierung wollte eine Entscheidung über die Teilnahme an dem SDI-Projekt bis Ende des Jahres 1985 treffen. Außerdem bekräftigte das Gremium seinen eigenen 10-Punkte-Plan vom März 1985 und die Kriterien der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom April 1985.
2. Der Bundeskanzler sollte bei einem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten am 24. Oktober die Gelegenheit nutzen, um über SDI zu sprechen. Bei dem Treffen wurden auf Einladung Präsident Reagans die Regierungschefs aus Italien, Großbritannien, Japan, Kanada und der Bundesrepublik zur Vorbereitung auf das Gipfeltreffen in Genf erwartet.
3. Dem Chef des Bundeskanzleramtes sollte bis Ende Oktober die Stellungnahme zu dem Teltschik-Bericht der einzelnen Entscheidungsbürokratien übergeben werden.
4. Vor dem Genfer Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär sollte keine Entscheidung der Bundesregierung gefällt werden.

²⁷² Teile des Teltschik-Berichtes in: Weisser, a.a.O., S. 73-74; vergl.: „Da war nur eine Reisegruppe unterwegs“, in: Der Spiegel, Nr. 45, 1985, S. 19

²⁷³ vergl.: Kaiser, Karl: SDI und deutsche Politik, in: EA, Nr. 19, 1986, S. 575

²⁷⁴ vergl.: „SDI-Entscheidung kaum vor Jahresende“, in: SZ, 05./06.10.1985; „Bonns SDI-Fahrplan steht fest“, in: FR, 29.11.1985

5. Auf einer abschließenden Sitzung des Bundeskabinetts würde der Sachbestand erneut geprüft und eine endgültige Entscheidung getroffen werden. Dann würde festgestellt werden, in welcher Form die Bundesregierung deutschen Industrieunternehmen Hilfestellungen bei einer SDI-Kooperation geben werde.

Nachdem in der deutschen Regierung die internen Unstimmigkeiten beigelegt worden waren, konnte man sich zu der Aufnahme von Verhandlungen mit den USA entschließen. Am 13. Dezember hatte die FDP zugestimmt, einen gemeinsamen SDI-Beschluss zu fassen. Am 18. Dezember sollte dieser auf der Bundessicherheitsratssitzung verabschiedet werden. Im Vorfeld gelang es Bundeskanzler Kohl und seinem Außenminister Genscher ein Kompromisspapier zu entwerfen, mit dem alle Koalitionspartner einverstanden waren.²⁷⁵ Das Kompromisspapier war die Grundlage für den Beschluss der Bundessicherheitsratssitzung, auf der die Bundesregierung Rahmen und Ziele für die zu führenden Gespräche mit den Vereinigten Staaten über eine deutsche SDI-Beteiligung festlegte: „Die Bundesregierung will mit den Vereinigten Staaten eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den wechselseitigen Transfer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und technologischer Erkenntnisse vereinbaren. Damit soll auch die privatrechtliche Position derjenigen deutschen Forschungsinstitute und Unternehmen verbessert werden, die sich als Auftragnehmer am SDI-Forschungsprogramm beteiligen wollen.“²⁷⁶

Die Verhandlungen mit den Amerikanern sollte der Bundeswirtschaftsminister führen, da der Technologietransfer im Zentrum der Gespräche stehen sollte. Die außen- und sicherheitspolitischen Aspekte einer deutschen SDI-Beteiligung traten mit der Berufung des Wirtschaftsministers als Verhandlungsführer in den Hintergrund. Die Entscheidung des Bundessicherheitsrates, Bangemann zu berufen, war Teil des regierungsinternen Kompromisses. Die Erwartungen der bundesdeutschen Wirtschaft an einer SDI-Beteiligung hatten sich im Vorfeld erheblich reduziert. Man befürchtete nur eine begrenzte Anzahl von Aufträgen, die an deutsche Firmen und Institutionen fließen würden. Dennoch bestand seitens deutscher Industriezweige großes Interesse, die

²⁷⁵ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 135f.

²⁷⁶ Zitat aus: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Beteiligung an SDI-Forschung, in: Bulletin, Nr. 146, 1985, S. 1279-1280; ebenso in: FR, 19.12.1985

Möglichkeiten der Entwicklung neuer Technologien aufgrund der SDI-Forschung zu nutzen.

Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft hatten dieselben ökonomischen Interessen. Sie sahen in den auszuhandelnden Abkommen die Möglichkeit, die restriktive amerikanische Politik des Technologietransfers zu durchbrechen. Das Ziel der Bundesregierung war es, durch die politische Unterstützung des SDI-Projektes eine günstigere Ausgangsposition für die deutsche Wirtschaft zu erreichen.²⁷⁷

Bangemann wurde beauftragt, bei der ersten Verhandlungsrunde sechs für den Technologietransfer relevante Punkte, Geheimschutz, Technologietransfer, Eigentums,- Nutzungs- und Verwertungsrechte, Preisbildung, Preisprüfung und Auftragsvergabe, zu erläutern.²⁷⁸ Die deutsche Verhandlungsdelegation verabschiedete ein 6-Seiten Papier, welches sie der amerikanischen Administration zukommen ließ. Darin wurden die Gesprächspartner informiert, über welche Themenkomplexe die Bundesregierung in Washington zu verhandeln beabsichtigte:

1. keine Benachteiligung bundesdeutscher Firmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen;
2. Preis- und Kostenprüfung bei amerikanischen Aufträgen an deutsche Firmen in der Bundesrepublik;
3. Nutzung der Rechte von Forschungsergebnissen auch durch den Urheber;
4. pauschale Entschädigung bundesdeutscher Unternehmen, wenn eine nachträgliche Erhöhung des Geheimschutzes erfolgte, welcher die Vermarktung beeinträchtigen könnte;
5. transparentere und berechenbarere Exportkontrollen der USA;
6. Regelung von Patentrechten für bundesdeutsche Patente;
7. Gewährung des Einblicks für deutsche Unternehmen in die Gesamtarchitektur von SDI.²⁷⁹

²⁷⁷ vergl.: Kaiser, a.a.O., S. 567

²⁷⁸ vergl.: Bundesregierung beschließt Verhandlungen mit USA über SDI-Rahmenabkommen aufzunehmen. Erklärung des Sprechers der Bundesregierung, Staatssekretär Friedhelm Ost, im Anschluß an die Kabinettsitzung am 18. Dezember 1985, in: Krause, a.a.O., S. 367f.

²⁷⁹ vergl.: „Kohl will noch im Frühjahr Abschluß der SDI-Verhandlungen“, in: FAZ, 09.01.1986; „Beinbruch mit Kukident“, in: Der Spiegel, Nr. 3, 1986, S. 22

Auch die USA hatten Voraussetzungen postuliert, die die interessierten Staaten erfüllen müssten, wenn sie an einer Zusammenarbeit interessiert waren. um klassifizierte Informationen für die Durchführung eines SDI-Auftrages zu erhalten, verkündeten SDIO-Direktor Abrahamson wie auch der Assistant Secretary im US-Verteidigungsministerium Perle drei Prämissen: „Under the terms of U.S. national disclosure policy and our bilateral information/industrial security agreements, the potential foreign contractor must be cleared by its government, and the classified information involved in the contract must be approved for release by the U.S. to the other government, and that information must be transferred through government-to-government channels.“²⁸⁰ In den USA wurde der illegale Technologietransfer in die UdSSR befürchtet. Daher gab es die restriktive Technologietransferpolitik und den strengsten Schutz für sensitive SDI-Informationen.

Die erste Verhandlungsrunde fand vom 11. bis 15. Januar in Washington statt. Die deutsche Delegation hatte sich im Vorfeld die Verhandlungsstrategie überlegt, in zwei Schritten vorzugehen: Zunächst sollte auf dem Gebiet des allgemeinen Technologietransfers und anschließend über spezielle Regelungen über die Teilnahme am SDI-Programm verhandelt werden.²⁸¹

Die Verhandlungen wurden von dem deutschen Wirtschaftsminister Bangemann und dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger geführt. Bei den Beratungen wurde schnell offensichtlich, dass beide Verhandlungspartner von unterschiedlichen Verhandlungsansätzen ausgingen. Bangemann versuchte zu erklären, weshalb der deutsche Wirtschaftsminister die Delegation anführte und weshalb das Thema Technologietransfer im Mittelpunkt der Beratungen stehen sollte. Der amerikanische Verteidigungsminister hingegen hatte ursprünglich beabsichtigt, über Grundsätze in der SDI-Kooperation zu sprechen. Daraufhin musste Bangemann erläutern, warum er aus koalitionsbedingten Gründen den Auftrag hatte, sowohl über Technologietransfer als auch über SDI zu verhandeln.²⁸²

Bereits während dieser Frühphase der Gespräche beging Bangemann den Fehler, eine elementare Forderung des Bundeskanzlers aufzugeben. Dieser hatte ausdrücklich betont: „Wir werden dabei insbesondere Wert darauf legen, dass

²⁸⁰ siehe: Perle, Richard: SDI Research Will Comply With ABM-Trade, in: WB, Nr. 224, 1985; vergl., ders.: West-östlicher Technologietransfer: Die strategischen Konsequenzen, in: EA, Nr.1, 1984, S.11f.

²⁸¹ vergl.: „Beinbruch mit Kukident“, a.a.O., S. 22

²⁸² vergl.: „Bangemann beginnt in Washington SDI-Gespräche“, in: FAZ, 14.01.1986; „Keine Ahnung“, in: Der Spiegel, Nr. 4, 1986, S. 28

eine mögliche Zusammenarbeit...uns damit auch Einfluss auf das Gesamtprojekt erlaubt.“²⁸³ Der Wirtschaftsminister machte hingegen das Zugeständnis: „Einflussnahme auf die Gesamtarchitektur ist ohne finanzielle Beteiligung nicht möglich. Wir erheben keinen Anspruch, darauf Einfluss zu nehmen.“²⁸⁴ In den folgenden Verhandlungsrunden versuchte die deutsche Delegation nicht mehr, über eine politische Einflussnahme zu verhandeln.

Es folgten fünf weitere Verhandlungsrunden, die entweder von Wirtschaftsminister Bangemann oder von dem Leiter der Abteilung Außenwirtschaftspolitik, Ministerialdirektor Lorenz Schomerus geleitet wurden.²⁸⁵ Die deutsch-amerikanischen Gespräche fanden entweder auf deutschem Boden oder in Washington statt. Die Verhandlungspositionen lagen teilweise weit voneinander entfernt. Nach dem zweiten Treffen gab es schwierige Differenzen zu überwinden. Die amerikanischen Forderungen stellten sich zu dem Zeitpunkt wie folgt dar:

1. alle Nutzungsrechte ohne Ausnahme aus den an bundesdeutsche Firmen vergebenen Forschungsaufträgen sollten im Pentagon bleiben;
2. deutsche Firmen konnten nicht damit rechnen, komplette SDI-Teilforschungsbereiche zu erhalten;
3. ausländischen Firmen wurden kommerzielle Nutzungsrechte abgesprochen;
4. ein Einblick in die SDI-Gesamtarchitektur wurde nicht gewährt. Für die konventionelle Verteidigung sollten keine Ergebnisse aus der SDI-Forschung bereitgestellt werden.

Demgegenüber verfolgten die Deutschen zwei Grundsätze: erstens sollten deutsche Unternehmen von ihnen erarbeitete Forschungsergebnisse auch außerhalb des SDI- Programms für andere militärische oder zivile Zwecke nutzen dürfen. Zweitens legte man Wert darauf, neue technologische Erkenntnisse aus der SDI-Forschung auch in der konventionellen Waffentechnik einsetzen zu dürfen.

Nicht nur wegen derartiger grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten kamen die Verhandlungen mehrmals ins Stocken. Auch bereiteten vermeintliche

²⁸³ siehe Regierungserklärung der Bundesregierung zu SDI, in: Krause, a.a.O., S. 118

²⁸⁴ vergl.: „Bangemann zu SDI: Politische Unterstützung aber keine finanzielle Beteiligung“, in: FAZ, 16.01.1986

²⁸⁵ zu den Verhandlungsrunden im einzelnen vergl.: Benien, a.a.O., S. 223ff.; Hölzenbein, a.a.O., S. 135ff.

Detailfragen den Gesprächspartnern Kopfzerbrechen. Die Einrichtung einer Kontaktstelle für bundesdeutsche Unternehmen blieb strittig. Die deutsche Delegation wollte eine Kontaktstelle bei der deutschen Botschaft in Washington einrichten. Die Amerikaner hingegen bestanden auf einer Installierung im Bundesverteidigungsministerium in Bonn.²⁸⁶

Um den Verhandlungen neue Impulse zu geben, schaltete sich der Bundeskanzler zweimal ein. Am 11. März 1986 wandte sich Helmut Kohl mit einem Fernschreiben direkt an den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Darin forderte er, die Verhandlungen mögen möglichst rasch zu einer Einigung gelangen.²⁸⁷ In Grafenwöhr trafen am 19. März 1985 der Bundeskanzler und der amerikanische Verteidigungsminister zusammen. In einem zweistündigen Gespräch konnten sie sich darauf einigen, dass Martin Bangemann, der in der darauf folgenden Woche zu der nächsten Verhandlungsrunde aufbrechen sollte, ein Papier zum Technologietransfer und eines zu den SDI-Beteiligungsbedingungen deutscher Firmen aushandeln solle.²⁸⁸

Die sechste Verhandlungsrunde fand vom 25. bis 27. März in Washington statt. Während dieser Gespräche konnten sich die Verhandlungspartner über die letzten strittigen Details einigen. Daraufhin unterzeichneten Bundeswirtschaftsminister Bangemann und der amerikanische Verteidigungsminister zwei Abkommen. Zum einen eine „Gemeinsame Grundsatzerklärung“ (Joint Understanding of Principles, JUoP) und zum anderen ein MoU. Das JuoP beinhaltete allgemeine Bedingungen für den Technologietransfer, während das MoU die politischen und rechtlichen Grundsätze für die deutsch-amerikanischen SDI-Kooperationen regelte.²⁸⁹

Das JUoP enthielt keine verbindlichen Abmachungen. Die beiden Staaten legten eine Reihe von Grundsätzen für die industrielle, wissenschaftliche, technologische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit fest.²⁹⁰ Die Prinzipien und Richtlinien galten nicht nur für die SDI-Kooperation, sondern grundsätzlich

²⁸⁶ vergl.: „Ende der SDI-Verhandlungen noch nicht abzusehen“, in: FAZ, 18.03.1986; „Keiner hat die Absicht, den anderen zu brüskieren“, in: FR, 18.03.1986

²⁸⁷ vergl.: „Kohl wendet sich direkt an Reagan“, in: FAZ, 12.03.1986

²⁸⁸ vergl.: „Kohl und Weinberger einigen sich über Abkommen zu SDI und Technologietransfer“, in: SZ, 20.03.1986

²⁸⁹ vergl.: „Nach Bangemanns Washingtoner Unterschriften liegt der Rahmen der deutschen Beteiligung fest“, in: FAZ, 29.03.1986; „Abkommen über SDI wird geheimgehalten“, in: FR, 31.03.1986; „Bonn und SDI- der lange Weg nach Washington“, in: Die Welt, 25.03.1986

²⁹⁰ Trotz einer Geheimhaltungsvereinbarung zwischen Bangemann und Weinberger wurde die Verträge im Kölner Express veröffentlicht. Vergl.: „Der geheime SDI-Vertrag“, Express, 18.04.1986

für den zukünftigen bilateralen Technologiehandel. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Bundesrepublik Deutschland vereinbarten

- Grundsätze für bilaterale Kooperationen (z.B. Meistbegünstigungen, freier Wettbewerb, Nicht-Diskriminierungen, gemeinsame Sicherheitsinteressen; Art. 1);
- den freien Austausch von Gütern, Informationen und Technologien zwischen beiden Staaten unter der Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen zu fördern und „bei der Ausübung ihrer Ermessensfreiheit“ ihre beiderseitigen Interessen zu berücksichtigen (Art. 2).

Darüber hinaus bekundeten die beiden Vertragsparteien in dem Dokument ihr Verständnis dafür, dass die Kooperaion in der Forschung von vereinbarten Beschränkungen bei der Ausfuhr von sensitiven, die gemeinsame Sicherheit berührenden Technologien an verbotene Bestimmungsorte begleitet würde. Um die Zusammenarbeit zu erleichtern und eventuell auftretende Probleme rasch zu beseitigen wurde vereinbart, Konsultationsmöglichkeiten zu schaffen.

Das MoU war ein 14 Seiten umfassende Vereinbarung über die Beteiligung deutscher Unternehmen, Forschungseinrichtungen und anderer Stellen an der Forschung im Zusammenhang mit der Strategischen Verteidigungsinitiative.²⁹¹ In dieser wurden lediglich Absichtserklärungen aufgenommen. Weder die US-Administration noch die Bundesrepublik gingen konkrete Verpflichtungen ein, sondern beide vereinbarten eine Reihe von industrie- und wirtschaftspolitischen Grundsätzen:

- SDI-Aufträge sollten im Rahmen spezieller Projektverträge und eventuell anderer Durchführungsvereinbarungen nach den Bestimmungen des MoU abgeschlossen werden (Art. 2).
- Für SDI-Aufträge konnten unterschiedliche Methoden der Kooperation gewählt werden: Deutsche Unternehmen könnten einen SDI-Auftrag alleine bearbeiten, deutsche oder amerikanische Hauptauftragnehmer könnten Subverträge mit anderen Unternehmen in beiden Staaten schließen oder deutsche und amerikanische Unternehmen sollten Gemeinschaftunternehmen vereinbaren können (Art. 5.1.1. bis 5.1.3.).

²⁹¹ vergl.: ebd.

- Die US-Regierung bekundete ihre Bemühung, dass sich deutsche Unternehmen zu gleichen Bedingungen um Verträge bewerben könnten und verpflichtete sich gleichzeitig, rechtzeitig alle für eine solche wettbewerbliche Beteiligung erforderlichen Informationen zu übermitteln (Art. 5.3.).

Weitere Abmachungen waren:

- Zum Informationsschutz (Art. 7) legten beide Seiten u.a. fest, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um den unbefugten Transfer von sensibler SDI-Technologie an verbotene Bestimmungsorte zu verhindern.
- Die USA drückten ihre Absicht aus, für die Beachtung des ABM-Vertrages als einem elementaren rüstungskontrollpolitischen Sicherheitsinteresse der Bundesregierung zu sorgen (Art. 3.1.).
- Die aufgestellten Richtlinien im MoU orientierten sich an bereits geschlossenen Verträgen wie zum Beispiel der Geheimschutzvereinbarung vom 23. Dezember 1960 (Art. 3.2.1.).
- Ausserdem gestand die USA die „Bemühung“ ein, vorbehaltlich der Eigentumsrechte Dritter, „die Nutzung von Ergebnissen von nichtklassifizierten Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der SDI-Technologien für nichtmilitärische Zwecke zuzulassen“ (Art. 8.3.3.).
- Das deutsche und amerikanische Verteidigungsministerium beschlossen einen Informationsaustausch auf den Gebieten der SDI-Forschung durchzuführen, welche sie für die Verbesserung der konventionellen Verteidigung, insbesondere der Luftverteidigung, als nützlich erachtet würden (Art. 9).

Neben der Unterzeichnung der Rahmenabkommen MoU und JuoP tauschten beide Delegationen insgesamt fünf Briefe aus. In diesen Schriftstücken wurden zusätzliche politische Vorgehensweisen vereinbart, die vor allen Dingen die Punkte regelten, die zwischen den Delegationen strittig geblieben waren. Der amerikanische Abteilungsleiter Perle schrieb an seinen Kollegen Lorenz Schomerus am 17. März 1986. Darin forderte die US-Administration die Bundesregierung auf, stärkere Technologietransfer-Kontrollen durchzuführen. Am 27. März antwortete Schomerus Perle und stellte Verbesserungen der Kontrollen in Aussicht. Die Minister Bangemann und Weinberger standen ebenfalls in Briefkontakt. Insgesamt tauschten sie drei Briefe aus. In einem

Schriftstück teilte der Wirtschaftsminister die Einrichtung einer SDI-Koordinationsstelle in seinem Ministerium mit. Weinberger informierte seinerseits Bangemann über Mitwirkungsmöglichkeiten Berliner Firmen in der SDI-Forschung. Außerdem betonte er die Zuständigkeit des Bonner Verteidigungsministeriums für die militärischen Aspekte der Strategischen Verteidigungsinitiative.²⁹²

Mit der Unterzeichnung der beiden Rahmenabkommen wurde von den Delegationen ein Verhandlungskompromiss erreicht. Dies geschah, obwohl die verschiedenen Ausgangspositionen zu Beginn der Verhandlungen und die zahlreichen Indifferenzen während der Gespräche eine Einigung unmöglich haben erscheinen lassen. Die Rahmenbedingungen für die Teilnahme deutscher Industrieunternehmen und Forschungsinstitute an dem SDI-Programm waren dadurch rechtlich und politisch abgesichert. Die Bundesregierung hatte das Ziel, die deutsche Wirtschaft zu unterstützen, erreicht. Als Gesamtergebnis schienen die Vereinbarungen jedoch bescheiden auszufallen.²⁹³ So konnten die vier Anforderungen der Bundesregierung vom 18. April 1985 oder die sieben Punkte im Ausgangsentwurf vom Januar 1986 nicht durchgesetzt werden. Diese ursprünglichen Anforderungen waren Maximalforderungen. Es war nicht zu erwarten, dass sich alle Punkte durchsetzen lassen würden. Vielmehr müssen derartige Vorschläge als Basis für einen Kompromiss gesehen werden. Dennoch konnten einige wichtige Forderungen nicht durchgesetzt werden. Eine Gleichbehandlung deutscher Firmen gegenüber den amerikanischen Unternehmen wurde abgelehnt. Außerdem war es nicht gelungen, die Reagan-Administration auf ein bestimmtes Finanz- oder Auftragsvolumen der sich beteiligenden Institute und Firmen festzulegen. Ebenso wenig konnte erreicht werden, dass ein Teilbereich der SDI-Forschung der deutschen Industrie überlassen wurde.

Am 17. April 1986 befasste sich der Bundestag in einer Debatte mit dem Thema.²⁹⁴ Die Bundesregierung versuchte, die für Deutschland positiven Aspekte herauszustellen. Ohne wettbewerbsverzerrende Konditionen und ohne Diskriminierung könnten sich die interessierten Institute und Industrien an dem SDI-Programm beteiligen. Die gewerblichen Rechte von Auftragnehmern eines SDI-Projektes würden geschützt werden. Die Bewerber würden alle wichtigen

²⁹² vergl.: „Vor unbefugter Offenlegung schützen“, in: Der Spiegel, Nr. 17, 1986, S. 27

²⁹³ zur Bewertung der Rahmenabkommen vergl.: Kubbig, Die SDI-Rahmenvereinbarung, a.a.O.; Kaiser, SDI und deutsche Politik, a.a.O., S. 576; Benien, a.a.O., S. 237f.; Hölzenbein, a.a.O., S. 147ff.

²⁹⁴ Die Bundestagsdebatte mit den Reden Kohls und Bangemanns in: Bulletin, Nr. 39, 1986, S. 305ff.; Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte, 10. WP, 210. Sitzung, Bonn 17.04.1986, S. 16051ff.

Informationen von den zuständigen US-Behörden ohne Auflagen erhalten. Sie wären vor exzessiver Geheimstufung ihrer SDI-Forschungsarbeiten geschützt. Außerdem habe sich die US-Administration verpflichtet, nicht klassifizierte Forschungsergebnisse für die zivile Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Die Grundpositionen der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik waren mit den Rahmenabkommen gescheitert. Es war nicht gelungen, Einfluss auf die SDI-Systemarchitektur zu gewinnen. Ein Mitspracherecht wurde trotz der politischen Unterstützung seitens der Bundesregierung nicht erreicht.

2.4.2. Unrealistische und undurchdachte militärstrategische Initiative: EVI

Die Star Wars-Rede Ronald Reagans war der Auslöser für zwei Initiativen, mit denen „Europa“ auf das amerikanische Vorhaben reagierte. Die Europäische Verteidigungsinitiative (EVI) sollte eine militär-technologische und EUREKA eine vermeintlich zivil-technologische Antwort auf die durch SDI resultierenden Herausforderungen sein. In Deutschland waren sich die Raketenabwehr-Befürworter darüber einig, dass die westeuropäischen NATO-Staaten eigene Rüstungsanstrengungen zur Abwehr sowjetischer Raketen unternehmen sollten. Dabei sollten derartige Projekte nicht als Konkurrenz zu SDI verstanden werden, sondern vielmehr als eine „europäische Ergänzung“.

In der Bundesrepublik Deutschland sprachen sich die Unionspolitiker Franz Josef Strauß und Alfred Dregger für die Entwicklung einer eigenständigen Europäischen Verteidigungsinitiative aus. Eine mögliche militärstrategische Abkopplung Westeuropas von den USA könne mit einer derartigen Initiative verhindert werden, vermuteten beide Politiker.²⁹⁵ Weitere Argumente lieferte Dregger vor dem Bundestag: „Es gibt eine europaspezifische Bedrohung durch Kurzstreckensysteme, Flugzeuge und Marschflugkörper, die wahrscheinlich durch weltraumgestützte Systeme nicht abgewehrt werden kann (...) Ich meine, wir sollten die Abwehr dieser europaspezifischen Bedrohung als eine Aufgabe der europäischen Verteidigung begreifen, die im Rahmen der NATO zu erfüllen ist.“²⁹⁶ Die Bundesrepublik sollte als Ergänzung zum amerikanischen SDI-Projekt eigene Abwehrsysteme gegen die Waffen entwickeln, die vom US-

²⁹⁵ vergl.: „Strauß fordert europäisches SDI“, in: FAZ, 23.04.1985; „Abwehrraketen gegen Kurzstreckenraketen und Marschflugkörper gefordert“, in: FAZ, 23.04.1985

²⁹⁶ siehe: Alfred Dregger vor dem Deutschen Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, 185. Sitzung, 13.12.1985, S. 14094

Programm nicht abgedeckt würden. Er empfahl die Erforschung von Programmen zur Abwehr von nuklearen Kurz- und Mittelstreckensystemen (SNF, SRINF, LRINF) sowie Marschflugkörpern (Cruise Missile) und Flugzeugen. Das Forschungsprojekt sollte zwar ein europäisches sein, aber nicht zu einer Abkopplung von den USA führen, weswegen das Projekt als eine europäisch-amerikanische Gemeinschaftsaufgabe gewünscht wurde.

Den Begriff der „Europäischen Verteidigungsinitiative“ wurde von dem früheren CDU-Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel geprägt. Der ehemalige Verteidigungsminister war Vorsitzender der „High Frontier Europa“, einer Tochterorganisation der amerikanischen „High Frontier“, die unter der Leitung des pensionierten U.S. Air Force Generals Daniel O. Graham von der „Heritage Foundation“ finanziell gefördert wurde. Von Hassel profilierte sich zu einem der energischsten Anhänger der EVI. Auf einem gemeinsamen Symposium von „High Frontier Europa“ und dem „Europäischen Institut für Sicherheitspolitik“ (EIS) im Juni 1985, stellte er die strategische Zielsetzung des im Rahmen von SDI zu realisierenden EVI-Projekts vor: „Within the framework of the Strategic Defense Initiative, the SDI, why don't the Europeans develop a „European Defense Initiative“ – the EDI? In German, that would be an Europäische Verteidigungsinitiative- or EVI...This Europäische Verteidigungsinitiative, EVI, could be the great idea that can lead away from strategy of nuclear deterrence -Abschreckung- and introduce the strategy of detainment –Zurückhaltung- a conventional deterrence.“²⁹⁷

EVI sollte demnach einen Strategiewandel von der nuklearen zur konventionellen Abschreckung einleiten. Außerdem sollte das Projekt eine politische Kopplungsfunktion zwischen europäischer und amerikanischer Sicherheit übernehmen und einen wesentlichen Beitrag zu einer befriedeten Zone in Europa übernehmen. Von Hassels Ausführungen blieben jedoch in vielerlei Hinsicht fragmentarisch. Er erläuterte nicht, welche politischen Rahmenbedingungen und militärischen Erfordernisse notwendig sind, damit die von ihm propagierte Abhaltungsstrategie in Westeuropa erfüllt werden kann. Außerdem blieb unklar, wie von einem nicht näher definierten, rein konventionellen Streitkräftedispositiv in Europa, eine Ankopplungswirkung auf

²⁹⁷ siehe: von Hassel, Kai Uwe: Address at a Symposium of EIS an High Frontier, in: EIS-Journal, Nr. 4-5, 1985, S. 66-67; vergl. ders.: „SDI hat einen wichtigen Impuls für den Rüstungskontrolldialog gegeben“, in: Die Welt, 22.06.1985

die Ebene der strategischen Nuklearwaffen in den USA ausgehen könnte.²⁹⁸ Von Hassel ließ ebenso wie Dregger und Strauß die Frage unbeantwortet, inwiefern eine von Westeuropa dislozierte Raketenabwehr überhaupt mit dem integrierten Luftverteidigungssystem der NATO konzeptionell vereinbar war.

Der deutsche NATO-Botschafter in Brüssel Hans Georg Wieck befürwortete ebenfalls ein europäisches Raketenabwehrsystem. Er gab eine Studie in Auftrag und verteilte das erarbeitete Papier an seine NATO-Kollegen, das Auswärtige Amt, das Bundesverteidigungsministerium, sowie an das Bundeskanzleramt. In der Studie begründete er die Notwendigkeit einer europäischen Raketenabwehr folgendermaßen: „Um die politische Solidarität Europas gegenüber den USA nicht zu belasten und auch um europainternen politische Divergenzen über SDI zu vermeiden, sind politische Lösungen erforderlich, die den Europäern zu einer positiven konstruktiven Haltung gegenüber den USA und ihrem SDI-Projekt verhelfen...In dieser Lage erscheinen Überlegungen verfolgenswert, die auf ein Forschungsprogramm zur Unterstützung wissenschaftlich-technischer Möglichkeiten für ein Europäisches Raketenabwehrsystem (Kürzel ERA) abheben.“ Eine derartige Forschungsinitiative biete zwei Vorteile: „Die politische Qualität von ERA liegt darin, dass es kurzfristig für konstruktive Haltung gegenüber SDI und solidarische Außendarstellung genutzt werden kann...Die militärische Qualität von ERA liegt darin, dass es langfristig eine Lücke im Verteidigungsdispositiv in Europa schließen kann.“²⁹⁹ Die Studie wurde nicht veröffentlicht und daher nicht öffentlich diskutiert. Von den Adressaten nahm niemand Bezug auf die formulierten Gedanken, obwohl sie Thesen enthielt, die der Verteidigungsminister Manfred Wörner später äußerte. Dieser hielt sich in der sich entzündenden parteipolitischen Debatte zurück.³⁰⁰ Sowohl die militärischen als auch politischen Führer des Bundesverteidigungsministeriums nahmen daran nicht teil und gaben keine AT(B)M-Überlegungen des Verteidigungsministeriums preis.

Am 4. September 1985 meldete sich Verteidigungsminister Wörner öffentlich zu Wort. Er bezeichnete Forschungsanstrengungen auf dem Gebiet der

²⁹⁸ vergl.: Benien, a.a.O., S. 75

²⁹⁹ vergl.: Wieck, Hans Georg: Europäische Raketenabwehr, Brüssel 1985, nichtveröffentlichtes Papier, zitiert nach Hölzenbein, a.a.O., S. 187

³⁰⁰ zur parteipolitischen Debatte um EVI vergl.: Benien, a.a.O., S. 75ff.; Schierholz, Henning: SDI und die „Europäische Verteidigungsinitiative“, a.a.O., S. 62; Seitz: SDI- Die technologische Herausforderung für Europa, a.a.O., S. 389

europäischen Raketenabwehr als sinnvoll. Er ging sogar einen Schritt weiter und begrüßte die Forschungsanstrengung für den Fall, dass das amerikanische SDI-Programm nicht weitergeführt werde. Wörner wollte den Eindruck vermeiden, das europäische Raketenabwehrprogramm sei prinzipiell eine von den USA unabhängige Flugkörperabwehr. Daher lehnte er den Begriff „EVI“ ab.³⁰¹ Sein französischer Ressortkollege Charles Hernu hatte bereits Mitte Juli 1985 den Gedanken an eine Initiative aufgegriffen und die westeuropäischen Staaten aufgefordert, eigene europäische Weltraumwaffen zu entwickeln. Ohne auf die Argumente des französischen Außenministers näher einzugehen, hatte Wörner Zustimmung signalisiert. Er fügte an, die Europäer müssten eines Tages ganz sicher Abwehrsysteme entwickeln.³⁰²

Im deutschen Verteidigungsministerium wurden die konzeptionellen AT(B)M-Überlegungen im Wesentlichen im Planungsstab, im Führungsstab der Streitkräfte (FüS) III 2 (Militärstrategie) und im FüS III 6 (operative Grundlagen) angestellt. Beteiligt waren außerdem der Führungsstab der Luftwaffe (FüL) II 1 (militärisches Nachrichtenwesen).³⁰³ Von den Stellen waren verschiedene Luftbedrohungsanalysen erarbeitet worden.³⁰⁴ Der Vorsitzende der SDI-Arbeitsgruppe im Bundesverteidigungsministerium Lothar Rühl und der Leiter des Planungsstabes Hans Rühle gehörten zu den Anhängern der Idee einer europäischen Raketenverteidigung. Lothar Rühl erkannte in einer Flugkörperabwehr eine Ergänzung des bestehenden Luftverteidigungssystems der NATO. Sie war für ihn sogar unverzichtbar, insbesondere für ein spezielles SDI-Szenario: Falls die USA und die UDSSR gleichwertige Defensivsysteme dislozieren würden, würden die Westeuropa bedrohenden Offensivsysteme unterhalb der interkontinentalen Reichweite zu den einzigen uneingeschränkt einsetzbaren Systemen gehören.³⁰⁵

Hans Rühle hatte noch im Jahr 1980 ATM-Optionen als technisch nicht realisierbar gehalten. Fünf Jahre später befürwortete er ein europäisches Raketenabwehrsystem.³⁰⁶ Rühle hatte in einer Unterredung mit Reagans

³⁰¹ vergl.: „Wörner will Europäische Verteidigungsinitiative“, in: SZ, 05.09.1985; „Europas Problem mit der Raketenverteidigung“, in: SZ, 14.12.1985

³⁰² vergl.: „Wörner für europäische Weltraumwaffen“, in: SZ, 23.07.1985

³⁰³ vergl.: Benien, a.a.O., S. 80

³⁰⁴ vergl.: Köpke, Jörg; Ohlshausen, Klaus: Flugkörperabwehr in NATO-Europa, a.a.O., S. 38ff.; von Geyso, Peter: Strategic Defenses and ATBM: An European View, in: Gottstein, a.a.O., S. 163ff.; Weise, A: Missile Defense for NATO, a.a.O., S. 295

³⁰⁵ vergl.: „Eine Raketenabwehr auch für Europa“, in: FAZ, 17.01.1986

³⁰⁶ vergl.: Rühle, Hans: Wie kam es zu SDI, a.a.O., S. 20; ders.: „An die Grenzen der Technologie“, in: Der Spiegel, Nr. 48, 1985

Wissenschaftsberater George Keyeorth erfahren, die Amerikaner hätten das Problem, Europa den gleichen Schutz anzubieten, wie sie ihn für sich selbst beanspruchten. Dieses Argument hat auch zu dem Sinneswandel Rühles beigetragen.

Verteidigungsminister Manfred Wörner begrüßte eine europäische Initiative zur Abwehr von Kurzstreckenraketen und Marschflugkörpern. Er schränkte jedoch ein, die Bundesrepublik habe nicht die finanziellen Mittel und könne sich keine kostspieligen EVI-Studien leisten. Außerdem distanzierte er sich von den EVI-Überlegungen des CSU-Vorsitzenden Strauß und des Fraktionschefs Dregger.³⁰⁷ Wörner sah eine europäische Initiative eingebunden in eine Strategie der erweiterten NATO-Luftverteidigung. Eine eigenständige EVI lehnte er ab. Damit stellte er eine mögliche AT(B)M-Architektur in einen breiteren militärischen Kontext. In einem Grundsatzartikel in der „Zeit“ schilderte er seine Vorstellungen: „Europa braucht vorerst keine eigenständige weltraumgestützte, auf umfassenden Bevölkerungsschutz gegen nukleare Angriffsmittel optimierte europäische Verteidigungsinitiative. Die Lösung dieses Problems kann nur SDI bringen und ist daher in entsprechend langfristiger Perspektive zu sehen. Die NATO braucht zunächst - und vor allem - eine um die Fähigkeit zur Flugkörperabwehr erweiterte, überwiegend bodengestützte Luftverteidigung, um militärische Punktziele gegen einen „konventionellen Feuerschlag“ des Warschauer Paktes zu verteidigen und ein Unterlaufen der NATO-Strategie zu verhindern zu können.“³⁰⁸

In weiteren Aufsätzen konkretisierte Wörner die geforderten AT(B)M-Überlegungen einer erweiterten Flugkörperabwehr innerhalb der NATO. Grundsätzlich unterschied das Verteidigungsministerium drei verschiedene Optionen.³⁰⁹

1. Passive Maßnahmen zum Schutz von Einrichtungen der NATO gegen einen sowjetischen Raketenangriff: Zu „passiven Maßnahmen“ gehörten die Härtung von Gefechtsständen oder unterirdischen Depots, die Mobilität von Waffen- und Führungssystemen, die weiträumige Dislozierung von Flugplätzen sowie Täuschungsmaßnahmen insbesondere elektronischer Art.

³⁰⁷ vergl.: „Wörner will Europäische Verteidigungsinitiative“, in: SZ, 05.09.1985

³⁰⁸ vergl.: „Europa braucht Raketenabwehr“, in: Die Zeit, 28.02.1986

³⁰⁹ vergl.: Wörner, Manfred: A Missile Defense for NATO Europe, a.a.O., S. 13ff.; ders.: Flugkörperabwehr der NATO- eine Notwendigkeit!, a.a.O., S. 505ff.; ders.: Begrenzte Kooperation mit Moskau, aber keine „Sicherheitspartnerschaft“, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr. 4, 1986, S. 200

2. Zerstörung sowjetischer Flugkörper vor dem Start: Eine derartige Maßnahme wurde Offensive-Counter-Air (OCA) Option genannt. Diese Option richtete sich gegen sich am Boden befindende sowjetische Kurz- und Mittelstreckenraketen. Sie leitete sich aus älteren OCA-Optionen zur Bekämpfung von Flugzeugen vor ihrem Start ab.
3. Aktive Verteidigung: Es sollte das Abfangen bereits gestarteter sowjetischer Flugkörper während ihrer Flugphase ermöglicht werden. Diese Option schien für Wörner die einzig politisch und strategisch akzeptable Lösung zur wirkamen Neutralisierung des sowjetischen Flugkörperpotentials zu sein.

Im Gegensatz zu Wörner hatte die militärische Führung im Bundesverteidigungsministerium nicht nur Interesse an aktiven, sondern auch an passiven und offensiven Optionen. Sie hofften, eine optimale Mischung verschiedener Optionen erhalten zu können.³¹⁰

Manfred Wörner versuchte auf der Frühjahrstagung der NATO-Verteidigungsminister am 22. Mai 1986, seine Kollegen von der Notwendigkeit einer modernen Luftabwehr zu überzeugen.³¹¹ Neben den militärischen Optionen erläuterte er den konzeptionellen Kern einer erweiterten Luftverteidigung. Grundlage einer europäischen Flugkörperabwehr sollten nicht-nukleare Defensivsysteme sein. Sie durfte keine nuklearen Abwehrelemente enthalten und sollte zum Abfangen von konventionellen Flugkörpern dienen. Militärisch sensible Punkte in den NATO-Staaten sollten verteidigt werden können, da man von der sowjetischen Militärstrategie ausging, die auf den Angriff wichtiger NATO-Einrichtungen beruhte. Des Weiteren gab es nicht die Anforderung an eine Luftabwehr, vollkommen undurchdringlich zu sein, oder das gesamte westeuropäische Territorium schützen zu können. Die begrenzte Fähigkeit zur Ausschaltung der Angriffsoptionen des Warschauer Paktes reichte aus. Aus dieser Tatsache würden sich „denial“-Optionen erhöhen: Die Erfolgsaussichten eines sowjetischen Angriffs würden im Sinne der „deterrence-by-denial“-Theorie vermindert werden. Daraus ergäbe sich wiederum eine erhöhte Abschreckung.

Die Verwundbarkeit des AT(B)M-Systems sollte niedrig gehalten und eine relativ hohe Überlebensfähigkeit garantiert werden. Weder Abwehrraketen noch Radar-oder Führungssysteme durften bei einem gegnerischen Angriff, etwa durch

³¹⁰ vergl.: Benien, a.a.O., S. 81

³¹¹ vergl.: „Bessere Luft-Abwehr bessere Luft-Waffen“, in: FAZ, 22.05.1986

bemannte Flugzeuge, zerstört werden können. Das Raketenabwehrsystem musste in der Lage sein, flexibel zu reagieren: Es musste verhindert werden, dass der Gegner mit einem Täuschungsangriff die Luftabwehr auslöste, die sich auf das Täuschungsmanöver konzentriert und bei dem nachfolgenden tatsächlichen Angriff ausgeschaltet sein würde. Die verbliebenen Offensivwaffen des Gegners hätten dann die Möglichkeit, die Ziele der NATO zu erreichen. Eine flexible Luftabwehr sollte in der Lage sein, mehrmals zu reagieren und sowohl Täuschungskörper, als auch nachfolgende Sprengköpfe vernichten können.³¹²

Zur innenpolitischen Legitimierung der NATO-Luftverteidigung führte Wörner ausserdem die verbesserte konventionelle Erstschlagfähigkeit der Sowjetunion an. Die Verbesserung resultiere aus den qualitativ verbesserten Mitteln zur Aufklärung, Zielerfassung und Feuerleitung, der Einführung moderner Gefechtskopftechnik und intelligenter Submunition. Zudem sei das Raketenpotential kurzer und mittlerer Reichweite modernisiert worden.³¹³

Aus den Zahlen ergab sich eine quantitative Asymmetrie in dem TBM-Bedrohungssegment. Zusätzlich waren die SNF- und SRINF-Systeme sowohl mit konventionellen als auch nuklearen und chemischen Gefechtsköpfen einsetzbar. Die TBM-Systeme erlangten durch genauere Treffgenauigkeit eine gesteigerte Gefährlichkeit. Daraus ergab sich die Befürchtung eines gezielten konventionellen Feuerschlags gegen ausgewählte Ziele der NATO, wie zum Beispiel Nuklearwaffendepots, Radaranlagen, Flugplätzen oder Kommandozentralen. Damit sei ein rein konventioneller Angriff mit einem strategischen Entwaffnungsschlag vergleichbar. Durch den präventiven Einsatz der gesamten bemannten und unbemannten Flugkörpersystemen in Verbindung mit massiven Einsätzen von Landstreitkräften könnte der militärische Konflikt in Westeuropa zugunsten des Warschauer Paktes entschieden werden. Für den Verteidigungsminister ergaben sich daraus für die NATO als Konsequenz zwei strategische Optionen des Warschauer Paktes: Erstens eine regionale nukleare Dominanz und zweitens eine konventionelle Angriffskapazität, die die

³¹² Die Bedrohung Westeuropas bestand in der konventionellen Erstschlagfähigkeit des Warschauer Paktes und in der nuklearen Bedrohung. Das sowjetische nukleare Drohpotential bestand aus den ICBMs vom Typ SS-11 und SS-19, unterschiedlichen SLBM-Varianten und den 441 LRINF-Systemen vom Typ SS-20 (Reichweite bis zu 5.000 km), sowie mehr als 100 älteren LRINF-Systemen vom Typ SS-4 Sandal (Reichweite 2.000 km) zusammen.

³¹³ Mehr als 1.300 taktische ballistische Raketen (TBM-Tactical Ballistic Missile) mit Reichweiten zwischen 80 und 900 km gehörten zu diesem speziellen Bedrohungssegment, vergl.: Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 1985; vergl. Benien, a.a.O., S. 83; International Institute for Strategic Studies (Hrsg.): The Military Balance 1985-1986, London 1986, S. 162f.; Enders, Thomas: Eine neue Option Moskaus: Drohung mit Kurzstrecken-Raketen, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr. 6, 1986, S. 330ff.; Rühle, Michael: Perserving the Deterrent.a.a.O., S. 18ff.

konventionelle Verteidigung der NATO entscheidend schwächen könne, ohne die Schwelle zum Nuklearkrieg überschreiten zu müssen.³¹⁴

Nicht nur die strategischen Offensivsysteme der UdSSR bildeten das Motiv für die Überlegungen einer erweiterten NATO-Luftverteidigung. Die sowjetischen BMD-Forschungsanstrengungen beunruhigten Manfred Wörner ebenfalls. Um Moskau wurde das „Galosh“-Raketenabwehrsystem (ABM-X-3) ausgebaut. Die Forschung auf dem Gebiet hochenergetischer Mikrowellenstrahlung sowie von Laser- und Teilchenstrahlenwaffen wurde vorangetrieben. Dies trug zu einer verminderten Penetrationsfähigkeit westlicher Flugkörpersysteme bei. Nach Ansicht der westlichen Analytiker lag die entscheidende Gefahr darin, dass die Sowjetunion die selektiven Nuklearmöglichkeiten der NATO negieren und ihre nukleare Überlegenheit in Europa bis hin zu einer Eskalationsdominanz verstärken könnte.

Zum Aufbau einer erweiterten Luftverteidigung der NATO plante das Bundesverteidigungsministerium ein „Mittleres Flugabwehrraketensystem“ (MFS). Das Waffensystem sollte die AT(B)M-Funktionen mit Hilfe der konventionellen Patriot-Luftabwehrrakete erfüllen. Die bisherige Flugabwehrrakete Hawk sollte ersetzt und die nukleare Nike-Herkules-Rakete nicht berücksichtigt werden. Zusätzlich zu dem MFS war geplant, das bisherige Patriot-System zu aktualisieren. Die Einführung des Patriot-Systems war bereits am 6. Dezember 1983 zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Verteidigungsminister in einer amerikanisch-deutschen Grundsatzerklärung beschlossen worden.³¹⁵

Das MFS sollte das veraltete Hawk-System ersetzen.³¹⁶ Die Hawk-Abwehrrakete war für eine sehr tiefe bis mittlere Höhen- Luftverteidigung

³¹⁴ vergl.: Wörner: Flugkörperabwehr der NATO, a.a.O., S.507; neben den TBM-Systemen standen der Sowjetunion zur Implementierung dieser strategischen Optionen ferner ca. 2.500 Jagdbomber vom Typ Fencer, Fitter, Flogger und ungefähr 500 Mittelstreckenbomber vom Typ Badger sowie Blinder zur Verfügung. Die Kampfbomber konnten mit Anti-Strahlen Raketen (AS-11, AS-12), zur Bekämpfung von NATO-Radaranlagen, munitioniert werden. Verbesserte Marschflugkörper und Abstandswaffen sollten in Zukunft gegen entfernte Ziele in Westeuropa von Flugzeugen eingesetzt werden können, vergl.: Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 1985, S. 56

³¹⁵ Danach erhielt die deutsche Luftwaffe 36 Patriot-Feuereinheiten und vier Systeme zu Ausbildungszwecken. Die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik stationierten 42 Patriot-Feuereinheiten. Damit standen in der Bundesrepublik insgesamt 82 Flugabwehrraketen-Einheiten (FlaRak) zur Verfügung. Sie bestanden aus über 5.000 Flugkörpern, die mobil waren, einen konventionellen Gefechtskopf und ein phasengesteuertes Multifunktionsradar hatten, vergl.: Enders, Thomas: ATM: Europas Verteidigung auch gegen Flugkörper, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr.10, 1986, S. 563; Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Das Flugabwehrsystem Patriot. Eine Bürgerinformation, Bonn 1987, S. 8ff.; Feigl, Hubert: Technische Herausforderungen einer taktischen Raketenabwehr, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1987, S. 14ff.

³¹⁶ Von diesen hatte die deutsche Luftwaffe neun Bataillone mit 36 Batterien und 216 Werfern stationiert.

konzipiert worden. Obwohl das System modernisiert und verbessert wurde, wurde auf einem Treffen der NATO-Verteidigungsminister im November 1984 über eine Ablösung des Systems und die Entwicklung und Einführung eines Flugabwehrraketen-Systems beraten. Das Medium SAM Projekt der NATO war Vorbild für das Flugabwehrraketensystem, das in Deutschland eingeführt werden sollte und den Namen MFS bekam.³¹⁷ MFS wurde konstruiert zur Abwehr von Kampfflugzeugen, Hubschraubern, Drohnen und „stand off“-Waffen. Das Verteidigungsministerium benannte das Projekt im weiteren Verlauf der Entwicklung in „taktisches Luftverteidigungssystem“ (TLVS) um.

Die Pläne Manfred Wörners für eine erweiterte Luftverteidigung der NATO stießen bei den Bündnispartnern auf wenig positive Resonanz. Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger, der Plänen einer Europäischen Verteidigungsinitiative negativ gegenüberstand, zeigte sich „verhalten interessiert“.³¹⁸ Der NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers äußerte, eine Abwehr gegen sowjetische Raketen zur Verteidigung Europas sei notwendig.³¹⁹ Er gab dem deutschen Vorstoß aufgrund mangelnder Unterstützung keine Chancen auf Realisierbarkeit: „Ich habe bisher leider keine Anzeichen dafür bemerkt, dass die Europäer besonders begierig sind, dem deutschen Vorschlag zu folgen. Ja, ich bin enttäuscht.“³²⁰

Der Oberbefehlshaber erkannte in der SDI-Debatte einen allianzpolitischen Sprengsatz für die NATO. Er warnte vor Abkopplungstendenzen und versuchte die Westeuropäer von der Notwendigkeit eines integrierten europäischen Raketenabwehrsystems zu überzeugen. Seine Überzeugungsversuche stießen bei den übrigen Verbündeten auf keine erkennbare Resonanz. Die Verteidigungsminister der Allianz entschieden am 22. Mai 1986 lediglich, Maßnahmen zu einer Erweiterung des NATO-Luftverteidigungssystems als Beitrag zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung zu prüfen.³²¹

Die Verbesserung der NATO-Luftverteidigung wurde von dem Bündnis bereits im Mai 1987 mit der Verabschiedung des langfristigen Verteidigungspro-

³¹⁷ vergl.: Flume, Wolfgang: Luftverteidigung heute und morgen. Neue Bedrohung durch taktische ballistische Raketen, in: Wehrtechnik, Nr. 4, 1986, S. 19; Sommer, Dirk: ATM und ATBM. Schutzschirm gegen Flugkörper auf den europäischen Felde, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr. 10, 1988, S. 606; Altmann, Jürgen: Technical Requirements for Theater Defences Against Nuclear Missiles, in: Altmann, Jürgen; Morel, Benoît u.a. (Hrsg.): Anti-Tactical Missile Defences And West European Security, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M. 1987, S. 18

³¹⁸ vergl.: „Weinberger kritisiert die Europäische Verteidigungsinitiative“, in: FAZ, 06.12.1985

³¹⁹ vergl.: „Wir brauchen eine Raketenabwehr in Europa“, in: Die Welt, 21.07.1986

³²⁰ vergl.: „Rogers: Nicht auf technologischen Abfall von SDI warten“, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 11.02.1986

³²¹ vergl.: Benien, a.a.O., S. 89

gramms beschlossen. Seit Beginn der achtziger Jahre sind in zahlreichen NATO-Papieren Vorschläge zur Ergänzung der Luftverteidigung durch eine Raketenabwehr unterbreitet worden, zum Beispiel in dem Bericht der „Advisory Group for Aerospace Research and Development (AGARD) vom März 1980 mit dem Titel „Defense against Missiles“. Dieselbe Abteilung gab drei Jahre später die Studie „Anti-Tactical Ballistic Missile Concepts“ heraus. Darin boten die Autoren Möglichkeiten zur Abwehr der sowjetischen TBM-Bedrohung bis zum Jahr 2000 an. Weitere Studien und Vorschläge anderer Expertengruppen ergänzten die NATO-interne Diskussion um eine verbesserte Luftverteidigung.³²²

Mit seinem Vorstoß einer europäischen NATO-Luftverteidigung betrat Manfred Wörners kein unbekanntes und neues Terrain. Das Ziel und die Diskussion waren altbekannt. Durch die SDI-Debatte gewann das Thema jedoch erstens an Aktualität und zweitens wurde es in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Erst durch die Vorschläge von Dregger und Strauß begann sich die Öffentlichkeit mit einer europäischen Raketenabwehr zu beschäftigen. Die NATO-interne Diskussion wurde plötzlich unverschuldet aktuell. Das Bundesverteidigungsministerium lehnte sich an die bisherigen NATO-Studien an. Es verzichtete auf eigene nationale Konzepte.

Eine europäische erweiterte NATO-Luftverteidigung und die Europäische Verteidigungsinitiative scheiterten. Im Wesentlichen waren dafür drei Gründe verantwortlich:

1. Die Forschungsergebnisse im Laufe des Jahres 1986 zeigten, dass es eine lückenlose Raketenabwehr für Europa in den nächsten Jahrzehnten nicht geben würde.
2. Im Rahmen der INF-Verhandlungen der beiden Supermächte in Reykjavik im Oktober 1986 konnten sich die USA und die UdSSR über Mittelstreckenwaffen in Europa einigen. Die Bemühungen um eine Abwehr von nuklearen Mittelstreckenwaffen wurde damit obsolet.
3. Ein weiterer Grund für das Scheitern einer erweiterten europäischen NATO-Luftverteidigung waren die amerikanischen Forschungsaufträge an europäische Firmen zu einer SDI-Architektur. Der amerikanische Verteidigungsminister gab im Dezember 1986 auf einer NATO-Tagung

³²² vergl. Benien, a.a.O., S. 90; Enders, Thomas: Missile Defense as Part of an Extended NATO Air Defense. Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1986, S. 12ff.; Rühle: Perserving the Deterrent, a.a.O., S. 27ff.; Müller: Strategic Defences, a.a.O., S. 26

bekannt, dass die SDIO an 51 Firmen aus Europa und den USA Aufträge für eine europäische SDI-Architekturstudie zur Abwehr von TNF-Systemen vergeben habe.³²³

Das Schicksal einer eigenen europäischen Initiative war damit besiegelt.

2.4.3. Verteidigungspolitischer Grundstein im zivilwirtschaftlichen Gewand: EU-REKA

Die westeuropäischen Industrienationen mussten befürchten, einen durch SDI ausgelösten technologischen Innovationsschub nicht im Alleingang mitvollziehen zu können.³²⁴ Selbst eine Beteiligung europäischer Firmen und Forschungseinrichtungen an dem SDI-Programm hätte einer solchen Entwicklung nicht entgegensteuern können. Zur Wahrung der europäischen technologischen Interessen schien eine gesamteuropäische technologische Initiative geradezu essentiell notwendig. Die Initiierung einer eigenen europäischen Forschungsanstrengung wurde als einzige Möglichkeit angesehen, einer durch SDI ausgelösten Entwicklung entgegenzusteuern, die die Wettbewerbsfähigkeit nationaler europäischer Industrieunternehmen gefährden könnte. Durch eine eigene Forschungsinitiative erhoffte man sich, technologisch wettbewerbsfähig bleiben und den Abstand zu den USA möglichst gering halten zu können. Außerdem glaubte man, die Abwanderung qualifizierter Wissenschaftler (brain drain) in die USA, die durch lukrative Arbeitsplätze in der SDI-Forschung angezogen würden, verhindern zu können.

Bereits zu Beginn der achtziger Jahre war von einigen europäischen Politikern der Vorschlag geäußert worden, Europa solle auf dem Gebiet der Hochtechnologie zusammenarbeiten.³²⁵ Um den Plänen Nachdruck zu verleihen, finanzierte die Europäische Gemeinschaft (EG) Forschungsprogramme, wie zum Beispiel das ESPRIT-Programm zur Entwicklung von Informationstechnologien, das RACE-Programm zur Förderung von Telekommunikationstechnologien, das BRITE-Programm zur technologischen Grundlagenforschung und das FAST-Programm zur Erforschung des gesellschaftlichen Umfeldes neuer

³²³ vergl.: „Auftrag für SDI-Studie zur Verteidigung Europas“, in: Die Welt, 05.12.1986

³²⁴ zur Entwicklung der Industriezweige im Bereich Hochtechnologie in Europa im Vergleich zu Japan und Amerika vergl.: Peterson, John: High technology and the competition state: An Analysis of the EUREKA Initiative, New York 1993, S. 49ff.

³²⁵ vergl.: Carton, Alain: EUREKA, a.a.O., S. 315-317

Technologien.³²⁶ Die Projekte erlangten jedoch keine große westeuropäische technologische Bedeutung. Eine Forschungsk Kooperation zur wirkungsvollen Zusammenfassung und Koordination der verfügbaren nationalen Forschungskapazitäten zum Zweck einer gemeinsamen Fortentwicklung der Spitzentechnologien in Westeuropa existierte nicht. Vielmehr hatte die Verfolgung nationalstaatlicher Eigeninteressen eine weitere Zersplitterung der westeuropäischen Forschungsaktivitäten bewirkt, so dass europäische Spitzentechnologien in vielen Bereichen weiter hinter das amerikanische und japanische Niveau zurückfielen.³²⁷

Anfang April 1985 verfasste der französische Außenminister Dumas einen Brief, den er an die zehn EG-Außenminister, die beiden EG-Beitrittskandidaten Spanien und Portugal und den Präsidenten der EG-Kommission Jacques Delors sandte. Darin wurde vorgeschlagen, eine zentrale Technologieagentur zur Koordinierung der verschiedenen europäischen Anstrengungen im Bereich der Forschung und Entwicklung zu gründen.³²⁸ Das Projekt sollte den Namen EUREKA erhalten. Dumas regte sechs Forschungsgebiete an: Opto-Elektronik, neue Materialien, Hochleistungslaser, Großcomputer, künstliche Intelligenz sowie superschnelle und minituarisierte Mikroprozessoren. In einem später verfassten zweiten Schreiben fügte der Außenminister die Bereiche Robotertechnik, vollautomatische Fabrikanlagen, extrem belastbare Elektronik sowie Biotechnologie hinzu. Auf den Vorschlag zur Förderung von Grundlagenforschung verzichtete er. Stattdessen unterstützte EUREKA zivile und militärische Projekte, die zu wettbewerbsfähigen Produkten führen sollten. Es war geplant, für jeden der genannten Bereiche ein vorsitzendes Gremium zu schaffen. Dieses sollte aus Vertretern der Regierung, Industrie und Wissenschaft bestehen. Ähnlich wie bei dem ESPRIT-Programm wurde eine Verteilung der Finanzierung aus staatlichen und privatwirtschaftlichen Mitteln geplant.

Bereits vor dem offiziellen Dumas-Brief herrschte in Bezug auf eine europäische Forschungsanstrengung ein reger Kontakt zwischen dem französischen und deutschen Außenminister. Anfang 1985 regte Genscher in seinem Ministerium an, bei dem französischen Ministerium nachzufragen, ob Interesse an einem gemeinsamen zivilen Forschungsprogramm als Alternative zu

³²⁶ vergl.: Becker, Johannes: EUREKA und das „Europa der Hochtechnologien“- Frankreich als treibende Kraft, in: Engels; Scheffran; Sieker: SDI, a.a.O., S. 180; Grewlich, Klaus: EUREKA – heureka?, in: Außenpolitik, Nr. 1, 1986, S. 24

³²⁷ vergl.: Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 34

³²⁸ vergl.: Schütze, Walter: SDI oder EUREKA?, a.a.O., S. 35

SDI bestünde.³²⁹ Der deutsche Außenminister wurde im Wesentlichen von vier Überlegungen geleitet:

1. Der Wirtschaft sollte eine Alternative zur SDI-Forschung angeboten werden können.
2. Den zu erwartenden Technologieschub glaubte er so kompensieren zu können.
3. Die Freundschaft und Zusammenarbeit mit Frankreich würde gestärkt werden.
4. Die Entspannungspolitik und das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten sollte durch ein betont zivil ausgelegtes Forschungsprogramm nicht belastet werden.

Die französische und deutsche Delegationen trafen sich daraufhin abwechselnd in Bonn und Paris, um einen gemeinsamen Forschungsrahmen festlegen zu können. Nachdem der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger seine Einladung an die Verbündeten verschickt hatte, drängte die Zeit. Genscher und Dumas trafen sich persönlich, um das geplante Projekt zu forcieren.³³⁰

Am 16. April erhielt das Auswärtige Amt den Brief von Dumas, über dessen Inhalt Genscher dem Bundeskabinett einen Tag später berichtete.³³¹ Auf der WEU-Tagung in Bonn am 22. und 23. April verhandelten die westeuropäischen Staaten über die Initiative. Staatspräsident Mitterand warb auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel nochmals eindringlich für EUREKA. Der deutsche Bundeskanzler sollte zu einer offiziellen Zusage einerseits und andererseits zu einer SDI-Absage andererseits bewegt werden.³³² Bilaterale Gespräche zwischen deutschen und französischen Delegationen, die über einen gemeinsamen Forschungsrahmen berieten, fanden im Mai 1985 statt.

Über den Aufbau der Technologiegemeinschaft EUREKA konnten sich Deutschland und Frankreich infolge eines zweitägigen Paris-Aufenthaltes von Genscher einigen. Die Franzosen hatten auf eine deutsche SDI-Absage verzichtet, ebenso wie auf den Aufbau einer neuen Agentur für diese Technologiegemeinschaft. Die Bundesregierung hatte durch einen derartigen

³²⁹ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S. 192

³³⁰ vergl.: ebd., S. 192; „Zwei Voraussetzungen sind nötig“, in: Die Welt, 01.04.1985

³³¹ vergl.: „Querschuß aus Paris“, in: Die Zeit, Nr. 18, 1985; Graf von Rothenburg, Wäsche, a.a.O., S. 34ff.; „Europäische Gespräche in Sachen SDI“, in: FAZ 03.06.1985

³³² vergl.: „Frankreich will sich nicht an der Forschung für Weltraumwaffen beteiligen. Das EURECA-Programm“, in: FAZ, 06.05.1985

Schritt eine „Bürokratisierung“ des Projektes befürchtet.³³³ Während eines Zusammentreffens zwischen Kohl und Mitterrand zur Vorbereitung auf das EG-Gipfeltreffen am 28. und 29. Juni in Mailand war EUREKA neben SDI das Hauptthema der beiden Staatsmänner. Auf dem anschließenden Gipfel wurde das Memorandum der EG-Kommission für eine „Technologie-Gemeinschaft“ verabschiedet.³³⁴ Dadurch erfuhr das Projekt eine außenpolitische Aufwertung. Es handelte sich offiziell nicht mehr um die Idee einer bilateralen Forschungsgemeinschaft, sondern um ein gemeinsames Vorhaben der Europäer.

Die zivil-technologischen Aspekte knüpften sich eng an militärisch-rüstungswirtschaftliche Beweggründe für die Initiierung der europäischen Forschungskooperation. Für Frankreich diente die technologische Argumentation als ein Vorwand, um den Grundstein für eine eigene europäische sicherheitspolitische Konzeption zu legen. Bereits am 7. Februar 1984 forderte der französische Staatspräsident Mitterrand in Den Haag, neben einer verstärkten Zusammenarbeit im Technologiebereich und der Entwicklung einer Strategie für jede der großen Zukunftsbranchen, die Gründung einer europäischen Weltraumgemeinschaft als Antwort auf die militärischen Realitäten von morgen.³³⁵

Auch in der französischen Nationalversammlung wurde die Notwendigkeit für eine europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hochtechnologie-forschung mit militärstrategischen Argumenten begründet. Verteidigungsminister Charles Hernu führte in einer Debatte am 24. April 1985 aus, das „Europa der Technologie“ sei auch ohne einen SDI-Anstoß erforderlich. Als Ziel nannte er neben der zivilen Nutzung die militärische Nutzung zu friedlichen Zwecken. Außenminister Roland Dumas erklärte am 11. Juni 1985 in einer außenpolitischen Debatte der Nationalversammlung zu der militärischen Seite von EUREKA, die Europäer könnten damit ihre Befähigung verbessern, sich selbst zu verteidigen.³³⁶

Während der französisch-deutschen EUREKA-Verhandlungen im Mai 1985, versuchte eine französische Verhandlungsdelegation einen Schwerpunkt von EUREKA auf die Entwicklung von Satellitensystemen durchzusetzen.³³⁷

³³³ vergl.: Hölzenbein, a.a.O., S.193

³³⁴ vergl.: Memorandum der EG-Kommission in: EA, Nr.16, 1985, S. D453

³³⁵ Zitat Mitterrand in: Carton, Alan: French Political Reaction to SDI – The Debate on the Nature of Deterrence, in: Brauch, a.a.O., S. 155

³³⁶ vergl.: Schütze, a.a.O., S. 36

³³⁷ vergl.: Peterson, a.a.O., S. 61

Entwicklungen auf dem Gebiet hätten einen direkten Nutzen für die französische Abschreckungsmacht gehabt. Diese bestand aus strategischen Mirage-VI-Bombern, sechs U-Booten sowie achtzehn Interkontinentalraketen, verfügte jedoch nicht über ausreichende eigene nationale Satellitensysteme zur Koordination der Triade. Die französische Luftwaffe benötigte im Bereich der Luftaufklärung ein Frühwarnsystem für den Einsatz der strategischen Mirage-VI-Bomber, da sie über kein eigenständiges Satellitensystem verfügte und auf die entsprechenden NATO-Infrastrukturen angewiesen war.³³⁸ Mit dem Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration des Bündnisses war der Wert der Luftwaffe durch deren Abhängigkeit von NATO-Kapazitäten gleichzeitig stark relativiert worden. Durch die Entwicklung eigener europäischer Satellitensysteme hätte dieses Abhängigkeitsverhältnis aufgehoben werden können. Der militärstrategische Wert der französischen strategischen Bomber wäre gestiegen. Da die Armee ebenfalls nicht über eigene Satellitenleitsysteme zur notwendigen Kommunikation mit den U-Booten und damit zum Einsatz von deren strategischen Raketen verfügte, wäre die Forschung und Entwicklung von Satellitenleitsystemen auch diesem Bereich zugute gekommen.³³⁹

Um diese militär-technologischen Mängel im Bereich der Satellitensysteme zu beheben, strebte Frankreich nach der Erforschung eigener Satelliten. Seit Mitte der siebziger Jahre wurde über den Bau eines eigenen Systems von Erdsatelliten für die militärische Nutzung nachgedacht.³⁴⁰ Die Pläne konnten nicht realisiert werden, da entsprechende Finanzmittel in den Rüstungshaushalten nicht vorgesehen wurden. Es stellte sich heraus, dass die gewünschten Projekte im nationalen Alleingang nicht finanzierbar waren, weswegen Frankreich Möglichkeiten zur bilateralen Zusammenarbeit mit Deutschland evaluiert hatte. Fachgespräche mit deutschen Vertretern über konkrete Projekte waren allerdings folgenlos geblieben.³⁴¹

Im April 1984 kündigte Verteidigungsminister Hernu die Realisierung mehrerer konkreter Projekte an. Zur Navigationshilfe auf hoher See wollte Frankreich Teile eines NATO-Satellitensystems abonnieren sowie zukünftig zwei Kanäle eines europäischen Fernmeldesatelliten für militärische Zwecke nutzen. Außerdem war zur Befehlsübermittlung für den Einsatz der seegestützten

³³⁸ vergl.: Becker, in: Engels; Scheffran; Sieker, a.a.O., S. 190

³³⁹ vergl.: ebd.

³⁴⁰ vergl.: Schütze a.a.O., S. 36f.

³⁴¹ vergl.: ebd.

strategischen Raketen der Bau von Seeaufklärungsflugzeugen geplant. Dabei hätten man jedoch im Wesentlichen auf amerikanische Elektronik zurückgreifen müssen.³⁴²

Neben der Entwicklung von Aufklärungssatelliten forderte Frankreich in einer EUREKA-Projektliste die Entwicklung eines speziell für die Raketensteuerung einsetzbaren Computers.³⁴³ Verbesserungen der Hard- und Software für die Raketensteuerungen hätte einen direkten Nutzen für die französischen atomar bestückten Raketen ergeben. Auch die weiteren vorgeschlagenen Projektpunkte orientierten sich an Technologien, welche dem SDI-Forschungsprogramm ähnelten, darunter die Realisation elektronischer Elementarbausteine, Computerchips, lernfähiger flexibler Roboter sowie eine Fabrik zur Entwicklung von Bausteinen für vollautomatische Montage auch unter extremen Umweltbedingungen.³⁴⁴ Demgegenüber strebte Deutschland danach, Vorhaben mit ziviler Nutzung zu fördern, wie Programme für die Entwicklung marktorientierter Produkte, Vorhaben zur Lösung von Umweltproblemen oder Projekte für die Schaffung weiträumiger Infrastrukturen.³⁴⁵

Die französische Diplomatie wies ausdrücklich auf die Möglichkeit der militärischen Nutzung von EUREKA hin: „Das bedeutet, dass die SDI, ein militärisches Programm, sich auch auf den zivilen Bereich auswirken wird, ebenso wie EUREKA, ein ziviles Programm, die Entwicklung militärischer...nutzbarer Geräte ermöglichen kann, zum Beispiel Beobachtungs- und Horchsysteme für den Weltraum...“³⁴⁶ Die Gründung von EUREKA war somit eine direkte Reaktion auf die militär-technologischen Herausforderungen des SDI-Programms. Unter dem Deckmantel technologischer Interessen sollte ein politisches Gegengewicht zu den SDI-Befürwortern aufgebaut werden. Die europäischen Regierungen und besonders Frankreich wurden nicht müde, das Gegenteil zu betonen: EUREKA sei keine militärische oder rüstungswirtschaftliche Initiative und schon gar nicht als eine SDI-Alternative gedacht.

Am 17. Juli 1985 fand in Paris die konstituierende Ministerkonferenz von EUREKA statt. Der französische Staatspräsident Mitterand hatte den EG-

³⁴² vergl.: ebd. S.37

³⁴³ vergl.: Graf von Rothenburg, Wäsche, a.a.O., S. 35

³⁴⁴ vergl.: ebd.

³⁴⁵ vergl.: ebd.

³⁴⁶ siehe: Frankreich zum EUREKA-Programm; Französische Botschaft in Bonn: Warum EUREKA, in: Krause, a.a.O., S. 165

Präsidenten Delors, die siebzehn Außen- und Forschungsminister der zehn EG-Staaten sowie die beiden designierten Mitgliedsländer Portugal und Spanien eingeladen. Da sich Kohl und Mitterand bei ihrem Treffen am 28. Mai 1985 in Koblenz für die Offenheit zur Beteiligung auch anderer europäischer Nicht-EG-Staaten ausgesprochen hatten³⁴⁷, nahmen außerdem die zuständigen Minister aus Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz teil.

Mittelpunkt der Eröffnungsrede Mitterands war die europäische Wettbewerbsfähigkeit bei den Spitzentechnologien. Die technologische Unabhängigkeit hänge von der Wettbewerbsfähigkeit ab. Um EUREKA mitzufinanzieren, werde Frankreich 1985 eine Milliarde Franc investieren.³⁴⁸ Außenminister Genscher hob die Intention von EUREKA hervor: „Das Gelingen der EUREKA-Initiative ist zukunftsentscheidend für Europa. (...) EUREKA ist eine Notwendigkeit mit und ohne SDI. EUREKA ist weder nach seiner Begründung noch nach seiner Zielsetzung ein Ersatz für noch eine Alternative zu SDI.“³⁴⁹ In den Reden wurden Grundsatzserklärungen abgegeben. Weitere substantielle Beschlüsse wurden nicht gefasst.

Die französischen Vorschläge für mögliche Technologieprogramme wurden von der Regierung in Paris unter dem Titel „EUREKA - Die technologische Renaissance Europas“ veröffentlicht.³⁵⁰ Die fünf wichtigsten Programme waren:

1. European Information Science (EUROMATIC) : Das Ziel war der Bau eines Supercomputers „Suprenum“ und hochmoderner integrierter Hardware.
2. European Telecommunication (EUROCOM): Die Aufgabe dieses Programms war die Entwicklung von Kommunikationssystemen und Intranets für europäische Forschungsinstitute.
3. European Robots (EUROBOT): Mit der Herstellung von Industrierobotern und der Konstruktion von Fabrikanlagen für die vollautomatische Montage beschäftigte sich dieses Abteilung.

³⁴⁷ vergl.: Graf von Rotenburg, Wäsche, a.a.O., S. 34

³⁴⁸ Zitat Mitterands aus: EA, Nr. 2, 1986, S. D28f.; vergl.: „Projektgruppe für EUREKA geplant“, in: SZ, 18.07.1985; „In Hochstimmung hebt Europa „EUREKA“ aus der Tiefe“, in: Die Welt, 19.07.1985; „Heute eröffnet Mitterand die EUREKA-Konferenz“, in: FAZ, 17.07.1985

³⁴⁹ Genscher, Hans-Dietrich: Umfassende Zusammenarbeit Europas in den neuen Zukunftstechnologien, in: Bulletin, Nr. 85, 1985, S. 739

³⁵⁰ vergl.: Deubner, a.a.O., S. 9; Carton, Alain.; A West European Response to the Technological Challenge posed by the SDI Research Programme, in: Brauch, a.a.O., S. 320

4. European Biotechnology (EUROBIOT): Für die Agrarforschung nach neuen Saatgütern und für die Erforschung von Möglichkeiten zur Nutzung von Meeresrohstoffen war dieses Forschungsprogramm zuständig.
5. European Material (EUROMAT): Die Vorgabe war die Entwicklung von modernen Werkstoffen, zum Beispiel für den industriellen Einsatz von Turbinen.

Am 5. und 6. November 1986 fand in Hannover die zweite EUREKA-Konferenz statt, an der die Außen- und Forschungsminister der achtzehn Mitgliedsstaaten teilnahmen. Der deutsche Bundeskanzler Kohl warnte, EUREKA dürfe nicht zu einer technologischen Blockbildung führen und sich nicht zu einem exklusiven Kreis weniger Spezialisten für die Hochtechnologie entwickeln. Der Bundeshaushalt werde spezielle EUREKA-Projekte finanziell unterstützen. Grundsätzlich müssten die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von den Industrieunternehmen selber getragen werden. Projekte, die geeignete wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen oder die Infrastruktur der Forschung verbessere, werde der Staat unterstützen. Osteuropäische Staaten zu beteiligen sei nicht sinnvoll, so der Bundeskanzler.³⁵¹

Trotz der französischen Programmvorschläge gab es unter den Mitgliedern nur vage Vorstellungen über Ziele und Durchführung von den Projekten. Des Weiteren mussten die Beziehungen zu den bereits bestehenden Technologieprogrammen der EG geklärt werden.

Die Definitions- und Realisierungsphase von EUREKA wurde auf der Hannover-Konferenz beschlossen.³⁵² Man konnte sich darauf verständigen, zehn Projekte aus über 300 Vorschlägen auszuwählen und mit diesen zu beginnen. Die Bundesrepublik beteiligte sich an vier von den zehn Projekten. Das waren

1. die Entwicklung von Hochleistungslasern für Materialverarbeitung,
2. der Aufbau eines Forschungsnetzes zur Kooperation europäischer Forschungsinstitute,
3. die Herstellung von amorphem Silicium und
4. Umwandlung von umweltrelevanten Spurenstoffen in der Troposphäre.

³⁵¹ vergl.: Rede Kohls in: EA, Nr. 2, 1986, S. D34f.; „Kohl besteht auf privater Finanzierung“, in: SZ, 06.11.1985

³⁵² vergl.: Benien: a.a.O., S. 95

Für die operative Geschäftsführung zur Durchführung der EUREKA-Projekte wurden auf der Hannover-Konferenz drei Leitlinien beschlossen.

1. Um einen ineffektiven Büroapparat zu verhindern, hatte Bundesaußenminister Genscher bereits im Vorfeld darauf bestanden, auf das von Frankreich favorisierte „Agenturprinzip“ zu verzichten. Ursprünglich sollte eine übergeordnete Dachagentur aufgebaut werden, stattdessen konnte man sich auf die Idee des „offenen Korbes“ (*corbeille ouverte*) einigen. Es wurde vereinbart, ein kleines EUREKA-Sekretariat einzurichten, welches der EUREKA-Ministerkonferenz verantwortlich war. Genschers Vorschlag, flexible Projektsekretariate für die jeweiligen Kooperationspartner zu gründen, wurde in dem Abschlusskommuniqué kaum berücksichtigt.
2. Mit dem Grundsatz der „geometrie variable“ wurde sichergestellt, dass sich verschiedene Staaten an verschiedenen EUREKA-Projekten beteiligen konnten. Die Mitgliedsstaaten, die sich nicht an dem betreffenden Projekt beteiligten, hatten allerdings kein Mitspracherecht an dem Projekt. Italien, die Benelux-Staaten und die EG-Kommission stimmten gegen den Grundsatz.
3. Der dritte Grundsatz betraf die EUREKA-Finanzierung. Frankreich hatte den Vorschlag gemacht, einen EUREKA-Fonds zu gründen. Die Staaten sollten je nach ihrem finanziellen Beitrag an den Projektführungen beteiligt werden. Dieses Prinzip war besonders umstritten. Großbritannien und die Bundesrepublik sperrten sich gegen die staatliche Förderung einzelner Projekte, um der Vermutung einer politischen „Frontstellung“ gegen SDI vorzubeugen.³⁵³ Stattdessen wurde beschlossen, dass die FuE-Beiträge von den kooperierenden Unternehmen und Instituten übernommen werden sollten. Die Kapitalaufnahme und öffentliche Mittel waren alternative Finanzierungsmittel.

Mit EUREKA wollten die Westeuropäer die technologischen Herausforderungen des SDI-Projektes durch die Mobilisierung der privatwirtschaftlichen Marktkräfte und der technologischen Forschungskapazität

³⁵³ vergl.: Becker, in: Engels; Scheffran; Sieker, a.a.O., S. 186

beantworten. Die technologische Wettbewerbsfähigkeit sollte durch die Mobilisierung des politischen Willens, des ökonomischen Potentials und der finanziellen Ressourcen bewerkstelligt werden. Zugleich wurde das politische Signal an die USA ausgesandt, dem amerikanischen Interesse an militärischer Forschung das europäische Interesse an ziviler Technologie entgegenzusetzen.³⁵⁴

Durch die von Frankreich ursprünglich gewünschten Projekte sowie durch die offiziellen Stellungnahmen wird deutlich, dass EUREKA weniger eine zivil-technologische sondern vielmehr eine militärstrategisch-rüstungswirtschaftliche Alternative zu der amerikanischen SDI-Konzeption sein sollte. Durch die letztlich vereinbarte Konzentration auf vermarktbare Produkte entstand eine „zivile Tarnung“ des Forschungsvorhabens. Militärische Anwendungen würden in Form von Nebenprodukten anfallen. Die EUREKA zugrunde liegende Logik lag darin, dass „es einfacher und kostengünstiger ist, zivile Technologie auf Verteidigungsprobleme anzuwenden als auf eventuelle zivile Abfallprodukte aus rein militärischen Forschungsprogrammen zu hoffen“.³⁵⁵ Mancher Wissenschaftler hielt sogar eine EUREKA-Kooperation mit dem SDI-Programm für denkbar. Wenn in Europa ein ausreichendes technologisches Wissen erreicht und in einigen soliden Projekten in wenigen, gut ausgesuchten Bereichen Erfolg da sei, könne EUREKA als eine Plattform für eine zukünftige SDI-Kooperation dienen.³⁵⁶

³⁵⁴ vergl.: Benien, a.a.O., S. 97

³⁵⁵ vergl.: Duve, a.a.O., S. 128

³⁵⁶ vergl.: ebd.

3. Die Entwicklung der „Europäischen Verteidigungsidentität“ unter gewandelten politisch-strategischen Rahmenbedingungen

3.1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU

Ausgelöst durch die Politik des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow und den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums endete zum einen der Ost-West-Konflikt, zum anderen entstanden in der Mitte Europas neue Konfliktherde, die auf ethno-politischen Gegensätzen basierten. Für das in den Gemeinschaften zusammengeschlossene Europa entstanden neue außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen. Für das Überdenken der in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) verankerten unverbindlichen europäischen Außenpolitik werden in der Fachliteratur verschiedene Gründe angeführt. Die Dynamik des Binnenmarktprogramms und die vielfältiger werdenden internationalen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften hätten ebenso eine neue qualitativ verbesserte europäische Außenpolitik erfordert wie die amerikanische Forderung nach größerer europäischer internationaler Verantwortung.³⁵⁷

Tatsächlich berührten die radikalen Umwälzungen in Ost- und Südosteuropa die vitalen außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Europäischen Gemeinschaften, welche mit der Initiierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auch den Status quo ihrer eigenen Position zementieren wollten. Die EPZ war ungeeignet, die neuen Herausforderungen zu meistern, und daher entschlossen sich die Mitglieder, in dem Vertrag von Maastricht eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu institutionalisieren. Es ging den Mitgliedern nicht primär darum, ein außenpolitisch handlungsfähiges Europa zu schaffen, welches bei der Neuordnung der Konfliktregionen eine zentrale Rolle hätte spielen können, sondern darum, die für die Mitglieder entstandenen Gefahren abzuwehren.

Deutschland und Frankreich gehörten zu den Ideengebern einer zu reformierenden EPZ. 1990 ergriffen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterand in Form eines Briefes an den irischen Ratspräsidenten die Initiative. Gefordert wurden konkrete Vorarbeiten für eine Umwandlung von einer im Wesentlichen auf wirtschaftlicher Integration beruhenden Gemeinschaft in eine Union mit einem stärkeren politischem Charakter. In einer zweiten Initiative vom Dezember 1990 verlangten sie

³⁵⁷ vergl.: Varwick: Sicherheit und Integration, a.a.O., S. 139; Steltemeier, a.a.O., S. 73; an diesen Stellen finden sich einerseits die Meinungen der Autoren, sowie andererseits eine Zusammenfassung der Fachliteratur zu diesem Thema.

die Konkretisierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Gemeinschaft. Darin hieß es, es sei an der Zeit, eine „Politische Union“ zu verwirklichen und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik festzulegen und die Tat umzusetzen.³⁵⁸ Schließlich forderten sie im Oktober 1991 sogar die Einbeziehung der verteidigungspolitischen Dimension in die neu zu schaffende Union. Kohl und Mitterand betonten „die von uns allen für notwendig erachtete Übernahme stärkerer europäischer Verantwortung auf dem Gebiet von Sicherheit und Verteidigung durch konkrete Festlegungen und institutionelle Schritte“.³⁵⁹

Nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern auch andere europäische Nationen konnten europäische sicherheitspolitische Vorschläge vorweisen. Besonders Großbritannien hob die Bedeutung der Atlantischen Allianz für die Verteidigung und Sicherheit Europas hervor. Damit rückte das Verhältnis von Europäischer Union, Westeuropäischer Union (WEU) und NATO in das Zentrum der Verhandlungen über den Aufbau einer verteidigungspolitischen Dimension der Europäischen Union. Die WEU war ein verteidigungspolitisch bedeutungsloses und der NATO untergeordnetes Bündnis, da es erstens über keine eigenen militärischen Kapazitäten verfügte und zweitens in dem WEU-Vertrag festgelegt wurde, dass der Aufbau einer Parallelorganisation zu militärischen NATO-Stäben unerwünscht sei.³⁶⁰ Die Etablierung einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik konnte nur unter Einbeziehung der NATO erfolgen. In den Schlussverhandlungen von Maastricht konnte ein Kompromiss des deutsch-französischen Konzeptes mit dem britisch-italienischen Modell des europäischen Pfeilers in der NATO gefunden werden.³⁶¹ In der Schlussakte des EU-Vertrages heißt es in einer Erklärung zur WEU: „Die WEU wird als Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der Atlantischen Allianz entwickelt.“³⁶² Der Aufbau einer von der NATO unabhängigen und damit von den USA losgelösten Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde somit ausgeschlossen. In dem Maastrichter Vertrag wurde vielmehr der Wille unterstrichen, die operationelle Rolle der WEU stärken und der EU ein sicherheits- und verteidigungspolitisches Profil geben zu wollen.

³⁵⁸ vergl.: Varwick: Sicherheit und Integration, a.a.O., S. 139

³⁵⁹ Zitat bei Steltemeier, a.a.O., S. 74

³⁶⁰ vergl.: Text des modifizierten Brüsseler Vertrages (WEU-Vertrag) vom 23. Oktober 1954, Artikel IV: <http://www.weu.int/>

³⁶¹ vergl.: Philips-Slavkoff: Europäische Sicherheitspolitik: Neuorientierung, Konzepte, Perspektiven, Wien 1993, S. 28f.

³⁶² siehe: Erklärung zur WEU, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): GASP-Dokumentation, Anhang zum Vertrag über die Europäische Union, Bonn 1994, S.111

Durch eine Vielzahl von Motiven und unterschiedlichen Interessen gestalteten sich die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht schwierig. Am 10. Dezember 1991 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der damals 12 Mitgliedstaaten auf den Vertrag über die Europäische Union, der am 7. Februar 1992 von den Außen- und Finanzministern unterzeichnet wurde. Es folgte eine polarisierende Ratifikationsdebatte in den jeweiligen Mitgliedsstaaten, und erst am 1. November 1993 konnte der Vertrag in Kraft treten. Die Zuständigkeiten und Funktionen der EPZ wurden entsprechend dem Titel III der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) aufgehoben (Art. P Abs. 2 EUV).

Die in dem Vertrag von Maastricht verankerte GASP (Titel V Europäischer Unions- Vertrag, EUV)³⁶³ ist der Grundstein für das Bestreben der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben. In dem Vertragstext sind die Ziele von der GASP, die Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten, Verfahren für gemeinsame Aktionen, die Aufgaben des Vorsitzes, der Beteiligung des Europäischen Parlaments sowie Fragen der gemeinsamen Verteidigungspolitik formuliert. Die Bestimmungen und Erläuterungen zu der GASP finden sich in dem Vertrag zur Europäischen Union sowie in fünf von der Regierungskonferenz beschlossenen bzw. von ihr zur Kenntnis genommenen Erklärungen. Außerdem enthalten weitere Vertragsartikel des EU-Vertrags, beispielsweise die Bestimmungen zur Änderung des EWG-Vertrags, sowie die Schlussbestimmungen Erläuterungen bezüglich der GASP. Die GASP ist kein originärer Bestandteil der Gemeinschaftsverträge, sondern Angelegenheit der neugeschaffenen Europäischen Union, aber nicht der auf den Gemeinschaftsverträgen beruhenden Europäischen Gemeinschaft.

Das Adverb „gemeinsam“ in der Überschrift des Titels ist zunächst irreführend, da ein gemeinsames Handeln der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik, ähnlich einer gemeinsamen Handels- und Agrarpolitik, im Sinne einer vergemeinschafteten Materie suggeriert wird. Tatsächlich bleibt der Politikbereich ein Gebiet intergouvernementaler Kooperation der Mitgliedstaaten. Eine umfassende Bündelung nationaler Kompetenzen auf gemeinschaftlicher Ebene fand nicht statt. Die GASP beruht nicht auf einem gemeinschaftsrechtlichem Fundament. Sie ist lediglich eine völkerrechtlich vereinbarte Form des Zusammenwirkens ohne gemeinschaftsrecht-

³⁶³ vergl.: Vertrag über die Europäische Union (EU), Titel V Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in Borkenhagen, a.a.O., S. 200ff, nachfolgend zitiert als EUV

liche Qualität.³⁶⁴ Der intergouvernementale Charakter zeigt sich zudem darin, dass Überprüfungen und eventuelle Sanktionsmaßnahmen bei Nicht-Beachtung der GASP-Bestimmungen durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) ausgeschlossen wurden (Art. L des EUV).

Die vielversprechenden Ansätze der deutsch-französischen Vorschläge und Entwürfe während der Regierungskonferenz zur Politischen Union im Jahr 1991 zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik konnten nicht realisiert werden. Zwar wurden erstmals eine Verantwortung der Union in allen Fragen der Sicherheit sowie eine verteidigungspolitische Perspektive vertraglich verankert. Allerdings wurden alle Aspekte der Sicherheit und der Verteidigung mit dem Ziel einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und die Schaffung einer gemeinsamen Verteidigung lediglich als Fernziel formuliert. Die GASP solle in Zukunft sämtliche Fragen umfassen, „welche die Sicherheit der Europäischen Union betreffen, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte.“³⁶⁵ Trotz des Prozesscharakters dieses Vorhabens wurden konkrete verteidigungspolitische Perspektiven genannt: „Die Union ersucht die Westeuropäische Union (WEU), die integraler Bestandteil der Europäischen Union ist, die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Züge haben, auszuarbeiten und durchzuführen. Der Rat trifft im Einvernehmen mit den Organen der WEU die erforderlichen praktischen Schritte.“³⁶⁶

Zu dem Status und den Aufgaben der GASP innerhalb der EU hieß es, diese müssten erst noch entwickelt werden. Es wurden allgemeine Ziele definiert:

- „Die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Union;
- die Stärkung der Union und ihrer Mitgliedstaaten in all ihren Formen;
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris;
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit;

³⁶⁴ vergl.: Müller-Graff: EPZ und GASP: Kohärenzgebot aus rechtlicher Sicht, in: Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Bonn 1993, S. 57

³⁶⁵ siehe: Artikel J.4 Absatz 1 EUV

³⁶⁶ siehe: Artikel J.4 Absatz 2 EUV

- die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.³⁶⁷

Die Mitgliedschaft in der GASP ist an die Zugehörigkeit der EU gebunden. Damit entzogen sich die Mitgliedstaaten den Erfordernissen politischer und sicherheitspolitischer Einbindung der ost- und südosteuropäischen Staaten.

Zudem verweigerte die EU die Anerkennung der Staatlichkeit von Staaten, die durch Kriege entstanden sind und vor Beginn der Unabhängigkeitsbestrebungen in Süd- und Südosteuropa keinen Republikstatus hatten oder föderative Einheiten waren. „Der Europäische Rat spricht seine rückhaltlose Unterstützung für die Prozesse zur Konsolidierung der demokratischen Institutionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas aus. (...) Hierunter fallen (...) die Unverletzlichkeit der Grenzen, die nur mit friedlichen Mitteln und im Wege von Vereinbarungen im Einklang mit den Verpflichtungen geändert werden können, welche die Unterzeichner der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und der Pariser Charta für ein neues Europa übernommen haben.“³⁶⁸ Den Unabhängigkeitsbestrebungen wurde deswegen ein Riegel vorgeschoben, da man unter anderem fürchtete, mit neu entstehenden Kleinstaaten über Außenbeziehungen und im Falle von den Ländern der ehemaligen UdSSR über Abrüstung und Atomwaffen verhandeln zu müssen. Daher hieß es: „Unterstützung der uneingeschränkten Einhaltung aller Verträge über Abrüstung und Rüstungskontrolle, deren Vertragspartei sie sind, einschließlich der Nichtverbreitungsverträge.“³⁶⁹ Die GASP war somit auch als eine Notbremse der EU gedacht, um die Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa von außen eingrenzen zu können.

Nicht zuletzt durch diesen abgrenzenden Ansatz der GASP wies die Maastrichter Konstruktion der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erhebliche Schwächen auf, vor allem im Bereich des Krisenmanagements. In den darauffolgenden Jahren können der GASP folgende Auswirkungen aufgrund von Konstruktionsmängeln nachgewiesen werden³⁷⁰:

³⁶⁷ siehe: Artikel J.2 EUV

³⁶⁸ siehe: Europäischer Rat: Schlussfolgerung der Tagung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs am 26. und 27. Juni 1992 in Lissabon: Bericht der Außenminister zur GASP, in: Borkenhagen, a.a.O., S. 228

³⁶⁹ siehe: ebd. S. 235

³⁷⁰ vergl.: Steltemeier, a.a.O., S. 79

- Aufgrund der Disharmonie der nationalen Interessen fehlte es der EU an Entschlossenheit und Durchsetzungskraft. Darüber hinaus existierte keine präzise Definition vitaler europäischer Sicherheitsinteressen, so dass man sich häufiger auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen konnte.
- Die Mechanismen der Entscheidungsfindung wirkten ebenso blockierend. Durch das nationale Vetorecht wurden die Konsensprozeduren unter anderem von zögerlichen Mitgliedstaaten abhängig.
- Die Vertretung der GASP nach außen war unzureichend. So änderten sich die verantwortlichen Akteure in dem Jugoslawien-Konflikt ständig. Zudem verfügten die EU-Vermittler in dem Jugoslawien-Fall über keine Entscheidungskompetenzen, was ein Teil eines zweckmäßigen Krisenmechanismus hätte sein müssen.
- Die mangelnde Vertretung der GASP nach innen bewirkte eine unzureichende Transparenz dieses Politikbereichs.
- Die Konzeption der Durchführbarkeit „gemeinsamer Aktionen“ war mangelhaft. Erstens waren zu viele Einschränkungen aufgrund des Mehrheitsprinzips möglich, und zweitens existierten offene Fragen bezüglich der Finanzierung derartiger Maßnahmen.
- Problematisch war das ungeklärte Verhältnis der verschiedenen Organisationen untereinander. So fehlte es an der notwendigen Kohärenz von GASP- und WEU-Zielsetzungen und der dazugehörigen Verfahrensweisen. Die Mitgliedschaften der EU-Mitglieder in den anderen Organisationen wie NATO, OSZE oder VN, sowie das Verhältnis der EU zu diesen waren ein weiterer Konstruktionsmangel.

Der Vertrag von Maastricht sah in Artikel N Absatz 2 EUV die Einsetzung einer Revisionskonferenz vor, um die Bestimmungen des EUV zu überprüfen. Zweieinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht wurde am 29. März 1996 in Turin die Regierungskonferenz zur Überarbeitung des Vertragswerkes eröffnet. Über die Zielsetzungen der Revisionskonferenz hatte der Europäische Rat auf seinen Sitzungen in Kopenhagen (Juni 1993), Brüssel (Dezember 1993), Korfu (Juni 1994), Essen (Dezember 1994), Cannes (Juni 1995) und Madrid (Dezember 1995) beraten. Als Arbeitsrahmen der Konferenz wurden folgende Diskussionspunkte festgelegt:

- Die Fähigkeit der EU zur Aufnahme neuer Mitglieder,
- die Möglichkeit institutioneller Reformen,
- die Ausweitung des Prinzips der qualifizierten Mehrheit.

Auf dem Turiner Gipfel wurden für den Bereich GASP die Diskussionspunkte „Kohärenz, Effizienz, Kontinuität, Solidarität und Sichtbarkeit der GASP, Verhältnis zur WEU, Fragen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, Zusammenarbeit im Rüstungsbereich“ festgelegt.³⁷¹

Der 1999 in Kraft getretene Vertrag von Amsterdam beinhaltete zahlreiche Reformschritte. Die für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik wesentlichen Neuerungen waren die schrittweise Festlegung einer „Gemeinsamen Verteidigungspolitik“, welche Bestandteil der GASP wurde. Es hieß, wenn der Europäische Rat dies beschließen sollte, könnte dies auch zu einer gemeinsamen Verteidigung führen.³⁷² Die Mitgliedstaaten müssten diesen Beschluss entsprechend ihren verfassungsmäßigen Regelungen annehmen. Weitere Schritte kennzeichneten den Reformprozess:

- In dem neuen Unionsvertrag wurden die sogenannten Petersberg-Aufgaben (humanitäre und Rettungseinsätze, friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen) aufgenommen.³⁷³ Für deren operative Durchführung wurde die WEU vorgesehen, wobei sich alle EU-Staaten an den Operationen beteiligen und an der Planung und Durchführung gleichberechtigt teilnehmen können.³⁷⁴
- Der Europäische Rat erhielt gegenüber der WEU eine Richtlinienkompetenz.³⁷⁵ Die WEU wurde operativer militärischer Arm der Union, indem die WEU der Union eine operative Kapazität zur Verfügung stellen sollte. Sie sollte die EU bei der Ausarbeitung, Durchführung von Entscheidungen und Aktionen unterstützen, die einen verteidigungspolitischen Bezug haben.³⁷⁶
- Durch die im Vertrag implizierte Möglichkeit der Integration der WEU in die EU wurden die Beziehungen der beiden Organisationen weiterentwickelt. Eine „Assimilierung“ des Militärbündnisses sollte durch Beschlüsse in den jeweiligen Mitgliedstaaten gemäß deren Verfassungen angestrebt werden.³⁷⁷

³⁷¹ vergl.: ebd., S. 78

³⁷² vergl.: Vertrag von Amsterdam vom 01. Mai 1999, Art. J.7 Absatz 1 (http://www.auswaertigesamt.de/www/de/eu_politik/vertiefung/amsterdam)

³⁷³ vergl.: Art. J.7 Absatz 2

³⁷⁴ vergl.: Art. J.7 Absatz 3

³⁷⁵ vergl.: Art. J.7 Absatz 3

³⁷⁶ vergl.: ebd.

³⁷⁷ vergl.: Art. J.7 Absatz 1

- In Bezug auf die NATO stellte der Unionsvertrag fest, dass die Politik der Union mit der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der NATO vereinbar zu sein hat. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass der besondere Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten nicht berührt werden darf.³⁷⁸

Trotz der Reformschritte blieb die GASP eine intergouvermentale und keine gemeinschaftliche Politik. Nach wie vor fehlten der Union die Mittel, um ihre diplomatischen Aktionen militärisch zu stützen. Für die Europäische Sicherheit war weiterhin ausschließlich die NATO zuständig, da die WEU nicht in der Lage war, EU-Maßnahmen durchzuführen und nicht alle Mitgliedstaaten eine eigene gemeinsame Verteidigungskompetenz stützten.

Die Erklärung „zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ des EU-Gipfels in Köln vom 3. Juni 1999 sollte der Startschuss zur Bildung einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik sein.³⁷⁹ Unter dem Eindruck der Balkankriege und der jüngsten Entwicklungen im Kosovo sah sich die Europäische Union gezwungen zu reagieren. Nachdem Europa zu Beginn der Auseinandersetzungen auf dem Balkan zu Beginn der neunziger Jahre an ihrem eigenen Anspruch, Führer einer Friedensdiplomatie zu sein, gescheitert war, mussten nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Kosovo 1999 erneut die USA die entscheidende friedensbringende Rolle übernehmen. Die bisher geschaffenen Strukturen und Institutionen sowie die Kompetenzverteilung, wie sie im Amsterdamer Vertrag zwischen EU und WEU definiert worden waren, hatten sich als völlig unzureichend und unpraktikabel erwiesen. Einmal mehr hatten die WEU und die EU bewiesen, dass sie im Bereich der Konfliktprävention und -beendigung keine Rolle spielten. Um in Zukunft in der Lage zu sein, derartige Auseinandersetzungen und Kriege lösen oder verhindern zu können, beschloss die EU die Bildung der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP). Die formulierten Ziele der ESVP lauteten:

- Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU in Bezug auf internationale Konfliktverhütung;
- Entwicklung von Fähigkeiten zur Krisenbewältigung sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich.

³⁷⁸ vergl.: ebd.

³⁷⁹ vergl.: Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Köln) 03. und 04. Juni 1999; Anhang III, Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Zu diesem Zweck sollten die Petersberger Aufgaben in Zukunft von der EU in eigener Regie wahrgenommen und erfüllt werden können.³⁸⁰

Auf dem Europäischen Rat (ER) in Helsinki im Dezember 1999 setzten sich die EU-Mitgliedsstaaten das Ziel, eine europäische Eingreiftruppe mit einer Truppenstärke von bis zu 60.000 Mann, zuzüglich Luftwaffen- und Marineanteile, bereitstellen zu können.³⁸¹ Die angestrebten Fähigkeiten der Einsatztruppe bestehen darin, innerhalb von 60 Tagen für die Wahrnehmung der Petersberger Aufgaben einsatzfähig zu sein und eine Operation mindestens ein Jahr durchhalten zu können. Bei der Einsatztruppe soll es sich nicht um eine „europäische Armee“ handeln.³⁸² Vielmehr sieht die EU vor, dass die Mitgliedsstaaten bei Bedarf einzelne nationale Truppenteile zur Verfügung stellen können. Die Streitkräfte blieben ihrem jeweiligen nationalen Kommando unterstellt. Nur in einem Konfliktfall würden die Truppen einem militärischen Oberbefehlshaber für den Einsatz unterstellt.

Des Weiteren wurden in Helsinki kollektive Fähigkeitsziele in den Bereichen Streitkräfteführung, strategische Aufklärung und strategischer Transport beschlossen.³⁸³ Dabei handelte es sich um einen Katalog von Leitzielen, der den Bedarf an militärischen Fähigkeiten konkretisierte und als Grundlage für den Helsinki Force Catalogue (HFC) diente. Der HFC regelte die nationalen Beiträge der EU-Mitgliedsstaaten zum militärischen Planziel der ESVP.

Auf der Beitragskonferenz (Capabilities Commitment Conference) im November 2000 in Brüssel wurde der Umfang des deutschen Anteils auf 20 Prozent bis maximal 18.000 Soldaten festgelegt. Eine Zwischenbilanz wurde im November 2001 auf der Konferenz über die Verbesserung der Fähigkeiten (Capabilities Improvement Conference) gezogen und ein Europäischer Aktionsplan zu den Fähigkeiten (European Capabilities Action Plan) verabschiedet.

Um die militärischen Funktionen der ESVP koordinieren zu können, wurden innerhalb der EU mit dem Militärausschuss (EUMC) und dem Militärstab (EUMS) neue Strukturen und Institutionen geschaffen.³⁸⁴ Der EUMC setzt sich aus den Generalstabschefs der Mitgliedstaaten zusammen und hat folgende Aufgaben:

³⁸⁰ vergl.: ebd.

³⁸¹ vergl.: Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Helsinki) 10. und 11. Dezember 1999 Kap. II Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

³⁸² vergl.: ebd.

³⁸³ vergl.: Anlage I zu Anlage IV „Berichte des Vorsitzes an den Europäischen Rat über die Stärkung der „Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ und über die „nichtmilitärische Krisenbewältigung der Europäischen Union““

³⁸⁴ vergl.: Anlage I zu Anlage IV, a.a.O.

1. Beratung des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) in militärischen Fragen;
2. Übermittlung von Empfehlungen an das PSK;
3. Leitung aller militärischen Aktivitäten;
4. Festlegung von Leitvorgaben für den Militärstab.

Der EUMS ist mit drei operativen Funktionen betraut:

1. Koordinierung der Frühwarnung
2. allgemeine Lagebeurteilung;
3. strategische Planung.

Die EU will nicht nur militärische Strukturen und die Eingreiftruppe aufbauen, sondern auch zivile Strukturen schaffen.³⁸⁵ Bis zum Jahr 2003 sollten bis zu 5000 Polizisten für die OSZE, Missionen für die Vereinten Nationen, oder EU-autonome Einsätze bereit gestellt werden. Auf dem Europäischen Rat von Göteborg im Juni 2001 wurden außerdem weitere zivile Planziele beschlossen³⁸⁶:

1. Bereitstellung von bis zu 200 Experten im Rechtsstaatsbereich wie Richter, Staatsanwälte und Strafvollzugsbeamte;
2. Bildung eines Personalpools von Zivilverwaltungsexperten;
3. kurzfristig entsendbare Katastrophenschutz-Teams von bis zu 2000 Personen.

Zur Verwirklichung der zivilen Planziele wurden neue Institutionen und Strukturen geschaffen. Der Ausschuss für zivile Aspekte des Krisenmanagements (Civcom) ist an der Entwicklung von Planzielen beteiligt und kann dem PSK Empfehlungen aussprechen. Die im Juni 2001 geschaffene Polizeieinheit im Ratssekretariat ist für die Planung und Durchführung von EU-Polizeioperationen zuständig.

Die europäischen Politiker und Verantwortlichen werden nicht müde zu betonen, dass die ESVP die EU befähigen soll, die Petersberger Aufgaben bewältigen zu können. Sie könne und solle die NATO nicht ersetzen, sondern ergänzen. Die Atlantische Allianz bleibe zuständig für die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder. Auch für

³⁸⁵ vergl.: Anlage II zu Anlage IV, a.a.O.

³⁸⁶ vergl.: Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Göteborg) 15. und 16. Juni 2001

internationales Krisenmanagement bliebe das Bündnis notwendig. Politisch und militärisch sei Washington ein unverzichtbarer Partner. Autonom werde die EU nur in jenen Fällen handeln, in denen die NATO nicht als Ganzes beteiligt sei. Trotz dieser Bekundungen blieb bisher die Frage nach der Konkretisierung des Verhältnisses der ESVP zu der NATO und damit die Frage nach der Rolle der USA in und für Europa. Soll die EU eine Art Zweigstelle der NATO für besondere Aufgaben werden? Oder könnte das, was an sicherheitspolitischen Aufgaben auf eine um die ESVP bereicherte EU zukommt nicht besser, schneller und effizienter von der NATO geleistet werden?³⁸⁷ Außerdem ist unklar, ob Washington ein Mitentscheidungsrecht zugesprochen werden soll. „Anders gefragt: Kann es Situationen geben, in denen die NATO nicht will und die EU trotzdem gegen den Willen der USA handelt?“³⁸⁸

Die Vereinigten Staaten betrachten die europäischen Initiativen aus unterschiedlichen Gründen skeptisch. Sie fürchten

1. den Verlust von Einfluss innerhalb Europas aufgrund unabhängiger europäischer Entscheidungsstrukturen,
2. eine gegen Amerika gerichtete eigenständige Verteidigungspolitik,
3. die Vernachlässigung der notwendigen NATO-Reform.

Offiziell werden die Vorbehalte mit „den drei D`s“ ausgedrückt: „no decoupling, no duplication, no discrimination“.³⁸⁹ Das meint: keine Trennung der Verbindung zwischen NATO und ESVP; keine Verdoppelung militärischer Fähigkeiten, sondern die Beseitigung bestehender Defizite; keine Diskriminierung von NATO-Staaten, die nicht der EU angehören, sondern ihre Einbindung in die europäische Sicherheitspolitik.

Die Vereinigten Staaten fürchten beispielsweise ein Szenario für eine zwischenstaatliche Krise, in der zuerst die EU ihre Position bestimmen und dann die Vertreter der einzelnen europäischen Staaten innerhalb der NATO diese Position beharrlich vertreten würden. Letztlich würde dies die amerikanische Führungsrolle beeinträchtigen.

Die europäischen Regierungen bemühten sich, in bi- und multilateralen Gesprächen die Sorgen der Amerikaner zu zerstreuen. Der britische Premierminister

³⁸⁷ vergl.: Varwick, Johannes: Beitrag für die Europäische Zeitung April 2000 über die Probleme der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: <http://www.dgap.org/texte/esvp.htm>

³⁸⁸ siehe: ebd.

³⁸⁹ Inzwischen oft benutzte Redewendung, u.a. von US-Verteidigungsminister Cohen auf der 36. Münchener Sicherheitskonferenz am 05. Februar 2000. In deutscher Übersetzung: Internationale Politik, Nr.55, März 2000, S. 125-128

Blair versuchte bei seinem Antrittsbesuch bei dem neuen Präsidenten Bush, diesen zu überzeugen, dass die geplante europäische Eingreiftruppe den Zusammenhalt in der NATO nicht schwächen werde. Bush sagte auf einer Pressekonferenz in Camp David: „Er hat mir versichert, dass die NATO das Hauptinstrument zur Wahrung des Friedens in Europa bleiben wird.“³⁹⁰ Trotz dieser wohlwollenden Worte blieben die grundsätzlichen amerikanischen Zweifel bestehen. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2002 wurden die Vorbehalte deutlich. Die amerikanischen Teilnehmer äußerten Bedenken, die europäischen Entscheidungen, sich unabhängige militärische Handlungsfähigkeit zulegen zu wollen, würden eine schwerwiegende Veränderung der NATO und der amerikanischen Position in Europa nach sich ziehen. Das Entstehen einer Europäischen Verteidigungsidentität und einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik würden die Entscheidungsprozesse- und Ergebnisse in der NATO verändern. Der republikanische Senator McCain stellte fest, die anstehenden Probleme rührten an die Existenz des Bündnisses, da die geographische Trennung Amerikas und Europas zunehmend zu einer funktionalen werde, da die Perspektiven beider Seiten auseinander gingen. Das Vorgehen der EU in den letzten Jahren habe Bitterkeit in der NATO ausgelöst und jedes Treffen zwischen NATO- und EU-Vertretern habe in letzter Zeit Krisencharakter gehabt.³⁹¹

3.2. Der Versuch der Emanzipierung der europäischen Sicherheitspolitik von den USA

3.2.1. Die ersten Militäroperationen der EU

Ihre erste zivile ESVP-Mission übernahm die EU Anfang 2003 mit der Entsendung der EU Police Mission (EUPM) in Bosnien-Herzegowina. Am 31. März 2003 erfolgte mit der Übernahme der von der NATO geführten „Operation Allied Harmony“ in Mazedonien die erste Militäroperation der EU (Operation Concordia). Am 30. Mai 2003 übernahm die EU im Kongo ihren ersten außereuropäischen Militäreinsatz (Operation Artemis), welcher zudem ohne Rückgriff auf NATO-Kapazitäten geplant und durchgeführt wurde.³⁹² Waren die

³⁹⁰ Zitat und zu dem Besuch Blairs vergl.: „Bush unterstützt Blairs europäische Eingreiftruppe“, in: FAZ, 26.02.2001

³⁹¹ vergl.: „Washington zeigt sich zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems entschlossen“, in: FAZ, 05.02.2002

³⁹² vergl.: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/gasp/esvp_html#3; „Die EU übernimmt militärische Mission in Mazedonien“, in: FAZ, 01.04.2003; „Ohne Rückgriff auf die NATO“, in: FAZ, 17.06.2003

ersten Militäroperationen und die Polizeimission der EU der Startschuss für eine Emanzipierung der europäischen Sicherheitspolitik, oder sind die Operationen lediglich als ein „Trippelschritt“ zu bewerten, der ohne politisch-strategische Konsequenzen bleiben wird?

Vor dem Beginn der Operation „Concordia“ galt diese lediglich als „Testfall“ für weitere und umfangreichere Ambitionen der EU. Bereits im Dezember 2002 hatte der Europäische Rat der NATO angeboten, die unter NATO-Kommando stehende bedeutend größere internationale Friedenstruppe Bosnien-Herzegowina (Stabilisation Force in Bosnien and Herzegowina, SFOR) zu übernehmen. Dort waren noch 12.000 NATO-Soldaten im Einsatz und „Concordia“ sollte als „Vorläufer“ für eine größere militärische Stabilisierungsaufgabe dienen. Die relativ harmlose Mission in Mazedonien sollte daher den Startschuss für die Evolution der ESVP im Rahmen der GASP darstellen.³⁹³

Sowohl NATO-Generalsekretär Lord Robertson als auch die Verantwortlichen in den europäischen Regierungen hatten zu Beginn der Operation „Concordia“ hohe Erwartungen an die EU. So wurde der Anfang einer neuen strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und der EU ebenso beschworen, wie die Verwirklichung der bisher lediglich auf dem Papier existierenden ESVP.³⁹⁴ Die Europäer hegten den Wunsch, mit der ESVP innerhalb der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen neben der NATO ein gleichberechtigter Partner werden zu können. Operation „Concordia“ sollte ein wesentlicher Schritt sein, diesem Ziel näher zu kommen.

Mit dem Kongo-Einsatz verband vor allem Frankreich den politischen Ehrgeiz, nach der Spaltung der europäischen Nationen in der Irak-Frage, die EU-Länder in einer gemeinsamen militärischen Aktion zusammenzuführen. Für die EU war es von herausragender Bedeutung, dass es sich um die erste europäische Militäraktion ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen handelte. Damit sollte die eigenständige, von NATO-Entscheidungen unabhängige Handlungsfähigkeit der EU ins Bewusstsein gerufen werden. Bisher hatte sich die EU bemüht zu betonen, die ESVP sei nicht als Konkurrenz zur NATO gedacht, weswegen auf Pläne für den Aufbau von „Doppelstrukturen“ verzichtet worden war. Mit dem Einsatz

³⁹³ vergl.: Peters, Ingo: Die EU-Mission „Concordia“ in Makedonien und deren Bedeutung für die Evolution der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: <http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article/1645.html>

³⁹⁴ vergl.: Bono, Giovanna: Operation Concordia: The first step towards a new strategic EU-NATO relationship?: <http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article>

sollte diese Übereinkunft in Frage gestellt werden. Ein Sprecher des französischen Verteidigungsministeriums argumentierte, nach dem ersten Auftritt der EU in Mazedonien als verteidigungspolitischen Akteur, sei es erlaubt die Regeln zu überprüfen, wonach es nicht zu einer unnützen Duplizierung militärischer Strukturen zwischen der EU und der NATO kommen dürfe. Dass der Einsatz als Testfall gedacht war, wurde nicht verhehlt: „Wir sind genau in dem Rahmen, für den die Institutionen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geschaffen wurden. Der Einsatz lässt uns die gesamte Entscheidungs- und Kommando-kette der EU ausprobieren, die eigenständig und ohne Hilfe oder Beiträge von außen funktioniert.“³⁹⁵

Operation „Concordia“ hatte die Aufgabe, das Friedensabkommen von Ohrid, welches im August 2001 vom Westen zwischen den befeindeten Bevölkerungsgruppen in Mazedonien vermittelt worden war und vor allem die Rechte der albanischen Minderheit im Lande stärken sollte, militärisch abzusichern.³⁹⁶ Monatelange bewaffnete Auseinandersetzungen im Jahr 2001 zwischen albanischen Rebellen und Terroristen auf der einen und mazedonischen Regierungstruppen auf der anderen Seite hatten eine Intervention des Westens notwendig gemacht. Durch die präventive Stationierung von Friedenstruppen durch die USA Mitte der neunziger Jahre blieb Mazedonien zwar vor einer Eskalation der Gewalt verschont, doch erst durch drei Operationen der NATO konnte die Situation beruhigt werden. Mit der Mission „Essential Harvest“ (August-September 2001) scheiterte die NATO zunächst an dem Auftrag, mit 3.500 Soldaten den vereinbarten Prozess der Entwaffnung der Konfliktparteien zu überwachen und eingesammelten Waffen zu zerstören. Die darauf folgende Mission „Amber Fox“ (September-Dezember 2002) beschützte mit 800 Soldaten die ca. 180 internationalen Beobachter der OSZE und der EU, welche die Implementierung des Friedensabkommens von Ohrid überwachten und zur Vertrauensbildung bei den Konfliktparteien beitragen sollten. Die Übernahme dieses Auftrags erfolgte durch die Operation „Allied Harmony“ (Dezember 2002 - März 2003). Durch die Absicherung der Wahlen vom Herbst 2002 konnte ein friedlicher Machtwechsel in Skopje erfolgen.³⁹⁷

Obwohl das Land von den Spannungen des Jahres 2001 weit entfernt, die albanische Rebellenarmee aufgelöst worden war und deren politischen Vertreter

³⁹⁵ vergl.: „Ohne Rückgriff auf die NATO“, a.a.O.

³⁹⁶ vergl.: „Die EU übernimmt militärische Mission in Mazedonien“, a.a.O.

³⁹⁷ vergl.: Peters, a.a.O.

in die Regierung gewählt wurden, kam es zwischen den Bevölkerungsgruppen im Verlauf des Jahres 2003 immer wieder zu Gewalttaten.³⁹⁸ Am 27. Januar 2003 verabschiedete der Rat der EU eine gemeinsame Aktion über die Operation „Concordia“. Der darin umrissene Auftrag lautete, zu einem stabilen und sicheren Umfeld in Mazedonien beizutragen, um der mazedonischen Regierung die Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid zu ermöglichen. Der Operationsplan (OPLAN) war gemeinsam zwischen dem EU-Militärstab und dem europäischen NATO-Oberkommando (Supreme Headquarters Allied Powers Europe, SHAPE) in Brüssel und von dem Kommandeur der Operation, dem französischen Brigadegeneral Pierre Maral ausgearbeitet worden. Über das PSK wurde dieser anschließend dem Rat zur Zustimmung vorgelegt. Am 18. März beschlossen die Außenminister der EU formell die Übernahme der NATO-Friedensmission, welche am 01. April begann.³⁹⁹

Das mazedonische Parlament, das sich von der Mission eine Unterstützung des Friedensprozesses erhoffte, billigte am 26. März einstimmig den ersten Militäreinsatz der EU.⁴⁰⁰ Im Mai 2003 bekundete die mazedonische Regierung zunächst ihren Unwillen, die Friedenshüter über die geplanten sechs Monate hinaus zu dulden und stimmte erst nach Verhandlungen einer zeitlichen Erweiterung der Mission zu. Zum einen war dies der Ausdruck der Skepsis der slawischen Mehrheit in Mazedonien, zum anderen wollten die slawisch-mazedonischen Regierungsvertreter das Mandat beendet sehen, da sie glaubten, deren Präsenz würde sich negativ auf die angestrebte EU-Mitgliedschaft auswirken.⁴⁰¹

Vor der Übernahme des Mandats durch die EU mussten mehrere „formale Hindernisse“ übersprungen werden. Das Mandat der NATO lief bereits am 26. Oktober 2002 aus, und die Übernahme der militärischen Aufgaben sollte bereits zu diesem Zeitpunkt stattfinden. Durch den Streit zwischen der Türkei und Griechenland um das Berlin-Plus-Abkommen konnte der Termin nicht wahrgenommen werden. Das Berlin-Plus Abkommen ist eine formale Übereinkunft der NATO, in welcher der EU der gesicherte Zugriff auf

³⁹⁸ vergl.: „Prekäre Sicherheitslage in Mazedonien“, in: NZZ, 14.03.2003; „EU wird ihre Mission beenden“, in: FAZ, 31.05.2003

³⁹⁹ vergl.: „EU billigt Übernahme der Mazedonien-Mission“, in: FAZ, 19.03.2003; „Start der EU-Eingreiftruppe in Mazedonien“, in: NZZ, 31.03.2003; „Beginn der EU-Militärmission in Mazedonien“, in: NZZ, 01.04.2003

⁴⁰⁰ vergl.: „Skopje billigt EU-Einsatz“, in: FAZ 27.03.2003; „Mazedonien billigt den ersten Militäreinsatz der EU“, in: NZZ, 27.03.2003

⁴⁰¹ vergl.: „EU wird ihre Mission beenden“, in: FAZ, 31.05.2003

Fähigkeiten und Mittel der NATO garantiert werden. Bereits im Jahr 1996 hatte der NATO-Rat auf einer Tagung in Berlin der WEU die Nutzung von NATO-Kapazitäten zugesagt. Nach der im Dezember 2000 auf dem EU-Ratstreffen in Marseille beschlossenen Überführung der operativen Fähigkeiten der WEU in die EU wurde ein neues Abkommen erforderlich.

Rivalitäten zwischen dem NATO- und EU-Mitglied Griechenland und der Türkei, welche nur der NATO angehört, hatten den Abschluss des Abkommens immer wieder verzögert. Am 13. Dezember gab die Türkei ihren Widerstand innerhalb des NATO-Rats auf, nachdem ihr auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen in Aussicht gestellt wurde, dass von Dezember 2004 an Verhandlungen über einen EU-Beitritt aufgenommen würden.⁴⁰²

Ein weiteres Hindernis für die Mandatsübernahme im Oktober 2002 war das Fehlen eines Sicherheitsabkommens zwischen der NATO und der EU, in welchem ein sicherer Informationsfluss zwischen beiden Organisationen garantiert wurde. Das Sicherheitsabkommen war die Voraussetzung für die Weitergabe geheimer Dokumente des Bündnisses an die Gemeinschaft. Bei einem Treffen der EU-Verteidigungsminister unterzeichneten der NATO-Generalsekretär Robertson und der amtierende EU-Ratspräsident Giorgos Papandreou am 14. März 2003 das Dokument.⁴⁰³

An der Operation „Concordia“ nahmen 350 Soldaten aus 13 EU- und 14 Nicht-EU Ländern teil. Frankreich war der größte Truppensteller und trug mit der Hälfte der Soldaten zu der Operation bei, der deutsche Anteil lag bei 70 Soldaten.⁴⁰⁴ Für Deutschland bildeten der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 27. September 2001 und die UNO-Sicherheitsratsresolution 1.371 vom 26. September 2001 die Rechtsgrundlage.⁴⁰⁵

Die Führung der Operation lag bei der EU, der militärische Operationsleiter berichtete den zuständigen EU-Organen. Mit der eigenen Kommandostruktur, dem PSK, übte die EU die politische Kontrolle und die strategische Leitung aus. Das PSK berichtete dem Rat als dem höchsten politischen Entscheidungsgremium, und der Hohe Repräsentant unterstützte die

⁴⁰² vergl.: „NATO unterstützt EU bei schneller Eingreiftruppe“, in: FAZ, 14.12.2002

⁴⁰³ vergl.: „NATO und EU kooperieren“, in: FAZ, 15.03.2003

⁴⁰⁴ vergl.: ebd.

⁴⁰⁵ vergl.: Beschluss des Deutschen Bundestages, Drucksache 14/6970 vom 27. September 2001: <http://www.sicherheitspolitik.bundeswehr.de/11/6/2.php>; Der Beschluss bezieht sich auf die UNO-Resolution 1.371

Präsidentschaft in Angelegenheiten, die mit der Operation zu tun hatten. Außerdem diente der Hohe Repräsentant zusammen mit dem ihm unterstellten Sonderbeauftragten für Mazedonien als Ansprechpartner für die mazedonischen Behörden. Die ordnungsgemäße Durchführung der Operation wurde von dem Militärausschuss EUMC überwacht, und der Vorsitzende des Ausschusses (Chairman of the European Union Military Committee, CEUMC) stellte das Bindeglied zwischen dem PSK und dem Operation Commander für „Concordia“ dar.⁴⁰⁶

Die Operation verlief nicht vollständig selbstständig. Mit der NATO bestanden auf verschiedenen Ebenen Koordinations- und Kontrollmechanismen:

- Die Führung der EU-Operation lag bei dem stellvertretenden Oberkommandierenden der NATO in Europa (Deputy Supreme Allied Commander Europe, D-SACEUR) Admiral Rainer Fest. D-SACEUR wird abwechselnd von einem deutschen und einem britischen Offizier gestellt und kann nach dem Berlin-Plus-Abkommen Operationen der EU durchführen. Vom belgischen Mons aus konnte er auf die NATO-Hauptquartiersstrukturen zurückgreifen.⁴⁰⁷
- Das PSK stand mit dem Operation Commander in engem Kontakt;
- Die regelmäßige Koordination der regionalen Kommandeure von EU und NATO, die mit einem militärischen und einem zivilen ranghohen Vertreter in Skopje präsent blieb, war selbstverständlich;
- Im NATO-Hauptquartier für Südeuropa (Allied Forces South Europe, AFSOUTH) in Neapel, wurde unter der Leitung des Chefs des Stabes eine EU-Komponente eingerichtet, um Verbindung zu anderen NATO-Einsätzen auf dem Balkan halten zu können.

Die EU war nicht in der Lage, die Militäraktion vollständig allein durchzuführen. Insbesondere mangelte es im Bereich Führung und Aufklärung an entsprechenden Fähigkeiten. Da die EU auf den Zugriff auf NATO-Fähigkeiten angewiesen war, war Operation „Concordia“ keine eigenständige EU-Operation, sondern eine von der EU geführte und von der NATO kontrollierte und

⁴⁰⁶ vergl.: Ehrhart, Hans-Georg: Step by step: Die „Operation Concordia“ als weiterer Schritt zur ESVP: <http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article1642.html>; Bauer, Thomas: Bewährungsprobe Mazedonien. Concordia als Test für das neue Verhältnis zwischen EU und NATO: <http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article/1637.html>

⁴⁰⁷ vergl.: „EU löst NATO ab“, in: FAZ, 13.03.2003, Bauer, a.a.O.

unterstützte militärische Operation. Durch die Beteiligung der NATO an dem Unternehmen handelte die EU nicht eigenständig, sondern war der Kontrolle durch die nicht-europäischen NATO-Mitglieder, vor allem der USA unterworfen. Die Abhängigkeit der EU von den Kapazitäten der NATO verdeutlichten, wer die Kontrolle über die von der EU geführten Mission hatte.

Operation „Concordia“ hing im Wesentlichen von den taktischen Überlegungen der US-Administration ab. Zum einen wurden die Einheiten der Operation „Allied Harmony“ der NATO im Kampf gegen den Terrorismus auf anderen Schauplätzen dringender benötigt, zum anderen wurde der EU die Aufgabe zuge-dacht, in Mazedonien den Wiederaufbau des Landes zu übernehmen. Folglich spielte die EU eine Rolle in den taktischen Überlegungen der USA, aber nicht die weitreichende, die sie sich erwünschte. Vielmehr gehörte die EU zu den von den USA geformten „Koalition der Willigen“. Wenngleich die europäischen Truppen nicht für den Einsatz gegen Terroristen gedacht waren, so dienten sie letztendlich dem Zweck, der von den Amerikanern angeführten internationalen Sicherheitspolitik zu dienen.

Auch um zu beweisen, dass Europa mit der ESVP nicht bereit ist, lediglich für amerikanischen Interessen instrumentalisiert zu werden, übernahm die EU wenige Monate nach Beginn der Operation „Concordia“ ein militärisches Engagement in dem afrikanischen Kongo. In dem zentralafrikanischen Land stürzten ab 1998 Stellvertreterkriege das Land in ein Chaos. Beteiligt waren Armeen aus Angola, Zimbabwe, Ruanda und Uganda, die bis zum Jahr 2003 das Land wieder verlassen hatten. Der wegen der Verwicklung ausländischer Armeen als „erster afrikanischer Weltkrieg“ bezeichnete Krieg hat zwischen 2,5 und 3,5 Millionen Menschen das Leben gekostet, wobei die hohe Anzahl der Opfer durch direkte Kriegseinwirkungen und durch fehlende Gesundheitsmittelvorsorge und Nahrungsmittelmangel zustande kam. Es gab sowohl innerafrikanische als auch belgische und amerikanische Vermittlungsversuche und Friedensinitiativen.⁴⁰⁸

Unter maßgeblichem südafrikanischen Druck wurde im Frühjahr 2001 der Friedensvertrag von Pretoria ausgehandelt, der ein Ende der Kriegshandlungen bewirkte. Die Implementierung des so genannten „Pretoria-Akkords“ sah eine Machtteilung der innenpolitischen Konfliktparteien für eine Übergangsphase von zwei Jahren vor. Erste Schritte zur Umsetzung der Vereinbarungen wurden zwar

⁴⁰⁸ vergl.: Mair, Stefan: Einsatzgebiet Kongo, SWP-Aktuell, Juni 2003

unternommen, aber nicht alle beteiligten Hauptakteure strebten geordnete Verhältnisse an. Die von Ruanda unterstützten Rebellen und die Regierung konnten sich nicht darauf einigen, wer die künftige Armee kontrollieren sollte. Trotz des Waffenstillstandes mit den ausländischen Armeen konnte bis 2003 keine Lösung erreicht werden, die dem Land eine dauerhaft friedliche Zukunft hätte garantieren können, obwohl ein erneuter Ausbruch eines Großkonflikts zunächst unwahrscheinlich schien.⁴⁰⁹

Für das politische Chaos, in welches das Land Anfang 2003 gestürzt wurde, waren die teilweise vom Ausland gesteuerten Stammeskriege verantwortlich, die im Mai 2003 eskalierten. Betroffen waren die vor allem die Provinzen Ituri und Süd-Kivu, in denen Kindersoldaten unter dem Kommando von Kriegsfürsten das Geschehen bestimmten. Die ethnischen Gegensätze der dort ansässigen Hema und Lendu besaßen in den Gewaltorgien lediglich einen instrumentellen Charakter. Tatsächlich ging es den Warlords um die Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Seit Jahren war das Streben nach der Kontrolle über wertvolle Ressourcen wie Gold, Diamanten, Kobalt, Coltan und Tropenhölzer sowie der Schmuggel von Konsumgütern ein wesentliches Kriegsziel. Nach dem Ende der Kampfhandlungen mit den ausländischen Armeen hatten die Stammesfürsten die Aussicht, als eigenständige Kriegsunternehmer ihren Gewinn an der Kriegsökonomie zu erhöhen. Durch die Massaker zwischen den Ethnien, die bereits während des Krieges begannen, waren zehntausende zu Tode gekommen.⁴¹⁰

Anfang Mai 2003 häuften sich die Schreckensmeldungen internationaler Organisationen und Beobachter, und der „Bürgerkrieg“ im Kongo rückte ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die dort stationierten UN-Blauhelmsoldaten (Mission de l'Organisation des Nations Unies en RD Congo, MONUC) waren mit der Situation hoffnungslos überfordert. Der UN-Generalsekretär Annan wandte sich mit der Bitte an die EU, Friedenstruppen für den Einsatz im Nordosten des Kongos zur Verfügung zu stellen. Die Außenminister der EU beschäftigten sich am 18. Mai 2003 bei ihrem turnusmäßigen Treffen zum ersten Mal mit der möglichen Entsendung von Friedenstruppen in den Kongo. Anschließend folgte eine Diskussion im Kreise

⁴⁰⁹ vergl.: „Stellvertreterkriege in einem großen Land“, in: FAZ, 02.06.2003

⁴¹⁰ vergl.: „Ethnischer Ausrottungskrieg in Kongo“, in: FAZ, 22.05.2003; Mair, a.a.O.; Schröder, Alwin: „Die Killer aus der Okapi-Bar“, in: Spiegel Online, 13.06.2003: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,252660,00.html>

der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten im PSK. Dabei ging es auch um die Frage, ob ein Einsatzverband für die Provinz Ituri auf der Grundlage einer Koalition der Handlungswilligen oder als gemeinsame Operation im Rahmen der ESVP aufgestellt werden sollte. Vor allem Frankreich drängte auf eine von der EU geführten Friedensmission im Kongo unter einem UN-Mandat, unter der Voraussetzung, dass die UN ein robustes Mandat für einen zeitlich begrenzten Einsatz ausspricht.⁴¹¹ Am 4. Juni sprach sich das PSK dafür aus, die Operation als Krisenmanagement-Einsatz im Rahmen der ESVP durchzuführen. Die Führung der multinationalen Interventionstruppe übernahm Frankreich. Deutschland beteiligte sich mit der Bereitstellung von Transportflugzeugen sowie der Entsendung einiger Stabsoffiziere in die Einsatzleitung nach Paris.⁴¹²

Mit der Resolution 1484 stattete der UN-Sicherheitsrat am 30. Mai 2003 die EU-Mission in Ituri mit einem robusten Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta aus. Die Interim Emergency Multinational Force (IEMF) war somit berechtigt, alle notwendigen Mittel zur Umsetzung ihres Mandats anzuwenden. Das Mandat wurde bis zum 1. September 2003 zeitlich und auf die Hauptstadt der Provinz Ituri, Bunia, geographisch begrenzt. Der Auftrag der IEMF lautete, zur Stabilisierung der Sicherheitslage und zur Verbesserung der humanitären Situation in der Provinzhauptstadt Bunia beizutragen, den Schutz des Flughafens und des Flüchtlingscamps in der Stadt zu sichern und die Sicherheit der Zivilbevölkerung, des UN-Personals und humanitärer Hilfskräfte in Bunia zu gewährleisten.⁴¹³

Der Generalstab (Etat Major) der Einsatztruppe wurde in Paris eingerichtet. In seiner europäischen Zusammensetzung umfasste er 80 Offiziere, von denen 40 Prozent aus Ländern kamen, die sich mit Truppen oder Material an dem Einsatz beteiligten. Das operationelle Kommando wurde dem französischen General Neuveux übertragen. Nachdem die französische Militärhierarchie die Mission zunächst Operation „Mamba“ getauft hatte, wurde sie in Operation „Artemis“ umbenannt. Von den insgesamt 1.200 Soldaten, stellte Frankreich mit 800 Mann das größte Kontingent. Französische Militärplaner hatten bei ihren Vorbereitungen festgestellt, auf amerikanische Logistik verzichten zu können.⁴¹⁴

⁴¹¹ vergl.: „Die EU auf dem Weg in den Kongo“, in: FAZ, 26.05.2003

⁴¹² vergl.: „Die EU für Eingreiftruppe in Kongo-Kinshasa“, in: NZZ, 05.06.2003; „Chirac dankt Berlin für „bescheidenden“ Kongo-Beitrag“, in: FAZ, 11.06.2003; „Deutsche Unterstützung für die Kongo-Einsatztruppe“, in: NZZ, 19.06.2003

⁴¹³ vergl.: Mair, a.a.O., S. 4

⁴¹⁴ vergl.: „Ohne Rückgriff auf die NATO“, in: FAZ, 17.06.2003

Obwohl nicht auszuschließen ist, dass aus Konfliktgebieten Afrikas Strukturen staatlicher und nichtstaatlicher Gewalt entstehen können, die letztendlich Rückwirkungen auf Europa haben und auch europäische sicherheitspolitische Interessen berühren könnten, gehörte der Kongo-Konflikt nicht dazu. Der Zerfall des Staates und der anhaltende Bürgerkrieg stellten keine mittelbaren und unmittelbaren sicherheitspolitischen Bedrohungen für Europa dar. Anders als auf dem Balkan war eine europäische Intervention aus sicherheitspolitischen Gesichtspunkten nicht erforderlich.

Die europäischen Staaten haben aufgrund der Historie unterschiedliche Beziehungen zu dem afrikanischen Kontinent. Im Vergleich zu anderen europäischen Nationen spielte Deutschland eine weniger bedeutende Rolle als Kolonialmacht als Großbritannien, Belgien oder Frankreich. Frankreich wurde vorgeworfen, seine Afrika-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zur Sicherung eigener wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen in der Region zu betreiben.

Das französische Engagement während des Kongo-Einsatzes der EU hatte eindeutig ein anderes Motiv. Seit jeher hatte Frankreich seine Afrika-Politik dazu genutzt, seine Bedeutung als weltpolitischer Akteur zu unterstreichen. Im Zuge des Kongo-Konflikts bot sich für Frankreich als Führungsnation sowie für die beteiligten europäischen Staaten die Gelegenheit zu beweisen, dass Europa in der Lage ist, eigenständig und fernab der eigenen Grenzen internationale Verantwortung zu übernehmen. Die EU-Friedensmission im Nordosten des Kongos war ein Signal an die Amerikaner, welches die Bereitschaft unterstrich, sich militärisch zu engagieren, wenn die Intervention politisch vertretbar und humanitär geboten ist.

Obwohl sowohl die Amerikaner als auch die NATO die europäischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit argwöhnisch verfolgten, bemühte man sich, gelassen auf den EU-Einsatz zu reagieren: „Das ist kein großes Thema. Es wäre viel mehr darüber geredet worden, wenn es um eine Sache gegangen wäre, die die Sicherheit der Mitgliedstaaten unmittelbar berührt“, so ein NATO-Sprecher.⁴¹⁵ Tatsächlich gab es für Amerikaner und NATO-Analytiker mehrere Gründe einfach abzuwarten:

⁴¹⁵ vergl.: ebd.

- Für die EU bestand die Gefahr eines Misserfolgs. Ein Einsatz hätte bedeuten können, tief in den Kongo-Konflikt einbezogen zu werden, was ein größeres, zeitlich kaum befristetes Engagement erfordert hätte, wozu die EU nicht in der Lage gewesen wäre. In diesem Fall hätte sich die EU blamiert und die europäischen Bestrebungen einen empfindlichen Rückschlag erlitten;
- Bei einem Erfolg der Mission endete diese nach wenigen Monaten und bedeutete keinen wirklichen Test- oder Ernstfall. In einem solchen Fall hat die ESVP lediglich kurzfristig humanitäre Hilfe gebracht, es aber nicht vollbracht, eine Region zu befrieden.

Schließlich war letzteres der Fall. Die europäische Eingreiftruppe konnte ihre Mission in Bunia erfüllen. Die Soldaten wurden nicht, wie befürchtet (oder erhofft), in weitere Konflikte verstrickt und konnten unter schwierigen Umständen in der von ihr kontrollierten Region für Ruhe und Ordnung sorgen.⁴¹⁶ Dennoch blieb der politische Mehrwert des befristeten Mandats bescheiden. Denn die EU hatte lediglich bewiesen, über einen kurzen Zeitraum ein geographisch kleines, überschaubares Gebiet vor den Übergriffen durch Kindersoldaten schützen zu können. Am 1. September 2003 wurde einer weiteren UN-Mission die Verantwortung übergeben, die für die gesamte Bürgerkriegsregion zuständig war. Für die EU spielte der weitere Verlauf des Bürgerkriegs damit keine Rolle mehr.

Dennoch konnten die europäischen Politiker zwei Erfolge für die ESVP verbuchen. Neben der Mission in Mazedonien konnte auch die im Kongo erfolgreich durchgeführt werden. Um einer möglichen „ESVP-Euphorie“ entgegenzuwirken, widersetzten sich die USA einer Übernahme der von der NATO geführten Friedensmission in Bosnien-Herzegowina. Als offizielle Begründung für die Absage führte ein amerikanischer Diplomat an, die Sicherheitslage sei nach wie vor angespannt, wichtige Kriegsverbrecher befänden sich weiterhin auf freiem Fuß, und außerdem sei unklar, ob die Regierung in Sarajewo eine Übernahme der SFOR durch die EU überhaupt wünsche.⁴¹⁷

Durch die mögliche Bewältigung der weitaus anspruchsvolleren Mission auf dem Balkan hätten die Unabhängigkeitsbestrebungen der EU auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik möglicherweise der amerikanischen Kontrolle entzogen werden können. Das Ziel der Verweigerung der Übergabe der Mission durch die

⁴¹⁶ vergl.: „Alliot-Marie: Mission in Kongo erfüllt“, in: FAZ, 05.08.2003; „Übergabe an UNO in Kongo-Kinshasa“, in: NZZ, 17.08.2003

⁴¹⁷ vergl.: „EU bereitet sich auf Kongo-Einsatz vor“, in: FAZ, 04.06.2003

NATO war, den sich entwickelnden europäischen sicherheitspolitischen Elan zu dämpfen.

Insgesamt betrachtet kann den beiden ersten EU-Militärmissionen nicht die Bedeutung zugemessen werden, die ihr mancher europäischer Politiker gerne zusprechen möchte. Erstens waren die Missionen militärisch und politisch nicht genügend bedeutsam. Zweitens war lediglich Mission „Artemis“ eine eigenständige ESVP-Mission. Drittens liegt die Entscheidungsgewalt, ob die EU militärisch tätig wird bei der NATO und damit bei den Amerikanern: Nur wenn die NATO einen Einsatz ablehnt, kann die ESVP eingreifen. Der „Startschuss“ für eine eigenständige ESVP ist mit den beiden Militär- sowie der Polizeioperationen im Jahr 2003 eindeutig nicht gefallen. Die Operationen sind eher als ein Symbol zu betrachten: Die EU hat ihrem Anspruch Nachdruck verliehen, in Zukunft eine größere Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik spielen zu wollen.

3.2.2. Die Transformation der transatlantischen Beziehungen

Während des Kalten Krieges waren die transatlantischen Beziehungen durch sicherheitspolitische Zusammenarbeit geprägt. Die regelmäßigen Handelsauseinandersetzungen wurden dem gemeinsamen Feindbild und der gegenseitigen strategischen Bedeutung untergeordnet. Nach dem Ende des Ost-West Konfliktes glaubte Europa seine sicherheitspolitische Abhängigkeit gegenüber den USA einzubüßen.⁴¹⁸ Europa begann, sich von dem Führungsanspruch der USA emanzipieren zu wollen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass Europa in der amerikanischen Außenpolitik nicht mehr die Priorität genießt, wie es noch in den neunziger Jahren der Fall war.⁴¹⁹ Stattdessen konzentriert sich die einzig verbliebene Supermacht zunehmend auf die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten und auf den asiatischen Raum, da die Sicherheitsprobleme in der Region zunehmen. In Asien stehen die Bemühungen Chinas im Zentrum, eine regionale Führungsrolle zu übernehmen, und die schwelenden Konflikte zwischen den Atommächten Indien, Pakistan und China. Die Aktualität der amerikanischen Raketenabwehrpläne resultiert nicht nur aus der Furcht vor Anschlägen aus

⁴¹⁸ vergl.: Meier-Walser, Reinhard: Die euro-atlantischen Beziehungen zwischen Partnerschaft und Konkurrenz, Berlin 2000, S. 22

⁴¹⁹ vergl.: Föhrenbach, Gerd: die transatlantische Sicherheitspartnerschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Politik und Gesellschaft Online: http://orae.fes.de:8081/fes/docs/IPG1_2001/ARTFOEHRENBACH.HTM

„Schurkenstaaten“, sondern auch aus Furcht vor einer Zunahme des chinesischen Drohpotentials innerhalb der nächsten Jahrzehnte.⁴²⁰

Die Reaktion der Amerikaner auf die Terroranschläge des 11. September 2001 verstärkte die neue Richtung der US-Außenpolitik durch die Verlagerung der geopolitischen Schwerpunkte. Die US-Administration definierte selbst ihre Antwort auf die Anschläge und wählte allein die Mittel. Die europäischen Verbündeten spielten lediglich eine untergeordnete Rolle und konnten die Reaktion der USA nicht beeinflussen. Den Amerikanern dienten die europäischen Solidaritätsbekundungen und Unterstützungsangebote in erster Linie dazu, ihr Vorgehen gegen den Internationalen Terrorismus zu legitimieren. Bei der Bildung der Ad-hoc-Koalition spielten die europäischen Staaten eine untergeordnete militärische Rolle. Weit wichtiger waren den USA die Kooperationen mit asiatischen und arabischen Staaten sowie Israel.

Die Kombination der Verlagerung der geopolitischen Schwerpunkte und der geringen Einflussnahme der Europäer verstärkten das Desinteresse der Amerikaner an Europa bei gleichzeitiger Hinwendung nach Asien. Die Bedeutung Europas als für die Amerikaner wichtigster geostrategischer Akteur hat sich definitiv gewandelt. Wie die weiteren Ausführungen zeigen, handelt es sich nicht um eine durch die Folgen der Terroranschläge bewirkte temporäre Entwicklung, sondern um eine strategische.

Seit den neunziger Jahren wurde die Liste der transatlantischen (sicherheits-)politischen Konflikte immer länger.⁴²¹ Die Nichtratifizierung wichtiger internationaler Verträge und Abkommen durch die USA, wie über die Einrichtungen des Internationalen Strafgerichtshofs und des Kyoto-Protokolls, belasten das europäisch-amerikanische Verhältnis. Die Kontroversen um den

⁴²⁰ vergl.: Interview mit Jonathan Eyal, Director of Studies am Royal United Services Institute for Defence Studies, aus: „Amerikas Angst vor China“, in: Der Spiegel, Nr. 23, 2000

⁴²¹ Das Thema „transatlantische Beziehungen“ ist seit den neunziger Jahren eines der zentralen Problemfelder, mit denen sich die Fachliteratur auseinandersetzt. An dieser Stelle eine kurze Literaturauswahl, siehe: Czempel, Ernst-Otto: Europa und die Atlantische Gemeinschaft, a.a.O., S. 12; Daadler, Ivo: Are the United States and Europe heading for divorce? In: International Affairs, Nr. 2, 2001, S. 553; Heisbourg, Francois; de Wijk, Rob: Vollzieht sich eine grundlegende Änderung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen? in: NATO-Brief, Nr. 1, 2001, S. 15; Krause, Joachim: Streit um Raketenabwehr, a.a.O., S. 37; Kupchan, Charles: Vom Friedensstifter zum Partner. Amerika, Europa und die atlantische Sicherheit, in: Internationale Beziehungen, Nr. 7, 1998, S. 21; Nye Jr., Joseph: The US and Europe: Continental drift? In: International Affairs, Nr. 1, 2000, S. 51; Rühle, Michael: Transatlantische Dissonanzen, a.a.O., S. 43; Schweigler, Gebhard: Driftet die atlantische Gemeinschaft auseinander?, a.a.O., S. 53; Thies, Jochen: Das Ringen um die neue Weltordnung, a.a.O., S. 3; Voigt, Carsten: Begründung eines neuen Atlantizismus. Von Partnerschaft zu euroatlantischer Gemeinschaft, in: Internationale Politik, Nr. 3, S. 3; Weidenfeld, Werner: Kühles Kalkül, a.a.O., S. 1; ders.: Erneuerung der transatlantischen Bindungen, in: Internationale Politik, Nr. 3, 2000, S. 1; Yost, David: Transatlantic relations and peace in Europe, in: International Affairs, Nr. 2, 2002, S. 277

Atomteststoppvertrag, die Biowaffen- und Kleinwaffenkonvention, „die“ Proliferation, „die“ Raketenabwehr, die europäischen Bestrebungen, sich von der Sicherheitspolitik der USA zu emanzipieren und die Reform der NATO prägten die sicherheitspolitische Agenda.

Als Folge der zunehmenden Kontroversen wird bei Meinungsverschiedenheiten nicht mehr die gewohnte Zurückhaltung geübt. Streitigkeiten, welche früher hinter den Kulissen gelöst wurden, sind oftmals Teil einer öffentlichen Diskussion.⁴²² Die Vereinigten Staaten sind die einzig verbliebene Supermacht, und sie agieren mit einem daraus resultierendem gesteigerten Selbstbewusstsein. Beflügelt wird die eigene Einschätzung durch eine in den neunziger Jahren boomende Wirtschaft und die fest verankerte Überzeugung von der Einzigartigkeit der USA und der Mission zur Verbreitung der Freiheit in der Welt. Die von ihnen verfolgte internationale Politik wird von vielen als Unilateralismus kritisiert. Die mit der Politik verbundene Rhetorik, wie die der „unverzichtbaren Nation“ für die Beschreibung des eigenen Selbstwertgefühls, oder die Bezeichnung „rogue state“ für Staaten der Dritten Welt unterstreichen das von den Kritikern gemalte Feindbild USA.

Tatsächlich nutzen die Amerikaner die gegebene Machtfülle und bemühen sich um eine neue Sicherheitskonzeption, die den neuen Bedrohungen gerecht werden soll. Den Europäer hingegen fällt es schwer zu begreifen, dass der Kalte Krieg vorüber ist und dass das neue Jahrtausend neue bisher ungekannte sicherheitspolitische Gefahren mit sich bringen kann. Anhand der Entwicklung der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes lässt sich der Transformationsprozess in den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen empirisch nachvollziehen und politikwissenschaftlich beweisen.

Im Folgenden wird diese Entwicklung anhand der

1. US-Verteidigungskonzeption und deren Inkompatibilität mit der gültigen NATO-Strategie,
2. Osterweiterung der NATO,
3. Nichtinanspruchnahme von NATO-Ressourcen im Anti-Terror-Krieg und
4. des Rückzugs der USA aus der NATO-Kommandostruktur

nachgewiesen.

⁴²² vergl.: „Der Teich wird größer“, in: Die Zeit, 18.01.2001

Die Vereinigten Staaten haben in dem Jahr 2002 ihre nationale Sicherheitsstrategie modifiziert, wodurch Inkompatibilitäten mit der gültigen NATO-Strategie entstanden. Die im Herbst 2002 verabschiedete amerikanische nationale Sicherheitsstrategie steht in zwei wesentlichen Punkten im Widerspruch zu der NATO-Strategie „Neues Strategisches Konzept für die Allianz“, welche das Bündnis im April 1999 in Washington beschlossen hatte.⁴²³

1. Die gültige NATO-Strategie sieht weder Präventivschläge zur Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vor, noch
2. den Einsatz von Nuklearwaffen, die sich gegen staatliche und nicht-staatliche Akteure richten können. Stattdessen bestätigte das Bündnis eine Strategie, in welcher der Einsatz von Kernwaffen nur im äußersten Notfall und als allerletzte Möglichkeit vorgesehen wird.

Für die NATO ergeben sich daraus zahlreiche Dilemmata, denn jede mögliche Option, wie auf die neue Strategie der USA reagiert werden könnte, weist immanente Schwierigkeiten auf:

1. Option: Anpassung der Strategie: Die NATO würde Probleme mit der völkerrechtlichen Legitimität ihrer Planungen bekommen, wenn diese je umgesetzt werden müssten. Weder präventive Angriffe noch der Einsatz von nuklearen Waffen wären in einem solchen Kontext völkerrechtlich abgedeckt.
2. Option: Beteiligung der europäischen Kernwaffenkapazitäten: Voraussetzung wäre eine Anpassung der Strategie. Die NATO liefere Gefahr, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu schwächen und an der Deregulierung der internationalen Beziehungen mitzuwirken.
3. Option: keine Anpassung der Strategie: Für den wahrscheinlichsten Fall ergibt sich die Konsequenz, dass für die USA und die NATO mit der Führungsmacht USA zwei unterschiedliche Strategien gelten. Für die USA gelten innerhalb der Allianz faktisch andere Regeln als für die übrigen NATO-Mitglieder.⁴²⁴

⁴²³ vergl.: Neues Strategisches Konzept für die Allianz, in: NATO Handbuch 2001; zur US-Strategie „Preemption“ siehe Kap. 3.3.4.

⁴²⁴ vergl.: Nassauer, Otfried: NATO am Scheideweg: <http://www.bits.de/public/articles/y10-02.htm>

Die Differenz der beiden Strategien ist ein Zeichen für den Verlust der militärischen Bedeutung der NATO für die USA. Für die NATO-Führungsmacht hat sich das Bündnis als Militärorganisation inzwischen weitgehend überlebt. Die Vereinigten Staaten sehen die Allianz vor allem als ein politisches Bündnis. Nach Ansicht Washingtons sichert die NATO die endgültige Integration Mittel- und Osteuropas in die westlichen Strukturen ab. Bereits nach dem Fall des Kommunismus versuchten die Amerikaner, der NATO mit deren Integrationskraft für mittel- und osteuropäische Länder eine neue Funktion zuzuweisen. Durch die Einbindung dieser neuen Mitgliedsstaaten sollte die Sicherheit in Europa gewährleistet werden. Eine „Sozialisierungsfunktion“ hat die NATO auch weiterhin. So dient das Bündnis dazu, die Zusammenarbeit der neuen und alten Mitgliedsländer untereinander sowie die Einbeziehung Russlands zu fördern. Durch den Austausch von Informationen und dem Abhalten gemeinsamer Militärübungen schafft sie eine Friedenszone, welche für die Entwicklung des europäischen Kontinents entscheidend ist.

Die wichtigste und ursprüngliche Aufgabe der NATO, der Schutz ihrer Mitglieder, ist mit dieser neuen Ausrichtung untergeordnet worden. Mit der Nichtinanspruchnahme der NATO durch die USA nach den Terroranschlägen ist die militärische Bedeutungslosigkeit und damit die Aushöhlung der NATO bewiesen worden, denn das stärkste Mitglied verzichtete weitgehend auf die Schutzfunktion der NATO. Nach den Terroranschlägen in den USA wertete der NATO-Rat die Attentate als einen Angriff auf das gesamte Bündnis. Erstmals in der Geschichte der Allianz wurde der Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages festgestellt.⁴²⁵ Die NATO demonstrierte mit dem Schritt die Entschlossenheit und Solidarität mit den USA. Bei verbalen Bekundungen wollte man es nicht belassen, sondern auch Handlungsbereitschaft zeigen. Die Vereinigten Staaten ließen die Bündnispartner aber zunächst im Unklaren, ob und in welcher Form das militärische Beistandsangebot genutzt werden sollte. Erste Anforderungen an die NATO aus den Vereinigten Staaten kam erst drei Wochen

⁴²⁵ Bereits einen Tag nach den Terroranschlägen, am 12. September 2001, beschloss der NATO-Rat, die Terrorangriffe seien als Angriffe auf alle Bündnispartner im Sinne der Beistandsverpflichtung des Artikels 5 zu betrachten, sofern sie von außen gegen die USA gerichtet waren: NATO Press Release (2001)124, 12. September 2001: Statement by the North Atlantic Council: <http://www.nato.int/docu/pr/2001/p01-124e.htm>; Nach entsprechenden Darlegungen der USA im NATO-Rat am 2. Oktober 2001 bekräftigte dieser am 4. Oktober 2001 die Beistandsverpflichtung aus Artikel 5: Statement to the Press by NATO Secretary General, Lord Robertson, on the North Atlantic Council Decision on Implementation of Article 5 of the Washington Treaty following the 11 September Attacks against the United States: <http://www.nato.int/docu/speech/2001/s011004b.htm>; des Weiteren: Sloan, Stanley: NATO, The European Union, and the Atlantic Community, Lanham 2003, S. 185ff.; „Außenpolitik nach dem 11. September“, in: FAZ, 07.11.2001

nach den Anschlägen, woraufhin das Bündnis zivile und militärische Maßnahmen beschloss. Zu den wenigen US-Unterstützungsanforderungen gehörten

1. der verstärkte Austausch von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen,
2. Überfluggenehmigungen sowie Nutzung von Häfen und Flugplätzen von Bündnismitgliedern,
3. Verlegung von Teilen der ständigen Marine-Einsatzverbände der NATO ins östliche Mittelmeer und
4. der Einsatz der Frühwarnflotte (Airborne Warning and Control System, AWACS) in den USA.⁴²⁶

Bei ihrem Feldzug gegen den Terrorismus ließen die Vereinigten Staaten die NATO bewusst außen vor.⁴²⁷ Sie hatten kein Interesse an einer stärkeren Einbindung des Bündnisses, da dies ein Mitspracherecht der Bündnispartner bei der Operationsplanung- und durchführung mit sich gebracht hätte, woran die Vereinigten Staaten nicht interessiert waren. Zudem wurde ein weiterer militärischer NATO-Beitrag nicht ernsthaft gebraucht. Die Allianz wurde von ihrem stärksten Mitglied als ein wirkungsarmes Bündnis vorgeführt. Das Vorgehen der USA begründete sich auch auf einem Lernprozess aus einer historischen Situation: Bereits während des Kosovo-Krieges 1999 musste der damalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark auf nationale Vorbehalte der Mitgliedstaaten Rücksicht nehmen, da im Bündnis das Konsensprinzip gilt. Auf bestimmte Militäroperationen musste Clark verzichten, da sie nicht von allen Bündnispartnern mitgetragen wurden. Aus diesen Erfahrungen zogen die Vereinigten Staaten die Konsequenz, die NATO beim Kampf gegen den Terrorismus weitgehend außen vor zu lassen.

Die Vereinigten Staaten nahmen die NATO-Ressourcen zwar nicht in Anspruch, verhielten sich aber auch nicht unilateral. Vielmehr ersuchten die USA, viele Staaten auf bilateralem Weg um Unterstützung in der Anti-Terror-Koalition. Unter den Staaten, die sich beteiligten, waren auch NATO-Staaten, unter anderem die Bundesrepublik Deutschland, die Kommando-Soldaten in Afghanistan und einen Marine-Verband am Horn von Afrika zur Verfügung stellte. In dem Oberkommando (Central Command), dem US-Regionalkommando in Tampa Bay

⁴²⁶ vergl.: Nassauer, a.a.O.

⁴²⁷ vergl.: Robertson: „Die Kluft zwischen Europa und Amerika wird immer größer“, in: FAZ, 01.02.2002; „Schieflage“, in: ebd.

Florida, hatten sich zahlreiche Verbindungsoffiziere verschiedenster Nationen einquartiert. Bei dem NATO-Hauptquartier SHAPE in Mons hingegen spielte der Kampf gegen den Terrorismus keine Rolle.⁴²⁸

Dass die NATO in den Militärplanungen der Vereinigten Staaten eine immer geringere Rolle spielt, beweist auch die Reform der Kommando-Strukturen der USA.⁴²⁹ Demnach soll die NATO ihren wichtigsten Stab in den USA (Supreme Allied Commander Atlantic, SACLANT) endgültig aufgeben. SACLANT ist dem NATO-Oberbefehlshaber SACEUR gleichgestellt, befehligt die Seestreitkräfte im Atlantik und im Krieg auch die assignierten strategischen Nuklear-U-Boote, die den Kern der NATO-Nuklearabschreckung bilden. Ein weiteres Signal für den Verzicht der USA auf die NATO für die Heimatverteidigung ist die Institutionalisierung von NORTHCOM (Northern Command to Assume Defense Duties). Dieses ist das neue US-Oberkommando für die Heimatverteidigung, die auch die Zuständigkeit für eine 500-Meilen-Zone vor der US-Atlantik-Küste erhielt.⁴³⁰

Den Verantwortlichen innerhalb des Bündnisses entgingen diese Entwicklungen nicht. Die Notwendigkeit der Modernisierung der NATO war ihnen bewusst. Der langjährige Generalsekretär Lord Robertson äußerte mit dem Blick auf die militärischen Fähigkeiten der NATO in zahlreichen Reden, diese habe die Wahl zwischen Modernisierung und Marginalisierung. Dem Relevanzverlust versuchte er mit allen diplomatischen Mitteln entgegenzusteuern. Die Zusammenfassung seiner Argumentation lautet, die NATO müsse die Terrorismusbekämpfung mit ins Zentrum ihrer Aktivitäten holen. Des Weiteren komme der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wachsende Bedeutung zu. Vieles sei bereits erreicht. Das Bündnis habe die sterile Debatte um Out-of-Area-Einsätze beendet und sich dazu bekannt, Einsätze auch außerhalb des Bündnisgebietes nach Erfordernis und wo nötig durchzuführen. Vor dem American Enterprise Institute in Washington sagte Robertson im Juni 2002, die NATO könne jetzt eine führende Rolle bei der Bekämpfung des Terrorismus übernehmen und ihre militärischen Fähigkeiten anderen internationalen Organisationen und Koalitionen von Fall zu Fall zur Verfügung stellen.⁴³¹

⁴²⁸ vergl.: Nassauer, a.a.O.

⁴²⁹ vergl.: Nassauer, a.a.O.; „Abschied vom Kalten Krieg“, in: FAZ, 22.11.2002

⁴³⁰ vergl.: ebd.

⁴³¹ vergl.: Lord Robertson: Tackling Terror: NATO's New Mission, Washington D.C. 22. Juni 2002: <http://www.nato.int/docu/speech/2002/s020620a.htm>

Die von Robertson benannten Ziele setzen nicht nur eine Umstrukturierung des Bündnisses, sondern auch entsprechende militärische Fähigkeiten der europäischen Bündnispartner voraus. Auf dem NATO-Gipfel 1999 wurde ein Modernisierungsprogramm (Defence Capabilities Initiative, DCI) beschlossen.⁴³² Die darin formulierten hochgesteckten Ziele hatten die Allianzmitglieder allerdings aufgrund von Finanzengpässen nicht erreichen können, weshalb das Programm überarbeitet werden musste. So konzentrierte man sich ab 2002 auf die Modernisierung von Schlüsselfähigkeiten, zum Beispiel bei Aufklärungs- und Führungstechnologie, sowie Lufttransportfähigkeiten. Neben der Einladung zur Aufnahme 7 neuer Mitglieder wurden auf dem Prager Gipfel im November 2002 im Wesentlichen 2 Punkte beschlossen:⁴³³

1. Beschluss über die Bildung eines Expeditionskorps für weltweite Kampfeinsätze (NATO Response Force, NRF);
2. Billigung der Prinzipien für eine radikale Verflechtung und Flexibilisierung der NATO-Kommandostrukturen.

Da die europäischen NATO-Staaten auf derartige Missionen nicht vorbereitet und bei den militärischen Fähigkeiten weit hinter die Vereinigten Staaten zurückgefallen sind, wurde mit der politischen Selbstverpflichtung der „Prague Capabilities Commitment“ ein neuer Anlauf unternommen, die Defizite so schnell wie möglich abzubauen. Allerdings wies auf der gleichen Veranstaltung der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder auf die Haushaltsschwierigkeiten des Landes hin und deutete damit auf die Problematik der finanziellen Realisierung neuer Projekte hin. Die neue Initiative sah unter vier Schwerpunkten neue militärische Fähigkeiten vor:⁴³⁴

1. Verteidigung gegen biologische, chemische, nukleare und radiologische Kampfmittel;
2. die Schaffung sicherer elektronischer Führungs- und Aufklärungsmittel;

⁴³² vergl.: NATO Press Release NAC-S(99)69, 25. April 1999: Defence Capabilities Initiative: <http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99s069e.htm>; Sloan, a.a.O., S. 188

⁴³³ vergl.: „Die NATO gibt sich eine neue Gestalt“, in: FAZ, 22.11.2002

⁴³⁴ vergl.: NATO Press Release (2002)074, 6. Juni 2002: Statement on Defence Capabilities by NATO Defence ministers: <http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-074e.htm>; Aus „Defence Capabilities Initiative“ (DCI) wird „Prague Capabilities Commitment“ (PCC): http://www.bmvg.de/sicherheit/nato/sivep_nato_030821_pcc.php;

3. die Gewährleistung der Interoperabilität beim Einsatz multinationaler Truppenkontingente;
4. die Fähigkeit zur schnellen Verlegungen entfernte Gebiete für einen längeren Zeitraum.

Die verbesserten militärischen Fähigkeiten sollten ab Herbst 2004 der NRF bedingt einsatzfähig zugute kommen. Die NRF soll ein hochmobiler multinationaler Verband sein, der aus allen Teilstreitkräften nach amerikanischen Vorschlägen insgesamt 21.000 Mann starken Verbänden bestehen.

Die Reform der Kommandostruktur sah die Abschaffung von 9 NATO-Hauptquartieren vor. In einem Prinzipienbeschluss wurde als das einzige strategische Kommando mit operativen Aufgaben das NATO-Hauptquartier in Europa (SHAPE) erhalten. Das strategische Hauptquartier in Norfolk (bisher SACLANT) in den Vereinigten Staaten blieb zwar erhalten, übernahm aber in enger Verknüpfung mit der amerikanischen Armee funktionale Aufgaben bei der Erprobung neuer Konzepte für die NATO-Streitkräfte. Weitere Reformschritte betrafen die darunterliegenden Kommando-Ebenen, die teilweise abgeschafft, oder keinen geographischen Zuschnitt mehr hatten.⁴³⁵

Auf amerikanische Initiative hin begann sich die NATO zu reformieren. In einem Transformationsprozess soll die NATO von einem Verteidigungs- in ein Interventionsbündnis umstrukturiert werden. Durch diesen Prozess steht die militärische Verteidigung (West-) Europas nicht mehr im Zentrum der strategischen Überlegungen, woraus ein strategischer Bedeutungsverlust Westeuropas resultiert. Darüber hinaus erweitern die USA mit der NATO-Osterweiterung ihren Einflussbereich in Osteuropa. Besonders Polen steht uneingeschränkt auf der Seite der USA und bewährte sich in der Irak-Debatte als zuverlässiger loyaler Partner der USA.

3.2.3. Das gescheiterte Krisen- und Kriegsmanagement der EG/EU im ehemaligen Jugoslawien

Obwohl die EU mit ihren ersten Militäroperationen in Mazedonien und im Kongo ihren Anspruch auf eine von den USA unabhängigere Sicherheitspolitik geltend gemacht hat, ist sie bisher den Beweis schuldig geblieben, dazu auch in der Lage

⁴³⁵ vergl.: „Abschied vom Kalten Krieg“, in: FAZ, 22.11.2002

zu sein. Während der Kriege in dem ehemaligen Jugoslawien scheiterte die europäische Konflikt diplomatie kläglich. Stattdessen konnte erst das amerikanische Engagement auf dem Balkan die Kriegshandlungen stoppen.

Die EPZ reagierte erstens auf die Entwicklungen in Jugoslawien völlig unangemessen und erwies sich zweitens als ungeeignetes Instrumentarium, um die Krisen, Konflikte und Kriege meistern zu können. Bei Ausbruch der Konflikte standen die Auswirkungen der „Demokratischen Revolution“ in Osteuropa, das weltweite Engagement gegen den irakischen Überfall auf Kuwait und die Sorgen um die Vorgänge in der sich auflösenden Sowjetunion im Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit. Zudem waren die EG-Staaten mit den Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung und den Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht beschäftigt. Die Entwicklungen in Jugoslawien unterlagen einer gravierenden Fehlinterpretation, indem sie als Ethno- und Religionskonflikte mit nur lokaler Bedeutung analysiert wurden. Die EG-Staaten gingen davon aus, dass ihre vitalen Interessen nicht berührt würden. Der ehemals blockfreie Staat schien seine geostrategische Bedeutung verloren zu haben. Erst die eskalierenden Kampfhandlungen und die damit verbundenen Flüchtlingsströme führten der EPZ die immense Bedeutung der Region für die sicherheitspolitische und ökonomische Stabilität Gesamteuropas vor Augen.⁴³⁶

Westeuropa vertrat die gemeinsame Auffassung, Jugoslawien müsse zusammengehalten werden, und Kroatien und Slowenien dürften sich nicht aus dem Staatenverbund lösen. In der Erklärung der EPZ zu Jugoslawien vom März 1991 heißt es: „Nach Auffassung der Zwölf hat ein geeintes, demokratisches Jugoslawien die besten Aussichten, sich harmonisch in das neue Europa einzugliedern.“⁴³⁷ Neben der Befürchtung, die kroatischen und slowenischen Autonomiebestrebungen könnten Grenzdiskussionen und Autonomiebestrebungen in den eigenen Mitgliedstaaten auslösen⁴³⁸, kam man zu der Überzeugung, man könne über eine Stabilisierung des Balkan am besten mit nur einem Gesprächspartner verhandeln. Der oben zitierten Erklärung folgten zahlreiche Appelle an die Konfliktparteien, die Kampfhandlungen zu beenden. Die EG-Staaten versuchten wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Druck auf die Konfliktparteien auszuüben. Sie schöpften die ihm Rahmen dieser

⁴³⁶ vergl.: Nadoll, Jörg: Die Europäische Union und die Konfliktbearbeitung in Ex-Jugoslawien 1991-1998- Mühl- oder Meilenstein?, in: Schubert, Klaus; Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.): Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik, Opladen 2000, S. 83

⁴³⁷ vergl.: Erklärung der EPZ in Luxemburg am 23.03.1991 zu Jugoslawien, in: EA, Nr. 21, 1991, S. D548

⁴³⁸ so zum Beispiel in: Korsika, Baskenland, Katalonien, Nord-Irland, Süd-Tirol, Flandern und Wallonien

Maßnahmen bestehenden Möglichkeiten aus, mussten sich aber einen unzureichenden Erfolg eingestehen. Es fehlten den EPZ-Staaten der politische Wille und die Möglichkeit, ihre Drohungen im Zweifelsfall mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Die kriegsführenden Parteien konnten es sich leisten, die EPZ-Politik nicht ernst zu nehmen.

Die beiden Republiken Slowenien und Kroatien begriffen 1990/91 die entstehenden demokratischen Herausforderungen als Chance für eine konsequente Demokratisierung in Jugoslawien.⁴³⁹ Aus Furcht vor einem Verlust der eigenen Machtposition und einer weiteren Schwächung der innerjugoslawischen Einheit war die größte jugoslawische Republik Serbien der entschiedenste Demokratisierungsgegner. Es folgte ein offener Machtkampf zwischen dem national-liberalen Norden, der einen konföderativen gesamtjugoslawischen Staat forderte, und den Serben, die jede konföderativen Elemente ablehnten. Als Folge der Unvereinbarkeit der beiden Positionen erfolgte am 25. Juni 1991 die Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens, die eine Strafexpedition Restjugoslawiens gegen Slowenien nach sich zog. Diese von der serbisch dominierten Führung verhängte Militärmaßnahme war jedoch zu dilettantisch vorbereitet und führte zu einem politischen und militärischen Fiasko Restjugoslawiens. Es folgten von Serben inszenierte Bürgerkriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die versuchten, sich einem kroatisch-muslimischen Zugriff zu entziehen und den Traum eines Großserbiens ohne Rücksicht auf zivile Opfer und materielle Schäden zu realisieren.⁴⁴⁰

Die westeuropäische Außenpolitik wurde zu Beginn des Konfliktes durch die Troika der Außenminister im Rahmen der EPZ repräsentiert. Dieses Instrumentarium erwies sich in mehrfacher Hinsicht ungeeignet. Erstens verfügte die Troika über keine eigenen Machtbefugnisse, zweitens konnte sie sich lediglich des Politikinstruments der Erklärungen bedienen, und drittens traten den Konfliktparteien regelmäßig neue Verhandlungspartner gegenüber, da sich aufgrund der halbjährlich wechselnden Ratspräsidentschaft auch die Zusammensetzung der Troika änderte. Außer eine Basis für Konsultationen zu schaffen, hielt die EPZ keine adäquaten Handlungsmechanismen bereit.

Europa drängte sich als einziger Vermittler bei dem Jugoslawienkonflikt auf, ohne sich der Tragweite einer derartigen Aufgabe bewusst zu sein. Nach zwei gescheiterten Friedensmissionen der Troika, glaubten die EG-Staaten im Juli

⁴³⁹ vergl.: Haberl, Othmar: Balkan als Krisenregion, in: Nohlen, a.a.O., S. 53

⁴⁴⁰ vergl.: ebd.

1991 einen Erfolg verbuchen zu können. Auf der Adria-Insel Brioni wurde auf EG-Vermittlung ein Kompromiss ausgehandelt, der unter anderem eine Waffenruhe und die Freilassung von Gefangenen beinhaltete. Da sich die Lage in Slowenien daraufhin tatsächlich beruhigte, erlag man in Westeuropa der Fehleinschätzung, durch die vermeintlich erfolgreiche Vermittlung sei für die EG die „Stunde Europas“ angebrochen.⁴⁴¹ Tatsächlich endeten die Kampfhandlungen in Slowenien, da das Interesse des „Serbenführers“ Milosevics an Slowenien gering war. Den „Verlust“ Sloweniens konnte Milosevics verschmerzen. Wie gering der Einfluss der EG tatsächlich war, zeigte sich daran, dass die Kämpfe in Kroatien trotz des Brioni-Kompromisses weitergingen. Die Serben ignorierten sowohl die Drohungen der EG, wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen, als auch einen im September ausgehandelten Waffenstillstand.

Neben der Wirkungslosigkeit der europäischen Vermittlungsversuche im Rahmen der EPZ wirkten sich die unterschiedlichen nationalen Interessen der westeuropäischen Staaten negativ auf die Durchsetzung eines gemeinsamen Willens aus. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens durch die Bundesrepublik dafür ist beispielhaft. Trotz ihrer isolierten Position und entsprechender politischer Warnungen der westeuropäischen Partner, erkannte die Bundesregierung am 19. Dezember 1991 die beiden Republiken an. Am 16. Dezember 1991 hatten die EG-Staaten eine Übereinkunft getroffen, in der vereinbart worden war, eine Schiedskommission einzusetzen. Unter dem Vorsitz des Präsidenten des französischen Verfassungsgerichts Badinter sollte die Kommission bis zum 15. Januar 1992 feststellen, ob die beiden Republiken den Gemeinschaftskriterien Achtung der Minderheiten- und Menschenrechte genügen würden. Der Grundsatzbeschluss der EG hätte die für die Anerkennung der jugoslawischen und sowjetischen Nachfolgestaaten erforderlichen und notwendigen Voraussetzungen fixiert. Die geforderten Garantien der Minderheitenrechte hätten von zukunftsweisender Bedeutung für ganz Osteuropa sein können.⁴⁴² Die Bundesrepublik setzte sich über den Grundsatzbeschluss hinweg und machte die eventuellen Ergebnisse der Kommission bedeutungslos. Deutschland war von dem gemeinsamen Standpunkt abgerückt und machte ein gemeinsames Handeln der Zwölf unmöglich. Darüber hinaus bedeutete die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens das Ende der ersten Phase der europäischen Balkanpolitik. Das bisher erklärte Ziel der Unterstützung der

⁴⁴¹ vergl.: Calic, Marie: Jugoslawien am Wendepunkt, in: APuZ, Nr. 37, 1993, S. 11

⁴⁴² vergl.: Haberl, a.a.O., S. 53f.

Einheit des jugoslawischen Staates wurde mit der Anerkennung der Unabhängigkeit aufgegeben.⁴⁴³

Für die Konfliktbewältigung der nächsten Phase des Jugoslawien-Konflikts kann der EG kein Zeugnis ausgestellt werden, welches besser als die Beurteilung der bisherigen Politik ausfällt. Nach der durch den VN-Vermittler Vance, und nicht auf EPZ-Vermittlung ausgehandelten Unterzeichnung des 15. Waffenstillstandsvertrages zwischen Kroatien und Serbien am 2. Januar 1992 beruhigte sich die Situation in den bisherigen Kriegsgebieten.⁴⁴⁴

Dafür entstand in Bosnien-Herzegowina eine neue, wenn auch absehbare, Konfliktzone. Durch die bisherigen Entwicklungen sah sich die bosnische Regierung vor die Wahl gestellt, sich entweder unter einem serbisch beherrschten Restjugoslawien zu fügen, oder ebenfalls eine eigene unabhängige Republik anzustreben. In dem letzteren Fall drohte den bosnischen Serben ein Minderheitsdasein unter den muslimisch-kroatischen Mehrheit. Im April 1992 entschied sich die Regierung in Bosnien nach einer Volksabstimmung für die Unabhängigkeit der Republik. Die Folge war der Kriegsausbruch auf dem Gebiet Bosnien-Herzegowinas. Die bosnischen Serben kämpften gegen die Unabhängigkeit und damit gegen die bosnischen Muslime und Kroaten. Im Zuge des Krieges kam es auf beiden Seiten zu Vertreibungen und Verbrechen gegen die jeweilige Minderheiten, zu denen nicht nur die bosnischen Serben, bosnische Muslime, sondern auch Kroaten auf dem Territorium Bosnien-Herzegowinas zählten.

Erneut versuchte Europa, mit Verhandlungsdiplomatie Herr der Lage zu werden, was aber ebenso scheiterte wie in Kroatien. Zahlreiche Versuche, einen Waffenstillstand herbeizuführen, blieben erfolglos. Die Option einer militärischen EU-Intervention wurde zwar auf die politische Agenda gebracht, einigen konnten sich die EPZ-Mitglieder nicht. Frankreich und Italien erwogen die Möglichkeit, europäische Streitkräfte unter dem Kommando der WEU zu entsenden. Dieser Option widersprach Großbritannien am vehementesten, da die britische Regierung jegliche Militärmaßnahmen außerhalb der NATO und damit ohne die USA ablehnte.⁴⁴⁵ Deutschland verwies auf seine historischen Belastungen und lehnte jede Beteiligung an einer militärischen Gewaltanwendung ab, egal innerhalb

⁴⁴³ vergl.: Steltemeier, a.a.O., S. 183

⁴⁴⁴ vergl.: ebd., S. 184

⁴⁴⁵ vergl.: Nadoll, a.a.O., S. 84

welches Bündnisses. Letztendlich erwogen auch die übrigen Mitgliedsländer nicht ernsthaft, militärisch in die Kampfhandlungen einzugreifen.

Statt sich über den Streitpunkt militärischer Intervention zu einigen und damit als friedensbringende und- sichernde Macht ernstgenommen zu werden, versuchte die EG mit dem 1991 geschaffenen „Europäischen Unterhändler“ weitere Verhandlungen zu führen. Der Europäische Unterhändler arbeitet nach der Weisung des Europäischen Rats und wird von der Gemeinschaft finanziert.⁴⁴⁶ Im Auftrag der EG waren seit 1991 mit Lord Carrington und Lord Owen zwei Unterhändler als Vermittler tätig. In der Jugoslawienkrise hatte der Europäische Unterhändler nicht die Autorität wie die regionalen US-Sonderbeauftragten, die in der Regel auf der Grundlage eines politischen Konzepts, einer geschlossenen Position sowie der Fähigkeit zur Machtprojektion agieren.⁴⁴⁷

Zusammen mit dem Jugoslawienbeauftragten Vance legte Lord Owen am 28. Oktober 1992 dem VN-Sicherheitsrat einen Verfassungsentwurf für Bosnien-Herzegowina vor. Die Verhandlungen mit den Kriegsparteien blieben indes erfolglos, da der bosnische Serbenführer Karadzic jede Annahme kategorisch ablehnte. Nach dem Plan wären die bosnischen Serben gezwungen gewesen, einen Großteil ihrer Gebietsgewinne wieder abzugeben. Inzwischen wurde von den USA ein neuer Plan initiiert, den die fünf Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, Spaniens, Russlands und der USA im Mai 1993 unterzeichneten. Dieser sah unter anderem die Einrichtung von Schutzzonen für Minderheiten vor. Der Chefunterhändler der EG, Lord Owen, wurde nicht einmal konsultiert, und es war offensichtlich, dass die EPZ bei der diplomatischen Bewältigung des Konfliktes keine Rolle mehr spielen würde. Eigenständige europäische Initiativen wurden von der EPZ und ab dem 1. November 1993 von der GASP lediglich in dem humanitären Bereich erfolgreich durchgeführt.

Die am 25. April 1994 geschaffene Bosnien-Kontaktgruppe war für die Koordination des zum Abkommen von Dayton führenden Friedens verantwortlich. Ihr gehörten Vertreter aus den Staaten Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA sowie Delegierte der UNO und der EU, so zum Beispiel dem EU-Vermittler Bildt an. Die Kontaktgruppe stand unter der Führung des amerikanischen Unterhändlers Holbrooke, und bis zum vorläufigen Friedensschluss von Paris im Dezember 1995 bestimmte diese Gruppe das Geschehen. Die in der Kontaktgruppe vertretenen europäischen Nationen

⁴⁴⁶ vergl.: ebd., S. 86

⁴⁴⁷ vergl.: ebd., S. 86

repräsentierten die Interessen ihrer Regierungen, Europa hatte sich als politischer Akteur verabschiedet. Die EU-Vermittler vermochten keinen entscheidenden Einfluss zu nehmen.

Die USA verstärkten mit Sanktionsmaßnahmen, und schließlich durch NATO-Luftangriffe, den Druck auf die Konfliktparteien, eine Friedenslösung zu erzielen. Nach einem Massaker an mehr als 8.000 Zivilisten und dem Fall der UN-Sicherheitszone Srebrenica reagierte die NATO mit erhöhten militärischen Schlägen gegen die bosnischen Serben. Durch das militärische Eingreifen und die daraus resultierende Niederlage gezwungen, mussten die bosnischen Serben einlenken. Im Oktober und September 1995 wurden ein Waffenstillstands- und zwei Grundsatzabkommen unterzeichnet, die die Grundlage des späteren Abkommens von Dayton bildeten.⁴⁴⁸

Im Herbst 1995 fanden im US-amerikanischen Dayton/Ohio die entscheidenden Friedensverhandlungen statt. Teilnehmer der Verhandlungen waren die Präsidenten Kroatiens, Serbiens und Bosnien-Herzegowinas sowie die Mitglieder der Kontaktgruppe. Am 21. November 1995 konnte eine Einigung über die Modalitäten für ein Kriegsende erzielt werden, so dass am 14. Dezember die Unterzeichnung des Dayton-Abkommens in Paris stattfinden konnte.⁴⁴⁹ Unterzeichner waren Izetbegovic für Bosnien-Herzegowina, Milosevic für die Bundesrepublik Jugoslawien und Tudjman für Kroatien. Als „Zeugen“ unterschrieben die Repräsentanten der Signatarmächte Präsident Clinton, der französische Präsident Chirac, der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin, der britische Premierminister Major, Bundeskanzler Kohl und der spanische Ministerpräsident Gonzalez für die Europäische Union.

Letztgenannte sind nicht Vertragsparteien des Abkommens von Dayton, so dass keine völkerrechtlichen Ansprüche oder Verpflichtungen abgeleitet werden können. Anstelle dessen ergeben sich aus den Unterschriften „politische Verantwortungen“.⁴⁵⁰ Der UN-Sicherheitsrat begrüßte den Vertrag tags darauf im Rahmen einer Kapitel VII-Resolution und ermächtigte die an dem multilateralen Truppenverband (Peace Implementation Forces, IFOR) beteiligten Staaten dazu, alle erforderlichen Maßnahmen bei der Friedensdurchsetzung zu ergreifen.

⁴⁴⁸ vergl.: Steltemeier, a.a. O., S. 187

⁴⁴⁹ vergl.: Allgemeines Rahmenabkommen für den Frieden in Bosnien-Herzegowina, VN Dokument A750/790-S/1995/999 vom 30.11.1995; Deutsche Übersetzung: <http://www.vnausbildungszentrumbw.de/dokumente/dayton.htm>; zur Vertragsunterzeichnung vergl.: Steltemeier, a.a.O., S. 187

⁴⁵⁰ vergl.: Steltemeier, a.a.O., S. 187

Das „Allgemeine Rahmenabkommen für den Frieden in Bosnien-Herzegowina“ setzt sich aus elf Artikeln zusammen, zuzüglich zahlreiche Karten und den Zusatzabkommen zwischen der NATO und den Regierungen in Zagreb, Sarajewo und Belgrad über den künftigen Status des NATO-Militärpersonals, Transitregelungen etc. Zusammengefasst sind die Hauptbestandteile der Konfliktregelung:⁴⁵¹

- die Einigung über die zahlreichen kontroversen Territorialfragen, die erst im letzten Moment den positiven Ausgang der Konferenz in Dayton ermöglicht hatte,
- der Grundriss neuer politischer Institutionen, darunter eine neue Verfassung für Bosnien,
- ein Zeitplan für die Implementierung der Bestandteile,
- die Strukturen des internationalen Post-Conflict Peacebuilding, vor allem das Profil der IFOR-Friedenstruppe.⁴⁵²

Das Abkommen weist eine Reihe von Schwachstellen auf, welche nicht nur die Dauerhaftigkeit des bosnischen Friedens gefährden können. Beispielsweise belohnt der Dayton-Plan Aggression und Völkermord, da den bosnischen Serben, die 1991 knapp 30 Prozent der bosnischen Bevölkerung stellten, überproportionale 49 Prozent des Territoriums zugeteilt wurden. Da eine Demilitarisierung Bosnien-Herzegowinas nicht vorgesehen ist, ist auch die serbische Schlagkraft nicht eingeschränkt worden. Die bosnische Verfassung ähnelt der jugoslawischen von 1974 und kann nur schwer die ethnischen, politischen und wirtschaftlichen Konfliktpotentiale der Einheiten regulieren.⁴⁵³ Neben zahlreichen, sich zum Teil aus den oben genannten Punkten ergebenden, Schwachstellen ist besonders diejenige hervorzuheben, welche destabilisierend für das gesamte Restjugoslawien wirkt: Der Friedensplan geht nicht weit genug, es fehlen weitere wichtige Unterschriften, um einen dauerhaften Frieden des Balkans in Aussicht stellen zu können. Die potentiellen Krisenregionen wie Montenegro, die Vojvodina, Sandjak und der Kosovo bleiben unberücksichtigt. Daher bietet das Abkommen von Dayton keine Lösung für die im ehemaligen Jugoslawien existierenden Probleme, welche den Krieg auslösten und die

⁴⁵¹ vergl.: Allgemeines Rahmenabkommen, a.a.O.

⁴⁵² vergl.: Eisermann, Daniel, a.a.O., S. 372

⁴⁵³ vergl.: Bernecker, a.a.O., S. 102

Umsetzung der bisherigen Friedensanstrengungen und Friedensprobleme behinderten.

Einerseits versuchten die Europäer die Konflikte in Kroatien und Slowenien zu nutzen, um die eigenen Fähigkeiten des Konfliktmanagments zu demonstrieren, was jedoch kläglich scheiterte. Andererseits bewies das Scheitern am Balkan, wie sehr Sicherheitspolitik in Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts von den USA abhängig blieb. Die Balkan-Politik der USA wiederum war widersprüchlich und zögerlich, weshalb sich für die zivile Bevölkerung in den Krisengebieten eine fatale Konstellation ergab: Europa wollte, aber konnte nicht, die USA hätten gekonnt, aber wollten zunächst nicht.

Ähnlich wie die Europäer plädierten die USA im Sommer 1991 für den Erhalt der jugoslawischen Föderation. Zu dieser Zeit überließ Washington den Europäern die Führungsrolle bei den internationalen Vermittlungsversuchen. Die Haltung der USA wurde von zwei zentralen Faktoren bestimmt. Aus Sicht der Bush-Administration schienen erstens keine vitalen strategischen US-Interessen durch den Balkan-Konflikt bedroht, weshalb keine entschiedene risikobereite Politik erforderlich schien. Zweitens fürchteten die Entscheidungsträger in Washington die negativen Auswirkungen der jugoslawischen Desintegration auf die Einheit der Sowjetunion und damit das politische Überleben Gorbatschows. Ähnlich wie die Europäer in der GASP wurde die amerikanische Haltung von den Fragen einer völkerrechtlichen Anerkennung abtrünniger Republiken diktiert.

Durch die offenkundige Erfolgslosigkeit der europäischen Diplomatie und die Eskalation in Bosnien-Herzegowina gelangte der Krieg auf die außenpolitische Agenda der Bush-Administration. Als die Nachrichten von „ethnischen Säuberungen“, Internierungslagern und Bilder der vom Hungertod bedrohten Zivilbevölkerung die amerikanische Öffentlichkeit erreichten, wurden Stimmen laut, die eine militärische Intervention unter amerikanischer Führung forderten. Die Bush-Administration reagierte zunächst halbherzig und verfolgte eine medienwirksame Strategie, die unter möglichst geringem finanziellem Aufwand und innenpolitischen Kosten den größtmöglichen Eindruck von Engagement und Aktivität erzeugen sollte. Außerdem stand diese Strategie unter dem Einfluss des amerikanischen Wahlkampfes, in dem der Balkan-Konflikt nur eine untergeordnete Rolle spielte und es daher auf die Medienwirksamkeit und nicht auf die Konfliktlösung in Europa ankam.

Der neue amerikanische Präsident Clinton versuchte zunächst, den Krieg in Jugoslawien nicht zu einem zentralen Thema seiner Politik machen zu müssen, wurde durch das europäische Versagen aber gezwungen, als Präsident der Führungsmacht des Westens eine aktivere Rolle zu spielen. Mit einem Sechs-Punkte-Plan, welcher einerseits eine Mischung aus diplomatischen, wirtschaftlichen und humanitären Maßnahmen und andererseits die Möglichkeit der Entsendung amerikanischer Bodentruppen im Rahmen einer VN-Mission zur Durchsetzung eines Friedensabkommens vorsah, ergriff Clinton im Februar 1993 die Initiative.⁴⁵⁴ Durch Clintons Unterstützung der Vance-Owen-Verhandlungen, Vorschläge zur Aufhebung des Waffenembargos und die amerikanische Rolle bei den Drohungen und der Durchführung der NATO-Luftangriffe erhielt die amerikanische Balkandiplomatie einen zusätzlichen Schub.⁴⁵⁵

Das Vorgehen in den ehemaligen Republiken Jugoslawiens wirkte sich auch auf das europäisch-amerikanische Verhältnis aus. Die Unfähigkeit der europäischen Staaten, den Krieg ohne die Hilfe Amerikas nicht beenden zu können, prägten das Europabild in den USA. Beide amerikanischen politischen Strömungen, sowohl die „Isolationisten“, als auch die „Multilateralisten“ nutzten die Ereignisse zur Festigung der eigenen Position. Die ersten gingen von einer moralischen Superiorität Amerikas aus und plädierten dafür, sich aus den Streitigkeiten in der Welt herauszuhalten. Letztgenannte sahen sich durch die Ereignisse darin bestätigt, dass die Führungsrolle der USA in den Sicherheits- und Verteidigungsfragen Europas weiterhin unentbehrlich ist. Nach der Phase der Fehleinschätzung des Jugoslawienkonflikts begann auch das Weiße Haus die Bedeutung des Balkankonflikts für das NATO-Bündnis und für die amerikanische Position in Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu erkennen. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass die NATO weiterhin das entscheidende Instrument zur Verankerung im europäischen Kontinent bleiben müsse und bei der Durchführung kollektiver Sicherheitsmaßnahmen die zentrale Institution sein müsse.⁴⁵⁶

Bereits zu Beginn des Desintegrationsprozesses des jugoslawischen Vielvölkerstaates Anfang der neunziger Jahre warnten Wissenschaftler, Journalisten, Nicht-Regierungsorganisationen und Diplomaten vor einer Zunahme der Spannungen in den zu Serbien gehörenden Provinzen Vojvodina und

⁴⁵⁴ vergl.: Paulsen, Thomas: Die Jugoslawienpolitik der USA 1989-1994, Baden-Baden 1995, S. 106f.

⁴⁵⁵ vergl.: ebd., S. 16f.

⁴⁵⁶ vergl.: ebd., S. 17

Kosovo.⁴⁵⁷ Durch die Entwicklungen in Slowenien, den folgenden Kriegen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurde die internationale Aufmerksamkeit von diesen Konfliktherden abgelenkt. In dem Frieden von Dayton wurde die Chance verpasst, eine umfangreiche Neuordnung Jugoslawiens anzustreben, und der anschließende Konsolidierungsprozess ließ die Probleme in den Provinzen und in Mazedonien als nicht gravierend erscheinen, solange die dort lebenden Volksgruppen ihre wechselseitigen Animositäten nicht mit Waffengewalt austrugen.

Das Pulverfass Kosovo war dem Westen bekannt, und wurde als Bedrohung westlicher Sicherheitsinteressen eingestuft. Bereits im Dezember 1992 hatte der damalige amerikanische Präsident George Bush erklärt, ein Krieg im Kosovo würde zu einem westlichen Militäreinsatz führen. Der nachfolgende Präsident Clinton wiederholte bei seiner Amtsübernahme im Januar des folgenden Jahres die Drohungen.⁴⁵⁸ Der Westen erachtete die Entwicklungen in der Zwei-Millionen-Provinz Kosovo als eine ernsthafte Bedrohung eigener vitaler Interessen, da die ungelöste albanische Frage als ein typisches „trigger-Problem“ erkannt wurde.⁴⁵⁹ Nicht nur in Albanien und Kosovo leben Albaner, auch in Montenegro (50.000), in Makedonien (460.000) und in Nord-Griechenland (150.000). Daher drohten diese Regionen durch die Ereignisse im Kosovo in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Die westliche Befürchtung war, dass der serbisch-albanische Konflikt sich nur schwer auf das Territorium Ex-Jugoslawiens hätte begrenzen lassen. Eine regionale Ausweitung des Konflikts hätte die Sicherheitsinteressen des Westens berührt, da geostrategisch zentrale Regionen wie die Ägäis, die Türkei und der Mittlere Osten hätten betroffen werden können.⁴⁶⁰

Die offizielle Politik blieb nicht untätig, und es wurden auf verschiedenen Ebenen der Staatenwelt Initiativen gestartet, von der UNO über die OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Internationalen Konferenz über das ehemalige Jugoslawien, dem „Peace Implementation Council“ und dem Büro des Hohen Beauftragten für Bosnien-Herzegowina, der Balkan-Kontaktgruppe, dem Europaparlament und der Kinkel-Vedrine-Initiative. Diese

⁴⁵⁷ vergl. Haberl, a.a.O., S. 54; Meyer, Berthold; Schlotter, Peter: Die Kosovo-Kriege 1998/99. Die internationalen Interventionen und ihre Folgen, HSFK-Report Nr. 1, 2000, S. 10

⁴⁵⁸ vergl.: McCwire, Michael: Why did we bomb Belgrade?, in: International Affairs, Nr. 1, 2000, S. 5

⁴⁵⁹ vergl.: Calic, Marie-Janine: Die Jugoslawienpolitik des Westens seit Dayton, in: APuZ, Nr. 34, 1999, S. 24

⁴⁶⁰ vergl.: ebd., S. 24

Initiativen blieben ebenso erfolglos, wie die der NATO, der WEU, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten.⁴⁶¹

Wesentlich für das Scheitern der westlichen Krisenprävention waren zwei Gründe:

- Der Schatten des Friedensprozesses von Dayton und
- die fehlenden Instrumente zur Krisenprävention

verhinderten die Erfolgchancen der westlichen Friedensdiplomatie.

Durch den unvollendeten Frieden in Bosnien-Herzegowina waren zu viele personelle und finanzielle Ressourcen gebunden. Die Implementierung des Friedensvertrages von Dayton blieb weit hinter den hochtrabenden Erwartungen zurück. Für eine erfolgreiche Krisendiplomatie in anderen Regionen waren alle Kräfte in Bosnien gebunden. Seit Mai 1992 hatte der Westen versucht, die aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangene Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) aus internationalen Organisationen auszuschließen und durch umfassende Wirtschaftssanktionen zu isolieren. So hatte sich die westliche Staatengemeinschaft frühzeitig selbst ihrer wichtigsten Instrumente zur Krisenprävention beraubt. Beispielsweise konnte die KSZE/OSZE, aus der die BRJ faktisch ausgeschlossen war, nicht wirklich aktiv werden.⁴⁶² Die in der Diplomatie beliebte „Zuckerbrot und Peitsche“-Strategie konnte nicht funktionieren, da einem Staat, der ohnehin politisch und wirtschaftlich isoliert ist, nicht mit Sanktionen gedroht werden kann. Die EU stellte zwar wirtschaftliche Anreize in Aussicht, definierte jedoch die an Belgrad gestellten Bedingungen nur ungenau, als dass die jugoslawische Führung sie hätte ernst nehmen können.⁴⁶³

Im Herbst 1997 nahmen die Spannungen im Kosovo deutlich zu, woraufhin sich die Internationale Bosnien-Kontaktgruppe, bestehend aus Vertretern der USA, Russlands, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und Italiens dem Kosovo-Problem zuwendete. Am 24. September 1997 gaben sie eine erste Erklärung ab, in welcher die Konfliktparteien zu Gewaltverzicht und Dialogbereitschaft aufgerufen wurden. Nachdem Ende Februar/Anfang März die bewaffneten Auseinandersetzungen im Kosovo eskalierten, präzisierte die

⁴⁶¹ vergl.: Troebst, Stefan: Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An Analytical Documentation, 1992-1998, European Center for Minority Issues, (ECMI) Working Paper, Nr. 1, Flensburg, 1998

⁴⁶² vergl.: Meyer; Schlotter, a.a.O., S. 11f.

⁴⁶³ vergl.: Calic, a.a.O., S. 25

Kontaktgruppe in einem Statement ihre Forderungen. UN, OSZE, EU und die Kontaktgruppe stimmten in ihren Resolutionen vom März 1998 darin überein, weder die völlige Unabhängigkeit des Kosovo, noch den Status quo unterstützen zu wollen. Vielmehr befürworteten die Organisationen eine internationale Vermittlung, um eine politische Lösung des Konflikts innerhalb der serbischen Grenzen zu erreichen.⁴⁶⁴

Von der Kontaktgruppe wurde die Gewaltanwendung der serbischen Polizei im Kosovo ebenso verurteilt, wie die Terrorakte der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK). Der UNO-Sicherheitsrat wurde aufgefordert, ein Waffenembargo über Jugoslawien und den Kosovo zu verhängen. Außerdem ergriff die EU weitere Sanktionsmaßnahmen. Ende Juni 1998 beschloss der Rat der EU ein Flugverbot für jugoslawische Fluggesellschaften sowie ein Investitionsembargo. Des Weiteren wurden Regierungskredite für Handel, Investitionen und Privatisierung in Serbien eingefroren. Zu diesem Zeitpunkt hätten die BRJ und ihr Führer Milosevic mit der Aufhebung der Sanktionen rechnen können, wenn ein friedlicher Dialog mit den Albanern gestartet worden wäre.⁴⁶⁵ Allerdings verschärfen sich die bewaffneten Auseinandersetzungen, was weitere Sanktionen nach sich zog. Darunter fielen eine Liefersperre für Ausrüstungsgüter, welche durch Sicherheitskräfte eingesetzt werden könnten, ein Moratorium für Exportkredite, die Einfrierung von Geldern Serbiens und der jugoslawischen Regierung im Ausland und ein Landeverbot für jugoslawische Fluggesellschaften.

Weder die Sanktionen der EU, noch die Resolutionen von den anderen Organisationen erwiesen sich als wirksames Mittel des Konfliktmanagements. Aus humanitären, politischen und sicherheitspolitischen Gründen wurde eine militärische Operation notwendig.

- Ohne eine militärische Intervention bahnte sich wie in Bosnien ein Bürgerkrieg mit zehntausenden Toten und noch mehr Vertriebenen an.
- Ohne glaubhafte militärische Drohung war von Milosevic kein Einlenken zu erwarten.
- Ein Gewährenlassen Milosevics hätte im Gefolge des politischen, ökonomischen und sicherheitspolitisch-militärischen Zusammenbruchs in Osteuropa neue Konfliktpotentiale heraufbeschwören können. Es war

⁴⁶⁴ vergl.: Meyer; Schlotter, a.a.O., S. 14

⁴⁶⁵ vergl.: Calic, a.a.O., S. 26

absehbar, dass andere Potentaten dem Beispiel der Belgrader Führung folgen und bei Bedarf zu derartige Methoden greifen könnten, gerade wenn sie keine schwerwiegenden Sanktionen zu erwarten haben.

Der grundsätzliche völkerrechtliche Gesichtspunkt bestand in der Frage, ob zugelassen werden kann, dass politische und ethnische Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden. Ein Nichteingreifen gegen die Unterdrückungs-, Zwangs- und ethnische Vertreibungspolitik der Belgrader Führung hätte das Gewährenlassen der Verletzung fundamentaler Menschenrechtsprinzipien bedeutet.⁴⁶⁶

Im Juni 1998 begann die NATO mit dem Aufbau ihrer militärischen Drohkulisse, ohne die serbische Großoffensive gegen die UCK im Juli 1998 verhindern zu können. Dafür ließ Belgrad Anfang Juli eine internationale Beobachterkommission (Kosovo Diplomatic Observer Mission, KDOM) im Kosovo zu.⁴⁶⁷ Wegen der fortschreitenden Kampfhandlungen verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat unter Kapitel VII die Resolution 1199, worin ein sofortiger Waffenstillstand, der Rückzug der serbischen Armee und Sonderpolizei, Zugang für humanitäre Organisationen und Zusammenarbeit mit dem UNO-Tribunal in Den Haag gefordert wurde. Die NATO reagierte ebenfalls und sprach eine Aktivierungswarnung (Activation Warning, ACT WARN) für mögliche Luftangriffe auf die BRJ aus. Die Maßnahmen konnten Milosevic jedoch nicht zum Einlenken bewegen, weswegen der NATO-Rat mit dem Einsatzbefehl für Luftschläge (Activation Order, ACT ORD) auf das Territorium der BRJ antwortete. Milosevic wurde gezwungen, zu einer Übereinkunft mit dem US-Vermittler Holbrooke zu kommen.⁴⁶⁸

In dieser „Zwischenlösung“ vereinbarten die Kontrahenten einen Waffenstillstand, die Umsetzung der Sicherheitsratsresolutionen sowie die Flüchtlingsrückführung. Die Umsetzung der Vertragsinhalte sollte die OSZE, die in dem Kosovo-Konflikt bisher nichts zum Krisenmanagement beigetragen hatte, mit 2.000 Verifikateuren (Kontrolleuren) überwachen. Ihr zur Seite wurde in Makedonien eine 1.700 Mann starke NATO-Eingreiftruppe (Extraction Force) stationiert, die die Aufgabe hatte, die Verifikateure im Konfliktfall mit

⁴⁶⁶ vergl.: Pradetto, August: NATO-Intervention in Kosovo? Kein Eingreifen ohne UN-Mandat, in: Internationale Politik, Nr. 9, 1998, S. 42

⁴⁶⁷ zu den westlichen Vermittlungsbemühungen vergl.: Calic, a.a.O., S. 26f.

⁴⁶⁸ zur Holbrooke-Mission im einzelnen siehe: Mayer; Schlotter, a.a.O., S. 25ff.

Panzerfahrzeugen und Hubschraubern zu evakuieren. Es war nicht mit einem Ende der Kampfhandlungen zu rechnen, da sich weder die Kosovaren, deren UCK mit einer subkonventionellen Guerillataktik mit Anschlägen und Geiselnahmen antwortete, noch die Serben, von denen weitere Präventivschläge zu erwarten waren, mit dem bisher Erreichten zufrieden gaben. Die Ohnmacht der OSZE-Mission zeigte sich dramatisch im Dezember 1998, als die Serben massiv gegen albanische Widerstandsnester vorgingen, und es bei Racak zu einem Massaker an 45 Albanern kam.⁴⁶⁹

Das Massaker führte zu einer Initiative der Balkan-Kontaktgruppe, die mit Grundlinien eines Vertragsentwurfs den Druck auf die Konfliktparteien erhöhen wollte. Am 27. Januar 1999 wurde der Entwurf vorgelegt, in dem ein sofortiger Waffenstillstand, eine dreijährige Interimslösung, welche dem Kosovo weitreichende Autonomie samt Parlament, Präsident, Regierung, Verwaltung und Gerichtswesen (Legislative, Exekutive und Judikative) unter Wahrung der territorialen Integrität Jugoslawiens, vorgesehen war.⁴⁷⁰ Eine Volksabstimmung sollte nach dem Ende der Übergangszeit über das weitere politische Schicksal des Kosovo entscheiden. Die OSZE sollte für den Schutz der serbischen Minderheit im Kosovo und für freie Wahlen zuständig sein. Im militärischen Anhang des Abkommens wurde die Entsendung einer militärisch robusten Friedenstruppe unter der Führung der NATO gefordert. Ferner war eine Entmilitarisierung des Kosovo sowohl von der serbischen Sonderpolizei als auch der paramilitärischen albanischen Formationen vorgesehen. An die Konfliktparteien wurde das Ultimatum gestellt, sich am 6. Februar 1999 in Rambouillet bei Paris zu treffen und bis zum 20. Februar zu einer Einigung zu gelangen.

Das Ultimatum zeigte Wirkung, und über die drei Unterhändler Hill (USA), Majorski (Russland) und Petritsch (Europäische Union) wurde anschließend verhandelt. Die Linie des für die EU in Rambouillet am Verhandlungstisch sitzenden Österreichers wurde von einem Team der EU-Ratspräsidentschaft unter dem deutschen Sonderbotschafter Paulus koordiniert. Der Bundesrepublik Deutschland kam während der Verhandlungen eine besondere Rolle zu, da sie zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz der Ratspräsident-

⁴⁶⁹ am 15. Januar 1999 wurden von der OSZE die Leichen von etwa 45 Albanern in dem kosovarischen Ort Racak entdeckt. Obwohl alle Indizien auf eine Täterschaft der Serben hinweisen, konnte diese bisher nicht eindeutig geklärt werden. So auch nicht von einem durch die EU eingesetzten Expertenteam: Report of the EU Forensic Expert Team on the Racak Incident: <http://www.auswaertiges-amt.de>; vergl.: Mayer; Schlotter, a.a.O., S. 19

⁴⁷⁰ vergl.: Contact Group Yugoslavia, Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo, 23. Februar 1999: <http://www.alb-net.com/kcc/interim.htm>

schaft innehatte. Zu den Aufgaben gehörte unter anderem, jene Staaten der EU über den Verlauf der Gespräche zu informieren, die nicht der Kontaktgruppe angehörten. Die EU strebte eine nicht-militärische Implementierung eines Friedensvertrages für dem Kosovo an, wobei sie sich das ehrgeizige Ziel setzte, dabei eine herausgehobene Rolle zu spielen. So wollte sie nicht nur „Zahlmeister“ sein, mit Zuständigkeit für die Finanzierung von Aufbauprogrammen, sondern mit einem Repräsentanten der EU für die zivile Implementierung zuständig sein.⁴⁷¹

Des Weiteren zeigten sich die Europäer bemüht, eine amerikanische Dominanz während der Verhandlungen zu verhindern. Ein erneutes europäisches Versagen, wie in den bisherigen Balkan-Konflikten, sollte mit einer führenden Rolle in den neuerlichen Verhandlungen verhindert werden. Die Auswahl des französischen Schlosses in Rambouillet als Verhandlungsort, anstelle eines Luftwaffenstützpunktes in Ohio, diente als Zeichen, dass man willens sei, die Initiative zur Stabilisierung Südosteuropas zu ergreifen. Gastgeber Frankreich war besonders bemüht, die Regie der Verhandlungen zu bestimmen.

Anfänglich übten die USA Zurückhaltung und überließen es dem französischen Staatspräsidenten Chirac, bei der Eröffnung der Friedensgespräche feierliche und erwartungsfrohe Formeln zu beschwören. Dessen Außenminister Vedrine äußerte, jetzt endlich würden nicht mehr die Amerikaner den Ton bestimmen, wie so oft zuvor in den unterschiedlichen Etappen der Krise auf dem Balkan.⁴⁷² Anspruch und Wirklichkeit klafften jedoch auseinander. Erst die amerikanische Außenministerin Albright konnte in Rambouillet die kosovo-albanische und die serbische Delegation, die zuvor geäußert hatte, sich nicht mit „Terroristen“ an einen Tisch zu setzen, zusammenbringen. In enger Absprache mit dem amerikanischen Unterhändler Hill koordinierte sie nach ihrem Eintreffen die Agenda der Verhandlungen.

Nicht nur an der diplomatischen Gewichtung der Gespräche der leitenden Parteien zeigten sich gravierende Unterschiede, sondern auch an den politischen Zielen. Im Falle eines Scheiterns der Friedensverhandlungen drohten die USA eindeutig mit einem militärischen Eingreifen der NATO. Sollte die Verantwortung des Regimes in Belgrad an einem Scheitern erwiesen sein, sei die NATO innerhalb von 24 Stunden handlungsfähig. Frankreich hingegen ließ wissen, es gebe keinen „Automatismus“, und einem Scheitern der Verhandlungen

⁴⁷¹ Dies der Wunsch des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Wolfgang Ischinger, vergl.: „Bonn befürwortet stärkere Rolle der EU im Kosovo-Konflikt“, in: FAZ, 13.02.1999

⁴⁷² vergl.: „Gegen Amerikas Ein-Mann-Show“, in: FAZ, 25.02.1999

würden nicht automatisch NATO-Luftangriffe folgen.⁴⁷³ Frankreich war aus innenpolitischen Gründen mehr daran gelegen, auf seinem Boden einen Friedensvertrag zustande zu bringen, als die Drohungen mit NATO-Luftangriffen zu unterstützen. Das Resultat der Uneinigkeit des Westens bestand darin, dass die serbische Seite die Drohungen einer militärischen Intervention durch die NATO nicht ernst nahm.

Die russische Position während der Verhandlungen trug darüber hinaus zu einer uneinheitlichen und unglaublichen Position bei. Innerhalb der Kontaktgruppe gab es von Anfang an keine Übereinstimmung über eine mögliche militärische und sicherheitstechnische Implementierung eines Friedensabkommens. Bereits während der Verhandlungen in Dayton hatte sich der russische Delegierte Iwanow geweigert, einen Vertragspassus zu paraphieren, in welchem es um eine militärische Implementierung ging. Während der Rambouillet-Verhandlungen lehnte Iwanow zunächst erneut eine militärische Absicherung und schließlich militärische Interventionen durch die NATO ohne eine UNO-Mandat ab. Russland versuchte, innerhalb der UNO seinen Einfluss auf die Weltpolitik auszuüben und blockierte dort ein UNO-Mandat im Sicherheitsrat.

Während der Verhandlungen wurde das Ultimatum des Einigungstermins mehrmals verschoben. Erst nach massivem Druck der Staatengemeinschaft konnte die albanische Delegation am 18. März 1999 zur Unterzeichnung des Abkommens bewegt werden. Die Serben verweigerten jedoch weiterhin ihre Unterschrift, da sie erstens den faktischen Verlust Kosovos befürchteten und zweitens eine Einschränkung der nationalen Souveränität durch eine ausländische Interventionsmacht nicht hinnehmen konnten. Denn die im militärischen Anhang des Abkommens geforderte Entsendung einer militärisch robusten Friedenstruppe unter der Führung der NATO ging einher mit der Forderung nach einer massiven serbischen Demobilisierung. Neben der drastischen Reduzierung der serbischen Armee sollten auch die Verteidigungs- und Luftabwehrsysteme abgebaut werden. Bei einem gleichzeitigen NATO-Einsatz mit 30.000 Soldaten hätte dies die militärische Kontrolle Serbiens durch die NATO bedeutet.⁴⁷⁴

Die serbische Weigerungshaltung brachte die NATO dazu, sich zu militärischen Strafaktionen legitimiert zu sehen und Belgrad zur Annahme des

⁴⁷³ vergl.: ebd.

⁴⁷⁴ zur Bewertung des militärischen Anhangs des Abkommens vergl.: Calic, a.a.O., S. 27f.; Mayer; Schlöter, a.a.O., S. 24f.

Vertrages von Rambouillet mit militärischen Mitteln zu zwingen. Am 24. März 1999 begannen die Luftangriffe, doch die politischen und die humanitären Ziele der Strafaktion, die Gewalt zu stoppen und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, wurden klar verfehlt.⁴⁷⁵ Bewaffnetes serbisches Paramilitär versuchte in kürzester Zeit das Kosovo zu entvölkern, albanische Wohngebiete zu zerstören „und dadurch Fakten zu schaffen, die nur schwer wieder rückgängig zu machen gewesen wären“⁴⁷⁶. Ergebnis der durch die Serben vorgenommenen ethnischen Säuberung waren 10.000 tote Kosovaren und 800.000 Flüchtlinge.

Die westliche Staatengemeinschaft musste ihre Ziele umformulieren, und die EU versuchte erneut, die Initiative im Konfliktmanagement zu übernehmen. Mit einem von dem Rat der EU formulierten Forderungskatalog, der von dem deutschen Außenminister Fischer vorgeschlagen worden war, wollte die EU ihr bisherige bilaterale und reaktive Politik in einen umfassenden Ansatz integrieren. So hatte der Rat der EU im April 1997 mit einem „regionalen Ansatz“ versucht, ihrer Politik in Südosteuropa mehr Kohärenz zu verleihen. Die Vergabe von Handelspräferenzen und PHARE-Mitteln sowie die Aufnahme vertraglicher Beziehungen zu allen Staaten in der Region wurden an länderspezifische Konditionen geknüpft.

Auch die NATO und der Generalsekretär der UNO übernahmen die am 8. April 1999 von der EU geforderten Maßnahmen: die sofortige Beendigung der Gewalt, Rückzug aller militärischen Kräfte, Stationierung internationaler Truppen zur Friedenserhaltung, Flüchtlingsrückkehr und politische Verhandlungen auf der Grundlage des Friedensplanes von Rambouillet. Das Auswärtige Amt präsentierte am 14. April einen Friedensplan, der die Implementierung der Forderungen erleichtern sollte. Grundlage sollte die Übereinkunft der sieben führenden Industrienationen und Russlands (G-8) sein, eine Sicherheitsresolution der Vereinten Nationen zu verabschieden. Inhalt der Resolution sollte die Festlegung des Zeitpunkts des militärischen Abzugs und die Einrichtung einer Internationalen Friedenstruppe unter Kapitel VII der UNO-Charta sein.

Durch die fortgesetzten NATO-Luftangriffe, die Drohungen mit dem Einsatz von Bodentruppen, die Zerstörung der jugoslawischen Infrastruktur und Industrie sowie die Anklage Milosevics als Kriegsverbrecher beim Internationalen Jugoslawien-Tribunal in Den Haag kapitulierte das Regime am 9. Juni 1999 im makedonischen Kumanovo. Am 10. Juni wurde auf einer

⁴⁷⁵ vergl.: Calic, a.a.O., S. 28

⁴⁷⁶ siehe: Calic, a.a.O., S. 28

Außenministerkonferenz in Köln der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ beschlossen.⁴⁷⁷

Unter Anleitung und Führung der EU wird mit dem Stabilitätspakt die Verwirklichung von drei Schlüsselzielen angestrebt:

- Aufbau einer neuen politischen Nachkriegsordnung und demokratischer Strukturen;
- wirtschaftlicher Wiederaufbau und Förderung des Wohlstandes;
- Schaffung eines sicheren Umfeldes und rechtsstaatlicher Verhältnisse.⁴⁷⁸

Die Steuerung dieses Konferenzprozesses obliegt dem „Regionaltisch Südosteuropa“, deren Vorsitz der von der EU benannte und von der OSZE bestätigte Sonderkoordinator innehat. Der „Regionaltisch Südosteuropa“ ist in drei „Arbeitstische“ aufgeteilt: Tisch I Demokratisierung und Menschenrechte; Tisch II Wirtschaftlicher Wiederaufbau; Tisch III Sicherheitsfragen (mit zwei Untertischen Sicherheit und Verteidigung sowie Justiz und Inneres).

Es gibt zwei Indikatoren, die erkennen lassen, dass die Internationale Staatengemeinschaft aus den Fehlern des Dayton-Prozesses gelernt hat. Erstens richtet sich der Stabilitätspakt im Gegensatz zu dem Friedensabkommen von 1995 an acht Zielländer: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Makedonien, Moldova, Rumänien und Serbien-Montenegro (einschließlich Kosovo). Damit wird das Ziel deutlich, mit einem umfassenden Ansatz die regionalen Konfliktpotentiale an der Wurzel anzugehen. Die bisherige Kriseninterventionspolitik wurde durch eine langfristig angelegte übergreifende Stabilitätspolitik ersetzt. Zweitens wurde nach seiner Gründung im März 2000 die erste Finanzierungskonferenz abgehalten und für die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden 2,4 Milliarden Euro bereitgestellt. Des Weiteren sind in dem komplexen Prozess der Rekonstruktion der gesamten Region alle hierfür relevanten Internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) einbezogen.⁴⁷⁹

⁴⁷⁷ Stabilitätspakt für Südosteuropa, Köln 10. Juni 1999; deutsche Übersetzung:

http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/stab_pakt_dt.pdf

⁴⁷⁸ vergl.: Calic, Jean-Marie: Welche Zukunft für den Balkan-Stabilitätspakt?, SWP-Studie, Berlin 2003, S. 10, Meyer; Schlotter, a.a.O., S. 50ff., Hombach, Bodo: Krisennachsorge am Beispiel des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Hamburg 2001, S. 867ff.

⁴⁷⁹ vergl.: Patten, Chris: Eine europäische Vision für die Balkanstaaten, in: NATO-Brief, Sommer/Herbst 2000, S. 13

Obwohl die Finanzierung des „Schnellstarter-Paketes“ mit mehr als 200 Projekten steht, wird die Realisierung der Projekte durch Bürokratie und Langsamkeit, begrenzte Absortionsfähigkeiten der Empfängerstaaten sowie Abstimmungsprobleme in den Mitgliedsländern und -organisationen behindert.⁴⁸⁰ Diese Hindernisse lenken den Blick auf die Mängel des Stabilitätspaktes, die teilweise für die Hindernisse verantwortlich sind. Anstelle die Sitze der regionalen Thementische vor Ort zu platzieren, befinden sich die Entscheidungsträger außerhalb und nicht an dem Ort des Geschehens. So werden die Entscheidungen über die Vergabe von Geldern getroffen, ohne einen Überblick über Wirksamkeit der Maßnahmen haben zu können. Des Weiteren hat der Stabilitätspakt einen „unverbindlichen Charakter“, da dem Sonderkoordinator keine Machtbefugnisse zur Verfügung stehen und er auf das „Goodwill“ der Geberländer angewiesen ist.

Mit der Aussicht auf bilateralen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) stellt die Europäische Kommission zusätzlich einen Sonderbeitrag zum Stabilitätspakt. Dem SAP gehören im Gegensatz zu dem Stabilitätspakt jedoch lediglich die Länder des Westbalkans, Albanien, Serbien und Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Makedonien an. Auf der einen Seite bietet sich diesen Staaten die Perspektive, in die Strukturen der EU eingebunden zu werden. Auf der anderen Seite hat der SAP auch negative Konsequenzen, da die Länder, die ihm nicht angehören, ausgegrenzt werden. Wenn die Westbalkanländer mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützt werden, entsteht zwangsläufig Neid bei den nicht berücksichtigten Balkanländern. Zudem kollidieren die gedoppelten Strukturen und Zielvorstellungen der beiden Programme.⁴⁸¹

Südosteuropa hat durch den Stabilitätspakt und dem demokratischen Machtwechsel in Serbien und Montenegro Konsolidierungsfortschritte gemacht. Der Stabilitätspakt ist verbesserungs- und reformwürdig, dennoch ist er als politisches Instrument sinnvoll und notwendig. Eine zufriedenstellende Alternative zu einem gut funktionierenden Stabilitätspakt gibt es nicht. Dennoch bestehen in Südosteuropa weiterhin ungelöste strukturelle und ethnische Risikofaktoren. Zwar herrscht nach dem Inkrafttreten des Stabilitätspaktes keine akute Kriegsgefahr, dennoch schwelen die ethnischen Konflikte weiter. Die auch

⁴⁸⁰ vergl.: Calic: Zukunft, a.a.O., S. 14

⁴⁸¹ vergl.: ebd., S. 15ff.

nach dem Ende des Kosovo-Krieges ungelöste albanische Frage ist nur ein Beispiel dafür.

Nach schwerwiegenden Fehlinterpretationen und mangelhaftem Krisenmanagement hat Europa mittlerweile gelernt, die Situation auf dem Balkan richtig einzuschätzen und die Probleme der Region als europäisches Problem zu bergreifen. Dennoch ist es bisher den Beweis schuldig geblieben, potentielle militärische Eskalationen auf dem eigenen Kontinent selbstständig vermeiden und intervenieren zu können. Auch die erfolgreiche Operation „Concordia“ kann daran nichts ändern. Letztendlich macht Europa, was es derzeit immer noch am besten kann, nämlich wirtschaftliche Wiederaufbauhilfe leisten. Zwar ist die Wirtschaftspolitik ein wichtiger Pfeiler für eine friedliche Zukunftsperspektive in Südosteuropa. Zu einer eigenständigen Sicherheitspolitik gehören jedoch militärische Fähigkeiten und der politische Wille, diese innerhalb europäischer Strukturen gegebenenfalls einzusetzen. An beidem mangelt es den EU-Mitgliedstaaten, weshalb Anspruch und Wirklichkeit immer noch auseinanderklaffen.

3.3. Raketenabwehr-Konzeptionen als Antwort auf das Proliferations- und „Schurkenstaaten“-Problem

3.3.1. Die neuen sicherheitspolitischen Konfliktpotentiale

Nach der militärischen Intervention im Irak vom März 2003 sind die Vereinigten Staaten den Beweis für behauptete irakische Raketen- und Massenvernichtungswaffen (Weapons of Mass Destruction, WMD)-Programme und –Bestände schuldig geblieben. Die Folge war ein Glaubwürdigkeitsverlust in die amerikanischen Geheimdienstanalysen sowie in die Begründung der amerikanischen Notwendigkeit einer militärischen Aktion im Mittleren Osten. Die Mangelhaftigkeit der Beweisführung und das Versagen der US-Administration auf diesem Gebiet dürfen nicht über Tatsachen hinwegtäuschen, dass die Kapazitäten von Ländern in der Dritten Welt zu einer neuen strategischen Bedrohung sowohl für die USA als auch für Europa werden können.

Neben dem Erwerb von WMD liegt der Schwerpunkt der Beschaffungsaktivitäten von Ländern in Mittleren bzw. Nahen Osten im Bereich der Rakentechnologien. Nach derzeitigem Erkenntnisstand wird der Iran bis 2005 in der Lage sein, Raketen mit einer Reichweite von ca. 2.000 km zu

produzieren.⁴⁸² Ist dieser Entwicklungsschritt erfolgreich abgeschlossen, muss davon ausgegangen werden, dass in absehbarer Zukunft auch Raketen mit erheblich größerer Reichweite hergestellt werden können. Des Weiteren arbeiten Libyen und Syrien an der Fertigstellung von Mittelstreckenraketen. Als Folge davon liegt nicht nur der gesamte Nah-Mittelostraum in der Reichweite von diesen Raketen, sondern auch die Süd- und Südostflanke der NATO. Neben Europa sieht sich auch Russland mit einer veränderten strategischen Bedrohungslage konfrontiert.

Ursprünglich bezeichnete „Proliferation“ die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen über den Kreis der fünf Atommächte USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien und China hinaus. Mittlerweile hat sich das Definitionsspektrum erheblich verändert. Neben der durch die Weiterverbreitung von Atomwaffen entstehenden Gefahren müssen die durch biologische und chemische Massenvernichtungswaffen sowie durch Trägersysteme verursachte hinzugezählt werden. Bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde versucht, der Proliferation Einhalt zu gebieten.⁴⁸³ Die Vereinigten Staaten konnten eine West-Ost Proliferation nicht verhindern und verloren ihr Nuklearwaffen- und Trägersystemmonopol an die Sowjetunion. Die Nichtverbreitung von Kernwaffen in Entwicklungsländer begann in den siebziger Jahren ein Thema zu werden. Erst in den achtziger Jahren wurde der Verbreitung von biologischen und chemischen Kampfstoffen mehr Aufmerksamkeit geschenkt.⁴⁸⁴

Die Proliferation von Massenvernichtungsmitteln vollzieht sich oftmals indirekt und ist daher nur schwer zu definieren. Wenn in zwischenstaatlichen Transaktionen keine „Fertigprodukte“ Gegenstand des Handels sind, sondern

⁴⁸² vergl.: aktuelle Studien der Center for Nonproliferation Studies (CNS): <http://www.cns.miis.edu/research/mideast.htm> und der Federation of American Scientists (FAS): <http://www.fas.org/nuke/guide/iran/missile/>

⁴⁸³ zur „Proliferationspolitik“ seit den neunziger Jahren siehe: Allison, Graham; Falkenrath, Richard: Kampf gegen die Nuklearverbreitung, in: Internationale Beziehungen, Nr. 1, 1996, S. 11; Carter, Ashton; Omand, David: Maßnahmen gegen die Gefahren der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Anpassung des Bündnisses an das neue Sicherheitsumfeld, in: NATO-Brief, Nr. 5, 1996, S. 10; Kamp, Karl-Heinz: Nukleare Proliferation. Neun Thesen zur Weiterverbreitung von Kernwaffen, in: Internationale Politik, Nr. 11, 2000, S. 43; Krause, Joachim: Nukleare Nichtverbreitung im 21. Jahrhundert. Die Notwendigkeit einer neuen Agenda, in: Internationale Politik, Nr. 10, 1999, S. 1; ders.: Die Zukunft der nuklearen Nichtverbreitung, in: Internationale Beziehungen, Nr. 6, 1995, S. 61; Pugh, Michael: Das Proliferationsproblem. Plädoyer für einen integrierten Ansatz, in: NATO-Brief, Nr. 1, 1994, S. 24; Schulte, Gregory: Die Antwort auf das Proliferationsproblem und die Rolle der NATO, in: NATO-Brief, Nr. 4, 1995; Simpson, John: Nuclear non-proliferation in the post-cold war era, in: International Affairs, Nr. 2, 1994, S. 211

⁴⁸⁴ vergl.: Thränert, Oliver: Rüstungskontrolle bei chemischen und biologischen Waffen, in: APuZ, Nr. 50-51, 1999, S. 25

Anlagen, Geräte und Technologien, welche einerseits zur Entwicklung, Erprobung, und Aufbau von WMD und andererseits als Produktionsstätten ziviler Güter dienen können, verschwimmen die Definitionsgrenzen. Wenn Waren diesen so genannten Dual-Use-Charakter haben, lassen sich proliferationsrelevante Lieferungen nicht allein anhand technischer Kriterien erkennen. „Kritische Technologien“ oder „Schlüsseltechnologien“ können Produkte, Verfahren und Ausrüstungen sein, welche sowohl militärische als auch zivile Einsatzmöglichkeiten haben.

Darüber hinaus können auch solche Handelsgüter eine Proliferations-Relevanz erhalten, welche in keinerlei Zusammenhang mit kritischen Technologien stehen. Beispielsweise haben Ersatzteillieferungen für Tunnelbaumaschinen in Libyen für den Bau einer unterirdischen Chemiewaffenanlage gedient. Bleche und Rohre aus bestimmten Edelstählen, welche zum Bau von Maschinen in der Lebensmittelindustrie verwendet werden, erhalten eine Proliferationsrelevanz, wenn der Abnehmer diese für die Produktion von Raketen oder Bioreaktoren verwendet.⁴⁸⁵

Die an dem Erwerb von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen interessierten Staaten sind auf die Zulieferung aus Industrie- oder Drittstaaten angewiesen. Sie versuchen damit entweder im Rahmen ihrer wissenschaftlich-technischen Fähigkeiten selbst Forschung und Entwicklung zu betreiben, bereits vorhandene Waffen zu modernisieren und zu optimieren oder Fertigprodukte zu erstehen. Diejenigen Staaten, die nach dem Erwerb von Massenvernichtungswaffen streben, handeln aus

1. Sicherheitsbedürfnissen,
2. Expansionsstreben,
3. Prestigegründen,
4. oder aus einer Kombination der ersten drei Punkte.

Das Streben nach nationaler Sicherheit ergibt sich aus den bi- oder multilateralen Konflikten in einzelnen Regionen. Expansive politische Ambitionen sind bei diktatorischen, zumeist stark personalisierten Führungen mit internen Instabilitäten zu erkennen. Prestigegründe sind als Auslöser von Proliferationsbestrebungen zwar nebenrangig, existieren aber trotzdem.

⁴⁸⁵ vergl.: Hanning, August: Proliferation, in: Sicherheitspolitik in anderen Dimensionen, a.a.O., S. 437

Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen ist in den Regionen konzentriert, die durch heftige und hartnäckige internationale Konflikte gekennzeichnet sind. Sie tritt in konfliktgeschüttelten Regionen auf, in denen Sicherheitsprobleme die Regierungen besonders drängen oder in denen totalitäre Regierungen aggressive politische Absichten vorantreiben. Beide Bedingungen stehen häufig in Wechselwirkung: Ein aggressiver Politiktyp tritt vor allem in Regionen auf, die einen hohen Konfliktgrad aufweisen. Die Proliferation hat in den Regionen oftmals eher konfliktverschärfende als eine konfliktbremsende Wirkung.⁴⁸⁶

Die drei wichtigsten Konfliktregionen sind Naher bzw. Mittlerer Osten sowie Süd- und Ostasien. Im Nahen und Mittleren Osten ist die Zahl der Verflechtungen zwischenstaatlicher, interner und transnationaler, ethnischer und religiöser Konflikte am größten. Die Folgen sind multilaterale miteinander verschränkte Rivalitäten und Rüstungswettläufe, wobei der arabisch-israelische Konflikttherd im fortdauernden Brennpunkt steht. Auch der Hegemonialkonflikt am Persischen Golf und der Kampf um die Führung im arabischen Lager verstärken die Proliferation. Israel gilt als der einzige etablierte Kernwaffenstaat. Die übrigen Nationen arbeiten an B- und C-, oder sogar ebenfalls an A-Waffenprogrammen.⁴⁸⁷

In Südasien befinden sich die Konflikttherde in Indien, Pakistan und China. Die Weiterverbreitungsproblematik befindet sich dort in einem „strategischen Dreieck“.⁴⁸⁸ China ist ein anerkannter Kernwaffenstaat und treibt die Modernisierung seiner Streitkräfte schnell voran. Offiziell gibt das Land jährlich 20 Mrd. Dollar für das Militär aus. Das amerikanische Verteidigungsministerium schätzte im Jahr 2002 die jährlichen Militärausgaben jedoch auf mindestens 65 Mrd. Dollar.⁴⁸⁹ Indien weist unter dem Hinweis dieser Tatsache alle Vorschläge zurück, regionale Rüstungskontrollmaßnahmen

⁴⁸⁶ vergl.: Häckel, Erwin: Proliferation von Massenvernichtungswaffen, a.a.O., 2000, S. 214

⁴⁸⁷ zu den A-, B- und C- Waffenprogrammen siehe: Zanders, Jean Pascal; Wahlberg, Maria: Chemical and Biological Weapons and Arms Control, a.a.O., S. 532; des Weiteren: <http://www.cns.miis.edu>; <http://www.fas.org>; Zu den den Entwicklungen im Bereich der Trägersysteme vergl.: Navias, Martin: Ballistic Missile Proliferation in the Third World, in: Adelphi Papers 252, International Institute for Strategic Studies IISS (Hrsg.), London 1990, S. 14f. sowie die oben genannten Internetadressen

⁴⁸⁸ vergl.: Bristow, Damon: Triebfeder für die regionale Sicherheit. Das Verhältnis zwischen Indien, China und Pakistan, in: Internationale Politik, Nr. 4, 2001, S. 53; des Weiteren: Bray, John: Pakistan at 50: A state in decline, in: International Affairs, Nr. 2, 1997, S. 315; Gupta, Bhabani Sen: India in the twenty-first century, in: International Affairs, Nr. 2, 1997, S. 297; Singh, Anita: India's relations with Russia and Central Asia, in: Internationale Affairs, Nr. 1, 1995, S. 69

⁴⁸⁹ vergl.: „Pentagon: Peking verstärkt Militär“, in: FAZ, 15.07.2002; Gu, Xuewu: Militärische Aufholjagd. Die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte, in: Internationale Politik, Nr. 6, 1997, S. 11; Umbach, Frank: Chinas Aufrüstung – ein Alarmzeichen?, in: Internationale Politik, Nr. 7, 2000, S. 29

abzuschließen.⁴⁹⁰ Die Regierung in Neu Delih ist nur bereit, über eine völlige nukleare Abrüstung der Kernwaffenstaaten zu verhandeln, was derzeit aussichtslos ist. Pakistan will nur dem Atomwaffensperrvertrag beitreten, wenn Indien dies ebenfalls tut. Solange der Kashmir-Konflikt zwischen beiden Staaten nicht gelöst ist, besteht die latente Gefahr, dass eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den beiden Atommächten zu einem Atomkrieg eskalieren könnte.⁴⁹¹

In Ostasien ergeben sich die Unsicherheiten aus der Unberechenbarkeit des nordkoreanischen Regimes.⁴⁹² Die Politik der stalinistischen Dynastie ist durch paranoide Beziehungen zur Außenwelt und durch verzweifelte Selbsterhaltungsbemühungen geprägt. In der Vergangenheit wurde das Land fanatisch militarisiert, und es ist technisch dazu in der Lage, Massenvernichtungswaffen herzustellen. Nordkorea ist von der internationalen Gemeinschaft weitgehend isoliert und stellt für seine Nachbarn eine direkte Gefahr dar. Die nordkoreanische Artillerie hinter der Grenze zu Südkorea ist ständig mit scharfer Munition geladen und kann die südkoreanische Hauptstadt Seoul in Schutt und Asche legen.⁴⁹³ Auch die eigene Bevölkerung leidet unter dem Regime. Es herrschen katastrophale humanitäre und wirtschaftliche Verhältnisse, als Folge von jahrzehntelanger Misswirtschaft, Fehlernährung und medizinischer Unterversorgung. Die Untertanen des Führers Kim Jong-Il sind ihrer Menschenrechte beraubt.

Die Regierung verstößt regelmäßig gegen die Gewohnheiten von Diplomatie und gegen Regeln des Völkerrechts. Obwohl der Staat 1986 dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten ist, hat Nordkorea sich geweigert, das fällige Verifikationsabkommen mit der Internationalen Atomenergie Organisation

⁴⁹⁰ vergl.: Shaikh, Farzana: Pakistan's nuclear bomb: Beyond the non-proliferation regime, in: International Affairs, Nr. 1, 2002, S. 29

⁴⁹¹ zur Beziehung Indien-Pakistan vergl.: Haberl, Hans: Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan. Sicherheitspolitische Auswirkungen des Konflikts, in: Internationale Politik, Nr. 3, 1997, S. 35; Krause, Joachim: Die offene Nuklearfrage. Nach den Kernwaffenversuchen Indiens und Pakistans, in: Internationale Politik, Nr. 7, 1998, S. 49; ders.: Indiens nukleare Option. Eine widersprüchliche und inkonsequente Politik, in: Internationale Politik, Nr. 3, 1997, S. 29; Munir, Ahmed: Lösungsmodelle für den Kashmir-Konflikt, in: Internationale Politik, Nr. 3, 1995, S. 20; Umbach, Frank: Aufrüstung in Ostasien. Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung, in: Internationale Politik, Nr. 5, 1998, S. 31; Walker, William: International nuclear relations after the Indian and Pakistani test explosions, in: International Affairs, Nr. 3, 1998; Wieck, Hans-Georg: Pulverfass Kaschmir. Pakistans Staatskrise: Bewährungsprobe für Indien, in: Internationale Politik, Nr. 1, 2000, S. 41;

⁴⁹² zu Nordkorea vergl.: Kreft, Heinrich: Machtpoker in Nordostasien. Hektische Betriebsamkeit um Nordkorea, in: Internationale Politik, Nr. 1, 1999, S. 59; Smith, Hazel: Bad, mad, sad or rational actor? Why the „securization“ paradigm makes for poor policy analysis of north korea, in: International Affairs, Nr. 1, 2000, S. 111; Müller, Harald: Warum die Bombe? Die nuklearen Mächtege Iran und Nordkorea, in: Internationale Politik, Nr. 1, 2004, S. 12

⁴⁹³ vergl.: „Unberechenbarer Staat“, in: FAZ, 23.07.2002

(IAEO) abzuschließen. In der weiteren Folge wurden beispielsweise falsche Angaben über Plutoniumbestände gemacht, Routineinspektionen der IAEO behindert, oder den Inspektoren den Zutritt verweigert. Die Liste der Verfehlungen ist lang. Mitte der neunziger Jahre entspannte sich zunächst die politische Lage durch bilaterale Verhandlungen mit den USA. Dennoch blieb Nordkorea ein unberechenbarer Staat und zählt weiterhin zu den bedrohlichsten Regimen der Welt.

Seit 1994 verhandelten die USA mit Nordkorea über ein Ende der Raketenrüstung. Die Ausarbeitung eines unterschriftsreifen Vertrages gestaltete sich jedoch sehr schwierig. Die nordkoreanischen Verhandlungspartner gaben an, von den Rüstungsexporten abhängig zu sein. Da die Raketentechnologie eine wichtige Devisenquelle sei, verlangten sie von den USA als Kompensation für eine Verringerung des Exports jährliche Abfindungen von 1 Mrd. Dollar. Die Vereinigten Staaten lehnten diese Forderung ab. Trotzdem liefen die diplomatischen Gespräche und Verhandlungen weiter. Im September 1999 verkündete Nordkorea ein Raketenteststopp für die Dauer der Verhandlungen mit den USA. Kim Jong-Il versicherte im Oktober 2000 der damaligen amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright, es werde keine weiteren Raketentests geben. Für den Fall eines Staatsbesuches des amerikanischen Präsidenten Clinton bot Kim Jong-Il an, auf die weitere Stationierung und den Export von Raketen mit einer Reichweite von mehr als 500 km zu verzichten. Dem russischen Präsidenten Putin versprach er während eines Besuches in Moskau am 5. August 2001 bis 2003 keine weiteren Raketentests durchzuführen.⁴⁹⁴

Das Nuklearwaffenprogramm von Nordkorea war vom Umfang her vergleichsweise gering. Die einheimische Nuklearrüstung wurde 1993 öffentlich, als Nordkorea der IAEO Sonderinspektionen zur Klärung des Verbleibs illegal abgezweigten Plutoniums verweigerte. Die USA und Nordkorea unterzeichneten im Oktober 1994 ein Rahmenabkommen, was eine Einigung in Aussicht stellte. Ein internationales Konsortium unter der Führung der USA verpflichtete sich zur Finanzierung von zwei proliferationsneutralen Reaktoren. Die nordkoreanische

⁴⁹⁴ vergl.: „Kim verspricht in Moskau: Bis 2003 keine nordkoreanischen Raketentests“, in: FAZ, 06.08.2001; „Putin und Kim machen Front gegen die USA“, in: SZ, 06.08.2001

Regierung sagte zu, ihr Atomprogramm einzustellen und alle Anlagen für internationale Inspektionen zu öffnen.⁴⁹⁵

Entgegen der Einschätzung, Nordkorea verfolge weiterhin ein Nuklearwaffenprogramm, kam die von dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Perry geleitete Kommission 1999 zu dem Schluss, Nordkorea habe seine Nuklearrüstung aufgegeben. Wie sich im Oktober 2002 herausstellte, irrte die Perry-Kommission. Während eines Besuchs des amerikanischen Unterhändlers James Kelly Anfang Oktober 2002 konfrontierte dieser das nordkoreanische Regime mit neuen amerikanischen Geheimdiensterkenntnissen, in denen der Beweis für ein heimliches Atomwaffenprogramm erbracht wurde.⁴⁹⁶ Nachdem das Regime in Pjöngjang die Vorwürfe zunächst zurückgewiesen hatte, wurden die Berichte am nächsten Tag bestätigt. Am 17. Oktober informierte Nordkorea die amerikanische Regierung, sich nicht mehr an das Abkommen von 1994 gebunden zu fühlen. Gleichzeitig bestätigte man, offiziell an einem Atomwaffenprogramm zu arbeiten. Der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld wiederholte die im Rumsfeld-Report aufgestellte Vermutung, Nordkorea habe nicht nur ein Atomwaffenprogramm, sondern sei bereits im Besitz von Atombomben. Als Reaktion auf das nordkoreanische Eingeständnis kündigten die Vereinigten Staaten ihrerseits den 1994 geschlossenen Vertrag. Für das Regime in Pjöngjang bedeutete dies die Einstellung von zugesagten Heizöllieferungen von 500.000 Tonnen pro Jahr. Der amerikanische Präsident Bush zog die Konsequenzen, da er das Eingeständnis als den letzten Beweis für das Scheitern der seit anderthalb Jahrzehnten verfolgten Politik der Eindämmung durch Kooperation betrachtete.⁴⁹⁷

Als Lieferländer von Dual-Use-Gütern waren lange Zeit die technisch führenden Nationen verantwortlich. Mittlerweile kommen für den Export von Proliferationsprogrammen prinzipiell alle Länder in Betracht, welche über die benötigte Technologie verfügen. Inzwischen hat sich auch ein Markt unter den Entwicklungsländern entwickelt, und Nordkorea etablierte sich beispielsweise als Exporteur von Raketentechnologien. Als Exportländer gelten

⁴⁹⁵ vergl.: USA und Nordkorea schließen Rahmenvereinbarung über Nuklearprogramm ab. 21.10.1994, in: Dokumente zur Abrüstung und Sicherheit, Band 26: 1993-1996, a.a.O., S. 188f.

⁴⁹⁶ vergl.: „Nordkorea gibt heimliche Entwicklung von Atomwaffen zu“, in: FAZ, 18.10.2002; „Hinterlist im unberechenbaren Pjöngjang“, in: ebd.; „Atomwaffen-Programm löst weltweit Besorgnis aus“, in: SZ, 18.10.2002; „Einladung zum Atomtanz“, in: ebd.

⁴⁹⁷ vergl.: „Vertrag mit Nordkorea gekündigt“, in: FAZ, 21.10.2002; „Washington stellt Hilfe für Nordkorea ein“, in: SZ, 21.10.2002

1. die Industriestaaten Europas, Ostasiens und Nordamerikas,
2. Länder in den Krisenregionen (Drittweltstaaten)
3. sowie als „besonderer Problemfall“ Russland und die Staaten der ehemaligen UdSSR als offizieller Exporteur von sowjetischen Restbeständen.

Anspruchsvolle Dual-Use-Güter wie Elektrotechnik, Computer-, Mess- und Regeltechnik werden oftmals von den Industriestaaten exportiert, wohingegen technisch einfache Güter zunehmend in den industriell leistungsfähigen Staaten aus Problemzonen beschafft werden.

Bereits 1992 kam es wegen des offiziellen russischen Handels mit sowjetischen Restbeständen zu amerikanisch-russischen Spannungen. Die amerikanische Regierung verhängte Sanktionen gegen russische Firmen, die Raketentechnologien nach Indien geliefert hatten. In dem weiteren Verlauf der neunziger Jahre brach Russland die militärische Zusammenarbeit mit einigen Entwicklungsländern ab. Dennoch blieb eine aggressive Rüstungsexportpolitik weiterhin eine wichtige Einnahmequelle.⁴⁹⁸ Im Juli 1998 und im Januar 1999 verhängte die amerikanische Regierung erneut Sanktionen gegen russische Firmen, die Atomtechnologie in den Iran verkauft haben sollen. Daraufhin kündigte Russland im November 2000 ein 1995 geschlossenes Abkommen mit den USA, in dem man sich verpflichtet hatte, keine konventionellen Waffen in den Iran zu liefern. Im März 2001 wurden russisch-iranische Rüstungsverträge mit einem jährlichen Umsatz von 300 Mio. US Dollar unterzeichnet.⁴⁹⁹

Auch die VR China verstieß gegen Waffenlieferungsverbote an den Iran. Während der Clinton-Administration wurden zwei Fälle bekannt, die jedoch nicht geahndet wurden. Im Juli 2002 verhängte die amerikanische Regierung Wirtschaftssanktionen gegen acht chinesische Staatsbetriebe, die angeblich Waffen und Material zur Herstellung von Chemie- und Biowaffen an den Iran geliefert haben. Die Verstöße ereigneten sich in dem Zeitraum zwischen September 2000 und Oktober 2001. Als Strafe verhängte die amerikanische Regierung zwei Jahre andauende Sanktionen.⁵⁰⁰

⁴⁹⁸ zu Rußland als Exporteur vergl.: Bluth, Christoph: Rußland und die Weiterverbreitung von Kernwaffen, in: APuZ, Nr. 50-51, 1999, S. 18; Rahr, Alexander: Rußlands Umgang mit „Schurkenstaaten“. Aufrüstung unberechenbarer Kräfte, in: Internationale Politik, Nr. 6, 1999, S. 23; Umbach, Frank: Massenvernichtungswaffen in Asien. Ist die Politik der Nichtverbreitung gescheitert?, in: Internationale Politik, Nr. 10, 1999, S. 47

⁴⁹⁹ vergl.: „Begrenzte Partnerschaft Moskau-Teheran“, in: NZZ, 14.03.2001

⁵⁰⁰ vergl.: „Sanktionen wegen Lieferung an Iran“, in: FAZ, 20.07.2002

Russland stellt nicht nur als offizieller Exporteur ein Proliferationsproblem dar. Die Sicherheitsvorkehrungen russischer nuklearer Kraftwerke, Atommülllager und Forschungszentren sind mangelhaft. Daraus ergibt sich neben einer Gefährdung der Umwelt durch die Möglichkeit austretenden verseuchten Materials ein weiteres Sicherheitsproblem. Der Diebstahl und Schmuggel mit Atommaterial sind ernste Konsequenzen aus den mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen. Dadurch entsteht ein inoffizielles „nukleares Leck“, aus dem kernwaffentaugliches Material abgezweigt werden kann.⁵⁰¹ Schwellenländer können sich in Russland oder in den zentralasiatischen und kaukasischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion Plutonium oder angereichertes waffenfähiges Uran organisieren. Der genaue Umfang des geschmuggelten Atommaterials ist zwar unbekannt, aber westliche und östliche Geheimdienste berichten über regelmäßige Diebstähle oder Diebstahlversuche aus russischen Atominstiuten.⁵⁰²

Das Abrüsten des russischen Atomwaffenarsenals und die Vernichtung der russischen Chemiewaffen stellen ebenfalls ein erhebliches Proliferationsrisiko dar, da entweder spaltbares Material oder chemische Bestandteile anfallen. Die Abwerbung unterbezahlter Ingenieure und Wissenschaftler der ehemaligen Sowjetunion durch Staaten der Dritten Welt sind ein weiterer Bestandteil des russischen Proliferationsproblems. Insgesamt stellt das „nukleare Leck“ in der ehemaligen Sowjetunion die größte Bedrohung amerikanischer Sicherheitsinteressen dar, wie die Harvard-Studie „Avoiding Nuclear Anarchy“ 1996 feststellte.⁵⁰³

Um ihre Sicherheitsinteressen zu wahren, ergriffen die Vereinigten Staaten Anfang der neunziger Jahre die Initiative. 1991 startete das Cooperative Threat Reduction Programm. Es finanzierte Projekte für den gesicherten Transport von Kernwaffen, ihre sichere Lagerung und die Zerstörung von Trägersystemen. Außerdem wurde in Forschungsprojekte für russische Wissenschaftler investiert. Um das durch die Abrüstung spaltbare Material kontrollieren zu können, kam es 1993 zu dem Abschluss einer Vereinbarung

⁵⁰¹ zum illegalen Waffenhandel vergl.: Müller, Harald: Nuklearschmuggel: Tödliches Risiko?, in: Internationale Politik, Nr. 2, 1995, S. 23; Schmidbauer, Bernd: Illegaler Nuklearhandel und Nuklearterrorismus, in: Internationale Politik, Nr. 2, 1995, S. 19

⁵⁰² vergl.: „Rußlands Zeitbomben“, in: FAZ, 28.06.2002; Bluth, a.a.O., S. 21f.

⁵⁰³ Studie abgedruckt in: Dokumente zur Abrüstung, Band 26, a.a.O., S. 308ff.

zwischen den USA und Russland.⁵⁰⁴ Darin erklärten sich die Vereinigten Staaten bereit, in den nächsten dreißig Jahren 500 Tonnen hochangereicherten Urans (Highly Enriched Uranium, HEU) aus dem russischen Kernwaffensektor zu übernehmen.⁵⁰⁵ Das HEU sollte abgereichert und an amerikanische Firmen zum Weiterverkauf als Kernreaktorbrennstoff dem zivilen Sektor überführt werden. Die Vereinigten Staaten versuchten nicht nur mit bilateralen Abkommen dem Proliferationsproblem zu begegnen. Im Rahmen des G-8 Gipfels im Juni 2002 beschloss die europäischen Staaten und die USA im Laufe von zehn Jahren 20 Mrd. Dollar an Russland zu zahlen. Das Geld soll zur Entsorgung der zu verschrottenen russischen Atomwaffen verwendet werden und zu präventiven Maßnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von waffenfähigen Nuklearkstoffen aus Russland.

Problematisch bei derartigen Finanzierungen ist die Transparenz der Projekte. Es besteht die Gefahr, dass Summen veruntreut und die finanzielle und politische Kontrolle nicht gewährleistet werden. Im April 2002 hatte der amerikanische Kongress Programme zur Entsorgung russischer biologischer und chemischer Waffen vorübergehend ausgesetzt. Der Vorwurf lautete, Russland verstoße gegen Vertragsbestimmungen und lasse einige Programme weiterlaufen.⁵⁰⁶

Im November 2002 beschloss die Bundesrepublik, sich ab dem Jahr 2003 mit 64 Mio. Euro an der Sicherung und Vernichtung russischer Atomanlagen und Chemiewaffen zu beteiligen. Bereits im Sommer 2002 hatten sich die Teilnehmer des G-8 Gipfels in Calgary auf westliche Hilfsprogramme verständigt. Die Bundesrepublik hatte in diesem Rahmen 1,5 Mrd. Euro zugesichert. Die sieben führenden Industrienationen hatten beschlossen, innerhalb von zehn Jahren 20 Mrd. Dollar zu investieren, wovon die Vereinigten Staaten die Hälfte tragen. Priorität des Programms sollte die Sicherung der ausgemusterten 120 russischen Atom-U-Boote bei Murmansk genießen. Weitere Absprachen wurden mit der russischen Regierung über den Bau von Zwischenlagern für Atomreaktoren, über Fragen des Abtransports und der Sicherung mit Atomabfall getroffen. Einen weiteren Schwerpunkt deutscher Hilfe bildete die Vernichtung russischer

⁵⁰⁴ Neben der Vorbeugung von entstandenen Proliferationsbedrohungen haben diese Programme für die USA einen weiteren Grund, denn auf diese Weise wird die Umsetzung bestehender Abrüstungsverträge unterstützt.

⁵⁰⁵ vergl.: Krause, Joachim: Die Nichtverbreitungspolitik der USA unter Präsident Clinton. Von der internationalen Führungsmacht zum nationalen Egoismus?, in: APuZ, Nr. 50-51, 1999, S. 10-17; Kile, a.a.O., S. 457ff.

⁵⁰⁶ vergl.: „Rußlands Zeitbomben“, a.a.O.

Atomwaffen. Eine mit 40 Mio. Euro Hilfe gebaute Anlage bei Gorny ging Ende des Jahres 2002 in Betrieb. Der Bau einer weiteren Verbrennungsanlage bei Kambarka, die ab 2006 den Betrieb aufnehmen soll, war beschlossene Sache. Ein weiterer Schwerpunkt deutscher Hilfe sollte die Sicherung russischer Nuklearanlagen sein.⁵⁰⁷

Neben diesen politischen Maßnahmen sollen eine Reihe von multilateralen Konventionen und internationalen Verträgen, sogenannten Regime, helfen, die Proliferation regulieren zu können. Regime beinhalten kodifizierte Normen und Regeln zwischenstaatlichen Verhaltens. Daraus soll kooperative und stabilitätsfördernde Problembearbeitung resultieren. Regime verpflichten ihre Mitglieder auf regelkonformes Verhalten und ermöglichen Konsultationen. So werden in einem Krisenfall Erwartungsstabilität geschaffen, gegenseitige Informationsbeschaffung erleichtert und die Interaktionsdichte zwischen den Staaten erhöht.⁵⁰⁸ Die Erweiterung der internationalen Rüstungskontrollverträge, Verbesserungen der Absprachen innerhalb der internationalen Regime zur Exportkontrolle durch potentielle Lieferländer sowie die Kontrolle des Endverbleibs erwiesen sich in der Vergangenheit als praktikables Mittel zur Behinderung der Proliferation kritischer Technologien.

Bereits am 01. Juli 1968 wurde der Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty, NPT) zwischen den Atommächten USA, UdSSR und Großbritannien unterzeichnet. Seither hat sich eine große Anzahl weiterer Staaten angeschlossen, darunter die Kernwaffenstaaten Frankreich und China, eine Reihe von den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und der Sowjetunion.⁵⁰⁹ Mit der IAEO steht dem nuklearen Nichtverbreitungsregime eine handlungsfähige Organisation zur Verfügung. Diese nimmt Verifikationsaufgaben ebenso wahr, wie technische Hilfe im zivilen Bereich, Sonderinspektionen zur Überprüfung der Vorschriften.⁵¹⁰ Sie verfügt über ein globales Meldesystem für den Nuklearhandel. Das Atomprogramm Nordkoreas hat allerdings beispielhaft gezeigt, dass Vertragsmitglieder ihre Verpflichtungen skrupellos brechen. Im Januar 1993 wurde eine Chemiewaffenkonvention (Chemical Weapons Convention, CWC) zur Unterzeichnung aufgelegt, die über 150 Staaten

⁵⁰⁷ vergl.: „64 Millionen Euro für die Nuklear-Entsorgung“, in: FAZ, 27.11.2002

⁵⁰⁸ vergl.: Wolf, Klaus: Regimeanalyse, in: Nohlen: Lexikon der Politik, a.a.O., S. 422 ff. des Weiteren vergl.: Müller, Harald: Rechtsinstrumente zur Nichtverbreitung. Die Wirksamkeit multilateraler Verträge, in: Internationale Politik, Nr. 10, 1999, S. 31

⁵⁰⁹ vergl.: Müller, Harald: Die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, a.a.O., S. 55f.

⁵¹⁰ vergl.: Blix, Hans: Das IAEO-System der Sicherungsmaßnahmen gegen die Verbreitung von Kernwaffen, in: NATO-Brief, Nr. 5, 1995, S. 12

unterzeichnet haben.⁵¹¹ Die Organisation für die Verhütung eines Chemiewaffenkrieges (Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons, OPCW) ist die dahinter stehende politische Organisation. Im Gegensatz zum NPT enthält die Konvention ein wirtschaftliches Sanktionspotential. Außerdem wird Nichtmitgliedern der Zugang zum internationalen Chemie- und Chemieausrüstungshandel erschwert.

Das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und Toxin-Waffen sowie über deren Vernichtung (Biological and Toxin Weapon Convention, BTWC) stammt aus dem Jahr 1972. Die Konvention enthält bisher keine Verifikationsmaßnahmen, und seither dauern die Verhandlungen über die Einführung von Verifikationsinstrumenten an. Ein wirksames Instrument zur Kontrolle der biologischen Waffen ist daher nicht in Sicht.⁵¹²

Das Raketentechnologie-Kontrollregime (Missile Technology Control Regime, MTCR) ist in der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Proliferationsverhinderung durch Exportkontrollen eines von mehreren Regimes. Um die Proliferation von Raketenträgersystemen zu begrenzen, verlangt das MTCR von seinen Mitgliedern, den Export von Raketentechnologien zu verweigern, wenn diese für den Transport von Massenvernichtungswaffen geeignet sind. Neben dem MTCR sind die Australische Gruppe (AustG), die Nuclear Suppliers Group (NSG), die EU-Dual-Use-Verordnung sowie das Wassenaar Arrangement (WA) weitere Exportkontrollregimes, welche bei der Bekämpfung von Proliferation eine Reihe von Erfolgen erzielen konnten.⁵¹³

3.3.2. Der Wandel in der Raketenabwehr-Politik der Clinton-Administration

Aufgrund der sich abzeichnenden neuen sicherheitspolitischen Gefahrensituation setzten die Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren in der Raketenabwehrpolitik neue Prioritäten. Die Idee der territorialen Verteidigung des amerikanischen Heimatlandes trat zunächst in den Hintergrund, und die Erforschung einer territorialen BMD-Verteidigung wurde auf den Status eines

⁵¹¹ zum Chemiewaffenabkommen und dessen Ratifizierung vergl.: Batsanov, Serguei: Vorbereitungen für das Inkrafttreten des Chemiewaffenübereinkommens, in: NATO-Brief, Nr. 5, S. 16; Robinson, Perry: Implementing the Chemical Weapons Convention, in: International Affairs, Nr. 1, 1996, S. 73

⁵¹² vergl.: Hanning, a.a.O., S.446

⁵¹³ zu den einzelnen Regimen und deren Beurteilung vergl. Hanning, a.a.O., S. 446ff.

Forschungsprogramms (Deployment Readiness Programs, DRP) zurückgestuft.⁵¹⁴ Stattdessen widmete sich die Clinton-Administration der Entwicklung von weltweit aufstellbaren regionalen Raketenabwehrsystemen (Theater Missile Defence, TMD).

Grundlegend für die Umorientierung war eine neue Einschätzung der geostrategischen Lage und der daraus resultierenden veränderten Anforderungen an die amerikanische Sicherheit. Durch das Ende des Kalten Krieges waren ein grundlegender Wandel eingetreten und die Wahrscheinlichkeit eines Nuklearkrieges gesunken. In den Bedrohungsanalysen wurde die Gefahr eines massiven nuklearen Schlages von Russland oder China gegen das amerikanische Territorium als reduziert eingestuft.⁵¹⁵

Durch die Proliferation von Raketensystemen und Massenvernichtungswaffen in den Ländern der Dritten Welt, sah man sich mit einer neuen Art der Bedrohung konfrontiert:

1. hatte der Irak im Zweiten Golfkrieg ballistische Raketen gegen amerikanische Truppen, Israel und Sudi-Arabien eingesetzt.
2. entwickelten weitere Länder der Dritten Welt, die den USA feindlich gegenüberstanden, nationale Raketenprogramme.
3. waren die amerikanischen Geheimdienste über bisher geheimgehaltene Träger- und Massenvernichtungsprogramme der feindlichen Staaten schlecht informiert. Die Strategen mussten in ihren Überlegungen davon ausgehen, dass weitere Staaten bisher unbemerkt an Waffenvernichtungsprogrammen forschten.

Die Vereinigten Staaten sahen die Überlegenheit der konventionellen amerikanischen Streitkräfte im Ausland durch gegnerische Raketen, die mit Massenvernichtungswaffen oder konventionellen Sprengköpfen bestückt sind, bedroht.

Anhand der veränderten geostrategischen Lage änderte die amerikanische Regierung ihre Militärstrategie. Mit dem „Bottom-Up Review“ von 1993 wurde

⁵¹⁴ zur BMD-Politik zu Beginn der Clinton-Administration vergl.: Department of Defense (Hrsg.): *Harnessing the Power of Technology. The Road to Ballistic Missile Defense 1983-2001*; National Institute for Public Policy (Hrsg.): *The Clinton Administration and Ballistic Missile Defense. A Chronology from 1993 to 1998*;

Lyles, Lester: *Role of Missile Defense in U.S. National Security Strategy*, Rede bei U.S. Army Symposium on Strategy, Force Structure And Defense Planning for the 21st Century, 13. November 1996: <http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/lyles1.html>

die neue militärtaktische Ausrichtung bekannt gegeben. Die Kernaussage lautete, die Vereinigten Staaten müssten in Zukunft in der Lage sein, zwei größere regionale Konflikte militärisch erfolgreich zu gestalten. Es sei nicht weiter notwendig, die Militärplanung auf einen massiven konventionellen nuklearen Angriff aus dem Osten auszurichten.⁵¹⁶ Mit der neuen Militärstrategie wurde gleichzeitig die neue Counterproliferationsstrategie (Counter Proliferation Initiative, CPI) entworfen. Die TMD-Systeme wurden ein wesentlicher Bestandteil davon.

Die CPI war ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen Sicherheitskonzeption und Element amerikanischer Nichtverbreitungspolitik.⁵¹⁷ Vor der National Academy of Sciences skizzierte der damalige Verteidigungsminister Les Aspins am 07. Dezember 1993 die Elemente dieser Politik: Ziel sei es, die Aufgabe des Schutzes vor Massenvernichtungswaffen zu der Prävention ihrer Weiterverbreitung hinzuzufügen. Die vergangenen Nonproliferationsaktivitäten der USA hätten sich in erster Linie darauf konzentriert, die Weiterverbreitung zu unterbinden. Die Vereinigten Staaten müssten jedoch anerkennen, dass Proliferation dennoch stattfände und ihre Planungen dementsprechend neu ausrichten.⁵¹⁸

Kennzeichen der Counterproliferationsinitiative war die Parallelität von offensiven und defensiven Strategien. Zu den offensiven Maßnahmen dieser Politik zählte die Option von militärischen Präventivschlägen gegen WMD-Einrichtungen potentieller Gegner.⁵¹⁹ Des Weiteren arbeiteten die Vereinigten Staaten an einer neuen Nuklearstrategie. Die Verbindung der neuen Nuklearstrategie und der Counterproliferationsinitiative war nicht eindeutig. Es ist zu vermuten, dass die USA daran dachten, ihrerseits Nuklearwaffen im Rahmen einer offensiven Verteidigung einsetzen zu wollen.⁵²⁰

Der Unterstaatssekretär für Counterproliferation Mitchell B. Wallenstein versuchte zweierlei klarzustellen. Erstens sehe die CPI keine Ausweitung der Aufgaben der amerikanischen Nuklearstreitkräfte vor. Zweitens handele es sich

⁵¹⁶ vergl.: Les Aspins (Secretary of Defense): The Bottom-Up Review: Forces For A New Era, Washington D.C., 01. September 1993

⁵¹⁷ vergl.: Krause: Die Nichtverbreitungspolitik, a.a.O., S. 10; Mey, Holger: „Counterproliferation“. Möglichkeiten und Grenzen der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, in: Internationale Politik, Nr. 10, 1999, S. 12

⁵¹⁸ vergl.: Les Aspins: Remarks by Honorable Les Aspin, Secretary of Defense, National Academy of Sciences, 7. Dezember 1993

⁵¹⁹ vergl.: ebd.; zur Bewertung dieser neuen Strategie vergl.: Scheffran, Jürgen: Raketenabwehr contra Proliferation, a.a.O., S. 51ff.

⁵²⁰ vergl.: Kristensen, Hans; Handler, Joshua: The USA and Counterproliferation. A New and Dubious Role for US Nuclear Weapons, in: Security Dialog, Nr. 4, 1996, S. 387

bei der Counterproliferation in erster Linie darum, nicht nukleare Lösungen für diese Probleme zu finden.⁵²¹ Die amerikanische und die ausländische Öffentlichkeit blieben trotz der Beteuerungen der amerikanischen Administration skeptisch. Die defensiven Komponenten der CPI wurden in der öffentlichen Diskussion kaum beachtet. Zu den defensiven Maßnahmen zählten

1. die Vorbereitung amerikanischer Truppen für Einsätze, in denen Gegner A-, B- oder C- Waffen einsetzen könnten;
2. verbesserte Geheimdienstaufklärung;
3. neue Trainingsmethoden für die US-Truppen;
4. verbesserte Detektionsmöglichkeiten von biologischen oder chemischen Kampfstoffen;
5. entsprechende Einsatzplanung für neue Strategien;
6. Beschaffungsmaßnahmen für notwendige Ausrüstung.⁵²²

Für die BMD-Forschung hatte die Neuausrichtung der amerikanischen Politik auf verschiedenen Ebenen einschneidende Konsequenzen.

1. Auf der organisatorischen Ebene bedeutete der Wandel die Umbenennung der bisherigen verantwortlichen BMD-Organisation SDIO in Ballistic Missile Defense Organisation (BMDO).
2. Leiter der Organisation wurde Malcolm O'Neil. Damit erfolgte der äußerlich wahrnehmbare Bruch mit der bisherigen Raketenabwehrforschungspolitik und das Ende der GPALS (Global Protection against Limited Strikes) –Ära der Bush- Administration.
3. Auf der wirtschaftlichen Ebene erfolgte eine Kürzung und Umschichtung der Militärausgaben: Für das Fiskaljahr 1994 wurde das Budget um ein Viertel gekürzt, wovon die NMD-Forschung am meisten betroffen war. Im vorherigen Jahr standen dieser noch rund 1,9 Mrd. Dollar zur Verfügung, jetzt waren es nur noch 553 Mio. Das Fünf-Jahres Programm der BMDO sah ursprünglich einen Haushalt von 39 Mrd. Dollar vor, genehmigt wurden

⁵²¹ Wallenstein zitiert nach: Kristensen, Hans: Nuclear Futures: Proliferation of Weapons of Mass Destruction and US Nuclear Strategy, Basic Research Report, Nr. 98, 2. März 1998: [http://www.basicint.org/pubs/Research/1998nuclearfutures\(2\).htm](http://www.basicint.org/pubs/Research/1998nuclearfutures(2).htm)

⁵²² vergl.: Müller, Harald; Reiss, Mitchell: Counterproliferation: Putting New Wine in Old Bottles, in: The Washington Quarterly, Nr. 2, 1995, S. 143

jedoch nur 18 Mrd. Dollar. Damit beantragte die Administration weniger als die Hälfte der von der BMDO angeforderten Mittel. Es war vorgesehen, die genehmigten Gelder mit 13 Mrd. Dollar für die TMD-Forschung und mit 3 Mrd. Dollar für die NMD-Forschung zu verteilen. Weitere 2 Mrd. Dollar standen der Erforschung neuer Technologien zur Verfügung.

4. In der Programmatik wurden die neuen Schwerpunkte in der Formulierung von drei Aufgaben an die BMDO zum Ausdruck gebracht: Erstens wurde der TMD-Forschung absoluter Vorrang eingeräumt und der Status eine Entwicklungs- und Stationierungs- Mission gegeben. So schnell wie möglich sollten die Entwicklungsarbeiten vorangetrieben werden. Zweitens bedeutete das für die NMD-Forschung, dass eine schnelle Entscheidung gefällt werden sollte, wenn eine ernsthafte Bedrohung des amerikanischen Heimatlandes eintreten sollte. Drittens bestand die Aufgabe der BMDO darin, die Forschung zukunftsweisender Technologien voranzutreiben und diese für die TMD- und NMD-Systeme nutzbar zu machen.⁵²³

Die Forschung an strategischen, landesweiten BMD-Systemen begann 1996 wieder an Bedeutung zu gewinnen. Anfang 1996 gab das Verteidigungsministerium mit dem Ballistic Missile Defense Program Review eine Umorientierung bekannt. Der NMD-Forschung wurde unter dem Kürzel „3+3“ eine neue Zielsetzung gegeben. Einer dreijährigen Entwicklungs- und Planungsphase sollte eine dreijährige Beschaffungs- und Dislozierungsperiode folgen. Der zweite Schritt wurde an die Bedingung der durch die Bedrohungslage entstehenden Notwendigkeit geknüpft, womit sich die Clinton-Administration genügend Optionen offenhielt, das Dislozierungsstadium nicht in Auftrag zu geben. Andererseits legte die Administration zum ersten Mal Pläne vor, die eine konkrete Dislozierung territorialer Abwehrsysteme in Betracht zogen.⁵²⁴

In der zweiten Hälfte des Jahres 1998 wurde die Raketenabwehrdiskussion durch zwei Faktoren beeinflusst, was schließlich zu

⁵²³ vergl. The Road, a.a.O., S. 29; Fitzgerald, a.a.O., S. 493ff.; Kubbig, Bernd u.a.: Variationen des Themas Raketenabwehr im historischen Längsschnitt, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 33, Frühjahr 2002, S. 10ff.

⁵²⁴ vergl.: Thränert, Oliver: Amerikanische Raketenabwehrpläne: Konsequenzen für die internationale Sicherheit, Friedrich Ebert Stiftung, Analyseeinheit Internationale Politik, Mai 2000, S. 5ff.

einer Kursänderung der administrativen Raketenabwehrpolitik führte. Die beiden Faktoren waren

1. die Veröffentlichung des Rumsfeld-Reports
2. der nordkoreanische Test einer Langstreckenrakete.

Die politische Wirkung der beiden Faktoren entstand durch die zeitliche Nähe der beiden Ereignisse. Im Juni 1998 legte die sogenannte Rumsfeld-Kommission ihren Abschlussbericht vor, in dem die Bedrohung der Vereinigten Staaten vor ballistischen Raketen analysiert wurde.⁵²⁵ Die Kommission war auf Initiative des republikanischen Kongresses eingerichtet worden, um die vorherrschenden, von den Republikanern als zu optimistisch eingestuften Bedrohungsanalysen zu überprüfen. Anders als die Analyse der Geheimdienste kam die Rumsfeld-Kommission zu dem Schluss, dass Staaten, die nach Interkontinentalraketen strebten, in der Lage seien, innerhalb von fünf bzw. zehn Jahren durch Raketenangriffe massive Zerstörungen auf dem Territorium der USA anzurichten. Die Vereinigten Staaten seien zudem nicht fähig, den Beginn eines derartigen Beschaffungs- und Entwicklungsprogramms festzustellen. Die Bedrohung sei realer und weiter entwickelt, als in den bisherigen Geheimdienstanalysen angenommen. Der Rumsfeld-Report widersprach somit wichtigen optimistischeren Geheimdienstanalysen.

Wie zum Beweis der neuen Analyseergebnisse testete Nordkorea am 31. August 1998 seine Taepo-Dong-1-Langstreckenrakete.⁵²⁶ Das nordkoreanische Raketenprogramm war zwar bekannt, die Geheimdienste wurden jedoch von der Tatsache überrascht, dass die Testrakete über eine dritte Antriebsstufe verfügte.⁵²⁷ Damit bestätigten sich die Feststellungen, die USA seien nicht in der Lage, ein fortgeschrittenes Raketenprogramm aufzuspüren, wodurch die Vorwarnzeit für einen möglichen Angriff drastisch reduziert werde. Nordkorea schien in unmittelbarer Zukunft dazu fähig, leichte Sprengköpfe weiter als 5.500 km zu befördern, womit Hawaii oder Alaska erreicht werden könnten.

⁵²⁵ Executive Summary of the Report of the Commission to Assess the Ballistic Missile Threat to the United States, 15. Juli 1998: <http://www.fas.org/irp/threat/bm-threat.htm>

⁵²⁶ vergl.: „Nordkoreas Waffenarsenale“, in: FAZ, 01.09.1998; Bundesnachrichtendienst (Hrsg.): Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Trägerraketen, Berlin, Pullach, o.J.: <http://www.bundesnachrichtendienst.de/download/proliferation.pdf>

⁵²⁷ vergl.: Fitzgerald, a.a.O., S. 495

Der Raketentest war für die Republikaner im Kongress Grund genug, erneut die Initiative zu ergreifen und den „American Missile Protection Act of 1998“ ein weiteres mal auf die Tagesordnung zu setzen. Die Demokraten konnten trotz der „veränderten Umstände“ nicht überzeugt werden und verharren in ihrer uneingeschränkten Ablehnung dem Gesetzgebungsvorhaben zur Dislozierung eines nationalen Raketenabwehrschildes. Ihre Argumentation lautete:

1. wolle man die strategischen Beziehungen zu Russland nicht gefährden;
2. verfüge die Administration mit dem „3+3-Programm“ über ein ausreichendes BMD-Programm;
3. teile das Militär die demokratischen Ansichten.⁵²⁸

Während die demokratischen Kongressabgeordneten ihrer bisher verfolgten Politik treu blieben, schwenkte die Administration um. Präsident Clinton war durch das drohende Impeachment-Verfahren innenpolitisch unter großen Druck geraten.⁵²⁹ Er suchte den Ausgleich mit den Republikanern und kam ihren Forderungen teilweise entgegen. In seiner Ansprache zur Lage der Nation am 19. Januar 1999 sprach er sich dafür aus, den Verteidigungshaushalt zu stärken. Damit wollte er den seit 1985 anhaltenden Trend von rückläufigen Verteidigungshaushalten in das Gegenteil verkehren. Das Pentagon sollte im Fiskaljahr 2000 eine Etatsteigerung von 12 Mrd. Dollar erhalten.

Sein Außenminister Cohen präziserte auf einer Pressekonferenz am folgenden Tag die administrative Richtungsänderung in der BMD-Politik. Angesichts der im Juni 2000 anstehenden Entscheidung über die Aufstellung eines NMD-Systems werde die Administration in den nächsten sechs Jahren Finanzmittel in Höhe von 6,6 Mrd. Dollar zusätzlich zu den bereits veranschlagten 4 Mrd. Dollar zur Verfügung stellen. In seiner Begründung übernahm Cohen die Argumente der Republikaner. Verantwortlich für die Budgetsteigerung seien der Rumsfeld-Report und der nordkoreanische Raketentest. Im Gegensatz zu den vorigen Jahren sei die Bedrohung real und ansteigend. Der Rumsfeld-Report und der nordkoreanische Raketentest hätten deutlich gemacht, dass sich die Vereinigten Staaten tatsächlich einer Raketenbedrohung des Territoriums aus einem „Schurkenstaat“ ausgesetzt sehen würden, gegen die sich das amerikanische Volk verteidigen müsse. Das Kriterium

⁵²⁸ vergl. Fitzgerald, a.a.O., S. 493; Kubbig u.a., a.a.O., S.13f.

⁵²⁹ Kubbig u.a., a.a.O., S. 14

der Bedrohung sei bald erfüllt, so dass jetzt die technologische Machbarkeit entscheide. Das „3+3“- Programm werde von der Administration auf ein „3+5“- Programm erweitert. Damit würden die notwendigen Technologien bis zum Jahre 2005 verfügbar sein. Außerdem habe man für die Entwicklung genügend Zeit und würde nicht vorschnell auf nicht ausgereifte Technologien setzen. Mit Russland solle in bilateralen Gesprächen über eine Abänderung des ABM-Vertrages verhandelt werden, um die amerikanischen Raketenabwehrpläne kompatibel zu machen. Für den Fall, dass Russland eine Abänderung des Vertrages ablehne, erwähnte Cohen die Möglichkeit, den Vertrag mit einer sechsmonatigen Vorlaufzeit einseitig zu kündigen.⁵³⁰

Die jahrelange politische Arbeit der Republikaner, die Administration von einem nationalen Raketenabwehrschirm zu überzeugen, hatte sich ausgezahlt. Denn diese war der wesentliche von zwei weiteren Faktoren, die den Umschwung der Regierung in der Frage bewirkt hatte. Insgesamt gab es somit drei Gründe für die Administration, ihre bisherige BMD-Politik zu revidieren und neu auszurichten:

1. Der Rumsfeld-Report war einer von zahlreichen Bedrohungsanalysen, der seine Wirkung in dem Zusammenspiel mit dem nordkoreanischen Raketentest entwickelte. Trotzdem hätte dieser Umstand allein keine Änderung der BMD-Politik bewirkt.
2. Durch den innenpolitischen Druck sah sich der Präsident gezwungen, sich im Kongress „Luft zu verschaffen“. Durch Punkt 1 hatte sich die Situation im Kongress verschärft, weshalb Präsident Clinton in der Raketenabwehrfrage Flexibilität zeigte.
3. Mit zahlreichen Initiativen hatten die Republikaner die Demokraten politisch unter Druck gesetzt. Ohne ihre Agitation hätte sich die Administration nicht gezwungen gesehen, ihre BMD-Politik zu ändern.

Trotz ihres Sieges zeigten sich die Republikaner nicht restlos zufrieden. Der ABM-Vertrag und die Handhabung des Vertrages durch die Regierung war nach wie vor Ziel ihrer Kritik. Sie fürchteten, die Administration würde die Dislozierung einer nationalen Raketenabwehr von der Zustimmung Moskaus abhängig machen und forderten einen unmittelbaren Dislozierungsbeschluss.

⁵³⁰ vergl.: Kubbig, Bernd: Die Demontage des ABM-Vertrags gefährdet die gesamte Rüstungskontrolle, in: Friedensgutachten 1999, a.a.O., S. 219

Außerdem drängten sie darauf, den ABM-Vertrag nicht abzuändern, sondern ohne weitere Verhandlungen zu kündigen.⁵³¹

Im Kongress wählten sich die Republikaner noch nicht an ihrem Ziel. Daher brachten sie den „American Missile Protection Act“ des Jahres 1998 unverändert im Jahre 1999 unter dem Titel „National Missile Defense Act of 1999“ erneut ein. Dieses Mal konnten sie mit der Unterstützung einiger Demokraten rechnen, die ihren Widerstand angesichts der administrativen Kehrtwende aufgaben. Zusammen mit 30 Republikanern brachten 28 Demokraten die Resolution im Repräsentantenhaus ein. Es folgte ein politisches Scharmützel um die weitere Vorgehensweise. Die Regierung zeigte sich kooperationswillig und bot den Unterzeichnern ihre Zusammenarbeit an. Diese lehnten die Offerte ab, woraufhin die Administration ihr Veto androhte, falls kein für sie akzeptabler Entwurf ausgearbeitet werden würde.⁵³²

Die Regierung lehnte es ab, die technologische Machbarkeit zu dem einzigen Aufstellungskriterium zu machen. In einem Brief des Nationalen Sicherheitsberaters Samuel Berger an Senator Carl Levin am 03. Februar 1999 formulierte Berger die Bedingungen, unter denen Bill Clinton einem Gesetz zustimmen könnte. Die Entscheidung über eine Dislozierung sei abhängig von

1. der technologischen Machbarkeit,
2. der tatsächlichen Bedrohung,
3. den Kosten und
4. den Folgen für die Rüstungskontrolle.⁵³³

Damit nannte Berger die zentralen vier Kriterien, an die Präsident Bill Clinton seine zukünftige BMD-Politik knüpfte.

Auf der Basis der Kongressinitiative und den Berger-Kriterien wurde ein Kompromiss ausgearbeitet. Die Administration und die Demokraten in beiden Kammern signalisierten Bereitschaft, den Anträgen zuzustimmen. Im März 1999 stimmte der Kongress für die Gesetzesvorlage. Am 17. März 1999 verabschiedete der Senat den „Cochran-Inouye National Missile Defense Act of 1999“ mit 97 zu

⁵³¹ Helms, Jesse: „Amend the ABM Treaty? No, Scrap it!“, in: Wall Street Journal, 22.01.1999: <http://www.clw.org/pub/clw/coalition/helm0199.html>

⁵³² vergl.: Kubbig u.a., a.a.O., S. 14f.

⁵³³ vergl.: Brief des Sicherheitsberaters Berger an Senator Carl Levin: <http://levin.senate.gov/newsroom/release.cfm?id=210488>

3 Stimmen. Die Gesetzesvorlage erhielt den Namen nach den Initiatoren, den Senatoren Cochran und Inouye.⁵³⁴

Der Kompromiss, der mit der Administration ausgehandelt worden war, war ein Zusatz, der dem Orginaltext folgte: „It is the policy of the United States to deploy as soon as it is technologically possible an effective National Missile Defense System against limited ballistic missile attack (wether accidental, unauthorized, or deliberate) with funding subject to the annual authorization of appropriations and the annual appropriation of funds for National Missile Defense“.⁵³⁵

Die zweite Ergänzung lautete: “It is the policy of the United States to seek continued negotiated reductions in Russian nuclear forces.”⁵³⁶ Die Entscheidung im Repräsentantenhaus folgte am 18. März 1999. In dieser Version fehlte der Passus hinsichtlich der technologischen Machbarkeit. Mit 317 zu 105 Stimmen war das Ergebnis zwar enger, aber eindeutig, womit das Gesetz angenommen wurde.

Die Abstimmungen im Senat und im Repräsentantenhaus stellten ein Novum dar. Denn zum ersten Mal sprach sich eine überparteiliche Mehrheit in den beiden Kammern des Kongresses für die Aufstellung eines territorialen Raketenabwehrsystems aus. Am 22. Juli 1999 unterzeichnete Präsident Bill Clinton das „Public Law 106-38“ mit dem Titel „National Missile Defense Act of 1999“.⁵³⁷ Mit der Unterzeichnung des Gesetzes musste Bill Clinton von seiner bisherigen Raketenabwehrpolitik abrücken und das Thema nationale Raketenabwehr wurde beschleunigt.

Einen Tag nachdem Bill Clinton das Gesetz unterzeichnet hatte, erläuterte er es in einer Presseerklärung. Man habe festgestellt, dass es eine wachsende Gefahr durch Schurkenstaaten, die Interkontinentalraketen entwickeln und stationieren könnten, gebe: „My Administration is committed to addressing the growing danger that rouge nations may develop a field long-range missiles capable of delivering weapons of mass destruction against the United States and our allies.”⁵³⁸

Bill Clinton betonte, es sei noch keine Entscheidung über eine Stationierung einer Raketenabwehr gefallen. Es liege vielmehr in der

⁵³⁴ vergl.: The Cochran-Inouye Missile Defense Act of 1999, 106th Congress, 1st Session: <http://thomas.loc.gov>

⁵³⁵ siehe: ebd.

⁵³⁶ siehe: ebd.

⁵³⁷ vergl.: Public Law 106-38, 22. Juli 1999: <http://thomas.loc.gov>

⁵³⁸ siehe: Statement by the President, 23. Juli 1999: <http://thomas.loc.gov>

Entscheidungsgewalt der Administration, eine derartige Entscheidung zu treffen: „By specifying that any NMD deployment must be subject to the authorization and appropriations process, the legislation makes clear that no decision on deployment has been made. This interpretation, which is confirmed by the legislative record taken as a whole, is also required to avoid any possible impairment of my constitutional authorities.”⁵³⁹

Die geplante Raketenabwehr sei eine Defensivwaffe und berühre die Rüstungskontrollpolitik mit Russland. Die Raketenabwehrpolitik müsse in Abstimmung mit Rüstungskontrolle und Proliferation stehen: „...our missile defense policy must take into account our arms control and nuclear nonproliferation objectivities.“⁵⁴⁰ Das Ziel einer Raketenabwehr sei nicht die Abwehr von russischen Interkontinentalraketen. Trotzdem könne die Raketenabwehr Auswirkungen auf die strategischen Beziehungen zu Russland haben: „In making our determination, we will also review progress in achieving our arms control objectivities, including negotiation any amendments to the ABM treaty that may be required to accommodate a possible NMD deployment.”⁵⁴¹

Die Entscheidung über den Aufbau einer Raketenabwehr verlegte die Administration auf das nächste Jahr. Als Grund für den Termin führte der Präsident die vier bereits erwähnten Kriterien an, von denen die Entscheidung abhängig sein würde: „Next year, we will, for the first time, determine whether to deploy a limited National Missile Defense, when we review the results of flight tests and other developmental efforts, consider cost estimates, and evaluate the threat. Any NMD system we deploy must be operationally effective, cost-effective, and enhance our security.”⁵⁴²

Die republikanischen Forderungen nach einem unmittelbaren Dislozierungsbeschluss und nach einer einseitigen Kündigung des ABM-Vertrages erfüllten sich mit dem Gesetzesbeschluss nicht. Die Administration hatte ihre BMD-Politik zwar geändert, sie ließ sich aber gleichzeitig mehrere Optionen für eine Dislozierung eines landesweiten Raketenabwehrschirms offen. Die von der Regierung formulierten, zu erfüllenden Kriterien boten einen weiten Interpretationsspielraum, um sich gegen einen Dislozierungsbeschluss zu entscheiden:

⁵³⁹ siehe: ebd.

⁵⁴⁰ siehe: ebd.

⁵⁴¹ siehe: ebd.

⁵⁴² siehe: ebd.

1. Die entstehenden Kosten für die Erforschung, Entwicklung und Dislozierung waren noch nicht abzusehen. Das landesweite Raketenabwehrsystem hätte mit dem Argument „zu teuer“ nicht weiter vorangetrieben werden können.
2. An der technologischen Machbarkeit sind bereits die BMD-Projekte der Reagan und Bush-Administrationen gescheitert. Gegner einer landesweiten Raketenabwehr betonten, es sei praktisch unmöglich, einen funktionstüchtigen Raketenschirm zu entwickeln.
3. Durch den Rumsfeld-Report und den nordkoreanischen Raketentest wurde in dem Jahr 1998 ein Bedrohungsszenario entwickelt, welches ein landesweites Raketenabwehrsystem sinnvoll erscheinen ließ. Auch die Analyse des Geheimdienstberichtes von 1999 (National Intelligence Estimate, NIE) kam zu ähnlichen Schlüssen. Dennoch gab es Bedrohungsanalysen nicht-staatlicher Organisationen, die diese Schlussfolgerungen nicht teilten.
4. Die Folgen für die Rüstungskontrolle waren noch nicht abzusehen. Entgegen der von der Administration zunächst in Aussicht gestellten Option der einseitigen Kündigung des ABM-Vertrages erwähnte Bill Clinton lediglich die Möglichkeit einer Angleichung des Rüstungskontrollvertrages. Außerdem sollte ein neuerlicher Rüstungswettlauf vermieden werden. Damit machte der Präsident die Entscheidung von der russischen Reaktion abhängig.

Durch die Terminierung einer weiteren Entscheidung auf das nächste Jahr verzögerte der Präsident den Entscheidungsprozess.

1. Gesicherte Erkenntnisse über die vier Kriterien waren innerhalb des genannten Zeitraumes nicht zu erwarten. Diese galten jedoch als Voraussetzung für weitere Entscheidungen.
2. Der genannte Termin fiel in die „heiße Phase“ des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes. Ob das Thema Raketenabwehr Wahlkampfthema werden würde, blieb abzuwarten. Bill Clinton befand sich in seiner zweiten Legislaturperiode und konnte nicht wiedergewählt werden. Die weitere Vorgehensweise überließ er seinem Nachfolger.

Obwohl die Dislozierung einer nationalen Raketenabwehr noch beschlossen werden musste, schreitete die Ausarbeitung an einer möglichen Systemarchitektur voran. Im März 1999 wurden konkrete Pläne bekannt gegeben, wie das zukünftige NMD-System aussehen könnte. Ab 2005 sollten in Alaska bis

zu 100 Abfangflugkörper disloziert werden, die alle 50 US-Bundesstaaten vor Raketenangriffen durch zwei Dutzend Sprengköpfe schützen sollten. Die geplante Systemarchitektur basierte auf einem Netz von fünf bereits bestehenden Frühwarnstationen, neu zu errichtender X-Band-Bodenradarstationen sowie Aufklärungs- und Leitsatelliten. Eine Rakete, die beim Start Richtung auf die USA einschlägt, würde von den Frühwarnradarstationen beim Start erfasst, von den Sensoren des Satelliten geortet und im Weltraum von einem wuchtigen Aufprall eines Abfangflugkörpers zerstört. In weiteren Ausbauphasen sollte die Zahl der Abfangflugkörper erhöht und eine weitere Abschussbasis in Nord Dakota errichtet werden.⁵⁴³

3.3.3. Die Forcierung der Raketenabwehr-Pläne der Bush-Administration

Der schnellstmögliche Aufbau eines Raketenabwehrschirmes war das zentrale sicherheitspolitische Wahlversprechen George W. Bushs während des Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2000. Darüber hinaus forderte er unilaterale Schritte im Bereich der Rüstungsbegrenzung. Er sprach sich für eine Reduzierung der strategischen Offensivarsenale aus und kündigte ein neues nuklearstrategisches Konzept an.⁵⁴⁴

Nach der Inauguration der neuen Administration Anfang 2001 wurde die Verwirklichung des neuen Verteidigungskonzeptes mit oberster 202

rüstungstechnologischer und militärischer Priorität vorangetrieben. Auf der Münchener Konferenz zur Sicherheitspolitik im Februar 2001 erläuterte der neue Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in seinem Vortrag über die transatlantische Sicherheitspolitik die BMD-Politik der neuen Administration. Er ließ keinen Zweifel an der Entschlossenheit der Bush-Administration, eine Raketenabwehr aufbauen zu wollen: „No U.S. President can responsibly say that his defence policy is calculated and designed to leave the American people undefended against threats that are known to exist. And they are there, the threats. Let there be no doubt: a system of defense need not to be perfect; but the

⁵⁴³ vergl.: Thrän215

ert, a.a.O., S. 6ff.; zur NMD-Systemarchitektur und deren strategischen Implikationen vergl.: Lindsay; O'Hanlon: Defending America, a.a.O. S. 29ff.; Union of Concerned Scientists: US National and Theater Ballistic Missile Defense Programs:

<http://www.ucsusa.org/security/fact.NMDTMDoverview.html>

⁵⁴⁴ vergl.: The Republican Platform 2000. Renewing Americas Purpose. Together.:

<http://www.rnc.org/2000/2000platform8>; George W. Bush: New Leadership on National Security. Washington D.C., 23. Mai 2000: <http://www.hsfk.de/abm/election/bush23-5.html>

American people must not be left completely defenseless. It is not so much a technical question as a matter of the President's constitutional responsibility. Indeed, it is, in many respects, as Dr. Kissinger has said, a moral issue. Therefore, the United States intends to develop and deploy a missile defense designed to defend our people and forces against a limited ballistic missile attack, and it is prepared to assist friends and allies threatened by missile attack to deploy such defenses. These systems will be a threat to no one... They should be of concern to no one, save those who would threaten others."⁵⁴⁵

Die von der Vorgängeradministration aufgestellten Kriterien, die erfüllt werden sollten, bevor über eine Dislozierung entschieden würde, wurden von der Bush-Administration nicht mehr beachtet. Die Systemarchitektur wurde nicht von technologischen Zielmarken eingeschränkt. Erfolgreiche Tests sollten in Zukunft die Fortführung des Projektes nicht gefährden. Die Fortschritte des Rüstungsvorhabens wurde nicht durch klare und damit überprüfbare Standards definiert. Die Fähigkeiten einer zukünftigen Raketenabwehr orientierten sich vielmehr an den bisher erreichten technologischen Fortschritten. Selbst eine eingeschränkt funktionierende Raketenabwehr würde disloziert werden, denn das sei die verfassungsmäßige Verantwortung des Präsidenten gegenüber der Bevölkerung.

Die Beurteilung der Bedrohungslage war von der alten und der neuen Administration ebenfalls unterschiedlich. Für die Bush-Administration war nicht das Kriterium der Wahrscheinlichkeit eines Raketenangriffs für die Entscheidung des Aufbaus einer Raketenabwehr ausschlaggebend. Die Tatsache der Existenz von Raketentechnologien in den Händen von potentiellen Feinden reichte als Begründung für die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen: „Terror weapons don't need to be fired. They just need to be in the hands of people who would threaten their use. And it alters behavior. We know that. And we know from history that weakness is provocative. That it entices people into adventures they would otherwise avoid."⁵⁴⁶

Die strategische Zielsetzung einer zukünftigen BMD-Architektur war ebenfalls eine neue. Nicht nur das amerikanische Territorium, auch das der Alliierten sollte geschützt werden. Dadurch sollte das Entstehen von Zonen unterschiedlicher Sicherheit vermieden werden. Daher stellte Rumsfeld den

⁵⁴⁵ siehe Rumsfeld, Donald: Vortrag Donald Rumsfelds am 3. Februar 2001 auf der Münchener Konferenz über transatlantische Sicherheitspolitik; <http://www.defenselink.mil/speeches/2001/s20010203-secdef.html>;

⁵⁴⁶ siehe: ebd.

Verbündeten die Hilfe bei dem Aufbau eigener territorialer Raketenabwehrsysteme in Aussicht. Gleichzeitig versuchte der Verteidigungsminister die Akzeptanz der amerikanischen Pläne bei den Teilnehmern der Sicherheitskonferenz zu erhöhen, indem er versicherte, es werde keinen amerikanischen nationalen Alleingang geben. Es gebe gemeinsame Sicherheitsinteressen und die Verbündeten würden ausreichend konsultiert werden: „And let me be clear to our friends here in Europe: we will consult you. The United States has no interest in deploying defenses that would separate us from our allies. Indeed we share similar threats. The U.S. has every interest in seeing that our friends and allies, as well as deployed forces, are defended from attack and are not vulnerable to threat or blackmail. Far from being a decisive issue, we see this as a new opportunity for a collective approach to enhancing security for us all.”⁵⁴⁷

Die zentrale Aussage des amerikanischen Verteidigungsministers auf der Münchener Sicherheitskonferenz lautete demnach „Die Raketenabwehr kommt“. In seiner Rede vor der National Defense University am 1. Mai 2001 konkretisierte Präsident Bush die amerikanischen Pläne der Raketenabwehr und stellte verschiedene mögliche Optionen einer unmittelbaren und zukünftigen BMD-Architektur in Aussicht: „Several months ago, I asked Secretary of Defense Rumsfeld to examine all available technologies and basing modes for effective missile defenses that could protect the United States, our deployed forces, our friends and our allies. The Secretary has explored a number of complementary and innovative approaches. The Secretary has identified near-term options that could allow us to deploy an initial capability against limited threats. In some cases, we can draw on already established technologies that might involve land-based and sea-based capabilities to intercept missiles in the mid-course or after they re-enter the atmosphere. We also recognize the substantial advantages of intercepting missiles early in their flight, especially in the boost phase. The preliminary work has produced some promising options for advanced sensors and interceptors that may provide this capability. If based at sea or an aircraft, such approaches could provide limited, but effective, defenses. We have more work to do to determine the final form the defenses might take. We will explore

⁵⁴⁷ siehe: ebd.

all these options further. We recognize the technological difficulties we face and we look forward to the challenge.”⁵⁴⁸

Die Bush-Administration formulierte das Ziel, Raketenabwehrsysteme zu entwickeln und zu stationieren, die einen umfassenden Schutz auch einer größeren Anzahl angreifender Raketen bieten würden. Dabei soll es sich um mehrschichtige Raketenabwehrgürtel handeln, basierend auf land-, see- und luftgestützten Elementen. Da dieses Ziel zunächst nicht erreicht werden kann, will man auf die bereits bestehenden Technologien zurückgreifen und technisch mögliche Abwehrsysteme dislozieren. Wenn die Technologien soweit entwickelt sind, dass eine umfassende Raketenabwehr funktionstüchtig ist, wird diese auch disloziert.

Nachdem George W. Bush im Wahlkampf eine Startphasen-Raketenabwehr (boost-phase) angekündigt hatte, musste er nach seinem Amtsantritt einsehen, dass die Funktionsfähigkeit derartiger Systeme noch nicht gegeben war. In der nächsten Zukunft wären Raketenabwehrsysteme denkbar und möglich, die auf den Clinton-Plänen basierten: Eine limitierte Abwehr zum Schutz des amerikanischen Territoriums gegen eine begrenzte Anzahl angreifender Interkontinentalraketen. Erweiterte Raketenabwehrsysteme würden erst in der fernen Zukunft einsatzfähig sein.

Der Leiter der Ballistic Missile Defense Organisation (BMDO)⁵⁴⁹ General Kadish gab die BMD-Zielsetzung bekannt. Über das Forschungs- und Entwicklungs (F&E)- Programm sagte er: „...this is an approach to achieve as rapidly as possible from a developmental point of view what we want, and that is a multi-layer, multi-facted – that means land, sea and air – basing approaches to overcoming the missile defense problem...the multi-layered system gives us a real potential to have two basic things: multiple engagements and multiple shots.”⁵⁵⁰ Eine derartige funktionstüchtige BMD-Architektur würde es den Vereinigten Staaten ermöglichen, alle auf der Welt gezündeten Raketen zu vernichten. Es würde sich um eine umfassende Defensivwaffe handeln, die nicht nur gegen eine begrenzte Anzahl feindlicher Raketen gegen „Schurkenstaaten“ einsetzbar wäre, sondern auch gegen eine größere Anzahl russischer oder

⁵⁴⁸ siehe: Bush, George W.: Remarks by the President to Students and Faculty at National Defense University, Washington D.C. am 01. Mai 2001: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/05/20010501-10.html>

⁵⁴⁹ Die BMDO wurde im Laufe des Jahres 2002 im Zuge der Neustrukturierung der BMD-Programme (s.u.) in Missile Defense Agency (MDA) umbenannt.

⁵⁵⁰ siehe: Special DoD Briefing on Missile Defense Program and Testing, 13. Juli 2001: http://www.defenslink.mil/news/Jul2001/t07142001_t0713mda.html

chinesischer Raketen. Zukunftsweisende Technologien wie Laserwaffen würden die Effektivität einer Raketenabwehr steigern, weshalb auch an bisher futuristisch anmutenden Waffen geforscht wird.

Beim Frühjahrstreffen der NATO informierte Verteidigungsminister Rumsfeld in Brüssel die Verbündeten über die amerikanischen Pläne.⁵⁵¹ Ziel der Regierung sei es, eine „gestaffelte Verteidigung“ gegen eine relativ kleine Anzahl ballistischer Raketen in ihren unterschiedlichen Flugphasen zu errichten. Gleichzeitig verdeutlichte er, es sei noch viel zu früh, über die Gesamtarchitektur eines künftigen Raketenabwehrsystems Entscheidungen zu treffen. Die Vereinigten Staaten wollten ein breites Spektrum technischer Möglichkeiten erproben. Sie hätten die Absicht, bereits getestete Bestandteile des Systems vorläufig einzusetzen, um eine „rudimentäre Verteidigung“ gegen neu entstehende Bedrohungen zu gewährleisten. Allein Tests würden zu einem gesicherten Wissen führen. Die neuen Technologien würden sich über einen längeren Zeitraum entwickeln. Rumsfeld versicherte zwar, es sei das Ziel, eine limitierte Raketenabwehr gegen eine handvoll Waffen zu errichten. Diese Aussage traf der Verteidigungsminister, da es den Amerikanern bisher nicht möglich war, eine leistungsfähigere Raketenabwehr zu stationieren. Denn gleichzeitig betonte er, die USA würden die Effektivität jedweder stationierten Raketenabwehr ständig verbessern.

Am 10. Juli 2001 kündigte die amerikanische Administration den Beginn des Baus eines Testgeländes zur Erprobung landgestützter Abwehrsysteme in Alaska an. Das Verteidigungsministerium beantragte beim Kongress Mittel für die Errichtung einer Anlage, die bis zum Jahr 2004 in die Kommandozentrale für einen ersten „rudimentären Raketenschild“ umgewandelt werden könnte. Zusätzlich könnten ab 2004 ein knappes Dutzend Abfangraketen disloziert werden.⁵⁵² Präsident Bush kündigte am 11. Juli 2001 die Beschleunigung der Erprobung der Raketenabwehr an. Im August sollte mit dem Bau des Testgeländes in Alaska begonnen werden. Außerdem kündigte er den Beginn von umfassenden Testprogrammen nicht nur landgestützter, sondern auch luft- und seegestützter Technologien an, darunter Radaranlagen und Laserwaffen. Ein amerikanischer Regierungssprecher gab bekannt, in den folgenden vierzehn

⁵⁵¹ vergl.: Rumsfeld, Donald: Donald Rumsfeld am 07. Juni 2001: <http://www.nato.int/docu/speech/2001/s010607c.htm>; vergl.: „Rumsfeld wirbt für Raketenabwehr“, in: FAZ, 08.06.2001

⁵⁵² vergl.: „Bericht über Bau von Testgelände für Raketenabwehr“, in: FAZ, 11.07.2001; „USA planen in Alaska Raketen-Testzentrum“, in: SZ, 11.07.2001; „Konkretisierte Pläne zur US-Raketenabwehr“, in: NZZ, 13.07.2001

Monaten seien siebzehn Tests von land- und seegestützten Abwehrwaffen geplant.⁵⁵³ Die angekündigten Testserien verstießen gegen die Bestimmungen des ABM-Vertrages, da Artikel 5 das Testen von ABM-Komponenten, die see-, luft-, weltraumgestützt oder landmobil sind, verbot.⁵⁵⁴ Die Beschleunigung der Erforschung ließen das amerikanische Ziel erkennen, den ABM-Vertrag zu kündigen. Der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz musste in einer Anhörung vor dem Senat zugeben, dass die Testserien vertragswidrig seien.⁵⁵⁵

In der Nukleardoktrin (Nuclear Posture Review, NPR) vom Januar 2002 wurde der offizielle „Fahrplan“ der Bush-Administration bekanntgegeben. In einer ersten Stufe zwischen 2003 und 2008 sollten luft-, land- und seegestützte Systeme die Vereinigten Staaten vor einer geringen Anzahl Lang- und Mittelstreckenraketen schützen können. In einer zweiten Stufe sollten die vorhandenen Systeme verbessert und ergänzt sowie neue Systeme entwickelt werden. In Zusammenhang mit zusätzlichen neuen Satellitensystemen sollte ein umfangreicher Schutz ermöglicht werden.⁵⁵⁶

Am 14. Juli 2001 wurde der insgesamt vierte Test zur Erprobung einer Abfangwaffe für ballistische Raketen erfolgreich durchgeführt. Nach einem zweifelhaften ersten und zwei fehlgeschlagenen nachfolgenden Tests gelang es, eine von dem kalifornischen Militärstützpunkt Vandenberg abgefeuerte Interkontinentalrakete des Typs „Minuteman II“ durch das „hit-to-kill“ Prinzip zu zerstören: Die von den Marshall-Inseln im Pazifik gestarteten Abfangrakete fing die Interkontinentalrakete bei hoher Geschwindigkeit mehr als zwanzig Kilometer über dem Meer im Flug ab und vernichtete diese.⁵⁵⁷ Das „kill vehicle“ löste sich von der Trägerrakete, unterschied mit Hilfe von Infrarotsensoren zwischen einem entgegenkommenden ungeladenen Sprengkopf und einer zusätzlich eingesetzten Attrappe und fand schließlich sein Ziel. Die dreistufige Interkontinentalrakete trug die Attrappe eines nuklearen Sprengkopfes auf eine ballistische Bahn. Zusätzlich führte sie einen Ballon, der als Täuschungskörper die Raketenabwehr verwirren sollte.

⁵⁵³ vergl.: „Bericht über Bau von Testgelände für Raketenabwehr“, in: FAZ, 11.07.2001

⁵⁵⁴ vergl.: ABM-Vertrag, Artikel V, a.a.O.

⁵⁵⁵ vergl.: „Bush will Projekt der Raketenabwehr beschleunigen“, in: FAZ, 13.07.2001

⁵⁵⁶ vergl.: Nuclear Posture Review, (Excerpts), Submitted to the Congress on 31 December 2001:

<http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm>

⁵⁵⁷ vergl.: „Auftrieb für Bushs Raketenabwehrpläne nach erfolgreichem Test einer Abfangwaffe“, in: FAZ, 16.07.2001; „Zweifel an einem zweifelhaften Konzept“ in: SZ, 16.07.2001; Missile Defense Agency: Pressemitteilung, 14. Juli 2001: Missile Intercept Test successful: <http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/newsrel.html>

Der Start der Abfangrakete wurde von Beobachtungssatelliten wahrgenommen und an das „Space Defense Center“ der amerikanischen Luftwaffe in Colorado Springs gemeldet. Dort wurde die Raketenbahn verfolgt und eine Flugbahn für die Sprengkopfatrappe berechnet. Im Gegensatz zur Trägerrakete verfügte dieser nicht über einen eigenen Antrieb, so dass nach der Trennung von der Trägerrakete der Kurs nicht mehr geändert werden konnte.

Nachdem der Kurs berechnet wurde, suchte eine andere Luftwaffeneinheit auf dem 7.700 Kilometer von Kalifornien entfernten Kwajalein-Atoll im Zentralpazifik mit einer starken Radaranlage nach der anfliegenden Sprengkopfatrappe. 21 Minuten nach dem Start der Minuteman-Rakete erfasste das Radar die Attrappe und bestätigte den vorberechneten Kurs. Danach wurde eine in einem unterirdischen Bunker auf Kuwajalein untergebrachte zweistufige Abwehrrakete gestartet. Dessen zweite Stufe war das „kill vehicle“. Der 54 kg schwere Zerstörungskörper wurde von der ersten Raketenstufe auf einen Kollisionskurs mit dem anfliegenden Sprengkörper gebracht. Das „kill vehicle“ war mit einem eigenen Antrieb, Kontroll- und Infrarotsensoren ausgestattet. Das ermöglichte es dem „kill vehicle“ zwischen der Sprengkopfatrappe und dem Täuschungskörper zu unterscheiden. Während der letzten Flugphase konnte das „kill vehicle“ den Kurs so korrigieren, dass ein Zusammenstoß mit der Sprengkopfatrappe erfolgte. Die Kollision ereignete sich neun Minuten nach dem Start der Abwehrrakete. Das „kill vehicle“ und die Sprengkopfatrappe stießen mit einer Geschwindigkeit von 7,2 km/s zusammen. Durch die Wucht des Aufpralls wurden beide Flugkörper zerstört.⁵⁵⁸

Der erste Test im Oktober 1999 war nachhaltig „manipuliert“ worden: Die Techniker hatten einen Lenkstrahl aus einem weltraumgestützten Satellitensystem benutzt, um den Erfolg herbeizuführen. Die im Jahr 2000 durchgeführten Tests waren ein Misserfolg, da entweder die Kühlanlage des „kill vehicles“ versagte oder das „kill vehicle“ sich wegen einer defekten Mechanik nicht von der Trägerrakete löste.⁵⁵⁹

Sowohl von der Regierung als auch von BMDO-Leiter Kadish wurde der vierte Test als ein voller Erfolg gewertet. Kadish betonte, die Einzelheiten der Testergebnisse würden erst in einigen Wochen danach feststehen. Trotz des Erfolges sei es noch ein weiter Weg bis zur Stationierung eines funktionierenden

⁵⁵⁸ vergl.: Missile Intercept Test successful, 14. Juli 2001

⁵⁵⁹ vergl.: ebd.

Abwehrsystems. Das sei erst der erste von einer langen Serie von Tests gewesen.⁵⁶⁰

Für Bush kam der erfolgreiche Test zu einem günstigen Zeitpunkt. Ein Sprecher des Weißen Hauses hatte versucht, die Bedeutung des hundert Millionen Dollar teuren Tests herunterzuspielen. Dennoch war das Ergebnis ein Schlüsselereignis im innenpolitischen Konflikt der Administration mit der demokratischen Mehrheit im Senat. Bush hatte bereits vorab für das Verteidigungsbudget des Fiskaljahres 2002 eine Erhöhung der Mittel für die Raketenabwehr um sechzig Prozent auf acht Milliarden Dollar beantragt. Ein erneuter Fehlschlag wäre für die Pläne der Administration eine herbe Niederlage gewesen und hätte die angestrebte Beschleunigung des MD-Programms verzögert.

Die technische Erfolgsmeldung ließ das Pentagon interpretieren, man habe den Beweis erbracht, dass es möglich sei, eine Kugel mit einer Kugel zu treffen. Ein Abwehrschild gegen ballistische Raketen sei folglich möglich. Der vierte Test war jedoch nur bedingt aussagekräftig, da der Zerstörungskörper mit den Daten über Form, Helligkeit und weiteren physischen Eigenschaften des Sprengkopfes und des Täuschungskörpers programmiert war. Das System „wusste“, wonach es suchen sollte. Im Falle eines tatsächlichen Angriffes würden derartige Informationen nicht zur Verfügung stehen. Außerdem wurde der Test mit der Attrappe eines nuklearen Sprengkopfes durchgeführt. Aufgrund der technischen Beschaffenheit bietet dieser ein relativ großes Ziel. Biologische oder chemische Kampfstoffe können leicht auf viele hundert kleine Sprengköpfe verteilt werden. Wenn diese während der Flugphase der Trägerrakete freigesetzt werden, ist es fast unmöglich, alle Sprengköpfe mittels der „hit-to-kill“-Technik abzuschießen, da zu viele Abfangraketen und „kill vehicles“ notwendig wären. Außerdem wäre es ausreichend, wenn nur einer der mehreren hundert Sprengköpfe nicht zerstört würde, um einen größtmöglichen Schaden anzurichten.

Im Oktober 2001 verschob der amerikanische Präsident Bush zunächst drei für den Herbst geplante Tests.⁵⁶¹ Die Erprobung seegestützter Radaranlagen zur Verfolgung der Flugbahn von Transport- und Abfangraketen hätten eindeutig gegen die Bestimmungen des ABM-Vertrages verstoßen. Bush und der russische Präsident Putin wollten im November über eine kombinierte Verringerung der

⁵⁶⁰ vergl.: MDA, 15. Juli 2001: Special Briefing Following IFT- 6 Successfull Flight: <http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/newsrel.html>

⁵⁶¹ vergl.: „Bush verschiebt Tests für Raketenabwehr“, in: FAZ, 27.10.2001

Zahl strategischer Atomwaffen und eine Lockerung des ABM-Vertrages verhandeln. Bush wollte daher zu diesem Zeitpunkt einen Disput mit dem russischen Präsidenten vermeiden und einen Anreiz für eine Verständigung schaffen.

Am 03. Dezember 2001 und am 15. März 2002 folgten die Tests Nummer fünf und sechs. Der fünfte Tests musste zunächst wegen schlechten Wetters neu terminiert werden.⁵⁶² Abermals war es das Ziel, einen Sprengkopf von einem Täuschungskörper zu unterscheiden. Die Prozedur ähnelte der des vierten durchgeführten Tests. Bei dem am 15. März 2002 durchgeführten Test gelang es, zwischen einer Sprengkopfatrappe und drei Täuschungskörpern die Sprengkopfatrappe herauszufinden und zu zerstören.⁵⁶³

Nach dem Inkrafttreten der Kündigung des ABM-Vertrages im Sommer 2002 konnte die amerikanische Regierung damit beginnen, Systeme zu testen, die durch den Vertrag bisher eindeutig verboten waren. Die Missile Defense Agency (MDA) kündigte im April 2002 die Erprobung von seegestützten Radarsystemen zur Verfolgung von feindlichen Raketen sowie zur Verfolgung von Flugbahnen von Abfangraketen an.⁵⁶⁴ Getestet wurden seither komplette Systeme, wie beispielsweise das PATRIOT-System, aber auch einzelne Raketentechnologien wie Antriebssysteme für Abfangraketen. Nachdem die ersten manipulierten Tests von der Öffentlichkeit hämisch verfolgt worden sind, ist die Testchronologie seit 2002 in der europäischen Fachpresse wenig berücksichtigt worden. Die MDA charakterisiert die meisten ihrer Versuche als „erfolgreich“.⁵⁶⁵ Ungeachtet der tatsächlichen Aussagekraft der wissenschaftlich-technologischen Werte der einzelnen Versuche beweist die Beharrlichkeit, mit der das Testprogramm verfolgt wird, die Umsetzung der von Bush propagierten BMD-Politik: Die Raketenabwehrforschung wird vorangetrieben und auch durch einzelne anfängliche Misserfolge nicht in Frage gestellt.

Nicht nur die konventionelle „hit-to-kill“-Methode kommt für die Zerstörung von Sprengköpfen in Betracht. Das amerikanische Verteidigungsministerium dachte auch über Möglichkeiten nach, die kill vehicle mit atomaren Sprengköpfen auszustatten. Am 11. April 2002 wurde bekannt, dass Verteidigungsminister Rumsfeld eine Studie in Auftrag gegeben hat, alternative

⁵⁶² vergl.: „Schlechtes Wetter verzögert fünften Raketentest“, in: FAZ, 03.12.2001

⁵⁶³ vergl.: „Raketenabwehr-Test ein „voller Erfolg““, in: FAZ, 05.12.2001; „Neuer Test für Raketenabwehrsystem“, in: FAZ, 15.03.2002; „USA testen erfolgreich Raketenabwehr“, in: SZ, 18.03.2002

⁵⁶⁴ vergl.: ebd.

⁵⁶⁵ vergl.: <http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/newsrel.html>

Optionen wie die Benutzung von Atomsprengköpfen auf Abfangraketen zu untersuchen.⁵⁶⁶ Bereits in den fünfziger und sechziger Jahren wurde mit nuklearen Abfangwaffen experimentiert, und in den siebziger Jahren wurden solche zur Unterstützung eines rudimentären Abwehrsystems stationiert. Aus politischen und technischen Gründen wurde das Projekt jedoch aufgegeben.⁵⁶⁷

Der Vorteil einer solchen Möglichkeit bestünde darin, mehrere Sprengköpfe und Täuschungskörper auch nach deren Verlassen der Trägerrakete zerstören zu können. Die Problematik atomarer Sprengköpfe als Abfangwaffen besteht in den negativen Auswirkungen von radioaktiven Wolken und elektromagnetischen Schockwellen in der Atmosphäre. Wissenschaftler und Kritiker der amerikanischen Raketenabwehrpläne hatten bereits vor Bekanntgabe des Auftrags der Studie befürchtet, die USA könnten erneut an einer atomaren Option für die Raketenabwehr denken.⁵⁶⁸

Im April 2002 bestätigte Kadish die Überprüfung der nuklearen Option im Rahmen der Planungen für einen Raketenabwehrschild.⁵⁶⁹ Es sei jedoch nicht an eine Wiederaufnahme des Safeguard-Systems gedacht, welches Mitte der siebziger Jahre gebaut worden war. Außerdem plane man zunächst mit den konventionellen Optionen. Kadish beantwortete somit nicht die Frage, wie eine nukleare Option aussehen könnte.

In einem Interview äußerte sich der Direktor der MDA zuversichtlich, dass auf dem Militärstützpunkt Fort Greely in Alaska bis zu dem Herbst 2004 ein vorläufiges Raketenabwehrsystem aufgebaut werden könnte. Das System der ersten Stationierungsphase solle auf dem „hit-to-kill“-Prinzip beruhen. Man habe in den Tests gute Fortschritte gemacht, so dass auf dem Stützpunkt insgesamt fünf Abfangvorrichtungen stationiert werden sollen. Der Bau des Testgeländes hatte bereits 2001 begonnen, durch den ABM-Vertrag waren weitere Ausbaustufen zunächst behindert worden. Wenn die entsprechende Technik disloziert sei, könne Fort Greely nicht nur zu Testzwecken, sondern auch zur Verteidigung der Vereinigten Staaten vor Raketenangriffen genutzt werden. Ein langfristiges Konzept zur Raketenabwehr gebe es noch nicht, wie Kadish in dem Interview betonte. Man wolle auf die Ergebnisse weiterer Studien warten, um die

⁵⁶⁶ vergl.: „Raketenabwehr mit Atombomben?“, in: FAZ, 12.04.2002

⁵⁶⁷ vergl.: Kap. 2.2.1.

⁵⁶⁸ vergl.: „Ehrgeizige Raketenabwehr“, in: FAZ, 22.08.2001

⁵⁶⁹ vergl.: „Washington sieht gute Fortschritte beim Aufbau der Raketenabwehr“, in: FAZ, 16.04.2002

Ergebnisse in die Haushaltsplanungen für das Fiskaljahr 2004 berücksichtigen zu können.⁵⁷⁰

Mit der Suche nach potentiellen Partnern wurde im Sommer 2002 die nächste Phase zum Aufbau einer weltweiten Raketenabwehr eingeläutet. Die weltweite Aufstellung von landgestützten Radarsystemen war durch den ABM-Vertrag untersagt worden. Für eine funktionstüchtige Raketenabwehr sind ein umfassendes Radarnetz und Abschussbasen für Abfangraketen notwendig. Daher begannen die USA im Sommer 2002 damit, Partnerländer zu ermitteln, in denen Radaranlagen und Abfangraketen stationiert werden könnten. Geplant wurden Gespräche mit Regierungen und Vertretern aus der Wirtschaft.⁵⁷¹

Denkbar ist, in der Türkei ein Frühwarnradarsystem zum Schutz vor Raketenangriffen aus dem Nahen Osten und der Golfregion zu dislozieren. Ein Land in Zentraleuropa ist als Standort für Abfangraketen möglich, auch mehrere Standorte in mehreren europäischen Ländern sind denkbar. Die hochentwickelte seegestützte Radartechnologie Großbritanniens ist für die amerikanischen Raketenabwehrplaner ebenfalls äußerst interessant. Seegestützte Radartechnologie ermöglicht es, Radar- und Abfangsysteme nah an den Ländern Asiens und der Golfregion zu stationieren, aus denen Angriffe drohen könnten.

Die geplanten Gespräche verzögerten sich jedoch aufgrund der Differenzen Europas und Amerikas in der Irak-Politik. An eine technologische Zusammenarbeit war im Sommer 2002 nicht zu denken. Die Gespräche werden folgen, nachdem sich die Beziehungen wieder entspannt haben, da die Vereinigten Staaten auf die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern gezwungen sind, wenn sie ein weltweites Raketenabwehrsystem installieren wollen.

Die Neuausrichtung der BMD-Politik unter dem Präsidenten Bush wurde nicht nur in der strategischen Zielvorgabe, sondern auch in dem Budgetplan der Administration deutlich. Um die BMD-Forschungen voranzutreiben, beantragte die Bush-Regierung für das Fiskaljahr 2002 8,3 Mrd. Dollar für die geplanten Raketenabwehrsysteme. Das waren 57 Prozent mehr, als die Clinton-Administration in dem Jahr 2000 für die Abwehr gefordert hatte. Der geforderte Zuwachs stellte die Steigerungsraten aller anderen Militärausgaben in den Schatten. Die Haushaltsplanung sah

⁵⁷⁰ vergl.: ebd.

⁵⁷¹ vergl.: „Washington sucht Partner für Raketenabwehr“, in: FAZ, 01.07.2002; „USA werben in Europa für Raketenabwehr“, in: SZ, 01.07.2002

1. die Förderung der bereits vorhandenen Forschung und Entwicklung (F&E) bereits existierender Abwehrprogramme;
2. die Ausweitung der Testprogramme;
3. die Stationierung der ersten MD-Programme ab dem Jahr 2004

vor.⁵⁷²

Die Vereinigten Staaten hatten seit den fünfziger Jahren insgesamt 148 Mrd. Dollar für Raketenabwehrprogramme ausgegeben. Davon waren allein 71,5 Mrd. Dollar für Raketenabwehrprojekte seit den SDI-Plänen der Reagan-Administration investiert worden. Unter den republikanischen Präsidenten wurden mehr Gelder angefordert, als in den Projekten schließlich verbraucht worden ist. George Bush forderte für das GPALS (Global Protection Against Limited Strikes)-Programm wesentlich höhere Investitionen als der nachfolgende demokratische Präsident Clinton.⁵⁷³

Die F&E Ausgaben sanken Mitte der neunziger Jahre mit der Umorientierung der BMD-Politik. Clinton konzentrierte die Raketenabwehrforschung auf weniger kostenintensive TMD-Projekte. Dennoch wurden unter Präsident Clinton durchschnittlich 3,6 Mrd. Dollar jährlich für das Budget der BMDO bereitgestellt. Nachdem die Pläne für ein territoriales Raketenabwehrsystem wieder aufgenommen wurden, sind die Kosten für die geplante NMD-Stellung in Alaska inklusive 20 Abfangflugkörper auf 26 Mrd. Dollar geschätzt worden. Außerdem wurden für die Entwicklung und Beschaffung neuer Satelliten Ausgaben von 14 Mrd. Dollar berechnet. Die Betriebs- und Unterhaltskosten für eine derartige Station betragen 2 bis 4 Mrd. Dollar jährlich. Die weiteren Ausbaustufen der NMD-Architektur, die unter Clinton bekannt wurden, wurden vom Congressional Budget Office (CBO) mit 30 Mrd. für die erste, für die dritte 50 Mrd., für weitere 150 Mrd. Dollar veranschlagt.⁵⁷⁴

⁵⁷² vergl.: Michaelsen, Björn; Neuneck, Götz: Die US-Ausgaben für Raketenabwehr: Einst und jetzt, in: Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 34, Frühjahr 2002, Frankfurt a.M. 2002

⁵⁷³ vergl.: ebd.

⁵⁷⁴ vergl.: Young, Stephen: Pushing the Limits: The Decision on National Missile Defense, Coalition to Reduce Nuclear Dangers, Council for a Livable World Education Fund, Washington, April 2000: <http://www.clw.org/coalition/libbmd.htm>

Insgesamt steigerten sich die Ausgaben für die Raketenabwehr von 4,7 Mrd. Dollar im Haushaltsjahr 2001 auf 8,3 Mrd. Dollar im Haushaltsjahr 2002. Für das Jahr 2003 sind für den nationalen Verteidigungsetat 396,1 Mrd. Dollar veranschlagt worden. Für das Missile Defense-Projekt sollen 7,8 Mrd. Dollar aufgewendet werden. Der Kongress wollte zunächst erheblich weniger Aufwendungen bewilligen, doch durch den inneramerikanischen Konsens nach den Terroranschlägen des 11. September wurden der Administration nur geringe Kürzungen auf die ursprünglichen 8,3 Mrd. Dollar auferlegt. In den folgenden Jahren kann die Summe auf 11,1 Mrd. Dollar steigen. In dieser Budgetplanung sind nicht die Projekte der Luftwaffe (Space Based Infrared System High, SBIRS-H) mit 814 Mio. Dollar, Patriot mit 817 Mio. Dollar und weitere TMD-Projekte mit 300 Mio. Dollar enthalten.⁵⁷⁵

Die tatsächlichen Kosten für eine funktionstüchtige MD-Architektur können nur geschätzt werden. Zuverlässige Aussagen über tatsächliche Gesamtkosten gibt es nicht. Die Schätzungen von verschiedenen Instituten und Fachzeitschriften können einen Überblick über die finanziellen Dimensionen liefern. Das „Council for a Livable World Education Fund“ schätzte die Kosten für eine MD-Architektur unter Präsident Bush auf 273 Mrd. Dollar. Die Zahl ergibt sich aus den Angaben des Congressional Budget Office von 1996. Dieser hatte die Gesamtkosten des Baus, der Stationierung und des Betriebes einer mehrschichtigen Raketenabwehr zwischen 1996 und 2030 auf 184 Mrd. Dollar beziffert. Die darin nicht enthaltenen Programme PAC-3 (Patriot Advanced Capability) und THAAD (Theater High-Altitude Area Defense) wurden von der Zeitschrift *Defense Weekly* im April 2001 auf 45,9 Mrd. Dollar geschätzt. Die ebenfalls nicht aufgeführten seegestützten MD-Elemente veranschlagte eine Studie des „Council for a Livable World Education Found“ zwischen 37 und 43 Mrd. Dollar. Die daraus ergebende Gesamtsumme beträgt zwischen 160,9 und 272,9 Mrd. Dollar.⁵⁷⁶

Zusammenfassend kann das neue BMD-Konzept der Bush-Administration durch folgende fünf Punkte charakterisiert werden:

1. Globales System inklusive See- und Weltraumelementen;
2. Einbeziehung von Alliierten und Freunden;

⁵⁷⁵ vergl.: Kadish, Roland: FY03 Defense Budget, 17. April 2002:
<http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/>

⁵⁷⁶ vergl.: Michaelsen; Neuneck, a.a.O.

3. Mehrschichtensystem;
4. verstärkte Forschung, Entwicklung und Tests;
5. Aufbau einer ersten Stufe ab dem Jahr 2004.

Die Programmelemente der geplanten Raketenabwehr wurden nicht mehr in TMD- und NMD-Systeme aufgeteilt. Die Haushaltsmittel für die Raketenabwehrforschung mussten infolgedessen umgeschichtet werden, was zu einer neuen Zuordnung von Projekten in neue Programmgruppen und zur Umschichtung der Posten von Navy nach MDA-Haushalten führte.

Einzelne Projekte wurden umbenannt und in neue Kategorien übertragen. Nicht mehr Einzelprojekte wurden finanziert, sondern neue Programmgruppen, denen das jeweilige System zugeordnet wurde.⁵⁷⁷ Die detaillierte Aufschlüsselung der Neugruppierung der Programmelemente ist schwierig. Der Verbleib einiger Systemelemente ist nicht mehr zu entschlüsseln, da völlig neue Projekte unter neuem Namen geschaffen wurden.

Des Weiteren wurde die Erforschung und Entwicklung einiger Systemelemente, wie Airforce SBL (Space Based Laser) und SBIRS (Space Based Infrared System) nicht mehr über das Air Force-Budget, sondern über die MDA finanziert. Andererseits sind die Programmelemente MEADS, PAC-3 und Navy Area Theater aus dem MDA-Budget ausgegliedert und fortan durch den Navy-Haushalt finanziert worden. Die Ausgliederung und Umschichtung der Finanzierung wurde unter anderem damit begründet, die Projekte hätten einen gewissen Grad an Einsatzfähigkeit erreicht und könnten durch die Navy finanziert und eingesetzt werden. Außerdem kamen Ausgaben für PATRIOT auch MEADS zugute, da MEADS zum Teil PATRIOT-Technologie nutzt.⁵⁷⁸

3.3.4. Raketenabwehr als Teil des neuen amerikanischen Strategiekonzeptes: Absicherung des amerikanischen Überlegenheitsstrebens

Die Raketenabwehr ist ein Teil einer neuen umfassenden amerikanischen Verteidigungskonzeption. Der NPR vom Dezember 2001 und der Abrüstungsvertrag mit Russland (Strategic Offensive Reductions Treaty, SORT) vom Mai 2002 zementieren die nukleare Überlegenheit der amerikanischen

⁵⁷⁷ vergl.: MDA: Fact Sheet. Ballistic Missile Defense Fiscal Year 2002 Budget, März 2002: <http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/>

⁵⁷⁸ vergl.: MDA: Fact Sheet, März 2002, a.a.O.; Michaelsen; Neuneck, a.a.O.

strategischen Offensivwaffen.⁵⁷⁹ Die Kündigung des ABM-Vertrages beseitigte erstens wesentliche formalvertragliche Hindernisse für die USA, um die Raketenabwehrforschung vorantreiben zu können. Zweitens bedeutete dieser unilaterale Schritt einen tiefen Einschnitt in jahrzehntelange verfolgter Rüstungskontrolle.

Unter Präsident Bush verfolgen die USA das Ziel der absoluten Überlegenheit. Das Ziel ist es, ein so großes militärisches Machtdifferenzial zu allen übrigen Mächten aufrechterhalten, dass der Versuch eines militärischen Wettbewerbs von vornherein aussichtslos erschien. Die Nationale Sicherheitsstrategie (National Security Strategy, NSS), die Präsident Bush am 20. September 2002 dem Kongress vorlegte, enthielt tiefgreifende strategische Neuerungen.⁵⁸⁰ Bereits in seiner Grundsatzrede am 01. Juni 2002 vor der Militärakademie in West Point hatte Bush die neuen sicherheitspolitischen Leitprinzipien angekündigt.⁵⁸¹ Demnach beanspruchen die Vereinigten Staaten das Recht, auf der Grundlage einer nationalen Entscheidung an jedem Punkt der Erde zu intervenieren.

Mit der Inanspruchnahme auf ein globales Interventionsrecht werden die strategischen Interessen anderer beeinträchtigt. MD spielt in diesen Überlegungen eine zentrale Rolle. Damit andere Staaten keinen Schaden anrichten können, muss Amerika Raketenangriffe auf das eigene Territorium abwehren können. Um politisch nicht erpressbar zu werden, müssen auch die Verbündeten vor derartigen Attacken geschützt werden.

Die neue amerikanische Verteidigungskonzeption, manifestiert in dem NPR und in der NSS, berücksichtigt daher Gefahrenpotentiale aus „Schurkenstaaten“, aber auch aus Nuklearmächten wie Russland und China. Besonders die Kündigung des ABM-Vertrags und der Abrüstungsvertrag verbessern die strategische Position der USA gegenüber den letztgenannten Staaten.⁵⁸² Die Strategie der Präemption ist die Antwort der USA auf die wahrgenommenen Bedrohungen aus „Schurkenstaaten“.

⁵⁷⁹ vergl.: Nuclear Posture Review, a.a.O.; Text of the Strategic Offensive Reduction Treaty vom 24. Mai 2002: <http://www.fas.org/nuke/control/sort/>

⁵⁸⁰ vergl.: The National Security Strategy of the United States of America, September 2002: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>; Printausgabe in: Internationale Politik, Nr. 12, 2002, S. 113; Die NSS vom September 2002 wurde bekannt unter den Namen „Bush-Doktrin“ und unter dem in der NSS verwendeten Begriff „preemption“ sowie der deutschen Übersetzung „Strategie der Präemption“. Die Strategie wird hier im folgenden zitiert als NSS 2002.

⁵⁸¹ vergl.: Bush, George W.: Remarks by the President at 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy West Point, New York am 01. Juni 2002:

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>

⁵⁸² vergl.: s.u.

Das neue strategische Konzept ist durch die Verknüpfung des offensiven und defensiven Teils definiert. Erstens ist davon militärstrategisch und rüstungskontrollpolitisch die künftige Gestaltung des Verhältnisses von Abschreckung und Verteidigung betroffen, sowie zweitens die Anpassung der amerikanisch-russischen Beziehungen an die neuen internationalen Bedingungen. Die Sicherheitspolitik der Bush-Administration bedeutete den Abschied von der bisherigen Struktur des internationalen Systems von drei Jahrzehnten amerikanischer Rüstungskontrollpolitik, welche geholfen hatte, das Risiko nuklearer Waffen und deren Einsatz in einem atomaren Krieg zu verhindern. Mit der Neuausrichtung der Politik befindet sich die alte nukleare und rüstungskontrollpolitische Ordnung in fortgeschrittener Auflösung.

Mit der neuen Nuklearstrategie und der Raketenabwehr strebt Amerika nach militärischer unipolarer Dominanz. Das Überlegenheitsstreben drückt sich in der Erweiterung des Spektrums militärischer Optionen bei gleichzeitiger Befreiung von militärischen Restriktionen aus. Letztere hindern die USA daran, auf Veränderungen in einer dynamischen Umwelt flexibel zu reagieren.

Im Januar 2001 erschien der von dem National Institute for Public Policy herausgegebene Bericht „Rationale and Requirements for U.S. Nuclear Forces and Arms Control“.⁵⁸³ Der Bericht galt als ein Leitfaden des Ende 2001 erwarteten Strategic Review. Das grundlegende Argument des Rationale and Requirements for U.S. Nuclear Forces and Arms Control lautete, traditionelle vertragliche Rüstungskontrolle, welche die wechselseitige Vernichtungsfähigkeit perpetuiere, habe die folgenden grundsätzlichen Folgen: Sie stehe

1. der Verbesserung der politischen Beziehungen zu Russland entgegen und sie führe
2. zu einer Selbstbindung der Vereinigten Staaten in einer Situation, in der die künftige strategische Umwelt schwer vorherzusagen sei und die Vereinigten Staaten großer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit bedürfen.

⁵⁸³ vergl.: National Institute for Public Policy: Rationale and Requirements for U.S. Nuclear Forces and Arms Control, Januar 2001: <http://www.nipp.org/Adobe/volume%201%20complete.pdf>

Für die Administration wurde empfohlen:

1. der Übergang zu unilateralen Schritten;
2. eine Reduzierung der stationierten Nuklearwaffen nach einer umfassenden Strategieüberprüfung;
3. Veränderungen im nuklearen Dispositiv, insbesondere eine Verringerung des Bereitschaftsgrades;
4. Schritte zur Erhöhung der Transparenz und wechselseitigen Vorhersehbarkeit der Nuklearwaffen und Raketenabwehrpolitik;
5. die Rekonstitutionsfähigkeit der Nuklearstreitkräfte im Fall einer sich verändernden internationalen Konstellation.⁵⁸⁴

In seiner Rede am 1. Mai 2001 gab Bush die neue Stoßrichtung der amerikanischen Sicherheitspolitik bekannt und verband in seiner Argumentation Abrüstung und Raketenabwehr: „We need new concepts of deterrence that rely on both offensive and defensive forces. Deterrence can no longer be based solely on the threat of nuclear retaliation. Defenses can strengthen deterrence by reducing the incentive for proliferation. We need a new framework that allows us to build missile defenses to counter the different threats of today`s world... this new framework must encourage still further cuts in nuclear weapons. Nuclear weapons still have a vital role to play in our security and that of our allies. We can and will change the size, the composition, the character of our nuclear forces in a way that reflects the reality that the Cold War is over. I am committed to achieving a credible deterrent with the lowest possible number of nuclear weapons consistent with our security needs, including our obligations to our allies.“⁵⁸⁵

Das neue strategische Kräfteverhältnis mit Russland sollte neu reguliert und der im Kalten Krieg geschaffene Zustand der mutual assured destruction überwunden werden. Die Neudefinition des Zusammenwirkens von offensiven Kernwaffen und defensiven Raketenabwehrsystemen ist Ausdruck des neuen amerikanischen Unilateralismus, der vertragliche Rüstungskontrolle als überholt und hinderlich für Lösungen künftiger Sicherheitsprobleme betrachtet. Nukleare Abrüstung sollte zu amerikanischen Bedingungen stattfinden und militärische Optionen vermehren.

⁵⁸⁴ vergl.: ebd; Rudolf, Peter: Amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush, a.a.O.

⁵⁸⁵ siehe: Rede von George W. Bush vor der National Defense University am 1.Mai 2001, a.a.O.

Entsprechend seiner Ankündigung, die defensiven Elemente der Sicherheitspolitik stärken zu wollen, kündigte der amerikanische Präsident auf einer Pressekonferenz am 13. Dezember 2001 in Washington den ABM-Vertrag von 1972.⁵⁸⁶ Dieser unilaterale Schritt war vertragskompatibel und sah eine Kündigungsfrist von sechs Monaten vor, die der Präsident einzuhalten versprach: "Each party shall, in exercising its national sovereignty, have the right to withdraw from this treaty if it decides that extraordinary events related to the subject matter this treaty have jeopardized its supreme interests. It shall give notice of its decision to the other party six month prior to withdraw from the treaty. Such notice shall include a statement of the extraordinary events the notifying party regards as having jeopardized its supreme interests."⁵⁸⁷

Bush begründete die Kündigung des Vertrages: "I have concluded the ABM treaty hinders our government's ability to develop ways to protect our people from future terrorist or rough states missile attacks."⁵⁸⁸ Das sicherheitspolitische Umfeld habe sich geändert. Der Vertrag sei mit einer Nation geschlossen worden, die nicht mehr existiere. Bedrohung entstehe nicht mehr durch die Feindseligkeit der Vertragsparteien, sondern durch Terroristen und Schurkenstaaten, die Massenvernichtungswaffen ohne Vorwarnung einsetzen würden. Amerika müsse die Freiheit und die Flexibilität haben, effektive Abwehrmittel gegen diese Bedrohungen zu entwickeln. Er, so Bush, könne und werde es nicht zulassen, dass die Vereinigten Staaten in einem Vertrag blieben, der sie daran hindere, eine wirkungsvolle Verteidigung zu entwickeln.

Die Vertragskündigung geschah demnach aus zwei Gründen:

1. Der Vertrag war für die weitere Entwicklung des Raketenabwehrsystems hinderlich.
2. Die Administration strebte eine neue strategische Beziehung an, die nicht mehr auf den Prinzipien des Vertrages der gegenseitigen Zerstörung beruhte.

Bush sagte in der Pressekonferenz, es gebe ein neues, hoffnungsvolleres und konstruktives Verhältnis mit Russland, in welchem das alte strategische

⁵⁸⁶ vergl.: Bush, George W.: Remarks by the President on National Missile Defense am 13. Dezember 2001: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/12/20011213-4.html>; „Das Ende des Kalten Krieges“, in: FAZ, 14.12.2001

⁵⁸⁷ siehe: ABM-Vertrag, Artikel XV 2, a.a.O.

⁵⁸⁸ siehe: Pressemitteilung Weißes Haus, 13.12.2001:

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/12/20011213-4.html>

Konzept der gegenseitigen gesicherten Zerstörung durch eine Politik der gegenseitigen Kooperation abgelöst worden sei. Er stimme mit Präsident Putin darin überein, dass die Entscheidung, den Vertrag zu kündigen in keiner Weise das neue beiderseitige Verhältnis oder die russische Sicherheit untergraben werde. Für seine geplante Moskau-Reise stellte er einen formalen Weg in Aussicht, um die neue strategische Partnerschaft auszudrücken, die die Amtszeit der Staatsoberhäupter lange überdauern werde.

Mit diesem Schritt entledigte sich die amerikanische Administration der vertraglichen Hindernisse, die der weiteren Entwicklung eines Raketenabwehrsystems entgegenstanden. Bereits die NMD-Systemarchitektur seines Vorgängers war mit den Vertragsbestimmungen in Konflikt geraten. Denn die geplante Raketenabwehr von Präsident Clinton sah die Verteidigung des gesamten US-Territoriums einschließlich Hawaiis und Alaskas vor. Artikel 1 des Abkommens verbot jeder Vertragspartei die Stationierung von ABM-Systemen zur Verteidigung des Territoriums des eigenen Landes und die Errichtung von Abschussbasen: „Each party undertakes not to deploy ABM systems for a defense of the territory of its country and not to provide a base for such a defense...“⁵⁸⁹ Die Errichtung einer Abfangstellung mit maximal 100 Interceptoren zur Verteidigung einer individuellen Region war den Vertragspartnern in Artikel 3 erlaubt. Darin wurde verlangt, dass alle 100 ABM-Systeme inklusive Radar nur an einem einzigen Ort („single-site“) innerhalb eines Radius von 150 km auf dem Territorium der Vertragsparteien errichtet werden durften. Damit wurde den beiden Nationen ermöglicht, ein Raketenabwehrsystem zur Verteidigung

1. ihrer Hauptstadt, oder
2. eines ICBM-Silos

zu nutzen. Die Sowjetunion errichtete eine Raketenabwehr zum Schutz der Hauptstadt Moskau. Die Vereinigten Staaten verzichteten nach anfänglichen Überlegungen auf die Dislozierung eines derartigen Systems.

Die Clinton-NMD-Architektur bestand aus multiple-site Systemen, denn es wurde mit vornestationierten Radarsystemen und dem weltraumgestützten SMTS-System (Space Based Missile Tracking System) geplant, die für die Erkennung und Verfolgung der Raketenflugbahn vorgesehen waren.⁵⁹⁰ Zahl und

⁵⁸⁹ siehe: ABM-Vertrag, Artikel I 2, a.a.O.

⁵⁹⁰ vergl.: Neueneck; Schaaf: Die Systemarchitektur, a.a.O.

Art des erlaubten Radars wurden in dem Abkommen definiert (Artikel 3). Die geplante Kapazitätssteigerung des Frühwarnradars und die Stationierung von ABM-Radars in anderen Ländern waren ebenso verboten wie die Nutzung des Weltraums für die Raketenabwehr.

Die weiterführenden Pläne der Bush-Administration gerieten nicht nur mit den bisher genannten Artikeln des Vertrages in Konflikt, sondern auch mit zahlreichen weiteren. Artikel 5 verbot die Entwicklung, das Testen und die Stationierung von see-, luft-, weltraum- und mobilen landgestützten Systemen: „Each party undertakes not to develop, test, or deploy ABM systems or components which are sea-based, air-based, space-based, or mobile land-based.“⁵⁹¹ Die MD-Pläne beruhten jedoch auf see-, luft-, weltraum- und mobilen landgestützten Systemen.

Artikel 6 begrenzte die Aufstellung von Radaranlagen an der Grenze des eigenen Territoriums. Eine Verbesserung des Frühwarnradars war zwar erlaubt, nicht jedoch die Stationierung eines neuen Radars außerhalb der Vereinigten Staaten: „..each party undertakes not to deploy in the future radars for early warning of strategic ballistic missile attack except at locations along the periphery of its national territory and oriented outward.“⁵⁹² Die Schaffung eines globalen weltraumgestützten Netzes von Frühwarn- und Bahnverfolgungssatelliten (SBRIS Low) sowie der Einsatz von Laserwaffen war nicht ABM-kompatibel, da es sich um weltraumgestützte Systeme handelt.

Die Kündigung des ABM-Vertrags war der eine Pfeiler der angestrebten neuen strategischen Ordnung. Der andere war der SORT-Vertrag mit Russland vom Mai 2002. In dem START I-Abkommen von 1991 wurde eine Reduzierung der amerikanischen und russischen strategischen Nuklearpotentiale von über 10.000 auf zirka 6.000 Sprengköpfe erreicht. Der START II-Vertrag wurde 1993 unterschrieben, trat jedoch niemals in Kraft. Darin war eine weitere Verminderung auf 3.000-3.500 Sprengköpfe bis zu dem Jahr 2007 vorgesehen.⁵⁹³ Die auf dem amerikanisch-russischen Gipfel auf der amerikanischen Ranch in Crawford angekündigte und im NPR vorgeschlagene Reduzierung beinhaltete

⁵⁹¹ siehe: ABM-Vertrag, Artikel V, 1, a.a.O.

⁵⁹² siehe: ABM-Vertrag, Artikel VI, b, a.a.O.

⁵⁹³ vergl.: Shannon, Kile: Nuclear arms control, non-proliferation and ballistic missile defence, in: SIPRI Yearbook 2003, S. 600ff.

eine Verminderung der operativ einsetzbaren strategischen Kernwaffen um ein Drittel bis zu dem Jahr 2012.⁵⁹⁴

Bereits 1997 war zwischen den damaligen Staatsoberhäuptern Clinton und Jelzin der Rahmen für ein START III-Abkommen verabredet worden. Darin konnte man sich auf die Reduzierung auf 2.000-2.500 anrechenbare Gefechtsköpfe einigen. Damit befanden sich die von Bush und Putin ausgehandelten Zahlen auf dem gleichen Niveau wie die von 1997. Eine neue „Zählweise“ kann sogar zu einer höheren Gesamtzahl der dislozierten Sprengköpfe als die im START III-Abkommen avisierte Höchstgrenze führen. Denn die Vereinigten Staaten wollten in Abweichung von bisher üblichen Zählregeln nicht die Waffensysteme anrechnen, die sich

- in Reparatur, oder
- in Inspektion

befinden. Insbesondere zählen die amerikanischen Trident U-Boote dazu, die die Masse des nuklearstrategischen Potentials tragen und von denen in der Regel nur zwei Drittel der Flotte im Einsatz sind.⁵⁹⁵

Der russische Präsident Putin hatte im November die Initiative ergriffen und eine beiderseitige Verminderung der Offensivwaffen auf jeweils weniger als 1.500 Sprengköpfe vorgeschlagen. Der Vorschlag muss vor dem Hintergrund interpretiert werden, dass Russland keine andere Möglichkeit hat, sein Nuklearwaffenarsenal zu verringern, da es finanziell nicht mehr in der Lage war, die veralteten Systeme zu erneuern. Am 11. August beschloss daher der russische Sicherheitsrat, die veralteten Raketen und den Status der Raketenstreitkräfte mit dem Ziel einer Reduzierung der Zahl der strategischen Nukleargefechtsköpfe auf insgesamt 1.000 bis 1500 zu überprüfen.⁵⁹⁶ Russland ist nicht in der Lage, die nuklearen Streitkräfte zu modernisieren und einsatzfähig zu halten, daher ist es auf die kooperative Rüstungskontrolle mit Amerika angewiesen. Für Russland bestand somit ein objektiver Zwang zu einer erneuten kooperativen Abrüstungsrunde.

⁵⁹⁴ vergl.: „Bush und Putin einig über atomare Abrüstung“, in: FAZ, 12.05.2002; „Abrüstungsvertrag unterzeichnet. Bush: Ein hoffnungsvoller Tag für die ganze Welt“, in: FAZ, 25.05.2002

⁵⁹⁵ vergl.: „Vertrag von drei Seiten“, in: FAZ, 13.05.2002; „Vertrag mit Schlupflöchern“, in: FAZ, 23.05.2003

⁵⁹⁶ vergl.: „Tiefe Schnitte sind ohne Risiken möglich“, in: FAZ, 24.07.2001

Amerikanische liberale Wissenschaftler plädierten ebenfalls für eine Absenkung der Höchstgrenze auf rund 1.000 Sprengköpfe.⁵⁹⁷ Gleichzeitig sollten die Ziele, auf die die Atomarsenale beider Seiten gerichtet sind, vermindert werden. In dem Single Integrated Operation Plan (SIOP) sind diese definiert. Der Plan ist zwar eines der bestgehütetsten Geheimdokumente der USA, trotzdem sind aus „verlässlicher Quelle“ die Zahl der im SIOP festgelegten Ziele bekannt.⁵⁹⁸ Danach liegen rund 2.000 Ziele in Russland, 300 bis 400 in China und 100 bis 200 in anderen Ländern. Zwar betonte Bush in der Vergangenheit immer wieder, Russland sei nicht mehr der Feind der vereinigten Staaten. Die Veröffentlichung des geheimen Teils des NPR belegten, dass die Ziele in Russland und China nicht geändert werden.

Am 23. Mai 2002 unterzeichneten der amerikanische Präsident Bush und das russische Staatsoberhaupt Putin in Moskau den neuen Abrüstungsvertrag. Bereits auf dem Gipfel in Crawford hatte Bush unilaterale Abrüstungsschritte angekündigt, woraufhin der russische Staatsgast ebenfalls mit der Ankündigung der Abrüstung des nuklearen Arsenal in ähnlicher Höhe reagierte. Trotz dieser Abrüstungsinitiative blieben zwei zentrale Unklarheiten zu klären.

1. Handschlag oder Unterschrift: Der amerikanische Präsident Bush bevorzugte eine für die konventionelle Abrüstungsverhandlungen ungewöhnliche und neue Verhandlungsdiplo-matie. Anstelle von einem neuen auszuhandelnden Abrüstungsvertrag bevorzugte Bush „das Wort des russischen Präsidenten“. Putin hingegen forderte einen Abrüstungsvertrag.
2. Zukunft der Sprengköpfe: Obwohl der amerikanische Präsident auf dem Crawford-Gipfel zunächst von einer Verringerung und Zerstörung der abzurüstenden Sprengköpfe sprach, präzisierte die Sicherheitsberaterin Rice wenig später die Äußerungen des Präsidenten. Man wolle eine Anzahl davon zerstören und einen Rest deaktiviert aufbewahren. Putin zeigte einen kühleren Kopf und bekräftigte, das Schicksal jener Sprengköpfe würde noch Gegenstand von Verhandlungen sein.⁵⁹⁹

Bereits auf der ersten gemeinsamen Pressekonferenz in Washington hatte Bush erklärt, er habe Putin ins Auge geschaut und dort soviel Vertrauenswürdig-

⁵⁹⁷ so die Union of Concerned Scientists: <http://www.ucsusa.org>

⁵⁹⁸ vergl.: Schwarz, Klaus: Amerikas Mission, in: SWP-Aktuell, Nr. 38, Oktober 2002

⁵⁹⁹ vergl.: „Ein Handschlag genügt nicht“, in: FAZ, 17.11.2001

keit gesehen, dass er keine endlosen Verhandlungen über Nukleararsenale für nötig halte. Wenig später räumte Bush ein, er habe nichts dagegen, „etwas auf ein Stück Papier zu schreiben“. Putin war vorsichtiger, indem er sagte: „Wir sind bereit, alle unsere Abmachungen, einschließlich der Fragen der Verifikation und Kontrolle in Vertragsform zu bringen.“⁶⁰⁰ Der Bruch der amerikanischen Administration mit klassischen Rüstungskontrollverhandlungen resultiert aus deren Ansicht, Rüstungskontrollverhandlungen seien ein Relikt des Kalten Krieges. Diese seien zeitraubend und kompliziert. Rüstungskontrollvereinbarungen seien nichts für Freunde, wie Verteidigungsminister Rumsfeld glaubte. Fragen der Rüstung und Abrüstung sollten im Rahmen der neu entstandenen Partnerschaft mit Russland nach Art von Gesprächen über Verteidigungsplanung behandelt werden. Das gewährleiste schnelleren Fortschritt bei der Abrüstung und eine Verbesserung der politischen Beziehungen. Bei einer Anhörung im Verteidigungsausschuss bezeichnete Rumsfeld Rüstungskontrollabkommen mit Russland sogar als obsolet. Die Beziehungen zur Atommacht Russland unterschieden sich kaum mehr von jenen etwa zu Großbritannien. Daher seien Abkommen aus den Zeiten des Kalten Krieges überholt.⁶⁰¹

Die neue Rüstungskontrollverhandlungsstrategie der Bush-Administration beruhte jedoch auf innenpolitischem Kalkül: Die START II und START III-Abrüstungsverträge waren Opfer innenpolitischer Machtkämpfe geworden und zudem mit dem ABM-Vertrag verknüpft gewesen. Mit dem neuen unilateralem Gesprächsansatz erhoffte die Regierung innenpolitischen Differenzen aus dem Weg gehen zu können.

Nach dem Crawford-Gipfel wurden die Außenminister der beiden Länder beauftragt, „schriftliche Vereinbarungen“ bis zu dem nächsten Gipfeltreffen im Mai vorzubereiten. Es folgten eine Reihe von Konsultationen und Verhandlungen zwischen russischen und amerikanischen Delegationen. Ebenso wie auf einen neuen Abrüstungsvertrag bestand die russische Staatsführung auf der Zerstörung der Sprengköpfe.⁶⁰² Gleichzeitig wurden die amerikanischen Pläne im NPR bekräftigt, die meisten Sprengköpfe lediglich zu deaktivieren und einzulagern.

Anfang Februar 2002 wurden bei den Gesprächen zwischen den

⁶⁰⁰ vergl.: ebd.

⁶⁰¹ vergl.: „Rüstungskontrolle überflüssig“, in: FAZ, 27.07.2002; „USA wollen Ende der Rüstungskontrolle“, in: SZ, 27.07.2002

⁶⁰² vergl.: „Moskau will präzise Abrüstungsvereinbarungen“, in: FAZ, 18.06.2002

Unterhändlern der Durchbruch bei den Verhandlungen erzielt. Die Vereinigten Staaten erklärten sich zu einem Abschluss eines rechtlich bindenden Abkommens mit Russland über die Verringerung der strategischen Atomarsenale bereit. Anfang Februar 2002 erklärte Außenminister Powell bei einer Anhörung vor dem auswärtigen Ausschuss des Senats, eine Übereinkunft solle für die nächste Begegnung der Präsidenten Bush und Putin im Mai in Moskau unterschriftsreif gemacht werden.⁶⁰³ Ob es sich um einen Vertrag oder ein informelles Dokument handeln sollte, blieb offen. Powell sagte: „Indem wir diesen Rahmen kodifizieren, erwarten wir, dass es etwas rechtlich Bindendes sein wird. Wir prüfen noch verschiedene Wege, auf denen das geschehen kann. Es kann eine Regierungsvereinbarung sein, zu der sich beide Häuser des Kongresses äußern wollen, oder ein Vertrag.“ Als Begründung für das Einlenken der amerikanischen Administration gab Powell an, die Regierung wolle einen neuen strategischen Rahmen ziehen. Außerdem stimme die persönliche Chemie zwischen Bush und Putin. Ferner gebe es eine ganz dramatische Veränderung im Verhältnis zwischen den beiden Staaten.

Tatsächlich ist das Nachgeben der amerikanischen Verhandlungsposition teil des Kompromisses, der in dem neuen Abkommen gefunden wurde. Die Vereinigten Staaten zeigten sich zu einem rechtlich bindenden Dokument bereit, im Gegenzug verzichteten die russischen Verhandlungspartner auf ihre Maximalforderung nach der Zerstörung aller abzurüstenden Sprengköpfe. Am 13. Mai 2002 gaben Bush und Putin die Einigung über den neuen atomaren Abrüstungsvertrag bekannt, der auf dem Gipfeltreffen in Moskau unterzeichnet werden sollte.⁶⁰⁴ Am 24. Mai wurde dieser von den beiden Staatsoberhäuptern unterschrieben.

Innerhalb eines halben Jahres wurde ein neues Abrüstungsdokument mit einem Umfang von nur drei Seiten ausgehandelt. Damit unterscheidet sich der Vertrag sowohl äußerlich als auch innerlich von den START-Verträgen. Der START I-Vertrag wurde nach zehnjähriger Verhandlungsdauer unterzeichnet und umfasst 700 Seiten. Darin wurde im Detail festgelegt, welche Systeme zu verschrotten seien. In dem neuen Abrüstungsvertrag fehlen Bestimmungen zur Verpflichtung zur Vernichtung der deaktivierten Sprengköpfe. Die Vereinigten Staaten haben angekündigt, einen Teil zu verschrotten, einen Teil einzulagern und

⁶⁰³ vergl.: „Amerika zu Abkommen bereit“, in: FAZ, 07.02.2002

⁶⁰⁴ vergl.: „Bush und Putin einig über atomare Abrüstung“, in: FAZ, 14.05.2002; „Stille in Russland vor dem Gipfeltreffen“, in: NZZ, 16.05.2002

einen dritten Teil für Testzwecke bereitzuhalten. Ähnlich wollen die Russen mit den Sprengköpfen verfahren. Das birgt mehrere Probleme:

1. Es wurde vertraglich nicht bindend festgelegt, die Sprengköpfe zu vernichten. Es gibt zwar mündliche Zusagen, aber keine einklagbaren Bindungen.
2. Die Einlagerung von Sprengköpfen beinhaltet aufgrund mangelhafter russischer Sicherheitsstandards potentielle Risiken. Die Möglichkeit eines Diebstahls von atomarem Material aus russischen Lagerstätten durch Terroristen ist nicht auszuschließen.
3. Die durch die fehlende Definition hervorgebrachte Unverbindlichkeit ist ein schlechtes Beispiel für Drittländer, die den Umstand als einen Vorwand für weitere Aufrüstung nutzen könnten.
4. Darüber hinaus könnte sich die Unverbindlichkeit negativ auf weitere Felder der Rüstungskontrolle auswirken. Es gibt seit 1991 ein Moskauer Versprechen, die taktischen Nuklearwaffen in Europa abzubauen. Russland besitzt nach westlichen Schätzungen zwischen 3.000 und 4.000 operationsfähigen Waffen, die zum Einsatz für das Gefechtsfeld bestimmt sind. Wenn für „große“ strategische Nuklearwaffen nur vage Rahmenabkommen geschlossen werden, warum sollte sich Russland auf konkrete Verträge bei taktischen Nuklearwaffen einlassen.
5. Letztens können durch die fehlende Verpflichtung zur Verschrottung die Sprengköpfe jederzeit wieder auf die Trägersysteme montiert werden. Damit wird der Vertrag den amerikanischen langfristigen strategischen Planungen gerecht, die die Rekonstruktionsfähigkeit der Nuklearstreitkräfte im Fall einer sich verändernden internationalen Konstellation vorsehen. Die Kündigungsklausel des Abkommens trägt dieser Forderung Rechnung.

Des Weiteren fehlen in dem SORT-Vertrag Vereinbarungen zur Verifikation. Es ist nicht festgelegt, wie und wann die russische Duma und der amerikanische Kongress den Vertrag ratifizieren müssen, damit er in Kraft tritt.

Ebenso wenig wurde eine Aussage über die Vorgaben für die künftige Struktur und Verteilung der übrigen Sprengköpfe auf die Trägersysteme getroffen. Dafür wurde eine zwölfseitige Vereinbarung über die Definition der neuen strategischen Beziehungen getroffen. Darüber hinaus sollte eine Beratergruppe zur Fragen der strategischen Sicherheit eingerichtet werden.

In dem Abrüstungsabkommen wurde darauf verzichtet, eine vertragliche Beziehung von defensiven Waffen wie der Raketenabwehr und den strategischen Offensivarsenalen herzustellen. Es war das Ziel der Bush-Administration, die russische Zustimmung zur Raketenabwehr von der Verringerung der offensiven Arsenale schmackhaft zu machen. Die vergleichsweise harmlose Reaktion auf die amerikanische Kündigung des ABM-Vertrages und die Reaktion auf die folgenden BMD-Pläne zeigten das Funktionieren der amerikanischen Verhandlungsstrategie. Dieser „Grand Bargain“ (Großer Handel) wurde jedoch nicht vertraglich festgelegt, sondern blieb der mündliche Teil der Verhandlungen hinter den Kulissen. Außerdem hatte die Bush-Administration in ihrer Raketenabwehrpolitik weiterhin freie Hand und wurde nicht durch vertragliche Beschränkungen an der Weiterentwicklung behindert.

Das Thema Raketenabwehr war Teil der amerikanisch-russischen Gespräche zu dem neuen SORT-Vertrag. Die Amerikaner hatten vorgeschlagen, eine gemeinsame Kommission zu bilden. Wegen russischer Bedenken wurde der Vorschlag jedoch nicht angenommen.⁶⁰⁵ Eine russische Beteiligung an der amerikanischen Raketenabwehr wäre für die Vereinigten Staaten von Vorteil. Für die Amerikaner wäre eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der boost phase-Systeme sinnvoll. Die Systeme erfordern eine Dislozierung der Abwehrraketen möglichst nahe von abgeschossenen Raketen. Daher sind die USA daran interessiert, auf russischem Boden Interceptoren zu dislozieren. Aufgrund der geographischen Nähe zu feindlich gesonnen asiatischen Staaten wäre eine russische Beteiligung auf diesem Gebiet für die Amerikaner wünschenswert. Allerdings würde eine derartige Partnerschaft der amerikanischen Raketenabwehr ermöglichen, die chinesischen Interkontinentalraketen zu neutralisieren. Der asiatische Raum könnte von der Raketenabwehr kontrolliert werden. Dadurch würden die chinesischen Interessen maßgeblich beeinflusst. Russland hatte seine Beziehungen zu China unter Putin wieder verbessert und hatte kein Interesse daran, diese Beziehungen wegen der Raketenabwehr in Frage zu stellen. Vielmehr hatte man eine gemeinsame Resolution unterschrieben, die die amerikanische Raketenabwehrpläne und die Kündigung des ABM-Vertrages verurteilt hatte.⁶⁰⁶

⁶⁰⁵ vergl.: „Abrüstungsvertrag unterzeichnet. Bush: Ein hoffnungsvoller Tag für die ganze Welt“, in: FAZ, 25.05.2002; „Wege aus der Welt der Waffen“, in: SZ, 25.05.2002

⁶⁰⁶ vergl.: „Gelassene Reaktionen in Washington“, in: FAZ, 18.07.2001

Die Vereinigten Staaten sind an einer begrenzten russischen Beteiligung interessiert, nicht aber an einer Beteiligung als gleichberechtigter Partner. Die Veröffentlichung des geheimen Teils des NPR beweist, dass Russland als ein mögliches Ziel eines amerikanischen Nuklearangriffs bestehen bleibt. Russland wird nicht den Stellenwert eines Partners bekommen, wie beispielsweise Westeuropa. Dennoch kann Russland den amerikanischen Interessen nützlich sein. Die Vereinigten Staaten versuchen, diese positiven Features zu nutzen. Daher wird versucht, alles, was die Nutzung behindert, zu beseitigen. Ideologische Gegensätze sind abgeworfen worden. Die kritischen Stimmen zu dem Tschetschenien Konflikt sind seit dem Anti-Terror-Krieg verstummt. Sogar das amerikanische Interesse an russischem Öl ist gestiegen und eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet vorstellbar.

Trotz des SORT-Vertrages bleibt das nukleare Waffenarsenal der USA das zentrale Instrument der Abschreckung, welches auch nach dem Ende des Kalten Krieges ein wesentlicher Baustein amerikanischer Sicherheitspolitik ist. Das Aufrechterhalten eines Kernwaffenarsenals sowie die Reserven für eine eventuelle Wiederaufrüstung des Arsenalen dienen als ein Eckstein amerikanischer Sicherheitspolitik unter der Doktrin der totalen Überlegenheit.⁶⁰⁷ Im Gegensatz zu den Abschreckungstheorien des Kalten Krieges beruht das neue amerikanische Sicherheitskonzept auf der Zementierung der Überlegenheit.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der Präemption ist eine Antwort auf die strategischen Konsequenzen der Terroranschläge des 11. Septembers. Die Anschläge hatten bewiesen, dass die Sicherheit Amerikas durch die nukleare Abschreckung nicht mehr gewährleistet war. Die Vereinigten Staaten sehen sich mit neuen Bedrohungen des Terrorismus konfrontiert. Der Wandel der sicherheitspolitischen Realitäten ist an folgenden Punkten erkennbar:⁶⁰⁸

1. Entwicklung und Verbreitung von Technologien im Netzwerkzeitalter sind Teil der Globalisierung;

⁶⁰⁷ vergl.: Müller, Harald: Defensive Präemption und Raketenabwehr: Unilateralismus als Weltordnungspolitik, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 38, Frühjahr 2003, S. 3; des Weiteren vergl.: Kamp, Karl-Heinz: US-Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, Nr.12, 2002, S. 19; Krause, Joachim; Irlenkauser, Jan; Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, in: APuZ, Nr. 48, 2002, S. 40; Czempiel, Ernst-Otto: Die amerikanische Weltordnung, in: ebd., S. 3; Schwarz, a.a.O.

⁶⁰⁸ vergl.: Schwarz, a.a.O.

2. Nicht starke, sondern schwache Staaten, nichtstaatliche Akteure und asymmetrische Bedrohungen beeinflussen Sicherheitspolitik;
3. Die gewohnte Unterscheidung zwischen äußerer und innerer Sicherheit ist hinfällig;
4. Nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit gewinnen an Bedeutung;
5. Die Terroranschläge des 11. Septembers haben die Trends im globalen Sicherheitssystem auf einen epochalen Punkt zugespitzt.

Seit 1986 sind die Präsidenten der Vereinigten Staaten dazu verpflichtet, dem Kongress jährlich über die sicherheitspolitischen Grundüberzeugungen und Zukunftsplanungen der Administration Rechenschaft abzulegen. Die Veröffentlichungen der entsprechenden Dokumente der Administrationen fanden bisher wenig Beachtung. Die Nationale Sicherheitsstrategie der Präemption, die Präsident Bush am 20. September 2002 dem Kongress vorlegte, ist jedoch von weitreichender Bedeutung. Sie enthält die tiefgreifendste strategische Neuordnung der amerikanischen Sicherheitspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges. Anstelle der Sicherheitsstrategien Abschreckung und Eindämmung sollen fortan militärische Überlegenheit, Präemptions- und Präventivkriege die Sicherheit Amerikas gewährleisten.⁶⁰⁹

Nach Ansicht der Bush-Administration sind die alten Strategien der Abschreckung und der Eindämmung aus der Zeit des Kalten Krieges gegen Terroristen wirkungslos. Die Abschreckungsdoktrin sei bedeutungslos gegen Terroristennetze im Schatten, die weder eine Nation noch Bürger verteidigen. Eine Eindämmung sei nicht möglich, wenn instabile Diktatoren mit Massenvernichtungswaffen diese auf Raketen transportieren können, oder heimlich an ihre terroristischen Verbündeten liefern.⁶¹⁰ Amerika werde nicht mehr durch Staaten bedroht, die auf Eroberung aus seien, sondern von solchen, die versagen: „America is now threatened less by conquering states than we are by failing ones. We are menaced less by fleets and armies than by catastrophic technologies in the hands of the embittered few.“⁶¹¹

⁶⁰⁹ zur deutschen öffentlichen Reaktion auf die NSS 2002 vergl.: „Defensive Intervention“, in: FAZ, 19.06.2002; „Bush verabschiedet alte Konzepte der Außenpolitik“, in: FAZ, 21.09.2002; „Freiheit und Gerechtigkeit für alle“, in: FAZ, 23.09.2002; „Die Bush-Doktrin“, in: FAZ, 26.09.2002; „Hymne für die Freistung Amerika“, in: Die Zeit, 26.09.2002; „Ein Moralist im Weißen Haus“, in: SZ, 28.09.2002

⁶¹⁰ vergl.: Bush, George W.: Remarks by the President vom 01. Juni 2002, a.a.O.

⁶¹¹ siehe: NSS 2002, a.a.O.

In dem Strategiepapier heißt es zur neuen Qualität der Sicherheitssituation und zur Effektivität von Abschreckung: „Given the goals of rough states and terrorists, the United States can no longer solely rely on a reactive posture as we have in the past. The inability to deter a potential attacker, the immediacy of today's threats, and the magnitude of potential harm that could be caused by our adversaries' choice of weapons, do not permit that option...Deterrence was an effective defense. But deterrence based only upon the threat of retaliation is less likely to work against leaders of rough states more willing to take risks, gambling with the lives of their people and the wealth of their nations. In the Cold War, weapons of mass destruction were considered weapons of last resort whose use risked the destruction of those who used them. Today our enemies see weapons of mass destruction as weapons of choice. For rough states these weapons are tools of intimidation and military aggression against their neighbors. These weapons may also allow these states to attempt to blackmail the United States and our allies to prevent us from deterring or repelling the aggressive behavior of rough states. Such states also see these weapons as their best means of overcoming the conventional superiority of the United States. Traditional concepts of deterrence will not work against a terrorist enemy whose avowed tactics are want on destruction and the targeting of innocents; whose so called soldiers seek martyrdom in death and whose most potent protection is statelessness. The overlap between states that sponsor terror and those that pursue WMD compels us to action.”⁶¹²

Die Theorie der Abschreckung erlangte zur Zeit des Kalten Krieges ihre größte Bedeutung. Sie avancierte zur tragenden Kriegsverhütungsstrategie zwischen den Supermächten und den von ihnen dominierten Bündnissen NATO und Warschauer Pakt.⁶¹³ Das Ziel der Abschreckungstheorie verband sich mit dem politischen Willen der Supermächte, den feindlich gesinnten Kontrahenten mittels Androhung militärischer Maßnahmen von einem Angriff abzuhalten. Die Grundüberzeugung der Theorie lautete, der selbstzerstörerische Nuklearkrieg könne am wirksamsten durch eine rational kalkulierte Drohpolitik verhindert werden. Die Logik der Abschreckungstheorie basierte auf zwei Prämissen:

⁶¹² siehe: ebd.

⁶¹³ zur Abschreckungstheorie im Folgenden vergl.: Nielebock, Thomas; Wetzler, Rainer: Militärstrategie, in: Nohlen, a.a.O., S. 292ff.

1. Die politischen Akteure handeln nach den rationalen Gesichtspunkten Nutzenmaximierung und -optimierung.
2. Die gegnerischen Entscheidungen sind zwar mit letzter Sicherheit nicht prognostizierbar. Über die dem Gegner zur Verfügung stehenden Optionen und dessen Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage besteht jedoch Klarheit.

Eine erfolgreiche Abschreckungspolitik setzt sowohl konfligierende als auch gemeinsame Interessen, die Möglichkeit zur Kommunikation über Drohungen und die Fähigkeit dem Gegner vitale Schäden zuzufügen, voraus. Abschreckungssysteme konstituieren folglich interdependente Entscheidungsprozesse, deren Ziel nicht die rationale Anwendung von Gewaltmittel ist, sondern die rationale Manipulation des Gegners durch Drohungen.

Durch den Wandel der sicherheitspolitischen Realitäten wird die Logik der Abschreckung überholt, denn die Grundprämissen haben sich geändert. Während des Kalten Krieges bestimmte das rationale Verhalten der Supermächte das Gleichgewicht des Schreckens. Abschreckung wirkt in Konflikten mit „Schurkenstaaten“ weniger zuverlässig, denn diese politischen Akteure handeln weniger rational und sind risikobereiter als die politischen Akteure der Supermächte.

Nach Ansicht der amerikanischen Administration neigen die Führer von Schurkenstaaten dazu, Massenvernichtungswaffen als "Waffen der Wahl“ und nicht mehr als „Waffen für den schlimmsten Fall“ zu betrachten. Keine Abschreckung funktioniere gegen das Martyrium suchende Terroristen, und gegen Führer von Schurkenstaaten funktioniere sie weniger wahrscheinlich. Damit sind die Entscheidungen der Gegner nicht mehr prognostizierbar. Des Weiteren fehlt ein Gleichgewicht der Interessen, welches im Abschreckungsverhältnis zwischen den Supermächten bestand.⁶¹⁴ Regionalmächte streben nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen, um die Vereinigten Staaten in einem Konfliktfall mit einem höheren Schaden zu bedrohen, als für die USA das Risiko wert wäre.

Gegen die neuen Feinde Amerikas sei man daher auch zu einem Erstschlag bereit: „Wenn wir abwarten, bis sich die Bedrohungen voll entwickeln,

⁶¹⁴ vergl.: Schwarz, a.a.O.

werden wir zu lange gewartet haben. Wir müssen den Kampf zum Feind bringen, seine Pläne durchkreuzen und die schlimmsten Bedrohungen konfrontieren, bevor sie entstehen.“⁶¹⁵ Verteidigungsminister Rumsfeld äußerte Anfang des Jahres 2002: „Verteidigung der USA erfordert Prävention, Selbstverteidigung und manchmal Präemption...die beste und in einigen Fällen einzige Verteidigung ist ein guter Angriff.“⁶¹⁶ Den neuen Gefahren wollen die Vereinigten Staaten folglich mit zwei Maßnahmen begegnen:

1. Gegenproliferation (Counterforce)
2. Prävention bzw. Präemption

Das Konzept der Gegenproliferation wurde 1993 von Präsident Clintons Verteidigungsminister Les Aspins entworfen. Es umfasst ein Bündel von aktiven und passiven Schutzvorkehrungen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Der Aufbau einer Raketenabwehr gehört ebenso dazu wie die Reorganisation der Zivil- und Landesverteidigung.⁶¹⁷ Zu den Counterforce-Maßnahmen heißt es in der NSS 2002: „Proactive counterproliferation efforts: We must deter and defend against the threat before it is unleashed. We must ensure that key capabilities - detection, active and passive defenses, and counterforce capabilities - are integrated in our defense transformation and our homeland security systems. Counterproliferation must also be integrated in the doctrine, training and equipping of our forces and those of our allies to ensure that we can prevail in any conflict with WMD-armed adversaries.“⁶¹⁸

Im Gegensatz zur Clinton-Administration legt das neue Strategiepapier wenig Wert auf die Stärkung der Nichtproliferationspolitik. Das Thema wird zwar ebenfalls angeschnitten, allerdings wird nicht ausgeführt, was das Desinteresse der Bush-Administration an dieser Politik bekundet.

Präemption wird in dem Strategiepapier als adäquate Antwort neben der Counterproliferation genannt. Obwohl die Maßnahmen als Präemption definiert werden, ist aber Prävention gemeint.⁶¹⁹ Die inhaltlichen Unterschiede beider

⁶¹⁵ Zitat aus: „Bush: Amerika ist auch zum „Erstschlag“ gegen die neuen Feinde bereit“, in: FAZ, 02.06.2002; Original: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/>; zur Reaktion siehe: „Amerika bekräftigt Recht auf Präventiv-Schläge“, in: SZ, 03.06.2002

⁶¹⁶ Zitat aus: Schwarz, a.a.O., S. 2

⁶¹⁷ vergl.: Les Aspins: The Bottom Up Review, a.a.O.

⁶¹⁸ siehe: NSS 2002, a.a.O.

⁶¹⁹ vergl.: ebd.

Begriffe werden in dem Strategiepapier verwischt. Eher nebensächlich wird die folgenreiche Präemptionsoption erwähnt: „The United States has long maintained the option of preemptive actions to counter a sufficient threat to our national security. The greater the threat, the greater is the risk of inaction – and the more compelling the case for taking anticipatory action to defend ourselves, even if uncertainty remains as to the time and place of the enemy’s attack. To forestall or prevent such hostile acts by our adversaries, the United States will, if necessary, act preemptively. The United States will not use force in all cases to preempt emerging threats, nor should nations use preemption as a pretext for aggression.”⁶²⁰

Die Bush-Administration bleibt eine klare Unterscheidung zwischen gerechtfertigter Präemption und illegaler Aggression in dem Strategiepapier schuldig. Das Gewaltverbot als historische Errungenschaft wird in Frage gestellt. Die Präemptionsstrategie ist militärisch und politisch fragwürdig sowie völkerrechtswidrig.⁶²¹ Eine Konsequenz wäre die Möglichkeit von Willkür und Unberechenbarkeit in den Internationalen Beziehungen, obwohl das Strategiepapier davor warnt, Präemption als einen Vorwand für einen Angriff zu nutzen.

Die Verteidigungskonzeption der Bush-Administration stellt eine Zäsur in der internationalen Sicherheitspolitik dar. Mit der National Security Strategy und dem Nuclear Posture Review hat sich die USA von den multilateralen Elementen der kollektiven Sicherheit abgewendet. Dagegen hat Amerika das Prinzip des unilateralen präventiven Handelns gesetzt. Den grundlegenden Anforderungen der Rüstungskontrolle Gleichgewicht, Beschränkung militärischer Handlungsfreiheit und Verzicht auf Angriffsoptionen tritt das amerikanische Prinzip nach umfassender Überlegenheit gegenüber. Die Bush-Regierung hat Rüstungskontrolle demontiert und Nichtverbreitung durch die Androhung militärischer Gewalt weitgehend ersetzt.

⁶²⁰ siehe: ebd.

⁶²¹ vergl.: Müller: Defensive Präemption, a.a.O.; Kamp, a.a.O. Krause; Irlenkaeuser; Schreer, a.a.O.; Czempel: Die amerikanische Weltordnung, a.a.O.; Schwarz, a.a.O.

3.4. Europäische Sicherheitspolitik unter dem Einfluss der neuen amerikanischen Verteidigungskonzeption

3.4.1. Der Riss durch Europa durch die militärische Intervention im Irak

Die USA wandten ihre neue Sicherheitsstrategie der Präemption im März 2003 mit dem Krieg in Irak an. Obwohl Außenminister Powell vor dem UN-Sicherheitsrat im Februar 2003 die Notwendigkeit von „ernsthaften Konsequenzen“ wegen schwerwiegender Verstöße in zentralen Bereichen gegen die Auflagen der Vereinten Nationen begründete⁶²², und es kein offizielles Dokument gibt, was einen Zusammenhang zwischen der NSS und der militärischen Intervention im Irak beweist, verfolgten die USA mit der Intervention ihre in der NSS formulierten Ziele, die gegenwärtige amerikanische Dominanz abzusichern, das Entstehen eines potentiellen Rivalen zu verhindern, die Souveränität von „rogue states“ einzuschränken und die amerikanische Souveränität und Handlungsfähigkeit von den Fesseln völkerrechtlicher Beschränkungen zu befreien. Dazu zählt insbesondere das Recht, präventiv gegen die von den USA identifizierten Schurkenstaaten vorzugehen.

Nicht nur der Mittlere Osten, sondern auch Europa bekam die Auswirkungen dieser Sicherheitskonzeption zu spüren. Bald zeigte sich, dass die durch den Irak-Konflikt entstandenen politischen Herausforderungen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas zu überwältigend waren, als dass die GASP sie hätte meistern können. Dafür verantwortlich waren einerseits die unterschiedlichen Bewertungen und Auffassungen der nationalen europäischen Regierungen, ob und wie die amerikanische Irak-Politik auf nationaler Ebene unterstützt werden sollte. Andererseits mangelte es den Europäern an einem gemeinsamen Willen, die nationalen Interessen und Argumentationen in den Hintergrund zu stellen, um auf europäischer Ebene innerhalb der GASP zu einer einheitlichen Position zu gelangen. Europa spaltete sich in zwei Lager: Auf der einen Seite standen diejenigen, welche die amerikanische Irak-Politik vorbehaltlos unterstützten und auf der anderen Seite diejenigen, welche die Anwendung der Präemptionsstrategie ablehnten. Großbritannien war das erste europäische Land, welches sich ohne

⁶²² vergl.: Powell, Colin: Remarks to the United Nations Security Council, New York City, 5. Februar 2003: <http://www.state.gov/secretary/rm/2003/17300.htm>

Einschränkungen und Umschweife auf die Seite der USA stellte. Die Blair-Regierung zeigte frühzeitig ihre Bereitschaft, einen amerikanischen Feldzug gegen Saddam Hussein politisch zu verteidigen und militärisch mitzutragen.⁶²³ Dabei spielte das tatsächliche Ziel einer Intervention bei der Entscheidung keine Rolle. Großbritannien befürwortete sowohl das Kriegsziel der Entwaffnung des Iraks als auch den Sturz Saddam Husseins ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Gleichzeitig versuchte Großbritannien, mit einer eigenen Initiative zu einer politischen Rechtfertigung für eine Intervention zu gelangen. Ein mit alten Erkenntnissen neu zusammengestelltes Geheimdienstossier konnte keine überzeugenden Beweise für die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Irak-Intervention liefern.⁶²⁴ Stattdessen wurde der Versuch des Iraks bestätigt, in einem relativ beschränkten Umfang seine Massenvernichtungswaffen- und Raketenprogramme voranzutreiben. Das geringe Ausmaß der Bestrebungen sei durch das Waffenembargo und durch die dauernde hohe geheimdienstliche Aufmerksamkeit bedingt.⁶²⁵

Obwohl in dem Bericht keine spektakulären Ergebnisse veröffentlicht wurden, verstand es Blair, generelle beunruhigende Schlussfolgerungen zu nutzen, die sich aus einer möglichen Bewaffnung des Irak mit WMD ergeben würden, um populistische Stimmung zu erzeugen und seine Position zu rechtfertigen. Dennoch konnte er weder seine Partei noch die britische Bevölkerung überzeugen.⁶²⁶ Diese waren mehrheitlich gegen eine britische Kriegsbeteiligung, und Blair musste Konzessionen machen. Entgegen der ursprünglichen Planung, sollte eine neue UN-Sicherheitsresolution eine Intervention im Irak legitimieren.⁶²⁷ Damit durchkreuzte er das Vorhaben des amerikanischen Verteidigungsministeriums und die der Falken in der amerikanischen Administration, die Weltorganisation bei der Lösung des Irak-Konfliktes möglichst nicht zu beteiligen.

In den darauffolgenden Debatten um eine weitere UN-Sicherheitsresolution vertraten die Vereinigten Staaten und Großbritannien eine gemeinsame Position. Das Ziel der Verhandlungen war die Verabschiedung einer

⁶²³ vergl.: „Fortschritte bei Verhandlungen über Waffeninspektionen“, in: FAZ, 02.10.2002

⁶²⁴ vergl.: British Government: Iraq's Weapons of Mass Destruction. The Assessment of the British Government, 24. September 2002:

<http://www.official-documents.co.uk/document/reps/iraq/cover.htm>

⁶²⁵ vergl.: ebd.

⁶²⁶ vergl.: „Von Fröschen und Würmern“, in: FAZ, 24.02.2003

⁶²⁷ vergl.: Müller: Amerika schlägt zurück, a.a.O., S. 171

Resolution an den Irak, welche eine deutliche Verschärfung des Inspektionskonzeptes und dessen Umsetzung in einem sehr engen Zeitrahmen beinhalten sollte. Bei einer weit definierbaren Störung oder Kooperationsverweigerung durch Saddam Hussein sollten die Mitglieder des Sicherheitsrates, ohne eine weitere Resolution verabschieden zu müssen, die Handlungsfreiheit haben, militärische Maßnahmen ergreifen zu dürfen.⁶²⁸

Der völkerrechtlich zweifelhafte Vorschlag war eines der Hauptstreitpunkte in den Diskussionen des UN-Sicherheitsrates. Frankreich erwies sich als Hauptgegenspieler in diesem Gremium.⁶²⁹ Gewaltandrohung für die Wiederaufnahme der Inspektionen stimmte es zwar zu, die Forderung nach einer Generallermächtigung für eine militärische Intervention lehnte es ab. Für Paris waren die ständigen Missachtungen der UN-Resolutionen durch den Irak und die daraus resultierende Bloßstellung der Weltgemeinschaft inakzeptabel. Daher plädierte Frankreich dafür, die Autorität des Sicherheitsrates zu stärken, gegenüber Bagdad auf der Umsetzung der einschlägigen Resolutionen zu beharren und ein verschärftes Inspektionsregime zuzulassen sowie außerdem durch den Aufbau einer militärischen Drohkulisse den Forderungen Nachdruck zu verleihen.⁶³⁰

Am 8. November 2002 verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 1441, womit ein neues Inspektionsregime mit weit reichenden Kompetenzen initiiert wurde.⁶³¹ Die Resolution enthielt einen Interpretationsspielraum, ob bei einem Verstoß seitens des Iraks eine weitere Resolution für eine Gewaltanwendung notwendig sei. Sowohl die britisch-amerikanische als auch die französische Position spiegelten sich in der Resolution wider.⁶³²

Der von dem Irak am 8. Dezember 2002 eingereichte 12.000 Seiten umfassende Bericht über sein Waffenprogramm wurde von den beiden westlichen Lagern unterschiedlich beurteilt und war der Auslöser für den Bruch der vorab vertretenen Kompromisslinie.⁶³³ Die USA stuften den Bericht als ungenügend ein,

⁶²⁸ vergl.: „Frankreich und Amerika ringen um UN-Resolution zum Irak“, in: FAZ, 16.10.2002

⁶²⁹ vergl.: ebd.

⁶³⁰ vergl.: Dembinski, Matthias; Wagner, Wolfgang: Europäische Kollateralschäden. Die Zukunft der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg, in: APuZ, Nr. 31/32, 2003, S. 32f.

⁶³¹ vergl.: United Nations: United Nations Security Council Resolution 1441 (2002), 08. November 2002: <http://www.un.org/Docs/scres/2002/sc2002.htm>

⁶³² vergl.: „Bush, Chirac und Putin einig. Eine letzte Gelegenheit für Saddam Hussein“, in: FAZ, 09.11.2002

⁶³³ vergl.: „UN prüfen Waffen-Dossier aus dem Irak“, in: FAZ, 10.12.2002; „Große Lücken im irakischen Waffenbericht“, in: FAZ, 14.12.2002

während sich Frankreich weigerte, die amerikanische Haltung zu übernehmen.⁶³⁴ Stattdessen interpretierten die Franzosen die Haltung des Iraks als eine verbesserte Kooperationsbereitschaft. Demgegenüber gelang es den Amerikanern und Briten nicht, ihre Vorwürfe in überzeugender Weise zu erhärten.⁶³⁵

In dieser Situation verstand es Frankreich erstens, seine eigene weltpolitische Bedeutung zu unterstreichen, und zweitens, mit deutscher Unterstützung eine europäische Führungsrolle zu demonstrieren. Für Frankreich bot sich die Gelegenheit, der Grande Nation eine weltpolitische Aufwertung zu verschaffen.⁶³⁶ Die Irak-Krise ermöglichte der ehemaligen Kolonialmacht eine politische Bühne, die in der eigenen Wahrnehmung auf Unabhängigkeit und Größe beruhende Sonderstellung herauszustellen. Der permanente Sitz im Sicherheitsrat ist sichtbarster Ausdruck für die weltpolitische Bedeutung der Nation, doch litt dieser in den Jahren zuvor unter weltpolitischer öffentlicher Nichtbeachtung. Angesichts der Irak-Debatte stand die UNO im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, so dass es in manchen Nationen, besonders in Deutschland, zu einer wahren UN-Euphorie kam, die nach der Intervention freilich schnell wieder abebbte.

Die im Sicherheitsrat zustandekommende deutsch-französische Partnerschaft unter antiamerikanischen Vorzeichen bot unverhofft die Möglichkeit, die sicherheitspolitische Hegemonie der USA zu relativieren. Darüber hinaus wurden die Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum des Elysee-Vertrages von Chirac symbolträchtig genutzt. Am 22. Januar 2003 verkündete der Staatspräsident im Rahmen der Feierlichkeiten in Anwesenheit des deutschen Bundeskanzlers seine Entscheidung, Krieg sei immer das Eingeständnis von Versagen. Es müsse alles getan werden, um ihn zu vermeiden.⁶³⁷ Der deutsche Bundeskanzler hatte sich bereits zwei Tage zuvor im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Goslar festgelegt und mit antiamerikanischen Tönen um Wählerstimmen geworben.⁶³⁸ Der Bundeskanzler hatte erklärt, Deutschland werde sich in keinem Falle an einer Militäraktion beteiligen, selbst dann nicht, wenn der UN-Sicherheitsrat ein entsprechendes Mandat beschließen sollte. Stattdessen sei man wegen der hohen Risiken und der ungelösten Fragen für die

⁶³⁴ vergl.: „Bagdads Waffenbericht hat Lücken“, in: FAZ, 19.12.2002

⁶³⁵ vergl.: Dembinski; Wagner, a.a.O., S. 33

⁶³⁶ vergl.: „Chirac stimmt Armee auf Krieg ein“, in: FAZ, 08.01.2003; „Berlin und Paris reden über den Irak“, in: FAZ, 13.01.2003; „Paris: Inspektionen beste Methode“, in: FAZ, 30.01.2003

⁶³⁷ vergl.: „Herzlicher als damals“, in: FAZ, 22.01.03; Dembinski; Wagner, a.a.O., S. 33

⁶³⁸ vergl.: Schöllgen, Gregor: Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa, in: ApuZ, Nr.11, 2004

Neuordnung nach einem Kriege gegen ein militärisches Vorgehen. In seiner Totalverweigerungshaltung deutete Berlin an, sich auch einer vom Sicherheitsrat autorisierten Strategie zu widersetzen, welche den Irak notfalls unter Androhung von Gewalt zur Einhaltung seiner Abrüstungsverpflichtungen zwingen würde.⁶³⁹ Die antiamerikanische Rhetorik des Bundeskanzlers sowie die Formel des „deutschen Weges“ trugen des Weiteren zu der Schädigung der außenpolitischen multilateralen Reputation Deutschlands bei.⁶⁴⁰

Die Außenpolitik der ost- und mitteleuropäischen Nationen war bereits während der Vorbereitung des Irak-Konfliktes amerikatreu. In Polen und Ungarn signalisierten die Regierungen frühzeitig ihre Bereitschaft, sich an einer Militäraktion auch ohne gesonderte UN-Resolution zu beteiligen.⁶⁴¹ Obwohl Polen eine weitere UN-Resolution für wünschenswert gehalten hätte, machte es seine Entscheidung, sich an einer Intervention zu beteiligen, nicht davon abhängig. Der polnische Außenminister Cimoszewicz hatte dementsprechend Ende Januar im Auswärtigen Ausschuss des Parlaments angekündigt, auf jeden Fall eine „Koalition der Willigen“ militärisch zu unterstützen.⁶⁴² Über die proamerikanische Politik der polnischen Regierung herrschte trotz einzelner kritischer Stimmen ein breiter innenpolitischer Konsens. Einen konkreten Vorschlag zur militärischen Unterstützung lieferte der polnische Präsident Kwasniewski, der bei einem Staatsbesuch dem amerikanischen Präsidenten anbot, Spezialeinheiten und die Marine für einen Feldzug in die Golfregion zu schicken. Mit der Initiative untermauerte Polen sein Bedürfnis nach einer Weiterführung und einem Ausbau der strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten.⁶⁴³

Im Herbst des Jahres 2002 versicherte die ungarische Regierung, einen Krieg gegen den Irak ohne UN-Mandat zu unterstützen. Die von dem ungarischen Außenminister Kovacs vorgetragene Begründung, ein solches Vorgehen sei besser, als auf die tragischen Konsequenzen der Aufrüstung Saddam Husseins zu warten, bekräftigte der ungarische Ministerpräsident während eines Amerika-Aufenthaltes im November 2002.⁶⁴⁴ Als nach dem politischen Bekenntnis die praktische Umsetzung der Beistandserklärung folgen sollte, kam es in Ungarn zu innenpolitischen Konflikten. Auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in

⁶³⁹ vergl.: „Schröder geht noch weiter: Kein Ja“, in: FAZ, 23.01.2003

⁶⁴⁰ vergl.: Dembinski; Wagner, a.a.O., S. 32

⁶⁴¹ vergl.: „Die neuen Transatlantiker“, in: FAZ, 24.01.2002

⁶⁴² vergl.: ebd.

⁶⁴³ vergl.: ebd.

⁶⁴⁴ vergl.: ebd.

Taszar sollten 3.000 Exil-Iraker für einen nicht näher definierten „Irak-Einsatz“ ausgebildet werden. Aus Angst vor möglichen Terroranschlägen oder Vergeltungsaktionen des Iraks im Falle eines Krieges kam es in der Region zu Protesten. Auch aufgrund der politischen Kultur des Landes weiteten sich diese zu einer innenpolitischen Belastungsprobe aus. Die Regierung musste die Opposition an die Bündnisverpflichtung Ungarns erinnern und daran, dass Ungarn im internationalen Kampf gegen den Terrorismus mit den USA eng kooperieren wolle.⁶⁴⁵

Die tschechische Regierung knüpfte eine Beteiligung an einem Irak-Krieg an eine zweite UN-Resolution, womit sie die Konsequenzen aus der jüngsten Geschichte zog.⁶⁴⁶ Für den Kosovo-Krieg hatte Prag den Amerikanern militärische Unterstützung in Form von Überflugrechten zugesichert. Als sich die Bombardierungen serbischer Stellungen und Industrieanlagen hinzogen, geriet die Regierung unter innenpolitischen Druck, da die Stimmung im Volk umschwenkte und sich gegen sie wandte. In einer Resolution entschied das tschechische Parlament daraufhin, den Einsatz der in Kuwait stationierten tschechischen Spezialeinheit zur Abwehr chemischer Kampfstoffe an eine weitere Resolution des UN-Sicherheitsrates zu binden.⁶⁴⁷

Spätestens im Sommer 2002 verdichteten sich die Anzeichen für die Absicht der Bush-Administration, im Irak zu intervenieren. In der amerikanischen Debatte, die maßgeblich von dem Pentagon, dem Nationalen Sicherheitsrat und dem Vizepräsidenten geprägt wurde, wurde ein enger Zusammenhang zwischen der angenommenen irakischen Fähigkeit zur Produktion von Massenvernichtungswaffen und dem Charakter des Regimes hergestellt. Aus der amerikanischen Debatte konnten als amerikanische Ziele sowohl die Abrüstung von Massenvernichtungswaffen als auch der Sturz Saddam Husseins interpretiert werden.⁶⁴⁸ Die Europäische Union ignorierte die Debatte um eine mögliche Irak-Intervention. Das Thema stand bei den europäischen Ratsreffen im März und Juni 2002 nicht auf der Agenda.⁶⁴⁹ Unter der spanischen Präsidentschaft wurde im ersten Halbjahr 2002 lediglich eine Erklärung zum Irak abgegeben, in welcher die EU die UN-Resolutionen 1284 und 1409 unterstützte. Darin wurde der Irak

⁶⁴⁵ vergl.: ebd.

⁶⁴⁶ vergl.: ebd.

⁶⁴⁷ vergl.: „Die Freunde Amerikas erheben ihre Stimme“, in: FAZ, 31.01.2003

⁶⁴⁸ vergl.: Deninson, Andrew: Unilateral oder multilateral? Motive der amerikanischen Irak-Politik, in: APuZ, Nr. 24/25, 2003, S. 17

⁶⁴⁹ vergl.: Dembinski; Wagner, a.a.O., S. 32

aufgefordert, ein stärker auf die Kontrolle sensibler Produkte ausgerichtetes Inspektionsregime zuzulassen.⁶⁵⁰

Während der Debatte um eine weitere UN-Resolution verständigten sich die EU-Außenminister auf einem informellen Treffen in Helsingör am 30. und 31. August 2002 auf die Formulierung, der Diplomatie zunächst den Vorrang vor militärischer Gewalt einzuräumen.⁶⁵¹ Erst nach der Verabschiedung der UN-Resolution 1441 schien die EU eine gemeinsame Haltung in die Irak-Debatte zu finden. Der Rat der EU verabschiedete am 19. November 2002 eine Schlussfolgerung zum Irak, in welcher er die einstimmige Annahme der Resolution begrüßte.⁶⁵²

Innerhalb der EU konnte man sich lediglich auf unverbindliche und weit interpretierbare Erklärungen einigen. Am 27. Januar 2003 sprachen sich beispielsweise die Außenminister der EU für eine Weiterführung und Stärkung der Waffeninspektoren im Irak aus.⁶⁵³ Die Minister begrüßten in einer gemeinsamen Erklärung die Absicht der UN-Waffeninspektoren, dass deren Operationen fortgesetzt und intensiviert werden sollten. In der Erklärung blieben die Erläuterungen von wichtigen Fragen unerwähnt, wie lange oder mit welchem Ziel die Inspektionen fortgeführt werden sollten. Auch die Beurteilung der UN-Politik gegenüber dem Irak wurde ausgespart. Die von Amerikanern und Europäern kontrovers diskutierte Frage, ob eine weitere UN-Resolution nötig sei, welche das weitere mögliche Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft konkretisiert hätte, blieb unerwähnt.

Der Eindruck, Europa beziehe eine gemeinsame Irak-Position wurde drei Tage später zunichte gemacht. Auf Initiative des spanischen Ministerpräsidenten Aznar entstand eine gemeinsame Erklärung, welche am 30. Januar 2003 in mehreren europäischen Zeitungen veröffentlicht wurde.⁶⁵⁴ Unterzeichnet war diese von fünf alteuropäischen Staats- und Regierungschefs Tony Blair (Großbritannien), Silvio Berlusconi (Italien), Jose Maria Aznar (Spanien), Jose Manuel Durao Barroso (Portugal), Anders Fogh Rasmussen (Dänemark), sowie von den drei Regierungsvertretern Peter Medgyessy (Ungarn), Leszek Miller (Polen) und Vaclav Havel (Tschechien), der ab dem 01. Mai 2004 der EU

⁶⁵⁰ vergl.: Declaration by the Presidency on Behalf of the EU on Iraq, 884/02, Brüssel, 20. Mai 2002

⁶⁵¹ vergl.: FAZ, 02.09.2002

⁶⁵² vergl.: Rat der Europäischen Union: 2464. Tagung des Rates der Außenbeziehungen am 19. November 2002 in Brüssel, 14184/02

⁶⁵³ vergl.: „EU: Inspektionen fortsetzen“, in: FAZ, 28.01.2003; „Die EU für verlängerte Inspektionen im Irak“, in: NZZ, 28.01.2003

⁶⁵⁴ vergl.: „Acht Bush-Freunde gegen Deutschland und Frankreich“, in: Die Welt, 30.01.2003

angehörigen Nationen. In ihrem Schreiben betonten die Acht, Saddam Hussein dürfe nicht länger systematisch alle Vorgaben des Sicherheitsrates verletzen, da ansonsten der Rat seine Glaubwürdigkeit verliere.⁶⁵⁵ Die zehn Mitglieder der Vilnius-Gruppe (Albanien, die baltischen Staaten, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Slowakei und Slowenien) entsandten wenige Tage später eine weitere Solidaritätsbekundung an Amerika.⁶⁵⁶

Die politische Brisanz enthielt der Brief der Acht nicht durch die Solidaritätsbekundung mit den Vereinigten Staaten, da diese für alle europäischen Verbündeten eine Selbstverständlichkeit ist. Die unterbliebene Absprache mit den übrigen EU-Partnern offenbarte die schwelenden Meinungsverschiedenheiten, die über das Verhältnis der Europäer zur Führungsmacht Amerika entstanden waren. Die Acht untergruben die Aussage der von den Außenministern gebilligte gemeinsame Erklärung. Diese hatte die Rolle der Waffeninspektoren der Vereinten Nationen deutlich hervorgehoben. Mit der Formulierung „Die Resolution 1441 ist Saddam Husseins letzte Chance für eine Entwaffnung mit friedlichen Mitteln“, setzten sie sich deutlich von der vorab definierten gemeinsamen Position ab.

Nicht nur durch den Inhalt, sondern auch mit dem diplomatischen Vorgehen verstießen die Acht gegen die gemeinsame EU-Politik, da sie gegen den Geist der EU-Verträge handelten. Artikel 11 des Vertrages besagt, die Mitglieder sollten die EU-Außen- und Sicherheitspolitik „im Geist der Loyalität und gegenseitigen Solidarität“ unterstützen und sich jeder Handlung enthalten, welche Europas „Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen“ schaden könnte. Im Rahmen der EU fanden keine Konsultationen statt, auf der über die Initiative diskutiert worden wäre. Stattdessen wurde der EU-Ratspräsident Simitis durch den ungarischen Ministerpräsidenten Medgyessi über den Brief informiert.⁶⁵⁷ Das ohne Absprache zwischen allen EU-Partnern verfasste Schreiben verletzte somit gegen die Grundsätze der EU-Verträge.

Die Motivationen der Unterzeichnerstaaten der beiden Solidaritätsbekundungen waren unterschiedlich. Für Großbritannien war die „special relationship“ mit den USA ausschlaggebend für die Beteiligung, wohingegen die Regierungsvertreter Spaniens und Italiens offensichtlich die

⁶⁵⁵ vergl.: ebd.; „Der Aufruf der acht“, in: FAZ, 31.01.2003; „Aufruf der Solidarität mit den USA“, in: NZZ, 31.01.2003

⁶⁵⁶ vergl.: „Kurzer Burgfrieden“, in: FAZ, 19.01.2003

⁶⁵⁷ vergl.: „Ein Hut, viele Stimmen“, in: FAZ, 03.03.2003

politische Nähe zu dem amerikanischen Präsidenten suchten. Seit den neunziger Jahren verfolgten die ost- und mitteleuropäischen Staaten eine geschickte Gleichgewichtsdiplomatie, die das Maximum der Befriedigung ihrer Bedürfnisse einbrachte: In der Sicherheitspolitik wurde die Nähe zur NATO und insbesondere zu den Vereinigten Staaten gesucht. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik war man um gute Beziehungen zu den EU-Staaten bemüht. Daraus ergibt sich eine klare Aufgabenverteilung: Für die Wahrung der Sicherheitsinteressen ist die USA zuständig, für die Entwicklung der wirtschaftlichen Integrität die europäischen Staaten. Diese Entwicklungslinien verstärkten sich mit dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Bush. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Staaten, die nur wenig Interesse an Osteuropa zeigten und wie Frankreich zunächst gegen die EU-Osterweiterung waren, verstärkte die Bush-Administration ihre Aktivitäten im „neuen“ Europa. Auf dem NATO-Gipfel in Prag im Herbst 2002 bekräftigte der amerikanische Präsident sein Eintreten für die Interessen Mittel- und Osteuropas und der amerikanische Kongress billigte die NATO-Osterweiterung, womit sich diese Staaten der Wahrung der amerikanischen Schutzgarantie sicher sein konnten. Die Unterstützung für die Irakpolitik des amerikanischen Präsidenten ist die logische Konsequenz der amerikanischen Mittel- und Osteuropapolitik.⁶⁵⁸

Die Mittel- und Osteuropäer handelten nicht nur aus dem Gefühl der Dankbarkeit, die sich aus der unmittelbaren historischen Verpflichtung ergibt, sondern auch aus handfesten interessenspolitischen Gründen. Amerikas Eintreten für deren Interessen kann nur gesichert werden, wenn die Interessen der USA in der Irak-Frage nicht angezweifelt werden würden. Im Verlauf des innereuropäischen Irak-Disputs ließ der polnische Ministerpräsident Miller keinen Zweifel an dem Ergebnis einer Wahl, wenn er sich zwischen Westeuropa und den amerikanischen Sicherheitsgarantien im Rahmen der NATO entscheiden müsste. Er ließ wissen, sich im Falle eines derartigen Szenarios für Letzteres zu entscheiden.⁶⁵⁹

Angesichts der Positionierung der europäischen Staaten in der Irak-Debatte, äusserte der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Frankreich und Deutschland würden das „alte“ Europa repräsentieren. Das „neue Europa“ sei seiner Ansicht nach in dem Osten des Kontinents zu finden: „Wenn sie Europa meinen, dann denken sie an Deutschland und Frankreich. Ich nicht. Ich

⁶⁵⁸ vergl.: Hacke, Christian: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, in: ApuZ, Nr. 24/25, 2003, S.10f.

⁶⁵⁹ vergl.: ebd., S. 11

denke, das ist das „alte Europa“. Wenn Sie sich aber das heutige gesamte Europa der NATO anschauen, dann verlagert sich der Schwerpunkt nach Osten. (...) Deutschland ist ein Problem gewesen, und Frankreich ist ein Problem gewesen. (...) Aber sehen sie sich die riesige Zahl der anderen Länder in Europa an. Sie sind nicht auf der Seite Frankreichs und Deutschlands in dieser Sache, sie stehen auf der Seite der Vereinigten Staaten. (...) Und sollte ein Land uns nicht zustimmen, was soll's – das ist in der Geschichte schon unzählige Male geschehen.“⁶⁶⁰

Die griechische Präsidentschaft versuchte auf einem Sondergipfel des Europäischen Rates am 18. Februar, die sichtbar gewordene Spaltung Europas ansatzweise zu überbrücken und Europa in der Irak-Frage handlungsfähig zu machen.⁶⁶¹ Obwohl der Gipfel mit einem Abschlusskommuniqué begann, in welchem der kleinste gemeinsame Nenner aller Interessen formuliert wurde, war das wesentliche Resultat die Vertiefung des wechselseitigen Misstrauens. Die EU konnte sich auf den Kompromisstext einigen, wonach „Krieg nur als letztes Mittel“ bei der Entwaffnung des Irak zu betrachten sei und hierbei den Waffeninspektoren eine zentrale Rolle zukomme. Die EU-Position hatte keine wesentliche Substanz, denn ungeachtet des Textes des Abschlusskommunikés beharrte der britische Premierminister Blair auf einer weiteren UN-Resolution. Auf der anderen Seite beharrten Frankreich und Deutschland auf ihrer Position, wonach es keine zeitliche Befristung für die Tätigkeit der UN-Waffeninspektoren geben sollte. In den wesentlichen und wichtigen diplomatischen Fragen herrschte unter den europäischen Nationen demnach trotz des Kompromisses weiterhin Uneinigkeit. Die EU konnte mit dem Kommuniqué nicht beweisen, die Krise beigelegt zu haben.⁶⁶²

Darüber hinaus sorgten diplomatisches Verhalten vor und während des Gipfels für weiteren Zündstoff. Öl in das Feuer der zerstrittenen Nationen goss die griechische Präsidentschaft mit ihrer unangemessenen Einladungs politik. Diese hatte die 13 Kandidatenländer zunächst eingeladen, nach Rücksprache mit Berlin aber wieder ausgeladen. Der britische Premierminister Blair ließ sich die

⁶⁶⁰ vergl.: Rumsfeld, Donald: Donald Rumsfeld auf einer Pressekonferenz am 22. Januar 2003: Secretary Rumsfeld Briefs at the Foreign Press Center: http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t01232003_t0122sdfpc.html; vergl.: „Empörung in Berlin und Paris über Washington“, in: FAZ, 24.01.2003

⁶⁶¹ vergl.: „Europa sucht den kleinsten gemeinsamen Nenner“ in: NZZ, 26.01.2003; „Die EU für verlängerte Inspektionen im Irak“, in: NZZ, 28.01.2003; „Rückschlag für gemeinsame Aussenpolitik“, in: NZZ, 31.01.03

⁶⁶² vergl.: „Athen bemüht sich um Irak-Sondergipfel“, in: NZZ, 01.02.2003

Chance nicht entgehen, sich mit der Forderung nach deren Einladung als Fürsprecher der Interessen der Kandidaten zu profilieren.⁶⁶³

Die Haltungen zur Irak-Politik der ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländer waren Ziel einer harschen Kritik des französischen Staatspräsidenten Chirac. Dieser warf den Regierungen vor, mit ihrer einseitigen Parteinahme zugunsten der Vereinigten Staaten, die europäischen Interessen geschwächt zu haben. Wenig diplomatisch äusserte er: „Sie haben eine gute Gelegenheit verpasst, den Mund zu halten...Diese Länder sind zugleich, sagen wir es ruhig, nicht besonders wohlherzogen und ein wenig ahnungslos hinsichtlich der Gefahren, die ein zu schnelles Einschwenken auf die amerikanische Position mit sich bringt“. Bulgarien und Rumänien drohte er, wenn sie ihre Chancen auf einen Eintritt nach Europa verringern wollten, hätten sie gar nicht besser handeln können.⁶⁶⁴ Die Regierungsvertreter der adressierten Nationen hielten sich in ihren Stellungnahmen zurück, wohingegen politische Beobachter in den Kandidatenländern heftig reagierten. Vergleiche aus der Historie sollten die Ungeheuerlichkeit der Äußerungen von Chirac unterstreichen. Unter dem Strich offenbarte der Sondergipfel mehr Unstimmigkeiten als Gemeinsamkeiten.

Nicht nur die Länder, welche sich an die Seite Amerikas gestellt hatten, trieben die europäische Spaltung voran, sondern auch die, die sich innerhalb der NATO und der UN gegen die USA gewendet hatten. Auf Initiative des belgischen Premierministers Guy Verhofstadt trafen sich die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs am 29. April 2003 zu einem Vierergipfel in Brüssel.⁶⁶⁵ Damit trafen sich jene vier Länder, die einer militärischen Intervention der Vereinigten Staaten zum Sturz des Regimes in Bagdad mit besonderer Entschiedenheit entgegengetreten waren. Durch diese Konstellation musste der Eindruck entstehen, dass das Treffen als eine gegen Amerika gerichtete Allianz zu interpretieren ist. Somit trieben die Vier nicht nur die innereuropäische, sondern auch die atlantische Spaltung voran.

Der Gipfel sendete bereits vor der Zusammenkunft politische Signale aus, die dem Ziel des Treffens widersprachen. In ihrem Arbeitspapier formulierte die gastgebende belgische Regierung, angesichts der aktuellen Ohnmacht der EU sei die Gründung einer handlungsfähigen Europäischen Sicherheits- und

⁶⁶³ vergl.: Dembinski; Wagner, a.a.O., S. 34

⁶⁶⁴ vergl.: „Streit über Irak-Kompromiß – Chirac rügt Kandidaten“, in: FAZ, 19.02.2003

⁶⁶⁵ vergl.: „Gespräche über Europa nach dem Irak-Krieg“, in: FAZ, 31.03.2003; Schmidt, Peter: ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel, SWP-Aktuell, Nr. 20, Mai 2003; Dembinski; Wagner, a.a.O.

Verteidigungsunion dringend geboten. Man könne nicht noch zwei bis drei Jahre warten, bis der neue Gemeinschaftsvertrag in Kraft trete, der möglicherweise eine engere Zusammenarbeit auf diesem wichtigen Feld erlaube.⁶⁶⁶ Mit Großbritannien, Spanien und Italien fehlten bei dem Gipfel aber Länder, ohne die an einem ernsthaften Ausbau der ESVP nicht zu denken ist. Darüber hinaus fehlten nicht nur wichtige Mitgliedsländer, sondern auch die EU selbst: So ist der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ebenfalls nicht zu dem Gipfel erschienen. Damit fand der Gipfel ausserhalb des EU-Rahmens statt, obwohl ein zentraler Punkt des europäischen Einigungsprozesses diskutiert werden sollte.

Obwohl die Regierungen des Vierergipfels betonten, die nicht teilnehmenden Staaten könnten sich an den Beschlüssen zur europäischen Verteidigungspolitik zu einem späteren Zeitpunkt beteiligen, verfolgten die Vier de facto die Idee eines „Kerneuropas“ im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik.⁶⁶⁷ Ungeklärt blieb die Frage, ob sich die Vorschläge inner-, oder außerhalb der bestehenden EU-Strukturen bewegen sollten.⁶⁶⁸ Unter den gegebenen Umständen hatte der Gipfel daher einen ausgrenzenden und keinen integrierenden Charakter, weswegen sich das Treffen als kontraproduktiv erweisen musste.

Ausserdem war das Treffen auch inhaltlich überflüssig. Die Diskussionspunkte des Gipfels basierten im Wesentlichen auf Themen, die bereits im EU-Reformkonvent zur Sprache gebracht worden sind. Bereits im November 2002 hatten Deutschland und Frankreich den Vorschlag, die ESVP zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion weiterzuentwickeln, eingebracht.⁶⁶⁹ Zum Zeitpunkt des Vierergipfels waren wesentliche Elemente dieses Konzeptes in den vorgelegten Konventsentwurf der einschlägigen Artikel für einen Verfassungsvertrag eingeflossen.⁶⁷⁰ Die Arbeitsgruppen des Konvents zur Außen- und Verteidigungspolitik hatten den wesentlichen Elementen bereits zugestimmt.

⁶⁶⁶ vergl.: „Bundesregierung will EU-Verteidigung für Briten offenhalten“, in: FAZ, 11.04.2003

⁶⁶⁷ vergl.: Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Brüssel, 29. April 2003: http://www.auswaertigesamt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=4385

⁶⁶⁸ vergl.: Schmidt, a.a.O.

⁶⁶⁹ vergl.: „Berlin und Paris für „Sicherheits- und Verteidigungsunion““, in: FAZ, 26.11.2002

⁶⁷⁰ vergl.: „Unnötige Eile“, in: FAZ, 28.04.2003; zu den außen- und sicherheitspolitischen Bestimmungen in der Verfassung vergl. Kap. 4.

Auch der britische Premierminister hatte den Ausbau der ESVP zu einer ESVU zugestimmt, unter der Voraussetzung, dass dies unter dem Gesichtspunkt der Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb des transatlantischen Bündnisses geschehe.⁶⁷¹ Doch ein Beschluss des Gipfels berührte diesen, das transatlantische Sicherheitsverhältnis betreffenden, Punkt besonders. Auf Initiative Frankreichs und Belgiens wurde vorgeschlagen, im Brüsseler Vorort Tervuren einen „europäischen Generalstab“ einzurichten, der Einsätze der Europäischen Eingreiftruppe planen und durchführen könnte.⁶⁷² Erst im Dezember 2002 war mit der NATO eine Vereinbarung unterzeichnet worden, in welchem die EU für derartige Einsätze auf Planungs- und Kommandostrukturen der NATO zurückgreift.⁶⁷³ Mit diesem Verzicht auf eigene Strukturen hatte die EU zum Ausdruck gebracht, dass ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht in Konkurrenz, sondern komplementär zur NATO angelegt ist. Mit dem Vorschlag, einen Nukleus zur Planung und Durchführung europäischer Militäraktionen aufzubauen, wurde eine erst wenige Monate vorher getroffene EU-Entscheidung unterminiert. Der Vierer-Gipfel musste daher nicht nur durch die Form, sondern auch durch den Inhalt den Verdacht nähren, eine gegen Amerika gerichtete europäische Allianz schmieden zu wollen.

Dementsprechend reagierten nicht teilnehmende Staaten mit Kritik. Der britische Premierminister fürchtete, es sei das Ziel, die Europäische Union als machtpolitischen Gegenspieler der Vereinigten Staaten zu positionieren. Die französische Vision einer bipolaren transatlantischen Ordnung sei gefährdet, da sie die internationale Stabilität unterhöhlen und die Rivalität des Kalten Krieges in anderer Form wieder erstehen lassen würde.⁶⁷⁴ Auch aus Italien und Spanien wurde offen Kritik an dem Gipfel geübt. Die einhellige Argumentation lautete, dass der Gipfel nicht geeignet sei, die Spaltung der Europäischen Union zu überwinden.⁶⁷⁵ Besonders der Vorschlag zur Errichtung eines „europäischen Generalstabs“ sorgte für Besorgnis und Unruhe.

Das Ziel, nach dem europäischen Zerwürfnis eine außen- und sicherheitspolitische europäische Stimme zu finden, konnte mit dem Gipfel nicht

⁶⁷¹ vergl.: „Bundesregierung will EU-Verteidigung für Briten offenhalten“, in: FAZ, 11.04.2003

⁶⁷² vergl.: Gemeinsame Erklärung, a.a.O.

⁶⁷³ vergl.: NATO Press Release, 16. Dezember 2002: EU-NATO Declaration on ESDP <http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-142e.htm>

⁶⁷⁴ vergl.: „Blair: Frankreichs Vorstellungen sind gefährlich“, in: FAZ, 29.04.2003

⁶⁷⁵ vergl.: „So geht es nicht weiter“, Rom warnt vor einer Spaltung der EU“, in: FAZ, 28.04.2003; „Kontraproduktive „Viererbande““, in: FAZ, 02.05.2003

erreicht werden. Stattdessen setzten sich die innereuropäische Kontroversen fort.⁶⁷⁶

3.4.2. Strategische Implikationen verschiedener Raketenabwehr-Szenarien für Europa

Ein näher definiertes BMD-Konzept haben die USA bisher nicht präsentiert, weswegen wenig „harte Fakten“ zur Analyse vorhanden sind. Die Bush-Administration hat bisher keine Einzelheiten verlautbaren lassen, sondern allenfalls ein Grundkonzept skizziert. Über eine Gesamtarchitektur eines künftigen Raketenabwehrsystems ist bislang keine Entscheidung getroffen worden.⁶⁷⁷ Dennoch können einige Erkenntnisse zusammengetragen werden, und auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Informationen lassen sich europäische strategische Interessen möglicher künftiger Raketenabwehrkonzeptionen formulieren, ohne in den Bereich von Spekulationen abzudriften.

Aufgrund der strategischen Ausrichtung einer zukünftigen BMD-Architektur, der veränderten Weltmachtlage und der neuen Qualität der Bedrohungsszenarien, haben die neuerlichen BMD-Diskussionen wenig gemeinsam mit den SDI-Argumentationen der achtziger Jahre. Die strategische BMD-Konzeption richtet sich nicht gegen russische ICBM's. Es ist nicht das erklärte Ziel der USA, Atomwaffen mit Hilfe von Defensivarchitekturen obsolet zu machen und einen massiven nuklearen russischen Atomwaffenangriff mit Aussicht auf Erfolg verhindern zu können. Ein Schutz Europas vor russischen nuklearen Mittelstreckenwaffen ist kein Bestandteil der Überlegungen für eine eventuelle europäische Raketenabwehr. Selbst ein weltumspannendes Global Missile Defense (GMD)-System würde konzipiert, um eine begrenzte Anzahl feindlicher Raketen abwehren zu können.⁶⁷⁸

Sowohl die letzte amerikanische demokratische als auch die nachfolgende republikanische Administration hatten eine intensive BMD-Politik betrieben. Die technologischen Forschungen auf dem Gebiet sind vorangeschritten, und die MDA kann Testerfolge vorweisen. Das Budget des amerikanischen Verteidigungshaushaltes für die Raketenabwehr ist unverändert hoch. Die

⁶⁷⁶ vergl.: „Auf dem Abstellgleis“, in: Die Welt, 27.04.2003

⁶⁷⁷ zu den MD-Plänen der Bush-Administration vergl. Kap. 3.3.3.

⁶⁷⁸ vergl.: ebd.

Bedrohungsanalysen gehen von einer Zunahme der durch die Proliferation verursachten Gefahren durch Raketenangriffe aus. Aus diesen Faktoren ergibt sich eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass auch zukünftige US-Administrationen eine intensive BMD-Politik betreiben werden.

Aufgrund den bisherigen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen und der in dieser Dissertation erfolgten Analyse der US-Politik lassen sich mehrere denkbare Optionen für Art und Umfang einer europäischen strategischen Raketenabwehr herausfiltern. Europa sieht sich mit mehreren möglichen BMD-Optionen konfrontiert:

1. ein NMD-System, welches lediglich amerikanisches Territorium schützt;
2. zwei voneinander getrennte NMD + AMD (Allied Missile Defense)-Systeme, welche zum einen amerikanisches und zum anderen europäisches Territorium schützen;
3. zwei voneinander getrennte NMD + AMD-Systeme unter der Einbeziehung Russlands.

Obwohl die Bush-Administration das Konzept einer einseitigen NMD-Architektur verworfen hat, könnte eine Nachfolgeadministration aus verschiedenen, wenn auch wenig wahrscheinlichen, Gründen auf eine solche Variante zurückgreifen. Für den Fall eines einseitigen amerikanischen Schutzschirms würde sich die Gefahrensituation für Europa erhöhen. Das amerikanische Territorium wäre unverwundbar, nicht so in Europa stationierte amerikanische Truppen und Einrichtungen. Die Wahrscheinlichkeit eines Raketenangriffs gegen amerikanische Soldaten oder Einrichtungen auf europäischem Territorium würde sich erhöhen. Denn für einen Aggressor bliebe auf der einen Seite die Option eines Raketenangriffs auf europäisches Territorium offen, auf der anderen Seite würde die Option eines Angriffs auf amerikanisches Territorium entfallen. Darüber hinaus bliebe Europa als strategischer Hauptverbündeter der USA einer Aggression schutzlos ausgeliefert. Das hätte die politische Erpressbarkeit sowohl Europas als auch Amerikas zur Folge. Europa müsste sich auf das Prinzip der Abschreckung verlassen und würde über keinen Schutz vor irrational handelnden Personen von Problemstaaten verfügen.

Die Konsequenz wären Zonen unterschiedlicher Sicherheit innerhalb des NATO-Bündnisses. Denn während die europäischen NATO-Partner keinen

strategischen Schutz genießen würden, wäre der amerikanische Kontinent geschützt. Ob aus dieser militärstrategischen Abkopplung auch eine politische resultieren würde, liegt im Bereich der Spekulationen. Über die Gefahr, dass in der neuen Ära der internationalen Beziehungen der Kontinentaldrift zwischen den USA und Europa verstärkt werden könnte, müsste ernsthaft diskutiert werden.

Die Raketenabwehrdiskussion hat innerhalb des NATO-Bündnisses bereits eingesetzt, wenngleich der Begriff AMD bisher nicht aufgetaucht ist.⁶⁷⁹ In mehreren Konzeptstudien hat die NATO nach Möglichkeiten von Raketenabwehren gegen das gesamte Spektrum angreifender Flugkörper gesucht.⁶⁸⁰ Dabei bezogen sich die Überlegungen auf taktische Flugkörperabwehrsysteme und Studien zur mehrstufigen Flugkörperabwehr. Nicht die Raumverteidigung des Bündnisgebiets, sondern die Verteidigung von NATO-Interventionstruppen gegen eine Vielzahl von möglichen Bedrohungen aus der Luft standen im Zentrum der Untersuchungen. Zu dem von der NATO definierten Bedrohungsspektrum zählen Kampfflugzeuge, Helikopter, unbemannte Drohnen, Marschflugkörper und ballistische Raketen.

Im Gegensatz zu Überlegungen von dem Einsatz von regional einsetzbaren Systemen wurde innerhalb der NATO bisher wenig über Optionen zur Raumverteidigung von militärischen oder zivilen Einrichtungen des Bündnisgebietes gegen Angriffe mit weitreichenden ballistischen Raketen nachgedacht. Aus Sicht der NATO besteht die Notwendigkeit dies nachzuholen, denn in den Analysen des Bündnisses wird die Proliferation von Trägersystemen und Massenvernichtungswaffen als potenzielles Risiko angesehen. 25 Länder hätten Zugang zu den notwendigen Technologien, die Staaten Nordkorea, Iran, Irak, Syrien und Libyen werden als „Risikoländer“ angesehen. Daher liegt bereits jetzt die Südostflanke der NATO in der Reichweite existierender TBM-Systeme.

Die NATO entwickelte daher den Raketenabwehrplan der „Erweiterten Luftabwehr“ (Extended Air Defense).⁶⁸¹ Die Erweiterte Luftabwehr ist eine

⁶⁷⁹ vergl.: Broeker, Martin; Slijper, Frank: Theatre Missile Defence: First steps towards global missile defence, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 22; Krause, Joachim: Raketenabwehr-Sprengstoff für die Atlantische Allianz?, a.a.O., S. 173ff.; Becher, Klaus: Missile Defense: European Approaches and Interests: <http://www.iiss.org/eusec/becher.htm>; Arnold, Klaus: US-Raketenabwehr – was nun?, a.a.O.; Agüera, Martin: ESDP and Missile Defense: European Perspectives for a More Balanced Transatlantic Partnership, in: Strategic Studies Institutes, Report, December 2001 (auch unter: <http://www.hsfk.de/abm/forum/agueera1.htm>); Scheffran, Jürgen; Hagen, Regina: Europa und die Raketenabwehr, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4, 2001, S. 436

⁶⁸⁰ vergl.: NATO-Analyseergebnisse: NATO Parliamentary Assembly, Committee Reports Defense and Security, General Report Missile Defence and other Challenges to Alliance Unity, International Secretariat October 2001: <http://www.nato-pa.int/publications/comrep/2001/au-198-e.html>

⁶⁸¹ vergl.: Krause, a.a.O., Broeker; Slijper, a.a.O.

TMD-Architektur, welche in der Lage sein soll, das europäische Gefechtsfeld gegen Kurz- und Mittelstreckenraketen zu schützen. Die geplante TMD-Architektur ist ein mehrschichtiges System, das Raketen mit einer Reichweite zwischen 1.000 und 3.500 km abwehren soll. Die Systemkonstruktion besteht aus PAC-3, dem französisch-italienischem Abwehrsystem SAM (Surface to Air Missile), einem System der US-Navy, Medium Extended Air Defense (MEADS) sowie dem amerikanischen THAAD (Theater High Altitude Area Defense) -System.⁶⁸²

Die Erweiterte Luftabwehr sieht keinen territorialen Schutz Europas gegen ballistische Raketen vor. Erst durch ein Zusammenwirken von luft-, land- und seegestützten Raketenabwehrsystemen wäre ein territorialer und damit strategischer Schutz möglich. Der Vorschlag einer strategischen AMD ist von mehreren Politikern ins Gespräch⁶⁸³, von Seiten der US-Administration bisher jedoch nicht ins Spiel gebracht worden. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass eine strategische Verteidigung Europas ein anderes Konzept haben müsste, als ein strategischer Schutz der USA. Das europäische Bündnisgebiet grenzt direkt an Staaten, die als Problemzonen angesehen werden. Aufgrund der geographischen Nähe ist die Reaktionszeit auf einen Angriff mit ballistischen Raketen sehr gering. Ein perfektioniertes System, welches diesen strategischen Schutz ermöglichen könnte, ist nur mit Hilfe amerikanischer Technologie zu ermöglichen. Europa ist von den technischen Kapazitäten und Know-How von Amerika abhängig. Eigenständige europäische Forschungen auf dem Gebiet finden nicht statt. Das „Beispiel MEADS“ beweist, dass die USA nicht zum Technologietransfer bereit sind.⁶⁸⁴ Daher ist eine AMD unter europäischer Führung aus technologischen Gründen unwahrscheinlich. Darüber hinaus ist zu bezweifeln, dass die europäischen Regierungen bereit sein würden, die gewaltigen Kosten für Forschung, Entwicklung und Dislokierung für eine strategische Raketenabwehr zu tragen. Die USA wiederum werden, nachdem sie einen erheblichen finanziellen Aufwand gehabt haben, Europa nicht die notwendigen Systemkomponenten ohne weiteres zur Verfügung stellen.

Am 20. Februar 2001 übergab der russische Verteidigungsminister Iwanow dem NATO-Generalsekretär Robertson während dessen Besuches in

⁶⁸² vergl.: ebd.

⁶⁸³ so von dem damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz auf der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik am 03. Februar 2001:

<http://www.securityconference.de/konferenzen/rede>.

⁶⁸⁴ vergl.: Kap. 3.4.3.

Moskau einen Vorschlag für den Aufbau eines gesamteuropäischen Systems zur Abwehr nicht-strategischer Raketen.⁶⁸⁵ Bereits seit dem Sommer 2000 hatte die russische Führung die nicht näher konkretisierte Möglichkeit einer russisch-europäischen Raketenabwehr erwähnt. Putin hatte sich ebenso vage dazu geäußert wie der russische Verteidigungsminister Sergejew. Dieser hatte das Thema im Juni und im Dezember während der Treffen mit den NATO-Verteidigungsministern in Brüssel angeschnitten, ohne sich detailliert dazu zu äußern.⁶⁸⁶ Neben der politischen Konzeption bleibt auch unklar, ob Russland überhaupt über militärtechnische Fähigkeiten für die Errichtung eines solchen Abwehrschirms verfügen würde.

Moskau hatte der NATO ein Dreistufen-Modell vorgeschlagen, um gegen mögliche Bedrohungen aus Risikostaaen vorzugehen. Zunächst sollten Militärfachleute beurteilen, ob eine Bedrohung durch Raketen solcher Staaten bestehe. Dann müssten die interessierten Parteien bei stattfindenden Expertentreffen über die konzeptionellen Prinzipien beraten. Schließlich solle das Ergebnis eine phasenweise Zusammenarbeit sein. In dem an Robertson übergebenen Papier heißt es: „

1. Bewertung des Charakters und der Ausmaße der Verbreitung von Raketenwaffen und potentieller Bedrohungen durch ihre Anwendung gegen europäische Staaten.
2. Erarbeitung eines Konzepts für ein gesamteuropäisches nichtstrategisches Raketenabwehrsystem
3. Festlegung des möglichen Ablaufs, der Maßstäbe und der Zeiten für die Dislozierung der Truppenteile einer gesamteuropäischen nichtstrategischen Raketenabwehr.“⁶⁸⁷

Die russischen Pläne wurden dem NATO-Generalsekretär auf zehn getippten Seiten Text überreicht, woraufhin Robertson kommentierte, es sei schwierig auf dieser Grundlage einen Schluss ziehen zu können. Russische Militärs erläuterten die Pläne genauer: Es handele sich nicht um eine flächen-

⁶⁸⁵ vergl.: Siebenmorgen, Markus: Partnerschaft oder Widerstand? Russlands Raketenabwehrpolitik seit dem 11. September, in: Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 41, Sommer 2003: <http://www.hsfr.de/abm/bulletin/pdfs/sieben1.pdf>; (auch erschienen in: Zeitschrift Osteuropa, Nr. 6, 2003, S. 777)

⁶⁸⁶ vergl.: „Auftauen mit kaltem Wasser“, in: FAZ, 21.02.2001

⁶⁸⁷ siehe Vorschlag im Wortlaut, in: FAZ, 24.02.2001

deckende Raketenabwehr für ganz Europa. Vielmehr sei es ein mobiles Abwehrsystem, welches je nach Richtung, aus der man eine Bedrohung durch Raketenangriffe vermute, ausgerichtet werden solle. Dafür könnten russische mobile Raketenabwehrsysteme vom Typ S-300 verwendet werden. Eine endgültige Entscheidung werde man erst nach einer gemeinsamen Bewertung der bestehenden und potentiellen Bedrohungen durch Raketen vornehmen, so der russische Verteidigungsminister. Des Weiteren vertrat der führende Militärdiplomat im Verteidigungsministerium General Iwaschow die Meinung, der russische Vorschlag unterlaufe im Gegensatz zu den amerikanischen Plänen nicht die bestehenden Rüstungsabkommen. Außerdem sei der geplante russische Schutzschild erheblich billiger, als die damals veranschlagten 60 Milliarden Dollar für NMD.⁶⁸⁸

Das offizielle Ziel der russischen Initiative war die Präsentation einer mit dem ABM-Vertrag zu vereinbarende Alternative zu den amerikanischen Raketenabwehrplänen. Eine Analyse der Hintergründe lässt jedoch auf eine Reihe von finanziellen, sicherheitspolitischen, militärischen, industriepolitischen und rüstungspolitische Motivationen schließen.

Russland erhofft Zugang zu dem von Amerika dominierten Rüstungsmarkt zu erhalten. Die russische Raketenabwehrtechnologie ist im Bereich regionaler Abwehrsysteme fortgeschritten. Bereits seit den siebziger Jahren werden unter der Maßgabe einer effektiven Bekämpfung unter anderem von Marschflugkörpern die Entwicklungen von Raketenabwehren vorangetrieben. Die Ergebnisse sind die mobilen Boden-Luft-Raketen der S-300 Baureihe, von denen bereits mehrere Evolutionsstufen existieren. Nach Einschätzungen westlicher Experten sind diese Varianten zum Einsatz gegen Raketensprengköpfe geeignet.⁶⁸⁹ Russland versucht nun mit seiner Expertise in dem Bereich regionaler Raketenabwehrtechnologien die russische Rüstungsindustrie anzukurbeln. Angesichts der in den vergangenen Jahren erlittenen Einbußen bei Rüstungsexporten scheinen neue Geldquellen in Aussicht. Durch die Initiative versprach sich der Kreml, einen neuen Exportmarkt für die S-300 Systeme erschließen zu können. Die ersten Exporte von russischen Raketenabwehrsystemen ist bereits erfolgt. Die S-300 Systeme wurden an Zypern verkauft, danach exportierte Russland an Südkorea, Indien und China. Von den

⁶⁸⁸ vergl.: „Robertson kündigt genaue Prüfung der russischen Vorschläge an“, in: FAZ, 22.02.2001; „Moskau bietet neue Raketenabwehr an“, in: NZZ, 21.02.2001

⁶⁸⁹ vergl.: Siebenmorgen, a.a.O.

NATO-Staaten hatte Griechenland das Raketensystem S-300W gekauft.⁶⁹⁰ Mit dem Kooperationsangebot sieht Russland mehrere potentielle Abnehmer für diese Systeme und verspricht sich dementsprechend weitere lukrative finanzielle Einnahmen aus Rüstungsexporten.

Als Lieferant der Schlüsseltechnologien würde Russland eine Hauptrolle in den Beziehungen zur NATO zukommen. Für die partizipierenden europäischen Länder würde sich aus dieser Beziehung ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Russland ergeben, da die europäischen Länder auf russische Technologien und dem entsprechenden Know-how angewiesen wären. Aus einer derartigen Partnerschaft würden dieselben Probleme erwachsen, wie es sie bei dem Raketenabwehrprojekt MEADS gibt.⁶⁹¹ Die Weitergabe technologischer Geheimnisse an Kooperationspartner, die nicht zu der Kategorie „sicherheitspolitischer strategischer Verbündeter“ zählen, kann nicht im Interesse Russlands sein. Russland dürfte folglich an einem Technologie- und damit einem Informationstransfer sensibler Informationen nicht gelegen sein.

In industriepolitischer Hinsicht würde Moskau bei einer europäisch-russischen Kooperation neuen Handlungsspielraum gewinnen. In den vergangenen Jahren gab es zwischen den USA und Russland eine Reihe von Vorschlägen und Absichtserklärungen für Rüstungsk Kooperationen im Bereich von Raketenabwehrtechnologien. Konkrete Projekte und präzise Zielvorstellungen sind aus den Vorhaben bisher jedoch nicht entstanden.⁶⁹² Für Russland besteht industriepolitische Unsicherheit im Sinne der Realisierung von diesen Vorhaben.⁶⁹³ Die jüngsten amerikanischen Entscheidungen bestätigten das erhebliche Unsicherheitspotential. Im Mai 2002 versprachen die USA, Russland bei der Verbesserung eines bereits entwickelten Frühwarnsystems zu helfen und ein gemeinsames Zentrum für Raketenstart-Überwachungen aufzubauen.⁶⁹⁴ Im September 2002 bekräftigten das russische und das amerikanische Verteidigungsministerium ihre Kooperationsbereitschaft für die Zusammenarbeit bei Raketenabwehren. Die Amerikaner änderten ihre Pläne jedoch und das Vorhaben des Satellitenfrühwarnzentrums wurde im Frühjahr 2003 aufgegeben.

⁶⁹⁰ vergl.: ebd.; NZZ, 21.02.2001

⁶⁹¹ vergl.: Kap. 3.4.3.

⁶⁹² vergl.: Siebenmorgen. a.a.O.

⁶⁹³ Bereits seit mehreren Jahren existiert eine amerikanisch-russische Rüstungsk Kooperation für Beobachtungssysteme für Raketenstarts (RAMOS: russisch-amerikanisches observations system).

⁶⁹⁴ vergl.: Evans, Nicole: Missile Defense: Winning minds, not hearts, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Nr. 6, September/Okttober 2004, hier Internetausgabe: http://www.thebulletin.org/article.php?art_ofn=so04evans

Der Haushaltstitel dieses Projekts wurde aus dem amerikanischen Verteidigungsetat gestrichen. Dennoch wurde der Entwurf eines Vertrages für eine zukünftige Zusammenarbeit zum Aufbau eines landgestützten Frühwarnsystems verabschiedet.⁶⁹⁵

Für Russland sind amerikanisch-russische Kooperationen im Bereich der Raketenabwehr von Faktoren abhängig, welche Russland nicht beeinflussen kann. Eine russisch-europäische Kooperation hingegen würde die Verhältnisse umdrehen: Russland wäre derjenige Partner, welcher die entscheidenden Faktoren für die Realisierung des Projektes bestimmen würde. Im Bereich der Entwicklung von Raketenabwehrprojekten würde Russland in eine von den USA unabhängige Position gelangen, da es über Alternativen verfügen und nicht von amerikanischen Entscheidungen abhängig sein würde.

Die Etablierung eines europäisch-russischen Sicherheitskonzeptes würde die unilaterale Position der USA schwächen, da durch die neue Kooperationsgemeinschaft ein neuer strategischer Akteur entstehen würde. Für Russland würde eine neue Situation entstehen: Es ist nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem in weiten Feldern der Sicherheitspolitik passiven Akteur geworden, der die rüstungspolitischen Entscheidungen der USA nicht beeinflussen konnte und ist von der Haupt- in eine Nebenrolle gedrängt worden. Eine russisch-europäische Kooperation würde die Situation ändern und Russland zu einem aktiven Akteur machen, welcher innerhalb eines strategischen Sicherheitskonzeptes Entscheidungsgewalt hat. Auf dem Gebiet der Raketenabwehr würde Russland mit den USA wieder „auf einer Augenhöhe sein“ und eine Position innehaben, die der einer Großmacht entspricht. Europa würde hingegen als Abnehmer russischer Technologien lediglich die Position eines Juniorpartners überlassen werden. Anstelle des Abhängigkeitsverhältnisses zu Amerika würde ein Abhängigkeitsverhältnis zu Russland entstehen. Es würde sich eine neue strategische Konstellation ergeben, in welcher Europa nur eine Nebenrolle spielen würde. Das in der europäischen Sicherheitsstrategie und in der Verfassung formulierte Ziel, in Zukunft den Status eines globalen Akteurs einzunehmen, würde untergraben werden.⁶⁹⁶

Das russische Ziel, die unilaterale Position Amerikas mit Hilfe einer europäisch-russischen Achse zu schwächen, wird in einem weiteren Zusammenhang deutlich. Eine europäisch-russische Kooperation würde gemein-

⁶⁹⁵ vergl.: ebd.

⁶⁹⁶ vergl.: Kap. 4.

samen russisch-chinesischen Interessen dienen. In einer Erklärung drückten beide Länder ihre ablehnende Haltung zu einer weltweiten amerikanischen Raketenabwehr aus.⁶⁹⁷ China muss befürchten, dass sein geringes ICBM-Potential durch eine amerikanische weltweite Raketenabwehr obsolet werden würde. Russland sieht sich aufgrund von Quantität und Qualität seines ICBM-Potentials in einer besseren Position und geht davon aus, dass es auch in ferner Zukunft kein Raketenschild geben wird, welches sein Potential obsolet machen würde. Dennoch würde ein amerikanisch dominiertes Raketenschild die Position Amerikas gegenüber China stärken. Russland ist aber nicht an einer weiteren Stärkung der amerikanischen Unipolarität interessiert, sondern sucht das genaue Gegenteil: Weg vom amerikanischen Unilateralismus hin zu einem nicht näher definierten Multilateralismus. Eine russisch-europäische Kooperation würde folglich den russisch-chinesischen Interessen nicht nur nicht widersprechen, sondern diese sogar fördern, wenn eine russisch-europäische regionale Raketenabwehr anstelle von einer umfassenden amerikanischen strategischen Raketenabwehr realisiert würde. Für Europa bedeutet dieser Zusammenhang, dass es zu einem Spielball russischer Weltmachtinteressen werden würde, ohne dass seine strategischen Interessen vertreten sein würden.

Die russischen Bedrohungsanalysen haben sich den amerikanischen angepasst. Nachdem die neu entstandenen sicherheitspolitischen Gefahrenpotentiale zunächst abgestritten wurden, hat sich die offizielle russische Sichtweise geändert. Mittlerweile wird das Gefahrenpotential ausgehend von der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen sowie dem islamistischen Terrorismus nicht mehr geleugnet.⁶⁹⁸ Eine regionale Raketenabwehr würde russischen Sicherheitsinteressen entsprechen, denn der Aufbau eines solchen Schildes entspricht einer Maßnahme zur Bekämpfung dieser Gefahren. Eine regionale Raketenabwehr könnte in von Russland identifizierten Krisenregionen eingesetzt werden und russische Truppen im Ausland schützen. Die sicherheits- und militärstrategischen Konsequenzen einer Kooperation mit Russland wären daher für Europa schwerwiegend und nicht vorhersehbar, da Europa in die russische Sicherheitspolitik involviert und zu einem Teilnehmer russischer Außenpolitik werden würde. Die Konsequenzen für zukünftige bislang nicht zu definierende Szenarios sind nicht kalkulierbar.

⁶⁹⁷ vergl.: „Gelassene Reaktionen in Washington“, in: FAZ, 18.07.2001

⁶⁹⁸ vergl.: Siebenmorgen, a.a.O.; Evans, a.a.O.

Die strategischen Auswirkungen eines russisch-europäischen Raketenabwehr-Konzeptes wären die Untergrabung des Zusammenhaltes des transatlantischen Bündnisses. Russland würde die Schlüsselrolle in dem Aufbau regionaler und europäischer Sicherheitsstrukturen spielen. Im Falle der Realisierung des russischen Vorschlags stünden sich eine europäisch-russische BMD für Europa und Asien einer amerikanischen BMD „gegenüber“. Zwischen den NATO-Verbündeten Amerika und Europa würde ein rüstungstechnologischer und politischer Keil getrieben werden. Eine solche Entwicklung ist weder für Europa noch für die USA erstrebenswert. Im Gegensatz zu Russland bleibt Europa ein verlässlicher strategischer Partner für die USA und vice versa. Der geheime Teil des NPR beweist, dass Amerika der russischen politischen Entwicklung weiterhin skeptisch gegenübersteht. Dementsprechend werden die USA als einflussreichstes NATO-Mitglied kaum einer europäisch-russischen BMD zustimmen. Die Ablehnung dieser Konzeption steht nicht im Widerspruch zu der von Amerika erbetenen russischen Partizipation an einem BMD-Gesamtkonzept. Denn es steht fest, dass die Amerikaner diejenigen sind, welche die Befehlsgewalt über das Programm behalten würden. Der russische Vorschlag hingegen zielte auf eine Autonomie von Amerika hin.

NATO-Generalsekretär Robertson kündigte eine Prüfung des russischen Vorschlags an. Seit Juli 2001 wurde in dem NATO-Russland-Rat (NATO-Russia Council, NRC) in Brüssel über die Initiative diskutiert. Das Gremium sollte herausfinden, ob es sich bei dem Vorschlag um ein taktisches Manöver zur Beeinflussung der Allianz in der Raketenabwehrfrage, oder um einen ernsten Vorstoß in Richtung NATO handelte.⁶⁹⁹

Das Ergebnis der Beratungen war ein Beschluss, in dem Bereich regionale Raketenabwehren stärker zu kooperieren. Ziel einer Zusammenarbeit ist die Erlangung von Systemkompatibilität zwischen russischen und NATO-eigenen Raketenabwehren. Eingesetzt werden könnten diese Raketenabwehren zu dem Schutz von Truppen bei Krisenoperationen (Crisis Response Operation, CRO), an denen sowohl die NATO, als auch Russland beteiligt sind.⁷⁰⁰ Die ersten praktischen Schritte zur Umsetzung des Vorhabens sind bereits erfolgt. Im März 2004 fanden in den USA die ersten gemeinsamen Militärübungen in Form von

⁶⁹⁹ vergl.: Arnhold, Klaus: Rußlands Vorschlag zur nicht-strategischen Raketenabwehr für Europa, a.a.O.

⁷⁰⁰ vergl.: NATO Press Release, 04. Juni 2003: Meeting of the NATO-Russia Council at the level of Ministers of Foreign Affairs, Madrid, Spain: <http://www.nato.int/docu/pr/2003/p030604e.htm>

Computersimulationen (Command Post Exercise, CPX) statt.⁷⁰¹ Die Form dieser Kooperation entspricht aber nicht der Realisierung des russischen Vorschlags einer europäisch-russischen Raketenabwehr. Einmal mehr sind es die Amerikaner, welche ihre Machtposition innerhalb der NATO ausspielen und über die Art einer Kooperation mit Russland bestimmen. Der Ort der gemeinsamen Militärübung und die Teilnahme der Amerikaner an dem Projekt verdeutlichen, dass an eine unabhängige europäisch-russische Raketenabwehr innerhalb der NATO nicht zu denken ist.

3.4.3. Rüstungspolitische Implikationen: Ausbau der hegemonialen Stellung Amerikas durch Rüstungskooperationen

Das TMD-System MEADS ist ein groß angelegtes Forschungs- und Entwicklungsprogramm der NATO. An dem Projekt sind die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik und Italien beteiligt. MEADS bildet den Kern der europäischen Raketenabwehrpläne einer erweiterten Luftabwehr (Extended Air Defense) des Bündnisses. Es soll das als veraltet geltende aktuelle Luftabwehrsystem (Homing All-the-Way to Kill, HAWK) ersetzen. MEADS ist ein bodengestütztes, mobiles System, das durch 360-Grad Abdeckung eine effektive Rundumverteidigung ermöglicht. Für die Amerikaner ist MEADS eine von mehreren Systemkomponenten innerhalb der BMD-Architektur. Neben der Aufgabe, Truppen gegen taktische Raketen und luftatmende Systeme verteidigen zu können, soll MEADS die Fähigkeiten zur Flächenverteidigung von zivilen und militärischen Zielen erhöhen.⁷⁰² Folglich partizipieren deutsche und italienische Firmen durch die industrielle Beteiligung direkt an der amerikanischen BMD-Politik. In dem folgenden Abschnitt wird dargestellt, wie die Form der Partizipation aussieht und mit welchen Problemen die Rüstungskooperation konfrontiert ist.

Die beiden beteiligten europäischen Staaten erhoffen, durch das Projekt vor allem industrietechnische und militärtaktische Vorteile erzielen zu können. Durch die Rüstungskooperation mit der Führungsmacht Amerika versprechen sie sich Zugang zu Schlüsseltechnologien, eine bessere Bewaffnung für die eigenen Streitkräfte, Schutzmöglichkeiten von eigenen im Ausland stationierten Truppen,

⁷⁰¹ vergl.: NATO Update, 11. März 2004: First ever NATO-Russia missile defense exercise: <http://www.nato.int/docu/update/2004/03-march/e0308a.htm>

⁷⁰² vergl.: MDA Factsheet: www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/pdf/meads.pdf

Interoperabilitätsmöglichkeiten mit amerikanischen Waffensystemen und die Verbesserung der industrietechnischen Fähigkeiten.⁷⁰³

Die Erfahrungen aus der Geschichte der bisherigen Rüstungskooperation muss die beteiligten Europäer enttäuschen, denn zahlreiche Hindernisse und Streitigkeiten lassen bezweifeln, ob die hochgesteckten Erwartungen erfüllt werden können. Eine weitere Schlussfolgerung aus der folgenden Analyse ist, dass das Rüstungsprojekt vor allem amerikanischen Interessen dienen soll und die Hauptaufgabe der Europäer lediglich in der Mitfinanzierung und nicht in der Mitbestimmung des Projekts liegt. Bei der einzig relevanten transatlantischen Rüstungskooperation sind die Europäer weit davon entfernt, den Status eines gleichberechtigten Partners zu erlangen. Vielmehr nutzen die Amerikaner das Projekt, um ihre hegemoniale Stellung innerhalb der rüstungstechnologischen Hierarchie weiter auszubauen. Von einer „Kooperation“ kann folglich nicht gesprochen werden. Für das NATO-Projekt bedeutet es einmal mehr, dass die Amerikaner bei einem für das Bündnis wichtigen Waffensystem die Fäden in der Hand halten und nicht daran denken, Entscheidungsbefugnisse an das transatlantische Bündnis zu übertragen.

Im Februar 1994 hatten die USA die Initiative für das Rüstungsvorhaben MEADS ergriffen. Eine entsprechende Einladung erging von Washington nach Bonn, in der die Bundesrepublik für ein amerikanisch-deutsches Rüstungsprojekt gewonnen werden sollte. Die BRD wollte MEADS jedoch von Anfang an nicht als ein bilaterales, sondern multilaterales Projekt mit anderen europäischen Partnern durchführen.⁷⁰⁴ Im Februar 1994 wurde ein erstes Memorandum of Understanding zwischen den USA, Frankreich, Deutschland und Italien unterzeichnet. Die Arbeits- und Kostenanteile der Staaten wurden auf die Verhältnisse 50:20:20:10 festgeschrieben.

Großbritannien beteiligte sich nicht an dem Projekt. Obwohl ein späterer Einstieg zunächst nicht ausgeschlossen werden sollte, wurde in einem frühen Stadium eine endgültige Absage erteilt. Erstens war eine Tauglichkeitsstudie zu Raketenabwehrsystemen zu einem negativen Ergebnis gekommen, und zweitens glaubte man, keine Technologien zu dem Unterfangen beisteuern zu können. Zwei Jahre nach dem MoU gab Frankreich primär aus Kostengründen seinen Ausstieg aus dem Rüstungsprogramm bekannt und konzentrierte sich auf die Entwicklung der eigenen Raketenabwehr. Für das erweiterte Luftverteidigungs-

⁷⁰³ vergl.: Hagen, Hermann: The Transatlantic Dimension, a.a.O.

⁷⁰⁴ vergl.: Kubbig, Bernd: Problematische Kooperation im Dreieck, a.a.O.

system FSAF (Future Surface to Air Family, Alster 15/30) gab Frankreich bis zum Jahr 2000 30 Mrd. FF aus.⁷⁰⁵ Die drei verbliebenen Partner unterzeichneten am 28. Mai 1996 ein weiteres MoU, welches die formale Basis für die weitere Zusammenarbeit bildete. Der Arbeits- und Kostenschlüssel wurde zunächst auf das Verhältnis 60:25:15 und später auf 55:28:17 modifiziert.

Die NATO-Organisation NAMEDSME (NATO MEADS Managment Agency) mit Sitz in Huntsville, Alabama gab am 19. Mai 1999 der Firma Lockheed Martin Electronics & Missiles in Florida den Zuschlag.⁷⁰⁶ In Deutschland wurden EADS/LFK- Lenkflugkörpersysteme, ein Tochterunternehmen der EADS European Aeronautic Defense and Space Company, und in Italien Alenia Marconi Systems mit der Weiterführung des Projektes beauftragt. Die deutschen und italienischen Kapazitäten wurden in dem Gemeinschaftsunternehmen euroMEADS zusammengefasst.⁷⁰⁷

In der MEADS International Incorporation in Orlando, Florida, arbeiten seitdem die amerikanischen und europäischen Partner zusammen. Nach den negativen Kooperationserfahrungen wurden für die Risikominimierungsphase für die Organisation von MEADS einige Festlegungen getroffen⁷⁰⁸:

1. MEADS wird von einer eigenständigen Programmfirma, MEADS International Inc., durchgeführt. MEADS Int. ist eine im Staat Delaware eingetragene Firma.
2. An MEADS Int. sind zu 50% Lockheed Martin und zu 50% euroMEADS beteiligt. Europäer und Amerikaner haben bei wichtigen Entscheidungen nur eine Stimme.
3. MEADS Int. ist nicht nur ein reines Programm- und Verwaltungsbüro mit einigen Mitarbeitern, sondern eine Firma mit eigenen Systemengineering- und Systemintegrationsprogrammen. MEADS Int. ist Auftragnehmer der NATO-Agentur NAMEADSMA und handelt in eigenem Namen.
4. Alle System-Arbeitspakete werden von MEADS Int. bearbeitet. Die Mutterfirmen erhalten Unteraufträge zur Abstellung von Personal an MEADS Int. und bearbeiten und verantworten Unteraufträge für Subsysteme.

⁷⁰⁵ vergl.: Fromm, Karsten: Boden-Luft-Abwehrsysteme gewinnen an Bedeutung: <http://www.gfw-sicherheitspolitik.de/ES00-07FrommBodenLuft.htm>

⁷⁰⁶ vergl.: Pressemitteilung Lockheed Martin, 19. Mai 1999: http://www.missilesandfirecontrol.com/our_news/pressreleases/99pressrelease/051999_MEADS_MILM_S_elected.htm;

⁷⁰⁷ vergl.: http://www.sipotec.net/Neu_Wehrtechnik/Archiv_KurzberD/A_2001.html

⁷⁰⁸ vergl.: Binder, Horst: MEADS, a.a.O.

5. Die Arbeiten auf System- und Subsystemebene werden von multinational besetzten integrierten Produktteams ausgeführt.
6. MEADS Int. wird von einem eigenen Management geführt. An dessen Spitze steht abwechselnd ein amerikanischer Präsident und ein deutscher Vizepräsident. Diese tauschen ihre Rolle alle achtzehn Monate. Ein Board of Directors stellt die oberste Führungsebene dar.

Der strukturelle Organisationsaufbau von MEADS Int. lässt auf eine gleichberechtigte „institutionelle“ Position zwischen Amerikanern und Europäern schließen. Bei wichtigen Entscheidungen herrscht Stimmengleichheit, die Managementführung wird entsprechend den Nationalitäten der Führungskräfte abwechselnd besetzt. In der organisatorischen Struktur der Programmfirma sind keine Ungleichheiten zwischen Europäern und Amerikanern erkennbar.

Mitte 1999 wurde zunächst eine dreijährige technologische Entwicklungsphase eingeleitet. Die Aufgabe von MEADS Int. sollte in der Ausarbeitung von detaillierten Plänen für den Bau eines MEADS-Prototypen bestehen.⁷⁰⁹ Durch Streitigkeiten wurde die Entwicklungsphase aufgeschoben. Die Kooperationspartner beschlossen, eine dreijährige Risikominimierungsphase (Risk Reduction Effort, RRE) durchzuführen. Im September 2004 unterzeichneten Washington und Rom einen Vertrag (Letter Contract), in welchem die beiden Staaten offiziell ihren Eintritt in die Entwicklungsphase von MEADS besiegelten.⁷¹⁰ In den beiden Ländern hat das Parlament im Gegensatz zu der BRD keine Entscheidungshoheit. Für die Bundesrepublik wurde von den beiden Vertragsunterzeichnern eine sechsmonatige Frist eingeräumt, in der die parlamentarische Bewilligung des Programms eingeholt werden kann. Ist der parlamentarische Entscheidungsprozeß abgeschlossen, kann auch Deutschland ohne Auflagen der Entwicklungsphase beitreten.⁷¹¹ Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde im November 2004 die Berichterstattergruppe „Bodengebundene Luftverteidigung“ unter dem Vorsitz des SDP-Abgeordneten Hans Peter Bartels im Verteidigungsausschuss eingerichtet, in welchem über MEADS beraten werden soll. Sowohl Regierungs-, als auch Oppositionsparteien haben ihre

⁷⁰⁹ vergl.: Pressemitteilung Lockheed Martin, 26. Mai 1999:
http://www.missilesandfirecontrol.com/our_news/pressreleases/99pressrelease/052699_MEADS_OR&SS.htm;
 Kubbig, a.a.O.

⁷¹⁰ vergl.: Pressemitteilung Lockheed Martin, 28. September 2004:
http://www.missilesandfirecontrol.com/our_news/pressreleases/04pressrelease/092804_MEADS.htm.

⁷¹¹ vergl.: ebd.

Zustimmung für das Projekt signalisiert, so dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Anfang des Jahres 2005 die Beschaffungsvorlage für MEADS höchstwahrscheinlich bewilligen wird.⁷¹²

Zu Beginn der Entwicklungsphase mussten die europäischen Partner 1999 zustimmen, den amerikanischen, bereits in der Entwicklung befindlichen Flugkörper PAC-3 für MEADS zu verwenden und nicht wie ursprünglich geplant, einen neuen Flugkörper zu entwickeln. Die Änderungen in der Programmatik machten die Erarbeitung eines neuen Angebotes von MEADS Int. notwendig. Dieses wurde im Mai 2000 übergeben und auf der Grundlage des Angebotes wurde MEADS Int. im Juli 2001 der Auftrag für die dreijährige Risikominimierungsphase im Wert von 216 Mio. US Dollar erteilt.⁷¹³

Während dieser Phase sollte der PAC-3 Flugkörper in das MEADS-Konzept integriert werden. Zuvor musste die Realisierbarkeit des Konzeptes hinsichtlich technischer und zeitlicher Aspekte untersucht werden. Außerdem hatte Deutschland die Zusatzforderung zur Untersuchung von kritischen Technologiefeldern gestellt, die sich aus der aktuellen Überarbeitung des Luftverteidigungskonzeptes ergaben. Es sollte in diesem Zusammenhang untersucht werden, ob zusätzlich zu dem PAC-3 Flugkörper ein zweiter vergleichbar kostengünstigerer Flugkörper, der speziell gegen Flugzeuge und Hubschrauber eingesetzt werden würde, in das MEADS-System integriert werden kann. Der deutsche Vorschlag sieht folglich ein MEADS-System mit zwei verschiedenen Abwehrraketen vor, die zu unterschiedlichen Zwecken eingesetzt werden würden: Einerseits die hochentwickelte PAC-3 Rakete zum Einsatz gegen ballistische taktische Raketen und Marschflugkörper und eine Abfangrakete zur Abwehr bemannter Flugkörper oder Drohnen.⁷¹⁴

Die Ergebnisse der PRE-Phase bildeten im Sommer 2004 die Grundlage für die Entscheidung über die Entwicklung und Produktion des künftigen MEADS-Systems. Das schließt die Konkretisierung der Entwicklungs- und Beschaffungskosten ein.⁷¹⁵ Während der Kostenschlüssel weiterhin seine Gültigkeit hat, müssen die Schätzungen über die tatsächlichen und die zu erwartenden Kosten ständig korrigiert werden. Anfang 1995 wurde mit einem

⁷¹² vergl.: Pressemitteilung CDU/CSU Fraktion, 22. Oktober 2004:

http://www.cdusu.de/section__2/subsection__1/id__9505/Meldungen.aspx; Aguera, a.a.O.

⁷¹³ vergl.: Pressemitteilung Lockheed Martin, 10. Juli 2001:

http://www.missilesandfirecontrol.com/our_news/pressreleases/01pressrelease/071001_MEADS.htm

⁷¹⁴ vergl.: Binder, a.a.O.

⁷¹⁵ vergl.: Pressemitteilung Lockheed Martin, 10. Juli 2001, a.a.O.

Gesamtvolumen von 20 Mrd. Dollar gerechnet, 1996 betrug die geschätzte Zahl bereits 40 Mrd. Dollar. Tatsächlich sind alle bereits veröffentlichten Zahlen über die möglichen Kosten von MEADS nur mehr oder weniger fundierte Schätzungen. Die Entwicklungs- und Beschaffungskosten müssen derzeit noch ermittelt werden. Einen Überblick über das Gesamtvolumen zu erreichen, wird dadurch erschwert, dass MEADS zwar den wesentlichen Kern, dennoch nur einen Teil des künftigen taktischen Luftverteidigungssystems Neuer Generation der NATO bilden soll.⁷¹⁶

Die amerikanischen und europäischen Kooperationspartner nannten neben dem militärstrategischen im Wesentlichen ein wirtschaftliches und ein industriepolitisches Argument für die Initiierung des gemeinsamen Rüstungsprojektes:

1. Die Entwicklung neuartiger, komplexer Waffensysteme sei angesichts der angespannten Haushaltslagen nicht mehr im nationalen Rahmen möglich.
2. Die weiterreichende europäische und besonders die transatlantische Rüstungszusammenarbeit werde durch derartige Projekte gestärkt.⁷¹⁷

Manfred Bischoff, Vorsitzender der DaimlerChrysler Aerospace (Dasa) hob hervor: „...ich will ein Beispiel für die transatlantische Kooperation mit Nachdruck ansprechen: MAEDS. Wir Europäer haben dem Luftabwehrprogramm MEADS immer eine besondere Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der transatlantischen, aber auch der inner-europäischen Kooperation beigemessen. Ich weiß, dass dies auch in den USA stets so gesehen wurde. In diesem Sinne haben wir auch die bemerkenswerte Anweisung von Minister Cohen vom 23. März 1997 zur internationalen Rüstungskooperation gewertet. (...) Für uns Europäer hat MEADS nicht nur einen hohen Signalcharakter, weil es erstmals auf einer gleichberechtigten transatlantischen Partnerschaft aufbaut. Für uns ist MEADS der Testfall der transatlantischen Kooperationsfähigkeit, denn es ist das einzige Programm, für das ein gemeinsamer Bedarf und keine Alternative – weder in den USA, noch in den beteiligten europäischen Staaten – gegeben ist.“⁷¹⁸

Auch die BMDO bewertete MEADS Mitte der neunziger Jahre wiederholt als das Paradebeispiel für die transatlantische Kooperation. Durch die Planung

⁷¹⁶ vergl.: Binder, a.a.O.

⁷¹⁷ vergl.: Kubbig, Problematische Kooperation, a.a.O.

⁷¹⁸ Bischoff, Manfred: Sicherheitspolitik und Wirtschaft, a.a.O., S. 20

und Produktion eines neuen Abwehrsystems würde jenseits des Atlantiks der Weg für eine umfassende militärische Zusammenarbeit geebnet werden, so die Hoffnungen. Aus amerikanischer Sicht sei das Projekt bei den derzeitigen und zu erwartenden Verteidigungshaushalten nicht im nationalen Alleingang, sondern nur im internationalen Verbund finanzierbar.⁷¹⁹ Die amerikanischen Militärs hatten mit einem ähnlichen nationalen Rüstungsprojekt negative Erfahrungen machen müssen. Der Vorläufer von MEADS, das mobile Raketenabwehrsystem Corps SAM konnte von den Vereinigten Staaten nicht finanziert werden.⁷²⁰

Obwohl das Rüstungsprojekt mit den besten Absichten startete, kam es schnell zu Differenzen zwischen den Kooperationspartnern. Manfred Bischoff urteilte 1998: „Umso mehr beobachten wir mit Sorge, dass in den USA die Fortführung des Programms immer wieder in Zweifel gezogen wird.“⁷²¹ Grund für die Streitigkeiten waren

1. unterschiedliche Prioritäten der transatlantischen Partner,
2. Differenzen zwischen der Absichtserklärung und Zielen der BMDO und den budgetären Wirklichkeiten in den USA,
3. der hegemoniale Umgangsstil der USA, insbesondere bei der Regelung des Technologietransfers und der Entwicklung der Abfangrakete für MEADS.

Die Zukunft des Rüstungsprojektes war daher mehrmals ernsthaft gefährdet. Am 26. November 2000 kündigte der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Walter Stützle in einem Brief die deutsche Mitarbeit an dem MEADS-Programm auf.⁷²² Die Begründung lautete, das MEADS-Konzept würde „nicht notwendig den Erfordernissen genügen, um dem zukünftigen Spektrum sich abzeichnender Bedrohungen für die Landesverteidigung und internationalen militärischen Operationen zu begegnen.“ Außerdem habe der Kosovo-Krieg gezeigt, dass Radarsensoren für die Luftverteidigung durch Anti-Radar Flugkörper unwirksam gemacht werden können. Nachdem die amerikanische Administration Druck auf den Vorgesetzten Stützles, den deutschen Verteidigungsminister Scharping, ausgeübt hatte, erklärte

⁷¹⁹ vergl.: U.S. General Accounting Office (GAO): Report to the Chairman, Subcommittee on Military Research and Development, Committee on National Security, House of Representatives: Defense Acquisition: Decision Nears on Medium Extended Air Defense System, Washington D.C., Juni 1998

⁷²⁰ vergl.: Kubbig, a.a.O.

⁷²¹ siehe: Bischoff, a.a.O.

⁷²² vergl.: „Amerika verärgert: Berlin steigt aus Rüstungsprojekt aus“, in: Die Welt, 08.12.2000

dieser das Schreiben des Staatssekretärs für nichtig und bewilligte für die Finanzierung der Risikominimierungsphase von MEADS 50 Mio. DM.⁷²³

Die Frage nach der Finanzierung des Projektes führte innerhalb der amerikanischen Entscheidungsträger zu Differenzen. Während der US-Haushaltsdebatte 1998 erhielt MEADS zunächst die Unterstützung der Pentagon-Führung. In der entscheidenden Phase setzten sich Verteidigungsminister Cohen und Unterstaatssekretär Jacques Gansler in den Kongressausschüssen jedoch nicht energisch genug für das Rüstungsvorhaben ein. Die USA favorisierten nationale Rüstungsprojekte, die dem NMD-System dienen sollten. Der US-Kongress äußerte immer wieder Bedenken gegen das multinationale Projekt. Vor der Jahreswende 1998/1999 lag der konzeptionelle und budgetäre Schwerpunkt auf den regionalen Abwehrsystemen TMD. Trotzdem behandelten die Exekutive und die Legislative MEADS stiefmütterlich. Sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat strichen im September 1998 die von dem Präsidenten geforderten über 40 Mio. Dollar zur Weiterführung von MEADS aus dem Verteidigungshaushalt für 1999. Stattdessen bewilligten beide Häuser des Kongresses 10 Mio. Dollar zur Erforschung des mobilen PATRIOT/PAC-3-Systems.⁷²⁴

US-Verteidigungsminister Cohen gab am 20. Januar 1999 wesentliche Änderungen in der Zielsetzung des gemeinsamen Rüstungsprojektes bekannt. Die Raketenabwehr MEADS sollte nur noch als taktische Raketenabwehr zum Schutz von Truppen dienen und nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Homeland-Verteidigung der NATO entwickelt werden. Es sei nicht notwendig, dafür eine neue Systemarchitektur zu erforschen, vielmehr reiche eine Version, die in weiten Teilen aus bereits bestehenden amerikanischen Systemen beruhe.⁷²⁵

In dem Pentagon-Budget für das Haushaltsjahr 2001 wurde MEADS im Vergleich zu den nationalen Raketenabwehrprogrammen am wenigsten berücksichtigt und lag abgeschlagen an letzter Stelle. Die Clinton-Administration forderte 63,2 Mio. Dollar für das transatlantische Projekt, womit sie „den Wert der internationalen Zusammenarbeit“ gewürdigt sah.⁷²⁶ In dem Konferenzreport von Senat und Repräsentantenhaus bewilligte das Haus sogar nur 53,3 Mio. Dollar. Der amerikanische Rechnungshof, das U.S. General Accounting Office

⁷²³ vergl.: „Scharping unter Beschuss wegen Raketenabwehr“, in: Die Welt, 13.12.2000

⁷²⁴ vergl.: Kubbig, a.a.O.

⁷²⁵ vergl.: ebd.

⁷²⁶ Kadish, Ronald: Statement Before the Research and Development & Procurement Subcommittees, House Armed Services Committee, February 16, 2000:

<http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/kadish16feb00html>, S. 12

(GAO), begründete in einem MEADS-Report die ungesicherte Haushaltslage vom Juni 1998: Die BMDO habe sich nicht frühzeitig genug um die nachhaltige Finanzierung des Projektes gekümmert.⁷²⁷ Die BMDO hatte in ihrer zusammenfassenden Absichtserklärung (summary statement of intent) im Februar 1995 das Pentagon darauf hingewiesen, nach der Projektdefinitionsphase, die nach dem Haushaltsjahr 1999 starten sollte, seien die anfallenden Gelder für die Weiterentwicklung des Projektes vorhanden. Als die BMDO 1996 kurz vor dem Abschluss der internationalen Verhandlungen zu dem MEADS-Projekt stand, kürzte das Pentagon den BMDO-Haushalt. Die für das transatlantische Programm vorgesehenen Gelder wurden gestrichen.⁷²⁸ Die Absichtserklärung der Ballistic Missile Defense Organisation und die budgetäre Wirklichkeit der vom Pentagon bewilligten Mittel stimmten nicht überein.

Neben dem Problem der ungesicherten Finanzierung wurde das transatlantische Rüstungsvorhaben von Anfang an durch die restriktive Technologietransferpolitik der Vereinigten Staaten erheblich behindert. Obwohl das Projekt ohne einen Austausch auch geheimer Informationen an die europäischen Partner nicht realisiert werden kann, gab es keine Bereitschaft der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Verantwortlich dafür waren einerseits die BMDO, andererseits die Rüstungsfirmen, die ihren Technologievorsprung nicht hergeben wollen.

Die BMDO versäumte es, nachdem das Verteidigungsministerium die Initiative für MEADS ergriffen hatte, Regelungen für den Technologietransfer zu treffen. In der zusammenfassenden Absichtserklärung wurde die Problematik nicht einmal angesprochen. Der amerikanische Rechnungshof gab in seinem Report daraufhin bekannt, die unregelmäßigen Fragen in dem Zusammenhang des Technologietransfers könnten das Ende des Projektes bedeuten, da man nicht bereit sein würde, geheime Informationen auszutauschen: „Although the statement recognized that classified information developed for other missile programs would be transferred to the MEADS program, it did not address whether the programs that owned that information had concerned about its release. Also BMDO did not address the impact that a decision to withhold critical information could have on execution of the program.“⁷²⁹

⁷²⁷ vergl.: U.S. General Accounting Office, a.a.O., S.11

⁷²⁸ vergl.: ebd.

⁷²⁹ vergl.: ebd.

Es war das Ziel des Verteidigungsministeriums, durch strikte Regeln für den Technologietransfer die technologischen Vorsprünge zu erhalten. In der Praxis äußerte sich diese Politik, indem angeforderte Informationen erst nach 259 Tagen freigegeben wurden. Über die Weitergabe von Daten, die bereits zu Beginn des Projektes angefordert wurden, war bis Mitte 1998 nicht entschieden worden.⁷³⁰

Anfang 1999 musste eine neue Basis für die Kooperation gefunden werden. Italien und Deutschland stellten für eine weitere Zusammenarbeit die Forderungen, dass

1. MEADS ein Programm der Allianz wird;
2. vor dem Beginn der nächsten Projektphase die Problematik des Technologietransfers geregelt wird;
3. die USA Daten über die amerikanische Abfangrakete PAC-3 in größtmöglichem Ausmaß an die europäischen Partner freigeben;
4. MEADS mit dem Ziel eines völlig einsatzfähigen Gesamtsystems entwickelt wird.

Die europäischen Partner wollten mit ihren Forderungen verhindern, dass die Ergebnisse der gemeinsamen Forschungen lediglich den amerikanischen nationalen Raketenabwehrplänen zugute kommen und die Amerikaner die Ziele der transatlantischen Partnerschaft vernachlässigen.

Im Mai 2000 präsentierte das amerikanische Verteidigungsministerium den europäischen Partnern einen Plan, der den Zugang Italiens und Deutschlands zur PAC-3 Technologie in Zeitphasen aufteilt.⁷³¹ Mit dem Modus über die Weitergabe sensibler Daten zeigten sich die Kooperationspartner einverstanden. Die neuen Vereinbarungen wurden als „Durchbruch“ gewertet, und die Zuversicht auf eine gleichberechtigte Partnerschaft war groß, da man sich endlich Zugang zu den notwendigen Technologien versprach.⁷³² Trotz der Vereinbarungen setzten sich die Streitigkeiten um technologische und industriepolitische Details sowie um die restriktive Technologieweitergabe fort.⁷³³ Darüber hinaus entwickelte sich im Jahr 2003 ein weiterer Konfliktherd. In

⁷³⁰ vergl.: ebd.

⁷³¹ vergl.: Kubbig, a.a.O.

⁷³² vergl.: Binder, a.a.O.

⁷³³ vergl.: Aguera, Martin: „Kraftprobe mit den USA bestanden“, in: Das Parlament, 01.11.2004

Washington wurden Pläne entwickelt, die künftige Programmstruktur von MEADS vollständig zu überarbeiten, indem eine Verschmelzung der PAC-3 und MEADS-Programme erfolgen und die NATO Managementagentur abgeschafft werden sollte.⁷³⁴ Die Realisierung des amerikanischen Vorhabens wäre das Ende der Rüstungskooperation gewesen, da die programmrelevanten Entscheidungen nicht mehr in der Managementagentur gefällt worden wären, und die USA über die alleinige Entscheidungsgewalt verfügt hätten. Die beiden europäischen Partner konnten den amerikanischen Vorstoß abwehren, indem sie den USA den dauerhaften Vorsitz in der Agentur zusagten.⁷³⁵

Außerdem konnten die Amerikaner eine Programmänderung durchsetzen: So findet in den USA eine Programmverschmelzung von MEADS und PATRIOT statt, ohne jedoch die Programmstruktur von MEADS Int. zu berühren. Hintergrund dieser Programmverschmelzung ist der nach wie vor schwelende Konflikt um die Frage, ob lediglich die PAC-3 Abfangrakete oder auch eine vor allem von Deutschland favorisierte Zwei-Varianten Version mit einem Zweitflugkörper entwickelt werden soll.⁷³⁶ Washington widersetzt sich gegen die letztgenannte Version und konzentriert sich auf die seine Prioritäten. Folglich ist eine Unstimmigkeit in der militärstrategischen Zielsetzung des Projektes zu konstatieren.

Bereits seit der Projektgründung besteht zwischen den europäischen und amerikanischen Kooperationspartnern Uneinigkeit in der Frage, welche Abfangrakete in das MEADS-Konzept passt. Seit jeher versuchen die Amerikaner, ihren Vorschlag durchzusetzen. Ein Vertreter des deutschen Verteidigungsministeriums beschrieb die „Verhandlungen“ über den amerikanischen Vorschlag, die PAC-3 Abfangrakete für MEADS zu verwenden: „Während unserer Treffen machten die USA ziemlich klar, dass PAC-3 die Lösung sei und dass wir uns auf eine gemeinsame Entwicklung nur dann einlassen können, wenn wir PAC-3 als den Kern akzeptieren...Dies war ein bisschen so, wie wenn man eine Pistole auf seinen Kopf gerichtet hat. Wir brauchen ein System, aber das System, das wir wirklich brauchen, scheint zu verschwinden.“⁷³⁷

⁷³⁴ vergl.: Hagen, a.a.O. S. 8

⁷³⁵ vergl.: Agüera, a.a.O.

⁷³⁶ vergl.: Agüera, a.a.O.

⁷³⁷ zitiert nach: Kubbig, a.a.O.

Deutschland und Italien sehen in der amerikanischen Variante, lediglich die PAC-3 Abfangrakete für MEADS zu verwenden, die transatlantische Sicherheitskooperation bedroht. Sie fürchten, die europäischen Sicherheitsinteressen würden dadurch nicht berücksichtigt werden. Die Europäer sehen in MEADS die Möglichkeit, ein Abwehrsystem zu entwickeln, welches tief fliegende Kampfflugzeuge, Helikopter und UAVs (Unmanned Aerial Vehicles) abzuwehren vermag. Die kostenspieligere PAC-3-Variante wird von den Vereinigten Staaten zur Abwehr taktischer ballistischer Raketen entwickelt. In erster Linie soll diese in das Konzept der nationalen Raketenverteidigung eingegliedert werden. Das System berücksichtigt nicht die Anforderungen der Sicherheitskonzeption der zukünftigen bodengebunden Luftverteidigungssystem der NATO. Das amerikanische Verteidigungsministerium sieht die Abwehrrakete PAC-3 kompatibel mit den Systemanforderungen des MEADS-Programms. Wiederholt wurde den europäischen Partnern mitgeteilt, die Abfangrakete erfülle die meisten Anforderungen, die an MEADS gestellt werden.

Durch die amerikanische Programmverschmelzung auf der einen und der deutschen Zwei-Varianten Forderung auf der anderen Seite werden nicht nur die Interessengegensätze deutlich. Es ist zu vermuten, dass der Konflikt um die Weitergabe technologischer Details zusätzlich angeheizt wird. Obwohl bei den über die Jahre andauenden Verhandlungen Einigung über die zukünftige Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Technologietransfers erzielt wurde, bleibt abzuwarten, ob amerikanische Firmen in Zukunft dazu bereit sein werden, ihren Technologievorsprung zugunsten des Projektes preiszugeben. Anhand der historischen Erfahrungen und der Tatsache, dass MEADS nur einen kleinen Teil der amerikanischen Raketenabwehrpläne bildet, scheint höchst zweifelhaft, ob die Europäer mit den amerikanischen Partnern in Zukunft auf gleichberechtigter Basis zusammenarbeiten und die Technologielücke schließen werden. Mit der Programmverschmelzung von MEADS und PATRIOT haben die Amerikaner ein weiteres Argument restriktive Informationspolitik zu betreiben: Ein Argument kann fortan lauten, dass es sensitive Daten für amerikanische BMD-Systeme nicht der Kooperationsgemeinschaft zur Verfügung gestellt werden. Denn weder die amerikanische Industrie noch die Administration können ein Interesse daran haben, den technologischen Vorsprung auf dem Gebiet der Raketenabwehrtechnik preiszugeben. Daher erhalten die europäischen Firmen lediglich selektierte Daten.

Die Frage ist, ob diese ausreichen, um das MEADS-Projekt voranzutreiben, oder ob durch die Informationspolitik der technologische Erfolg von MEADS gefährdet ist. Gleichwohl bleiben die europäischen Firmen Juniorpartner, die Gleichberechtigung existiert nur auf dem Papier.

3.4.4. Der Wandel der deutschen Haltung in der Raketenabwehr-Debatte

In den meisten europäischen Staaten spielte das Thema „Raketenabwehr“ während der Clinton-Administration eine untergeordnete Rolle. Die sicherheitspolitische Agenda konzentrierte sich stattdessen auf die Themen „NATO-Reform“, „NATO-Erweiterung“ oder „Gemeinsame Außenpolitik“.⁷³⁸ Die Wirkung des Rumsfeld-Reports und des nordkoreanischen Raketentests auf die amerikanische BMD-Diskussion blieb in Europa weitgehend unbeachtet. Durch die anschließende Gesetzgebung der Administration im Juli 1999 und die erweiterten Pläne der nachfolgenden Bush-Administration wurden die europäischen Politiker gezwungen, Stellung zu beziehen. Die innereuropäische Diskussion dauerte bis zum Sommer 2001. Danach verschwand das Thema von der tagespolitischen Agenda. Dafür verantwortlich waren

1. die Terroranschläge des 11. September 2001,
2. der Anti-Terror-Krieg in Afghanistan und
3. die Auswirkungen der Strategie der Präemption.

Die europäischen Reaktionen auf die Raketenabwehrinitiative der Clinton-Administration können mit „verhalten“ und „ablehnend“ charakterisiert werden.⁷³⁹ Um einen Überblick über das europäische Meinungsklima zu erlangen, bereiste eine amerikanische Expertendelegation im Juli 2000 die Hauptstädte der wichtigsten europäischen Verbündeten. In einem Report wurden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst.⁷⁴⁰ Nach Meinung der amerikanischen Delegation ließen sich folgende Kritikpunkte Europas an NMD herauskristallisieren:

⁷³⁸ vergl.: Krause, a.a.O.

⁷³⁹ vergl.: Kile, Shannon: Nuclear arms control and ballistic missile defense, in: SIPRI Yearbook 2001, S. 441; Lindsay; O'Hanlon, a.a.O., 130ff.

⁷⁴⁰ siehe: Cambone, Stephen; Daadler Ivo u.a.: The Atlantic Council of the United States: European Views on National Missile Defense, Policy Paper, September 2000: <http://www.hsfr.de/abm/forum/pdfs/atlacoun.pdf>

1. Viele Politiker befürchteten, von den Amerikanern vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, ohne dass diese die europäischen Interessen und Befürchtungen berücksichtigen würden.
1. NMD sei eine technologische Antwort auf ein politisches und diplomatisches Problem. Die USA würden keine politischen und diplomatischen Lösungen suchen, sondern hätten sich für eine technologische Initiative entschieden.
2. Die USA würden mit dem Raketenabwehrprogramm einen hundertprozentigen Schutz des Heimatlandes anstreben. Die europäischen Erfahrungen hingegen zeigten, dass ein solcher Schutz nicht möglich sei.
3. Vor allem die politische Linke unterstellte, die amerikanische Rüstungsindustrie sei der eigentliche Initiator der neuen BMD-Politik.
4. Die Vereinigten Staaten würden ihre politische Macht in den internationalen Beziehungen aus ihrer militärischen Stärke definieren und andere Kräfte vernachlässigen
5. Die strategischen und finanziellen Konsequenzen des NMD-Programms stünden in keinem Verhältnis zu der angenommen neuen strategischen Umwelt.

In der BRD verabredeten Auswärtiges Amt, Kanzleramt und Bundesverteidigungsministerium im Mai 2000 eine gemeinsame Linie zur NMD-Diskussion. Der Tenor der Argumentationen war, der Rüstungswettlauf würde wieder beschleunigt werden und innerhalb der NATO zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit führen.⁷⁴¹ Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2001, auf welcher die Raketenabwehr-diskussion ein Schwerpunkt der Agenda war, äußerten sich die deutschen Teilnehmer verhalten zu den amerikanischen Raketenabwehrplänen. An der Entschlossenheit der Amerikaner konnte nach der Rede des neuen Verteidigungsministers Rumsfeld kein Zweifel mehr bestehen. Trotzdem beschränkte sich der deutsche Bundeskanzler Schröder in seinem Vortrag auf wenige zurückhaltende Worte. Er sei bereit, in der NATO einen Meinungsaustausch über NMD zu beginnen und nach gemeinsamen Antworten auf die bestehenden und auf neue Bedrohungen der Sicherheit zu suchen. Es werde keine leichte Aufgabe, trotzdem halte er es für wichtig, im Einsatz um Fortschritte bei Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht nachzulassen. Zu dem

⁷⁴¹ vergl.: „Das klare „Jain“ des Bundeskanzlers“, in FAZ, 01.03.2001

europäisch-amerikanischen Verhältnis bemerkte er, „wir“ müssten lernen, auch mit unterschiedlichen Meinungen und Interessen umzugehen.⁷⁴²

Mit den knappen Bemerkungen erstaunte und verärgerte Schröder die amerikanischen Teilnehmer. Der Bundeskanzler beschränkte sich darauf, bekannte Standpunkte knapp zusammen zu fassen und verweigerte jede argumentative Erörterung der von Rumsfeld vorgestellten Vorschläge nach Konsultationen. Als Reaktion auf die Rede des deutschen Bundeskanzlers kritisierte Henry Kissinger, man solle die Diskussion mit Washington über NMD nicht so führen, als unterziehe man sich einer Behandlung beim Zahnarzt.

Im Gegensatz zum Bundeskanzler ging Außenminister Fischer näher auf die Sicherheitspolitik der neuen amerikanischen Regierung ein. Zunächst wiederholte er seine Vorstellungen, Amerika müsse eine europäische Macht bleiben.⁷⁴³ Europa könne sich nach dem Ende der Sowjetunion nicht von seinem amerikanischen Partner verabschieden. Stattdessen bliebe der Kontinent auch künftig für den Erhalt seiner Sicherheit auf die USA angewiesen. Des Weiteren schilderte er die Position der Bundesregierung in der Raketenabwehrdebatte: „Die Frage einer Raketenabwehr ist zuerst und vor allem eine nationale Entscheidung der USA, aber sie hat weitreichende internationale Auswirkungen. Wir nehmen daher das Angebot der USA gerne an, die vielfältigen Implikationen der Entwicklung, des Baus und der Stationierung eines Raketenabwehrsystems auf die Sicherheit im Bündnis und auf die Zukunft der internationalen Abrüstung und Rüstungskontrolle gemeinsam sorgfältig abzuwägen. Aus der Sicht der Bundesregierung kommt es auf drei Kernpunkte an:

Erstens: Sicherheit und Kohäsion im Atlantischen Bündnis müssen gewahrt und nach Möglichkeit gestärkt werden.

Zweitens: Neue Rüstungswettläufe müssen vermieden und weitere Abrüstungsschritte eingeleitet werden.

Drittens: Das dichte Vertragsnetz nuklearer Abrüstung und Nichtverbreitung muss erhalten, gestärkt und ausgebaut werden.“

⁷⁴² zur Sicherheitskonferenz und der Rede Schröders vergl.: <http://www.securityconference.de/-konferenzen/>; „Washington zeigt sich zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems entschlossen“, in: FAZ, 05.02.2001; „Wie beim Zahnarzt“, ebd.; „Anspruch auf Beratungen“, ebd.; „USA beharren auf Bau der Raketenabwehr“, in: SZ, 05.01.2001; „Untertöne statt klarer Worte“, ebd.

⁷⁴³ vergl.: Fischer, Joschka: Rede Fischers auf der 37. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik: <http://www.securityconference.de/konferenzen>

Fischer wiederholte die Sorge der Regierung, Russland könne sich durch die amerikanischen NMD-Pläne bedroht fühlen und als gegen sich gerichtet empfinden könnte. Er äußerte Verständnis für die russischen Bedenken: „Die Argumente, die insbesondere von russischer Seite in jüngster Zeit vorgebracht wurden, sind deshalb ernsthaft zu prüfen.“ NMD könne sowohl in Asien als auch im Weltraum zu einem neuen Wettrüsten führen. Weitere Auswirkungen könnten die Beschleunigung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen sein, was weltweit zu weniger statt mehr Sicherheit führen würde. Daher werde sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass es zu weiteren nuklearen Abrüstungsschritten kommen werde, die von politischen Initiativen zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen begleitet würden. Wie der Bundeskanzler betonte auch der Außenminister die Tatsache, dass es unterschiedliche Meinungen im NATO-Bündnis gebe: „Dass es aber auch unterschiedliche Meinungen gibt, ist für jedes Bündnis konstitutiv.“

Knapp vier Wochen nach der Münchener Sicherheitskonferenz und einem Monat vor seinem Antrittsbesuch bei dem neuen amerikanischen Präsidenten bereitete Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Kurswechsel der bundesdeutschen Raketenabwehrpolitik vor. In einem Interview mit dem Fernsehsender N24 äußerte sich Schröder zu den Raketenabwehrsystemplänen der Bush-Administration.⁷⁴⁴ Er vermied zwar die Erwähnung ablehnender Hinweise, meinte aber, der Aufbau eines derartigen Raketenschildes werde zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit innerhalb der NATO führen und den Rüstungswettlauf beschleunigen. Ebenso wenig formulierte er die Zusammenhänge auf die Erfordernisse von Rüstungskontrolle und Abrüstung, wie er es noch auf der Sicherheitskonferenz getan hatte. Statt dessen bekundete Schröder das Interesse Deutschlands, an der Entwicklung der für das System erforderlichen Technologien beteiligt zu werden: „Gibt es auch, wenn ein solches Projekt gemacht wird...für uns ein eminentes wirtschaftliches Interesse. Das heißt...gibt es denn nicht nur „burden sharing“, was die politischen und materiellen Lasten angeht, gibt es auch ein „burden sharing“, also Teilhabe an der Technologie?“ Ebenso wie der ehemalige Bundeskanzler Kohl eine Partizipation an dem SDI-Projekt gefordert hatte, fürchtete auch Schröder von den USA

⁷⁴⁴ vergl.: Schröder, Gerhard: Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder auf N24 am 26.02.2001: <http://www.hsflk/abm/bureg/schroede/022601.html>; „Schröder für deutsche Beteiligung am amerikanischen Raketenabwehrsystem“, in: FAZ, 28.02.2001; „Heftige deutsche Debatte über die NMD“, in: NZZ, 02.03.2001; „Mogelpackung eines Wendemanövers“, in: NZZ, 02.03.2001

technologisch abgehängt zu werden: „...es geht darum, dass wir bei Technologien, die entwickelt werden, die wir womöglich mit gestalten, auch materiell innerhalb der NATO, dass wir bei dieser Technologie und der Kenntnis der Technologie nicht außen vor bleiben.“

Die Absicht des Bundeskanzlers lag darin, den Dialog mit der amerikanischen Administration zu erleichtern: „Ich bin dafür zu sagen, auf der festen Basis deutsch-amerikanischer Gemeinsamkeiten werden jetzt im Dialog Fragen geklärt.“ Bisher sei die Diskussion in Deutschland nicht so geführt worden, wie Schröder es gewünscht hätte: „Übrigens eine Diskussion, die in Deutschland nicht so geführt worden ist, wie sie nach meiner Meinung geführt werden sollte.“ Der Bundeskanzler erwähnte freilich nicht, dass die Bundesregierung mit ihrer ablehnenden Haltung für dieses Diskussionsklima gesorgt hatte.

Trotz der neuen Dialogbereitschaft blieben für Schröder und seiner Regierung viele ungeklärte Fragen offen, so nach der technischen Realisierbarkeit, den zu erwartenden finanziellen Kosten, den politischen Konsequenzen auch in Bezug auf die Rolle Russlands und Chinas. Zu den Plänen gehöre, dass man Russland mit einbeziehe und China nicht hinten an stelle. Des Weiteren nahm Schröder auf die Bedrohungsszenarien Bezug, die NMD zugrunde lagen: „Welche Bedrohungsszenarien liegen dem zugrunde?“ Es müsse besprochen werden, ob NMD ein rein nationales Verteidigungsprojekt sei oder eines, welches Europa inklusive Russland einbeziehe.

Die Bundesregierung legte in den folgenden Tagen Wert auf die Feststellung, man habe sich in der Frage noch nicht definitiv festgelegt, da die Auffassungen der USA noch nicht definiert seien. Neben den von Schröder formulierten Fragen, bliebe abzuwarten, wie sich die Führungen in Russland und China verhalten würden, so Regierungssprecher Heye. Des Weiteren verwies er auf Gespräche Schröders mit dem französischen Staatspräsidenten Chirac über eine mögliche gemeinsame europäische Haltung. Wenn die amerikanischen Pläne Konturen annehmen, dann würde die Bundesregierung auf eine gemeinsame Haltung hinwirken.⁷⁴⁵

Obwohl Regierungssprecher Heye einen Kurswechsel der Bundesregierung dementierte und die Haltung der Regierung mit „kontinuierlich“ beschrieb, handelte es sich bei der nun vertretenen offiziellen Position um einen

⁷⁴⁵ vergl.: „Kontinuierlicher Kurswechsel der Bundeskanzlers“, in: FAZ, 01.03.2001

Kurswechsel. Die Haltung, die das Auswärtige Amt, das Bundesverteidigungsministerium und das Kanzleramt im Frühjahr 2000 ausgehandelt hatten, existierte nicht mehr. Die neue Orientierung begründete die Regierung offiziell mit den sich geänderten Umständen. Im Jahr 2000 habe der amerikanische Präsident lediglich angekündigt, „irgendetwas“ vorzuhaben. Entsprechende Tests seien gescheitert und die Bereitschaft, mit den Bündnispartnern oder mit Russland oder China über die neuen Raketenabwehrpläne zu sprechen, sei nicht vorhanden gewesen. Nachdem Clinton die Entscheidung seinerzeit seinem Nachfolger überlassen hätte, ginge es jetzt nicht mehr um das „wann“, sondern um das „wie“. Außerdem sei die neue Administration jetzt zu Gesprächen bereit und auch die Belange Russlands und Chinas würden jetzt in den amerikanischen Kalkulationen berücksichtigt.⁷⁴⁶

Der neuen Haltung der Regierung schlossen sich nicht alle SPD-Politiker an. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler bezeichnete die amerikanischen NMD-Pläne in einem Namensartikel in der „Zeit“ als einen „riesengroßen Quatsch“.⁷⁴⁷ Erler unterstellte den Vereinigten Staaten, sie würden mit der Raketenabwehr eine potenzielle Unverwundbarkeit anstreben. In dem Artikel zweifelte der SPD-Politiker die amerikanischen Bedrohungsanalysen an sowie die technische Machbarkeit. Außerdem biete selbst ein funktionierendes System, dessen Unfunktionierbarkeit er selbst unterstellte, keinen Schutz vor Terrorattacken. Nicht nur die Raketenabwehr, sondern die gesamte amerikanische Politik gegenüber „Schurkenstaaten“ kritisierte Erler. Die Bombenangriffe im Irak hätten bisher eine Solidarisierung der leidenden Bevölkerung mit ihrem diktatorischen Peiniger erbracht und die internationalen Sanktionen hätten nur die Herrschaft Husseins gestärkt. Politische Strategien des Westens hingegen hätten zu einer Annäherung Nord- und Südkoreas geführt, und auch die Lage im Iran habe gezeigt, dass es einen inneren Wandel in den Risikostaat geben könne.

Für Verteidigungsminister Scharping war „Abwarten“ weiterhin die beste politische Taktik. Offensichtlich zweifelte Scharping an dem politischen Willen und der Durchführbarkeit. Wie bereits ein Jahr zuvor geäußert, zweifelte er an der technischen Machbarkeit und der Möglichkeit der Finanzierung des Projekts: „Zunächst sollten die Verabredungen zwischen dem bisherigen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin

⁷⁴⁶ vergl.: ebd.

⁷⁴⁷ vergl.: „Ein riesengroßer Quatsch“ in: Die Zeit, 08.03.2001

eingehalten werden.⁷⁴⁸ Erst dann können sich die USA und die NATO den politischen Entscheidungen über NMD nähern. Auch die technische Machbarkeit und die Finanzierung einer strategischen Raketenabwehr sind überhaupt noch nicht absehbar. Das sieht alles noch wenig realistisch aus.⁷⁴⁹ Die Formulierung einer gemeinsamen europäischen Haltung hielt er für nicht sinnvoll: „Viel wichtiger ist es, dass wir in der NATO darüber sprechen. Es macht wenig Sinn, dass die Europäer sich zusammensetzen und danach mit den Amerikanern reden. Das muss man von Anfang an im Bündnis machen.“⁷⁵⁰

In der Bundestagsdebatte zu den transatlantischen Beziehungen am 15. März 2001 formulierte Außenminister Fischer die neue Position der Bundesregierung. Neben den von ihm auf der Münchener Sicherheitskonferenz geforderten Kernpunkten fügte er die beiden Aspekte „Technologische Kooperation“ und „Abstimmung in Europa“ der offiziellen deutschen Position hinzu: „Der vierte Punkt ist die Frage einer möglichen technologischen Kooperation. Wir wissen noch nicht, wie eine solche Entscheidung, wenn sie denn kommt, aussehen wird. Aber es ist absehbar, dass ein Technologiewettbewerb ausgelöst wird. Auch das war von Anfang an die Position der Bundesregierung und zu Recht hat der Bundeskanzler exakt das angesprochen...Der sechste Punkt betrifft die Abstimmung in Europa, vor allen Dingen mit Großbritannien und Frankreich...“⁷⁵¹

Stellvertretend für die Meinung der Opposition ging der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe auf die amerikanischen Raketenabwehrpläne ein. Grundsätzlich befürwortete er die Pläne des Bündnispartners. Es zeichneten sich neue technologische Möglichkeiten ab, und eine Raketenabwehr böte die Möglichkeit zur Reduzierung von Offensivwaffen: „Mit dieser Raketenabwehr zeichnet sich die technologische Möglichkeit ab, angesichts der Proliferation einen Schutz zu schaffen und Abschreckung durch Elemente der Verteidigung zu ergänzen. Sie gibt auch die Chance zu erheblichen Abrüstungsschritten. (...) Es geht...um eine neue Sicherheitsstrategie, um einen neuen Mix aus Abschreckung und Verteidigung, das heißt um die Chance, durch Raketenabwehr einen gewissen Schutz zu schaffen und zugleich die Zahl der

⁷⁴⁸ gemeint waren die Verständigung beider Staatsoberhäupter auf die gemeinsame Nutzung eines Frühwarnsystems und die gegenseitige Ankündigung ballistischer Raketenstarts

⁷⁴⁹ siehe: Scharping, Rudolf: Interview Scharpings mit der Berliner Zeitung: <http://www.hsfk.de/abm-bureg/scharpin/012501.html>

⁷⁵⁰ siehe: ebd.

⁷⁵¹ siehe: Fischer, Joschka: Rede von Bundesaußenminister Fischer im Bundestag am 15.03.2001, in: Das Parlament Nr.13-14, 23/30.03.2001

Offensivwaffen deutlich zu reduzieren. Die CDU/CSU-Fraktion hält es jedenfalls für richtig, diese Chance im Grundsatz zu ergreifen. Wir wollen, dass der Dialog über die Raketenabwehr auf der Grundlage einer engen transatlantischen Zusammenarbeit offen für die Einbeziehung von Nicht-NATO-Staaten ist. Aber dafür ist die Formulierung einer deutschen und einer europäischen Position Voraussetzung. Wenn wir Einfluss auf die Amerikaner haben wollen, dann müssen wir hinsichtlich der deutschen Position Klarheit schaffen. Auch innerhalb der Bundesregierung und der Regierungskoalition geht es völlig durcheinander, wie das wirklich unprofessionelle Stimmengewirr beweist. (...) Wir müssen eine deutsche Position formulieren, Einigkeit im Bündnis schaffen und dann den Dialog mit Russland und anderen Nicht-NATO-Staaten führen. (...) Dazu muss grundsätzlich Ja gesagt werden.“⁷⁵²

Die von Rühle geforderte gemeinsame Position der Bundesregierung und das von ihm kritisierte unprofessionelle Stimmengewirr herrschte in den Oppositionsreihen ebenfalls. Die kritischen Stimmen zu NMD waren in Deutschland parteiübergreifend. Der außenpolitische Sprecher der CDU im Bundestag, Lamers, hatte den Amerikanern auf der Münchener Sicherheitskonferenz unterstellt, es gehe bei NMD gar nicht um den Schutz vor Gefährdung, sondern darum, unangreifbar und so zu den Herren der Welt zu werden.⁷⁵³ In einem Interview im Tagesspiegel mit der Überschrift „Wir müssen auch Amerikas Widerpart sein“, wiederholte Lamers seine Einstellung gegenüber NMD. Er warnte vor einer Kapitulation im voraus sowie vor den Hegemonialinteressen der USA. Außerdem bezeichnete er das NMD-Programm als „unseriös“.⁷⁵⁴

Innerhalb der Regierungspartei SPD überwogen die kritischen Stimmen gegen das Raketenabwehrprojekt. Nicht nur der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler machte gegen die amerikanischen Pläne mobil, auch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und stellvertretende SPD-Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul bewertete die geplante Raketenabwehr negativ: Man müsse die Konsequenzen am Anfang diskutieren, so die Bundesministerin.⁷⁵⁵ Sie vertrat die offizielle Meinung der deutschen Regierung des Jahres 2000, da sie einen neuen Rüstungswettlauf

⁷⁵² siehe: Rühle, Volker: Rede von Volker Rühle im Bundestag am 15.03.2001, in: ebd.

⁷⁵³ vergl. „Wie beim Zahnarzt“, a.a.O.

⁷⁵⁴ siehe: Erler, Gernot: Rede von Gernot Erler im Bundestag am 15.03.2001, in: Das Parlament, a.a.O.

⁷⁵⁵ vergl.: „Wieczorek-Zeul kritisiert Amerikas Raketenabwehrpläne“, in: FAZ, 26.07.2001

befürchtete, der durch das Raketenabwehrprogramm ausgelöst würde. Im Zentrum ihrer Befürchtungen standen dabei jedoch nicht die erneute Aufrüstung Russlands, sondern Rüstungswettläufe in Krisengebieten: „Der durch das Raketenabwehrprogramm ausgelöste regionale Rüstungswettlauf gefährdet das wirtschaftliche Vorankommen in den Entwicklungsländern...Ich teile die Bedenken derer, die das amerikanische Vorhaben ablehnen.“⁷⁵⁶ Die internationale Staatengemeinschaft habe sich in dem Jahr 2000 auf der Millenium-Tagung entwicklungspolitische Ziele gesetzt, die durch eine solche Entwicklung nicht erreicht werden könnten. Die Kosten für das amerikanische Projekt schätzte Wieczorek-Zeul auf 200 Mrd. Dollar, und die finanziellen Folgen würden die in Armut lebenden Menschen in Entwicklungsländern spüren.

Der Rüstungswettlauf würde in den Ländern stattfinden, die der wirtschaftlichen Entwicklung am ehesten bedürften. Den Anfang eines Rüstungswettlaufs werde dabei China machen, was diese Folgen haben werde: „Wenn China aufrüstet, rüstet Indien auf. Wenn Indien aufrüstet, rüstet Pakistan auf.“ Der chinesische Markt habe eine wachsende Bedeutung für deutsche Unternehmen, die wiederum Prioritäten setzen müssten. Im Falle eines Falles hätten sie zu entscheiden, wie wichtig es ihnen sei, auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen. Neben den negativen Auswirkungen auf den deutschen Markt stehe das amerikanische Rüstungsvorhaben im Gegensatz zu den Zielen, China wirtschaftlich in die Welthandelsorganisation einzubeziehen. Langfristig werde auch die politische Integration in die internationale Staatengemeinschaft erschwert.

Für die Bundesministerin stellten die militärischen Pläne einen Widerspruch zu diplomatischen Bemühungen dar, mit „Schurkenstaaten“ in einen Dialog zu treten. Im Iran zeige sich, dass politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit langfristig und sicherheitspolitisch erfolgreicher sei als gegenseitige Bedrohung. Die Nordkorea-Politik der amerikanischen Vorgängeradministration sei ebenfalls erfolgreicher gewesen.

Die Bedenken der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit waren kennzeichnend für die Meinung über das Thema Raketenabwehr innerhalb der SPD. Der Bundeskanzler musste es sich zur Aufgabe machen, einen „Glaubenskrieg“ zu verhindern, wie er innerhalb der Partei in den achtziger Jahren über die Nachrüstung geführt wurde.⁷⁵⁷

⁷⁵⁶ Zitat aus ebd.

⁷⁵⁷ vergl.: ebd.

Während des Besuchs des Bundeskanzlers bei dem neuen amerikanischen Präsidenten Bush am 29. und 30. März 2001 wurde zwischen den beiden auch die Raketenabwehr thematisiert. Der Bundeskanzler wollte Dissonanzen mit der amerikanischen Administration darüber vermeiden.⁷⁵⁸ Schröder sagte, er teile den defensiven Ansatz des Raketenabwehrsystems, der, richtig ausgestaltet, sogar zu einem Abbau der atomaren Arsenale führen könne. Damit revidierte Schröder die bisherige offizielle Position, in der er vor einer möglichen Aufrüstung gewarnt hatte. Er stellte dem amerikanischen Präsidenten eine deutsche Beteiligung in Aussicht, ohne jedoch definitive Zusagen zu machen. Zuvor müssten Fragen beantwortet werden, die er nicht als Bedingungen verstanden wissen wollte. Zu klären sei, ob ein Raketenabwehrsystem das geeignete Mittel sei, der Bedrohung durch „Schurkenstaaten“ zu begegnen, oder ob zusätzliche Mittel gegen diese Staaten gefunden werden müssten. Indem Schröder feststellte, von „Schurkenstaaten“ gehe wirklich Terrorismus aus, teilte er die Auffassungen der amerikanischen Bedrohungsanalysen.

Fragen nach den notwendigen Technologien, der Finanzierung und den Folgen für die Beziehungen zu Russland und China mussten noch geklärt werden. Zu diesen drei Punkten erhielt Schröder von Bush keine Antworten. Der Bundeskanzler wiederholte das Angebot einer deutschen Beteiligung. Er lobte, dass es sich nicht mehr um ein nationales Abwehrprogramm handeln würde. Wenn Fragen nach der Art des Raketenabwehrsystems geklärt seien, könne auch über eine deutsche Beteiligung gesprochen werden. Bush erwiderte diese Offerte der Form halber. Er habe Schröder seine Philosophie in dieser Sache erläutert, dieser habe zugehört und auch verstanden. Für eine Beteiligung sei er, Bush, mehr als bereit dazu.

Im Laufe des Jahres 2001 nutzte die amerikanische Administration mehrere Gelegenheiten, für das Raketenabwehrprojekt zu werben und den Verbündeten Konsultationen zu versprechen. George W. Bush kündigte in seiner Grundsatzrede vom 01. Mai 2001 an: „...dass ich ranghohe Vertreter in die Hauptstädte unserer Verbündeten in Europa, Asien, Australien und Kanada schicke, um unsere gemeinsame Verantwortung für die Schaffung eines Rahmenabkommens für Sicherheit und Stabilität zu besprechen. (...) Es wird

⁷⁵⁸ zu dem Antrittsbesuch Schröders bei Bush vergl.: „Enger Dialog“ mit Washington“, in FAZ, 30.03.2001; „Selten wurden Unstimmigkeiten in der deutsch-amerikanischen Freundschaft so ungeschminkt formuliert“, in: FAZ, 31.03.2001; Pressekonferenz Schröders und Bushs in: <http://www.hsfk.de/abm/bushadmi/bush/290301.html>

echte Konsultationen geben. Wir werden unseren Verbündeten und Freunden keine Entscheidungen präsentieren, die wir vorher unilateral getroffen haben. Diese neue, auf Zusammenarbeit angelegte Beziehung sollte sich der Zukunft, nicht der Vergangenheit zuwenden. (...) Sie sollte auf Offenheit, gegenseitigem Vertrauen und Wegen der Zusammenarbeit beruhen, die Raketenverteidigung eingeschlossen.“⁷⁵⁹ In derselben Rede verwies Bush auf die Absicht, den ABM-Vertrag revidieren zu wollen.

Bundesaußenminister Fischer, der sich zum Zeitpunkt der Rede auf einer USA-Reise befand und den amerikanischen Außenminister Powell sowie die Sicherheitsberaterin Rice traf, reagierte mit vorsichtiger Zustimmung auf die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten.⁷⁶⁰ Die von Bush angekündigten Abrüstungsschritte begrüßte der Außenminister, der die Position der Bundesregierung wiederholte, indem er auf die Vermeidung eines neuen Rüstungswettlaufs als Ziel hinwies. Daher bedürften die amerikanischen Pläne weiterer Präzisierung und einer engen Absprache mit den Verbündeten. Fischer lobte die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten, die Verbündeten konsultieren zu wollen.

Er kam der amerikanischen Haltung, den Status Quo des bestehenden ABM-Vertrages nicht beizubehalten, einen großen Schritt entgegen. Die versprochenen Konsultationen wollte er dazu nutzen, um etwas zu finden, was besser als der ABM-Vertrag sei.⁷⁶¹ Damit gestand der deutsche Außenminister ein, dass der ABM-Vertrag veraltet und nicht mehr zeitgemäß war. Zu der Äußerung Bushs, der Vertrag werde den sicherheitspolitischen Bedürfnissen der Gegenwart und der Zukunft nicht gerecht, antwortete Fischer, Änderungen dürften nicht zu Verschlechterungen führen.

Die Rede Bushs verglich der Außenminister mit einer Absichtserklärung, deren Bedeutung in dem angekündigten Verfahren liege: Die Administration habe ihren Willen bekundet, über die Pläne der Raketenabwehr im Rahmen eines internationalen Geflechts zu entscheiden. Das sei deshalb zu begrüßen, da niemand Interesse daran haben könne, dass die einzig verbliebende Supermacht wichtige strategische Entscheidungen alleine treffe. Für eine inhaltliche Bewertung der Pläne und für eine Aussage zu einer europäischen Beteiligung an

⁷⁵⁹ Zitat aus: „Ein neues Sicherheitskonzept“, in: FAZ, 03.05.2001

⁷⁶⁰ vergl.: „Verbündete begrüßen Bushs Willen zu Konsultationen“, in: FAZ, 03.05.2001; „Bushs Raketenpläne verunsichern Europäer“, in: SZ, 03.05.2001

⁷⁶¹ vergl.: „Fischer: Etwas finden, was besser ist als ABM“, in: FAZ, 04.05.2001; „Fischer lobt Willen der USA zur Kooperation“, in: SZ, 04.05.2001

den Raketenabwehrsystemen sei es noch zu früh. Die Finanzierbarkeit und die technische Möglichkeit seien Substanzfragen, die noch unbeantwortet seien. Man könne sich nicht auf etwas festlegen, was man noch nicht kenne. Neben der Beantwortung der beiden „Substanzfragen“, müsse auch der Zeitplan zur Entwicklung des Raketenabwehrsystems abgewartet werden. Auch nach seinen Gesprächen mit Powell und Rice habe er nicht den leisesten Hauch einer Ahnung, in welchem Zeitrahmen das Projekt realisiert werden würde. Auskunft über diesen Punkt erhoffte sich der Außenminister von den ranghohen Vertretern, die von Bush für die Konsultationen angekündigt worden waren.

Noch im Mai 2001 begann eine Delegation unter der Führung des stellvertretenden Verteidigungsministers Wolfowitz und des stellvertretenden Sicherheitsberaters Hadley eine Europareise, um die Verbündeten und die Russen zu informieren.⁷⁶² Der Abteilungsleiter für Asien und Pazifik im amerikanischen Außenministerium, Kelly, besuchte zu diesem Zweck China.⁷⁶³ Anfang Juni 2001 stellte der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld die amerikanischen Pläne im Rahmen des Frühjahrstreffen der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel vor. Außenminister Powell hatte bei den Außenministern der Bündnispartner in Budapest den Versuch unternommen, die Europäer zur Anerkennung einer gemeinsamen Bedrohung zu bewegen.⁷⁶⁴ Am 14. Juni folgte Präsident George Bush bei seiner ersten Europa-Reise seinen Ministern und forderte die NATO-Partner zum Umdenken auf.⁷⁶⁵

Die Mitglieder der amerikanischen Administration und die von ihnen gesandten Delegationen konnten wenig neue Informationen liefern. Die für die Bundesregierung offenen Fragen nach der Finanzierbarkeit, dem Fahrplan, der technischen Machbarkeit und weiteren Einzelheiten wurden nicht beantwortet. Der amerikanische Konsultationswille wurde von den Europäern zwar begrüßt. Diese mussten aber fortgesetzt werden, wie Bundesverteidigungsminister Scharping anlässlich des Rumsfeld-Besuches feststellte. Scharping zeigte sich weiterhin sehr skeptisch. Rumsfeld habe lediglich allenfalls eine Ideenskizze und den hinter der Ideenskizze stehenden politischen Willen dargelegt.⁷⁶⁶

⁷⁶² vergl.: „Schutzschild oder Mühlstein?“, in: FAZ, 11.06.2001; „Offensive Fragen zum Abwehrschirm“, in: SZ, 11.05.2001

⁷⁶³ vergl.: „China zu weiteren Gesprächen über Raketenabwehr bereit“, in: FAZ, 17.05.2001; „Washington wirbt in China für die Raketenabwehr“, in: NZZ, 17.05.2001

⁷⁶⁴ vergl.: „Rumsfeld wirbt für Raketenabwehr“, in: FAZ, 08.06.2001; „USA mahnen bei Raketenabwehrplänen zur Eile“, in: SZ, 09.05.2001

⁷⁶⁵ vergl.: „Bush fordert NATO-Partner zum Umdenken auf“, in: FAZ, 15.06.2001; „Bush muss hoffen“, in: SZ, 15.06.2001

⁷⁶⁶ vergl.: „Rumsfeld wirbt für Raketenabwehr“, a.a.O.

Der amerikanische Verteidigungsminister hatte seine Kollegen über das neue strategische Denken der Administration informiert. Die Raketenabwehrpläne stellte er vor, indem er über die Absicht einer „gestaffelten Verteidigung“ gegen eine relativ kleine Anzahl ballistischer Raketen in ihren unterschiedlichen Flugphasen informierte. Er machte deutlich, dass es noch viel zu früh sei, um über die Gesamtarchitektur eines künftigen Raketenabwehrsystems definitive Aussagen machen zu können. Rumsfeld sagte, die Vereinigten Staaten wollten ein breites Spektrum technischer Möglichkeiten erproben und hätten die Absicht, bereits getestete Bestandteile des Systems vorläufig einzusetzen, um eine rudimentäre Verteidigung gegen neu entstehende Bedrohungen zu ermöglichen. Allein Tests führten zu gesichertem Wissen, und neue Technologien würden sich über einen langen Zeitraum entwickeln. Rumsfeld machte deutlich, dass die Stationierung eines Raketenabwehrsystems für die USA und ihren Freunden und Verbündeten, ein Hinausgehen über den ABM-Vertrag erforderlich machen werde. Man sei entschlossen, eine angemessene Verteidigung gegen Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologien zu schaffen. Eine Reihe von Staaten verfüge bereits darüber, oder versuche sie zu erwerben.

Zur Unterstützung seiner Behauptung legte Rumsfeld den übrigen Verteidigungsministern Geheimdienstmaterial vor, die über die Fähigkeiten informierten, welche sich Länder wie Nordkorea, Libyen, Iran und Irak erworben hätten. Nochmals versicherte er den Verbündeten und Russland Konsultationen, damit ein neues Rahmenwerk gefunden werden könne, welches das Testen und den Einsatz neuer Systeme ermögliche. Eine Bedrohung gehe von diesen Defensivsystemen für niemanden aus.⁷⁶⁷

In der Sache ergab sich wenig Neues aus dem Besuch des amerikanischen Präsidenten in Europa vom 14. bis 16. Juni 2001.⁷⁶⁸ Bush sprach zunächst vor der NATO in Brüssel und anschließend bei der Zusammenkunft der Europäischen Union in Göteborg. Abschließend war ein Zusammentreffen mit dem russischen Präsidenten in der slowenischen Hauptstadt Laibach geplant. Das Thema Raketenabwehr und die Überwindung der großen Skepsis bei den Verbündeten gehörte hauptsächlich zur Agenda des amerikanischen Präsidenten. Die Tatsache, dass er persönlich für die Raketenabwehr warb, verdeutlichte lediglich den

⁷⁶⁷ vergl.: ebd.

⁷⁶⁸ Zum Bush-Besuch vergl.: „Ich werde tun, was ich für richtig halte“, in: Die Zeit, 21.06.2001; „Beziehungsstress“, in: Die Welt, 14.06.2001; „Transatlantisches Desinteresse“, in: ebd.; „Bushs Raketenpläne stoßen bei NATO-Partnern auf Desinteresse“, in: ebd.

Stellenwert, den das Vorhaben bei der amerikanischen Administration genoss. Vor der NATO sagte Bush, er habe eine neue Empfänglichkeit für das Konzept einer Raketenabwehr als Teil eines neuen strategischen Rahmenwerks gegen veränderte Bedrohungen gespürt. Die Zweifler könne er mit der Logik der Argumente überzeugen. Aber die Leute würden auch wissen, dass er tun werde, was er für richtig halte, um die Welt friedlicher zu machen. Von den Verbündeten forderte er nicht, ein Raketenprojekt zu unterstützen, was es noch gar nicht gebe. Allerdings verlangte er, dass in strategischen Fragen anders gedacht werde. Erneut sprach er sich gegen den ABM-Vertrag aus. Die Erprobung und Entwicklung von neuen Technologien werde durch diesen verhindert. Mit der Mentalität des Kalten Krieges seien auf neue Herausforderungen, wie die asymmetrische Bedrohung durch Schurkenstaaten, keine Antworten zu finden. Bush räumte ein, seine Entschlossenheit, den ABM-Vertrag hinter sich zu lassen, mache einige Verbündete nervös. Durch die Konsultationen könnte diese Nervosität aber beigelegt werden. Ebenso wenig wie der amerikanische Präsident Neues zu sagen hatte, formulierte auch der Bundeskanzler keine neue Position. Er wiederholte in seinem Redebeitrag, es seien noch viele Fragen zu klären und die Gespräche im Bündnis müssten fortgesetzt werden.⁷⁶⁹

Die Europareisen der amerikanischen Minister und des Präsidenten erfolgten unter dem Eindruck der verschobenen amerikanischen innenpolitischen Verhältnisse. Seit wenigen Tagen hatten die raketenabwehrskeptischen Demokraten die Mehrheit im Senat und kündigten erheblichen Widerstand gegen die Pläne der Administration an. In Kenntnis der inneramerikanischen Situation, konnten die europäischen Staatsmänner und Minister gelassen auf die werbenden Amerikaner reagieren. Nach wie vor überwog bei den Verbündeten die Skepsis gegenüber den Raketenabwehrplänen, und in der ablehnenden Haltung spiegelte sich der insgeheime Wunsch durch, das Raketenabwehrprogramm möge an inneramerikanischen Widerständen scheitern. In den Aussagen der deutschen Minister und des Kanzlers wurde diese Hoffnung in unterschiedlicher Weise deutlich:

1. Die Betonung Joschka Fischers, das MD-Programm sei eine amerikanische Entscheidung, bedeutete, der amerikanische Kongress könne die notwendigen Gelder nicht bewilligen und die ehrgeizigen Pläne Bushs scheitern lassen.

⁷⁶⁹ „Bush fordert NATO-Partner zum Umdenken auf“, a.a.O.

2. Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer fragten nach der Finanzierbarkeit des Projektes. Der Kongress hatte bereits signalisiert, die von der Administration geforderten Mittel nicht zu bewilligen.
3. Die Aussage Scharpings, der amerikanische Verteidigungsminister habe „lediglich eine Ideenskizze und den politischen Willen, der hinter der Ideenskizze stünde“, vorgestellt, liess sich auch so interpretieren, dass der Verteidigungsminister der Auffassung war, das Raketenprogramm werde sowieso nicht zustande kommen.

Die deutsche Haltung lässt sich mit vorsichtig abwartend und zweifelnd charakterisieren. Außenminister Fischer äußerte im Juli 2001: „Schauen wir uns die innenpolitische Debatte in den USA doch erst einmal an. Es ist noch zu früh für belastbare Aussagen, ob und - wenn ja - wie die strategische Raketenabwehr wirklich kommen wird.“⁷⁷⁰ Die deutsche Regierung hoffte, das Raketenabwehrprojekt würde an innenpolitischen Widerständen in Amerika scheitern, oder wenigstens verzögert werden. Vor den Terroranschlägen des 11. September 2001 hatte sich die demokratische Opposition im amerikanischen Senat formiert, und die Chancen, dass dieser den Druck auf die Regierung erhöhen und wichtige Gelder nicht bewilligen würde, waren sehr hoch. Die Ereignisse überholten jedoch die deutschen Hoffnungen. Nach den Terroranschlägen bildete sich ein inneramerikanischer Konsens, und der Senat unterstützte die Außenpolitik des Präsidenten. In den Kongresswahlen am 05. November 2002 erlangten die Republikaner sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat die Mehrheit, so dass dem amerikanischen Präsidenten die Unterstützung des Parlaments in seiner Außenpolitik sicher war. Damit war die deutsche Politik des Abwartens gescheitert.

Bundeskanzler Schröder hatte für den Fall der Fortführung der amerikanischen Pläne vorgesorgt, indem er rechtzeitig einen Positionswechsel vollzogen und eine deutsche Beteiligung an dem Projekt angeboten hatte. Damit hatte er politische Unterstützung signalisiert, obwohl das Projekt nicht seinen außenpolitischen Vorstellungen entsprach.

⁷⁷⁰ siehe: Fischer, Joschka: Interview mit Außenminister Fischer in der Berliner Morgenpost: <http://www.hsfk.de/abm/bureg/fischer/190701.html>

4. Zusammenfassung: Kontinuitätslinien amerikanischer Verteidigungskonzeptionen und Perspektiven für die Europäische Sicherheitspolitik

In der vorliegenden Dissertation werden Kontinuitätslinien bei der Entwicklung amerikanischer Verteidigungskonzeptionen und deren Implikationen für eine gemeinsame (west-)europäische Sicherheitspolitik analysiert. Als Ansatzpunkt der Untersuchung dient die übergreifende Fragestellung, ob die Staaten Westeuropas in der Lage waren und sind, gemeinsam übereinstimmende sicherheitspolitische Antworten auf neue amerikanische Verteidigungskonzeptionen zu finden und in die Tat umzusetzen.

Die mangelnden rüstungswirtschaftlichen Möglichkeiten der Europäer hinterließen bisher einen zu großen technologischen Abstand zwischen den USA und den Europäern. Gleichzeitig wurde den Staaten Westeuropas ihre sicherheitspolitische Ohnmacht während des Kalten Krieges vorgeführt. An diesem Beziehungsgeflecht hat sich auch unter den veränderten Bedingungen der neuen Weltordnung nichts geändert. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Umsetzung von europäischen Initiativen zum Aufbau einer tatsächlichen eigenständigen Sicherheitspolitik klafft weiterhin eine große Lücke.

Der Analysezeitraum in der Dissertation beträgt einen Zeitspanne von ca. 20 Jahren. Bezogen auf die USA handelt es sich um die jeweils doppelten Amtsperioden der Administrationen Ronald Reagan (1981-1989) und Bill Clinton (1993-2001), der „einfachen“ Amtsperiode von George Bush sr. (1989-1993) sowie um die ersten Jahre der Administration seines Sohnes George Bush jr. (2001ff.). Von Westeuropa ausgehend wird der Zeitraum zwischen der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses von Dezember 1979 im Herbst 1983 über den Ausbruch der Kriege auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien (1992), bis hin zu den ersten europäischen Militäreinsätzen in Mazedonien und im Kongo (beide 2003) analysiert.

Drei amerikanische, scheinbar nur verteidigungspolitisch relevante Vorgaben, bilden den analytischen Rahmen der Dissertation:

- die von Präsident Ronald Reagan lancierte Strategic Defense Initiative,
- Bill Clintons Initiativen zunächst zur Erforschung von territorialen Raketenabwehr-Systemen und später vom mehrheitlich republikanisch dominierten Kongress aufgewungenem National Missile Defense sowie
- das von seinem Nachfolger George Bush jr. umfassender konzipierte Missile Defense-Projekt.

Reagans Vision schien zunächst mit dem welthistorisch ersten atomaren Abrüstungsvertrag (INF-Vertrag vom Dezember 1987) und folgend mit der historischen

Wende von 1989/1990 ad acta gelegt. Präsident Clinton versuchte seine BMD-Politik in Einklang mit abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Maßgaben zu gestalten, wurde aber vom Kongress zu aus dieser Sicht kontraproduktiven NMD gezwungen. Der amtierende Präsident Bush versuchte bisher lediglich durch den verbalen Einbezug der NATO-Alliierten unter das MD-Verteidigungsschild den außenpolitischen Flurschaden zu begrenzen und die europäischen Verbündeten mit Konsultationsangeboten zu beruhigen.

Im Zentrum des ersten Hauptkapitels der Dissertation steht die verzweifelt anmutende Suche nach einer adäquaten gemeinsamen Antwort der Westeuropäer auf das für alle Beteiligten überraschend lancierte SDI-Projekt Ronald Reagans. Das vorrangig von Deutschland und Frankreich geführte Technologie-Gemeinschaftsprojekt EUREKA war eine direkte Reaktion auf die militärtechnologische Herausforderung des SDI-Programms. Offiziell wurde die Notwendigkeit von EUREKA mit den zivil-technologischen Herausforderungen, welche durch SDI entstehen würden, begründet. Die zentrale Befürchtung lautete, Europa könnte den durch SDI zu erwartenden Technologieschub verpassen, was die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nachhaltig gefährden hätte. Dazu zählt auch die Abwanderung qualifizierter Wissenschaftler in die USA (Brain Drain). Die zivil-technologische Argumentation war jedoch lediglich ein Vorwand. Tatsächlich war EUREKA eine militärische und rüstungswirtschaftliche Antwort auf SDI. Denn de facto hätten die technologischen Entwicklungen im Bereich der Satellitensysteme der französischen nuklearen Abschreckungsmacht gedient, deren Wert durch die Abhängigkeit von NATO-Kapazitäten stark eingeschränkt war. Weitere Projektschwerpunkte wie die Erforschungen zur Verbesserungen im Bereich von Hard- und Software zeigen den eindeutigen militärischen EUREKA-Hintergrund, da diese einen direkten Nutzen für die französischen atomar bestückten Raketen gehabt hätten.

EUREKA war die Antwort derjenigen Europäer, welche das Ziel eines sicherheitspolitisch eigenständigen Europas vor Augen hatten, auf die überzogenen Technologiehoffnungen der „Atlantik-Europäer“. Folglich existierte bereits Mitte der 1980er Jahre ein innereuropäischer Graben über mögliche gemeinsame sicherheitspolitische europäische Strategien. Der im Kontext des Irak-Krieges 2003 offen zutage getretene Riss innerhalb Europas kam nicht überraschend sondern reiht sich in eine Kontinuitätslinie ein. Mit SDI hatte Ronald Reagan eine futuristisch anmutende Vision in ein politisches Konzept umgesetzt und technologisch vermutlich Unmögliches angepeilt. Trotz Allem war die Folge von SDI auf Westeuropa die Demaskierung des Bündnispartners als einen technologischen Statisten.

Die verantwortlichen westeuropäischen Politiker waren sich über diese Demaskierung im Klaren. Dennoch waren sie nicht imstande, eine gemeinsame, tragfähige, die amerikanische Herausforderung überzeugend annehmende Antwort zu formulieren. Eine adäquate Antwort hätte darin bestanden, die westeuropäischen zivil- und rüstungswirtschaftlichen relevanten Ressourcen so zu bündeln, dass daraus mittelfristig (innerhalb von einer Generation) ein amerikanisch-europäisches technologisches Kopf-an-Kopf-Rennen entstanden wäre. Letztlich bedeutet der erfolglose Versuch dieser Politik, dass noch bevor eine „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU mit dem Vertrag von Maastricht theoretischer Bestandteil der Politik der Europäischen Union geworden war, diese bereits gescheitert war.

Ein wesentlicher Grund dafür war die zu große Verlockung für westeuropäische Staaten an einer SDI-Partizipation: Den Staaten Westeuropas wurden in der Vorphase von SDI Konsultationen zugesichert und dauerhafte Forschungsbeteiligungen angeboten. Die durch diese diplomatisch-politische Strategie resultierende Stärkung der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und einzelnen westeuropäischen Staaten verstärkte den latent vorhandenen innerwesteuropäischen Graben.

Nicht nur die westeuropäischen Verbündeten wurden mit SDI vorgeführt. Auch die ökonomisch schon längst in Bedrängnis gebrachte Sowjetunion musste einen technologisch-ökonomischen Offenbarungseid leisten. Unzweifelhaft trieb die strategische Bedeutung von SDI den Machtkonkurrenten UdSSR in die Defensive. Durch die politische Instrumentalisierung der strategischen Auswirkungen von SDI wurde die UdSSR gezwungen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und ihre Abrüstungsbemühungen zu intensivieren. An eine militärtechnologische Antwort im Bereich der Weiterentwicklung eigener strategischer Defensivwaffen oder aber an einer Aufrüstung strategischer Offensivwaffen konnte die UdSSR unter den herrschenden ökonomischen Bedingungen nicht denken.

Die weitgehend gemeinsame Bedrohungspersonifikation des Westens und die dadurch resultierende Politik gegenüber dem Machtkonkurrenten WVO wirkte zwar auf das transatlantische Verhältnis homogenisierend doch auf ein gemeinsames europäisches sicherheitspolitisches Handeln desintegrierend. Der Wegfall des gemeinsamen sicherheitspolitischen Gegenübers weckte nicht die europäische Bereitschaft zur Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Perspektiven. Vielmehr potenzierte sich die desintegrierende Wirkung der amerikanischen Verteidigungskonzeptionen auf europäische sicherheitspolitische Positionierungen. Zwar beginnt mit der Entwicklung der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU ein neues Kapitel in den europäischen Integrationsbestrebungen, doch schon bei der ersten wirklichen Nagelprobe

der GASP, die Kriege im ehemaligen Jugoslawien, erwies sich die EU als ein Papiertiger. Ohne die Großmacht USA war Europa nicht handlungsfähig, an naheliegende militärische Aktionen war nicht zu denken.

Zum Einen fehlten der GASP politische Instrumentarien, um im Sinne des Kriegs- und Krisenmanagements erfolgreich einwirken zu können. Zum anderen war es der Mangel an militärischen und militärtechnologischen Fähigkeiten, die das politische Handeln der Europäer bestimmte. Die Unfähigkeit der Konfliktvorbeugung (und –nachsorge) sowie des Krisenmanagements resultierten aus dem über Jahrzehnte bestehendem Abhängigkeitsverhältnis, welches sich auch anhand der technologischen Abhängigkeit zu den USA aufgebaut hat. Wegen den mangelnden Fähigkeiten, diplomatischen Bemühungen falls erforderlich auch militärisch Nachdruck verleihen zu können, sind es nach wie vor die USA welche als maßgebliche Ordnungsstifter im Falle von Konfliktmanagement akzeptiert werden.

Die Entwicklungen in Jugoslawien und die amerikanische Intervention im Irak 2003 zeigen, dass nur ein umfassender Ansatz von Sicherheitspolitik, der sowohl militärische als auch zivile Instrumentarien zur Krisen- und Kriegsbewältigung miteinander kombiniert, erforderlich ist: Die Rolle Europas als Zivilmacht reicht nicht aus, um mit diplomatischen und wirtschaftlichen Instrumentarien nachhaltige Konfliktvor- und -nachsorge treffen zu können. Die Ausweitung der europäischen Kernbereiche von Soft-Power hin zu Hard-Power-Optionen ist notwendig, um eine ernstzunehmende Rolle in den Bereichen Peaceinforcement und - keeping einnehmen zu können. Das politische Chaos, welches der amerikanischen Intervention im Irak folgte, zeigt, dass militärische Übermacht kein Garant dafür ist, in Krisengebieten schnell und nachhaltig für politische Stabilität sorgen zu können. Da sich unterschiedliche sicherheitspolitische Interessen und Konzeptionen zwischen den USA und Europa entwickeln, ist eine aus dieser Argumentation herleitende und naheliegende Arbeitsteilung zwischen Europa als Zivil- und Amerika als Militärmacht nicht realistisch.

Zumal ein Kontinentaldrift festzustellen ist, der sich besonders innerhalb des NATO-Bündnisses widerspiegelt: Der 11. September 2001 war bis dato der Höhepunkt terroristischer Aktivitäten und verdeutlichte auf besonders grausame und spektakuläre Weise die Tatsache, dass der Kampf gegen den Terrorismus eine der neuen zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen ist. Die Reaktion der USA auf die Terroranschläge verdeutlichte einmal mehr, welche Rolle die USA einerseits und die Bündnispartner andererseits aus Sicht der USA zu spielen haben. Obwohl die NATO erstmals in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall gemäß Artikel V des NATO-Vertrages feststellte, ließen die USA das Bündnis zunächst links liegen und reagierten stattdessen

mit der Bildung von Ad-hoc-Koalitionen, bei denen sie über die alleinige Entscheidungs- und Befehlsgewalt verfügten. Die USA sahen sich in der Position, die von der NATO angebotene Hilfe ausschlagen zu können. Daraus resultiert die Infragestellung des transatlantischen Sicherheitsverhältnisses, da die NATO ihre Funktion als Verteidigungsbündnis für die Amerikaner offenbar überlebt hat.

Die amerikanischen Raketenabwehrpläne der Clinton-Administrationen konnten die Europäer entspannt verfolgen, da sie nicht befürchten mussten, dass die neuen, im Grunde jedoch altbekannten, BMD-Pläne die innereuropäische sicherheitspolitische Spaltung weiter vertiefen würden. Erst die republikanische Mehrheit im amerikanischen Kongress brachte Präsident Clinton dazu, eine erneute Initiative zu einer strategischen Raketenabwehr zu ergreifen. Doch selbst NMD sollte im Einklang mit den bestehenden Prinzipien der Rüstungskontrolle gebracht werden, so dass der amerikanische Präsident die Entscheidung über eine erneute Forcierung von Plänen zur strategischen Raketenabwehr von russischen Reaktionen abhängig machte. Nicht nur den NMD-skeptischen Europäern, auch den Republikanern im amerikanischen Kongress war damit klar, dass NMD kaum eine Chance auf politische Realisierbarkeit hatte.

Demgegenüber betonte der republikanische Herausforderer George Bush im Wahlkampf 2000 nicht nur die Notwendigkeit eines Raketenabwehrschirms, sondern kündigte auch eine Überarbeitung der amerikanischen Nuklearstrategie an. Aus Sicht der Republikaner musste die amerikanische Sicherheitspolitik den neuen sicherheitspolitischen Realitäten angepasst werden. Nach der Inauguration des Präsidenten ging die Administration an die Planung und Erprobung des angekündigten Raketenabwehrschirms heran, die sich entscheidend gegenüber den früheren Projekten SDI und NMD unterschied: Die Vorgängerprojekte sollten lediglich die USA gegen Raketenangriffe schützen können, wodurch zwei unterschiedliche Sicherheitszonen innerhalb des NATO-Bündnisses entstanden wären. Bush ergänzte daher das National Missile Defense-Programm um die alliierte Komponente, so dass auch Verbündete vor Raketenangriffen geschützt werden sollen. Durch diese Konzeption würden einerseits die USA durch die Drohung eines Aggressors mit einem Raketenangriff auf einen Verbündeten politisch nicht erpressbar. Andererseits verschafft eine solche BMD-Konstruktion den USA zusätzliche (atomare) Erstschlagsoptionen, da die Zweitschlagskapazitäten von „Schurkenstaaten“ obsolet werden würden.

Die Raketenabwehr richtet sich nämlich im Gegensatz zu SDI nicht mehr gegen einen massiven sowjetischen Nuklearangriff, sondern soll in der Lage sein, eine begrenzte Anzahl von atomar bestückten ballistischen Raketen abwehren zu können. Das bedeutet

für die USA militärische Interventionen gegen einen von ihnen identifizierten Schurkenstaat vornehmen zu können, ohne dass dessen angenommenes begrenztes Atomwaffenpotenzial eine Gefährdung des eigenen oder verbündeten Territoriums darstellen würde. Die USA nehmen mit der National Security Strategy vom September 2002 das Recht in Anspruch, zur Wahrung der nationalen Sicherheit im Ausland militärisch präemptiv einzugreifen. Die Raketenabwehr ist daher ein Mittel, diese Strategie militärisch umsetzen zu können und stellt einen wichtigen Teilaspekt in der Gesamtkonstruktion der neuen amerikanischen Sicherheitspolitik dar.

Den Alliierten haben die USA bislang Konsultationen über Missile Defense lediglich angekündigt. Doch während die Erforschung und Entwicklung von Missile Defense-Systemen und -Komponenten intensiv betrieben wird, lassen die USA die Verbündeten über konkrete politische und strategische Konzeptionen im unklaren. Die sowohl von Präsident Bush als auch von Verteidigungsminister Rumsfeld im Jahr 2001 mehrfach ausgesprochenen Konsultationsangebote wurden bislang nicht realisiert. Anhand dieser „Informationspolitik“ lässt sich eine Kontinuitätslinie zu SDI erkennen: Die USA bestimmen, ob, wann, wer über was informiert wird.

Das gemeinsame Rüstungsprojekt MEADS unterstreicht dieses amerikanische Verständnis von europäisch-amerikanischer Kooperation. Obwohl eine Realisierung des Projektes nur unter der Bedingung der Bereitschaft zum großzügigen Technologietransfer realisiert werden kann, behinderten die USA von Anfang an die Rüstungs Kooperation mit einer restriktiven Technologietransferpolitik. Daher stellt sich die Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen den USA und deren Verbündeten bei einem groß angelegten strategischen Raketenabwehrprojekt aussehen soll, wenn bereits auf einer „unteren“ Ebene der amerikanische Kooperationswille erheblich eingeschränkt ist.

Dennoch ist für Europa eine Debatte um strategische Raketenabwehren notwendig. Durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen liegt Europa bereits jetzt in Reichweite von iranischen ballistischen Raketen. Der illegale Transfer von Waffensystemen schreitet voran und daher müssen zukünftige, möglicherweise gemeinsame, europäische Sicherheitsstrategien von einem erweiterten Bedrohungsspektrum ausgehen. Die Analysen müssen Bedrohungen durch ballistische Raketen aus Staaten an der Peripherie Europas berücksichtigen. Die nach dem Irak-Konflikt erfolgte Ausarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie war ein erster Schritt, den europäischen Bemühungen zum Ausbau einer eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine gemeinsam erarbeitete strategische Grundlage zu geben.

Die militärische Intervention im Irak 2003 hat Europa tief gespalten. Die Auswirkungen sind noch immer spürbar: Nach wie vor gibt es europäische Staaten, welche das amerikanische Engagement militärisch unterstützen. Neben Großbritannien, als dem treuesten amerikanischen Vasallen, können sich die USA auf eine „Koalition von Willigen“ stützen, obwohl die politische Zustimmung auch bei den „Atlantik-Europäern“ sinkt. Die, wie im nachhinein bewiesen, auf falschen Geheimdiensterkenntnissen beruhende amerikanisch-britische Begründung für die Notwendigkeit einer militärischen Intervention im Irak, hat bisher nicht zu einer grundlegenden Revision der Politik derjenigen geführt, die das völkerrechtswidrige Vorgehen unterstützen.

Obwohl man konstatieren muss, dass bis Mitte der neunziger Jahre nicht einmal ansatzweise von eigenständiger europäischer Sicherheitspolitik gesprochen werden kann, bieten die jüngsten institutionellen und auch empirischen Entwicklungen trotz der Probleme im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt doch Anlass zur Hoffnung. Dabei handelt es sich nur scheinbar um einen Widerspruch zu dem vorab Konstatierten, denn der europäischen Sicherheitspolitik muss man zugute halten, dass sie noch in den Kinderschuhen steckt, und die Erwartungshaltung muss dementsprechend niedrig definiert werden. Europa hat Lehren aus den Erfahrungen der Jugoslawien-Kriege gezogen und die GASP/ESVP weiterentwickelt. Mittlerweile hat die EU ihre Fähigkeiten zu Militäroperationen unter Beweis gestellt. Zwar erfolgten die ersten Militäroperationen entweder unter Rückgriff auf bestehende NATO-Strukturen oder waren lediglich von begrenztem Umfang. Mit der EUFOR-Operation in Bosnien-Herzegowina meistert die EU derzeit ihre erste militärische und logistische wirklich anspruchsvolle Aufgabe.

Der „Fall Irak“ kam daher für Europa Jahrzehnte zu früh, um von Europa gemeinsam gelöst werden zu können. Europa ist dabei, sich eine institutionelle Grundlage zu verschaffen, auf deren Strukturen eine einflussreiche europäische Sicherheitspolitik erwachsen kann. Im Gegensatz zu dem EUREKA-Vorstoß, der eher einem punktuellen Projekt glich, wird mit den neuen institutionellen Strukturen eine breite Basis geschaffen.

Mit dem 1999 in Kraft getretenen Vertrag von Amsterdam beginnt der militärische Ausbau der Europäischen Union, denn darin wurde das Ziel der schrittweisen Festlegung einer Gemeinsamen Verteidigungspolitik formuliert. Mit den sogenannten Petersberg-Aufgaben wurden die militärischen Zielvorgaben „humanitäre und Rettungseinsätze“, „friedenserhaltende“ und „friedensschaffende Maßnahmen“ in den Vertrag übernommen. Seither fasste die EU zahlreiche dementsprechende

Beschlüsse. In Übereinstimmung mit der neuen militärischen Ausrichtung beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU im Juni 1999 die Bildung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es folgten die Beschlüsse zur Bildung einer europäischen Eingreiftruppe sowie des institutionellen Ausbaus des militärischen Arms der EU. Höhepunkt dieser Entwicklung sind die entsprechenden Bestimmungen zur GASP/ESVP in der Verfassung der EU sowie die unabhängig davon getroffenen Entscheidungen zur Bildung einer europäischen Rüstungsagentur und die Verabschiedung der europäischen Sicherheitsstrategie.

In dieser erhebt die EU den Anspruch, in Zukunft ein globaler sicherheitspolitischer Akteur zu werden: „Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben. Damit würde sie zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer Welt führt, die gerechter, sicherer und stärker ist.“⁷⁷¹ Gleichzeitig gesteht sich die EU offiziell ein, bislang zu wenig aus ihren potenziellen Möglichkeiten gemacht zu haben: „Entscheidend bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist, dass wir stärker sind, wenn wir gemeinsam handeln...Einer stärkeren Kohärenz bedarf es nicht nur zwischen den EU-Instrumenten, sondern auch in Bezug auf das außenpolitische Handeln der einzelnen Mitgliedstaaten.“⁷⁷² Mit der Forderung nach mehr Kohärenz unternimmt die EU den ersten Schritt zur Verbesserung des Status quo. Denn diese Forderung impliziert eine Analyse des bisher Geleisteten: Weil die Mitgliedstaaten und die EU-Instrumentarien bisher nicht befriedigend zusammengearbeitet haben, ist mehr Kohärenz notwendig.

Unabhängig sowohl von der EU-Sicherheitsstrategie als auch von der EU-Verfassung haben die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen, ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ einzurichten. Gleichwohl wird diese Rüstungsagentur in beiden Dokumenten erwähnt, und der Aufbau der Agentur in der Verfassung gar zur verfassungsrechtlichen Pflicht gemacht. Außerdem verpflichten sich die Mitgliedsländer, ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern und diese der EU zur Verfügung stellen. Das dem Ministerrat unterstellte Rüstungsamt soll Ziele für Beschaffungsvorhaben, für multilaterale Projekte, für Rüstungsforschung sowie für die Stärkung der industriellen und technologischen Basis für die Rüstung ermitteln. In der Sicherheitsstrategie werden die Ziele der Aufrüstung der EU begründet, „damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften

⁷⁷¹ siehe: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12. Dezember 2003

⁷⁷² siehe ebd.

umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen...“⁷⁷³

Die Rüstungsagentur kann damit dazu beitragen, einen gemeinsamen europäischen rüstungstechnologischen Hintergrund zu schaffen. Möglicherweise kann dieser Schritt sogar die Europäisierung der Streitkräfte beschleunigen. Für einen erfolgreichen Ausbau der ESVP spricht, dass bei gemeinsamen europäischen militärischen Einsätzen die Streitkräfte aus den verschiedenen Nationen unterschiedliche Teilaufgaben übernehmen. So verzichtet die Bundeswehr bereits jetzt weitgehend auf die Fähigkeit zum strategischen Seetransport, hat sich aber dafür auf Einheiten zur Minensuche oder auch auf die Modernisierung von ABC-Abwehrkräften spezialisiert. Diese Herangehensweise bedeutet eine zunehmende Verknüpfung von nationalen Einheiten und Fähigkeiten und wird es einzelnen Partnern schwerer machen, sich aus gemeinsamen Einsätzen zurückzuziehen.

Voraussetzung für eine voranschreitende Europäisierung der Verteidigungspolitik ist jedoch der politische Wille, für eine stärkere Integration der supranationalen Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung zu sorgen und rüstungstechnologische Vorhaben zu finanzieren.

⁷⁷³ siehe ebd.

5. Literatur

Quellen

Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken „on certain measures with respect to the limitation of strategic offensive arms“ (SALT I-Abkommen, Inkraftgetreten am 03. Oktober 1972): <http://www.fas.org/nuke/control/salt1/text/salt1.htm>

Amtsblatt der Europäischen Union: Vertrag über eine Verfassung für Europa, 16. Dezember 2004: <http://europa.eu.int>

Auswärtiges Amt (Hrsg.): Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP), Dokumentation, 11. überarbeitete Auflage 1998

ders.: Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2000, Berlin 2000

Bangemann, Martin: Rede von Martin Bangemann vor dem Deutschen Bundestag: Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte, 10. WP, 210. Sitzung, Bonn 17. April 1986

Berger: Brief des Sicherheitsberaters Berger an Senator Carl Levin: <http://levin.senate.gov/newsroom/release.cfm?id=210488>

British Government: Iraq's Weapons of Mass Destruction. The Assessment of the British Government, 24. September 2002: <http://www.official-documents.co.uk/document/rep/iraq/cover.htm>

Bush, George W.: New Leadership on National Security. Washington D.C., 23. Mai 2000: <http://www.hsfk.de/abm/election/bush23-5.html>

ders.: Remarks by the President to Students and Faculty at National Defense University, Washington D.C. am 01. Mai 2001: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/05/20010501-10.html>

ders.: Remarks by the President on National Missile Defense am 13. Dezember 2001: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/12/20011213-4.html>

ders.: Remarks by the President at 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy West Point, New York am 01. Juni 2002: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>

Bundesministerium für Verteidigung, Presse und Informationsstab, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Neuordnung von Grund auf. Die größte Reform der Bundeswehr in Stichworten, Berlin 2001

ders.: Aus „Defence Capabilities Initiative“ (DCI) wird „Prague Capabilities Commitment“ (PCC): http://www.bmvg.de/sicherheit/nato/sivep_nato_030821_pcc.php

Bundesnachrichtendienst (Hrsg.): Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Trägerraketen, Berlin, Pullach, o.J.: <http://www.bundesnachrichtendienst.de/download/proliferation.pdf>

Bundespresse- und Informationsdienst (Hrsg.): Sudhoff, Jürgen: unkorrigiertes Manuskript der Pressekonferenz Nr. 37 am 25. März 1983

Bundestagsdebatte am 15. März 2001 in: Das Parlament, Nr.13-14, 23/30.3.2001

Cambone, Stephen; Daadler Ivo u.a.: The Atlantic Council of the United States: European Views on National Missile Defense, Policy Paper, September 2000: <http://www.hsfk.de/abm/forum/pdfs/atlacoun.pdf>

CDU/CSU Fraktion: Pressemitteilung CDU/CSU Fraktion, 22. Oktober 2004: http://www.cduscsu.de/section__2/subsection__1/id__9505/Meldungen.aspx

Clinton, Bill: Statement by the President, 23. Juli 1999: <http://thomas.loc.gov>

Cohen, Richard: Rede von US-Verteidigungsminister Cohen auf der 36. Münchener Sicherheitskonferenz am 05. Februar 2000. In deutscher Übersetzung: Internationale Politik, Nr. 55, März 2000

Der Bundesminister der Verteidigung. Informations- und Pressestab Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): SDI. Fakten und Bewertungen, Fragen und Antworten, Dokumentationen, Bonn 1986

ders.: Bericht zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA, Bonn 1985;

ders.: Das US-Forschungsprogramm SDI. Militärstrategische Überlegungen zu einer deutschen Forschungsbeteiligung, Bonn 1985

ders.: Weißbuch 1985, Bonn 1986

ders.: Das Flugabwehrsystem Patriot. Eine Bürgerinformation, Bonn 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen (Hrsg.): Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen, in: Mitteilungen für die Presse, Nr. 1031/85, 18. März 1985

Department of Defense (Hrsg.): Report to the Congress on the Strategic Defense Initiative, Washington D.C. 1985

ders.: Report to the Congress on the Strategic Defense Initiative, Washington D.C. 1986

ders.: Harnessing the Power of Technology. The Road to Ballistic Missile Defense 1983-2001

ders.: Special DoD Briefing on Missile Defense Program and Testing, 13. Juli 2001:

http://www.defenslink.mil/news/Jul2001/t07142001_t0713mda.html

Deutscher Bundestag: Beschluss des Deutschen Bundestages, Drucksache 14/6970 vom 27. September 2001: <http://www.sicherheitspolitik.bundeswehr.de/11/6/2.php>

Dregger, Manfred: Rede von Manfred Dregger vor dem Deutschen Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, 185. Sitzung, 13. Dezember 1985

Erklärung der EPZ in Luxemburg am 23. März 1991 zu Jugoslawien, in: EA, Nr. 21, 1991

Erklärung zur WEU, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): GASP-Dokumentation, Anhang zum Vertrag über die Europäische Union, Bonn 1994

Erlar, Gernot: Rede von Gernot Erlar im Bundestag am 15. März 2001, in: Das Parlament, Nr.13-14, 23/30.03.2001

Europäischer Konvent (Hrsg.): Entwurf. Vertrag über eine Verfassung für Europa, 18. Juli 2003, Luxemburg 2003

Europäischer Rat: Schlussfolgerung der Tagung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs am 26. und 27. Juni 1992 in Lissabon: Bericht der Außenminister zur GASP, in: Borkenhagen, a.a.O.

ders.: Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Köln) 03. und 04. Juni 1999; Anhang III, Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

ders.: Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Helsinki) 10. und 11. Dezember 1999 Kap. II Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

ders.: Anlage I zu Anlage IV „Berichte des Vorsitzes an den Europäischen Rat über die Stärkung der „Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ und über die „nichtmilitärische Krisenbewältigung der Europäischen Union““

ders.: Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Göteborg) 15. und 16. Juni 2001

EU Forensic Team: Report of the EU Forensic Expert Team on the Racak Incident: <http://www.auswaertiges-amt.de>

Declaration by the Presidency on Behalf of the EU on Iraq, 884/02, Brüssel, 20. Mai 2002

Executive Summary of the Report of the Commission to Assess the Ballistic Missile Threat to the United States, 15. Juli 1998: <http://www.fas.org/irp/threat/bm-threat.htm>

Eyal, Jonathan: Interview mit Jonathan Eyal, Director of Studies am Royal United Services Institute for Defence Studies, aus: „Amerikas Angst vor China“, in: Der Spiegel, Nr. 23, 2000

Fischer, Joschka: Rede von Außenminister Fischer auf der 37. Münchener Sicherheitskonferenz: <http://www.securityconference.de>

ders.: Rede von Bundesaußenminister Fischer im Bundestag am 15. März 2001, in: Das Parlament Nr.13-14, 23/30.03.2001

Frankreich zum EUREKA-Programm. Erläuterungen der französischen Botschaft in Bonn zur Frage einer europäischen Technologie-Initiative: „Warum Eureka? Von der Notwendigkeit einer europäischen Technologie- und Forschungsgemeinschaft“, in: Krause, a.a.O.

Gemeinsame Erklärung der Außenminister Schultz und Gromyko, in: EA, Nr. 3, 1985

Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Brüssel, 29. April 2003: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=4385

General Accounting Office (GAO): Report to the Chairman, Subcommittee on Military Research and Development, Committee on National Security, House of Representatives: Defense Acquisition: Decision Nears on Medium Extended Air Defense System, Washington D.C., Juni 1998

Genscher, Hans-Dietrich: Umfassende Zusammenarbeit Europas in den neuen Zukunftstechnologien, in: Bulletin, Nr. 85, 1985

Graham, Daniel: High Frontier. A New National Strategy, Washington D.C. 1982

Harvard-Studie: Avoiding Nuclear Anarchy, in: Dokumente zur Abrüstung, Band 26, a.a.O.

Jugoslawien-Kontaktgruppe: Contact Group Yugoslavia, Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo, 23. Februar 1999: <http://www.alb-net.com/kcc/interim.htm>

Kadish, Roland: FY03 Defense Budget, 17. April 2002: <http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/>

ders. Statement Before the Research and Development & Procurement Subcommittees, House Armed Services Committee, 16. Februar 2000: <http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/kadish16feb00html>

Kohl, Helmut: Die Bundesrepublik Deutschland und Europa im Nordatlantischen Bündnis, in: Bulletin Nr. 19, 14. Februar 1985

ders.: Erklärung der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Bulletin, Nr. 40, 19. April 1985

ders.: Transatlantische Partnerschaft und Einigung Europas, in: Bulletin, Nr. 76, 29. Juni 1985

ders.: Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, in: Bulletin, Nr. 39, 18. April 1986

ders.: Rede des Bundeskanzlers anlässlich der EUREKA-Konferenz in Hannover am 05. November 1986, in: EA, Nr. 2, 1986

Krause, Joachim; Magiera-Krause, Christiane (Hrsg.): Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Band XXI (1983)-XXIII (1985/1986), Bonn

Les Aspins (Secretary of Defense): The Bottom-Up Review: Forces For A New Era, Washington D.C., 01. September 1993

ders.: Remarks by Honorable Les Aspin, Secretary of Defense, National Academy of Sciences, 7. Dezember 1993

Lockheed Martin: Pressemitteilung Lockheed Martin, 19. Mai 1999:

http://www.missilesandfirecontrol.com/our_news/pressreleases/99pressrelease/051999_MEA_DS_MILM_Selected.htm

ders.: Pressemitteilung, 26. Mai 1999:

http://www.missilesandfirecontrol.com/our_news/pressreleases/99pressrelease/052699_MEA_DS_OR

ders.: Pressemitteilung, 10. Juli 2001:

http://www.missilesandfirecontrol.com/our_news/pressreleases/01pressrelease/071001_MEA_DS.htm

ders.: Pressemitteilung, 28. September 2004:

http://www.missilesandfirecontrol.com/our_news/pressreleases/04pressrelease/092804_MEA_DS.htm

Lyles, Lester: Role of Missile Defense in U.S. National Security Strategy, Rede bei U.S. Army Symposium on Strategy, Force Structure And Defense Planning for the 21st Century,

13. November 1996: <http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/-html/lyles1.html> Mc Farlane:
Mc Farlane im NBC-Interview: Departement of State Bulletin, Nr. 2105, Dezember 1985

Memorandum der EG-Kommission in: EA, Nr.16, 1985

Merz, Friedrich: Friedrich Merz auf der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik am 03.
Februar 2001: <http://www.securityconference.de/konferenzen/rede>

Missile Defense Agency: Fact Sheet.
www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/pdf/meads.pdf

ders.: Pressemitteilung, 14. Juli 2001: Missile Intercept Test successful:
<http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/newsrel.html>

ders.: Special Briefing, 15. Juli 2001: Special Briefing Following IFT- 6 Successfull Flight:
<http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/newsrel.html>

ders.: Fact Sheet: Ballistic Missile Defense Fiscal Year 2002 Budget, März 2002:
<http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/>

Mitterand, Francois: Äußerungen, in: Rothenburg; Wäsche, a.a.O., S. 34

ders.: Zitat aus: EA, Nr. 2, 1986, S. D28f

National Institute for Public Policy (Hrsg.): Rationale and Requirements for U.S. Nuclear
Forces and Arms Control, Januar 2001

ders.: The Clinton Administration and Ballistic Missile Defense. A Chronology from 1993 to
1998

NATO: Treffen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO. Communiqué der 37. Ministertag-
ung der NPG vom 26. und 27. März 1985 in Luxemburg, in: Krause, a.a.O.

ders.: Nukleare Planungsgruppe der NATO unterstützt amerikanische SDI-Forschung. Schrei-
ben Weinbergers an die Verbündeten, in: Amerika Dienst, Nr. 14, 1985

ders.: Neues Strategisches Konzept für die Allianz, in: NATO Handbuch 2001

ders.: NATO Press Release (2001)124, 12. September 2001: Statement by the North Atlantic Council: <http://www.nato.int/docu/pr/2001/p01-124e.htm>

ders.: Statement to the Press by NATO Secretary General, Lord Robertson, on the North Atlantic Council Decision on Implementation of Article 5 of the Washington Treaty following the 11 September Attacks against the United States: <http://www.nato.int/docu/speech/2001/s011004b.htm>

ders.: Lord Robertson: Tackling Terror: NATO's New Mission, Washington D.C. 22. Juni 2002: <http://www.nato.int/docu/speech/2002/s020620a.htm>

ders.: NATO Press Release NAC-S(99)69, 25. April 1999: Defence Capabilities Initiative: <http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99s069e.htm>

ders.: NATO Press Release (2002)074, 6. Juni 2002: Statement on Defence Capabilities by NATO Defence Ministers,: <http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-074e.htm>

ders.: NATO Press Release, 16. Dezember 2002: EU-NATO Declaration on ESDP: <http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-142e.htm>

ders.: NATO Parliamentary Assembly, Committee Reports Defence and Security, General Report Missile Defence and other Challenges to Alliance Unity, International Secretariat October 2001: <http://www.natopa.int/publications/comrep/2001/au-198-e.html>

ders.: NATO Press Release, 04. Juni 2003: Meeting of the NATO-Russia Council at the level of Ministers of Foreign Affairs, Madrid, Spain: <http://www.nato.int/docu/pr/2003/p030604e.htm>

ders.: NATO Update. 11. März 2004: First ever NATO-Russia missile defence exercise: <http://www.nato.int/docu/update/2004/03-march/e0308a.htm>

Nitze, Paul: Grundsatzrede des Sonderberaters des US-Präsidenten für Abrüstungsfragen Paul Nitze über das strategische Konzept für das kommende Jahrzehnt vom 20. Februar 1985, in: Krause, a.a.O.

Nuclear Posture Review, (Excerpts), Submitted to the Congress on 31 December 2001:
<http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm>

Ost, Friedhelm: Bundesregierung beschließt Verhandlungen mit USA über SDI-Rahmenabkommen aufzunehmen. Erklärung des Sprechers der Bundesregierung, Staatssekretär Friedhelm Ost, im Anschluß an die Kabinettsitzung am 18. Dezember 1985, in: Krause, a.a.O.

Perle, Richard: Richard Perle in einem ZDF-Interview vom 10. Juli 1985, zitiert nach Hölzenbein, a.a.O., S. 116

Powell, Colin: Remarks to the United Nations Security Council, New York City, 05. Februar 2003: <http://www.state.gov/secretary/rm/2003/17300.htm>

Prawda, 27. März 1983, zitiert nach: Larrabee, Stephen: SDI: Implikationen für Abrüstung und die Ost-West-Beziehungen, in: Bühl, a.a.O., S. 302

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bulletin 2003. Bulletin 1996-2002, CD-Rom-Version, Berlin 2003

ders.: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Berlin

ders.: Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1985, Bonn 1985

ders.: Jahresbericht der Bundesregierung 1985, Bonn 1985

ders.: Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1986, Bonn 1986

ders.: Die Strategische Verteidigungsinitiative, Bonn 1986

ders.: Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Bulletin, Nr. 35, 29. März 1985

ders.: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Nr.4, 1985

Public Law 106-38, 22. Juli 1999: <http://thomas.loc.gov>

Rat der EU: Council Joint Action on the establishment of the European Defence Agency, 17. Juli 2004

ders.: 2464. Tagung des Rates der Außenbeziehungen am 19. November 2002 in Brüssel, 14184/02

ders.: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12. Dezember 2003: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSII-DE.pdf>

Reagan, Ronald: Rede des US-Präsidenten Ronald Reagan vom 23. März 1983, in: Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O.

Rumsfeld, Donald: Vortrag Donald Rumsfeld vom 3. Februar 2001 auf der Münchener Konferenz über transatlantische Sicherheitspolitik; <http://www.defenselink.mil/speeches/2001/s20010203-secdef.html>;

ders.: Rede Donald Rumsfeld vom 07. Juni 2001: <http://www.nato.int/docu/speech/2001/s010607c.htm>;

ders.: Donald Rumsfeld auf einer Pressekonferenz am 22. Januar 2003: Secretary Rumsfeld Briefs at the Foreign Press Center: http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t01232003_t0122sdfpc.html;

Rühe, Volker: Rede von Volker Ruhe im Bundestag am 15. März 2001, in: Das Parlament, Nr.13-14, 23/30.03.2001

Scharping, Rudolf: Interview Scharpings mit der Berliner Zeitung: <http://www.hsfk.de/abm/bureg/scharpin/012501.html>

Schröder, Gerhard: Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder der 37. Münchener Sicherheitskonferenz: <http://www.securityconference.de>

ders.: Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder auf N24 am 26. Februar 2001: <http://www.hsfk.de/abm/bureg/schroede/022601.html>

ders.: Pressekonferenz Schröders und Bushs: <http://www.hsfk.de/abm/bushadmi-/bush/290301.html>

Sir Howe, Geoffry: Rede des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe vor dem Royal United Services Institute in London am 15.03.1985, in: EA, Nr. 8, 1985, S. D 219ff.

Smith, Daniel: A Brief History of Missiles and Ballistic Missile Defense, in: Center for Defense Information (CDI) (Hrsg.): National Missile Defense - What Does it all Mean? September 2000: <http://www.cdi.org/Hotspots/nmdissuebrief/nmd32.pdf>

Stabilitätspakt für Südosteuropa, Köln 10. Juni 1999: http://www.auswaertigesamt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/stab_pakt_dt.pdf

Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Bulletin Nr. 35, 29. März 1985

Strategic Offensive Reduction Treaty (SORT) vom 24. Mai 2002: <http://www.fas.org/nuke/control/sort/>

Text des modifizierten Brüsseler Vertrages (WEU-Vertrag) vom 23. Oktober 1954: <http://www.weu.int/>

The Cochran-Inoue Missile Defense Act of 1999, 106th Congress, 1st Session: <http://thomas.loc.gov>

The National Security Strategy of the United States of America, September 2002: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>

The Republican Platform 2000. Renewing Americas Purpose. Together: <http://www.rnc.org/2000/2000platform8>

USA und Nordkorea schließen Rahmenvereinbarung über Nuklearprogramm ab. 21. Oktober 1994, in: Dokumente zur Abrüstung und Sicherheit, Band 26: 1993-1996, a.a.O.

US Congress, House, Committee on Science and Technology: Hearing before the Subcommittee on Space Science and Applications on National Space Policy. 97th Congress 2nd Session, Washington, 04. August 1982

Vendrine, Hubert: Haltung Frankreichs zu SDI. Radiointerview des diplomatischen Beraters Hubert Vendrine von Präsident Mitterrand, in: Krause, a.a.O., S. 22

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Beteiligung an SDI-Forschung, in: Bulletin, Nr. 146, 1985

Vereinte Nationen: Allgemeines Rahmenabkommen für den Frieden in Bosnien-Herzegowina, VN Dokument A750/790-S/1995/999 vom 30.11.1995:

<http://www.vnausbildungszentrumbw.de/dokumente/dayton.htm>

ders.: United Nations Security Council Resolution 1441 (2002), 08. November 2002: <http://www.un.org/Docs/scres/2002/sc2002.htm>

Vertrag über die Europäische Union (EU), Titel V Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in Borkenhagen, a.a.O.

Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) vom 19. November 1990: <http://www.auswaertiges-amt.de>

Vertrag von Amsterdam vom 01. Mai 1999: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/vertiefung/amsterdam

Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der ballistischen Raketenabwehrsysteme vom 26. Mai 1972 (ABM-Vertrag, Inkraft getreten am 3. Oktober 1972): <http://www.hsfk.de/abm/back/docs/abm.html>

Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Reduzierung und Begrenzung von strategischen Offensivwaffen „and associated documents“ (START I-Vertrag): <http://www.fas.org/nuke/control/start1/text/index.html>

Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Begrenzung strategischer Offensivwaffen „together with agreed statements and common understandings regarding the treaty“ (SALT II-Vertrag): <http://www.fas.org/nuke/control/salt2/text/index.html>

Washingtoner Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen längerer und kürzerer Reichweite vom 8. Dezember 1987, in: EA, Nr. 1, 1988

Weinberger, Caspar: Schreiben des US-Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985, in: Graf von Rothenburg; Wäsche, a.a.O.

Weißes Haus: Pressemitteilung Weißes Haus, 13. Dezember 2001: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/12/20011213-4.html>

ders.: Pressemitteilung, Juni 2002: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/>;

WEU: Abschlußkommunique der WEU-Tagung in Bonn vom 23. April 1985, in: Krause, a.a.O.

Wieck, Hans Georg: Europäische Raketenabwehr, Brüssel 1985, nichtveröffentlichtes Papier, zitiert nach Hölzenbein, a.a.O., S. 187

Wörner, Manfred: Aussagen Wörners in einem ZDF-Interview zitiert aus: Gallis, Paul; Lowenthal, Mark; Smith, Marcia (Hrsg.): The Strategic Defense Initiative and United States Alliance Strategy, Report Nr. 85-48 F des Congressional Research Service, Washington 1985

Sekundärliteratur: Monographien und Sammelbände

Abelshausen, Werner; Schwengler, Walter: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, München 1997

Achcar, Gilbert: Der Schock der Barberei. Der 11. September und die „neue Weltordnung“, Köln 2002

Ahmed, Nafeez: Geheimsache 09/11. Hintergründe des 11. September und die Logik amerikanischer Machtpolitik, München 2003

Altmann, Jürgen; Morel, Benoit u.a. (Hrsg.): Anti-Tactical Missile Defences And West European Security, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M. 1987

Aretin, Felicitas von; Wannenmacher, Bernd (Hrsg.): Weltlage. Der 11. September, die Politik und die Kulturen, Opladen 2002

Arnold, Hans; Krämer Raimund (Hrsg.): Sicherheit für das größere Europa. Politische Optionen im globalen Spannungsfeld, Berlin 2002

Au, Hans-Erich: Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Zur politischen Diskussion in der BR Deutschland, Frankfurt a.M. 1988

Barnaby, Wendy: Biowaffen. Die unsichtbare Gefahr, München 2002

Bender, Peter: Weltmacht Amerika – Das neue Rom, Stuttgart 2003

Bender, Wolfgang; Liebert, Wolfgang (Hrsg.): Wege zu einer nuklearwaffenfreien Welt, Münster 2001

Benien, Theodor: Der SDI-Entscheidungsprozeß in der Regierung Kohl/Genscher (1983-1986). Eine Fallstudie über Einflußfaktoren sicherheitspolitischer Entscheidungsfindung unter den Bedingungen strategischer Abhängigkeit, München 1991

Bernecker, Arabelle: Internationales Konfliktmanagement am Beispiel des Krieges um Bosnien, 1992-1995, Frankfurt a.M. 2001

Bierling, Stephan: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart, München 2003

Biermann, Rafael (Hrsg.): Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan. Erfahrungen und Lehren aus dem Einsatz, Baden-Baden 2002

Biermann, Werner; Klönne, Arno: The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus – Die USA als Weltmacht?, Köln 2003

Bilek, Anita; Graf, Wilfried; Neumann, Alexander (Hrsg.): Kritik der Gewalt. Friedenspolitik im Zeichen von Krieg und Terror, Wien 2002

Bonn International Center for Conversion (Hrsg.): Conversion Survey 2001. Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization, Baden-Baden 2001

Borchert, Heiko: Europas Sicherheitsarchitektur. Erfolgsfaktoren, Bestandsaufnahme, Handlungsbedarf, Baden-Baden 1999

Borkenhagen, Franz: Europa braucht GASP, Bonn 1993

Bracher, Karl-Dietrich: Die Krise Europas, Propyläen Geschichte Europas, Frankfurt am Main 1992

Brauch, Hans (Hrsg.): Star Wars and European Defence. Implications for Europe: Perceptions and Assessments, New York 1987

Brauch, Hans-Günther: Angriff aus dem All. Der Rüstungswettlauf im Weltraum, Berlin/Bonn 1984

Bress, Stefan: Vereinte Nationen und kooperative Nichtverbreitungspolitik. Die Herausforderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Trägersystemen für die internationale Kooperation, Berlin: dissertation.de, 2002

Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg, Berlin 2001

Bühl, Hartmut (Hrsg.): Strategiediskussion. NATO-Strategie im Wandel. Alternative Sicherheitskonzepte. Strategische Defensive, Herford 1987

Caldicott, Helen: Atomgefahr USA. Die nukleare Aufrüstung der Supermacht, München 2003

Chauvistré, Eric: Das atomare Dilemma. Die Raketenabwehrpläne der USA, Berlin 2001

Cornish, Paul: Partnership in Crisis. The US, Europe and the Fall and Rise of NATO, London 1997,

Czempiel, Ernst-Otto; Schweitzer, Carl-Christoph: Weltpolitik der USA nach 1945, Einführung und Dokumente, Bonn 1987

ders.: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München 2002

Daalder, Ivo: The SDI Challenge to Europe, Cambridge, Mass. 1987

Das Parlament, 17.02.1989, Themenausgabe: 40 Jahre NATO

Dave, Christopher; Feske, Susanne; Peters, Ingo (Hrsg.): Internationale Risikopolitik. Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2002

Deschamps, Louis: The SDI and European Security Interests, London 1987

Deubner, Christian: Kritische Überlegungen zu „EUREKA“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1985

Eisermann, Daniel: Der lange Weg nach Dayton, Baden-Baden 2000

Engels, Dieter; Scheffran, Jürgen; Sieker, Ekkehard (Hrsg.): SDI- Falle für Westeuropa. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Schatten der Weltraumrüstung, Köln 1987

Erhart, Hans Georg: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Baden-Baden 2002

Fitzgerald, Frances: Way Out There in the Blue. Reagan, Star Wars and the End of the Cold War, New York u.a. 2000

Fondran, Erhard; Lemke, Dieter: Sicherheitspolitik für Europa zwischen Konsens und Konflikt, Baden-Baden 1995

Frank; Shore, Elliott (Hrsg.): Deutsch-amerikanische Begegnungen. Konflikt und Kooperation im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart, München 2001

Frei, Daniel (Hrsg.): Sicherheit durch Gleichgewicht?, Zürich 1982

Funke, Hajo: Der Amerikanische Weg. Hegemonialer Nationalismus in der US-Administration, Berlin 2003

Gordon, Philip; Shairo, Jeremy: *Allies at War. America, Europe and the Crisis Over Iraq*, New York 2004

Gottschald, Marc: *Die GASP von Maastricht bis Nizza*, Baden-Baden 2001

Gottstein, Klaus (Hrsg.): *SDI and Stability. The Role of Assumptions and Perceptions*, Baden-Baden 1986

Graf von Rothenburg, Armin; Wäsche, Rolf: *SDI: Aufbruch zu einer neuen Dimension der Sicherheit?*, Bonn 1986

Greenwood, David: *The SDI and Europe*, Aberdeen 1985

Grobe-Hagel, Karl: *Krieg gegen den Terror? El Qaeda, Afghanistan und der „Kreuzzug“ der USA*, Köln 2002

Guha, Anton-Andreas: *Schild oder Waffe? Die Strategische Verteidigungsinitiative SDI und die Folgen für Europa*, München 1986

Harris, Robert; Paxman, Jeremy: *Der lautlose Tod. Die Geschichte der biologischen und chemischen Waffen*, München 2002

Hartmann, Rüdiger; Heydrich, Wolfgang: *Die Anpassung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa*, Baden-Baden 2002

Haug, James (Hrsg.): *The Strategic Defense Initiative: An international Perspective*, New York 1987

Herken, Gregg: *Cardinal Choices. Presidential Science Advising from the Atomic Bomb to SDI*, Stanford 2000

Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung u.a. (Hrsg.): *Friedensgutachten 1998*, Münster 1998

Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung u.a. (Hrsg.): *Friedensgutachten 1999*, Münster 1999

Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten 2002, Münster 2002

Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster 2003

Hofbauer, Hannes: Balkankrieg. Zehn Jahre Zerstörung Jugoslawiens, Wien 2001

Hoffmann, Fred; Wohlstetter, Albert; Yost, David (Hrsg.): Swords and Shields. NATO, the USSR and New Choices for Long Range Offense and Defense, Lexington, Mass. 1987

Howorth, Lolyon; Keeler, John (Hrsg.): Defending Europe: The EU, NATO and the Quest for European Autonomy, New York 2003

Hölzenbein, Bernd: Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) als Problem bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Analyse des Entscheidungsprozesses der Bundesregierung, Berlin 1990

Hubatschek, Gerhard (Hrsg.): Strategie für den Frieden, Herford 1986

IAP-Dienst, Publizistische Gesellschaft für Politik und Zeitgeschehen (Hrsg.): Sicherheitspolitik, Sonderheft: 50 Jahre NATO, Bonn 1999

Ignatieff, Michael: Empire lite. Die amerikanische Mission und die Grenzen der Macht, Hamburg 2003

International Institute for Strategic Studies (Hrsg.): The Military Balance 1985-1986, London 1986

Jaberg, Sabine: Systeme kollektiver Sicherheit in und für Europa in Theorie, Praxis und Entwurf, Baden-Baden 1998

Jasani, Bhupendra; Lee, Christopher: Waffen im Weltraum. Countdown zum Krieg der Sterne. Ein SIPRI-Report, Hamburg 1985

Jastrow, Robert: SDI. So werden Atomwaffen überflüssig, Boston, Herford 1986

Johnson, Chalmers: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München 2003

Junker, Detlef: Power and Mission. Was Amerika antreibt, Freiburg i. Br. 2003

Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003

Kahn, Helmut Wolfgang: Der Kalte Krieg, 3 Bände, Köln 1986, 1987, 1988

Kaiser, Karl; Welck, Stephan Freiherr von (Hrsg.): Weltraum und internationale Politik, München 1987

Kaltefleiter, Werner: The Strategic Defense Initiative. Some Implikations for Europe, London 1985

Kaplan, Lawrence: NATO United, NATO Divided: The Evolution of an Alliance, Westport 2004

Kissinger, Henry: Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Berlin 2002

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte zu SDI in West und Ost, Melle 1985

Krause, Joachim; Wenger, Andreas (Hrsg.): Nuclear Weapons into the 21st Century. Current Trends and Future Prospects, Bern 2001

Kubbig, Bernd: Die SDI-Rahmenvereinbarung zwischen Bonn und Washington: Eine Bilanz nach zwei Jahren, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a.M. 1988

ders.: Die SDI-Debatte in der Reagan-Administration und im Kongreß ab 1983, Hessische Forschung zur Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a.M. 1988

ders.: (Hrsg.): Die militärische Eroberung des Weltraums. Band 1 und 2, Frankfurt a.M. 1990

Kubbig, Bernd (Hrsg.): Brandherd Irak, US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt a.M. 2003

ders.: Wissen als Machtfaktor im Kalten Krieg. Naturwissenschaftler als Machtfaktor im Kalten Krieg, Frankfurt a.M. 2004

Kupchan, Charles: Die europäische Herausforderung. Vom Ende der Vorherrschaft Amerikas, Berlin 2003

Lakoff, Sanford; Willoughby, Randy (Hrsg.): Strategic Defense and Western Alliance, Lexington 1987

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen, Stuttgart 1995

Laschet, Armin; Pflügler, Friedbert (Hrsg.): Amerika und Europa. Karlspreis 2000 an Bill Clinton, Aachen 2000

Layritz, Stephan: Der NATO-Doppelbeschluß. Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik, Frankfurt a. M. 1992

Lehner, Kurt: Zwischen Führung und Partnerschaft. Die Entwicklung der WEU und der europäischen Sicherheitsidentität aus Sicht der USA, Bonn 1996

Leidenmühler, Franz (Hrsg.): Krieg gegen den Terror? Konfliktszenarien im 21. Jahrhundert und ihre Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik, Idstein 2003

Lindsay, James; O'Hanlon, Michael: Defending America. The Case for Limited National Missile Defense, Washington D.C. 2001

Loquai, Heinz: Weichenstellungen für einen Krieg. Internationales Krisenmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt, Baden-Baden 2003;

Lutz, Ernst: Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980

Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können, Frankfurt a.M., New York 2003

May, Bernhard; Hönicke Moore, Michaela (Hrsg.): The Uncertain Superpower, Opladen 2003

Mayer, Peter; Rittberger, Volker; Zelli, Fariborz: Risse im Westen? Betrachtungen zum transatlantischen Verhältnis heute, Tübingen 2003

Meier-Walser, Reinhard; Luther, Susanne (Hrsg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung, München 2002

Miller, Judith; Engelbert, Stephen; Broad, William: Virus. Die lautlose Bedrohung. Biologische Waffen – Die unsichtbare Front, München 2002

Müller-Brandeck-Bocquet, Giesela (Hrsg.): Europäische Außenpolitik: GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten, Baden-Baden 2002

Müller, Harald: Strategic Defences: The End of the Alliance Strategy? Brussels 1987

ders.: Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September, Frankfurt 2003

Noack, Paul: Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Düsseldorf 1977

Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 6, Internationale Beziehungen, München 1994

Nye, Joseph: Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg 2003

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktforschung (Hrsg.): Wie sicher ist Europa? Perspektiven einer zukunftsfähigen Sicherheitspolitik nach der Jahrtausendwende, Münster 2001

Paulsen, Thomas: Die Jugoslawienpolitik der USA 1989-1994, Baden-Baden 1995

Pilz, Peter: Mit Gott gegen alle. Amerikas Kampf um die Weltherrschaft, Stuttgart, München 2003

Peterson, John: High technology and the competition state: An Analysis of the EUREKA Initiative, New York 1993

Philips-Slavkoff: Europäische Sicherheitspolitik: Neuorientierung, Konzepte, Perspektiven, Wien 1993

Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Bonn 1993

Reiter, Erich (Hrsg.): GASP: Die Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aus europäischer Sicht, Wien 2000

ders.: Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, Hamburg, Berlin 2001

ders.: Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Band 1 und 2, Hamburg, Berlin 2002

Rohwer, Jürgen (Hrsg.): Feindbilder und Militärstrategien seit 1945, Bremen 1992

Rothenburg, Graf von; Wäsche, Rolf: SDI: Aufbruch zu einer neuen Dimension der Sicherheit? Informationen - Argumente - Bewertungen, Bonn 1986

Rudolf, Peter u.a.: Zwei Jahre Präsident Bush. Beiträge zum Kolloquium der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin am 13. Februar 2003, SWP-Studie, Berlin März 2003

Rühl, Lothar: Mittelstreckenwaffen in Europa, Baden-Baden 1987

Rühle, Hans; Rühle, Michael: SDI. Chance, Wunschtraum, Gefahr?, Frankfurt a.M. 1990

Rühle, Michael: Perseving the Deterrent. A Missile Defence for Europe, London 1986

Salmon, Trevor; Shepard, Alistair: Toward a European Army. A military power in the making, London 2003

Schild, Georg: Die bedrohte Supermacht. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem Ende des Kalten Krieges, Opladen 2002

Schimmelpfennig, Frank: The EU, NATO and the Integration of Europe. Rules and Rhetoric, Camebridge 2004

Schley, Nicole; Busse, Sabine: Die Kriege der USA. Chronik einer aggressiven Nation, München 2003

Schlotter, Peter (Hrsg.): Europa-Macht-Frieden? Zur Politik der „Zivilmacht Europa“, Baden-Baden, 2003

Schneider, Heinrich: Europäische Sicherheitsarchitektur. Konzeptionen und Realitäten, Frankfurt a.M. 1996

Schubert, Klaus; Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.): Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik, Opladen 2000

Schumacher, Ulrike; Kaltefleiter, Werner (Hrsg.): Structure, Order and Disorder in World Politics, Frankfurt a.M. 1998

Schwegmann, Christoph: Die Jugoslawien-Kontaktgruppe in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2003

Seller, Hanns-Frank: Der Weg der USA in die Weltpolitik. Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik in ihren Grundlinien, München 2001

Siedschlag, Alexander: NATO Meets the Post-strategic Condition. Political Vicissitudes and Theoretical Puzzles in the Alliance's First Wave of Adaption 1990-1997, Münster 1998

Sloan, Stanley: NATO, The European Union, And The Atlantic Community. The Transatlantic Bargain Reconsidered, New York, Oxford 2003

Speck, Ulrich; Sznaider, Natan (Hrsg.): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003

Spillmann, Kurt: Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte. VIII. Vortragsreihe an der ETH Zürich Sommersemester 2001, Züricher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 60, Zürich 2001

Steininger, Rolf: Der Kalte Krieg, Frankfurt am Main 2003

Steltemeier, Rolf: Utopie oder Realität?: Die Europäische Union auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1998

Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): SIPRI Yearbook 1987. Armaments, Disarmament and International Security, Oxford 1987

Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg, München 2003

Stratmann, Peter: NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, Stiftung Wissenschaft und Politik, Baden-Baden 1981

Tatz, Jürgen (Hrsg.): Ist der Frieden noch zu retten? Die Abschreckung und ihre Alternativen, Frankfurt a.M. 1986

Talbot, Strobe: Raketenschach, München 1984

Talbott, Strobe; Chanda, Nayan (Hrsg.): Das Zeitalter des Terrors. Amerika und die Welt nach dem 11. September, Berlin, München 2002

Teltschik, Horst (Hrsg.): Euro-Atlantic Partnership and Global Challenges in the New Century. February 2-4, 2001, Berlin 2001

Theiler, Olaf: Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen, Baden-Baden 2003

Timmermann, Heiner; Pradetto, August (Hrsg.): Die NATO auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Münster 2002

Tirman, John (Hrsg.): SDI. Der Krieg im Weltraum. Grundlagenstudie prominenter Wissenschaftler der Union of Concerned Scientists (UCS) zur Bewaffnung des Weltraums, 2. Auflage, Bern 1986

Varwick, Johannes: Sicherheit und Integration in Westeuropa. Zur Renaissance der Westeuropäischen Union, Opladen 1998

Varwick, Johannes; Woyke, Wichard: Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel, Opladen 2000.

Volkman, Hans-Erich; Schwengler, Walter: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Boppard am Rhein 1985

Volle, Angelika; Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europäische Sicherheitspolitik in der Bewährung, Bielefeld 2000

Wagner, Wolfgang; Dönnhoff, Marion Gräfin u.a. (Hrsg.): Die Internationale Politik 1983-1984, München 1986

Wagner, Wolfgang: Die Konstruktion einer europäischen Außenpolitik, Frankfurt a.M. 2002

Watrin, Konrad: Shock and Awe. 11. September – Irak-Krieg. Masterplan für die arabische Welt. Renaissance Europas oder US-Hegemonie, München 2003;

Weisser, Ulrich: Strategie im Umbruch. Europas Sicherheit und die Supermächte, Herford 1987

Wellhausen, Malte: Humanitäre Intervention. Probleme der Anerkennung des Rechtsintituts unter besonderer Berücksichtigung des Kosovo-Konflikts, Baden-Baden 2002

Wettig, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955, München 1967

Wissenschaft und Frieden. Wissenschaftliches Symposium „Militarisierung oder friedliche Nutzung des Weltraums“, Wien 19.-20. Oktober 1985

Wogau, Karl von (Hrsg.): Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung. Gemeinsam sind wir sicher, Freiburg i. Br., Basel 2003

Zhan, Xun-Zhi: Die deutsche Außenpolitik in der Anfangsphase der nationalen und internationalen Kontroverse über SDI, München 1990

Sekundärliteratur: Aufsätze aus Zeitschriften, Internetforen und Sammelbänden

Adomeit, Hannes: Sowjetisch-Amerikanische Beziehungen unter Gorbatschow, in: APuZ, Nr. 5, 1986

Aguera, Martin: ESDP and Missile Defense: European Perspectives for a More Balanced Transatlantic Partnership, in: Strategic Studies Institutes, Report, December 2001 (auch unter: <http://www.hsfg.de/abm/forum/agueera1.htm>)

Aguera, Martin: „Kraftprobe mit den USA bestanden“, in: Das Parlament, 01.11.2004

Allison, Graham; Falkenrath, Richard: Kampf gegen die Nuklearverbreitung, in: Internationale Beziehungen, Nr. 1, 1996

Altmann, Jürgen: Technical Requirements for Theater Defences Against Nuclear Missiles, in: Altmann, Jürgen; Morel, Benoit u.a. (Hrsg.): Anti-Tactical Missile Defences And West European Security, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M. 1987

Arnhold, Klaus: US-Raketenabwehr – was nun?, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, April 2001

ders.: Rußlands Vorschlag zur nicht-strategischen Raketenabwehr für Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie, Berlin, September 2001

Bartels, Wolfgang: Das SDI-Rahmenabkommen und die Interessen der westdeutschen Rüstungskonzerne, in: Engels; Scheffran; Sieker (Hrsg.), a.a.O.

Batsanov, Serguei: Vorbereitungen für das Inkrafttreten des Chemiewaffenübereinkommens, in: NATO-Brief, Nr. 5

Bauer, Thomas: Bewährungsprobe Mazedonien. Concordia als Test für das neue Verhältnis zwischen EU und NATO: <http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article/1637.html>

Becher, Klaus: Missile Defence: European Approaches and Interests: <http://www.iiss.org/eusec/becher.htm>

Becker, Johannes: EUREKA und das „Europa der Hochtechnologien“ - Frankreich als treibende Kraft, in: Engels; Scheffran; Sieker (Hrsg.): SDI – Falle für Westeuropa, a.a.O.

Berloznik, Robert: Perceptions and Reactions to SDI in the Benelux Countries, in: Brauch, a.a.O.

Bertram, Christoph: US-Soviet nuclear arms control, in: SIPRI Yearbook 1987, a.a.O.

Bischoff, Manfred: Sicherheitspolitik und Wirtschaft: Verteidigungstechnologie und Verteidigungsindustrie, in: Europäische Sicherheit, Nr. 3, 1998

Binder, Horst: MEADS - Ein Erfolgsmodell für die transatlantische Kooperation: http://www.sipotec.net/NEU_Wehrtechnik/Start_WT/meads_11_01.html

Blix, Hans: Das IAEO-System der Sicherungsmaßnahmen gegen die Verbreitung von Kernwaffen, in: NATO-Brief, Nr. 5, 1995

Bluth, Christoph: Rußland und die Weiterverbreitung von Kernwaffen, in: APuZ, Nr. 50-51, 1999

Bono, Giovanna: Operation Concordia: The first step towards a new strategic EU-NATO relationship?: <http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article>

Boyer, Yves: Raketenabwehr im Weltraum: Antwort auf eine moralische Frage oder Reform der Strategie? Eine Beurteilung aus französischer Sicht, in: EA, Nr. 15, 1985

Bray, John: Pakistan at 50: A state in decline, in: International Affairs, Nr. 2, 1997

Bristow, Damon: Triebfeder für die regionale Sicherheit. Das Verhältnis zwischen Indien, China und Pakistan, in: Internationale Politik, Nr. 4, 2001

Broeker, Martin; Slijper, Frank: Theatre Missile Defence: First steps towards global missile defense, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 22

Calic, Marie: Jugoslawien am Wendepunkt, in: APuZ, Nr. 37, 1993

ders.: Die Jugoslawienpolitik des Westens seit Dayton, in: APuZ, Nr. 34, 1999

ders.: Welche Zukunft für den Balkan-Stabilitätspakt?, SWP-Studie, Berlin 2003

Carter, Ashton; Omand, David: Maßnahmen gegen die Gefahren der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Anpassung des Bündnisses an das neue Sicherheitsumfeld, in: NATO-Brief, Nr. 5, 1996

Carton, Alain: EUREKA: A West European Response to the Technological Challenge posed by the SDI Research Programme, in: Brauch, Hans (Hrsg.): Star Wars and European Defence. Implications for Europe: Perceptions and Assessments, New York 1987

Carton, Alain: French Political Reaction to SDI – The Debate on the Nature of Deterrence, in: Brauch, Hans Günter (Hrsg.): Star Wars and European Defence. Implications for Europe: Perceptions and Assessments, London 1987

ders.: The Implications of SDI for French Defence Policy, in: ebd.

ders.: French Political Reaction to SDI – The Debate on the Nature of Deterrence, in: ebd.

Center for Nonproliferation Studies: <http://www.cns.miis.edu/research/mideast.htm>

Cleave, William van: The Function of Missile Defense, in: Schumacher, Ulrike; Kaltefleiter, Werner (Hrsg.): Structure, Order and Disorder in World Politics, Frankfurt a.M. 1998

Czempiel, Ernst-Otto: Der Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, in: APuZ, Nr. 5, 1986

ders.: SDI and NATO: The Case of the Federal Republic of Germany, in: Lakoff, Sanford; Willoughby, Randy (Hrsg.): Strategic Defense and Western Alliance, Lexington 1987

ders.: Europa und die Atlantische Gemeinschaft, in: APuZ, Nr. 1-2, 1999

ders.: Europa und die Atlantische Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 1-2, 1999

ders.: Die amerikanische Weltordnung, in: APuZ, Nr. 48, 2002

Daadler, Ivo: Are the United States and Europe heading for divorce? In: International Affairs, Nr. 2, 2001

Dean, Jonathan: Will NATO Survive Ballistic Missile Defense?, in: Journal of International Affairs, Nr. 1, 1985

Dembinski, Matthias; Wilzewski, Jürgen: Rüstungskontrolle/Abrüstung, atomare, in: Nohlen, a.a.O.

Dembinski, Matthias; Wagner, Wolfgang: Europäische Kollateralschäden. Die Zukunft der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg, in: APuZ, Nr. 31/32, 2003

Deninson, Andrew: Unilateral oder multilateral? Motive der amerikanischen Irak-Politik, in: APuZ, Nr. 24/25, 2003

Denoon, David: The SDI. Dilemma for Allied Cooperation, Vortrag bei einer Veranstaltung des AEI und der Adenauer Stiftung über deutsch-amerikanische Beziehungen am 22.04.1986, in: Hölzenbein, a.a.O.

de Santis, Hugh: SDI and the European Allies: Riding the Tiger, in: Arms Control Today, Nr. 2, 1988

Ehrhart, Hans-Georg: Step by step: Die „Operation Concordia“ als weiterer Schritt zur ESVP: <http://www.weltplitik.net/policy-forum/article1642.html>

Enders, Thomas: Eine neue Option Moskaus: Drohung mit Kurzstrecken-Raketen, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr. 6, 1986

ders.: ATM: Europas Verteidigung auch gegen Flugkörper, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr.10, 1986

Erfinger, Manfred; List, Martin: Ost-West-Beziehungen, in Nohlen, a.a.O.

Evans, Nicole: Missile Defense: Winning minds, not hearts, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Nr. 6, September/Okttober 2004, hier Internetausgabe: http://www.thebulletin.org/article.php?art_ofn=so04evans

Federation of American Scientists (FAS): <http://www.fas.org/nuke/guide-/iran/missile/>

Fenske, John: France and the Strategic Defense Initiative: Speeding up or putting on the brakes?, in: International Affairs, Nr. 2, 1986

Flume, Wolfgang: Luftverteidigung heute und morgen. Neue Bedrohung durch taktische ballistische Raketen, in: Wehrtechnik, Nr. 4, 1986

Föhrenbach, Gerd: die transatlantische Sicherheitspartnerschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Politik und Gesellschaft Online: http://ora.fes.de:8081/-/fes/docs/IPG1_2001/ART-FOEHRENBACH.HTM

Froman, Michael; Gardener, Anthony; Mixer, Scott; Poensgen, Andreas: Strategic Implications of SDI for France and West Germany, in: Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI)-Journal, Nr. 2, 1987

Fromm, Karsten: Boden-Luft-Abwehrsysteme gewinnen an Bedeutung: <http://www.gfw-sicherheitspolitik.de/ES00-07FrommBodenLufthtm>

Geyso, Peter von: Strategic Defenses and ATBM: An European View, in: Gottstein, Klaus (Hrsg.): SDI and Stability. The Role of Assumptions and Perceptions, Baden-Baden 1986

Gießman, Hans-Joachim: SDI und strategische Stabilität, in: Wissenschaft und Frieden. Wissenschaftliches Symposium „Militarisierung oder friedliche Nutzung des Weltraums“, Wien 19.-20. Oktober 1985

Glebocki, Martina; Jacobowski, Mirko u.a.: Raketenabwehrpläne in historischer Perspektive – Variationen über ein Thema amerikanischer Politik, in: Friedenswarte Nr. 4, 2001

Glebocki, Martina; Jacobowski, Mirco u.a.: Variationen des Themas Raketenabwehr im historischen Längsschnitt, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 33, Frühjahr 2002: <http://www.hsfk.de/abm/bulletin/pdfs/gljakuwi.pdf>

Grewlich, Klaus: EUREKA – heureka?, in: Außenpolitik, Nr. 1, 1986

Gu, Xuewu: Militärische Aufholjagd. Die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte, in: Internationale Politik, Nr. 6, 1997

Gupta, Bhabani Sen: India in the twenty-first century, in: International Affairs, Nr. 2, 1997

Haberl, Hans: Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan. Sicherheitspolitische Auswirkungen des Konflikts, in: Internationale Politik, Nr. 3, 1997

Haberl, Othmar: Balkan als Krisenregion, in: Nohlen, a.a.O.

Hacke, Christian: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, in: ApuZ, Nr. 24/25, 2003

Hagen, Regina; Scheffran, Jürgen: Was macht Europa? Zwischen Raketenabwehr und Weltraumrüstung, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 2, 2001

Hagena, Hermann: The Transatlantic Dimension: Patriot and Meads, Vortrag vor der HSFK am 3.11.2003: <http://www.hsfk.de/abm/ak/coping/pdfs/hagena.pdf>

Hanning, August: Proliferation, in: Sicherheitspolitik in anderen Dimensionen, a.a.O.

Hanrieder, Wolfram: Strategic Defense and the German-American Security Connection, in: Journal of International Affairs, Nr. 2, 1986

Heisbourg, Francois; de Wijk, Rob: Vollzieht sich eine grundlegende Änderung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen? in: NATO-Brief, Nr. 1, 2001

Helms, Jesse: "Amend the ABM Treaty? No, Scrap it!", in: Wall Street Journal, 22.01.1999: <http://www.clw.org/pub/clw/coalition/helm0199.html>

Hernu, Charles: Abschreckung – das Instrument zur Sicherung des Friedens, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr. 3, 1985

Hillenbrand, Martin: The Strategic Defense Initiative: Stabilizing or Destabilizing?, in: Haug, James (Hrsg.): The Strategic Defense Initiative. An International Perspective, New York 1987
Holst, Johan: Towards a New Political Order in Europe? The Role of Arms Control, in: Frei, Daniel (Hrsg.): Sicherheit durch Gleichgewicht?, Zürich 1982

Hombach, Bodo: Krisennachsorge am Beispiel des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Hamburg 2001

Jasani, Bhupendra: The military use of outer space, in: SIPRI Yearbook 1984, a.a.O.

Kaiser, Karl: SDI und deutsche Politik, in EA, Nr. 19, 1986

Kaltefleiter, Werner: Politische Implikationen strategischer Verteidigung, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), Nr. 1, 1985

Kaltefleiter, Werner; Schumacher, Ulrike: Deutsche Interessen im Konzept der strategischen Verteidigung, in: APuZ, Nr. 43, 1986

diess.: Europas Interesse an SDI: Primat der Sicherheitspolitik, in: Europäische Wehrkunde/ WWR, Nr. 6, 1986

Kamp, Karl-Heinz: Nukleare Proliferation. Neun Thesen zur Weiterverbreitung von Kernwaffen, in: Internationale Politik, Nr. 11, 2000

Kamp, Karl-Heinz: US-Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, Nr.12, 2002

Kanter, Arnold: Thinking about the Strategic Defense Initiative, in: International Affairs, Nr. 3, 1985

Kaplan, Lawrence: NATO`s first fifty years: <http://www.nato.int/docu/review/50th-ann/skaplan-e.shtml>

Kile, Shannon: Nuclear arms control and non-proliferation, in: SIPRI Yearbook 2000, a.a.O.

ders.: Nuclear arms control and ballistic missile defense, in: SIPRI Yearbook 2001, a.a.O.

ders.: Nuclear arms control, non-proliferation and ballistic missile defence, in: SIPRI Yearbook 2003, a.a.O.

Krause, Joachim: Die Zukunft der nuklearen Nichtverbreitung, in: Internationale Beziehungen, Nr. 6, 1995

ders.: Indiens nukleare Option. Eine widersprüchliche und inkonsequente Politik, in: Internationale Politik, Nr. 3, 1997

ders.: Die offene Nuklearfrage. Nach den Kernwaffenversuchen Indiens und Pakistans, in: Internationale Politik, Nr. 7, 1998

ders.: Nukleare Nichtverbreitung im 21. Jahrhundert. Die Notwendigkeit einer neuen Agenda, in: Internationale Politik, Nr. 10, 1999

ders.: Die Nichtverbreitungspolitik der USA unter Präsident Clinton. Von der internationalen Führungsmacht zum nationalen Egoismus?, in: APuZ, Nr. 50-51, 1999

ders.: Streit um Raketenabwehr. Ursachen der neuen transatlantischen Krise, in: Internationale Politik, Nr. 3, 2000

ders.: Raketenabwehr-Sprengstoff für die Atlantische Allianz?, in: Spillmann, Kurt: Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte. VIII. Vortragsreihe an der ETH Zürich Sommersemester 2001, Züricher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 60, Zürich 2001

Krause, Joachim; Irlenkaeuser, Jan; Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, in: APuZ, Nr. 48, 2002

Kreft, Heinrich: Machtpoker in Nordostasien. Hektische Betriebsamkeit um Nordkorea, in: Internationale Politik, Nr. 1, 1999

Kristensen, Hans; Handler, Joshua: The USA and Counterproliferation. A New and Dubious Role for US Nuclear Weapons, in: Security Dialog, Nr. 4, 1996

Kristensen, Hans: Nuclear Futures: Proliferation of Weapons of Mass Destruction and US Nuclear Strategy, Basic Research Report, Nr. 98, 2. März 1998: [http://www.basicint.org/pubs/Research/1998nuclearfutures\(2\).htm](http://www.basicint.org/pubs/Research/1998nuclearfutures(2).htm)

Köpke, Jörg; Ohlshausen, Klaus: Flugkörperabwehr in NATO-Europa. Notwendige Ergänzung der integrierten Luftverteidigung, in: Wehrtechnik, Nr. 10, 1986

Kubbig, Bernd: Raketenabwehr als angemessene technologische Antwort auf das politische Proliferationsproblem, in: HSFK-Report, Nr. 9, 1992

ders.: Aufrüstung vor Rüstungskontrolle. Amerikanische Raketenabwehrpolitik während der Clinton-Administration, in: HSFK-Report, Nr. 1, 1996

ders.: Die Demontage des ABM-Vertrags gefährdet die gesamte Rüstungskontrolle, in: Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 1999, Münster 1999

ders.: Deutsche Optionen und Handlungsspielräume angesichts (un-)bekannter amerikanischer Raketenabwehrpläne: <http://www.hsfk.de/abm/forum/pdfs/aadeut.pdf>

ders.: Problematische Kooperation im Dreieck: Das trilaterale Raketenabwehrprojekt MEADS, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 18, Herbst 2000

Kubbig, Bernd u.a.: Variationen des Themas Raketenabwehr im historischen Längsschnitt, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 33, Frühjahr 2002

Kupchan, Charles: Vom Friedensstifter zum Partner. Amerika, Europa und die atlantische Sicherheit, in: Internationale Beziehungen, Nr. 7, 1998

Larrabee, Stephen: SDI: Implikationen für Abrüstung und die Ost-West-Beziehungen, in: Bühl, a.a.O.

Mair, Stefan: Einsatzgebiet Kongo, SWP-Aktuell, Juni 2003

McGwire, Michael: Why did we bomb Belgrade?, in: International Affairs, Nr. 1, 2000

Mey, Holger: „Counterproliferation“. Möglichkeiten und Grenzen der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, in: Internationale Politik, Nr. 10, 1999

Meyer, Berthold; Schlotter, Peter: Die Kosovo-Kriege 1998/99. Die internationalen Interventionen und ihre Folgen, HSFK-Report Nr. 1, 2000

Michaelson, Björn; Neuneck, Götz: Die US-Ausgaben für Raketenabwehr: Einst und jetzt, in: Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 34, Frühjahr 2002, Frankfurt a.M. 2002

Munir, Ahmed: Lösungsmodelle für den Kashmir-Konflikt, in: Internationale Politik, Nr. 3, 1995

Mutz, Reinhard: Rüstungskontrolle/Abrüstung, konventionelle, in: Nohlen, a.a.O.

Müller, Harald: Die (Nicht-)Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen, Stuttgart 1995

ders.: Nuklearschmuggel: Tödliches Risiko?, in: Internationale Politik, Nr. 2, 1995

ders.: Rechtsinstrumente zur Nichtverbreitung. Die Wirksamkeit multilateraler Verträge, in: Internationale Politik, Nr. 10, 1999

ders.: „Defensive Präemption“ und Raketenabwehr: Unilateralismus als Weltordnungspolitik, Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 38, Frühjahr 2003: <http://www.hfsk.de/abm/bulletin/pdfs/mueller2.pdf>

ders.: Warum die Bombe? Die nuklearen Möchtegerne Iran und Nordkorea, in: Internationale Politik, Nr. 1, 2004

Müller, Harald; Reiss, Mitchell: Counterproliferation: Putting New Wine in Old Bottles, in: The Washington Quarterly, Nr. 2, 1995

Müller-Graff: EPZ und GASP: Kohärenzgebot aus rechtlicher Sicht, in: Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Bonn 1993

Nadoll, Jörg: Die Europäische Union und die Konfliktbearbeitung in Ex-Jugoslawien 1991-1998- Mühl- oder Meilenstein?, in: Schubert, Klaus; Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.): Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik, Opladen 2000

Nassauer, Otfried: NATO am Scheideweg: <http://www.bits.de/public/articles/y10-02.htm>

Navias, Martin: Ballistic Missile Proliferation in the Third World, in: Adelphi Papers 252, International Institute for Strategic Studies IISS (Hrsg.), London 1990

Nerlich, Uwe: Folgerungen aus SDI für Strategie, Rüstungskontrolle und Politik. Zum Entscheidungsbedarf der Bundesrepublik Deutschland, in: EA, Nr. 4, 1986

ders.: Roles for Theater Ballistic Missile Defense in European Short Preparation Time Attack Scenarios, in: Hoffmann, Fred; Wohlstetter, Albert; Yost, David (Hrsg.): Swords and Shields. NATO, the USSR and New Choices for Long Range Offense and Defense, Lexington, Mass. 1987

Nerlich, Uwe: Roles for Theater Ballistic Missile Defense in European Short Preparation Time Attack Scenarios, in: Hoffman (Hrsg.): Swords and Shields, a.a.O.

Neueneck, Götz: Von National Missile Defense zu Global Missile Defence? Technische Machbarkeit und Ansätze der Bush-Administration, in: Friedens-Warte, Nr. 4, 2001

ders.: Hypermacht USA. Von der Abschreckung zur Präventiven Kriegsführung?, in: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 3, 2002

Nielebock, Thomas; Wetzler, Rainer: Militärstrategie, in: Nohlen, a.a.O.

Nye Jr., Joseph: The US and Europe: Continental drift? In: International Affairs, Nr. 1, 2000

O'Connell, Robert: Die inneren Bewegkräfte des großen amerikanisch-sowjetischen Rüstungswettlaufs, in: Rohwer, Jürgen (Hrsg.): Feindbilder und Militärstrategien seit 1945, Bremen 1992

Patten, Chris: Eine europäische Vision für die Balkanstaaten, in: NATO-Brief, Sommer/Herbst 2000

Payne, Keith; Ciricione, Joseph: An welcher Stelle sollte die Raketenabwehr nach dem 11. September auf der Liste vorrangiger Verteidigungsausgaben stehen?, in: NATO Brief, Winter 2001/2002

Perle, Richard: SDI Research Will Comply With ABM-Tradey, in: WB, Nr. 224, 1985

ders.: West-östlicher Technologietransfer: Die strategischen Konsequenzen, in: EA, Nr. 1, 1984

Peters, Ingo: Die EU-Mission „Concordia“ in Makedonien und deren Bedeutung für die Evolution der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik:
<http://www.weltpolitik.net/policyforum/article/1645.html>

Pflügler, Tobias: EU-Zivil- oder Militärmacht?, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 2, 2004,
 Internet: <http://www.iwif.de/wf204-34.htm>

Pradetto, August: NATO-Intervention in Kosovo? Kein Eingreifen ohne UN-Mandat, in: Internationale Politik, Nr. 9, 1998

Pugh, Michael: Das Proliferationsproblem. Plädoyer für einen integrierten Ansatz, in: NATO-Brief, Nr. 1, 1994

Rahr, Alexander: Rußlands Umgang mit „Schurkenstaaten“. Aufrüstung unberechenbarer Kräfte, in: Internationale Politik, Nr. 6, 1999

Reiter, Erich: Perspektiven einer europäischen Raketenabwehr, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik, Nr. 2, 2002, Wien 2002

Richter, Claus: Strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Kriegsführung oder Kriegsverhinderung?, in: ApuZ, Nr. 14-15, 1985

Robinson, Perry: Implementing the Chemical Weapons Convention, in: International Affairs, Nr. 1, 1996

Rudolf, Peter: Amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush. Eine erste Einschätzung. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell Nr. 5, 2001

Rühle, Hans: „Löcher im Drahtverhau der Sicherheitsdoktrin. Das Defensivkonzept der Zukunft löst Europas Probleme kaum“, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 01.04.1983

ders.: Wie kam es zu SDI?, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte zu SDI in West und Ost, Melle 1985

Rühl, Lothar: „Eine Raketenabwehr auch für Europa“, in: FAZ, 17.01.1986

Rühle, Michael: Transatlantische Dissonanzen. Sieben Thesen zu den Sicherheitsbeziehungen, in: Internationale Politik, Nr. 4, 2000

Sagdeew, Roald; Prilutzkii, Oleg: Strategische Verteidigung und strategische Stabilität, in: Wissenschaft und Frieden. Wissenschaftliches Symposium „Militarisierung oder friedliche Nutzung des Weltraums“, Wien 19.-20. Oktober 1985

Schapiro, Mark: The Selling of Star Wars to Europe, in: The Nation, 15.01.1988

Scheffran, Jürgen: Ein Einstieg in die westeuropäische SDI-Diskussion, in: Engels, Dieter; Scheffran, Jürgen; Sieker, Ekkehard (Hrsg.): SDI- Falle für Westeuropa. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Schatten der Weltraumrüstung, Köln 1987

Scheffran, Jürgen: Raketenabwehr contra Proliferation. Der Norden tut sich zusammen, in: Wissenschaft und Frieden, Nr.1, 1994

Scheffran, Jürgen; Hagen, Regina: Europa und die Raketenabwehr, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4, 2001

Schierholz, Henning: SDI und die „Europäische Verteidigungsinitiative“, in: Tatz, Jürgen (Hrsg.): Ist der Frieden noch zu retten? Die Abschreckung und ihre Alternativen, Frankfurt a.M. 1986

Schmidbauer, Bernd: Illegaler Nuklearhandel und Nuklearterrorismus, in: Internationale Politik, Nr. 2, 1995

Schmidt, Peter: ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel, SWP-Aktuell, Nr. 20, Mai 2003

Schöllgen, Gregor: Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa, in: ApuZ, Nr. 11, 2004

Schulte, Gregory: Die Antwort auf das Proliferationsproblem und die Rolle der NATO, in: NATO-Brief, Nr. 4, 1995

Schulze, Franz: SDI und die konventionelle Verteidigung Europas, in: Internationale Wehrrevue, Nr. 9, 1986

Schütze, Walter: SDI oder EUREKA?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44, 1985

Schwarz, Klaus: Amerikas Mission, in: SWP-Aktuell, Nr. 38, Oktober 2002

Schweigler, Gebhard: Driftet die atlantische Gemeinschaft auseinander?, in: Internationale Beziehungen, Nr. 6, 1996

Senghaas, Dieter: Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) – Ansatzpunkte einer Lagebeurteilung, in: Bühl, Hartmut (Hrsg.): Strategiediskussion. NATO-Strategie im Wandel. Alternative Sicherheitskonzepte. Strategische Defensive, Herford 1987

Seitz, Konrad: SDI – die technologische Herausforderung für Europa, in: Europa-Archiv, Nr. 13, 1986

Seitz, Konrad: Die Zukunft von Sicherheit und Abrüstung in Europa, in: EA, Nr. 5, 1986

Shaikh, Farzana: Pakistan's nuclear bomb: Beyond the non-proliferation regime, in: International Affairs, Nr. 1, 2002

Siebenmorgen, Markus: Partnerschaft oder Widerstand? Russlands Raketenabwehrpolitik seit dem 11. September, in: Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 41, Sommer 2003

Simpson, John: Nuclear non-proliferation in the post-cold war era, in: International Affairs, Nr. 2, 1994

Singh, Anita: India's relations with Russia and Central Asia, in: Internationale Affairs, Nr. 1, 1995

Sköns, Elisabeth: SDI und internationale Forschungszusammenarbeit, in: SIPRI Yearbook 1986. Dt. Ausgabe hersg. von Freimut Duve, Reinbeck 1986

Smith, Daniel: A Brief History of Missiles and Ballistic Missile Defense, in: Center for Defense Information (CDI) (Hrsg.): National Missile Defense - What Does it all Mean? September 2000: <http://www.cdi.org/Hotspots/nmdissuebrief/nmd32.pdf>

Smith, Hazel: Bad, mad, sad or rational actor? Why the „securization“ paradigm makes for poor policy analysis of north korea, in: International Affairs, Nr. 1, 2000

Sommer, Dirk: ATM uns ATBM. Schutzschirm gegen Flugkörper auf den europäischen Felde, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr. 10, 1988

Speyer, Boris: „Star Wars“ – ideologische, militärische und wirtschaftliche Hintergründe in den USA, in: Wissenschaft und Frieden a.a.O.

Stares, Paul: The Implications of BMD for Britain`s Nuclear Deterrent, in: Brauch, Hans Günther (Hrsg.), a.a.O.

Stockton, Paul: Strategic Stability between the Super-powers, The International Institute for Strategic Studies, Adelphi Papers 213, London Winter 1985

Stratmann, Peter: Strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, in: S+F. Vierteljahreszeitschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 1, 1986

Taylor, Trevor: SDI-The British Respons, in: Brauch, a.a.O.

Teltschik, Horst: Deutsche Überlegungen zu SDI, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte zu SDI in West und Ost, a.a.O:

Thies, Jochen: Das Ringen um die neue Weltordnung. Zum Verhältnis zwischen Europa und Amerika, in: APuZ, Nr. 25, 2002

Thränert, Oliver: Rüstungskontrolle bei chemischen und biologischen Waffen, in: APuZ, Nr. 50-51, 1999

Thränert, Oliver: Amerikanische Raketenabwehrpläne: Konsequenzen für die internationale Sicherheit, Friedrich Ebert Stiftung, Analyseinheit Internationale Politik, Mai 2000

Troebst, Stefan: Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An Analytical Documentation, 1992-1998, European Center for Minority Issues, (ECMI) Working Paper, Nr. 1, Flensburg 1998

Umbach, Frank: Chinas Aufrüstung – ein Alarmzeichen?, in: Internationale Politik, Nr. 7, 2000

Umbach, Frank: Aufrüstung in Ostasien. Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung, in: Internationale Politik, Nr. 5, 1998

Umbach, Frank: Massenvernichtungswaffen in Asien. Ist die Politik der Nichtverbreitung gescheitert?, in: Internationale Politik, Nr. 10, 1999

Union of Concerned Scientists (Hrsg.): From Nike-Zeus to Safeguard. US Defenses Against ICBM's, 1958-1976: <http://www.ucsusa.org/security/fact.safeguard.html>

ders.: US National and Theater Ballistic Missile Defense Programs: <http://www.ucsusa.org/security/fact.NMDTMDoverview.html>

Varwick, Johannes: Beitrag für die Europäische Zeitung April 2000 über die Probleme der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: <http://www.dgap.org/-texte/esvp.htm>

Voigt, Carsten: Begründung eines neuen Atlantizismus. Von Partnerschaft zu euroatlantischer Gemeinschaft, in: Internationale Politik, Nr. 3

von Hassel, Kai Uwe: Address at a Symposium of EIS on High Frontier, in: EIS-Journal, Nr. 4-5, 1985

von Geyso, Peter: Strategic Defenses and ATBM: An European View, in: Gottstein, Klaus: (Hrsg.): SDI and Stability. The Role of Assumptions and Perceptions, Baden-Baden 1988

Walker, William: International nuclear relations after the Indian and Pakistani test explosions, in: International Affairs, Nr. 3, 1998

Weidenfeld, Werner: Erneuerung der transatlantischen Bindungen, in: Internationale Politik, Nr. 3, 2000

ders.: Kühles Kalkül: Die neue Ära der transatlantischen Beziehungen, in: Internationale Politik, Nr. 6, 2001

Weise, Hans Heinrich: Das SDI-Forschungsprogramm. Aspekte deutscher Mitwirkung, in: Wehrtechnik, Nr. 7, 1985

ders.: Die strategische Verteidigungsinitiative SDI, in: Hubatscheck, Gerhard (Hrsg.): Strategie für den Frieden, Herford 1986

ders.: A Missile Defense for NATO, in: Hoffmann, Wohlstetter, Yost, a.a.O.

ders.: Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Deutsche Ansichten zum Entscheidungsprozeß, in: Beiträge zur Politischen Bildung, Nr. 1, 1986

ders.: Weltraumgestützte Raketenabwehrsysteme und Antisatelliten-Waffen: Ihre Bedeutung für Sicherheit und Verteidigung, in: Kaiser, Karl; Welck, Stephan Freiherr von (Hrsg.): Weltraum und internationale Politik, München 1987

Wieck, Hans Georg: Europäische Raketenabwehr, Brüssel 1985, nichtveröffentlichtes Papier, zitiert nach Hölzenbein, a.a.O.

Wieck, Hans-Georg: Pulverfass Kaschmir. Pakistans Staatskrise: Bewährungsprobe für Indien, in: Internationale Politik, Nr. 1, 2000

Wilkening, Dean: Ballistic Missile Defence and Strategic Stability, The International Institut for Strategic Studies, Adelphi Paper 334, Oxford, New York 2000

Witzel, Rudolf: Von ABM zu SDI. Die Raketenabwehrdebatte in den USA ab 1955, in: Kubbig, Bernd (Hrsg.): Die militärische Eroberung des Weltraums, Band 1, Frankfurt a.M., 1990

Wolf, Klaus: Regimeanalyse, in: Nohlen: Lexikon der Politik, a.a.O.

Wörner, Manfred: A Missile Defense for NATO-Europe, in: Strategic Review, Nr. 1, 1986

ders.: Flugkörperabwehr der NATO-eine Notwendigkeit!, in: Truppenpraxis, Nr. 6, 1986

ders.: Security and Defense: Perceptions and Politics of the Federal Republic of Germany, in: RUSI-Journal, Nr. 1, 1986

ders.: Begrenzte Kooperation mit Moskau, aber keine „Sicherheitspartnerschaft“, in: Europäische Wehrkunde/WWR, Nr. 4, 1986

Yost, David: Die Sorgen der Europäer gegenüber den amerikanischen Plänen für eine Raketenabwehr, in: EA, Nr. 14, 1984

ders.: Western Europe and the U.S. Strategic Defense Initiative, in: Journal of International Affairs, Nr. 2, 1988

ders.: Transatlantic relations and peace in Europe, in: International Affairs, Nr. 2, 2002

Young, Stephen: Pushing the Limits: The Decision on National Missile Defense, Coalition to Reduce Nuclear Dangers, Council for a Livable World Education Fund, Washington, April 2000: <http://www.clw.org/coalition/libbmd.htm>

Zanders, Jean Pascal; Wahlberg, Maria: Chemical and Biological Weapon and Arms Control, in: SIPRI Yearbook 2000, a.a.O.

Zeitungsartikel

„Bonn reagiert zurückhaltend“, in: FAZ, 16.03.1983

Wörner, Manfred: „Zukunftsmusik“, in: FAZ, 26.03.1983

„Löcher im Drahtverhau der Sicherheitsdoktrin. Das Defensivkonzept der Zukunft löst Europas Probleme kaum“, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 01.04.1983

„Ronald Reagans Horror-Vision“, in: SZ, 25.03.1983

„US-Vertreter verwirren Europäer“, in: Frankfurter Rundschau, 29.02.1984

„Washington startet Programm für Defensivwaffen im Weltraum“, in: FAZ, 29.03.1984

„Bonn besorgt über Weltraumstrategie“, in: SZ, 29.03.1984

„Die Nukleare Planungsgruppe will Aufklärung über die künftige Strategie“, in: FAZ, 30.03.1984

„Weinberger informiert über Weltraumssysteme“, in: FAZ, 05.04.1984

„Entwicklungen für einen Krieg der Sterne“, in: Der Tagesspiegel, 05.04.1984

„Wörner besorgt über ein neues US-Abwehrsystem“, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 07.04.1984

„Wörner warnt vor Rüstung im Weltraum“, in: SZ, 09.04.1984

„Bonn Worried by U.S. Plans for Space Weaponary“, in: Washington Post, 11.04.1984

„Spannungen zwischen Washington und Bonn wegen der amerikanischen Weltraumpläne“, in: FAZ, 14.04.1984

- Bonn is Worried by U.S. Arms Research“, in: New York Times, 14.04.1984
- „Paris mißtraut Reagans “Star Wars“-Plänen“, in: SZ, 12.07.1984
- „Lästig für Rom“, in: Der Spiegel, Nr. 16, 1984
- „Der Sieg im Weltraum ist möglich“, in: Der Spiegel, Nr. 46, 1984
- „Der Durchbruch kommt nach 15 Stunden“, in: SZ, 10.01.1985
- „USA und UdSSR nehmen am 12. März in Genf ihre Rüstungskontrollverhandlungen auf“, in: SZ, 28.01.1985
- „Waffen, die Gromyko nach Genf führten“, in: FAZ, 31.01.1985
- „Was strategische Stabilität bedeutet“, in: FAZ, 04.02.1985
- „Kohl, Genscher und die nachgeschobene Exegese“, in: Die Welt, 20.03.1985
- „Beim Krieg der Sterne beginnt in Bonn das Zaudern“, in: FR, 22.03.1985
- „Einige Unsicherheiten über das Verhalten Genschers“, in: Die Welt, 23.03.1985
- „Washington wünscht Beteiligung der NATO an Erforschung der Weltraum-Verteidigung“, in: SZ, 27.03.1985
- „Weinberger lädt offiziell zu Beteiligung an Forschungen über Weltraumwaffen ein“, in: FAZ, 27.03.1985
- „Bonn will sich nicht dem Zeitdruck der USA beugen“, in: FR, 28.03.1985
- „Vorerst keine Entscheidung Bonns über Teilnahme an Weltraumwaffen-Forschung“, in: SZ, 28.03.1985
- „Bonn über Weinbergers Brief zu den Weltraumwaffen befremdet“, in: FAZ, 28.03.1985
- „Studie über eine deutsche SDI-Beteiligung, in: FAZ, 28.03.1985
- „Washington stellt klar: Weinbergers Zeitangabe kein Ultimatum“, in: FAZ, 29.03.1985
- „US-Diplomat stellt klar: Kein Ultimatum“, in: SZ, 29.03.1985
- „Kohl ist für eine Beteiligung an der SDI-Forschung. Zwei Voraussetzungen“, in: Die Welt, 01.04.1985
- „Europäer suchen gemeinsame Position“, in: SZ, 01.04.1985
- „Zwei Voraussetzungen sind nötig“, in: Die Welt, 01.04.1985
- „Weinberger: Kein Ultimatum gestellt“, in: FR, 03.04.1985
- „Ein klares Wort ist jetzt gefragt“, in: Die Zeit, 19.04.1985
- „Europäische Wünsche und amerikanische Bedenken vor der WEU-Tagung in Bonn“, in: FAZ, 20.04.1985
- „Strauß fordert europäisches SDI“, in: FAZ, 23.04.1985
- „Abwehrraketen gegen Kurzstreckenraketen und Marschflugkörper gefordert“, in: FAZ, 23.04.1985
- „WEU um „koordinierte Reaktion“ bemüht“, in: SZ, 24.04.1985

- „Frankreich will sich nicht an der Forschung für Weltraumwaffen beteiligen. Das EURECA-Programm“, in: FAZ, 06.05.1985
- „Für die Sowjetunion sind subversive Aktionen ohne Risiko“, in: FR, 15.05.1985
- „Weinberger setzt auf private Beteiligung“, in: SZ, 25.05.1985
- „We need a lot more Answers“, in: Time, 26.05.1985
- „Eine Chance für EUREKA“, in: Die Zeit, 31.05.1985
- „Europäische Gespräche in Sachen SDI“, in: FAZ 03.06.1985
- „SDI- Bonn sondiert in Washington“, in: Die Welt, 08.06.1985
- „Bonn will SDI-Partnerschaft klären“, in: Die Welt, 13.06.1985
- „SDI hat einen wichtigen Impuls für den Rüstungskontrolldialog gegeben“, in: Die Welt, 22.06.1985
- „Heute eröffnet Mitterand die EUREKA-Konferenz“, in: FAZ, 17.07.1985
- „Projektgruppe für EUREKA geplant“, in: SZ, 18.07.1985
- „In Hochstimmung hebt Europa „EUREKA“ aus der Tiefe“, in: Die Welt, 19.07.1985
- „Wörner für europäische Weltraumwaffen“, in: SZ, 23.07.1985
- „Teltschik-Kommission stellt 218 Fragen“, in: Die Welt, 05.09.1985
- „Wörner will Europäische Verteidigungsinitiative“, in: SZ, 05.09.1985
- „Reagan: SDI-Forschung kein Tauschobjekt“, in: SZ, 19.09.1985
- „SDI-Entscheidung kaum vor Jahresende“, in: SZ, 05./06.10.1985
- „Reagan bietet der Sowjetunion Übernahme eines SDI-Systems an“, in: SZ, 31.10.1985
- „Britain Agree on SDI Participation“, in: WP, 31.10.1985
- „Kohl besteht auf privater Finanzierung“, in: SZ, 06.11.1985
- „Die Risikogemeinschaft darf nicht zerstört werden. Ich habe große Sorgen wegen SDI“, in: FAZ, 29.11.1985
- „SDI-Entscheidung kaum vor Jahresende“, in: SZ, 05./06.10.1985; „Bonns SDI-Fahrplan steht fest“, in: FR, 29.11.1985
- „Bonns SDI-Fahrplan steht fest“, in: FR, 29.11.1985
- „Weinberger kritisiert die Europäische Verteidigungsinitiative“, in: FAZ, 06.12.1985
- „Europas Problem mit der Raketenverteidigung“, in: SZ, 14.12.1985
- „Jenninger sieht mit SDI die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte wachsen“, in: FAZ, 19.12.1985
- „Rolle des Nehmenden“ in: Der Spiegel, Nr. 14, 1985
- „Was weiß ich denn“, in: Der Spiegel, Nr. 15, 1985
- „Mit beiden Füßen auf der Erde“, in: Der Spiegel, Nr. 19, 1985
- „Da war nur eine Reisegruppe unterwegs“, in: Der Spiegel, Nr. 45, 1985
- „An die Grenzen der Technologie“, in: Der Spiegel, Nr. 48, 1985

- „Querschuß aus Paris“, in: Die Zeit, Nr. 18, 1985
- „Kohl will noch im Frühjahr Abschluß der SDI-Verhandlungen“, in: FAZ, 09.01.1986
- „Bangemann beginnt in Washington SDI-Gespräche“, in: FAZ, 14.01.1986
- „Bangemann zu SDI: Politische Unterstützung aber keine finanzielle Beteiligung“, in: FAZ, 16.01.1986
- „Eine Raketenabwehr auch für Europa“, in: FAZ, 17.01.1986
- „Rogers: Nicht auf technologischen Abfall von SDI warten“, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 11.02.1986
- „Europa braucht Raketenabwehr“, in: Die Zeit, 28.02.1986
- „Kohl wendet sich direkt an Reagan“, in: FAZ, 12.03.1986
- „Ende der SDI-Verhandlungen noch nicht abzusehen“, in: FAZ, 18.03.1986
- „Keiner hat die Absicht, den anderen zu brüskieren“, in: FR, 18.03.1986
- „Kohl und Weinberger einigen sich über Abkommen zu SDI und Technologietransfer“, in: SZ, 20.03.1986
- „Bonn und SDI- der lange Weg nach Washington“, in: Die Welt, 25.03.1986
- „Nach Bangemanns Washingtoner Unterschriften liegt der Rahmen der deutschen Beteiligung fest“, in: FAZ, 29.03.1986
- „Abkommen über SDI wird geheimgehalten“, in: FR, 31.03.1986
- „Der geheime SDI-Vertrag“, Express, 18.04.1986
- „Bessere Luft-Abwehr bessere Luft-Waffen“, in: FAZ, 22.05.1986
- „Wir brauchen eine Raketenabwehr in Europa“, in: Die Welt, 21.07.1986
- „Viele Bedenken und nur bescheidene Angebot“, in: FAZ, 05.09.1986
- „Auftrag für SDI-Studie zur Verteidigung Europas“, in: Die Welt, 05.12.1986
- „Beinbruch mit Kukident“, in: Der Spiegel, Nr. 3, 1986
- „Keine Ahnung“, in: Der Spiegel, Nr. 4, 1986
- „Vor unbefugter Offenlegung schützen“, in: Der Spiegel, Nr. 17, 1986
- „Weinberger optimistisch über SDI“, in: Die Welt, 24.01.1987
- „Nordkoeras Waffenarsenale“, in: FAZ, 01.09.1998
- „Bonn befürwortet stärkere Rolle der EU im Kosovo-Konflikt“, in: FAZ, 13.02.1999
- „Gegen Amerikas Ein-Mann-Show“, in: FAZ, 25.02.1999
- „Amerika verärgert: Berlin steigt aus Rüstungsprojekt aus“, in: Die Welt, 08.12.2000
- „Scharping unter Beschuss wegen Raketenabwehr“, in: Die Welt, 13.12.2000
- „Amerikas Angst vor China“, in: Der Spiegel, Nr. 23, 2000
- „USA beharren auf Bau der Raketenabwehr“, in: SZ, 05.01.2001
- „Untertöne statt klarer Worte“, in: ebd.

- „Washington zeigt sich zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems entschlossen“, in: FAZ, 05.02.2001
- „Wie beim Zahnarzt“, in: ebd.
- „Anspruch auf Beratungen“, in: ebd.
- „Moskau bietet neue Raketenabwehr an“, in: NZZ, 21.02.2001
- „Auftauen mit kaltem Wasser“, in: FAZ, 21.02.2001
- „Robertson kündigt genaue Prüfung der russischen Vorschläge an“, in: FAZ, 22.02.2001
- russischer Vorschlag einer nicht-strategischen Raketenabwehr im Wortlaut in: FAZ, 24.02.2001
- „Bush unterstützt Blairs europäische Eingreiftruppe“, in: FAZ, 26.02.2001
- „Schröder für deutsche Beteiligung am amerikanischen Raketenabwehrsystem“, in: FAZ, 28.02.2001
- „Kontinuierlicher Kurswechsel der Bundeskanzlers“, in: FAZ, 01.03.2001
- „Das klare „Jain“ des Bundeskanzlers“, in: FAZ, 01.03.2001
- „Heftige deutsche Debatte über die NMD“, in: NZZ, 02.03.2001
- „Mogelpackung eines Wendemanövers“, in: NZZ, 02.03.2001
- „Ein riesengroßer Quatsch“ in: Die Zeit, 08.03.2001
- „Begrenzte Partnerschaft Moskau-Teheran“, in: NZZ, 14.03.2001
- „„Enger Dialog“ mit Washington“, in: FAZ, 30.03.2001
- „Selten wurden Unstimmigkeiten in der deutsch-amerikanischen Freundschaft so ungeschminkt formuliert“, in: FAZ, 31.03.2001
- „Ein neues Sicherheitskonzept“, in: FAZ, 03.05.2001
- „Verbündete begrüßen Bushs Willen zu Konsultationen“, in: FAZ, 03.05.2001
- „Bushs Raketenpläne verunsichern Europäer“, in: SZ, 03.05.2001
- „Fischer: Etwas finden, was besser ist als ABM“, in: FAZ, 04.05.2001
- „Fischer lobt Willen der USA zur Kooperation“, in: SZ, 04.05.2001
- „USA mahnen bei Raketenabwehrplänen zur Eile“, in: SZ, 09.05.2001
- „Offensive Fragen zum Abwehrschirm“, in: SZ, 11.05.2001
- „China zu weiteren Gesprächen über Raketenabwehr bereit“, in: FAZ, 17.05.2001
- „Washington wirbt in China für die Raketenabwehr“, in: NZZ, 17.05.2001
- „Rumsfeld wirbt für Raketenabwehr“, in: FAZ, 08.06.2001
- „Schutzschild oder Mühlstein?“, in: FAZ, 11.06.2001
- „Bush fordert NATO-Partner zum Umdenken auf“, in: FAZ, 15.06.2001
- „Bush muss hoffen“, in: SZ, 15.06.2001
- „Ich werde tun, was ich für richtig halte“, in: Die Zeit, 21.06.2001
- „Beziehungsstress“, in: Die Welt, 14.06.2001

- „Transatlantisches Desinteresse“, in: ebd.;
- „Bushs Raketenpläne stoßen bei NATO-Partnern auf Desinteresse“, in: ebd.
- „Bericht über Bau von Testgelände für Raketenabwehr“, in: FAZ, 11.07.2001
- „USA planen in Alaska Raketen-Testzentrum, in: SZ, 11.07.2001
- „Konkretisierte Pläne zur US-Raketenabwehr“, in: NZZ, 13.07.2001
- „Bush will Projekt der Raketenabwehr beschleunigen“, in: FAZ, 13.07.2001
- „Auftrieb für Bushs Raketenabwehrpläne nach erfolgreichem Test einer Abfangwaffe“, in: FAZ, 16.07.2001
- „Zweifel an einem zweifelhaften Konzept“ in: SZ, 16.07.2001
- „Gelassene Reaktionen in Washington“, in: FAZ, 18.07.2001
- „Tiefe Schnitte sind ohne Risiken möglich“, in: FAZ, 24.07.2001
- „Wieczorek-Zeul kritisiert Amerikas Raketenabwehrpläne“, in: FAZ, 26.07.2001
- „Kim verspricht in Moskau: Bis 2003 keine nordkoreanischen Raketentests“, in: FAZ, 06.08.2001
- „Putin und Kim machen Front gegen die USA“, in: SZ, 06.08.2001
- „Ehrgeizige Raketenabwehr“, in: FAZ, 22.08.2001
- „Bush verschiebt Tests für Raketenabwehr“, in: FAZ, 27.10.2001
- „Außenpolitik nach dem 11. September“, in: FAZ, 07.11.2001
- „Ein Handschlag genügt nicht“, in: FAZ, 17.11.2001
- „Schlechtes Wetter verzögert fünften Raketentest“, in: FAZ, 03.12.2001
- „Raketenabwehr-Test ein „voller Erfolg“, in: FAZ, 05.12.2001
- „Das Ende des Kalten Krieges“, in: FAZ, 14.12.2001
- „Die Kluft zwischen Europa und Amerika wird immer größer“, in: FAZ, 01.02.2002 „Schieflage“, in: ebd.
- „Die neuen Transatlantiker“, in: FAZ, 24.01.2002
- „Washington zeigt sich zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems entschlossen“, in: FAZ, 05.02.2002
- „Amerika zu Abkommen bereit“, in: FAZ, 07.02.2002
- „Neuer Test für Raketenabwehrsystem“, in: FAZ, 15.03.2002
- „USA testen erfolgreich Raketenabwehr“, in: SZ, 18.03.2002
- „Raketenabwehr mit Atombomben?“, in: FAZ, 12.04.2002
- „Washington sieht gute Fortschritte beim Aufbau der Raketenabwehr“, in: FAZ, 16.04.2002
- „Bush und Putin einig über atomare Abrüstung“, in: FAZ, 12.05.2002
- „Vertrag von drei Seiten“, in: FAZ, 13.05.2002
- „Bush und Putin einig über atomare Abrüstung“, in: FAZ, 14.05.2002
- „Stille in Russland vor dem Gipfeltreffen“, in: NZZ, 16.05.2002

- „Abrüstungsvertrag unterzeichnet. Bush: Ein hoffnungsvoller Tag für die ganze Welt“, in: FAZ, 25.05.2002
- „Wege aus der Welt der Waffen“, in: SZ, 25.05.2002
- „Abrüstungsvertrag unterzeichnet. Bush: Ein hoffnungsvoller Tag für die ganze Welt“, in: FAZ, 25.05.2002
- „Bush: Amerika ist auch zum „Erstschlag“ gegen die neuen Feinde bereit“, in: FAZ, 02.06.2002
- „Amerika bekräftigt Recht auf Präventiv-Schläge“, in: SZ, 03.06.2002
- „Moskau will präzise Abrüstungsvereinbarungen“, in: FAZ, 18.06.2002
- „„Defensive Intervention““, in: FAZ, 19.06.2002
- „Rußlands Zeitbomben“, in: FAZ, 28.06.2002
- „Washington sucht Partner für Raketenabwehr“, in: FAZ, 01.07.2002
- „USA werben in Europa für Raketenabwehr“, in: SZ, 01.07.2002
- „Pentagon: Peking verstärkt Militär“, in: FAZ, 15.07.2002
- „Sanktionen wegen Lieferung an Iran“, in: FAZ, 20.07.2002
- „Unberechenbarer Staat“, in: FAZ, 23.07.2002
- „Rüstungskontrolle überflüssig“, in: FAZ, 27.07.2002
- „USA wollen Ende der Rüstungskontrolle“, in: SZ, 27.07.2002
- „Bush verabschiedet alte Konzepte der Außenpolitik“, in: FAZ, 21.09.2002
- „Freiheit und Gerechtigkeit für alle“, in: FAZ, 23.09.2002
- „Die Bush-Doktrin“, in: FAZ, 26.09.2002
- „Hymne für die Festung Amerika“, in: Die Zeit, 26.09.2002
- „Ein Moralist im Weißen Haus“, in: SZ, 28.09.2002
- „Fortschritte bei Verhandlungen über Waffeninspektionen“, in: FAZ, 02.10.2002
- „Frankreich und Amerika ringen um UN-Resolution zum Irak“, in: FAZ, 16.10.2002
- „Nordkorea gibt heimliche Entwicklung von Atomwaffen zu“, in: FAZ, 18.10.2002
- „Hinterlist im unberechenbaren Pjöngjang“, in: ebd.
- „Atomwaffen-Programm löst weltweit Besorgnis aus“, in: SZ, 18.10.2002
- „Einladung zum Atomtanz“, in: ebd.
- „Vertrag mit Nordkorea gekündigt“, in: FAZ, 21.10.2002
- „Washington stellt Hilfe für Nordkorea ein“, in: SZ, 21.10.2002
- „Bush, Chirac und Putin einig. Eine letzte Gelegenheit für Saddam Hussein“, in: FAZ, 09.11.2002
- „Abschied vom Kalten Krieg“, in: FAZ, 22.11.2002
- „Die NATO gibt sich eine neue Gestalt“, in: FAZ, 22.11.2002
- „Abschied vom Kalten Krieg“, in: FAZ, 22.11.2002

„Berlin und Paris für „Sicherheits- und Verteidigungsunion““, in: FAZ, 26.11.2002
 „64 Millionen Euro für die Nuklear-Entsorgung“, in: FAZ, 27.11.2002
 „UN prüfen Waffen-Dossier aus dem Irak“, in: FAZ, 10.12.2002
 „NATO unterstützt EU bei schneller Eingreiftruppe“, in: FAZ, 14.12.2002
 „Große Lücken im irakischen Waffenbericht“, in: FAZ, 14.12.2002
 „Bagdads Waffenbericht hat Lücken“, in: FAZ, 19.12.2002
 „Chirac stimmt Armee auf Krieg ein“, in: FAZ, 08.01.2003
 „Berlin und Paris reden über den Irak“, in: FAZ, 13.01.2003
 „Kurzer Burgfrieden“, in: FAZ, 19.01.2003
 „Herzlicher als damals“, in: FAZ, 22.01.03
 „Schröder geht noch weiter: Kein Ja“, in: FAZ, 23.01.2003
 „Empörung in Berlin und Paris über Washington“, in: FAZ, 24.01.2003
 „Europa sucht den kleinsten gemeinsamen Nenner“, in: NZZ, 26.01.2003
 „Die EU für verlängerte Inspektionen im Irak“, in: NZZ, 28.01.2003
 „EU: Inspektionen fortsetzen“, in: FAZ, 28.01.2003
 „Die EU für verlängerte Inspektionen im Irak“, in: NZZ, 28.01.2003
 „Paris: Inspektionen beste Methode“, in: FAZ, 30.01.2003
 „Acht Bush-Freunde gegen Deutschland und Frankreich“, in: Die Welt, 30.01.2003
 „Der Aufruf der acht“, in: FAZ, 31.01.2003
 „Aufruf der Solidarität mit den USA“, in: NZZ, 31.01.2003
 „Die Freunde Amerikas erheben ihre Stimme“, in: FAZ, 31.01.2003
 „Rückschlag für gemeinsame Aussenpolitik“, in: NZZ, 31.01.2003
 „Athen bemüht sich um Irak-Sondergipfel“, in: NZZ, 01.02.2003
 „Streit über Irak-Kompromiß – Chirac rügt Kandidaten“, in: FAZ, 19.02.2003
 „Von Fröschen und Würmern“, in: FAZ, 24.02.2003
 „Ein Hut, viele Stimmen“, in: FAZ, 03.03.2003
 „EU löst NATO ab“, in: FAZ, 13.03.2003
 „Prekäre Sicherheitslage in Mazedonien“, in: NZZ, 14.03.2003
 „NATO und EU kooperieren“, in: FAZ, 15.03.2003
 „EU billigt Übernahme der Mazedonien-Mission“, in: FAZ, 19.03.2003
 „Skopje billigt EU-Einsatz“, in: FAZ 27.03.2003
 „Mazedonien billigt den ersten Militäreinsatz der EU“, in: NZZ, 27.03.2003
 „Start der EU-Eingreiftruppe in Mazedonien“, in: NZZ, 31.03.2003
 „Gespräche über Europa nach dem Irak-Krieg“, in: FAZ, 31.03.2003
 „Beginn der EU-Militärmission in Mazedonien“, in: NZZ, 01.04.2003
 „Die EU übernimmt militärische Mission in Mazedonien“, in: FAZ, 01.04.2003

„Bundesregierung will EU-Verteidigung für Briten offenhalten“, in: FAZ, 11.04.2003
 „Auf dem Abstellgleis“, in: Die Welt, 27.04.2003
 „So geht es nicht weiter“, Rom warnt vor einer Spaltung der EU“, in: FAZ, 28.04.2003
 „Unnötige Eile“, in: FAZ, 28.04.2003
 „Blair: Frankreichs Vorstellungen sind gefährlich“, in: FAZ, 29.04.2003
 „Kontraproduktive „Viererbande““, in: FAZ, 02.05.2003
 „Ethnischer Ausrottungskrieg in Kongo“, in: FAZ, 22.05.2003
 „Vertrag mit Schlupflöchern“, in: FAZ, 23.05.2003
 „Die EU auf dem Weg in den Kongo“, in: FAZ, 26.05.2003
 „EU wird ihre Mission beenden““, in: FAZ, 31.05.2003
 „Stellvertreterkriege in einem großen Land“, in: FAZ, 02.06.2003
 „EU bereitet sich auf Kongo-Einsatz vor“, in: FAZ, 04.06.2003
 „Die EU für Eingreiftruppe in Kongo-Kinshasa“, in: NZZ, 05.06.2003
 „Chirac dankt Berlin für „bescheidenden“ Kongo-Beitrag“, in: FAZ, 11.06.2003
 „Die Killer aus der Okapi-Bar“, in: Spiegel Online, 13.06.2003
 „Ohne Rückgriff auf die NATO“, in: FAZ, 17.06.2003
 „Deutsche Unterstützung für die Kongo-Einsatztruppe“, in: NZZ, 19.06.2003
 „Alliot-Marie: Mission in Kongo erfüllt“, in: FAZ, 05.08.2003
 „Übergabe an UNO in Kongo-Kinshasa“, in: NZZ, 17.08.2003
 „EU-Außenminister einig über Verteidigungspolitik“, in: FAZ, 01.12.2003

Internetadressen

<http://levin.senate.gov>
<http://orae.fes.de>
<http://www.acq.osd.mil/mda>
<http://www.alb-net.com>
<http://www.auswaertiges-amt.de>
<http://www.basicint.org>
<http://www.bits.de>
<http://www.bmvg.de>
<http://www.bundesnachrichtendienst.de>
<http://www.bundesregierung.de>
<http://www.bundeswehr.de>
<http://www.cdi.org>
<http://www.clw.org>

<http://www.cns.miis.edu>
<http://www.cducsu.de>
<http://www.defenselink.mil>
<http://www.dgap.org>
<http://europa.eu/comm>
<http://europa.eu.int>
<http://europarl.eu.int>
<http://www.fas.org>
<http://www.gfw-sicherheitspolitik.de>
<http://www.globalsecurity.org>
<http://www.hsfk.de>
<http://www.iiss.org>
<http://www.iwif.de>
<http://www.nato.int>
<http://www.nipp.org>
<http://www.missilesandfirecontrol.com>
<http://www.official-documents.co.uk>
<http://www.rnc.org>
<http://www.securityconference.de>
<http://www.sicherheitspolitik.bundeswehr.de>
<http://www.sipotec.net>
<http://www.spiegel.de>
<http://www.state.gov>
<http://www.thebulletin.org>
<http://thomas.loc.gov>
<http://ue.eu.int/>
<http://www.ucsusa.org>
<http://www.un.org>
<http://www.usarak.army.mil/greely>
<http://usinfo.state.gov>
<http://www.vandenberg.af.mil>
<http://www.vnausbildungszentrumbw.de>
<http://www.weltpolitik.net>
<http://www.weu.int>
<http://www.whitehouse.gov>

6. Abkürzungsverzeichnis

ABM:	Anti Ballistic Missile
ACDA:	Arms Control and Disarmament Agency
ACTORD:	Activation Order
ACTWARN:	Activation Warning
AFSOUTH:	Allied Forces South Europe
AGARD:	Advisory Group for Aerospace Research and Development
AMD:	Allied Missile Defense
ASAT:	Antisatelliten
ATBM:	Anti-Tactical Ballistic Missile
ATM:	Anti-Tactical Missile
AustG:	Australische Gruppe
AWACS:	Airborne Warning and Control System
B-1:	Bomber-1
BMD:	Ballistic Missile Defense
BMDO:	Ballistic Missile Defense Organisation
BTWC:	Biological and Toxin Weapon Convention
CBO:	Congressional Budget Office
CEUMC:	Chairman of the European Union Military Committee
CPI:	Counter Proliferation Initiative
CPX:	Command Post Exercise
CRO:	Crisis Response Operation
CWC:	Chemical Weapons Convention
DASA:	DaimlerChrysler Aerospace
DCI:	Defense Capabilities Initiative
DRP:	Deployment Readiness Program
D-SACEUR:	Deputy Supreme Allied Commander Europe
EADS:	European Aeronautic Defence and Space
EDI:	European Defense Initiative
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG:	Europäische Gemeinschaften
EPZ:	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERA:	Europäisches Raketenabwehrsystem
ESVI:	Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität
ESVP:	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

EU:	Europäische Union
EUFOR:	European Union Force
EuGH:	Europäischer Gerichtshof
EUMC:	European Union Military Commission
EUMS:	European Union Military Staff
EUPM:	European Union Police Mission
EUREKA:	European Research Koordination Agency
EUROBOT:	European Robots
EUROBIOT:	European Biotechnology
EUROCOM:	European Telecommunication
EUROMAT:	European Material
EUROMATIC:	European Information Science
EVG:	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVI:	Europäische Verteidigungsinitiative
EWG:	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
F&E:	Forschung und Entwicklung
FSAF:	Future Surface to Air Family
FüL:	Führungsstab der Luftwaffe
FüS:	Führungsstab der Streitkräfte
GASP:	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GAO:	General Accounting Office
GMD:	Global Missile Defense
GPALS:	Global Protection Against Limited Strikes
HAWK:	Homing All-the-Way to Kill
HEU:	Highly Enriched Uranium
HFC:	Helsinki Force Catalogue
IAEO:	Internationale Atomenergie-Organisation
ICBM:	Intercontinental Ballistic Missile
IEMF:	Interim Emergency Multinational Force
IFOR:	Peace Implementation Forces
IMAG:	Interministerielle Arbeitsgruppe
INF:	Intermediate-Range Nuclear Forces
IRBM:	Intermediate-Range Ballistic Missile
IWF:	Internationaler Währungsfonds
JuoP:	Joint Understanding of Principles
KDOM:	Kosovo Diplomatic Observer Mission

KSE:	Konventionelle Streitkräfte Europa
KSZE:	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LRINF:	Long-Range Intermediate Nuclear Forces
MAD:	Mutual Assured Destruction
MAS:	Mutual Assured Survival
MBFR:	Mutual Balanced Force Reduction
MC:	Military Committee
MD:	Missile Defense
MDA:	Missile Defense Agency
MEADS:	Medium Extended Air Defense System
MFS:	Mittleres Flugabwehrraketensystem
MIRV:	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle
MONUC:	Mission de l'Organisation des Nation Unies en RD Congo
MoU:	Memorandum of Understanding
MRB:	Medium-Range Bomber
MRBM:	Medium-Range Ballistic Missile
MTCR:	Missile Technology Control Regime
MVW:	Massenvernichtungswaffen
MX:	Missiles, experimental
NAMEDSME :	NATO MEADS Management Agency
NASA:	National Aeronautics and Space Administration
NATO:	North Atlantic Treaty Organisation
NIE:	National Intelligence Estimate
NMD:	National Missile Defense
NORTHCOM:	Northern Command to Assume Defense Duties
NPG:	Nukleare Planungsgruppe
NPR:	Nuclear Posture Review
NPT:	Non-Proliferation Treaty
NRC:	NATO-Russia Council
NRF:	NATO Response Force
NSDD:	National Security Decision Directive
NSG:	Nuclear Suppliers Group
NSS:	National Security Strategy
NSSD:	National Security Study Directive
OCA:	Offensive-Counter-Air
OPCW:	Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons

OPLAN:	Operation Plan
OSD:	Office of the Secretary of Defense
OSZE:	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAC:	PATRIOT Advanced Capabilities
PATRIOT:	Phased Array Tracking Radar Intercept On Target
PD:	Presidential Directive
PSK:	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
RRE:	Risk Reduction Effort
RSVP:	Responding to Soviet Violations Policy
SACEUR:	Supreme Allied Commander Europe
SACLANT:	Supreme Allied Commander Atlantic
SAP:	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SALT:	Strategic Arms Limitation Talks
SAM:	Surface to Air Missile
SBIRS:	Space Based Infrared System
SBL:	Space Based Laser
SDI:	Strategic Defense Initiative
SDIO:	Strategic Defense Initiative Organisation
SEP:	Selected Employment Plan
SFOR:	Stabilisation Force
SHAPE :	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SIOP:	Single Integrated Operational Plan
SNF:	Short-Range Nuclear Forces
SMTS:	Space Based Missile Tracking System
SORT:	Strategic Offensive Reduction Treaty
SRINF:	Short-Range Intermediate Nuclear Forces
START:	Strategic Arms Reduction Treaty
TBM:	Tactical Ballistic Missile
THAAD:	Theater High-Altitude Area Defense
TLVS:	Taktisches Luftverteidigungssystem
TMD:	Theater Missile Defense
UAV:	Unmanned Aerial Vehicle
UN:	United Nations
UNO:	United Nations Organisation
WA:	Wassenaar Arrangement
WEU:	Westeuropäische Union

WMD:	Weapons of Mass Destruction
WVO:	Warschauer Vertrags-Organisation